

Forum hlz



Thomas Heberer
Jörg-M. Rudolph

China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Zwei alternative Sichten

Thomas Heberer, Jörg-M. Rudolph:

China – Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Zwei alternative Sichten

Andreas Lorenz

Vorwort.....5

Thomas Heberer

Die Modernisierung Chinas: Analyse eines komplexen Prozesses

China – Wandel und Vielfalt 13

I. Innere Entwicklung..... 19

 Partei + Staat = Entwicklungsstaat? 19

 Staat und Gesellschaft – getrennte Welten? 33

 Umwelt und Umweltpolitik: Gibt es einen Ausweg aus der Katastrophe? 54

 Welche Rechte haben Chinesen? 60

 Soziale Konflikte und gesellschaftlicher Protestformen..... 65

 Nationalitätenprobleme in China 78

 Rein wirtschaftlicher oder auch politischer Wandel? 95

II. China und die Welt..... 107

 China in der internationalen Politik..... 107

 Die chinesische Wirtschaft und ihre Rolle in der Welt 121

III. Zusammenfassung und Ausblick..... 136

Jörg-M. Rudolph**Charakteristika der chinesischen Autokratie**

1. Partei und Staat: China – Beute eines Geheimbundes	140
2. Staat und Gesellschaft: Chinesische 酱缸文化 Mustopfkultur gegen europäische Aufklärung	151
3. Welche Rechte haben Chinesen? Der Weg aus der chinesischen Autokratie ist noch lang – sehr lang.....	164
4. Soziale Konflikte: Die Systemfrage ist schnell gestellt, das macht sie heikel.....	183
5. Die chinesische Wirtschaft und ihre Rolle in der Welt: Kapitalismus mit chinesischen Charakteristika	195
6. Umwelt und Umweltpolitik: Im gegebenen System ist weder die chinesische noch die globale Umwelt zu retten.....	207
7. Ethnien in China: Das Kolonialreich der 君子 <i>Edlen</i>	217
8. Gibt es politischen Wandel? Modernisierung ohne Aufklärung.....	233
9. China in der internationalen Politik: Nichts bleibt, wie es war und noch immer ist	250
10. Abschließende Betrachtung Es braut sich einiges zusammen für die europäische Welt	262

Anhang

– Anmerkungen Thomas Heberer	269
– Anmerkungen Jörg-M. Rudolph	284
– Zu den Autoren.....	295

众恶之，必察焉；
众好之，必察焉
(孔子)

„Wo alle kritisieren, da heißt es prüfen. Wo alle loben, da heißt es prüfen.“

(Konfuzius)

Vorwort

Chinas enorme Wirtschaftskraft und sein rasanter Aufstieg zu einer Großmacht faszinieren und gleichzeitig machen sie Angst. „Die Chinesen sind unheimlich fleißig und genügsam“, sagen die einen voller Bewunderung. „China klaut uns Ideen und Arbeitsplätze“, klagen die anderen. Manche finden alles Fremde furchtbar: „Die Chinesen essen Hunde, wie grässlich!“

Kein Zweifel: Was in China geschieht, ist dem Ausland nicht mehr egal, denn es hat Folgen für die ganze Welt. Erstaunliche Zahlen dringen aus der Volksrepublik: Mit über zwei Billionen US-Dollar hat das Land die größten Devisenreserven der Welt aufgehäuft. Seine Schornsteine stoßen mehr Kohlendioxid in die Luft als jeder andere Staat. Rund 300 Millionen Menschen nutzen das Internet. Mehr als 600 Millionen besitzen ein mobiles Telefon.

An China scheiden sich die Geister, es wird zum Vorbild und Feindbild zugleich. Doch wer das „Reich der Mitte“ nur in schwarz oder weiß sieht, ist blind für die vielen Grautöne, die Gegensätze und die große Vielfalt. Zu leicht läuft man Gefahr zu verallgemeinern, wenn von China und seinen 1,3 Milliarden Einwohnern die Rede ist.

Alle Chinesen essen Reis?

Falsch: Im Norden bevorzugen sie Nudeln.

Alle Chinesen sprechen Chinesisch?

Falsch: Im Süden des Landes zum Beispiel verständigen sich rund 70 Millionen Menschen auf Kantonesisch, das sich von der „Allgemeinsprache“, dem im Ausland auch als „Mandarin“ bekannten Hochchinesisch, ungefähr so unterscheidet wie das Schwedische vom Deutschen. Allerdings bemüht sich die Regierung nach Kräften, alle Bewohner dazu anzuhalten, Hochchinesisch zu sprechen.

Alle Bewohner Chinas sind Han-Chinesen?

Falsch: Die Volksrepublik ist ein Land der Abwechslung. Hier leben 56 Völker – unter anderem Tibeter, Mongolen, Uiguren, Kasachen, Dai und Miao. Viele Angehörige ethnischer Minderheiten sprechen nur ihre eigene Sprache, haben sogar eine eigene Schrift. Manche ähneln – wie das Turkvolk der Uiguren – mehr Europäern als Han-Chinesen.

Die Han-Chinesen stellen 92 Prozent der Bevölkerung. Chinesisch sein bedeutet, so lernen sie es in ihren Schulbüchern und Museen, etwas ganz Besonderes zu sein: einer riesengroßen Nation mit einer (angeblich) 5000jährigen Zivilisation anzugehören. Das Chinesische ist voller Anspielungen und Sprichworte, die das Denken prägen.

Die Schrift besteht aus Tausenden Zeichen. Schulkinder brauchen vier bis fünf Jahre, bis sie so viele Zeichen beherrschen, dass sie einen einfachen Text lesen können.

Zu den in jüngster Zeit wieder belebten Traditionen gehören Reste des Konfuzianismus. Der vor über 2500 Jahren geborene Philosoph Konfuzius forderte zum Beispiel die Achtung vor älteren Menschen. Auf sein Gedankengebäude hat die Kommunistische Partei eine verwirrende Mischung aus allerlei Theorien gepfropft: unter anderem Marxismus, Leninismus und Kapitalismus.

Das alles dient den Funktionären nach den Prinzipien des „demokratischen Zentralismus“ dazu, von oben nach unten zu regieren. Sie nehmen sogar Privatunternehmer in die Partei auf, verbieten aber freie Arbeitervereine und unabhängige Bauernverbände und scheren sich nicht um ideologische Widersprüche. Der jetzige Staat und Parteichef Hu Jintao hat seinen Lieblingslogan dem Konfuzianismus entlehnt: den von der „Harmonischen Gesellschaft“.

Das Harmoniebedürfnis der Chinesen ist groß – aber in der Praxis bezieht es sich weniger auf die ganze Gesellschaft, sondern mehr auf die eigene Familie, den eigenen Freundeskreis, die eigene Firma. Wer nicht dazu gehört, kann oft kaum auf Mitgefühl hoffen. Den Aufruf von Konfuzius an die Mächtigen, mit Charisma, Eintracht und Menschlichkeit zu regieren, wollen die KP-Führer (ebenso wenig wie die meisten ihrer kaiserlichen Vorgänger) nicht hören - was ihre Kritiker immer wieder zu spüren bekommen.

60 Jahre nach Gründung der Volksrepublik und 30 Jahre nach dem Ende der strikten Planwirtschaft ist diese Nation auf dem Sprung zu einer Großmacht, deren Führer sich vom Ausland nicht mehr erklären lassen wollen, was sie zu tun oder zu lassen haben.

Die globale Finanzkrise, die im Jahr 2008 in den USA begann, hat die Rolle Chinas auf der internationalen Bühne noch wichtiger gemacht. Plötzlich schauen viele Staaten hoffnungsvoll auf die Chinesen: Sie sollen mit ihrer Kaufkraft und ihren Investitionen die Welt vor einem Absturz in die Depression bewahren.

Was wären die USA, was wäre Europa ohne China? Amerikaner wie Europäer konnten jahrelang fein und günstig leben, weil Blusen und Hosen, Fernseher, Waschmaschinen und Spielzeuge aus den Billigwerkstätten der Volksrepublik kamen.

Die Devisen, die Chinas Fabriken mit ihren Verkäufen an die amerikanische und europäische Kundschaft verdienten, legten Pekings Zentralbanker in US-Staatsanleihen an. Auf diese Weise borgten sie der Regierung in Washington so viel Geld, dass sie jahrelang über ihre Verhältnisse leben und riesige Haushaltsdefizite finanzieren konnte.

Und umgekehrt: Was wäre China heute ohne Europa und die USA? Europäische und amerikanische Firmen haben in den vergangenen Jahren über 700 Milliarden Dollar in das Land investiert. Sie haben chinesischen Geschäftspartnern Know-how und

Rohstoffe geliefert. China hat mit seinem kaum zu stillenden Hunger nach Öl, Stahl und Kupfer die Weltmarktpreise nach oben getrieben – zur Freude von rohstoffreichen Staaten wie Australien.

Wenn man die Wirtschaftskraft Chinas – wie es die Ökonomen gerne tun – zusammenrechnet, ist das Land mittlerweile auf den dritten Platz in der Welt gerückt. Wenn man aber zum Maßstab nimmt, wie sich das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung verteilt, dann landet China erst an Stelle 106 in der Welt, noch hinter Kolumbien.

China ist nicht schwarz oder weiß: Wer durch Pekings Innenstadt mit ihren gläsernen Verwaltungsgebäuden, dem kühn verwinkelten neuem Fernsehzentrum und seinen breiten Straßen läuft, der sieht eine modernen Großstadt, die den Vergleich zu anderen asiatischen Metropolen nicht zu scheuen braucht. Wer aber nur ein paar Kilometer aus der Hauptstadt *hinausfährt*, taucht in eine andere Welt ein. Hier tuckern uralte Dreiradgefährte über schlechte Straßen, die Menschen haben wenig Geld, sie sind einfach gekleidet, leben in simplen Behausungen.

Ein Bauer in der südwestlichen Provinz Guizhou verdient im ganzen Jahr, was eine wohlhabende Pekinger Familie an einem Tag in einem Restaurant zum Essen aus gibt.

Ein großer bürokratischer Apparat ist in Peking und den Provinzen dafür zuständig, Zeitungen, Rundfunk, Fernsehen und das Internet zu überwachen – um zu verhindern, dass unerwünschte Informationen sich verbreiten. Bücher werden verboten, wenn sie Tabu-Themen berühren. Und doch existiert eine lebhaftes Literaturszene, über 150.000 neue Bücher erscheinen jedes Jahr, dazu kann jeder Millionen Blogs, Online-Artikel oder -Romane anklicken.

Chinas Filmemacher gehören zu den besten der Welt, die Maler zu den teuersten. Sie dürfen – fast – alles auf die Leinwand bringen: das Elend auf dem Lande, die Umweltzerstörung, sogar Unanständiges ist erlaubt. Nur ein Tabu ist eisenhart: Über die politische Elite, die Männer und Frauen an der Parteispitze, über ihre Geschäfte und ihr Privatleben darf nichts an die Öffentlichkeit dringen, was nicht von höchster Stelle abgesegnet ist. Niemand erfährt deshalb mehr über die neun Herren im Ständigen Ausschuss des Politbüros, als die knappen offiziellen Lebensläufe offenbaren.

Chinas Großer Sprung in die Moderne ist voller Widersprüche: Unter dem KP-Patriarchen Deng Xiaoping öffnete sich das Land Ende der siebziger Jahre ausländischen Einflüssen. Chinesen kleiden sich westlich, feiern den Valentinstag, essen Hamburger bei McDonald's und schicken ihre Kinder zur Schule nach Übersee. Und doch ist das Land geheimniskrämerisch geblieben.

Die Mandschu-Kaiser weigerten sich einst, mit den „haarigen Teufeln“ aus der Ferne zu verkehren. 1793 schickte der britische König Georg III. einen Emissär, Lord Macartney, nach Peking, um gegenseitigen Handel zu vereinbaren. Nach monate-

langen Verhandlungen über einen Kotau vor Kaiser Qianlong, wiesen die Chinesen den Abgesandten mit einer Botschaft ab: „Wir haben nicht den geringsten Bedarf an den Erzeugnissen Ihres Landes, die Anwesenheit des Botschafters entspricht nicht den Regeln des Himmlischen Reiches.“

Heute holt die Pekinger Regierung Händler und Investoren ins Land, aber noch immer schottet sich die Führung in ihrer Verbotenen Stadt ab. Die KP spricht von „moderner Staatsführung mit wissenschaftlichen Methoden“, doch normale Bürger haben nicht den Hauch einer Chance, das Regierungsviertel Zhongnanhai im Herzen Pekings von innen zu sehen.

Vor Behörden und Parteigebäuden, vor nahezu jedem Bürohaus, vor vielen Restaurants und Geschäften, stehen Wachleute. Das ist nicht nur eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme für junge Männer, und es dient nicht nur dem Ziel, sich vor Verbrechen zu schützen. Es entspricht auch dem alten Wunsch, sich abzukapseln – so wie es die Vorfahren taten, als sie eine Große Mauer bauten. In ihrer Nationalhymne besingen die Chinesen nach wie vor jenes mächtige Bauwerk, das über die Jahrhunderte dazu diente, Barbaren abzuhalten: „Mit unserem Fleisch und Blut formen wir die neue Große Mauer.“

China polarisiert.

Es ist das Verdienst der Hessischen Landeszentrale für Politische Bildung zu versuchen, über das Riesenreich aufzuklären. Zwei namhafte Autoren, die das Land hervorragend kennen, seine Sprache sprechen, dort lange gelebt und gearbeitet haben, es immer wieder bereisen, kommen in diesem Buch zu Wort.

Die Grundidee ist ungewöhnlich. Jörg-M. Rudolph, ehemaliger Präsident der Deutschen Handelskammer in China und nun Dozent am Ostasieninstitut der Fachhochschule Ludwigshafen und Thomas Heberer, Professor für Politik Ostasiens an der Universität Duisburg-Essen, liefern einen eindrucksvollen Einblick in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

Das tun sie aus verschiedenen Blickwinkeln, und das macht dieses Buch spannend. Heberer ist der optimistischere Beobachter, Rudolph der kritischere. Die Leser müssen ihre eigenen Schlüsse ziehen.

Heberer ist davon überzeugt, dass sich die Volksrepublik in den letzten drei Jahrzehnten grundsätzlich geändert hat: China sei ein „lernender Entwicklungsstaat“, der peu à peu seine Fehler korrigiert, schreibt er und lobt die „erstaunlichen Wandlungsprozesse“ in China von einem „totalitären zu einem autoritären Staatswesen“. Die Kommunistische Partei sei von einer „Klassenpartei“ zu einer „Volkspartei“ geworden.

Dabei gibt er zu bedenken, dass ein Land so groß und so schwierig wie China, eines

mit „derart zentrifugalen und disparaten Tendenzen ... nur sehr schwer zu regieren, zu kontrollieren und zu führen“ sei.

Beispiele dafür sind die Unruhen in den autonomen Regionen Tibet (2008) und Xinjiang (2009), die China erschütterten. Heberer schildert ausführlich die Geschichte und die Hintergründe des Geschehens auf dem Dach der Welt. Er beleuchtet zudem Pekings Außenpolitik, etwa sein starkes Engagement in Afrika. Rudolph ist provokanter, schärfer: Er sieht in der KP, die in China alle Zügel in der Hand hält, einen mafiösen „Geheimbund“, dessen Funktionäre nur ihre „Beute“ im Sinn haben.

Auch er blickt zurück in die Vergangenheit Chinas. Flott spricht er dabei von einer „Mustopf-Kultur“: China sei so lange rückständig gewesen, weil es sich konsequent philosophischen und technischen Neuerungen verwehrt habe.

Eigentlich, behauptet Rudolph, sei Chinas Gesellschaft immer noch „vormodern“, konfuzianisch, gar „autistisch“ – ein Land, dessen „heutige Elite wie ihre Vorgänger aufgeklärtes Denken und Handeln als Gefährdung ihrer absolutistischen Macht ansieht und ablehnt“ und dessen Bürger „Untertanen und als solche Freiwild für die Schikanen der Mächtigen“ sind.

„Wie lange kann das in China noch gut gehen, wann explodiert es?“ Diese Frage stellen sich Geschäftsleute, Politiker, Journalisten und Wissenschaftler immer wieder.

Der neue chinesische Mittelstand werde irgendwann mehr Mitsprache, mehr Kontrolle, eine freiere Presse fordern, heißt es. Die KP werde nicht umhinkommen, eines Tages die eiserne Faust zu lockern und den Bürgern demokratische Grundrechte zuzubilligen.

Rudolph und Heberer versuchen, Antworten auf die spannende Frage nach Chinas Zukunft zu geben. Heberer betont, dass sich eine „stabile Demokratie“ nicht von Heute auf Morgen einführen lasse. Dazu brauche es zum Beispiel „Grundstrukturen einer Zivilgesellschaft“. Auch Rudolph meint, es werde noch sehr „lange dauern, bis politischer Wandel substantiell ist und nicht nur kosmetisch“. Denn die Herrschenden hätten kein Interesse die Macht zu teilen – zu einträglich ist das Leben für sie und ihre Angehörigen.

Wie wird die Volksrepublik in zehn Jahren aussehen? Unter China-Beobachtern kursieren drei Szenarien.

Die optimistische: Das Land wird eine stabile Demokratie. Denn die Mittelklasse wird größer, immer mehr Bauern wandern vom Lande in die Städte ab. Schon bald dürfte jeder Chinese über 6.000 Dollar im Jahr verdienen. Die Zahl der Bürgerinitiativen und eigenständig organisierten Interessengruppen (sogenannte Nicht-Regierungsorganisationen) steigt, denn ohne sie sind die mannigfaltigen sozialen Probleme nicht mehr zu lösen. Die KP dürfte eines Tages nicht mehr in der Lage sein, ihre internen Differenzen unter einer „kollektiven Führung“ zu verdecken. So entstehen Fraktionen – und am Ende Parteien.

Zweites Szenario: Die Kluft zwischen Arm und Reich wächst weiter. Immer mehr Menschen bekommen das Gefühl, Verlierer der Reformen zu sein. Die KP bekommt die Korruption nicht in den Griff, was den Zorn der Bürger verstärkt. Zudem ist die Regierung nicht in der Lage, die steigende Arbeitslosigkeit in den Griff zu bekommen. In zehn Jahren werden rund 955 Millionen Menschen im Erwerbsalter sein (1995: 732 Millionen).

Die Umweltprobleme werden schärfer, die Wasserknappheit auch. Millionen Menschen müssen vor Dürre und Überschwemmungen flüchten und ziehen auf der Suche nach sauberem Wasser, nach sauberer Luft, nach sauberem Lebensmitteln durchs Land. Die neue Führung der KP, blasse Funktionäre der sogenannten sechsten Generation, ist überfordert. Es kommt zu Chaos, Unruhen erschüttern das Land, Provinzen spalten sich ab, ein Strom von Flüchtlingen ergießt sich über die Welt.

Szenario drei: Es bleibt alles, wie es ist, China wird weiterhin von Bürokraten geführt, die es schaffen, auf neue Situationen schnell genug zu reagieren – notfalls mit der Macht der Gewehrläufe. Eine Alternative zur KP mit einer neuen Ideologie gibt es nicht. Die Mittelklasse ist nicht an Gewaltenteilung interessiert, sondern daran, den Status quo zu erhalten, solange sie die Chance hat, die Kinder auf gute Schulen zu schicken, einmal im Jahr Urlaub zu machen, sich eine Wohnung zu kaufen. Sie schließt einen Pakt mit der herrschenden Politikerelite – um die Forderungen und Wünsche der armen Bevölkerungsmehrheit nach einem größeren Stück vom Wohlstandskuchen abzuwehren.

Sie will verhindern, dass China wieder in die blutigen Turbulenzen einer Kulturrevolution zurückfällt, gar wieder von Arbeitern und Bauern regiert wird, wie es einst unter Mao Zedong geschah.

Derzeit allerdings marschiert die KP auf einem gefährlichen Weg. Sie schürt aggressiven Nationalismus unter den Bürgern. Im Namen der Stabilität und der „Harmonischen Gesellschaft“ unterdrückt sie wichtige Debatten und eine Verständigung der Bevölkerung über die Zukunft ihres Landes. Sie schiebt bei ethnischen Konflikten dem Ausland die Schuld für Probleme zu, die in Wahrheit hausgemacht sind.

So geschieht es zum Beispiel mit Tibet und Xinjiang. Nach den Unruhen in Lhasa und Urumqi machten die Funktionäre sofort den Dalai Lama beziehungsweise die Exil-Uigurin Rebiya Kadeer verantwortlich: Sie seien finstere Gestalten, die – unterstützt von „gewissen Regierungen“ – Unruhen schürten. Gemeint, aber nicht mit Namen genannt, sind dabei vor allem die USA und Europa. Diese Kräfte im Ausland hätten nur ein einziges Ziel: um jeden Preis zu verhindern, dass China seine verdiente Stelle in der vorderen Reihe der Weltgemeinschaft einnimmt.

Chinas KP-Führer erlauben es den Bewohnern Tibets und Xinjiangs nicht, offen über ihre Schwierigkeiten, über ihre Identität und über ihre Vorstellungen von einer Zukunft innerhalb der chinesischen Gesellschaft zu debattieren. In diesem Klima wer-

den normale Probleme zutiefst politisch: Kritik an der umstrittenen Schulpolitik für ethnische Minderheiten zum Beispiel ist nicht möglich. Wer solche Debatten führt, riskiert es, als Separatist oder gar als Terrorist im Gefängnis zu landen. Damit säen Chinas Politiker die Saat neuer, womöglich noch heftigerer Unruhen.

Auf den ersten Blick sind solche Entwicklungen nicht leicht zu erkennen: Wenn deutsche Politiker, Manager, Künstler und Touristen nach Peking oder Shanghai kommen, sehen sie, dass die Bewohner des Landes ein freieres Leben führen als früher. Die chinesischen Funktionäre, die ihre Gäste im perfekten Englisch oder Deutsch begrüßen, geben sich offen und weltgewandt, oft sogar selbstkritisch. In der tibetischen Hauptstadt Lhasa beobachten Besucher aus dem Ausland, wie Gläubige den Jokhang-Tempel, die Gebetsmühlen in der Hand, umrunden. Viele sind erstaunt: Die Regierung gewährt also mehr Religionsfreiheit als gedacht, sagen sie sich. In den Straßen überall im Lande entdecken sie Kioske voller Tageszeitungen und Magazine: Mit der Zensur kann es gar nicht zu schlimm sein, folgern sie. Womöglich ist die chinesische Diktatur gar nicht so scharf? Diese Überlegung ist immer häufiger zu hören: Ist eine „sanfte Diktatur“ wie die chinesische nicht vielleicht das bessere Modell für die gesamte Menschheit? In den meisten Städten Chinas müssen die Menschen nicht in Slums hausen, die Straßen sind sauber, sogar in Megastädten wie Peking und Shanghai hält sich die Kriminalität in Grenzen. „Funktioniert der Kommunismus doch?“ fragte DER SPIEGEL.

Der Mann, dessen Porträt seit Jahrzehnten am Tor des Himmlischen Friedens hängt und in dessen Namen Tragödien wie der „Große Sprung nach vorn“ und die „Kulturrevolution“ entfesselt wurden, wird nach wie vor verehrt: Mao Zedong. Seine Theorien haben Verfassungsrang, sein Konterfei prangt auf den Geldscheinen. Seit den fünfziger Jahren sind Millionen Menschen in der Volksrepublik ideologischen Kämpfen und wahnwitzigen Projekten zum Opfer gefallen. Verantwortlich dafür ist genau jene Partei mit ihren mittlerweile 76 Millionen Mitgliedern, die heute noch die Geschichte des Landes führt.

Nur 30 Prozent seiner Taten seien falsch gewesen, erklärte die KP nach Maos Tod 1976. Wer also zu laut über das Geschehen von damals spricht, zu tief nach Ursachen forscht, zu bohrend nach Verantwortung fragt, stellt die Macht der Partei in Frage.

Aber wie kann eine Gesellschaft sicher in die Zukunft gelangen, wenn sie ihre Vergangenheit radikal ausblendet?

Wie, wann und ob ihr Land sich ein demokratisches System erkämpft, müssen die Chinesen selbst entscheiden. Die Volksrepublik wäre allerdings ein sympathischeres Land, wenn Chinas Bürger dies ohne Furcht tun könnten, wenn Anwälte nicht schikaniert und Journalisten nicht zensiert würden.

Es wäre nicht staatsgefährdend, wenn Chinas KP-Funktionäre Bittsteller anhörten, anstatt sie zu bedrohen oder gar in die Psychiatrie einzuweisen, weil sie sich gegen

Amtswillkür und unfaire Behandlung wehren.

Es wäre nicht riskant für die Existenz der Volksrepublik, auf die Bedenken von Umweltschützern Rücksicht zu nehmen und friedlichen Bürgerinitiativen mehr Freiraum zu lassen.

China provoziert Fragen auch nach unserer eigenen Zukunft. Doch noch immer mangelt es an Informationen über dieses widersprüchliche Land. Dieses Buch hilft, Lücken zu schließen.

Andreas Lorenz

Thomas Heberer

**Die Modernisierung Chinas:
Analyse eines komplexen Prozesses**

China – Wandel und Vielfalt

Das Chinabild in deutschen Medien und Buchpublikationen trug in den letzten Jahren eher negative Züge: „Chinas Aufstieg ist Deutschlands Abstieg“, „Weltkrieg mit den Asiaten um Wohlstand“, „Gelbe Spione“, „Der China-Schock – Wie Peking sich die Welt gefügig macht“ oder „Entmachtung des Westens“ sind nur einige Beispiele für medienwirksame und doch abwertende oder Angst erzeugende Schlagzeilen. Einerseits trat mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des Sozialismus in Osteuropa im „Westen“ ein politisches Überlegenheitsgefühl auf. Entsprechend sprach z.B. der US-amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama vom „Ende der Geschichte“ und vom Sieg des „westlichen“ Modells. Andererseits hängt die eher negative Bewertung mit dem Aufstieg Chinas zusammen: seiner zunehmend wichtigeren Rolle auf internationalem Parkett und den damit verbundenen Befürchtungen, China könne sich zu einer ökonomischen, politischen und militärischen Bedrohung des Westens entwickeln, Industrien und Arbeitsplätze wanderten ab und Chinas politisches Modell könne weltweit Vorbild für autoritäre Staaten werden. Dieses Bild wurde verstärkt durch eine Berichterstattung, die China für zahllose Wirtschaftsprobleme verantwortlich machte: Verlagerung deutscher Firmen, Verlust von Arbeitsplätzen, Erhöhung der Energie-, Rohstoff- und Lebensmittelpreise, Verschlechterung der Produktqualität, Fälschung von Markenartikeln, um nur einige zu nennen, und durch die Prognose, Chinas Aufstieg bedeute Deutschlands Abstieg. „Die Chinesen sind an allem schuld“ charakterisierte Christoph Hein dieses Phänomen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.¹ Schuldzuweisungen dieser Art schüren Ängste vor einer wachsenden chinesischen Bedrohung.

Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister, erklärte im April 2009, Chinas Aufstieg sei unaufhaltsam und unumkehrbar. Es bedürfe zugleich konstruktiver amerikanisch-chinesischer Zusammenarbeit, um die Gefahr eines künftigen militärischen Konflikts zu vermeiden.² Würden z.B. westliche Staaten versuchen, das Wachstum und den Aufstieg Chinas zu blockieren, so würde dies nicht nur gewaltige Reibungen, sondern auch politische und wirtschaftliche Konflikte hervorrufen. Auch wenn Chinas Aufstieg von zahlreichen Herausforderungen etwa bei Handel, Waren- und Finanzmärkten oder der Umwelt begleitet ist: Chinas weitere Integration in die globale Wirtschaft verlangen eine Politik der konstruktiven Einbindung: über Mitwirkung, Zusammenarbeit und Engagement lässt sich das Verhalten Chinas positiv beeinflussen, nicht aber durch Ausgrenzung oder Eindämmung.

Hinter den o.g. negativen Kennzeichnungen steht zugleich das Bild eines scheinbar starren und wandlungsunfähigen sozialistischen Systems. Nun handelt es sich im Falle Chinas zweifellos um ein Gebilde, in dem eine einzelne Partei, die KP China, das politische System dominiert. Gleichwohl vollzogen sich seit den 1980er Jah-

ren erstaunliche Wandlungsprozesse, die hierzulande zum Teil eher marginal wahrgenommen werden. Drei Jahrzehnte Reformentwicklung haben die Volksrepublik grundsätzlich verändert. Nach dem Tod Maos hat sich das politische System von einem totalitären zu einem autoritären Staatswesen gewandelt. Unter totalitären Bedingungen (Mao-Ära) übte ein einzelner, charismatischer Führer uneingeschränkte Macht aus. Die Partei hatte die totale Kontrolle über die Gesellschaft übernommen und herrschte mittels Massenterror (wie in der Kulturrevolution). Die Lebensbedürfnisse der Menschen spielten keine Rolle in den politischen Überlegungen, sondern wurden den utopischen Vorstellungen Maos geopfert.

Davon unterscheidet sich das gegenwärtige autoritäre System: an seiner Spitze steht kein charismatischer Führer, sondern eine kollektive Führung. Es zeichnet sich durch begrenzten Pluralismus aus, in dem keine für alle verbindliche Ideologie („Maoismus“) mehr existiert, die Bevölkerung nicht mehr permanent mobilisiert wird und ein Mindestmaß an Beteiligungsmöglichkeiten gegeben ist. Mussten die Menschen in der Mao-Ära beständig an politischen Bewegungen teilnehmen, so wird heute Nichtbeteiligung akzeptiert. Und vor allem: neben einem hohen Maß an persönlicher Sicherheit trat die Verbesserung der Lebensbedingungen der großen Mehrheit der Bevölkerung.

China hat sich von einem bettelarmen Land zu einem Gebilde mit unter-mittlerem Einkommen entwickelt, das sich in kurzer Zeit erfolgreich von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft gewandelt hat; in dem sich das Leben der großen Mehrheit der Bevölkerung signifikant verbessert hat und in dem die Menschen größere Rechte besitzen als jemals zuvor. Seit Ende der 1970er Jahre kann man sich wirtschaftlich selbstständig machen und seit 1987 offiziell auch große private Unternehmen gründen. Rund 90 Prozent aller Betriebe sind mittlerweile Privatunternehmen. Zudem haben mehrere hundert Millionen Menschen seit Ende der 1970er Jahre die Armut abgelegt – zweifellos ein gewaltiger Beitrag auch zur Verbesserung der Menschenrechte. Freie Auswanderung ins Ausland und freie Arbeitsplatzwahl sind möglich geworden (beschränkt nur durch die Einwanderungsbegrenzung anderer Staaten), die Landbevölkerung kann mittlerweile in den Städten Arbeit suchen. Durch eine Vielzahl von Gesetzen, den Ausbau des Gerichtswesens und die Zulassung von Rechtsanwälten gibt es größere Rechtssicherheit, wenn auch vor allem in den Städten und im nicht-politischen Raum. Auch politisch andere Meinungen können geäußert werden, solange man nicht gegen die Parteiherrschaft aktiv wird. Das Internet hat sich zu einer großen Plattform der öffentlichen Meinung und Diskussion entwickelt. Auch da, wo es politisch zensiert wird, finden die Internetnutzer Mittel und Wege, sich über Seiten zu informieren, die der Parteistaat aus politischen Gründen zu blockieren sucht, oder über soziale und politische Fragen auszutauschen. Die Medien wurden ermuntert, soziale Probleme aufzugreifen, entsprechend zu recherchieren und zu berichten, auch wenn es hier immer wieder Eingriffe vor allem lokaler, aber auch zentraler Zensurbehörden gibt. Die Gründung von Vereinen und Vereinigungen

gen wurde zugelassen und gesetzlich abgesichert. Auch wenn der Staat versucht, die Vereinigungen strikt zu kontrollieren, so gibt es mittlerweile Hunderttausende von Organisationen, die berufliche, fachliche, wissenschaftliche, hobbymäßige, aber auch soziale und Umweltaufgaben erledigen.

Ich beschäftige mich seit 40 Jahren mit China. 1975 war ich zum ersten Mal dort, von 1977 bis 1981 habe ich bei einem chinesischen Verlag in Peking als Lektor und Übersetzer gearbeitet. Seitdem bin ich jährlich ca. zwei bis drei Monate in China, überwiegend zur Feldforschung in verschiedenen Regionen.³ Von daher kann ich den gewaltigen Wandel, der in diesem Land stattgefunden hat, über die Zeit gesehen und aus eigener Erfahrung besonders gut nachvollziehen.

Als ich 1977 für vier Jahre nach China kam, war dieses Land bettelarm. Es gab kaum etwas zu kaufen. Viele Dinge des täglichen Lebens (Nahrungsmittel, Kleidung) waren rationiert. Die wenigen Geschäfte boten nur ein sehr geringes Sortiment an. Der Alltag der Menschen war grau und trist. Die Bekleidung der Bevölkerung bestand entweder aus blauem, grauem oder aus grünem Stoff. Selbst in der Hauptstadt Peking existierten lediglich einige wenige Restaurants und auch diese schlossen in der Regel gegen 19 Uhr. Der Andrang auf die Gaststätten war so groß, dass sich hinter den Stühlen, auf denen man saß, meist lange Warteschlangen bildeten, wobei die Wartenden die gerade Essenden aufforderten, schneller zu essen, so dass sie vor der Schließung auch noch etwas bekommen würden. Für Reis und Bier musste man Rationierungskarten mitbringen. Selbst für uns „ausländische Experten“, die gewisse Privilegien bei der Versorgung genossen, gab es nur ab und zu einige Äpfel als Obst und zwei Flaschen Bier pro Woche. Wollte man ein Fest feiern, musste man von anderen „ausländischen Experten“ deren Flaschen leihen und später wieder „zurückzahlen“.

Ausländer lebten ausgesprochen isoliert. So saß ich z.B. mit mehreren chinesischen Kolleginnen und Kollegen in einem Büroraum. Diese durften jedoch nur über die Arbeit betreffende Fragen mit mir sprechen. Bei darüber hinausgehenden Fragen hieß es „wende Dich an den Leiter“. Selbst Besuche chinesischer Kollegen bei uns „ausländischen Experten“, die wir in einem speziellen Siedlungskomplex wohnten („Freundschaftshotel“), waren nur mit einer offiziellen, schriftlichen Genehmigung ihrer Parteileitung möglich. Ansonsten durften Chinesen den Wohnkomplex nicht betreten. Private Kontakte zu Chinesen waren für Ausländer damals kaum vorstellbar. All dies änderte sich mit den ersten Schritten der Öffnung und dem Reformbeginn Ende 1978.

Bereits kurz nach dem Beginn der ländlichen Reformen 1979 verbesserte sich auch die Versorgungslage. Der Boden wurde den Bauernhaushalten vertraglich zur Bewirtschaftung übergeben und die Zwangsablieferung der Erträge an den Staat abgeschafft. China kehrte damit zur traditionellen Landbewirtschaftung auf Familienbasis zurück. Die Bauern konnten die Gewinne und Erträge weitgehend selbst

behalten und auf dem Markt verkaufen. Bedingt durch diese individuellen Anreize entstanden im ganzen Land Bauernmärkte, auf denen die Landwirte ihre Erträge feilboten. Rasch gelangten Gemüse und Früchte aus den verschiedensten Landesteilen auf diese Märkte. Zugleich boten selbstständige Handwerker und Händler zunehmend Dienste an, die es seit den 1950er Jahren nicht mehr gegeben hatte.

Dass es derart schnell gelang, die Versorgungsprobleme in den Städten zu beheben und die Einkommen der Menschen in Stadt und Land zu erhöhen, hing u.a. mit der Rückkehr zu familiärer Bewirtschaftung auf dem Lande, einer neuen Agrarpolitik, die die Bauern von der Last der Zwangsabgaben an den Staat entlastete, dem Entstehen „freier“ Märkte und der Wiedezulassung des Privatsektors zusammen. Für uns Ausländer, die wir damals in China lebten, war besonders wichtig, dass das Verbot des Kontaktes zwischen Chinesen und Ausländern aufgehoben wurde, was zahlreiche und dauerhafte Freundschaften entstehen ließ.

In China herrscht ohne Zweifel noch immer ein autoritäres Ein-Partei-System. Auch werden die Rechte und Menschenrechte von Gruppen und Individuen immer wieder verletzt – vom zentralen Staat, weit häufiger aber von lokalen Behörden. Doch zugleich findet ein kontinuierlicher Wandlungsprozess statt, der nicht nur wirtschaftlicher Natur ist, sondern die gesamte Gesellschaft erfasst hat und auch die politischen Strukturen.

Entsprechend möchte ich im Folgenden zeigen, in welcher Weise sich diese Strukturen und die Funktionsweise des politischen Systems, das Verhältnis Staat und Gesellschaft sowie die Gesellschaft selbst gewandelt haben und weiter wandeln. Dabei hat der rasche Veränderungsprozess eine Fülle von sozialen Problemen mit sich gebracht, die für die politische Führung und die gesellschaftliche Entwicklung eine gewaltige Herausforderung bedeuten.

Doch bei allen Problemen dürfen zwei Dinge nicht in Vergessenheit geraten: Einmal resultieren viele dieser Probleme aus der Tatsache, dass China noch immer ein Entwicklungsland ist, in dem Strukturen eines modernen Staates und Rechtssystems noch im Aufbau begriffen sind; zweitens resultieren viele Probleme aus dem Umbau von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft. Im Hinblick auf die sozialen Probleme sucht der Staat neue Lösungen, was Zeit braucht. Auch Demokratie lässt sich nicht einfach „einführen“. Sie benötigt bestimmte Voraussetzungen, um existieren und sich stabil entwickeln zu können.

Von daher besitzt die Entwicklung Chinas einen ambivalenten Charakter: Einerseits findet eine erfolgreiche ökonomische Entwicklung statt, die seit Ende der 1970er Jahre Wohlstand für viele Menschen mit sich gebracht und zur Herausbildung einer Mittelschicht sowie zu signifikantem sozialem Wandel geführt hat. Andererseits existiert die Rigidität einer autoritären Ein-Partei-Herrschaft im Hinblick auf politischen Dissens, soziale Proteste und soziale Bewegungen.

Die Vielfalt und Unterschiedlichkeit innerhalb Chinas und seiner Strukturen, die vielfältigen regionalen Strukturen, Kulturen und Traditionen und deren Ausprägungen erschweren das Verständnis von diesem Land. Weder Peking noch Shanghai, weder die Armutgebiete im Landesinneren noch die wohlhabenden Regionen an der Küste repräsentieren China. Sie alle sind nur einzelne Bausteine in dem riesigen Mosaik, das sich China nennt. Lucien Pye, der US-amerikanische Politikwissenschaftler und einer der großen Kenner der chinesischen Politik und Kultur, hat einmal geschrieben, das heutige China sei nicht einfach ein Nationalstaat unter vielen anderen. Es handele sich vielmehr um eine Zivilisation, die vorgebe, ein Staat zu sein. Das China von heute sei so, als ob das Europa des Römischen Reiches und das zur Zeit Karls des Großen bis heute existierten und versuchen würden, als einheitlicher Nationalstaat zu fungieren. Damit wollte er auf die gerade beschriebene Heterogenität und Vielfalt hinweisen.⁴ China stellt kein einheitliches System dar, sondern einen Kontinent, ein Puzzle mit ganz verschiedenen Einzelteilen unterschiedlicher Entwicklung und Entwicklungsbedingungen, vielfältiger und heterogener geografischer, ökonomischer, sozialer und politischer Strukturen und Systeme. „Ein Land, tausend Systeme“, habe ich das einmal an anderer Stelle genannt. Und genau dies macht es so schwierig, dieses komplexe Gebilde zu verstehen, zumal, wie Carsten Herrmann-Pillath einmal verdeutlicht hat, es schwierig ist, mit einem spezifischen Systemverständnis ein „Nicht-System“ verstehen zu wollen.⁵ Bei der Einschätzung und Bewertung Chinas muss man auch anerkennen, dass es keine universelle „Vernunft“ oder Logik gibt, sondern vielfältige Formen des Denkens, des Handelns und der Rationalität, die auch kulturell bedingt sind. Europäisch-nordamerikanische (sog. „westliche“) Maßstäbe sind keineswegs die einzig gültigen.

Mein Beitrag versucht einerseits, die Erfolge **und** die Probleme Chinas darzustellen und zu erläutern, andererseits zu verdeutlichen, in welcher Weise Lösungen für die Probleme gesucht werden. Dabei werden die jüngsten Veränderungsprozesse, der Strukturwandel des Systems und neue gesellschaftliche Herausforderungen stärker in den Vordergrund gerückt, zumal die Kernprobleme und Defizite einer Ein-Partei-Herrschaft dem Leser hinreichend bekannt sein dürften. Meine Darstellung soll dazu beitragen, ein differenzierteres Bild von diesem Land und seinen Problemen zu vermitteln und zur weiteren Beschäftigung mit China zu ermuntern. Bei meiner jahrzehntelangen Arbeit über China habe ich mich auch von einer Devise des Konfuzius leiten lassen: „Wo alle kritisieren, da heißt es prüfen; wo alle loben, da heißt es prüfen“.

In meiner Darstellung stütze ich mich nicht nur auf die aktuelle wissenschaftliche Literatur inner- und außerhalb Chinas, sondern auch auf die vielfältigen Erkenntnisse aus meinen häufigen Feldforschungsaufenthalten seit Anfang der 1980er Jahre, die mich jedes Jahr für zwei bis drei Monate mit wechselnden Themen in unterschiedliche Regionen bringen. Auf Grund der limitierten Seitenzahl muss diese Darstellung notwendigerweise verkürzt und bruchstückhaft bleiben.

Innere Entwicklung

Partei + Staat = Entwicklungsstaat?

In China herrscht nach wie vor eine Kommunistische Partei, die KPCh. In ihrer Organisationsstruktur ähnelt sie dem sowjetischen Vorbild einer leninistischen Kaderpartei, denn das politische System Chinas hat in den 1950er Jahren weitgehend die Strukturen des sowjetischen Systems übernommen. So z.B. die Doppelstruktur von Partei und Staat, die bis heute alle Ebenen, von der Zentrale bis in die Dörfer und Betriebe hinein, durchzieht. Über Parteikomitees und -zellen in allen Verwaltungs-, Betriebs-, Wohn- und Dorfeinheiten übt die Partei die Kontroll- und Entscheidungsmacht aus. Zudem kontrolliert sie über ihre „Organisationspolitik“ die Funktionäre und deren Ein- bzw. Absetzung auf allen Ebenen. Die Personalpolitik ermöglicht der Partei, politische Beschlüsse landesweit durchzusetzen.

Aber die KPCh von heute ist nicht mehr die KP der Mao-Ära. Erstens haben sich seit den 1980er Jahren ihr Führungsstil, ihre Führungsstrukturen und ihre Führungsinhalte verändert. Nicht mehr ein einzelner starker und charismatischer Führer (wie Mao oder Deng) beherrscht die Partei und damit das Land, sondern ein Führungskollektiv, das sich zwar in politischen Grundfragen einig ist, gleichwohl aber politische Entscheidungen ausdiskutieren bzw. aushandeln muss. Anders als in der Mao-Ära gibt es zudem ein Ernennungs- und Pensionierungssystem, an das sich alle halten müssen, auch der Parteichef. Ein Beispiel dafür ist der Übergang der Parteiführung von Jiang Zemin zu Hu Jintao (2002). Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik fand hier ein geregelter und nicht erzwungener Führungswechsel statt.

Zweitens ist die KPCh heute keine *Revolutionspartei* mehr, welche die Utopie einer kommunistischen Gesellschaft zum Ziel hat und einen neuen Menschen schaffen will, sondern eine *Modernisierungspartei*, der es um den Umbau und die Modernisierung des Landes geht. Drittens stützt sich die KP ideologisch nicht mehr auf den Marxismus-Leninismus, sondern tritt als „Partei des ganzen Volkes“ auf, deren Ziel die Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“ ist. Sie grenzt also nicht mehr – wie in der Mao-Ära – bestimmte Schichten (wie Unternehmer) politisch aus, sondern sucht die Unterstützung und Einbindung möglichst vieler gesellschaftlicher Interessensgruppen.

Der Traum von einem hoch entwickelten und modernen China, dessen Verwirklichung die KP zum Programm erhoben hat, lässt sich nicht zuletzt aus der Geschichte erklären. Zum Verständnis der Gegenwart bedarf es daher des Rückgriffs auf historisch zurückliegende Ereignisse: Ein Schlüsselerlebnis war das Trauma des Opiumkrieges (1840–1842), mit dem Großbritannien die Aufhebung des Opiumverbots durch den Kaiserhof und die weitere ungehinderte Einfuhr des Rauschgiftes

nach China durchsetzen wollte. Militärische Niederlagen gegen europäische Mächte und deren militärtechnische und ökonomische Überlegenheit ließen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts innerhalb Chinas die Frage nach einer Modernisierung des Landes aufkommen. Dabei ging es nicht um die Kopie westlicher Modernisierung, sondern um eine Modernisierung „ohne Verwestlichung“. Westliche Technologie sollte übernommen werden, nicht aber westliches Denken. Zwar sollte auch die traditionale Kultur modernisiert werden, aber auf „chinesischer“ Grundlage. „Westlichen Fortschritt übernehmen, aber Chinese bleiben“, lautet die entsprechende Kurzformel. Diese Fragestellung, so der im Exil lebende Schriftsteller Yang Lian, sei der Hintergrund aller chinesischen Zeitgeschichte und das zentrale Thema chinesischen Denkens seit über 120 Jahren.

Die Jahrzehnte nach dem Tod Maos haben verdeutlicht, dass die KPCh diesen Traum aller Chinesen nunmehr zu verwirklichen sucht. Durchaus erfolgreich und zum Wohle der Bevölkerungsmehrheit. In den letzten 25 Jahren hat das Land seine Wirtschaftsleistung verdoppelt. China weist ein rasches Wachstum mit hohen Wachstumsraten auf. Benötigte Großbritannien 60 Jahre, um sein Bruttosozialprodukt pro Kopf zu verdoppeln, so vollzogen die Vereinigten Staaten dies in 40, China in lediglich zwölf Jahren. Sein Bruttoinlandsprodukt (BIP) war bereits 2007 mit 3,5 Billionen US-\$ das zweitgrößte der Erde nach den USA. Das BIP nach Kaufkraftparität berechnet lag China mit 7,1 Billionen US-\$ ebenfalls auf dem zweiten Platz (Deutschland: Platz 5). Zugleich hat das Land zweistellige Wachstumsraten im Außenhandel aufzuweisen und besitzt die höchsten Devisenreserven der Welt (Ende 2008: fast 2 Billionen US-\$), was nicht nur von wirtschaftlicher Bedeutung ist, sondern auch politische Schutzfunktion besitzt. Allerdings darf nicht übersehen werden, dass von den 192 Mitgliedsländern der UNO China, was das pro Kopf BIP angeht, im Jahr 2008 lediglich auf Platz 100 lag.

Auf Grund seiner erfolgreichen Entwicklungs- und Modernisierungspolitik lässt sich der heutige Parteistaat als „Entwicklungsstaat“ klassifizieren. Im Unterschied zu dem Begriff des „Entwicklungslandes“ kennzeichnet „Entwicklungsstaat“ die Rolle des Staates in einem Entwicklungs- und Modernisierungsprozess. Solche Staaten, typisch vor allem für Ostasien (Japan, Südkorea, Taiwan oder südostasiatische Staaten wie Singapur und Malaysia), versuchten bzw. versuchen Entwicklung gegen alle Sonderinteressen einzelner Gesellschaftsgruppen und Verbände sowie über alle Hindernisse und Widerstände hinweg durchzusetzen. Sie fühlen sich primär der Idee der nationalen Modernisierung verpflichtet und geben all diejenigen Prinzipien auf, die einer solchen Entwicklung im Weg stehen. Von daher lassen sich solche Staaten auch als lernende Staaten klassifizieren. Entwicklungsstaaten lernen aus vergangenen Fehlern und richten ihre Politik entsprechend neu aus. So hat China die Planwirtschaft aufgegeben und ist zu einer Marktwirtschaft übergegangen, in deren Entwicklung der Staat im Interesse des sozialen Ausgleichs gleichwohl immer wieder interveniert. Über 90 Prozent der Unternehmen werden heute privat geführt,

auch wenn noch rund ein Drittel der Beschäftigten in den großen Staatskonzernen tätig ist. Wohnungseigentum wurde weitgehend privatisiert, Aktien und Börsen wurden eingeführt. Mit den vom 16. Parteitag (2002) beschlossenen „Drei Vertretungen“⁶ bekundete die KP, dass sie mittlerweile nicht mehr einzelne Klassen vertritt, sondern „das chinesische Volk“: ein wichtiger, im Westen kaum wahrgenommener Übergang von einer Klassen- zu einer Volkspartei. Entsprechend wurde 2002 Privatunternehmern auch offiziell erlaubt, in die Partei einzutreten.

Partei und Staat sind in China nicht wirklich getrennt, weshalb man auch von „Parteistaat“ spricht. Ja, man bezeichnet die Partei auch als „Metabehörde“,⁷ da sie in jeder Einrichtung existiert, um – idealtypisch – darauf zu achten, ob die Handlungsabläufe einer Einrichtung sich an den Gesamtinteressen des Landes orientieren. In politikwissenschaftlichen Kategorien ausgedrückt könnte man auch sagen, dass die Partei politische Richtlinien (*policies*) formuliert und Regeln setzt, während der Staat als Exekutive diese umsetzen soll. In der Realität ist die Trennung von Partei und Staat bislang aber nicht gelungen. Auf allen Ebenen kontrolliert die Ertere den Letzteren und trifft alle wesentlichen Entscheidungen vorab.

Einerseits kann man dem Parteistaat Erfolge nicht absprechen. Über das Parteinetzwerk vermag die politische Führung partiell durchaus effektiv und erfolgreich politische Maßnahmen durchzusetzen. Zwei selbst erlebte Beispiele mögen dies verdeutlichen: Im Rahmen eines Feldforschungsaufenthaltes in einem Armutskreis in der Provinz Sichuan 1999 brach dort Cholera aus, die sich rasch ausbreitete und mehrere Todesopfer forderte. Die Provinzpartei führte darauf hin, dass sich sämtliche lokale Funktionäre sofort persönlich in die Dörfer zu begeben hätten, um dort die Behandlungs- und Präventivmaßnahmen zu organisieren und zu leiten. Sollte auch nur eine einzige weitere Person an Cholera sterben, so hieß es in dem entsprechenden Dokument der Provinzführung, werde die gesamte Kreisführung abgesetzt und bestraft. Wie mir Freunde vor Ort berichteten, soll es tatsächlich keine Todesopfer mehr gegeben haben und konnte die Choleraepidemie in nur zwei Wochen besiegt werden. 2009 konnte ich in einem Landkreis in der Provinz Jiangxi, in der ich mich zur Forschung aufhielt, beobachten, wie das Problem der ländlichen Wanderarbeiter, die im Zuge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise arbeitslos geworden waren (zur Finanzkrise, siehe weiter unten), angegangen wurde. Die Zentralregierung hatte den Führungsfunktionären aller Landkreise, in die größere Gruppen arbeitsloser Wanderarbeiter aus den Küstenregionen zurückgekehrt waren, verordnet, dass sie

- 1) binnen kurzer Zeit neue Betriebe in den betroffenen Kreisen ansiedeln sollten, um Arbeitsplätze zu schaffen. Dabei sollten zum einen ehemalige Wanderarbeiter angesprochen werden, die mittlerweile erfolgreiche Unternehmen außerhalb gegründet hatten, sowie weitere Unternehmer von außerhalb, die aus diesem Landkreis stammten. Beide sollten angehalten werden, in ihrer Heimat zu in-

vestieren oder Zweigbetriebe zu gründen. Dafür wurden Sonderkredite bewilligt und Vorzugsbehandlung bei der Bodenvergabe sowie Steuererleichterungen und staatliche Zuschüsse eingeräumt. Die lokalen Führungsfunktionäre hatten von der Zentrale feste Vorgaben für die Schaffung von Arbeitsplätzen erhalten, die sie unbedingt erfüllen mussten und begaben sich in verschiedene Landesteile, um mit relevanten Unternehmern zu sprechen. Bei Erfüllung der Vorgaben erhielten sie Prämien, bei Nichterfüllung Gehaltsabzüge. Wie örtliche Funktionäre erklärten, übte dies gewaltigen Druck auf sie aus, zumal ihre weitere Karriere von der erfolgreichen Lösung dieser Frage mit abhing;

- 2) wurden die örtlichen Unternehmen angehalten, arbeitslose Wanderarbeiter als zusätzliche Arbeitskräfte einzustellen;
- 3) organisierte die Kreisregierung berufliche Aus- und Fortbildungskurse, um arbeitslose Wanderarbeiter für lokale Betriebe bzw. eine selbstständige Berufstätigkeit zu qualifizieren. Autoritär gesteuerte Maßnahmen wie diese trugen mit dazu bei, das Problem der Erwerbslosigkeit unter den Wanderarbeitern 2009 zu mindern.

Noch vor wenigen Jahren versuchten zentrale und lokale Behörden Informationen über epidemische Krankheiten, Naturkatastrophen, soziale Probleme und Proteste zu unterdrücken. Die Behandlung von SARS Ende der 1990er Jahre ist dafür ein Beispiel. Die Informationspolitik im Zusammenhang mit dem großen Erdbeben im Mai 2008 oder dem Skandal mit verseuchter Babynahrung haben indessen verdeutlicht, dass die zentrale politische Führung zumindest zeitweise auf größere Transparenz setzt, um Gerüchten und damit verbundener sozialer Unsicherheit unter der Bevölkerung und so auch potenziellen Unruhefaktoren relativ früh entgegenwirken zu können. In den Provinzen, Städten und Landkreisen wird das zum Teil durchaus konterkariert. So setzt sich der international bekannte Künstler Ai Weiwei, der sich selbst als „öffentliches Gewissen Chinas“ versteht, auf einem eigenen Blog mit sozialen Ungerechtigkeiten, korruptem und diskriminierendem Verhalten der Behörden auseinander. Er hat z.B. gezeigt, wie schwierig es ist, das Problem der während des Erdbebens in Sichuan ums Leben gekommenen Schüler und Schülerinnen öffentlich zu machen, die in eingestürzten Schulgebäuden mangelhafter Bauqualität (die auf Grund der Bestechung lokaler Behörden von diesen als erdbebensicher abgenommen wurden) ums Leben kamen. Entsprechende Kritiker werden von den Sicherheitsbehörden bedroht, verfolgt, die Namensliste der Kinder von Ai Weiveis Blog gelöscht.⁸ Während der Zentralstaat dies im Interesse „sozialer Stabilität“ immer wieder hinzunehmen scheint (oder gar dagegen machtlos ist?), erscheint es als hoffnungsvoll, dass sich immer mehr Kritiker von der Staatssicherheit nicht mehr abschrecken lassen (Originalton Ai: „Unsere Freiwilligen sind weiter im Erdbebengebiet unterwegs. Wenn einer von ihnen festgenommen wird, sind am nächsten Tag zehn neue Freiwillige am selben Ort“). Von daher nimmt auch der Grad an Zivilcourage zu.

Zweifellos gibt es keine durchgehende Transparenz und einheitliche Handlungsweise der Behörden. Bei der Behandlung von Katastrophen, endemischen Krankheiten oder Krisenphänomenen lassen sich zwei Seiten staatlichen Handelns erkennen. Nehmen wir z.B. das Erdbeben in Sichuan von 2008: Einerseits handelte der Staat rasch und entschlossen und brachte schnelle Hilfe für die Erdbebenopfer; andererseits suchte er die Aufarbeitung der Hintergründe für den Einsturz von so vielen Schulen und die damit verbundene Korruption und Verantwortung lokaler Behörden zu unterbinden. Diese Ambivalenz ist auch Ausdruck der Fragmentierung des Staates und seines Apparates (z.B. in die Bereiche zentraler und lokaler Staat, vgl. dazu den Abschnitt „Staat und Gesellschaft“).

Aber anders als in der Mao-Ära ist die KP nicht mehr eine völlig unkontrollierbare Macht. Auf Druck der zentralen Führung bemüht sich der Parteistaat, Herrschaft transparenter, rationaler und somit berechenbarer zu machen. Dieser Prozess verläuft unter dem Stichwort „innerparteiliche Demokratisierung“ und schlägt sich in der Medienberichterstattung, größerer Öffentlichkeit in Parteiangelegenheiten, Transparenz im Internet, der Evaluierung der Arbeit der Parteifunktionäre u.a. Faktoren nieder. Theoretisch hat der Parteistaat die Etablierung von Demokratie zum letztendlichen Ziel erklärt, wobei betont wird, dass es auf dem Weg zu diesem Ziel eines starken Staates bedürfe, der auf Grund der Größe und gewaltigen Disparitäten Chinas sowie der riesigen Bevölkerung zunächst „Stabilität“ um jeden Preis bewahren, die Menschen zu zivilisatorischem Verhalten und zu Partizipation „erziehen“ müsse, um gegen alle Widerstände im Land wirtschaftliche Entwicklung („Modernisierung“) sicherzustellen, an deren Ende dann auch die politische Entwicklung („Demokratie“) stehe. Diese Idee eines autoritären Entwicklungsstaates, der wirtschaftliche und politische Entwicklung aktiv betreibt, wurde nicht von der KPCh erfunden. Sie ist vielmehr das Produkt der Ideengeschichte und der politischen Kultur Chinas im 20. Jahrhundert und beruft sich auf die historischen Erfahrungen: schwacher Staat = Staatsverfall = Leiden des Volkes; starker Staat = Aufblühen des Staates = Prosperität des Volkes.

Bereits Anfang des 20. Jahrhunderts schrieb einer der führenden politischen Denker, Kang Youwei (1858–1927):

Wenn man über Gleichheit, Freiheit und die Rechte des Volkes spricht, so geht es um die Ausweitung der Rechte und Privilegien von Individuen. Wenn die individuellen Rechte und Privilegien ausgeweitet werden, wird die Macht des Staates notwendigerweise geschwächt.⁹

Ein weiterer führender Denker des 20. Jahrhunderts, Liang Qichao (1873–1929), sprach sich u.a. gegen Gewaltenteilung aus, weil *checks and balances* den Handlungsspielraum der Regierung einengten und die Durchsetzungsfähigkeit des Staates schwächten. Hingegen votierte er für den konfuzianischen Grundsatz der Regierung durch eine Elite und war gegen eine Regierung durch das Volk. Sun Yat-sen

(1866–1925) wiederum, der erste Präsident der Republik China, trat für eine „chinesische“ Form der Demokratie ein. Damit meinte er nicht Freiheit des Individuums, sondern die Freiheit der Nation und deren Vorrang vor dem Individuum. Über das Durchgangsstadium einer „Erziehungsdiktatur“, in der das gesamte Volk zur Demokratie erzogen werden sollte, wollte er China in die Moderne führen.

Diese für China so gewichtigen Denker haben die politischen Vorstellungen der Gründer der KPCh und ihrer Nachfolger geprägt: dass unter den Bedingungen von Unterentwicklung und zentrifugaler Tendenzen der Staat und seine Zielsetzungen („Modernisierung“) Vorrang vor individuellen Interessen und Bedürfnissen haben müssten. Sun Yat-sen, in den 1920er Jahren Präsident der Republik China, sprach in diesem Zusammenhang vom chinesischen Volk als einem „Haufen losen Sandes“, was nicht abwertend gemeint war, sondern diese zentrifugalen Tendenzen verdeutlichen sollte. Von daher wurde Demokratie nie als Ziel an sich begriffen, als Instrument zur Absicherung individueller Rechte, sondern als Mittel zur Erlangung nationaler Stärke und Prosperität, wobei auch alternative Wege eingeschlagen werden konnten (z.B. ein autoritäres System). Realisiert werden sollte dies durch einen „aufgeklärten“ Herrscher.¹⁰ In den 1980er Jahren fand diese These als Konzept des „Neo-Autoritarismus“ Verbreitung unter Intellektuellen und Politikern: dass nämlich ein solcher Herrscher bzw. ein solches System den Übergang zu Marktwirtschaft und Demokratie gewährleisten müsse. Zunächst sei eine kapitalistische Wirtschaftsordnung durchzusetzen, erst dann werde eine pluralistische Demokratie möglich. Demokratie sei von daher Ergebnis, nicht Voraussetzung des Reformprozesses in China, weil dieser Prozess auf Grund der mannigfaltigen widerstreitenden Gruppeninteressen im Land notwendig an Effizienz und Effektivität einbüßen würde.¹¹ Hier geht es nicht um die Frage der Zustimmung oder Ablehnung dieser These, sondern um eine Erklärung, dass und weshalb die Betonung des Staates und nationaler Entwicklung gegenüber dem Individuum in der politischen Kultur Chinas so dominierend war und noch immer ist. Ordnung gilt in diesem Konzept als Grundvoraussetzung für Entwicklung und Freiheit. Zunächst muss der Staat politische und gesellschaftliche Stabilität sicherstellen, erst dann können sich die Individuen frei entfalten. Ohne Ordnung droht das gefürchtete *luan* (亂), Chaos, das die Entwicklungsbedingungen der Nation, der Gesellschaft und damit auch der Individuen zunichte macht.

Die erfolgreiche Entwicklung seit den 1980er Jahren bewirkt auch, dass der Parteidiktator in China von der Bevölkerung weitgehend als legitim, d.h. als rechtmäßig angesehen und unterstützt wird, d.h. Legitimität besitzt. Selbst Länder übergreifende Studien westlicher Sozialwissenschaftler verdeutlichen, dass der Parteidiktator in China einen hohen Grad an Legitimität besitzt, höher als in manchen demokratischen Ländern.¹² Diese gründet sich nicht allein auf eine erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung und die Bewahrung politischer Stabilität, sondern auch darauf, dass der Parteidiktator über Kapazitäten zur Erreichung nationaler Ziele verfügt (Modernisierung,

Wiedervereinigung mit Taiwan) und die große Mehrheit der Bevölkerung davon überzeugt ist, dass dieser Staat China vor einem Schicksal wie dem der Sowjetunion bewahren wird. Schließlich, so belegen auch eigene Untersuchungen, unterscheiden die Menschen aber zwischen dem zentralen Staat, dem sie Legitimität und Vertrauen zubilligen und dem lokalen Staat, d.h. den lokalen Funktionären und Behörden, die sie für Missstände verantwortlich machen. Die Frage ist allerdings, was geschehen wird, wenn es auf Dauer nicht gelingt, die Legitimität auch des lokalen Staates zu heben, oder wenn es einmal zu einer neuen Wirtschaftskrise großen Stils kommt, ohne dass der Parteistaat über ausreichende Ressourcen und Instrumente zu deren Bewältigung verfügt. Von daher ist die Stabilität des gegenwärtigen Parteistaates derzeit zwar gegeben, aber letztlich relativ.

Eine zentrale Frage ist, wie und wohin sich die Partei entwickeln wird. Entscheidend dürfte hierbei sein, ob es der KP gelingen wird, ihre Regierungs- und Steuerungskapazität zu erhöhen und effektiv für den weiteren Modernisierungsprozess einzusetzen. Häufig wird übersehen, dass die KP sich seit Mitte der 1990er Jahre in einem Prozess der Erneuerung und Reform befindet und die Lehren aus der Entwicklung der Sowjetunion gezogen hat. Die Kernfrage ist gegenwärtig, ob die Partei sich organisatorisch an die Erfordernisse der Moderne anzupassen, d.h. erfolgreiche Steuerungs- und Leitfunktion im weiteren ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Modernisierungsprozess zu übernehmen vermag oder nicht. An dieser Frage wird sich auch die Zukunft des politischen Systems entscheiden.

Im Rahmen des Reformprozesses haben sich zugleich die Funktionen und Zugangsbedingungen der Partei gewandelt. Die Ausrichtung der Partei auf Ökonomie und Markt, die Ablösung politisch-ideologischer Zugangskriterien zur Partei durch stärker an ökonomischem Erfolg und höherer Bildung orientierten Kriterien, hat die Zusammensetzung der Partei grundlegend verändert. Die heute primär ökonomische gegenüber der früher ideologischen Ausrichtung der Funktionäre, begünstigt den Aufstieg wirtschaftlich erfolgreicher Kader und damit den Elitenwandel. Lokal bleiben die Parteiführungen und Kader zunächst politische Entscheidungselite. Die Wirtschaftsmanager florierender Betriebe, zum Teil auch größere Privatunternehmer, spielen gesellschaftlich eine wachsende Rolle, auch wenn sie an politischen Entscheidungsprozessen derzeit eher marginal beteiligt sind.

Der Umbau zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen und die Notwendigkeit technologischer Erneuerung bewirkten also eine Veränderung in der Zusammensetzung der politischen Elite. Es hat ein Elitenwechsel in den nationalen, regionalen und lokalen Parteiführungen eingesetzt.

Die Veränderung der Zusammensetzung der KPCh verdeutlicht diesen Wandlungsprozess. Ende 2000 hatte die KPCh 64,51 Millionen Mitglieder (5,2 Prozent der Gesamtbevölkerung), die in 1,361 Millionen ländlichen und 79.000 städtischen Parteiorganisationen organisiert waren, 2004 69,6 Millionen, 2007 74,15 Millionen

Mitglieder. Die folgende Tabelle verdeutlicht die Veränderung der Mitgliederstruktur in den Jahren 2000–2007:

Tabelle 1:
Zusammensetzung der KPCh-Mitglieder (2000–2007, in Prozent)

	2000	2004	2007
Mitglieder gesamt (in Mio.)	65,51	69,60	74,15
Frauen	17,4	18,6	20,4
Angehörige ethnischer Minderheiten	6,2	6,3	6,5
Mitglieder unter 35 Jahren	o.A.	22,3	23,3
Absolventen von oberen Mittelschulen bzw. höherer Lehranstalten	50,2	56,6	62,7
davon: von Hoch-/ Fachhochschulen	20,5	27,3	32,4
Arbeiter, Bauern, Fischer	49,1	43,6	41,5
Funktionäre	o.A.	27,4	29,9
Unternehmer/Selbstständige	1,7	4,3	5,1
Angehörige der Streitkräfte/Polizei	o.A.	o.A.	2,1
Rentner	o.A.	o.A.	18,9
Studenten	o.A.	o.A.	2,5

Quellen: *Renmin Ribao (Volkszeitung)*, 1.7.2004; 24.5.2005; 2.7.2008.

2005 überschritt die Mitgliederzahl erstmals die 70-Millionen-Grenze. Die KPCh ist damit die größte herrschende Partei der Welt, wobei die Parteimitglieder einen Anteil von ca. 5,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung haben.

Aus Tabelle 1 wird deutlich, dass vor allem der Prozentsatz an Personen mit höherer Bildung signifikant zugenommen hat. Höhere Bildung ist heute Grundvoraussetzung zur Erlangung einer wichtigeren Position in Partei und Verwaltung. Der Modernisierungsprozess und die Elite- bzw. Avantgardevorstellung der Partei verlangen zugleich, dass die Parteimitglieder besser ausgebildet und fähiger sind als das Gros der Bevölkerung, um den Anforderungen von Modernisierung, Wirtschaftswachstum und Modernität gerecht werden zu können. Entsprechend ist der Anteil der Arbeiter und Bauern im Verlauf des Reformprozesses kontinuierlich zurückgegangen, während derjenige der *Professionals* (Berufe mit Fachwissen und höherer Bildung) sowie der Betriebs- und Verwaltungskader stetig gestiegen ist. Nicht zuletzt manifestiert sich darin auch der oben erwähnte Paradigmenwechsel von einer Arbeiter- und Bauern- zu einer Volkspartei, wie er sich seit Ende der 1990er Jahre

immer deutlicher abzeichnet. Unterdurchschnittlich gering ist der Anteil an Frauen und Angehörigen ethnischer Minderheiten (die mehr als 8 Prozent der Bevölkerung ausmachen). Andererseits könnte der wachsende Prozentsatz an Mitgliedern aus der Arbeiter- und Bauernschaft zur Schwächung des Einflusses der Partei unter diesen Gesellschaftsgruppen beitragen.

Zugleich hat die Ökonomisierung der Politik, d.h. der Vorrang von Wirtschafts- gegenüber politischen Zielen, zur Zersetzung der Parteistrukturen auf den unteren Ebenen beigetragen. Dieser Wandel bewirkte seit den 1990er Jahren bei der Partei Rekrutierungsprobleme. Das Parteiorgan *Volkszeitung* beklagt immer wieder, dass, vor allem auf dem Land, zunehmend weniger junge Leute zum Eintritt in die Partei bereit seien. Aufgrund der Unfähigkeit vieler Funktionäre, Korruption, Änderung der Wertvorstellungen der Jugend, des Konservatismus älterer Parteimitglieder gegenüber Privat- und Marktwirtschaft, Handel, Geldverdienen, Umweltschutz oder Aktivitäten von Nichtregierungsorganisationen (*non-government organizations*, fortan NGOs) besitze die Partei eher geringe Anziehungskraft.

Während Parteikomitees in den Staatsbetrieben nach wie vor eine dominante Rolle spielen, sind sie in den privaten ländlichen Betrieben eher bedeutungslos. Häufig ist in den Letzteren der Betriebsdirektor oder Inhaber zugleich Parteisekretär, um Konkurrenz gar nicht erst aufkommen zu lassen, unnötige Doppelzahlungen zu vermeiden und die absolute Autorität des Direktors zu dokumentieren.

Die Ökonomisierung der Politik hat zugleich zu einer engen Verflechtung von Partei, Verwaltung und Wirtschaft geführt, die in den Städten oft weniger deutlich zu erkennen ist als im ländlichen Raum. Auf der Dorfebene beginnen sich politische und ökonomische Macht am Spürbarsten zu vermengen. Am Beispiel eines Dorfes in der Provinz Sichuan wird dies deutlich (siehe Tabelle auf Seite 28):

Die Größe Chinas und die Vielfalt lokaler Besonderheiten bewirken, dass sich in jedem Kreis, jeder Gemeinde, jedem Dorf andere Variationen finden. Nehmen wir beispielsweise ein reiches Dorf im Kreis Wuxi in Ostchina: Dort erzielte der Parteisekretär in den 1990er Jahren durch seine Wirtschaftstätigkeiten ein 15fach höheres Einkommen als aus seiner Tätigkeit als Bürgermeister und Parteichef. Entsprechend setzte er auch seine Zielprioritäten: Wirtschaftsentwicklung vor Politik. Generell lässt sich daher konstatieren, dass die geschilderten Prozesse die politischen Strukturen und damit auch die ideologische Grundlage der KP verändert haben.

Wachstum und Entwicklung bei gleichzeitiger Zunahme gesellschaftlicher Politikgestaltungsmöglichkeiten sowie der Umbau zu marktwirtschaftlichen Strukturen haben ökonomische Handlungsabläufe und wirtschaftliches Effizienzdenken gefördert. Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftserfolg bestimmen heute das Handeln der Partei und ihrer Funktionäre ebenso wie das der Bevölkerung. Karriere, Aufstieg und Abstieg, Einkommen und Prämien der Kader hängen wesentlich von ökonomischen Faktoren ab.

mischen Erfolgen ab, nicht mehr von vermeintlicher politischer oder ideologischer Standfestigkeit. Die enge Verflechtung von Politik, Verwaltung und Wirtschaft auf der lokalen Ebene, die wachsenden Einkommen der Kader vor allem in den prosperierenden Regionen aus Wirtschaftsaktivitäten sowie die proportional sinkenden Gehälter aus Partei- und Verwaltungstätigkeiten, führen nicht nur zu einer Abwanderung qualifizierter Kräfte aus Politik und Verwaltung in die Ökonomie, sondern auch zur offiziellen Duldung höherer Einkommen der Funktionäre aus Wirtschaftstätigkeiten, um den personellen Aderlass von Partei und Staat in Grenzen halten zu können. Meinungsumfragen unter der Stadtbevölkerung über Berufswünsche ergeben steigende Trends zu wirtschaftsorientierten Berufen (Manager, Unternehmer). Der Beruf des *ganbu*, des Kaders, gilt vor allem in den privatwirtschaftlich orientierten Regionen zunehmend als ökonomisch unattraktiv und verliert dort an sozialem Prestige. Von daher ist es kaum verwunderlich, dass in Südchina Eltern ihre Kinder mit dem Satz „Wenn du nicht fleißig [oder nicht brav] bist, wirst du einmal als Kader enden“ zu besserem Verhalten anzuhalten versuchen.

Dorfverwaltungskomitee Yuwang, Kreis Qionglai/Pr. Sichuan (1990er Jahre)

Vorsitzender (= Bürgermeister)

gleichzeitig:

- *Vizeparteisekretär*
- *Direktor des einzigen dorfeigenen Unternehmens*

1. Vizevorsitzender = Vizebürgermeister

gleichzeitig:

- *Parteisekretär des Dorfes*
- *Dorfbuchhalter*
- *Mitglied des Vorstandes des Privatunternehmens, dessen Besitzer der zweite Vizevorsitzende ist (Ehefrau: Mitglied des Vorstandes der Papierfabrik, deren Manager der zweite Vizevorsitzende ist)*

2. Vizevorsitzender = Vizebürgermeister

gleichzeitig:

- *Besitzer eines Privatunternehmens, das Fischernetze herstellt*
- *Direktor einer gemeindeeigenen Papierfabrik, an der er 89 Prozent der Anteile besitzt*
- *Direktor der Unternehmensgesellschaft des Dorfes (jährliches Einkommen: > 300.000 Yuan [ca. € 30.000])*

Quelle: *Eigene Erhebung.*

Diese ökonomistische Entwicklung schlägt sich zugleich in einer Veränderung der Grundprinzipien der Partei nieder. So wurde die sozialistische Marktwirtschaft zum Ziel der Parteipolitik und die Ausbildung in dieser Marktwirtschaft zum Grundkanon der Parteihochschulen erklärt. Die Erhebung der „Deng-Xiaoping-Theorie“ zur Leitideologie der Partei durch den 15. Parteitag (1997) sowie die von dem ehemaligen Parteichef Jiang Zemin vorgetragenen und oben bereits erwähnten *Drei Vertretungen* (*sange daibiao*), d.h. dass die KP sich der dreifachen Aufgabe gegenübersehe (a) die Wirtschaft auf eine moderne Grundlage zu stellen und den Lebensstandard der Bevölkerung zu heben; (b) eine Gesellschaft mit hohem moralischem und Bildungsstandard zu schaffen und (c) die Interessen aller Teile der Bevölkerung zu berücksichtigen, stehen ebenfalls für das Zurücktreten ideologischer gegenüber pragmatischen Momenten.

Die Ökonomisierung von Politik ist Ausdruck eines *politischen Pragmatismus*. Letzterer ist ein zentrales Kennzeichen der chinesischen politischen Kultur und Entwicklung. Das Moment des Pragmatismus ist bereits in der traditionellen Kultur angelegt, u.a. im Dreiklang von Konfuzianismus, Daoismus und Buddhismus. Ein Sprichwort sagt: Wenn es einem Chinesen gut geht, ist er Konfuzianer, denn der Konfuzianismus ist Ausdruck von gesellschaftlicher Ordnung und von Ordnungsprinzipien. Er legt im Detail fest, wie eine Gesellschaft zu funktionieren hat und wo der Platz des Einzelnen darin ist. Wenn es ihm schlecht geht, tendiert er zum Daoismus, der ihm erlaubt, die Schlechtigkeit der Welt zu erkennen und sich von ihr und der Gesellschaft zurückzuziehen – in die Einsamkeit (als Eremit) oder in sich selbst (durch Meditation). Wenn er sich dem Tode nähert, wendet er sich dem Buddhismus zu, der im Gegensatz zu den beiden anderen Schulen eine Erklärung dafür anbietet, was nach dem Tode geschieht (Wiedergeburt). Chinesen können häufig nicht sagen, welcher Religion oder Lehre sie sich im Einzelnen zugehörig fühlen. Auch suchen sie vorsichtshalber Tempel oder Kirchen der verschiedensten Religionen auf, um sich nach allen Seiten hin abzusichern. Der kulturelle Pragmatismus zeigte sich aber auch in der ländlichen Volksreligion. Lokale Götter waren meist historische Figuren in Form mächtiger Beamten oder Generale, wobei man davon ausging, dass mächtige Personen auch nach ihrem Tode Macht über die Lebenden besaßen und zum Schutz der Menschen beitragen konnten. Aber wehe, wenn es ein Regengott nicht ausreichend regnen ließ. Dann wurde er kurzerhand abgesetzt und eine andere Gestalt zur Gottheit erkoren. Dies erklärt u.a., weshalb heute Mao im ländlichen Raum als Schutzgottheit verehrt wird. In Krisenzeiten wie der globalen Wirtschaftskrise 2008/09 wurde bzw. wird die Verehrung Maos immer wieder zu einem Massenphänomen, wobei sich die Menschen erhoffen, dass „Gott Mao“ ihnen Hilfe bringen möge.¹³

Politischer Pragmatismus lässt sich definieren als Vorrang der Lösung praktischer Probleme vor ideologischen Einstellungen, wobei der praktische Nutzen das Kriterium für „Wahrheit“ darstellt und Politik der Bewältigung praktischer Probleme

zu dienen hat (vgl. Deng Xiaopings Ausspruch „Die Wahrheit in den Tatsachen suchen“).

Dieser Pragmatismus weist gegenwärtig vier Spezifika auf:

- (1) In der *ökonomischen Sphäre* zeigt er sich u.a. an der erfolgreichen Transformation von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft und an der Ökonomisierung von Politik ohne gleichzeitigem Wechsel des politischen Systems.
- (2) *Politisch gesehen* hat sich die Kommunistische Partei – wie erwähnt – von einer Klassen- zu einer Volkspartei gewandelt. Dies verdeutlicht nicht zuletzt auch ihre soziale Zusammensetzung (vgl. Tabelle S.).
- (3) *Ideologisch* gesehen wurde eine für alle verbindliche Ideologie aufgegeben. Ende 2004 wurde schließlich ein neues Ziel aufgestellt, nämlich die Schaffung einer „harmonischen Gesellschaft“ (dazu unten), die an die Stelle der Errichtung einer „kommunistischen Gesellschaft“ trat und als kultureller Code den Menschen in China mehr sagt als der Begriff von einer abstrakten kommunistischen Gesellschaft.
- (4) Die *Legitimität des Systems* basiert nicht mehr auf einer einzelnen Ideologie (wie dem Marxismus oder den Maozedong-Ideen), sondern wird funktional begründet: mit dem Versprechen, Entwicklung, Modernisierung und nationale Stärke zu realisieren, politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität sicherzustellen sowie der Schaffung einer „(sozialistischen) Demokratie“ und „Rechtsherrschaft“.

Diese pragmatische Anpassung an reale Gegebenheiten und Erfordernisse sowie der ideologische Paradigmenwandel sollen exemplarisch an einem Satz in den verschiedenen Parteistatuten der KPCh verdeutlicht werden (siehe Tabelle auf der folgende Seite:

Der Übernahme des „sowjetischen Weges“ (Kennzeichen: „Marxismus-Leninismus“) Anfang der 1950er Jahre folgte die politische Sinisierung durch die „Maozedong-Ideen“ Anfang der 80er Jahre. Letzteres muss als Suche nach einem eigenen, „chinesischen“ Weg der Entwicklung interpretiert werden. Schließlich nahm das Statut die pragmatische Ökonomisierung durch Einbau der „Deng-Xiaoping-Theorie“ in den 90er Jahren auf, eine „Theorie“, die im Prinzip wirtschaftliche Entwicklung plus Kontrolle durch die Partei impliziert. Bilden doch die „Ideen“ Dengs kein zusammenhängendes Theoriegebäude, sondern lediglich einen Leitfaden mit pragmatischen Handlungsanweisungen. Dengs Katz-Maus-Theorie („Egal ob schwarze oder weiße Katze, Hauptsache, sie fängt Mäuse“) war Ausgangspunkt für die Konzentrierung der Makropolitik auf die Wirtschaft und damit auch Ausgangspunkt für die Ökonomisierung.

Aussagen im Parteistatut (1956–2007)

1956

„Der Marxismus-Leninismus ist die Richtschnur des Handelns der KP Chinas.“

1982

„Der Marxismus-Leninismus und die Maozedong-Ideen sind die Richtschnur des Handelns der KP Chinas.“

1997

„Der Marxismus-Leninismus, die Maozedong-Ideen und die Deng-Xiaoping-Theorie sind die Richtschnur des Handelns der KP Chinas.“

2002

„Der Marxismus-Leninismus, die Maozedong-Ideen, die Deng-Xiaoping-Theorie und das wichtige Gedankengebäude der ‚Drei Vertretungen‘ sind die Richtschnur des Handelns der KP Chinas.“

2007

„Der Marxismus-Leninismus, die Maozedong-Ideen, die Deng-Xiaoping-Theorie und das wichtige Gedankengebäude der ‚Drei Vertretungen‘ sind die Richtschnur des Handelns der KP Chinas ... sowie das wissenschaftliche Konzept von Entwicklung.“

Eigene Darstellung.

2002 wiederum wurden die o.g. „Drei Vertretungen“ in das Parteistatut aufgenommen. Wie oben dargelegt, vollzieht sich in Letzterem das Paradigma des Wandels von einer Klassen- zu einer Volkspartei (*Partei des ganzen Volkes*). 2007 wurde der Passus durch das „wissenschaftliche Konzept von Entwicklung“ (*kexue fazhan guan*) ergänzt. Dahinter verbergen sich eine stärkere Ausrichtung auf soziale Ausgewogenheit (Abbau Stadt-Land Widerspruch, Verringerung der Einkommensdisparitäten), die Fürsorge für sozial Schwächere und eine nachhaltige Entwicklung, d.h. die Wirtschaftsentwicklung soll nicht weiter auf Kosten der sozial Schwächeren und der Umwelt erfolgen. Insgesamt ist dieser Wandlungsprozess in den Aussagen des Parteistatuts auch als Ausdruck und Ergebnis eines kontinuierlichen Lernprozesses zu begreifen.

Neue Grundlage für soziale Stabilität soll das bereits oben dargestellte Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ (*hexie shehui*) bilden, das erstmals auf der 4. Plenartagung des 16. Zentralkomitees (ZK) im September 2004 vorgetragen und von Ministerpräsident Wen Jiabao in seinem Rechenschaftsbericht an den Nationalen Volkskongress im Februar 2005 erläutert wurde. Demokratie, Herrschaft des Rechts, Gerechtigkeit, Aufrichtigkeit (im Gegensatz zu Korruption) und sozia-

ler Ausgleich sollen diese Gesellschaft auszeichnen. Parteichef Hu Jintao hat das im Juni 2005 präzisiert: Aufbau einer „geistigen Moral“, korrekte Behandlung der Widersprüche im Volk, Verstärkung des ökologischen und Umwelt“aufbaus“, *good governance*¹⁴ (gute Regierungsführung) und soziale Stabilität nannte er als weitere Faktoren. Auf den Punkt gebracht, handelt es sich um die Forderung nach größerer Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit, wobei zugleich auch Zwangsmaßnahmen intendiert sind, falls Proteste sozialer Gruppen die Harmonie stören sollten. Mit diesem Konzept, das dem Staat die Funktion einer „Moralstaates“ zuweist, der die Gesellschaft moralisch zu prägen versucht, erkennt der Parteistaat indessen an, dass in der Gesellschaft erhebliche Ungleichheit herrscht, deren Verringerung künftig eine zentrale Aufgabe sein soll.¹⁵

Im Prinzip geht es um die Frage, auf welche Weise gesellschaftliche Widersprüche gelöst sowie die Ursachen dieser Widersprüche aufgehoben und gesellschaftliche Stabilität erreicht werden können. Dies soll durch Schaffung einer soliden ökonomischen Grundlage, einer neuen Moral, die Herstellung ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit, ein funktionierendes Rechtssystem und die kontinuierliche Anhebung des Bildungsstandards erreicht werden. Im Rahmen dieses Konzeptes sollen – wie chinesische Sozialwissenschaftler betonen – die Mittelschicht verbreitert, die Zahl der Angehörigen unterer Einkommensgruppen verringert und Korruption bekämpft werden. Dabei soll das Ideal dieser Gesellschaft offensichtlich an die Stelle des abstrakten Ziels des „Kommunismus“ treten. Jedenfalls beschreibt die Parteizeitung *Renmin Ribao* die „harmonische Gesellschaft“ als das – nicht mehr allzu ferne – „gesellschaftliche Ideal“, in dem es allen gut gehe und gesellschaftliche Widersprüche zwar weiter existierten, aber friedlich gelöst werden könnten. Diese Gesellschaft könne man (wohl im Gegensatz zum Idealbild des „Kommunismus“) „fühlen“.¹⁶ Das Konzept der harmonischen Gesellschaft lässt das konfuzianische Ideal der „Großen Harmonie“ (*datong*) anklingen, eine Gesellschaft ohne soziale Ungerechtigkeit und Unsicherheiten, geprägt durch soziale und politische Harmonie. Eine solche Gesellschaft soll sich auch von dem „westlichen“ Modell einer neoliberalen Marktgesellschaft unterscheiden, die von Maximierung von Profit, Reichtum und Konsum geprägt sei.

Im Prinzip weisen schon die chinesischen Schriftzeichen für harmonisch (*hexie*, 和谐) auf die ursprüngliche Bedeutung des Begriffs hin: das Zeichen *he* (和) ist zusammengesetzt aus „auf dem Feld stehendes Getreide“ (禾) und „Mund“ (口), das Zeichen *xie* (谐) aus „etwas offen sagen“ (言) und „jedermann“ (皆). Die entsprechende Bedeutung des Zeichens ist also: Wenn alle genügend zu Essen haben und sich offen äußern können, dann herrscht Harmonie. Mit modernen Worten würden man sagen: Grundversorgung + Meinungsfreiheit – eine für die Gegenwart und auch politisch interessante Bedeutungskombination.

Staat und Gesellschaft – getrennte Welten?

Was ist eigentlich der „Staat“? Der Staat ist auch in China kein einheitliches Gebilde. Einerseits unterliegt er der Kontrolle durch die Partei und ist eng mit ihr verwoben. Will man das politische System Chinas und den „Parteistaat“ verstehen, so ist es andererseits wichtig zu begreifen, dass es sich nicht um ein rein zentralistisches Gebilde, sondern um ein „fragmentiertes“ System handelt. Was ist damit gemeint? Häufig wird China als ein politisches Gebilde begriffen, in dem eine kleine Führungsschicht an der Spitze („Politbüro“) das gesamte Geschehen im Lande kontrolliert und gestaltet. In der Tat wirken mittlerweile jedoch eine große Zahl von Interessengruppen auf die politische Gestaltung ein. Nicht nur in der Partei- und Staatsführung selbst konzentrieren sich unterschiedliche Interessen, sondern auch in den zentralen Gestaltungsstellen wie in den Ministerien.

Das Ministerium für Industrie und Handel z.B. möchte die Wirtschaft möglichst rasch entwickeln, das Umweltministerium wiederum verfolgt, dass dabei bestimmte Umweltstandards eingehalten werden. Das Außenministerium ist an „harmonischen Beziehungen“ zu anderen Ländern interessiert, die Führung der Streitkräfte hingegen möchte mehr Geld für die eigene Ausrüstung, und stellt stärker Fragen internationaler Spannungen und nationaler Sicherheit in den Vordergrund ihrer Argumentation. Die Provinzen sind vornehmlich an eigener Wirtschaftsentwicklung interessiert. Die Export orientierten Küstenprovinzen haben dabei die besten Chancen Auslandskapital anzuziehen und entsprechend ein Interesse daran, Spannungen mit dem Ausland zu minimieren. Die Binnen- und Westprovinzen, die weniger erfolgreich Auslandsinvestitionen einwerben können, verlangen stärkere Unterstützung durch die Zentralregierung. Jede Provinz weist dabei auf ihre Besonderheiten und unterschiedliche Interessenlage hin. Dies pflanzt sich nach unten fort. Auf der Ebene der Städte, der Landkreise, der Gemeinden und selbst der Dörfer. Diese „Fragmentierung“ findet sich auch innerhalb einzelner Ministerien und Behörden und sogar innerhalb der Streitkräfte. Was die Letzteren anbelangt, so profitieren diejenigen im Osten, mit besserem Zugang zu Märkten und entwickelterer Infrastruktur, stärker vom marktwirtschaftlichen Boom als diejenigen im Westteil des Landes, die vornehmlich für infrastrukturelle Baumaßnahmen in unwirtlichen Wüsten- und Gebirgslandschaften eingesetzt werden und sich von daher benachteiligt fühlen.

Der Fragmentierungsprozess wirkt sich auch zwischen den Verwaltungsebenen aus. So sind z.B. Ministerien der zentralen Ebene den Provinzen hierarchisch gleichgestellt. Da Einheiten der gleichen Hierarchieebene sich nicht gegenseitig Weisungen erteilen dürfen, können die Ministerien ihren Provinzuntergliederungen (wie z.B. dem Umwelt- oder dem Landwirtschaftsamt einer Provinz) auch keine Anweisungen erteilen. Das ist Aufgabe der jeweiligen Provinzregierung. Effektives Handeln ver-

langt von daher Konsensbildung und damit einen Verhandlungs- und Aushandlungsprozess zwischen den verschiedenen Ebenen.

Der „Staat“ (wie auch die Partei) unterteilt sich also in unterschiedliche Spieler mit unterschiedlichen Interessen und Zielsetzungen. Anders als in der Mao-Ära kann der Zentralstaat nicht mehr einfach von oben Befehle erlassen, zumal die Handlungsabläufe in China sehr viel komplexer geworden sind und die unteren Ebenen (Städte, Landkreise, Gemeinden) unter Hinweis auf Besonderheiten zentrale Politik nicht unbedingt umsetzen. Die „Zentrale“ erwartet, dass ihre Politik lokal den konkreten Gegebenheiten angepasst und nicht – wie in der Mao-Zeit – landesweit gleichförmig umgesetzt wird. Was jeweils den „konkreten Gegebenheiten“ entspricht, kann mit den höheren Verwaltungsebenen ausgehandelt werden. Diese Aushandlungsprozesse haben dazu geführt, dass man im Falle Chinas auch von einer „Verhandlungsgesellschaft“ spricht. Auch die lokale Ebene stellt kein einheitliches System dar. So haben Chinawissenschaftler vier Typen des lokalen Staates unterschieden: (1) der lokale Entwicklungsstaat, vorrangig in entwickelteren Regionen, der erfolgreich Wirtschaft und Gesellschaft entwickelt; (2) der lokale Unternehmerstaat, bei dem lokale Funktionäre im Interesse eigener Profitmaximierung Betriebe gründen oder übernehmen; (3) der räuberische Staat, bei dem lokale Funktionäre die Bevölkerung im Interesse lokaler Entwicklung oder Eigenbereicherung ausplündern (über Steuern, Gebühren oder Korruption), ein Phänomen hauptsächlich in ärmeren Regionen und (4) der klientelistische Staat, bei dem lokale Funktionäre eine enge Verbindung mit lokalen Unternehmern eingehen.¹⁷ Auch wenn Städte oder Landkreise immer mehrere dieser Besonderheiten aufweisen, so verdeutlicht diese Bandbreite doch ein weiteres Mal, dass es ausgesprochen schwierig ist, generelle Aussagen über die Entwicklung Chinas zu machen.

Teil des genannten Fragmentierungsprozesses ist der sog. Implementierungswiderspruch, d.h. die Diskrepanz zwischen in Peking beschlossenen politischen Richtlinien und Gesetzen einerseits und der teilweise mangelnden Umsetzung auf der lokalen Ebene andererseits. Besonders deutlich wird diese Problematik etwa im Bereich des Umweltschutzes. Obwohl der Zentralstaat Dutzende von Gesetzen und Regularien beschlossen hat, führen viele Städte und Kreise diese nicht durch, meist mit Hinweis auf die Priorität lokaler Wirtschaftsentwicklung.

Generell ist ein Prozess dezentralisierter Entscheidungen dafür verantwortlich. Städte und Kreise besitzen seit den 1980er Jahren größere Eigenentscheidungsrechte und können politische und wirtschaftliche Eigenexperimente durchführen. Entsprechend gibt es Landkreise, die den Anweisungen der Zentrale Folge zu leisten versuchen, aber auch andere, die unter Hinweise auf lokale Besonderheiten oder „Modelle“ den zentralen Richtlinien indifferent gegenüberstehen oder sie sogar konterkarieren.

Für diesen Umsetzungs- oder Implementierungswiderspruch sind im Grunde fünf Gründe verantwortlich:

- 1) *Institutionelle Defizite*: Dezentralisierungsprozesse, d.h. die Verlagerung von Entscheidungen auf untergeordnete Verwaltungsebenen, haben die Macht der lokalen Ebene gestärkt. Es stehen keine institutionellen Mittel (z.B. der Rechtsweg) zur Verfügung, um Abweichungen von Beschlüssen der zentralen Führung ausreichend sanktionieren zu können;
- 2) *Einseitige Politikpräferenzen*: Bei der Bewertung der Amtstätigkeit lokaler Funktionäre oder Behörden durch höhere Organe stehen die harten Faktoren Wirtschaftswachstum und Bewahrung von Stabilität im Vordergrund. Entwicklungen, die diese beiden Faktoren beeinträchtigen, werden von der Zentrale oder anderen höheren Organen unmittelbar sanktioniert und wirken sich nachteilig auf die Karrierechancen und Prämien lokaler Funktionäre aus. Alle anderen Faktoren (Umwelt, Recht, Finanzen etc.) sind politisch weiche, sekundäre Phänomene, die erst dann prioritär werden können, wenn externer politischer Druck (etwa durch das Ausland) oder interner ökonomischer und gesellschaftlicher Druck (durch lokale Eliten oder soziale Akteure) einem Politikfeld zu größerer Wirksamkeit im öffentlichen Raum verhilft. So wissen lokale Funktionäre, dass sie im Falle von Umweltschäden oder Bergwerksunglücken wenig zu befürchten haben, solange dadurch keine größere Unruhe unter der Bevölkerung entsteht. Kleinere Proteste lassen sich zudem leicht unterdrücken, zumal die Medien auch nicht frei berichten dürfen;
- 3) *Lokale Netzwerke*: mächtige Koalitionen lokaler Funktionäre mit Unternehmern, Arbeitern, Bauern oder anderen Gruppen, die direkt oder indirekt an einem Faktor partizipieren (z.B. an einem Umwelt verschmutzenden Betrieb, an wenig betriebssicheren Bergwerken), widersetzen sich der Durchführung zentral beschlossener Regeln unter Hinweis auf lokale „Stabilität“ oder „Wirtschaftsentwicklung“. Denn schließlich – so die Argumentation – könnte die Schließung Umwelt verschmutzender oder unsicherer Betriebe dazu führen, dass viele Beschäftigte und andere Nutznießer Arbeit und soziale Sicherung verlieren, der lokale Staat Steuereinnahmen, die Unternehmer ihre Gewinne und die Funktionäre ihre Pfründe und Zusatzeinnahmen;
- 4) Korruption sowie Einflussnahme von Unternehmern auf die lokale Politik;
- 5) *Ein geschlossenes Berichtswesen*: Berichte an höhere Organe oder Funktionäre, die nicht die reale Situation widerspiegeln, d.h. Doppelrealitäten im Berichtswesen („politisch korrekte“ Berichte an höhere Stellen oder gegenüber höheren Funktionären beschreiben künftige Ziele, aber nicht die aktuelle Situation; die reale Lage ist daher nur der lokalen Führung bekannt), so dass die übergeordneten Behörden nicht über die tatsächliche Lage in einem Gebiet informiert sind. Zhao Shukai, ein chinesischer Agrarsoziologe, beschreibt, wie Funktionäre auf der Bezirks-, Kreis-, Gemeinde- und Dorfebene Koalitionen bilden, wenn Funktionäre von der Provinz- oder zentralen Ebene zu Inspektionen erwartet werden.

Die Letzteren werden mit Eintritt in das entsprechende Verwaltungsgebiet beobachtet und ausgespäht und alles, was sie prüfen wollen, wird sorgfältig vororganisiert, damit die Besucher die wahre Lage ja nicht in Erfahrung bringen können.¹⁸ Ein gutes Beispiel dafür ist, dass kurz vor Bekanntwerden der gewaltigen Umweltverschmutzung des südchinesischen Taihu-Sees die Stadt Yixing, der Hauptverschmutzer, vom Staatlichen Umweltamt in Peking zur Umweltmodellstadt gekürt wurde und einen Preis erhielt. Offensichtlich ohne Kenntnis der realen Lage vor Ort.

Mangelndes Verständnis von diesem Implementierungswiderspruch führt bei uns häufig zu der Auffassung, dass die Zentralregierung für alle Missstände und Fehlentwicklungen im Lande verantwortlich sei. Zwar kontrolliert die Zentralgewalt das gesamte Land und vermag Großpolitiken durchzusetzen, bei 2.862 Landkreisen jedoch die gesamte Umsetzung zu überwachen würde die zentralen Behörden überfordern. Von daher setzt sie „harte“ politische Prioritäten (wie Wirtschaftswachstum, Bewahrung sozialer Stabilität oder Geburtenplanung), deren Einhaltung streng überprüft wird. Dabei wird die Festlegung „harter“ Kriterien durch die zentrale Führung von drei Faktoren abhängig gemacht, um zentral, regional und lokal optimale Zustimmung zu finden: Die Führungselite ist sich (a) hinsichtlich der Einstufung eines Kriteriums als „hart“ einig und sie ist (b) bereit, diesem Kriterium Priorität einzuräumen; (c) die Unterstützung durch die regionale und die lokale Ebene ist messbar und garantiert.

Die Duldung des Implementierungswiderspruches in Politikfeldern, die von der Führung als zweitrangig angesehen werden und die Akzeptanz von politischen Fragmentierungsprozessen ist einerseits Ausdruck eines politischen Pluralisierungsprozesses; andererseits erlaubt dies eine administrative Flexibilität, die innovative Ansätze nicht von vornherein abwürgt. Letzteres erklärt u.a., weshalb der chinesische Entwicklungsprozess bislang so erfolgreich verlaufen ist. Was allerdings fehlt, sind effektive Instrumente zur Kontrolle des Verhaltens der lokalen Behörden.

Geringe Durchsetzungskraft existiert auch hinsichtlich der Umsetzung der Gesetzesbestimmungen. Auch wenn die Zentralregierung mittels Anweisungen und Gesetzen Phänomene wie Produktfälschungen oder Verletzung der Bodenrechte der Bauern zu bekämpfen versucht, fehlen häufig die institutionellen und rechtlichen Instrumente, um dies lokal durchsetzen zu können.

Die Gesellschaft wiederum entwickelt Strategien und Gegenstrategien gegen staatliche Politik. Nehmen wir z.B. die Geburtenplanungspolitik. Hier versuchen vor allem Landbewohner, die Politik der Ein-Kind-Familie zu umgehen. Dies findet seine Ursache in der Rolle männlicher Nachkommen: sie allein können die so wichtige Ahnenreihe einer Familie fortsetzen (Töchter heiraten aus der eigenen Familie weg in andere Familien); viele Söhne zu haben bedeutet überdies eine gute Altersversorgung, da nur diese dafür zuständig sind. Zu den Strategien der Umgehung der Ein-Kind

Familie gehört z.B. der Wegzug als Wanderarbeiter. Man bekommt dann ein zweites Kind außerhalb seines Heimatdorfes, ein Phänomen, das vom Staat nur schwer zu kontrollieren ist. Wer ein behindertes Kind hat, hat Anrecht auf ein weiteres. Um falsche Tatsachen vorzuspiegeln, weisen Eltern bei Überprüfungen das erste Kind an zu hinken, um es als behindert ausgeben zu können. Die Zahlung hoher Bußgelder ermöglicht ebenfalls Überplangeburt, denn die meist verschuldeten Gemeinden benötigen Einnahmen, und Bußgelder stellen einen willkommenen Zugewinn dar. Ein GemeindeparteiSekretär in der Provinz Sichuan sagte mir einmal: „Würden wir hier die Ein-Kind-Politik streng durchführen, dann ging der Gemeinde eine wichtige Einnahmequelle verloren. Mehr Kinder bedeuten höhere Einnahmen und erhöhen zugleich den Zufriedenheitsgrad der Bevölkerung.“ Eine interessante Strategie entwickelten vor einigen Jahren Bauern in der zentralchinesischen Provinz Henan. Soziologen hatten dort festgestellt, dass viele junge Paare zusammen lebten, ohne verheiratet zu sein. Der Grund dafür war, dass die Geburtenplanungsvorschriften der Provinz vorsahen, dass „uneheliche Kinder“ nicht unter die Geburtenplanung fielen. Also bekamen die Bauern zwei oder drei Kinder, heirateten dann und zeugten noch ein weiteres, „legales“ Kind. „Die da oben entwerfen eine Politik, unten gibt es eine Gegenpolitik“ lautet ein bekanntes chinesisches Sprichwort für solches Verhalten.

Bewirken die Fragmentierung des Staates und gesellschaftliche Umgehungsstrategien, dass auch der Handlungsrahmen der Gesellschaft wächst und sich allmählich das herausbildet, was wir „Zivilgesellschaft“ nennen?

Entsteht in China allmählich eine Zivilgesellschaft?

Das Verhältnis von Staat und Gesellschaft wird bei uns häufig mit dem Begriff der „Zivilgesellschaft“ oder „Bürgergesellschaft“ beschrieben. Damit wird in der Regel die Sphäre zwischen Staat und privat-familiären Aktivitäten bezeichnet. Dieses Konzept bezieht sich von daher auf vom Staat unabhängige öffentliche Bereiche der Gesellschaft. Der US-amerikanische China-Historiker Thomas Metzger argumentiert entsprechend, das westliche Konzept von Zivilgesellschaft sei untrennbar verbunden mit einer von „unten“ (d.h. den Bürgern oder ihren Interessensvereinigungen) ausgehenden Entwicklung, mit einer vom Staat unabhängigen Sphäre und einer nicht-utopischen Weltanschauung, so dass im Falle Chinas die Verwendung des Begriffs nicht angemessen sei.¹⁹

Zweifellos handelt es sich bei dem Konzept der „Zivilgesellschaft“ um ein in Europa und Nordamerika („Westen“) entstandenes Konzept, das in der Regel mit demokratischer Entwicklung in Verbindung gebracht wird. Entsprechend stellt sich die Frage, ob dieses Konzept überhaupt auf autoritäre Staaten wie China anwendbar ist, zumal

dort alles Politische der Kontrolle durch den Parteistaat unterliegt. In der jüngeren Diskussion über das Konzept wird jedoch darauf hingewiesen, dass, genauso wie es weltweit verschiedene Formen von „Modernität“ gibt, auch verschiedene Formen der Herausbildung von Zivilgesellschaft existierten, die in ihren jeweiligen sozio-kulturellen und historischen Zusammenhang einzuordnen seien.²⁰ Soll der Begriff von daher auf Staaten wie China angewandt werden, dann müsste die Begriffsbestimmung diesen Faktoren Rechnung tragen.

Seit den 1990er Jahren gibt es eine breite innerchinesische Debatte über den Begriff Zivilgesellschaft und seine Anwendung auf China. Allein von daher erscheint es gerechtfertigt, den Begriff auch im Hinblick auf die chinesische Entwicklung mitzudenken. Dabei ist das konzeptionelle Verständnis durchaus ein anderes als im Westen. Von der Begrifflichkeit her (die hauptsächlich verwendeten Begriffe sind *gongmin shehui* = Gesellschaft des öffentlichen Volkes und *shimin shehui* = Gesellschaft der Stadtbürger) steht hier die Verantwortung von Bürgern im Hinblick auf öffentliche Güter und gutes Verhalten im Mittelpunkt und weniger die Frage nach politischer Macht. Entsprechend geht es im chinesischen Kontext auch um ein nicht-konfrontatives Modell von Zivilgesellschaft, denn der Staat soll nicht herausgefordert werden.²¹

Ein solch unterschiedliches Verständnis von Zivilgesellschaft hängt nicht nur mit dem politischen System, sondern auch damit zusammen, dass China sich noch immer im Prozess des Staatsaufbaus befindet. Die Institutionen des Staates, durch die das Zusammenleben der Menschen geregelt und dem Einzelnen wie den Gruppen Erwartungssicherheit gegeben wird, befinden sich noch im Prozess der Entstehung (z.B. im Hinblick auf die Rationalisierung der Verwaltung oder die Verrechtlichung bzw. Schaffung eines Rechtssystems). Die neuen Regeln gesellschaftlichen Verhaltens in einem sich rasch wandelnden Gemeinwesen müssen erst erlernt und verinnerlicht werden. Eine kontrollierende Öffentlichkeit und ein Prozess der „Zivilisierung“ im Umgang miteinander sowie im Umgang des Staates mit seinen Bürgern müssen sich erst noch herausbilden. In Staaten wie China, in denen diese Institutionenbildung noch nicht weit fortgeschritten ist, übt der Staat zunächst eine übermächtige Kontrolle aus und beschneidet die Handlungen seiner Bürger. Von einer vom Staat autonomen Zivilgesellschaft kann hier noch nicht gesprochen werden.

Gleichwohl entsteht Zivilgesellschaft nicht erst mit vollendeter Demokratisierung. Von daher interessiert es, ob sich in China Sphären und Strukturen herausbilden, die zwar nicht völlig autonom, aber auch nicht kongruent mit dem Staat sind und aus denen sich Keimzellen autonomer gesellschaftlicher Sphären entwickeln könnten. In diesem Sinne meine ich mit „Zivilgesellschaft“ vornehmlich die Herausbildung einer öffentlichen Sphäre **jenseits** des Parteistaates.

Der polnische Soziologe Pjotr Sztompka hat im Hinblick auf die Entwicklung postsozialistischer Gesellschaften in Osteuropa in seiner Auseinandersetzung mit dem Begriff

der Zivilgesellschaft weniger die Frage einer Trennung von Staat und Gesellschaft in den Vordergrund gerückt als vielmehr die Frage, welche Voraussetzungen für eine Zivilgesellschaft in postsozialistischen Gesellschaften überhaupt erforderlich sind. Er stellte vier Kategorien auf, derer es bedürfe, um „zivilgesellschaftliche Kompetenz“ und damit die Voraussetzungen für eine moderne Zivilgesellschaft zu erlangen:

- einer *Unternehmenskultur* als Voraussetzung für die Teilnahme an der Marktwirtschaft;
- einer *Bürgerkultur* als Vorbedingung für Partizipation an einer demokratischen Ordnung;
- einer *Diskurskultur* als Voraussetzung für eine Teilnahme an freier geistiger Auseinandersetzung und
- einer *Alltagskultur* als Vorbedingung für die tagtägliche Interaktion in einer modernen Gesellschaft.²²

In einer Gesellschaft wie China lassen sich diese Kriterien primär auf folgende Bereiche beziehen: (a) die Herausbildung eines privaten Wirtschaftssektors in Abgrenzung zum einstmals dominanten Staatssektors und damit verbunden die Herausbildung einer Unternehmerschaft; (b) die Entstehung von Bürgern, die am öffentlichen Leben partizipieren (individuell und kollektiv, z.B. in Vereinen und NGOs); (c) die Herausbildung einer geistigen Auseinandersetzung über gesellschaftliche Fragen und Probleme (auch über das Internet) und (d) die Herausbildung eines zivilen Umgangs miteinander, auch in kontroversen Fragen, d.h. die Entstehung einer Streitkultur.

Im Folgenden befassen wir uns mit der Herausbildung der vorgenannten Aspekte. Im Hinblick auf Punkt (d) hat es zwar Fortschritte gegeben (größere Akzeptanz anderer Meinungen und Lebensformen), eine partizipative Streitkultur hat sich aber noch nicht entwickeln können.

Herausbildung eines privaten Wirtschaftssektors und einer Unternehmerschaft

Bis in die 1990er Jahre hinein dominierte im Wirtschaftsleben das Staatseigentum. Die Wirtschaftsreformen erlaubten im ländlichen Raum die Rückkehr zu privaten Bewirtschaftungsformen (ohne dass der Boden privatisiert wurde). Dies war der Startschuss zur Zulassung unterschiedlicher Eigentumsformen sowie lohnabhängiger Beschäftigung. Der Impetus des Privatsektors erwies sich schon bald als Motor wirtschaftlicher Entwicklung. Nicht nur wurden zunehmend Klein-, Mittel- und Großunternehmen aus der Bevölkerung heraus gegründet. Die planwirtschaftlich geführten Staatsbetriebe verloren auf dem Markt zugleich ihre Konkurrenzfähigkeit, immer mehr Staatsbetriebe gerieten in die roten Zahlen. Der Staat verkaufte bzw.

vergab daher in den 1990er Jahren einen Großteil der kleinen und mittelgroßen Staatsbetriebe an Privatpersonen. Viel entscheidender war jedoch der Aufruf des Staates, einer selbständigen Wirtschaftstätigkeit nachzugehen. Ökonomische Selbständigkeit wurde gefördert und rechtlich abgesichert. Ausgehend vom ländlichen Raum machten sich Millionen Menschen zunächst mit kleinen Handwerks- und Handelsbetrieben selbständig. Viele dieser Betriebe entwickelten sich rasch zu größeren Unternehmensformen. Etwa 90 Prozent aller Unternehmen sind heute Privatbetriebe, auch wenn ca. ein Drittel der Beschäftigten in (großen) staatlichen Unternehmen tätig sind, mit abnehmender Tendenz. Diese „Privatisierung von unten“ führte zu einer Ausweitung der Einkommensunterschiede und zur Herausbildung neuer sozialer Schichten. Über die Gründung von Unternehmervereinigungen, -clubs und Branchenverbänden (obgleich diese staatlicher Kontrolle unterliegen, dazu unten) verstärkten die Unternehmer ihre Verhandlungskraft mit dem Staat. Über Engagement in Parlamenten aller Ebenen, Beziehungen zu Funktionären, Medienkampagnen und auch über Korruption weiteten sie ihren gesellschaftlichen Einfluss aus. Wie weiter oben dargestellt, beschloss der 16. Parteitag der KPCh im Jahre 2002, dass Unternehmer einen wichtigen Bestandteil der sozialistischen Marktwirtschaft darstellten. Sie konnten von nun an in die Kommunistische Partei eintreten. Ihr Eigentum wurde dem Staatseigentum rechtlich gleichgestellt.²³

Gleichwohl wäre es voreilig, in den Unternehmern eine soziale Gruppe zu vermuten, die politischen Wandel betreibt. Studien über Privatunternehmer verdeutlichen vielmehr, dass die große Mehrheit den gegenwärtigen Parteistaat unterstützt und an der Beibehaltung des Status quo interessiert ist. Eine 2009 erschienene Untersuchung von Chen und Dickson hat z.B. gezeigt, dass mehr als Dreiviertel der Befragten Privatunternehmer der Meinung waren, dass die KP ihre Interessen vertrete. Über 80 Prozent der befragten Unternehmer waren der Auffassung, öffentliche Demonstrationen sollten verboten werden, weil sie leicht zu sozialen Unruhen und sozialer Destabilisierung führen könnten und fast 7 Prozent meinten, dass die Gründung von Nichtregierungsorganisationen die soziale Harmonie störe.²⁴ Von daher sind Unternehmer in China nicht einfach Protagonisten von Demokratie und Zivilgesellschaft.

Entstehung von Bürgern und Bürgerkultur

Voraussetzung für eine Zivil- oder Bürgergesellschaft ist – das leitet sich bereits von dem Begriff ab – die Existenz von „Bürgern“. Doch was meint der Begriff eigentlich? Vier Kriterien lassen sich nach dem Bürgerbegriff zuordnen:

- a) Die Ausweitung der Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger an öffentlichen Angelegenheiten;
- b) ein wachsender Lebensstandard für die breite Bevölkerung, damit die Men-

- schen nicht mehr nur mit dem täglichen Überleben beschäftigt sind, sondern auch die Zeit finden, sich um die sozial Schwachen zu kümmern;
- c) freiwillige oder ehrenamtliche Tätigkeiten der Menschen im Interesse der Gesellschaft (basierend auf einem „Bürgersinn“) und
 - d) bürgerliche Freiheitsrechte. Bürgerliche Freiheitsrechte existieren bislang nur in eingeschränktem Maße.

Aber in den letzten Jahren wurden die Partizipationsmöglichkeiten und -rechte auf den unteren Ebenen (Dörfer, Wohnviertel) ausgeweitet, beispielsweise wurden per Gesetz Wahlen auf der Dorf- und städtischen Nachbarschaftsviertelebene eingeführt. Die Bewohner von Dörfern und Wohnvierteln können nun – gesetzlich geregelt – ihre eigenen Verwaltungsgremien wählen. Auch wenn das noch nicht überall funktioniert, meine eigenen Untersuchungen in China belegen, dass die Menschen solche Basiswahlen zunehmend als ihr „Recht“ begreifen und rationale Wähler entstehen, die den Zusammenhang von Wahlen und Verantwortlichkeit der Gewählten erkennen („Wer sich nicht für uns einsetzt, wird nicht wiedergewählt“).²⁵ Allerdings spielt der Kauf von Wählerstimmen, d.h. die Bezahlung der Wähler durch einen Kandidaten, damit er von diesen gewählt wird, auf der Dorfebene eine wichtige Rolle. Die „Käufer“ versprechen sich vor allem in sich rasch entwickelnden Regionen von dem Ämterkauf auch auf der Dorfebene profitable Einkommen, etwa durch den Verkauf von Boden, wobei sie einen Großteil des Erlöses in die eigene Tasche stecken. Dieses fast traditionelle Verhalten ist in manchen Gebieten so gravierend,²⁶ dass lokale Funktionäre und selbst Sozialwissenschaftler vorschlagen, diese Wahlen wieder abzuschaffen. Berichte aus anderen Regionen verdeutlichen hingegen, dass Wahlen durchaus bewirken können, dass Funktionsträger in den Dörfern und Nachbarschaftsvierteln ihr Verhalten wählerfreundlich gestalten, damit sie bei den nächsten Wahlen nicht ihren Job verlieren.²⁷ Von daher gibt es relativ große regionale und lokale Unterschiede im Hinblick auf die Funktionsweise von Dorfwahlen, die u.a. mit regional unterschiedlichen Interessen, Strategien und unterschiedlichem Engagement lokaler Eliten abhängen.²⁸ Dies verdeutlicht ein weiteres Mal, dass die Verhältnisse in China ausgesprochen disparat sind.

Da der Staat in einer sich differenzierenden Gesellschaft nicht mehr alle Aufgaben selbst übernehmen kann, versucht er, die Menschen für eine Beteiligung an sozialen Aufgaben zu mobilisieren. „Freiwillige“ sollen sich in den städtischen Wohnvierteln um sozial Schwache, Alte, Behinderte und Randgruppen kümmern, für saubere Umwelt sorgen, ein Kulturleben entwickeln usw. Allerdings ist das Interesse an Partizipation und die Zahl solcher „Freiwilligen“ gegenwärtig noch gering. Die Bessergestellten sind beruflich stark beansprucht und zeigen bislang wenig Interesse, sich sozial zu engagieren. Die Armen wiederum sind primär mit dem eigenen Überleben beschäftigt. Von daher sind es in erster Linie Parteimitglieder (hauptsächlich die im Ruhestand), Rentnerinnen und Rentner, Sozialhilfeempfängerinnen und -empfän-

ger (die Letzteren sind verpflichtet, regelmäßig an öffentlichen Aufgaben in ihrem Wohnumfeld teilzunehmen), die sich für soziale Aufgaben mobilisieren lassen und vor allem sozial Schwachen helfen sollen.

Gleichzeitig ist der Lebensstandard großer Teile vor allem der Stadtbevölkerung im Reformprozess signifikant gestiegen. Protoformen eines Bürgerlebens (Tätigkeit in Vereinen und Interessensgruppen wie Berufs- und Fachverbänden, Hobbyvereinen oder Interessenorganisationen von Wohnungseigentümern) entwickeln sich – eine wichtige Voraussetzung dessen, was als „Bürgergesellschaft“ bezeichnet wird. Der Staat hat die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine Herausbildung von Bürgertum eingeleitet. Obgleich Partizipationslernen und Basiswahlen noch nichts mit Demokratisierung zu tun haben, können sie dazu beitragen, aus „Massen“ (ein politischer Begriff) Bürger (ein rechtlicher Begriff) zu machen, Bürger, die zunehmend die Möglichkeit zu politischer Partizipation erhalten und diese auch zu nutzen beginnen.

Teile der Mittelschicht in den entwickelteren Regionen Ostchinas besitzen bereits ein ausgeprägtes Rechts- und Selbstbewusstsein gegenüber staatlichen oder staatsnahen Organisationen. Dieses Selbstbewusstsein drückt sich – um ein Beispiel zu geben – u.a. in autonomen Formen wie in der Mitwirkung in den sog. „Eigentümerversammlungen“ (den autonomen und selbst gewählten Organisationen der städtischen Wohneigentümer in städtischen Wohnvierteln; sie sollen die Interessen der Eigentümer gegenüber den Hausverwaltungen vertreten) oder dem kollektiven Einschlagen des Rechtsweges im Falle vermeintlicher Rechtsverletzungen durch Behörden aus. So haben z.B. Bewohner eines Wohnviertels in Shanghai neun Jahre lang erfolgreich Versuche lokaler Behörden abgewehrt, die zu jenem Viertel gehörende Grünflächen in Gewerbeflächen umwandeln wollten. Der Erfolg basierte auf dem netzwerkartigen Zusammenwirken von Aktivisten aus der Bewohnerschaft mit lokalen Kadern, die deren Anliegen unterstützten.²⁹

In den Großstädten an der Ostküste fühlen sich Menschen aus dem Landesinneren wesentlich unabhängiger von kollektivem Druck und freier als in ihrer Heimat, was der Herausbildung von Bürgern zuträglich ist (ähnlich wie die Losung „Stadtluft macht frei“ in Europa). So erklärte eine 35jährige leitende Angestellte (Hochschulabsolventin, Parteimitglied, aus der Provinz Sichuan stammend) im Rahmen eines Interviews in der Metropole Shenzhen, der an Hongkong angrenzenden Wirtschaftszone:

Hier fühle ich mich sehr frei. Solange man nicht gegen Gesetze verstößt, kann man ungestört sein eigenes Leben führen ... In Shenzhen, wo die Wirtschaft relativ weit entwickelt ist, gibt es ein höheres Bewusstsein zur Einforderung demokratischer Rechte als im Landesinnern...In Chengdu jedoch ist alles anders. Hier sagen die Leute, was sie denken. In Chengdu gehorchen sie. Ich denke anders seit und weil ich in Shenzhen lebe.³⁰

Eine 30jährige aus der Provinz Jiangxi stammende Kindergärtnerin konstatierte, ebenfalls in einem Interview in Shenzhen:

Ich möchte nicht zurück nach Jiangxi, dort finde ich es zu traditionell. Hier haben die Kinder ein viel höheres Niveau. Ein wesentlicher Unterschied besteht darin, dass in Jiangxi die Kindergärten staatlich sind, hier sind sie privat. In Jiangxi ist die Autorität der Kindergärtnerinnen hoch, hier die der Eltern. In Jiangxi getrauen sich die Eltern nicht, ihre Meinung zu äußern, weil das Prestige der Erzieherinnen so hoch ist. Hier nehmen die Eltern regen Anteil am Kindergartenleben und äußern häufig ihre Meinung. Auch üben sie oft Kritik an unserer Arbeit. Wenn man nicht gut arbeitet, fliegt man raus. Mit den Eltern hier wird man nicht so leicht fertig. Selbst bei Kleinigkeiten regen sie sich auf und suchen ein Haar in der Suppe. Vor allem Nordchinesen üben häufig Kritik.³¹

Auch in diesen Aussagen kommt das selbstbewusste Lebensgefühl der neuen Mittelschichten zum Ausdruck.

Anders als in der Mao-Zeit werden die Menschen heute nicht mehr gezwungen, an politischen oder gesellschaftlichen Aktivitäten teilzunehmen (etwas, was man als Freiheit von Politik bezeichnen könnte). Freiwillige Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten und die selbstgewählte Realisierung des eigenen Lebensentwurfs sind mittlerweile eine Angelegenheit der Individuen, in die sich der Staat nicht mehr einmisch. Von daher wächst die individuelle Selbstbestimmung gegenüber dem Staat und seinen Institutionen und damit die Voraussetzung für autonome gesellschaftliche Räume.

Vereinigungen und NGOs³²

Die Entstehung von Vereinen und gesellschaftlichen Organisationen (*minjian zuzhi* oder *shehui tuanti*) wird – auch in China – als Zeichen einer sich entwickelnden Zivilgesellschaft begriffen. Nun hat in der Tat die Zahl von Vereinen und Verbänden in den letzten Jahren signifikant zugenommen. Beim für die Anmeldung von Vereinen zuständigen „Ministerium für Zivilverwaltung“ waren Ende 2008 354.000 Organisationen bis zur Kreisebene registriert, d.h. Vereine, Verbände, Stiftungen, nicht Gewinn orientierte (*non-profit*) Organisationen u.a. (darunter auch NGOs).³³ Eine größere Zahl von Vereinigungen auf der Gemeinde- und Dorfebene wird dabei nicht erfasst, weil die Anmeldung nur bis zur Kreisebene erforderlich ist. Probleme gibt es allerdings mit der Klassifizierung, zumal der Terminus „Vereine“ sowohl von Behörden als auch von Bürgern gegründete Organisationen umfasst.

Anders als in Deutschland sind solche Organisationen nicht einfach unabhängig. Laut Gesetz bedarf es in China für die Anmeldung in der Regel einer „Bürgerschaftsorganisation“ von Partei oder Staat, die die Anmeldung vornimmt und auch eine gewisse Kontrolle ausüben soll (so muss ein Briefmarkenverband z.B. über die Post angemeldet werden). Nationale Vereinigungen können lokal nicht einfach Zweigvereine

gründen und man kann – Themen bezogen – nur eine einzige nationale Vereinigung anmelden. Das könnte beispielsweise bedeuten, wenn bereits eine philosophische Vereinigung auf nationaler Ebene existiert, kann man keine weitere registrieren lassen. Die Handhabung des Vereinsrechts ist also relativ strikt. Diese Anforderungen an die Registrierung sollen das Entstehen unerwünschter Organisationen verhindern helfen. Sie sind Ausdruck institutionalisierten Misstrauens des Parteistaates gegenüber den Vereinen, wobei befürchtet wird, Vereinigungen könnten sich (wie in der ehemaligen Sowjetunion oder der „orangenen Revolution“ in der Ukraine) zu Opponenten entwickeln, die den Parteistaat herausfordern. Gleichwohl mehren sich die Stimmen, die einfachere Anmeldeprozeduren fordern, damit sich die Zahl der registrierten NGOs erhöhe. Von den geschätzten 1,4 Millionen *non-profit* Organisationen sei die Mehrheit nicht registriert und viele NGOs seien auf Grund der schwierigen Anmeldeverfahren nicht als NGOs, sondern als Unternehmen gemeldet. In den USA hingegen könne sich ein Verein in lediglich 30 Minuten registrieren lassen.³⁴

Dies bedeutet nun nicht, dass diese Organisationen einfach gleichgeschaltet wären und nur unter Partei- oder Staatskontrolle arbeiten könnten. Beim Großteil der Vereine handelt es sich um Organisationen, die sportlichen, beruflichen, kulturellen, fachlichen, wissenschaftlich-technischen, gesundheitlichen oder anderen Belangen nachgehen. Daneben ist seit den 1990er Jahren eine große Vielfalt an sozialen Organisationen und Stiftungen entstanden, die sich für den Umweltschutz, bedrohte Tierarten, soziale Randgruppen, Aidskranke, Drogenabhängige, Prostituierte, Straßenkinder, ethnische Minderheiten, die Erhaltung von Kulturgütern und Landschaften oder den Verbraucherschutz engagieren, aber auch für die Verbreitung von Basiswahlen, Partizipation in Nachbarschaftsvierteln oder die Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Wanderarbeitern. Erfolgreich agierten in den letzten Jahren u.a. Initiativen gegen Wasserkraftwerke in der Provinz Yunnan, eine Initiative gegen die Verlegung des Pekinger Zoos oder eine Bewegung „Klimaanlage 26 Grad“ (zur Eindämmung der Energieverschwendung durch Klimaanlagen), um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Darüber hinaus sind in den letzten Jahren auch Netzwerkorganisationen entstanden, denen eine größere Zahl von Einzelorganisationen angehören (z.B. das *China NPO Network* oder die *Chinese Association of NGO Cooperation CANGO*). Chinesische Wissenschaftler weisen zunehmend darauf hin, dass NGOs eine zentrale Rolle bei der Bewältigung öffentlicher Krisen, der Förderung sozialer Verantwortung sowie eine gesellschaftliche Kontroll- und Aufsichtsfunktion ausüben können.³⁵

Vor allem in Südchina haben die traditionellen Handelskammern und Branchenvereinigungen eine Renaissance erlebt. Diese von Unternehmern gegründeten Vereinigungen arbeiten zwar nicht völlig unabhängig vom Staat. Dabei handelt es sich aber gleichwohl um starke Wirtschaftsvereinigungen, die enormen Einfluss auch auf die lokalen Behörden haben und durchaus in der Lage sind, wirtschaftliche, soziale und politische Belange zu artikulieren und durchzusetzen.³⁶

Solange nicht explizit politische oder politisch brisante Ziele verfolgt werden, unterstützt der Staat (in der Regel der Zentralstaat) durchaus solche Vereinsgründungen, weil sie häufig auf lokaler Ebene Fragen aufgreifen, die der Staat nicht zu lösen vermag. Sie sollen Informationen über lokale Entwicklungen liefern und zur Lösung konkreter sozialer Probleme und damit zur Verbesserung der Regierungstätigkeit beitragen.

Was die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) anbelangt, so hat eine Umfrage des *China Development Brief* von 2002 in Peking ergeben, dass ca. 80 Prozent der Befragten den NGOs primär die Aufgabe zuweisen, die Regierung bei der Arbeit zu unterstützen oder diese zu ergänzen.³⁷ Die Mehrheit sieht in ihnen daher keine gesellschaftlichen Freiräume, sondern ein Mittel zur Verbesserung von Regierungstätigkeit. Gleichwohl kommen solche Vereine häufig in Konflikt mit lokalen Behörden, wenn sie Probleme aufgreifen, die die Pfründe oder Interessen lokaler Behörden oder Funktionäre beeinträchtigen.

Vor allem im Umweltbereich ist eine wachsende Zahl studentischer Umweltgruppen entstanden, die hier kontrollierend und überwachend tätig werden. So sollen 2006 an 176 Universitäten in 26 Provinzen solche Gruppen existiert haben.³⁸

Westliche Sozialwissenschaftler diskutieren darüber, welche Wirkungsweise solche Organisationen und Aktivitäten entfalten könnten. Während die einen meinen, auch die chinesische Umweltbewegung sei grundsätzlich konfliktär angelegt, müsste mit dem Staat in Konflikt geraten und werde sich letztlich als Akteur politischen Wandels erweisen,³⁹ gehen die anderen davon aus, dass die Umweltbewegung auf Grund rigider staatlicher Kontrolle eher zaghaft agiere und größerer Einfluss letztlich voraussetze, dass sie eben nicht konfrontativ handle.⁴⁰ Die Realität dürfte in der Mitte zwischen beiden Auffassungen liegen.

Über die offiziellen Vereine hinaus gibt es auch solche, die sich als „Wirtschaftseinrichtungen“ haben registrieren lassen (weil deren Anmeldung einfacher ist, auch wenn dann Steuern gezahlt werden müssen), sowie informelle Organisationen wie „Untergrund-NGOs“ (deren Zahl soll bis zu einer Million betragen). Ferner gibt es virtuelle Organisationen, die nur im Internet existieren. Dazu zählen Netzwerke von Umwelt-NGOs verschiedener Provinzen, die sich lediglich über das Internet treffen und austauschen. Sie müssen sich keinem Registrierungszwang unterwerfen, gelten als neue soziale Organisationen zugleich aber nicht als illegal, weil die bisherige Rechtslage ein derartiges Organisationsverhalten nicht erfasst. Zudem ist dies wegen der organisatorischen Komplexität von den Behörden auch nur äußerst schwierig festzustellen. Dadurch entstehen quasi Grundstrukturen unabhängiger sozialer Organisationen.

Eine Reihe von Chinawissenschaftlern haben angemerkt, dass in der Diskussion über Zivilgesellschaft in China zu großer Wert auf formelle Organisationen (wie NGOs) gelegt werde, während die Rolle traditioneller und informeller Vereinigungen

im ländlichen Raum, wie die der Clans, Tempelvereinigungen oder Landsmannschaften, vernachlässigt werde. Diese informellen Organisationen seien aber nicht – wie die NGOs – eng mit dem Staat verflochten, sondern weitgehend autonome Organisationen der ländlichen Bevölkerung, die durchaus zur gesellschaftlichen Veränderung beitragen könnten.⁴¹

Zu diesen eher traditionellen Organisationen zählen die seit Jahrtausenden existierenden Clanverbände in den Dörfern oder im städtischen Raum, die Landsmannschaften. Die Mitglieder eines Clans (*jiazu*) tragen den gleichen Nachnamen (z.B. Zhao oder Chen), begreifen sich als Verwandtschaftsgruppe auf Grund gemeinsamer Abstammung, die Generationen zurückliegt. Aus der gedachten Verwandtschaft ergeben sich wirtschaftliche und soziale Verpflichtungen. Ein Clan kann einige Tausend Menschen umfassen. Er wird traditionell von einem Clanältesten und einem Ältestenrat geführt und erfüllt wirtschaftliche und soziale Beistands- und Schutzfunktion für seine Mitglieder. Die Angelegenheiten des Clans werden mit Hilfe eines internen Clanrechts geregelt. Versuchte der Staat in den 1950er Jahren die Clans zu zerschlagen, so erstarkten sie mit der Reform und Liberalisierung wieder und spielen heute häufig eine tragende Rolle in den Dörfern. Wie ich 2009 in Südchina beobachten konnte, besprechen heute wieder Clanältere und lokale Funktionäre in den Ahnentempeln wichtige Alltagsfragen der Dörfer und Clans, um auf diese Weise Konflikte zu lösen und das Durchsetzen staatlicher Politik oder lokaler Interessen zu erleichtern.

Clans besitzen moralische Autorität im Dorf, definieren Normen und Regeln und setzen diese durch. Alle Dorfbewohner haben sich an die entsprechenden Gemeinschaftspflichten und -regeln zu halten. Traditionelle Regeln und Verpflichtungen prägen und stärken von daher auch das Verantwortlichkeitsverhalten der Dorfkader, die sich diesen Normen, Regeln und Verpflichtungen nicht entziehen können. Von daher schaffen diese informellen Institutionen ein System der Kooperation und Verantwortlichkeit der Dorfgemeinschaften. In Dörfern mit funktionierenden traditionellen Institutionen existiert meist ein höherer Grad an persönlicher Verantwortung und sozialer Sicherheit der Dorfbewohner und -kader und damit auch ein größeres Maß an sozialer Stabilität und Zufriedenheit.

Ob Clans und Tempelorganisationen der Herausbildung einer Zivilgesellschaft förderlich sein können, ist allerdings fraglich, da sie spezifische Interessen dörflicher Verwandtschaftsgruppen vertreten und keine explizit gesellschaftlichen Interessen. Die Rolle von Clans in den Transformationsländern Zentralasiens verdeutlicht, dass sie häufig ein Hindernis für zivilgesellschaftliche und Demokratisierungsprozesse darstellen.

Landsmannschaften wiederum sind traditionelle Organisationen, die sich auf Grund gemeinsamer Herkunft aus einer Gemeinde oder einem Landkreis in den Städten als ländliche Interessensgemeinschaften bilden. Auch sie sind zu gegenseitigem Beistand verpflichtet. Vor allem in chinesischen Großstädten finden sich solche

Landsmannschaften, die zum Teil ganze Märkte kontrollieren, gemeinsame Wohnquartiere beziehen und Arbeitskräfte aus der Heimat nachziehen. Auf diese Weise sind auch Schutzorganisationen von Arbeitsmigranten entstanden, die partiell gewerkschaftsähnliche Züge annehmen können.

Da es bislang keine bäuerliche Interessenvereinigung gibt, bilden sich im ländlichen Raum zunehmend „Meinungsführer“ und „Bauernanwälte“ heraus, d.h. Personen, die von den Bauern einzelner oder mehrerer Dörfer bis hin zu Gemeinden beauftragt werden, Probleme bei höheren Stellen vorzutragen sowie Petitionen zu formulieren und einzureichen (mittlerweile ein gesetzlich verbrieftes Recht). Teilweise gründen Bauern auch „Wirtschaftsvereine“, die dann für soziale Rechte der Landbevölkerung eintreten sollen. Solange der Staat eine offizielle Interessensvereinigung nicht zulässt, wird sich der Protest der Landbevölkerung allerdings weiter im Untergrund sammeln.⁴²

Religiöse Vereinigungen besitzen gegenwärtig keine Vorreiterrolle für zivilgesellschaftliche Prozesse. So sind die anerkannten Religionsgemeinschaften strikter staatlicher Kontrolle unterworfen. Zwar sind vor allem im ländlichen Raum wieder traditionelle Tempelvereinigungen, Sekten und Untergrundkirchen entstanden. Diese können durchaus auch als gesellschaftliche „Widerstandsnester“ gegen den lokalen Staat fungieren, sie werden jedoch vom Staat nicht toleriert und vermögen daher keinen wirklichen Einfluss auf zivilgesellschaftliche Prozesse zu nehmen.

Auch wenn Vereine und NGOs nicht im gleichen Maße autonom sind wie in Deutschland: In einer Gesellschaft, in der die unabhängige Existenz von parallelen Organisationen (neben der KPCh) nicht erlaubt ist, können Verflechtungen von Vereinen mit staatlichen oder Parteiinstanzen sogar ausgesprochen hilfreich sein, weil sich Probleme dadurch informell und auf dem Verhandlungswege lösen lassen. Die chinesische „Verhandlungsgesellschaft“, in der Interessen sozialer Gruppen weniger formal durchgesetzt als indirekt ausgehandelt werden, bedarf im gegenwärtigen Zustand sogar einer solchen Verflechtung, damit Interessen einfacher durchgesetzt werden können. Zugleich sind solche halbautonomen Organisationen als Vorläufer autonomer wirtschaftlicher und politischer Vereinigungen zu begreifen. Sie besitzen Doppelcharakter, weil sie sowohl Elemente staatlicher Dominanz als auch von Autonomie enthalten, d.h. staatlichem Korporatismus unterliegen, wobei der Staat diesen Vereinigungen gleichwohl eine gewisse Autonomie lässt, solange sie ihn nicht politisch herausfordern.

Intellektuelle und gesellschaftliche Diskurse über soziale und politische Reformen

Die wachsende Autonomie der Gesellschaft im Verlauf des Reformprozesses begünstigte eine stärkere Autonomie der Intellektuellen und der intellektuellen De-

batten. Zunehmend machen und machen Intellektuelle sich Gedanken über die Zukunft des politischen Systems. Zwar bilden die Intellektuellen in dem Prozess der Auseinandersetzung etwa um politische Reformen keine einheitliche Gruppe. Gleichwohl gibt es einen Diskussionspielraum auch für kritische Intellektuelle, die offen Kritik üben. Solange sie die symbolische Grenze politischer Äußerung einhalten, werden ihre Meinungen weitgehend toleriert. Die symbolische Grenze besteht in der Akzeptanz des politischen Systems bzw. der Führungsrolle der Partei.

Die Form öffentlicher Diskurse möchte ich am Beispiel der intellektuellen Debatte über Korruption verdeutlichen. In dieser Debatte argumentieren Intellektuelle, Demokratie, konkret in Form öffentlicher Kontrolle, der Schaffung einer Öffentlichkeit sowie der Etablierung eines unabhängigen Rechtssystems sei der einzig gangbare und Erfolg versprechende Weg für eine effektive Korruptionsbekämpfung. Damit wird in der akademischen Debatte Korruption als politisches und zugleich systemisches Phänomen charakterisiert. Auf diese Weise trägt die Korruptionsdebatte zum innerchinesischen Diskurs über politischen Wandel und Demokratisierung bei. Aus der Sicht chinesischer Intellektuelle begünstigt die innerchinesische Auseinandersetzung über Ursachen und Beseitigung von Korruption letztlich den Umbau zu einer rationalen, auf einem Rechtssystem fußenden Gesellschaft. Allerdings scheinen die Konsequenzen der gegenwärtigen Debatte weit darüber hinauszugehen. Nicht das Rechtssystem, sondern zunehmend die politischen Strukturen (und damit letztlich die Fundamente des politischen Systems per se) stehen im Mittelpunkt der Kritik, auch wenn dies nicht immer so offen formuliert wird. Die offiziell gezogene Akzeptanzgrenze, der „Vertrag“ zwischen Parteiführung und Intellektuellen, dass nämlich die Herrschaft der KPCh und das politische System nicht direkt in Frage gestellt werden dürfen, d.h. *politische Korrektheit* im chinesischen Sinne gewahrt werden muss, wird gegenwärtig von den meisten Intellektuellen noch eingehalten. Und doch treibt die Argumentation darüber hinaus, etwa wenn der Regierungsberater Yu Keping schreibt, das politische System bilde die strukturelle Grundlage für politische Korruption. Ohne Kontrolle durch die Bürger, offene politische Informationskanäle und politischen Wettbewerb sei Korruption nicht eindämmbar.⁴³ Auf diese Weise wird der Korruptionsdiskurs zu einem wichtigen Teilelement des Diskurses über politischen Wandel in China. Letztlich kann die Entwicklung eines solchen Diskursprozesses auch als Zeichen wachsender politischer Reife der Gesellschaft begriffen werden. Unterschiede zwischen öffentlichem und privatem Raum werden erkannt und die Ziehung von rechtlichen und administrativen Grenzen gefordert. Dahinter steht zugleich das wachsende Verlangen, der Staat habe primär den allgemeinen und öffentlichen Interessen zu dienen.⁴⁴

Die Rolle des Internets

Das Internet hat zweifellos zu einer neuen Form von Öffentlichkeit geführt, weil dort gesellschaftspolitische und -relevante Fragen breit diskutiert werden. Auf Grund dieser Tatsache haben Sozialwissenschaftler argumentiert, das Internet fördere in China die Herausbildung einer Zivilgesellschaft. Das Internet wirke in drei sozialen Räumen: im öffentlichen Raum, in (virtuellen) sozialen Organisationen und in weit verbreitetem Protest. Es fördere öffentliche Debatten und Problemartikulation und fungiere quasi als gesellschaftliches Überwachungsorgan.⁴⁵

Im Januar 2009 soll es in China bereits über 300 Millionen Internetnutzer gegeben haben, davon 84,6 Millionen im ländlichen Raum. Um die Zahl der Landbewohner mit Internetzugang zu erhöhen, wird derzeit ein Programm realisiert, das in jedem Dorf diesen Zugang sicherstellen soll. Allerdings sagt die hohe Zahl der Nutzer noch nichts über die Nutzung aus. So hat das *China Internet Network Information Center* (CNNIC) im Jahre 2009 ermittelt, dass 78 Prozent das Netz zur Informationsgewinnung, 62,8 Prozent zur Unterhaltung (Spiele) und nur 16 Prozent es zu Bildungszwecken nutzen.⁴⁶ Der wachsende Internetzugang bietet einerseits eine Quelle für staatlich nicht kontrollierbare Informationen über Entwicklungen im In- und Ausland, andererseits wirkt er auf diese Weise auch als ein Instrument des sozialen und politischen Wandels.⁴⁷ Manche Wissenschaftler sprechen inzwischen sogar von *Cyberdemokratie*.⁴⁸

Wie neuere Untersuchungen verdeutlichen, entwickelt sich das Internet jedoch nicht per se zu einem Instrument politischer Veränderung. So hat z.B. der Soziologe Yang Guobin auf neue Besonderheiten des Internets in China hingewiesen: Durch das Internet erweise sich Politik nicht mehr nur einfach als ein abstrakter Herrschaftsfaktor, sondern – in Verbindung – mit dem unterhaltenden Surfen im Netz auch als eine neue Form des (freiwilligen) politischen Alltagsdiskurses und der Freizeitbeschäftigung.⁴⁹ Insofern unterscheidet sich diese posttotalitäre Form von Politik von den politisch-ideologischen Sitzungen der Mao-Ära, an denen alle verpflichtend teilnehmen mussten.

Ohne Zweifel ist die Zahl der Internetportale mit Nachrichten, aktuellen Informationen und der virtuellen Gemeinschaften in den letzten Jahren signifikant gestiegen. Vor allem gebildete und jüngere Menschen in den Städten beteiligen sich im öffentlichen Raum Internet an politischen Debatten und definieren damit das Verhältnis Staat-Gesellschaft auf neue Weise. „Durch die Anonymität des Internets“, schreibt Martin Woesler zu Recht, „ist eine kritische Öffentlichkeit entstanden“.⁵⁰ Aktive Internetnutzer, in China nennt man sie *Wangmin*, Cyber-Bürger oder Netizen (in Anlehnung an den engl. Begriff *Citizen*), greifen Informationen über soziale Ungerechtigkeiten, vertuschte lokale Katastrophen, Straftaten oder Korruptionsfälle auf, informieren darüber und stellen sie zur Diskussion. Um einige prominente

Beispiele aus den letzten Jahren zu geben: Im Sommer 2002 wurde, nach einem krassen Fehlurteil, in der Provinz Shaanxi ein Arbeiter hingerichtet, der zu Unrecht einer Mordtat beschuldigt worden war. Nach der Hinrichtung kam es im Internet zu einer öffentlichen Debatte über die Todesstrafe und Rechtspraktiken in China, an der sich nicht nur Juristen und Parteizeitungen beteiligten, sondern über Internetportale Tausende von Bürgern, die ihrer Empörung und Wut über den folgenschweren Justizirrtum deutlich Ausdruck verliehen. Zwar wurde diese Diskussion von der Parteiführung rasch wieder gestoppt. Doch in der Folge dieses Ereignisses soll die politische Führung den Justizapparat angewiesen haben, die Zahl der Todesurteile zu senken. Inzwischen müssen von lokalen Gerichten verhängte Todesurteile vor der Vollstreckung durch den Obersten Volksgerichtshof überprüft werden. Hier zeigt sich, dass das Internet zunehmend für Informationen und Proteste genutzt wird und somit landesweit spezifische Stimmungen und Strömungen transparent werden.

Eine weiterer prominenter Fall war der von Sun Zhigang, ein Hochschulabsolvent, der sich im Frühjahr 2003 ohne Ausweispapiere in der Stadt Guangzhou aufhielt, von der Polizei in Gewahrsam genommen und dort zu Tode geprügelt wurde. Die Internetdebatte darüber schlug rasch um in eine Diskussion über das allgemeine Verhalten der Polizei, sodann über Pressefreiheit und eine Reform des Rechtssystems. Rechtswissenschaftler forderten eine Revision der gesetzlichen Bestimmungen über die Behandlung von Landbewohnern, die sich in den Städten aufhalten und schrieben an das nationale Parlament (Nationaler Volkskongress), das diese Bestimmungen außer Kraft setzte, den Vorfall untersuchen und die verantwortlichen Sicherheitskräfte bestrafen ließ.

Ein weiterer Fall: Im Frühjahr 2009 kam es nicht nur im Internet, sondern auch in den Tageszeitungen sowie in Fernsehen und Rundfunk zu einer breiten Debatte über den Tod mehrerer Menschen in Polizeihaft in verschiedenen Regionen Chinas. In Kunming (Provinz Yunnan) rief die Provinzregierung sogar die Internetnutzer auf, sich des Falls anzunehmen, Informationen darüber zu sammeln und an die Regierung weiterzugeben. Offizielle Polizeierklärungen wurden von der Öffentlichkeit in Frage gestellt, und auch ein Teil der Medien schloss sich dieser Skepsis an. Es wurden nicht nur unabhängige Untersuchungen gefordert, vielmehr wurden (die offiziell verbotene) Folter durch Sicherheitsorgane, das Haft- und das Strafsystem angeprangert und entsprechende Reformen verlangt. Selbst das chinesische Parlament (Nationaler Volkskongress) befasste sich auf seiner Tagung im März 2009 mit dieser Problematik.⁵¹

Diese Vorfälle, einige wenige von vielen, die im Internet breit diskutiert wurden, verdeutlichen den Einfluss des Internets auf die öffentliche Meinung, die Medien und die Politik. Wir haben es hier mit einer neuen Form dessen zu tun, was die Soziologie *kollektives Handeln* nennt: ein mehr oder weniger spontanes Zusammenwirken von Individuen in Gruppen, wobei auf diese Weise in unorganisierter Form Interessen

durchgesetzt werden bzw. Politik beeinflusst wird. Der Politologe Wu Qiang spricht sogar von „e-social movements“, denn mittlerweile hätten sich organisierte Formen der Interessendurchsetzung herausgebildet wie Online-Petitionen (etwa gegen „Software-Regulierung“ [2001/2002], gegen die „Regulierung“, d.h. Zensur von Internet-Veröffentlichungen [2002], für die Unterstützung der Tian'anmen-Mütter [eine Initiative von Müttern, deren Kinder bei der Niederschlagung der städtischen Protestbewegung im Juni 1989 ums Leben gekommen waren], zur Unterstützung des „Lebenden Buddha A An Zhaxi“, der 2002 wegen angeblich „terroristischer Aktivitäten“ inhaftiert worden war u.a.).⁵² Überdies bildeten sich seit Mitte der 1990er Jahre autonome virtuelle NGOs (*e-civic organizations*) im Internet heraus, die Online-Kongresse und Online-Partys organisieren.⁵³ Auch im Bereich Umweltschutz sind zahlreiche Websites und virtuelle NGOs entstanden, die Umweltprobleme und -katastrophen aufdecken und zur Diskussion stellen. Von daher hat das Internet nicht nur einen öffentlichen Raum geschaffen; es trägt auch zum Entstehen (virtueller) sozialer Organisationen und zu neuen Formen sozialen Protestes bei. Zudem hat es die Rolle eines Überwachungsinstruments übernommen, das einerseits die Politik unter Druck setzt, andererseits aber Informationen für die politische Führung bereitstellt, mit deren Hilfe diese die Regierungstätigkeit gegebenenfalls korrigieren und anpassen kann. Auf diese Weise kann das Internet vom Parteistaat auch als Instrument politischer Korrektur genutzt werden.

Zwar versucht der Parteistaat das Internet mit einigen Zehntausend Internetkontrollleuten zu kontrollieren, blockiert er ihm allzu weit gehende gesellschaftspolitische Diskussionen und systemkritische ausländische Websites. Auch verhaftet er zu Abschreckungszwecken von Zeit zu Zeit immer wieder Cyber-Dissidenten, die dann zu hohen Haftstrafen verurteilt werden. Die Grundstimmung der Internetnutzer und die gesellschaftspolitischen Debatten lassen sich dadurch allerdings nicht wirklich eindämmen, zumal findige Internetnutzer genau wissen, wie sie die Zensur umgehen und geblockte Seiten anderweitig aufrufen können.⁵⁴ Wichtig ist, dass die Zensur der Printmedien, des Hörfunks und des Fernsehens dadurch an Gewicht verloren hat. Die jungen Leute lesen weitgehend keine Zeitung mehr, beziehen ihre Informationen nicht aus Fernsehen und Rundfunk, sondern weitgehend über das Internet, das aber weit schwieriger zu überwachen ist. Die Zensur von Nachrichten wird dadurch erheblich erschwert.

Die *Wangmin* in ihrer Gesamtheit sind damit aber noch nicht systemkritisch. Wir müssen hier nämlich zwischen *systemkritischen* Beiträgen einerseits und *gesellschaftskritischen* andererseits unterscheiden. An gesellschaftskritischem und partizipatorischem Verhalten vor allem der Jugend ist die politische Führung durchaus interessiert. Denn die Aufdeckung von Skandalen, Korruptionsfällen und sozialen Ungerechtigkeiten kommt ihrer Intention entgegen, soziale Missstände aufzudecken und den Unmut von Bürgern zu kanalisieren. Internetdiskussionen an sich stellen nicht per se eine Herausforderung des politischen Systems dar. Sie können

auch dazu beitragen, die Legitimität dieses Systems zu stärken. So handelt es sich bei den Internetnutzern primär um jüngere Personen mit hohem Bildungsstandard sowie um Vertreter der neuen Mittelschichten, denen nicht an einer Veränderung des politischen Systems gelegen ist, sondern viel mehr an dessen Effektivierung im Sinne von *good governance*.⁵⁵ Mittlerweile bieten auch parteioffizielle und -nahe Einrichtungen (wie die Parteizeitung *Renmin Ribao*) relativ liberale Internetportale und Chatgroups an, in deren Rahmen kritisch diskutiert werden kann. Insofern lässt sich im Hinblick auf die politische Funktion des Internets keineswegs auf einen technologischen Determinismus im Sinne einer systemverändernden Funktion schließen. Allerdings schafft das Internet neue Möglichkeiten für die Nutzer im Sinne von Transparenz, Partizipation und Gesellschaftskritik. Damit ist es jedoch noch kein Instrument des Systemwandels.

Allerdings spielen die hundert Millionen Blogger (2008) im Internet eine zunehmende Rolle in der gesellschaftlichen und politischen Diskussion. Auf einer Blogger-Konferenz Anfang 2009 z.B. diskutierten namhafte chinesische Blogger über die Rolle des Internets im Hinblick auf die Entstehung eines öffentlichen Raumes. In diesem virtuellen Raum finden intellektuelle Kritiker und die Masse der Internetnutzer zueinander, bilden sich öffentliche Intellektuelle als Meinungsführer und -gestalter heraus, zumal dort relativ offen diskutiert wird. Kritik wird häufig in Ironie, Satire und Symbolik verpackt, so dass sie für Zensoren nicht immer einfach zu identifizieren ist. Dies wird auch als „Blogger Power“ bezeichnet.⁵⁶ Der namhafte Künstler Ai Weiwei erklärte auf der erwähnten Konferenz u.a. in Anlehnung an eine Schrift von Václav Havel, Menschen mit Wissen müssten nach der Wahrheit trachten.⁵⁷ Bloggen sei die stärkste Waffe im Leben eines Menschen. Sie gehe der Realisierung einer Zivilgesellschaft und der Demokratisierung voraus.⁵⁸

Bildet sich also in China eine Zivilgesellschaft heraus?

Bei der Etablierung von Faktoren, die der Gesellschaft mehr Raum geben, spielen Partei und Staat nach wie vor eine zentrale Rolle. Da Ende der 1970er Jahre keine entwickelten Marktstrukturen, keine Unternehmerschaft und keine starke, partizipierende Gesellschaft existierten, übernahm der Parteistaat die Aufgabe, die institutionellen Bedingungen dafür zu schaffen. Da es keine Unternehmer gab, übernahmen zunächst lokale Funktionäre die Aufgabe lokaler Entwicklung. Sie gründeten oder erwarben Unternehmen und erfüllten damit unternehmerische Aufgaben („Kaderkapitalismus“). In den Dörfern setzte der Parteistaat Dorfwahlen durch. In den Städten schuf er Nachbarschaftsviertel (*shequ*), deren Leitungen gewählt werden müssen, und soziale Freiwilligenverbände.⁵⁹ Da es kaum Freiwillige unter den Bewohnern und nur einen geringen Sinn für Bürgerpflichten gibt, werden – wie oben dargelegt – zunächst abhängige Gruppen wie Parteimitglieder (organisatorisch

abhängig) oder Sozialhilfeempfänger (sozial abhängig) für soziale Arbeiten in den Nachbarschaftsvierteln herangezogen. Dadurch soll nicht nur ein erster Kreis von Aktiven herangebildet, sondern es soll auch erreicht werden, dass andere Bewohner über eine „Vorbildfunktion“ von Aktivisten ermuntert werden, sich aktiv für gesellschaftliche Belange einzusetzen, wie z.B. zur Unterstützung von sozial Schwachen, Umweltverbesserung usw.

Der Parteistaat sieht von daher seine Rolle darin, unter Maßgabe fehlender institutioneller und struktureller Bedingungen für eine Zivilgesellschaft diese Voraussetzungen zu initiieren. Eine Zivilgesellschaft „von oben“ soll geschaffen werden. So soll z.B. den bereits erwähnten städtischen Nachbarschaftsvierteln die Aufgabe zufallen, Partizipation und gesellschaftlich ehrenamtliches (freiwilliges) soziales Engagement zu fördern. Grundsätzlich erinnert diese Idee an das Konzept des Kommunitarismus, etwa das des US-amerikanischen Soziologen Amitai Etzioni, der eine neue Gemeinschaft fordert, um „ein neues Verantwortungsbewusstsein der Menschen“ und „die Stärkung der moralischen Grundlagen“ der Gesellschaft zu schaffen.⁶⁰ Die Grundidee des Kommunitarismus besteht in der „Wiederbelebung von Gemeinschaftsdenken unter den Bedingungen postmoderner Dienstleistungsgesellschaften“.⁶¹

Doch während es zwischen diesem Basiskonzept westlicher Zivilgesellschaft und dem chinesischen Nachbarschaftsviertel-Konzept frappierende Übereinstimmung gibt, unterscheiden sich beide im Hinblick auf die dahinterstehenden politischen Ordnungsvorstellungen. Während Etzioni an die mündigen Bürger appelliert, ist das chinesische Konzept ein Kind der Politik, wobei Organisations- und Führungsstrukturen den (kontrollierten) Bürger „von oben“ schaffen sollen. Von daher lässt sich in dieser Hinsicht von einem *autoritären Kommunitarismus* und nicht von Zivilgesellschaft sprechen.⁶²

Der US-Politologe J.S. Migdal hat gezeigt, dass Staaten als „politische Architekten“ fungieren können, wenn Strukturen einer Zivilgesellschaft schwach ausgeprägt sind und ein starker Staat einer noch relativ schwachen Gesellschaft gegenübersteht.⁶³ Genau diese Rolle scheint der Parteistaat einzunehmen. Von daher ist der chinesische Staat auch nicht einfach nur eine „Entwicklungsdiktatur“, sondern eher eine Entwicklungsagentur. Letzteres verlangt mehr als autoritäre Durchsetzungsmechanismen, nämlich die zunehmende Einbeziehung sozialer Gruppen in Verhandlungs- und Mitgestaltungsprozesse und ein entsprechendes Institutionengefüge: Institutionenaufbau durch den Staat, der als politischer Unternehmer auftritt und zielstrebig die Modernisierung der Nation verfolgt.

Es ist nun gerade die Kombination von mobilisierter Partizipation, mobilisierten „Freiwilligen“, die Einführung von Basiswahlen und die Gründung von Nachbarschaftsvierteln, welche die Voraussetzungen für eine kontrollierte und kommunitaristische autoritäre „Zivilgesellschaft“ schaffen soll. Bereits der Weltentwicklungs-

bericht der Weltbank von 1997 („Der Staat in einer sich ändernden Welt“) hat hervorgehoben, dass der Staat einerseits Prozesse initiieren, andererseits im Interesse größerer Effizienz und Bürgernähe öffentliche Aufgaben delegieren muss (an Bürger, NGOs oder den Privatsektor).⁶⁴ Von daher erweist sich der chinesische Staat als „aktivierender Staat“, dem zwar die Verantwortung für gesellschaftliche Aufgaben zukommt, der indessen nicht alle Leistungen selbst erbringen kann und muss. Vielmehr soll er die Gesellschaft „aktivieren“ und motivieren, die Probleme selbst zu lösen.⁶⁵ Selbstorganisation sowie direkte und partizipative Beteiligung der Bürger sind hierbei die Aktivierungsziele des Staates. Auf diese Weise gewinnt die Gesellschaft an Selbständigkeit gegenüber dem Staat, ein wesentlicher Faktor im Hinblick auf die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Strukturen.⁶⁶

Damit der „von oben“ initiierte Prozess in einen *bottom-up* Prozess (von unten) umschlägt, bedarf es allerdings weiterer institutioneller Änderungen, wie der Einführung von Direktwahlen und größerer Autonomie der Nachbarschaftsviertel. Belegt wird diese Funktionalität des Parteistaats auch von einem Beitrag im Parteiorgan „Volkszeitung“, in dem es heisst, Partizipationsbereitschaft und -qualität der Stadtbewohner seien noch nicht sehr hoch. Von daher müsse der Staat als „Triebkraft“ fungieren und einen *top-down* Prozess (von oben nach unten) initiieren, um die Bewohner zur Partizipation in ihren Nachbarschaftsvierteln anzuspornen: von partizipativer Mobilisierung zu autonomer Partizipation. Dem Staat komme dabei die Aufgabe zu, die Fähigkeit der Menschen zur Teilnahme an öffentlichen Angelegenheiten (Partizipation) zu erhöhen.⁶⁷ Der Parteistaat in seiner Lehrerfunktion soll dazu beitragen, dass die Menschen Partizipation erst einmal erlernen.

Umwelt und Umweltpolitik: Gibt es einen Ausweg aus der Katastrophe?

Chinas rasante Wirtschaftsentwicklung hat gravierende ökologische Folgen nach sich gezogen. Das Land kämpft heute in allen Bereichen mit sichtbaren Umweltproblemen, die ihm das Image eingetragen haben, eines der verschmutztesten Länder der Welt zu sein. Berechnungen zufolge liegen die Kosten für diese Umweltzerstörung bei etwa Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) (dies entspricht damit in etwa dem jährlichen Wirtschaftswachstum), während weniger als 1 Prozent des BIP für den Umweltschutz aufgewendet werden.⁶⁸ Nach Berechnungen der Weltbank sowie der Chinesischen Akademie der Wissenschaften belaufen sich die jährlichen Umweltschäden sogar auf acht bis 13 Prozent des BIP.⁶⁹

Die Luftverschmutzung in Chinas Städten ist gewaltig. So liegt gegenwärtig die Mehrheit der 20 weltweit am stärksten verschmutzten Städte in China.⁷⁰ Laut World

Health Organisation (WHO) übersteigen die meisten Städte die Richtwerte um das Zwei- bis Sechsfache. Insbesondere die Explosion der Anzahl der Kraftfahrzeuge ist für diese Situation verantwortlich. China ist dabei, die USA als Hauptemittent von CO₂ abzulösen, wenn keine drastischen Maßnahmen ergriffen werden. Alle Beschlüsse des Kyoto-Protokolls würden damit außer Kraft gesetzt. China hat durch den Ausstoß von Kohlendioxid und Methangas (Nassreisenanbau) sowie Stickoxyden (Pestizid- und Düngemittelleinsatz) einen erheblichen Anteil am globalen Klimawandel. Es ist weltweit der zweitgrößte Emittent von Treibhausgasen. Im Bereich der Schwefeldioxydemission liegt China sogar auf Platz eins und eine Reduktion um 40% wäre nötig, um tolerable Werte zu erreichen.⁷¹ Staatliche Programme zur Reduzierung der Emissionen kollidieren jedoch mit dem steigenden Energiebedarf, aufgrund dessen z.B. auch veraltete Kohlekraftwerke weiterhin in Betrieb sind. Eine Folge der starken Luftbelastung ist der saure Regen, von dem 30 Prozent der Landfläche hauptsächlich im Süden betroffen sind. Durch China verläuft damit einer der drei größten Gürtel sauren Regens in der Welt. Neben der Luftbelastung zählen die Verschmutzung der Gewässer, die Müllentsorgung (auch nukleare Abfälle), die Desertifikation, Überdüngung und Erosion sowie der Verlust an Artenvielfalt zu den drängenden Umweltproblemen.⁷² Einem Bericht der Weltbank sowie der Chinesischen Staatlichen Umweltbehörde zufolge soll die Umweltverschmutzung jährlich zum Tod von ca. 750.000 Menschen führen.⁷³

Die Umweltschäden sollen hier nicht im Einzelnen vorgestellt werden, da sie in der Literatur bereits hinreichend dokumentiert sind.⁷⁴

Mit Beginn der Reformpolitik nach 1978 hat China staatliche Institutionen für den Umweltschutz eingerichtet, Umweltziele in die Fünfjahrespläne integriert, den Umweltschutz in der Verfassung verankert, Umweltschutzgesetze erlassen und internationale Maßstäbe zur Umweltmessung eingeführt.⁷⁵ China beteiligt sich seitdem zunehmend an der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und Datenerhebung. Die systematische, wissenschaftliche Beobachtung der Umwelt ist jedoch auch gegenwärtig noch nicht ausgereift, und daher liegen oftmals nur wenige aussagekräftige Daten vor. Auch basieren viele Angaben auf Schätzungen.

Verglichen mit anderen sog. Entwicklungsländern hat China den Umweltschutz relativ früh in seine Politik zu integrieren begonnen und verfügt über ausgeprägte Umweltschutzinstitutionen. Die chinesische Regierung hat dem Umweltschutz besonders in den letzten Jahren eine stärkere Bedeutung eingeräumt, als schwere Umweltschäden immer deutlicher zutage traten. So werden z.B. kontinuierlich neue Umweltgesetze erlassen, deren Einhaltung allerdings oft nur unzureichend kontrolliert wird. Ökologie und Umweltschutz zählen mittlerweile auch zu den Schwerpunkten in Wissenschaft und Forschung. Seit 1998 gibt es eine zentrale Umweltbehörde, die mittlerweile zu einem neuen Ministerium aufgewertet wurde. Eigene Untersuchungen in verschiedenen Regionen Chinas aus den Jahren 2007 und 2009 ver-

deutlichen, dass auf Grund des Drucks der Zentralregierung 2009 gegenüber 2007 vor allem in den Städten dem Umweltschutz größerer Raum gewidmet wurde und das Umweltverhalten der lokalen Behörden auf Grund des deutlich gestiegenen Drucks von oben strikter geworden war. Die Einhaltung der Umweltnormen wurde von oben stärker kontrolliert und musste über das Internet transparenter gemacht werden. Die Zentrale hat in den letzten Jahren große Finanztöpfe für den Bau von Abwasserklär- und Müllverbrennungsanlagen, für Energie- und Wassereinsparungen, die technische Umrüstung von Betrieben und regenerative Energien (Biogasanlagen, Sonnenenergie, Windkraft) bereitgestellt, aus denen alle Landkreise und Städte Mittel beantragen können. Im ländlichen Raum soll mit einem landesweiten gigantischen Programm „Aufbau neuer Dörfer“ eine neue Infrastruktur geschaffen werden: Aufforstungsprogramme und Müllentsorgung in den Dörfern, Betonierung von Wegen im ländlichen Raum, Installation von Leitungswasser, modernen Toiletten mit Wasserspülung für jeden dörflichen Haushalt sowie Biogasanlagen, Letzteres dort, wo die Bedingungen dafür gegeben sind. Auch hierfür müssen der Zentralstaat, die Provinzen, Bezirke, Städte und Kreise Mittel bereitstellen. In wohlhabenderen Gebieten wie in der Provinz Zhejiang war das 2009 schon relativ weit fortgeschritten, in ärmeren wie in der Provinz Jiangxi rechnete man mit zehn bis 15 Jahren, bis dieses Programm realisiert werden kann, das auch als Teil der Umweltverbesserung gilt. All diese Fortschritte dürfen aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Umweltbewusstsein der Behörden und auch großer Teile der Bevölkerung nach wie vor gering ist und die Umweltlage landesweit gesehen als höchst problematisch gelten kann. Sie verdeutlichen aber, dass in die Problembehandlung Bewegung gekommen ist, wobei zu hoffen bleibt, dass diese Effekte mittelfristig nicht verpuffen, zumal viele Lokalregierungen Umweltschutz lediglich als eine von oben aufgezwungene Politik begreifen.

Insgesamt gesehen steht die gegenwärtige chinesische Führung dem Konzept der nachhaltigen Entwicklung durchaus positiv gegenüber. Seit 2004 gibt es Pläne, die Berechnungen des BIP um die Bewertung von Umweltschäden zu ergänzen, die allerdings noch umgesetzt werden müssen.⁷⁶ Das Ministerium für Handel, Wissenschaft und Technik beispielsweise engagiert sich zusammen mit ausländischen Unternehmen (z.B. Siemens, BP) in den Bereichen nachhaltiger Entwicklung und soziale Verantwortung der Unternehmen (*corporate social responsibility*). 2008 hat die chinesische Regierung zudem ein 600-Milliarden US-\$-Programm für Klima- und Umweltschutz beschlossen, darunter ein gigantisches Aufforstungsprogramm. Auch hat China mittlerweile alle wesentlichen internationalen Umweltabkommen ratifiziert (Montreal Protocol, UN Framework Convention on Climate Change, UN Convention on Biological Diversity, UN Convention to Combat Desertification usw.).

Nicht zuletzt aus der Befürchtung vor internationaler Isolation heraus engagiert sich China im Umweltschutz, ist dabei aber bemüht, die eigenen Kosten gering zu halten. So ratifizierte China zwar das Kyoto-Protokoll, dieses enthielt aber keine für Peking

bindende Verpflichtungen, da Peking dem Protokoll als Entwicklungsland beigetreten und daher – anders als die Industriestaaten – nicht an die Emissionsobergrenzen gebunden ist.

Gleichwohl ereignen sich regelmäßig Umweltkatastrophen. Der verheerende Chemieunfall am nordostchinesischen Songhua-Fluss Ende 2005 z.B., bei dem Krebs erzeugende Chemikalien den Fluss verseuchten, war nur ein Hinweis auf die steigende Zahl eklatanter Umweltkatastrophen. Vor allem im ländlichen Raum, wo die Menschen Umweltschäden materiell direkt zu spüren bekommen, wächst entsprechend die Zahl der umweltbedingten Proteste. Im Jahre 2005 soll es 510.000 Konflikte um Fragen der Umweltverschmutzung in China gegeben haben.⁷⁷ Die Zahl der Beschwerden bei der zentralen Umweltbehörde steigt ständig an.

Die ökologischen Probleme Chinas werden von der Bevölkerung mittlerweile als gravierend wahrgenommen. Untersuchungen zeigen, dass die Mehrheit der Menschen größeren Einsatz der Regierung bei der Lösung der Umweltfragen erwartet; nur wenige Chinesen und hier im allgemeinen die Jüngeren und Gebildeteren, die in den entwickelteren Regionen des Landes leben, sind sich jedoch über die negativen Folgen ihres eigenen Verhaltens im Klaren und wissen, welchen Beitrag sie selbst zum Umweltschutz leisten können. Die chinesische Regierung fördert daher seit Ende der 1990er Jahre Bildungsprogramme im Bereich Umwelt und nachhaltiger Entwicklung. Jedoch fehlt weitestgehend das Verständnis für die regionale/ globale Dimension von Umweltproblemen. Das gilt auch für die Regierung. So weigert sich China u.a., die Verantwortung für die Verursachung von Umweltschäden z.B. in den Nachbarstaaten Japan oder Korea anzuerkennen, und deutet auch ansonsten jede Umweltfrage als innere Angelegenheit Chinas. Dies führt in den letzten Jahren vermehrt zu Spannungen mit den Nachbarstaaten.

Selbst chinesischen Untersuchungen zufolge ist das Umweltbewusstsein bislang noch nicht sehr entwickelt. Untersuchungen chinesischer Soziologen zufolge waren 2008 lediglich 1,8 Prozent der Befragten (Gesamtzahl 7.135 Personen) der Meinung, dass Umweltverschmutzung zu den gravierendsten Problemen gehöre. Während der Stadt-Land- Unterschied in dieser Hinsicht gering war, gab es gleichwohl signifikante regionale Unterschiede: 17 Prozent im Ostteil Chinas vertraten diese Meinung gegenüber 9,1 Prozent in Zentralchina und lediglich 8,1 Prozent im ärmeren Westteil.⁷⁸

Zwar lässt sich ein wachsendes Umweltbewusstsein der politischen Eliten und der neuen Mittelschichten feststellen. Und es ist zweifellos richtig, dass dieses Bewusstsein kontinuierlich wächst. Aber unter Eliten und Bevölkerung dominiert nach wie vor die Auffassung von der Priorität des Wirtschaftswachstums vor der Umwelt. Zudem lassen sich signifikante Unterschiede zwischen urbanem und ländlichem Raum, zwischen entwickelteren und weniger entwickelten, reicheren und ärmeren Regionen feststellen. Es ist der Feststellung zuzustimmen, dass der „Staat“ zunächst als

Hauptakteur fungieren muss. Allerdings haben größere Entscheidungsrechte der lokalen Ebenen und die damit verbundene Fragmentierung staatlicher Macht zu einer Stärkung der Macht der lokalen Ebene geführt. Die lokalen Regierungen präferieren Wirtschaftswachstum und Investitionen gegenüber dem Umweltschutz.

Sozialwissenschaftliche Untersuchungen belegen allerdings, dass das Umweltbewusstsein zumindest unter der akademischen Jugend gewachsen ist. Stalley und Yang haben z.B. festgestellt, dass Studierende den Umweltschutz als zentrale Aufgabe begreifen und dass deren Umweltbewusstsein dem von Studierenden in anderen Ländern nicht nachsteht. Die Mehrheit der Befragten in ihrer Untersuchung ging davon aus, dass sich die Umweltprobleme in den kommenden Jahren entschärfen werden (53,4 Prozent), während lediglich 21,0 Prozent eine weitere Verschärfung erwarteten. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung ist – wie oben bereits verdeutlicht wurde – das Umweltbewusstsein unter weiten Bevölkerungsteilen und vor allem unter Funktionären aber noch immer ausgesprochen gering.

Während die öffentlichen Verwaltungen in den Städten zunehmend größeres Gewicht auf den Umweltschutz legen müssen und die Normen und Vorgaben der Zentrale sowie der Provinzen strikter werden, vornehmlich in den entwickelteren Regionen, verlagern die Städte Umwelt verschmutzende Industrien und Abwässer in den ländlichen Raum hinein. Von daher ist es kaum verwunderlich, dass es gegenwärtig vornehmlich die Landbevölkerung ist, die sich gegen industrielle Umweltverschmutzung zur Wehr setzt (im Jahre 2005 70 Prozent aller Fälle). Mehr Informationen über die Folgen von Umweltzerstörung (auch über das Internet, die Medien und Umweltgruppen) und zunehmende Aufklärung dürften in den nächsten Jahren auch im urbanen Raum zu einer Zunahme der Umweltproteste führen, jedenfalls dort, wo lokale Regierungen den Umweltschutz vernachlässigen.

Friedliche Proteste nutzen meist wenig, die Gesetze lassen sich bislang kaum durchsetzen. Die Landbevölkerung greift daher oftmals zu spezifischen Formen des Protestes. Im Mai 2007 kniete z.B. eine größere Gruppe von Bauern aus der Provinz Anhui vor dem Staatlichen Umweltamt in Peking nieder, um endlich eine Untersuchung der massiven Verschmutzung in ihrer Heimat zu erreichen. Bereits zehn Jahre lang, so stellte sich heraus, hatten die Bauern ihr Anliegen bei verschiedensten Stellen vorgetragen, wobei die Bezirks- und die Provinzregierung immer wieder Untersuchungskommissionen dorthin geschickt hatten, allerdings ohne dass sich irgendetwas geändert hätte.⁷⁹

Bislang gibt es kaum die Möglichkeit, den Rechtsweg einzuschlagen, so dass die bestehenden Umweltgesetze nur schwer durchgesetzt werden können. Zwar sind in einigen Provinzen 2008 Umweltgerichte und sogar eine Umweltpolizei eingerichtet worden, insgesamt gesehen ist die Zahl der Umweltgerichtskammern aber höchst gering. Zudem wehren sich die höheren Gerichtsebenen mit dem Hinweis, sie seien ohnehin überlastet, gegen Klagen von Einzelpersonen oder NGOs, obwohl das natio-

nale Umweltgesetz dies ausdrücklich vorsieht. Chinesische Untersuchungen zeigen allerdings, dass dieser Grund nur vorgeschoben ist. So wurde z.B. bei den Umweltausschüssen der Stadt Wuxi (Provinz Jiangsu) oder denen der Stadt Kunming (Provinz Yunnan) auch nach Monaten der Gründung keine einzige Klage eingereicht, weil die Menschen oder NGOs Repressalien seitens der lokalen Behörden oder Betriebe fürchteten oder weil hohe Kosten für Rechtsanwälte und Gerichte aufgewendet werden müssten.⁸⁰

Im urbanen Raum wiederum könnte man von einer Modernisierung des Protestes sprechen. Ein Beispiel für solch „moderne“ Formen des Protestes war der Fall des Widerstandes der Bevölkerung der Millionenstadt Xiamen in Ostchina gegen den Bau einer Chemiefabrik Mitte 2007. Die Stadtverwaltung hatte den Bau einer taiwanesischen Chemiefabrik in Wohngebietsnähe genehmigt, die Paraxylol für die Herstellung von Polyester produzieren wollte. Dabei entstehen hochgiftige und Krebs erregende Abfälle. Der Widerstand dagegen fing zunächst mit Websites gegen den Bau der Fabrik im Internet an. Die Sperrung dieser Websites, das Verbot der Berichterstattung in den Medien und der Einsatz massiver Polizeikräfte führten dazu, dass der Protest auf Handys wechselte: Mit über einer Million SMS wurden Informationen und Protestaufrufe verbreitet. Aufgrund des großen Widerstandes, der sich auch in Massendemonstrationen der Bevölkerung niederschlug, wobei jeweils die Nationalhymne gesungen wurde, gab die Stadtregierung zunächst nach. Die lokalen, dann aber auch die nationalen Medien berichteten darüber. Eine unpopuläre Politik verbunden mit sozialen Protesten (als Faktor sozialer Instabilität) führte schließlich zur Einstellung des Vorhabens.

Auch in China sind mittlerweile zahlreiche internationale NGOs aktiv, und es entwickelt sich langsam eine Umweltbewegung, aus der eigene chinesische Umwelt-NGOs hervorgehen; aufgrund der politischen Strukturen sind diese jedoch fragmentiert und häufig lokal orientiert. Sie bilden sich zum einen in den großen Städten und zum anderen in den von sichtbaren ökologischen Krisen betroffenen Gebieten.

Die Umweltbewegung arbeitet meist unter Bedingungen, bei denen sie von lokalen Behörden, die ihre eigenen, mit den Umweltstandards häufig nicht zu vereinbarenden Ziele verfolgen wollen, unterdrückt oder bekämpft wird. Der Zentralstaat hingegen braucht diese Bewegung, weil er die Umweltpolitik nicht allein auf dem administrativen Weg durchzusetzen vermag. Solange die Umweltbewegung nicht konfrontativ gegen den Parteistaat vorgeht, sondern sich vornehmlich gegen Politik- und Gesetzesverstöße auf der lokalen Ebene wendet, wird sie vom Zentralstaat toleriert oder sogar unterstützt. Würde sie sich dagegen konfrontativ gegen das politische System verhalten, würde der Staat diese Aktivitäten relativ rasch unterdrücken.

In gesellschaftlich-politischen Umbruchsphasen könnte allerdings das kooperative Verhalten in konfrontative Aktivitäten umschlagen. Die Umweltbewegung wäre dann eine von vielen sozialen Bewegungen und Agenten des Wandels. Die Entwicklung

in der ehemaligen Sowjetunion und in anderen ehemals sozialistischen Ländern hat gezeigt, dass in Phasen politischen Umbruchs sich selbst über Umweltvereinigungen Alternativstrukturen herauszubilden vermögen. Diese konnten sich sogar zu Proto-Parteien entwickeln oder als ad-hoc-Gruppen lokale Einflussphären besetzen, die von der KPCh nicht mehr ausfüllbar sind.

Welche Rechte haben Chinesen?

Anders als im Westen spielte das Recht traditionell eine eher geringe Rolle. Die Beziehungen zwischen den Menschen richteten sich primär nach dem konfuzianischen Moralkodex. Das Strafrecht sollte Verstöße gegen die herrschenden Moralnormen sanktionieren, es blieb daher diesen Normen untergeordnet. Soziale Gerechtigkeit sollte durch wechselseitige Verpflichtungen erreicht werden, nicht durch Gesetze. Anders als in westlichen Ländern wurden die Beziehungen zwischen Volk und Staat auch nicht auf Grund von wechselseitigen Rechten und Pflichten definiert, sondern im Hinblick auf moralische Verpflichtungen, soziale Einbettungen und Interdependenzen.

Strafen galten als unnötig, solange die Moralnormen beachtet wurden. Die Indienststellung von Recht und Gesetzen wurde nicht selten als Anzeichen verfallender Moral und Dekadenz angesehen. Von daher herrschte gegenüber Regeln, Gesetzen und Verträgen Misstrauen. Dies kam noch bei Mao zum Ausdruck, der Ende der 1950er Jahre erklärt hatte, es bedürfe keines kodifizierten Rechts, da die Massen klug genug seien, alle Rechtsfragen mit Hilfe des eigenen Verstandes zu lösen. Oder wenn ausländischen Geschäftsleuten bei Verweisen auf bestehende Verträge gesagt wird, vom Vertrag her hätten sie Recht, von der Sache her aber nicht.

Das Recht Einzelner, die rechtliche Institutionalisierung der persönlichen Freiheit, wurde juristisch weder diskutiert noch praktiziert. Während im europäischen Recht Individuen und deren gesetzlicher Schutz im Mittelpunkt stehen, waren dies in China – idealiter – die materielle Grundversorgung der Menschen und die menschliche Würde (Gesicht).

Das gleiche gilt für die *Gewaltenteilung*, die auch heute noch in der Volksrepublik abgelehnt wird. Zwar wurden die Funktionen zwischen den Staatsorganen voneinander abgegrenzt, wie die Ausarbeitung der Gesetze (durch den Nationalen Volkskongress), die Anwendung der Gesetze (durch die Regierung) und die Kontrolle der Gesetze (durch Gerichte). Aber diese Organe sind nicht voneinander unabhängig, da sie der Führung durch die Partei unterliegen.

Entsprechend hat sich ein unabhängiges Rechtswesen bislang nicht etablieren können. Zwar gibt es in China immer wieder Forderungen nach Schaffung eines

unabhängigen Rechtssystems,⁸¹ aber da ein solches System das Machtmonopol der KPCh grundsätzlich in Frage stellen würde, dürfte sich die KPCh kaum darauf einlassen.

Gleichwohl hat der Prozess der Schaffung eines Rechtssystem positive Effekte mit sich gebracht: Internationale Rechtsstandards wurden etabliert und begleiten den Reformprozess, marktwirtschaftliche Prozesse wurden rechtlich abgestützt (Vertragsrecht, Eigentumsrechte etc.). Der WTO-Beitritt hat ebenfalls zur (vor allem ökonomischen) Verrechtlichung beigetragen. Zwar ist das öffentliche Recht, vor allem im Hinblick auf das Verfassungsrecht noch immer schwach entwickelt, aber Straf-, Verwaltungs-, Prozess-, Umwelt- oder Wahlgesetze bedeuten auch hier einen Fortschritt. Woran es vor allem hapert, ist die Frage der Umsetzung der Rechtsbestimmungen. Noch immer gelten Recht und Rechtsinstitutionen als Instrumente zur Durchsetzung staatlicher Interessen und nicht als Instrumente der Bürger. Rechtsanwälte, die Personen vertreten, die als „Staatsfeinde“ gelten, werden häufig selbst anti-staatlicher Aktivitäten bezichtigt. Sie laufen dann Gefahr, dass sie im Zuge der periodischen Neuregistrierung von Rechtsanwälten ihre Lizenz verlieren.⁸²

Das Rechtsbewusstsein vor allem der lokalen Verwaltungen ist noch sehr gering. Ein Kernproblem ist auch, dass die lokalen Richter und Staatsanwälte von den örtlichen Parlamenten ernannt und praktisch von den lokalen Parteiorganen ausgewählt werden. Oftmals werden sie ausgewechselt, wenn sie gegen deren Interessen entscheiden oder entscheiden wollen. Da das Recht kontrolliert wird, gibt es kein unabhängiges Recht, mittels dessen formell und gesetzlich gewährte Rechte durchgesetzt werden könnten. Von daher wird – wie es die Partei formuliert – mit „Hilfe der Gesetze das Land verwaltet“. Das heißt, der Staat nutzt die Gesetze in seinem Interesse und gemäß seinen Vorstellungen, die Bürger kommen in diesem Konzept nur als Objekte vor.

Zwar gibt es eine Verfassung, die offiziell die wichtigsten Bürgerrechte wie Meinungs- und Versammlungsfreiheit oder die Wahrung der Menschenrechte festgeschrieben hat. Allerdings besitzt die Verfassung in China einen anderen Charakter als bei uns: Sie gilt als in die Zukunft gerichtetes Dokument, als Plattform, in der künftige Ziele niedergeschrieben wurden, auf die sich die politische Elite geeinigt hat. Ihre Klauseln sind zudem nicht einklagbar (so gibt es kein Verfassungsgericht) und damit auch nicht durchsetzbar.

Noch immer verfügt China über ein hybrides Rechtssystem, d.h. die parallele Existenz von traditionsgebundenem und modernem Recht, auch wenn der Parteistaat neue Institutionen im Rechtsbereich schafft und einen Übergang von traditionellem zu post-traditionellem Recht eingeleitet hat. Die Traditionsgebundenheit des Rechts besteht u.a. in folgenden Punkten: im bevorzugten Einsatz informeller Mittel (Nutzung sozialer Beziehungen und Netzwerke); in der mangelnden Funktionstrennung von Recht und Bürokratie (d.h. die Dominanz der Entscheidungen von Verwaltungs-

behörden gegenüber Gerichten), in der schwachen Inanspruchnahme des Rechtssystems durch die Bevölkerung und in der Unterordnung des Rechts unter eine dominante Staatsphilosophie (Partei als letztlich entscheidende Instanz).⁸³

Was die generellen Rechte anbelangt, so sollten wir zugleich berücksichtigen, dass unterschiedliche soziale Gruppen unterschiedliche Wünsche und Vorstellungen von der Gewährleistung und Umsetzung von Recht haben: So ist der Gesamtbevölkerung überwiegend zunächst an nationaler Stärke, Wirtschaftswachstum, Stabilität und Verbesserung des Lebensstandards gelegen. Die sozial Schwachen wünschen sich neue Formen sozialer Sicherung, die neuen Mittelschichten individuelle Autonomie und größere Rechtssicherheit, die Landbevölkerung die Umsetzung von Recht und sozialer Sicherung, die ethnischen Minderheiten wünschen sich kollektive Selbstverwaltungsrechte.

Doch wie steht es mit der Frage der *Menschenrechte*? Es ist zweifellos richtig, dass die ursprüngliche Vorstellung von Menschenrechten europäischer Denktradition entstammt. Sie bezog sich primär auf die Institutionalisierung der Rechte von Individuen gegenüber dem Staat. Eine erste internationale Absicherung erfolgte mit der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ von 1948. Diese Rechte wurden – im Rahmen der Forderungen der damals sozialistischen Staaten – 1966 durch wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ergänzt. Neben die politischen traten soziale Schutzrechte. Entwicklungsländer monieren seitdem, dass es zur Realisierung bzw. Stabilisierung politischer und sozialer Rechte bestimmter ökonomischer Voraussetzungen bedürfe: einer dritten Generation von Menschenrechten, nämlich des Rechts auf Entwicklung und auf eine neue Weltwirtschaftsordnung.

Die politische Führung Chinas stellt den „individuellen westlichen“ häufig die „kollektiven östlichen“ Menschenrechte gegenüber und wehrt sich gegen jedwede Einmischung in innere Angelegenheiten im Namen der Menschenrechte. Zugleich wird auf kulturell-historische Spezifika und auf die Selbstbestimmung des Entwicklungsweges verwiesen. Es ist von der Vorrangigkeit der kollektiven Menschenrechte (Sicherung des Existenzminimums) die Rede. Überdies sei der sozio-ökonomische Entwicklungsstand eines Landes zu berücksichtigen.

Tatsächlich sind die grundlegenden Menschenrechte qua Geburt universal, nämlich das Recht auf Achtung des Lebens, auf körperliche Unversehrtheit und Schutz vor rassistischer oder religiöser Diskriminierung. Dies schließt auch das Recht auf Sicherung des Existenzminimums ein. Während das Recht auf Achtung des Lebens und körperlicher Unversehrtheit im Grunde einfach zu realisieren ist (so muss kein Staat foltern oder willkürlich verhaften, weil er unterentwickelt ist), erfordert die Realisierung des Rechts auf Sicherung des Existenzminimums gewisse materielle Voraussetzungen für die Gesellschaftsmitglieder („kollektive Menschenrechte“). Daraus lässt sich aber kein Widerspruch zwischen diesen Rechten ableiten. Dies gilt gleichermaßen für die Sichtweise von kulturspezifischen Menschenrechten, denn keine Kultur negiert

die grundlegenden Menschenrechte. „Kollektive“ oder „kulturspezifische“ Momente kommen erst dann zum Tragen, wenn weitergehende Rechte gefragt sind.

Zweifelsohne bedarf die Absicherung sozialer oder auch bestimmter politischer Rechte gewisser materieller Voraussetzungen. Denn erst diese schaffen objektive Bedingungen für eine bessere Gewährleistung sowohl individueller als auch kollektiver Menschenrechte. Doch hohe Wachstumsraten oder eine Entwicklung, die Wohlstand nur für eine Minderheit bringt oder auf Kosten von Bevölkerungsgruppen oder Regionen geht, bringen nicht automatisch soziale Rechte. Das Recht auf Entwicklung und soziale Rechte müssen vielmehr die materiellen Voraussetzungen dafür schaffen, dass die persönlichen Rechte realisiert werden können. Allerdings weist die chinesische Argumentation auf ein breiteres Konzept von Rechten oder Menschenrechten hin, nämlich die Verbindung von materieller Grundsicherung und individueller Entwicklung, ein Konzept, das durchaus bedenkenswert ist.

Zugleich ist zu berücksichtigen, dass die Anerkennung und Durchsetzung der Menschenrechte nicht so einfach ist, wie oft behauptet wird. In Europa hat dieser Prozess Jahrhunderte gedauert und ist auch heute noch nicht abgeschlossen. Ein langer, zäher Lernprozess, ein zivilisatorischer Diskurs war notwendig, der viele Opfer gekostet hat. Die Akzeptanz einer Diskussion über Menschenrechte war auch hierzulande lange tabu, Forderungen nach Menschenrechten wurden verfolgt. Das galt zunächst für Europa, später für die kolonial unterworfenen außereuropäischen Völker. Erinnert sei an den Historiker Heinrich von Treitschke, der Ende des 19. Jahrhunderts geschrieben hat: „Aber das Völkerrecht wird zur Phrase, wenn man dergleichen Grundsätze auch auf barbarische Völker anwenden will. Einem Negerstamm muss man zur Strafe seine Dörfer anzünden, ohne ein solches Exempel richtet man da nichts aus.“⁸⁴ Das zum Teil rücksichtslose Vorgehen westlicher Kolonialmächte im 19. und 20. Jahrhunderts wirkt im kollektiven Gedächtnis der davon betroffenen Völker fort. Darüber hinaus haben westliche Doppelstandards, wobei Menschenrechtsfragen im Interesse von ökonomischen oder Sicherheitsinteressen des Westens jeweils problematisiert oder kaschiert werden, den Eindruck entstehen lassen, Menschenrechte seien nur eine Waffe des Westens bei der Durchsetzung von Eigeninteressen. Diese Auffassung wurde dadurch genährt, dass der Westen in diesem Interesse immer wieder Menschenrechte verletzende Diktaturen unterstützt hat (denken wir in Ostasien nur an Südkorea, Taiwan oder Südvietnam). Hinzu kommt, dass der Westen zwar Humanität, Gleichheit und Gleichberechtigung propagiert, sie in der Tagespolitik aber nicht immer beachtet. Man denke nur an die Legalisierung von Foltermethoden im US-Militärgefängnis Guantanamo durch das amerikanische Justizministerium, was gewaltige Auswirkungen auf die Bewertung der „westlichen“ Menschenrechte auch in China hatte.

Andererseits ist die Grundidee der Menschenrechte, der Schutz des Individuums vor staatlicher Willkür, in China noch nicht so recht angekommen. Trotz aller Verbesserun-

gen im Alltagsleben, vor allem im urbanen Raum, wo eine zunehmend selbstbewusste Mittelklasse ihre Rechte immer mehr wahrnimmt, werden auf dem Land Personen, die sich für Rand- und Minderheitengruppen oder Entrechtete einsetzen oder soziale Missstände anprangern, häufig verfolgt, bedroht oder weggesperrt. Dazu gehören Personen wie Hu Jia, der sich für Aids-Opfer eingesetzt und im Oktober 2008 den europäischen Sacharow-Preis erhalten hat. Aber auch Bürgerrechtler und Anwälte, die sich gegen die Veruntreuung von Entschädigungen im Rahmen des Baus des Drei-Schluchtendammes gewandt haben oder das Vorgehen gegen Bauernanwälte, kritische Journalisten, Angehörige der christlichen Untergrundkirche oder Falungong-Anhänger. Durch die Tolerierung von Schikanen, Verfolgungen oder Folter von Personen, die sich gegen soziale Missstände, nicht aber das politische System an sich richten, schafft sich der Parteistaat seine Gegner selbst. Auch in dieser Hinsicht muss differenziert werden. Da das „Stabilitätskriterium“ eines der beiden Kernpunkte der Kaderbewertung ist, gehen lokale Kader in Gebieten, in denen auf Grund von Armut oder verfehlter Politik die Unzufriedenheit der Menschen relativ groß ist, rigider gegen Andersdenkende vor als in Regionen, in denen die wirtschaftliche und soziale Lage relativ stabil ist. Zwar gibt es die (Jahrhunderte alte) Möglichkeit des „Shangfang“, der Beschwerden und Petitionen und in jeder Provinz, Stadt, Kreis und Gemeinde gibt es Beschwerdeämter, diese können in der Regel aber die Forderungen und Wünsche von Bittstellern nicht selbst durchsetzen, so dass nur die wenigsten Fälle gelöst werden. Allerdings dienen Petitionen dazu, der politischen Führung Informationen über Probleme im gesamten Land zu geben und Regionen zu identifizieren, in denen soziale Probleme besonders gravierend sind.

Der Widerspruch zwischen zentraler Politik und lokalen Interessen wirkt sich auch in der Korruptionsbekämpfung aus. Seit Jahren rufen zentrale Stellen die Bevölkerung auf, Fälle von Korruption bzw. Korruptionsverdacht zu melden. Die Zeitung des Kommunistischen Jugendverbandes hat im Frühjahr 2009 durch Umfragen ermittelt, dass unter der Bevölkerung die Bereitschaft dazu ausgesprochen gering ist. 36,4 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass solche Anzeigen ohnehin im Sande verlaufen würden, 34,9 Prozent hatten – für den Fall einer Anzeige – Angst vor Repressalien. Der Politikwissenschaftler He Zengke äußerte gegenüber jener Zeitung, man müsse davon ausgehen, dass in den letzten Jahrzehnten neun von zehn Anzeigenden Repressalien erlebt hätten: sie seien verfolgt, inhaftiert oder sogar ermordet worden. Der offene Bericht der Jugendzeitung erklärte, dass die Bereitschaft, Anzeigen über Internet oder die Medien zu machen mit 35,5 Prozent bzw. 31,3 Prozent wesentlich höher sei als bei Anzeigen bei den Staatsanwaltschaften (11,4 Prozent), übergeordneten staatlichen Stellen (3,3 Prozent) oder gar bei der Polizei (0,5 Prozent).⁸⁵

Um auf die allgemeine Menschenrechtsslage zurückzukommen: Ohne Zweifel entsprechen die Menschenrechtsslage und die Strategien zur Lösung sozialer Konflikte in China (noch) nicht europäischen Standards. Historische Erfahrungen, die die Vor-

stellung, dass Instabilitäten im Kleinen Flächenbrände im Großen entzünden, das Land ins Chaos stürzen und den Zerfall des Landes herbeiführen könnten, führen oftmals zu überhartem Vorgehen der Behörden gegenüber Andersdenkenden. Soziale und politische Stabilität sowie die Bewahrung der Einheit des Landes genießen oberste Priorität. Die große Mehrheit der Bevölkerung trägt diese Priorität für politische und gesellschaftliche Stabilität mit, zumal die Menschen auf den Begriff der Stabilität programmiert wurden. Ja, die Bewahrung der Stabilität durch einen starken und manchmal harten Staat trägt diesem sogar Legitimität und Vertrauen ein. Ein Land mit derart zentrifugalen und disparaten Tendenzen ist nur sehr schwer zu regieren, zu kontrollieren und zu führen. Die Bevölkerung von 1,3 Milliarden Menschen weist zum Teil große regionale, kulturelle und soziale Unterschiede und Interessen auf, die erhebliches Konfliktpotential in sich bergen. Dies ist den meisten Chinesen sehr bewusst. Die Aufgabe des Staates wird deshalb darin gesehen, diese Unterschiede und das damit verbundene Konfliktpotenzial auszugleichen und auszubalancieren.

Zwar hat die chinesische Regierung im April 2009 einen „Aktionsplan zum Schutz der Menschenrechte (2009-2010)“ veröffentlicht, in dem u.a. eine Verbesserung der Sozialleistungen, größere Rechtssicherheit, die Verbesserung der Situation von Behinderten, ethnischen Minderheiten und Frauen sowie die Bekämpfung von Folter und Misshandlungen in Haftanstalten zugesichert werden. Die meisten Rechte finden sich jedoch bereits in anderen Gesetzen. Von daher gehen chinesische Intellektuelle davon aus, dass sich dadurch nur wenig ändern dürfte, zumal sich viele Menschenrechtsverletzungen auf der lokalen Ebene ereignen. Das Dokument verdeutlicht zugleich die Priorität sozialer Menschenrechte vor politischen, denn die Letzteren werden in dem Dokument nicht angesprochen. Gleichwohl betont das Dokument, welche Menschenrechtsverletzungen die politische Führung für eindämmenswert hält. Dass erstmals ein solcher Plan aufgestellt und Menschenrechtsziele neuerlich betont wurden zeigt auch, dass diese Zielsetzungen weiter verfolgt werden sollen. Die Regierung wird sich überdies nach zwei Jahren daran messen lassen müssen, welche Planziele erreicht worden sind.⁸⁶

Soziale Konflikte und gesellschaftliche Proteste

Der Wirtschaftsreformprozess und der rasche Wandel von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft wurden von einer Fülle von Problemen begleitet, die für die politische Führung eine gewaltige Herausforderung bedeuten. So z.B.:

- Der Umbau der Eigentumsstruktur in der Wirtschaft und das Bemühen um größere Effizienz der Unternehmen haben zur Schließung von Staatsbetrieben, zu

Personalabbau und steigender Arbeitslosigkeit geführt. Das noch unzureichende Netz sozialer Versorgung hat für viele davon betroffene Familien z.T. massive materielle Probleme mit sich gebracht.

- Die Einkommensunterschiede in den Regionen, zwischen Stadt und Land sowie innerhalb einzelner Regionen und Schichten sind enorm angestiegen.
- Weit verbreitete Korruption nagt an der Legitimität des Staates und der Partei.
- Der Ausbau und die Effektivität des Rechtssystems halten mit den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Erfordernissen nicht Schritt.
- Das Ausmaß ökologischer und Umweltzerstörungen ist gewaltig.
- Fehlende oder unzureichende soziale Sicherung (Gesundheits- und Altersversicherung) ist heute nicht nur ein urbanes Problem, sondern zählt vor allem im ländlichen Raum zu den Kernproblemen.

Die Entwicklung unter der Landbevölkerung bereitet der politischen Führung Chinas gegenwärtig das größte Kopfzerbrechen. Die Gründe dafür sind nicht nur im Zurückbleiben der ländlichen gegenüber den städtischen Einkommen seit den 80er Jahren zu suchen. Es wachsen vielmehr die Konflikte zwischen bäuerlicher Bevölkerung und lokalen Funktionären, vor allem auf Grund von Korruption, Willkür, Auferlegung von Sondergebühren und -abgaben sowie Konflikten um Bodennutzung und -eigentum. Ein im Jahre 2004 erschienener Untersuchungsbericht zweier chinesischer Journalisten über die Lage der Bauern in der Provinz Anhui schildert drastisch das despotische Verhalten lokaler Funktionäre und die Rechtlosigkeit der Landbevölkerung, die dieser Despotie zum Teil schutzlos ausgeliefert ist.⁸⁷ Allerdings gibt es regional deutliche Unterschiede. Je ärmer und rückständiger ein Gebiet, desto größer die Willkür lokaler Funktionäre und umgekehrt.

Sechs zentrale Konfliktpunkte lassen sich für den ländlichen Raum benennen:

1. Wachsende Einkommensunterschiede Stadt-Land
2. Konflikte um Bodennutzung und -entschädigung
3. Erhebung von Sonderabgaben und -gebühren durch die ländlichen Behörden
4. Ausbeutung ländlicher Migranten in den Städten
5. Verschlechterung der sozialen Lage der Bauernschaft
6. Konflikte bei der Durchsetzung der Geburtenplanung

Chinas Entwicklung weist erhebliche regionale und soziale Einkommensdisparitäten auf. Der Gini-Koeffizient, der Maßstab zur Bestimmung ungleicher Einkommensverteilung, wobei 1,0 absolute Ungleichheit, 0,0 absolute Gleichheit bedeuten, lag in China 1978 noch bei 0,21; im Jahre 1990 erreichte er einen Wert von 0,38 und seit dem Jahr 2000 hat er die von der Weltbank als kritische Grenze festgesetzte Marge von 0,4 überschritten.⁸⁸ 2008 soll er mehr als 0,5 betragen haben. Zudem besaßen

2006 5 Prozent der Reichsten bereits 50 Prozent der Bankguthaben.⁸⁹ Insbesondere zwischen den städtischen und ländlichen Gebieten Chinas bzw. der Ostküste und den Regionen in Zentral- und Westchina ergeben sich enorme Einkommensunterschiede, die sich in den vergangenen 15 Jahren verschärft haben: Verfügte die ländliche Bevölkerung im Jahre 1990 noch über ein Einkommen, das 45,4 Prozent des städtischen Durchschnittseinkommens entsprach, verringerte sich dieser Prozentsatz bis 2008 auf nur noch 30 Prozent.⁹⁰

Das ländliche Reineinkommen betrug 2008 4.761 Yuan (ca. 490 Euro), das städtische 15.781 Yuan (ca. 1.900 Euro). Städtische Beschäftigte im Staatssektor hatten offiziellen Statistiken zufolge im Jahre 2008 allerdings ein Jahreseinkommen von 29.000 Yuan (ca. 3.000 Euro), was gegenüber 2007 ein (Preis bereinigtes) Wachstum von 11 Prozent bedeutete. Doch regional und branchenmäßig unterschieden sich auch hier die Einkommen beträchtlich: Westchina 25.602 Yuan (wobei es hier hohe Zulagen gibt), Zentralchina 24.930 Yuan, Ostchina 34.316 Yuan. Höchstverdiener waren Beschäftigte im Wertpapiersektor (172.123 Yuan), am wenigsten wurde in der Holzverarbeitung verdient (15.663 Yuan).⁹¹

2005 sollen offiziellen chinesischen Angaben zufolge 26,1 Millionen Menschen als absolut arm gegolten haben, d.h. ihnen standen gemäß chinesischer Definition weniger als 0,21 US-Dollar am Tag zur Verfügung. Im urbanen Raum sollen 22 Millionen Menschen staatliche Sozialhilfe erhalten haben. Die absolute Zahl der Ärmsten wäre damit (nach chinesischer Definition) von 250 Millionen im Jahre 1978 auf ca. 48 Millionen Menschen im Jahre 2005 gesunken. Berechnungen nach internationalen Standards durch die Weltbank schätzen die Zahl der absolut Armen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben müssen, aktuell auf ca. 200 Millionen Chinesen.⁹²

Überdies besitzt die Mehrheit der rund 770 Millionen Menschen, die auf dem Land leben, bislang nur eingeschränkt Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, auch wenn der Staat hier um eine Änderung bemüht ist. Zudem ist die Lebenserwartung auf dem Land um ca. sechs Jahre niedriger als in den Städten. Im chinesischen Bildungssystem, das bis in die 1970er Jahre hinein von politischen Inhalten stark dominiert bzw. temporär gar nicht funktionsfähig war, konnte seit Beginn der Reformpolitik das Bildungsniveau deutlich gesteigert und die Analphabetenrate gesenkt werden. Sie liegt offiziellen Angaben zufolge inzwischen bei 4,9 Prozent (Männer) bzw. 13,5 Prozent (Frauen). Statistiken weisen für die letzten 15 Jahre deutliche formale Verbesserungen im Bildungssektor (z.B. die Zahl der Schulbesuche, höhere Bildungsabschlüsse) aus. Allerdings sagen diese Daten nichts über die vermittelten Inhalte, die Lernbedingungen und -methoden, den Ausbildungsstand der Lehrer sowie regionale Ungleichheiten aus.⁹³ Gerade die schulische und universitäre Ausstattung in den ländlichen Regionen bzw. Provinzen im Landesinneren ist unbefriedigend, wie meine Erfahrungen im Rahmen von Forschungsaufenthalten belegen.

Entsprechend sinkt der Prozentsatz ländlicher Jugendlicher an den Universitäten kontinuierlich: An Schwerpunkthochschulen machte er offiziellen Angaben zufolge 2008 nur noch ca. 30 Prozent aus, bei einem ländlichen Bevölkerungsanteil von 70 bis 80 Prozent.⁹⁴

Durch die Abschaffung der Landwirtschaftssteuer 2006 sollte sich die Steuer- und Abgabenbelastung der Bauern eigentlich verringern. Da den Gemeinden und Landkreisen nun aber eine wichtige Einkommensquelle fehlt, die von der Zentralregierung nur unzureichend kompensiert wird, erheben diese (rechtswidrig) weiterhin u.a. Sonderabgaben für Straßenbau, und den Ausbau der Infrastruktur. Ein Bericht des Landwirtschaftsministeriums von 2008 hat entsprechend ergeben, dass die Abgabenbelastung der Bauernschaft nach wie vor ein ernstes Problem darstelle.⁹⁵

Zudem haben sich in den letzten Jahren vor allem die Konflikte um das Bodeneigentum zugespitzt. Gesetzlich ist der Boden „kollektiveigentum“ der jeweiligen Dorfgemeinschaften. Aber wer repräsentiert die Dorfgemeinschaften? De facto sind es die Dorffunktionäre, die die Verfügungsgewalt über den Boden besitzen. Denn sie können letztlich die Verfügungsrechte veräußern. Abfindungen für die Umnutzung ländlichen Bodens werden zum Teil nicht direkt an die Bauernhaushalte ausgezahlt, sondern an die Dorfleitungen. Diese sollen die Erlöse anlegen und die Zinsen regelmäßig an die beteiligten Bauernhaushalte auszahlen. Begründet wird dies damit, dass die Bauern die Abfindungen rasch unproduktiv ausgeben und dann völlig mittellos dastehen könnten.⁹⁶ Zwar mag in solch paternalistischen Vorstellung lokaler Regierungen ein gewisser Erfahrungsgehalt stecken. Auf der anderen Seite erleichtert dies jedoch Unterschlagungen durch Dorfleitungen. Entsprechend nehmen lokale Funktionäre, die im Boden „öffentliches Eigentum“ sehen, über das sie eigenmächtig verfügen können, im Namen der „Urbanisierung“ oder „Industrialisierung“ den Bauern häufig den Boden weg und verkaufen diesen an Unternehmen oder Immobilienspekulanten, wobei sie die dadurch erwirtschafteten Einnahmen teilweise oder ganz in die eigene Tasche stecken. Die Bauern werden für Bodenverluste häufig gar nicht oder nur unzureichend entschädigt. Entsprechend wächst die Zahl der landlosen Bauern ohne Einkommen. In ärmeren Gebieten, in denen der Boden im Interesse vorgegeblicher „Wirtschaftsentwicklung“ (rechtswidrig) enteignet wird, wird der Widerstand der Bauern nicht selten mit Brachialgewalt gebrochen, wobei die Netzwerke lokaler Kader und die Ferne lokal unabhängiger Medien bäuerlichen Widerstand kaum publik werden lassen. Den Betroffenen bleibt dann nur noch, als Bittsteller in die Provinzhauptstadt oder nach Peking zu fahren in der Hoffnung, dass sich irgendeine Institution ihres Falles annimmt. Im Internet klagen Bauern immer wieder über lokale gewaltsame Enteignungen, Vertreibungen und Umsiedlungen, über Angst, darüber Meldung zu machen, weil es ohnehin nichts bringe oder sie Racheakte fürchteten. „Der Boden“, schrieb ein Bauer, „ist unser ein und alles. Was sollen wir im Alter nur ohne Land machen?“⁹⁷ Der Minister für Land und Ressourcen erklärte dazu, derartige Praktiken seien streng verboten, man müsse den

Boden und die Bauern besser schützen.⁹⁸ Hier zeigt sich neuerlich der Widerspruch zwischen zentraler und lokaler Ebene, ohne dass es dem Zentralstaat bislang gelungen wäre, das Bodengesetz landesweit durchzusetzen.

Soziale Sicherung, lange als urbanes Problem verstanden, zählt auch im ländlichen Raum zu den Kernproblemen. Im Gegensatz zu den Stadt- waren die Landbewohner seit jeher benachteiligt, da es für sie keine staatlich finanzierte Gesundheitsversorgung, kein Rentensystem und auch keine sonstigen staatlichen Sozialleistungen gab. Überdies können sich immer weniger Bauern die immer teurer werdende Gesundheitsversorgung leisten. Wer ernstlich krank wird und der Behandlung bedarf, sieht sich gezwungen, sich die dafür notwendigen Kosten auf dem grauen Kapitalmarkt zu beschaffen, häufig von illegalen, privaten Geldverleihern, die dafür Wucherzinsen verlangen. Die Presse beklagt entsprechend, der Hauptgrund für die neuerliche Armut von Teilen der Landbevölkerung sei auf eben dieses Phänomen zurückzuführen. 95 Prozent der neu verarmten Haushalte sollen chinesischen Berichten zufolge auf Grund von Krankheiten in die Armutzone abgerutscht sein.

Die jahrzehntelange ungleiche Behandlung von Stadt- und Landbewohnern kommt u.a. in der Tatsache zum Ausdruck, dass der Staat für die soziale Wohlfahrt der ca. 170 Millionen Stadtbewohner allein im Jahr 1978 5,1 Milliarden Yuan ausgegeben hat, für die 790 Millionen Landbewohner indessen nur 230 Millionen. Im Verlauf der 80er Jahre verschlechterte sich dieses Verhältnis von 1:22 zu Ungunsten der Landbevölkerung auf 1:63 im Jahre 1984.⁹⁹ Bis zum Jahre 2000 hatte sich wenig daran geändert. 70 Prozent des ländlichen Raums verfügten in jenem Jahr über lediglich 20 Prozent der Gesundheitseinrichtungen (80 Prozent befanden sich im städtischen Raum). Gab der Staat im Jahr 2000 12 Yuan pro Kopf für die Gesundheitsversorgung der Landbewohner aus, so 44 Yuan pro Kopf für die der Städter, wobei sich diese Schere in den letzten Jahren weiter vergrößert hat.¹⁰⁰ Gleichzeitig stiegen die Kosten für medizinische Behandlung rasch an. Offiziellen Angaben zufolge sollen allein die Krankenhauskosten zwischen 1990 und 2000 um über 500 Prozent gestiegen sein.

Mit einem gewaltigen Programm, das sich „Aufbau neuer Dörfer“ nennt, soll nicht nur die Landwirtschaft effektiviert und kommerzialisiert werden. Zugleich sollen Lebensstandard und Lebensumfeld der Landbevölkerung stärker an den urbanen Raum angeglichen werden, um eine weitere Abwanderung von Arbeitskräften in die prosperierenden Industrieregionen in den Küstengebieten zu verhindern und damit den Verfall dörflicher Gemeinschaften aufzuhalten. In einem 2008 von mir untersuchten Landkreis in der Provinz Sichuan waren z.B. fast 70 Prozent der Arbeitskräfte als Wanderarbeiter in den Küstenregionen unterwegs. In den Dörfern lebten weitgehend nur noch Alte, Kinder und Frauen, die den Boden zum Teil nicht mehr bearbeiten konnten. Diese „Migrationsfalle“ hatte gravierende Folgen nicht nur für die Landwirtschaft, sondern auch für die Dorfgemeinschaften und Familienstrukturu-

ren. Durch den Verstädterungsprozess verlieren zugleich immer mehr Bauern ihren Boden und damit ihre Existenzgrundlage (2008 waren dies offiziellen Angaben zufolge ca. 45 Mio. Bauernhaushalte.). Durch die Bildung von „Bodengenossenschaften“, die gemeinschaftlich den Boden eines Dorfes an Unternehmen verpachten und daraus Einkommen sowie Arbeitsplätze in diesen Unternehmen schöpfen, versucht der Staat dieser Entwicklung gegenzusteuern. Noch immer betrachten die Landbewohner ihren Boden als ein Moment der sozialen und wirtschaftlichen Sicherung: Im Falle einer Wirtschaftskrise könnten sie so in ihre Dörfer zurückkehren und würden über Boden verfügen, der ihnen ein Einkommen aus der Landwirtschaft garantieren würde. Diese Verbindung von Boden und Sicherheit im Denken der Landbevölkerung ist ein wichtiger Grund, weshalb der Staat den Boden nicht privatisiert, sondern die Bauern vor Bodenverlust zu schützen sucht.

Allerdings zeigt sich mittlerweile, dass die jüngere Generation das Land auch verlässt, um dem bäuerlichen Leben und der Landwirtschaft zu entfliehen. Immer mehr junge Bauern möchten dem ländlichen Raum und der schweren Landwirtschaftsarbeit (bei geringen Einkommen) den Rücken kehren. Eigene Untersuchungen im ländlichen Raum 2009 verdeutlichten, dass es im Agrarsektor sogar schwierig geworden ist, bäuerliche Wanderarbeiter für landwirtschaftliche Tätigkeiten zu rekrutieren. Von daher hat in China das eingesetzt, was allgemein als „Landflucht“ bezeichnet wird.

Soziale Probleme im urbanen Raum

Im urbanen Raum bilden Arbeitslosigkeit, wachsende soziale Unterschiede und soziale Unsicherheit die Kernfaktoren von Unzufriedenheit. Die Arbeitslosenquote wurde 2008 auf 9,4 Prozent veranschlagt, wobei ein Anstieg auf 11 Prozent erwartet wurde.¹⁰¹ Allerdings ist diese Ziffer wenig aussagekräftig, weil per definitionem nur städtische Arbeitslose erfasst sind. Nach Schätzungen der Asiatischen Entwicklungsbank lag die (versteckte) Arbeitslosigkeit auf dem Land 2005 bei ca. 30 Prozent (bis zu 300 Mio. Menschen) und in den Städten bei über 8,5 Prozent.¹⁰² Die Zahl der Wanderarbeiter, die auf der Suche nach Arbeit und höheren Einkommen in China umherziehen, wurde 2008 auf ca. 230 Millionen Menschen veranschlagt.¹⁰³ Massenentlassungen, wie wir sie zuletzt im Kontext der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise gesehen haben, könnten die ohnehin bestehenden sozialen Spannungen verschärfen.

Der ökonomische Umbau der Gesellschaft in Richtung Marktwirtschaft seit Anfang der 1980er Jahre hat zu einer Krise des Sozialsystems geführt und zugleich die ökonomische Absicherung von Risiken (Arbeitslosigkeit) notwendig gemacht. Staatsbetriebe, die für die soziale Versorgung ihrer Beschäftigten zuständig waren, sind

teilweise zusammengebrochen oder nicht mehr in der Lage, für medizinische und Rentenleistungen aufzukommen.

Von daher ist die soziale Versorgung von Teilen der städtischen Bevölkerung nicht mehr gewährleistet. Dazu kommt die wachsende Arbeitslosigkeit auf Grund von Stilllegungen und Personalabbau. Zwischen neun und zwölf Millionen Personen, die seit Ende der 90er Jahre jährlich aus dem Staatssektor ausscheiden, benötigen einen neuen Arbeitsplatz, neben den ohnehin ca. zehn bis zwölf Millionen Schulabgängern pro Jahr. Das Wegbrechen der Sozialversorgung auf Grund der Schließung oder Zahlungsunfähigkeit von Staatsunternehmen ist ein wichtiger Grund für die wachsenden Proteste im urbanen Raum. Von daher wird die Einführung überbetrieblicher Sozialsysteme immer dringlicher.

Neben der Gesundheits- und Rentenversicherung, mit denen wir uns unten ausführlicher beschäftigen wollen, arbeitet die Regierung derzeit an der Einführung eines allgemeinen Arbeitslosenversicherungssystems. Ende 2007 sollen 116,45 Millionen Personen entsprechend versichert gewesen sein. Im Falle der Arbeitslosigkeit wurden durchschnittlich lediglich 340 Yuan an Arbeitslosengeld monatlich ausgezahlt, ein Betrag, der nicht zum Leben ausreicht.¹⁰⁴

Beschäftigte und Unternehmen beklagen sich besonders über die hohen Versicherungskosten: 2008 machten diese rund 45 Prozent der Gehaltssummen aus: 28 Prozent für Renten, zwölf Prozent für Gesundheits-, drei Prozent für Arbeitslosen-, zwischen 0,5 und zwei Prozent für Arbeitsunfähigkeits- und 0,8 Prozent für Geburtenversicherung. Zwischen 33,3 und 34,8 Prozent davon wurden von den Arbeitgebern übernommen, elf Prozent von den Arbeitnehmern und ein Prozent gab der Staat dazu. Die Versicherungsquote lag damit weit über der in anderen Ländern,¹⁰⁵ wobei allerdings zu berücksichtigen ist, dass sich das Versicherungswesen erst im Aufbau befindet.

Was die Gesundheitsversorgung angeht, so hat der Staat einen ersten Schritt mit der Vorlage einer neuen Gesundheitsreform im Oktober 2008 eingeleitet. Demnach sollen bis 2020 alle Stadt- und Landbewohner in ein neues Gesundheitsversorgungssystem einbezogen worden sein. Dabei sollen vier Pfeiler geschaffen werden: öffentliche Kliniken, ein genossenschaftliches Gesundheitssystem auf dem Land, ein freies Versicherungssystem sowie medizinische Versorgung in den städtischen Wohnvierteln.

Der Staat hatte sich im Zuge des Umbaus zur Marktwirtschaft zunehmend aus der aktiven Gestaltung des Gesundheitswesens zurückgezogen. Mit der Folge, dass die Kosten explodierten und die Krankenhäuser sich primär auf die Steigerung der Gewinne konzentrierten. Die ländliche Gesundheitsversorgung kam weitgehend zum Erliegen, während die Beschäftigten in Privatunternehmen ohne Gesundheitsversorgung blieben. Eine chinesische Untersuchung im Jahre 2006 ergab, dass aus Kostengründen 49 Prozent der Chinesen im Krankheitsfall keinen Arzt aufsuchen und 30 Prozent kein Krankenhaus. Während die Gesundheitsversicherung im Staatssektor weitgehend flä-

chendeckend ist, ist im Privatsektor erst ein Teil der Bevölkerung versichert. Auch gibt es zwischen Stadt und Land noch deutliche Unterschiede, wenngleich diese Schritt für Schritt abgebaut werden sollen. 2008 deckte die Versicherung bei Beschäftigten im Staatssektor immerhin 70 Prozent ab, bei Beschäftigten im Nichtstaatssektor (so weit versichert, allerdings sieht das 2007 verabschiedete Arbeitsgesetz Zwangsversicherung aller Beschäftigten ungeachtet der Eigentumsform eines Unternehmens vor) 50 Prozent und Landbewohner (genossenschaftliches Gesundheitssystem) 40 Prozent. In fortgeschritteneren Regionen (z.B. Chongqing) deckt die Versicherung bei städtischen Beschäftigten bereits 70 Prozent ab, bei Landbewohnern 60 Prozent.¹⁰⁶

In den drei Jahren 2009, 2010 und 2011 will der Staat 850 Milliarden Yuan (ca. 870 Milliarden €) in das Gesundheitssystem investieren, vor allem in den Ausbau des städtischen und ländlichen Gesundheitswesens, davon rund 400 Milliarden in die Gesundheitsversicherung.¹⁰⁷

Das erwähnte genossenschaftliche Gesundheitssystem im ländlichen Raum sieht vor, dass Zentral-, Provinz-, Stadt- und Kreisregierungen sowie die versicherten Personen einen jährlichen Betrag in den Versicherungsfonds einzahlen müssen. Ein bestimmter Prozentsatz der Behandlungskosten (im Durchschnitt 40 Prozent) kann dadurch abgedeckt werden. In einem Kreis in der südchinesischen Provinz Zhejiang z.B. mussten 2009 180 Yuan pro Jahr eingezahlt werden, die sich wie folgt verteilten: 60 Yuan von dem jeweiligen bäuerlichen Haushalt, vier Yuan vom Zentralstaat, 28 Yuan von der Provinz, 60 Yuan vom Landkreis und 28 Yuan von der Gemeinde. 25 Prozent der ambulanten Behandlungskosten, 30 Prozent der Krankenhauskosten, 50 Prozent falls die Krankenhausbehandlungskosten zwischen 5.000 und 10.000 Yuan betragen, 60 Prozent falls sie 10.000 Yuan überstiegen (maximal 60.000 Yuan) konnten dadurch abgedeckt werden. Bei besonders schweren Krankheiten konnte der Staat noch einmal 30.000 Yuan zusätzlich zur Verfügung stellen. Die einzelnen Beträge und Prozentsätze unterscheiden sich allerdings je nach Finanzlage eines Kreises oder einer Provinz. Zwar deckt die Versicherung nur einen Teil der Kosten ab, aber immerhin – so betonten viele befragte Bauern in einem von mir durchgeführten Forschungsvorhaben – ist dies ein erster Schritt und der Staat hat angekündigt, dass er die Prozentsätze in den kommenden Jahren kontinuierlich anheben wird. Ende 2008 sollen bereits 96,1 Prozent der Landbevölkerung in diesem System versichert gewesen sein.¹⁰⁸

Auch wird in reichen Kreisen die Popularisierung der Sozialversicherung für alle bereits jetzt angestrebt. Im Kreis Deqing in der Provinz Zhejiang z.B. existierte 2009 ein Versicherungssystem, das für alle Stadt- und Landbewohner, die nicht anderweitig beruflich bedingt sozialversichert waren (über Unternehmen, Ämter etc.), eine Renten- und Gesundheitsversicherung vorsah. Dabei ist von der versicherten Person ein fixer Betrag einzuzahlen, wobei die Kreisregierung den gleichen Betrag noch einmal zuschießt. Bei der Rentenversicherung z.B. betragen die monatlichen Zahlungen der Versicherten zwischen 60 und 100 Yuan (wobei die Beitragshöhe selbst

bestimmt wird). Die örtliche Regierung steuerte noch einmal den gleichen Betrag bei. Ab dem 60. Lebensjahr erhalten die Versicherten dann monatliche Zahlungen in Höhe der monatlich eingezahlten Beiträge (wobei mindestens 15 Jahre lang einbezahlt worden sein muss). Zwar handelt es sich hier um einen Modellfall, zumal Deqing über die ökonomischen Voraussetzungen verfügt (flourierende Industrie und damit verbundene Finanzkraft, erfolgreiche Überführung von Bauern in nicht-agrarische Tätigkeiten, wobei 2009 nur noch weniger als 30 Prozent der Arbeitskräfte agrarischen Tätigkeiten nachgingen). Landesweit wird allerdings mit verschiedenen Modellen der Sozialversicherung experimentiert, um das Ziel sozialer Absicherung für alle Stadt- und Landbewohner möglichst bald zu erreichen.

Im städtischen Raum hat der Staat den Ende der 1990er Jahre reorganisierten städtischen Nachbarschaftsvierteln die Aufgabe übertragen, ein Minimum an sozialer Sicherung für die sozial Schwachen zu gewährleisten. Die wachsende Arbeitslosigkeit und Zunahme sozialer Unsicherheit bildeten einen wesentlichen Grund für die Einführung von Sozialhilfe durch den Staat. Sozialhilfe (Chinesisch: ‚niedrigste Lebenssicherung‘, *dibao*) wurde 1999 per Dekret des Staatsrates eingeführt. Sie soll den Stadtbewohnern einen minimalen Lebensstandard garantieren. Die Überprüfung der Bedürftigkeit und die Vergabe der Mittel, die von den Ämtern für Zivilverwaltung zur Verfügung gestellt werden, wurden den Einwohnerkomitees, den Leitungsorganen in den städtischen Wohnvierteln (sog. „Nachbarschaftsviertel“, *shequ*), übertragen. Der Staat entledigte sich damit dieser brisanten Aufgabe und hat die Vergabe der Sozialhilfe „bürgernah“ in die Wohnquartiere der Betroffenen hinein verlagert. Seit einigen Jahren erhalten auch arbeitsunfähige Landbewohner Sozialhilfe, wobei der entsprechende Satz niedriger ist als im städtischen Raum.

Der chinesischen Führung ist bewusst, dass eine funktionierende Sozialversicherung aus mehreren Gründen unabdingbar ist: a) soll dadurch das Konfliktpotential auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten (z.B. bei wachsender Arbeitslosigkeit) niedrig gehalten werden; b) erfordert die Überführung von agrarischen in nicht-agrarische Tätigkeiten, dass der Bodenverlust vieler Landbewohner durch neue Formen sozialer Sicherung ausgeglichen wird; c) soll das Versicherungssystem die familiäre Abhängigkeit von den Söhnen im ländlichen Raum verringern, um so auch die Geburtenplanungspolitik für die ländliche Bevölkerung akzeptabler zu machen; d) soll die Bevorzugung des städtischen Raums bei gleichzeitiger Benachteiligung der ländlichen Bevölkerung abgebaut werden.

Protestverhalten

Soziale Absicherung der Stadt- und Landbevölkerung scheint schon von daher geboten, um das damit verbundene Protestpotential geringhalten zu können. Die Konflikte

im ländlichen und im städtischen Raum rufen nämlich immer wieder lokale Proteste hervor. Seit das Ministerium für Öffentliche Sicherheit die Zahl der „Massenproteste“ dokumentiert, soll sich deren Zahl von ca. 10.000 im Jahre 1994 auf 87.000 (2005) erhöht haben. 2008 soll es 120.000 Unruhen gegeben haben.¹⁰⁹ Der Soziologe Sun Liping sprach davon, dass 2005 in den Städten pro Tag zwischen 120 und 250 Proteste mit mehr als hundert Protestierenden stattgefunden hätten, im ländlichen Raum 90 bis 160.¹¹⁰ Laut Berichten der *International Labour Organization* (ILO) verdoppelte sich zugleich die Zahl der Arbeitskonflikte von 2001 knapp 155.000 auf 310.000 2005 und auch 2006,¹¹¹ wobei neuere Zahlen nicht zur Verfügung stehen.

Obgleich die Zahl der Proteste zunimmt, handelt es sich überwiegend um Proteste gegen lokale Funktionäre und um **soziale** Proteste, nicht aber um Unmutsäußerungen gegenüber dem politischen System. Untersuchungen im städtischen und ländlichen Raum haben ergeben, dass die Menschen nur geringes Vertrauen in die lokalen Funktionäre besitzen, hingegen relativ hohes in die zentrale Führung (vgl. Tab. 2). Manche Chinawissenschaftler sprechen daher auch von einem staatlichen Dualismus: der „gütige“ Zentralstaat, der die Agrarsteuern abgeschafft, Bodenrechte erlassen, ländliche Sozialhilfe und ein ländliches genossenschaftliches Gesundheitssystem eingeführt hat und vielfältige Mittel für die ländliche Entwicklung bereitstellt und der „böartige“ lokale Staat (primär die Gemeinde und der Landkreis), der die Bauern ausplündert, ihnen den Boden wegnimmt und die Gesetze der Zentrale missachtet. Von daher besitzt die Beziehung zwischen der Landbevölkerung und dem Zentralstaat eher politischen und symbolischen Charakter, während der lokale Staat in seinem ökonomischen und sozialen Verhalten bewertet wird. Denn der lokale Staat ist die Ebene, deren Arbeits- und Verhaltensweise die Bevölkerung tagtäglich erfährt und die sie für die Probleme verantwortlich macht. Dies erklärt zugleich, weshalb sich die Proteste z.B. der ländlichen Bevölkerung primär gegen diese Ebene richten.¹¹²

Tabelle 1: Vertrauen ländlicher Bevölkerung in verschiedene Verwaltungsebenen (in Prozent)

Vertrauensstufe	Zentrale	Provinz	Kreis	Gemeinde	Dorf
Sehr gering	1,4	2,1	3,7	11,0	13,7
Relativ gering	2,1	3,4	7,7	14,8	12,0
mittelmäßig	15,7	22,9	35,6	35,9	37,2
Relativ hoch	27,2	29,2	27,4	22,2	24,5
Sehr hoch	53,5	42,4	25,7	16,1	12,7

Quelle: Lianjiang Li, *Political trust in Rural China*, in: *Modern China*, April 2004, S. 234.

Lokale Bauernproteste sind zugleich auch als Ausdruck einer sich pluralisierenden Entwicklungsgesellschaft zu begreifen, in der Entwicklung soziale Konflikte mit sich bringt und Konflikte sich in zunehmenden Unmutsäußerungen und Protesten niederschlagen, ohne dass das politische System per se in Frage gestellt würde.

Gegenwärtig bilden der ländliche Raum und die Bauernschaft das entscheidende Feld für soziale und gewaltsame Unruhen. Der oben erwähnte Bericht von zwei chinesischen Journalisten über die Lage der Bauernschaft hat das Ausmaß an Willkür ländlicher Kader auf drastische Weise verdeutlicht.¹¹³ Er hat auch gezeigt, dass sich an dem Kernproblem der Rechtlosigkeit der Landbevölkerung bislang wenig geändert hat. Auch dass es für die Bauernschaft noch immer keinen eigenen Interessenverband gibt, ist Ausdruck dieser Rechtlosigkeit. Ohne eine solche Interessensorganisation, die die Interessen der Bauern gegenüber den Behörden geltend machen kann, wird sich der schwelende Konflikt zwischen Staat und Landbevölkerung wohl weiter verschärfen.

Die Zahl der bäuerlichen Proteste und deren Qualität haben deutlich zugenommen. In einer Analyse über die Lage der Bauernschaft kam der Sozialwissenschaftler Yu Jianrong zu dem Schluss, dass sich die Protestformen der Bauernschaft in den letzten Jahren gewandelt hätten: von spontanen Formen des Widerstandes vor den 1990er Jahren hin zu „gerechtfertigter Rebellion“ (bei der versucht worden sei, durch Berufung auf staatliche Politik oder Gesetze der Willkür lokaler Funktionäre entgegenzutreten) und seit 1998 zu Formen, bei denen die Bauern „durch Anwendung von Recht und Gesetzen aktiv für ihre Rechte kämpften“. Das Letztere beziehe sich, so Yu, auf den Kampf für politische Rechte und die Durchsetzung bestehender Gesetze und Vorschriften. Diese Auseinandersetzung richte sich primär gegen lokale Funktionäre und nicht gegen das politische System an sich. Die Bauern organisierten über einzelne Dörfer hinausreichende Netzwerke und griffen zu Mitteln wie Demonstrationen oder Sit-ins, um ihre Ziele zu erreichen. Ihre Methoden seien gesetzlich erlaubt, politisch jedoch verboten. Dieses Agieren der Bauernschaft könne, so Yu, in Zukunft aber dazu führen, dass die Bauernschaft zu einer starken Triebkraft für die Erweiterung gesellschaftlicher Partizipation werden könne.¹¹⁴ Dieses kollektive Verhalten des „gerechtfertigten Widerstandes“ (*rightful resistance*),¹¹⁵ bei dem die Bauern lokale Funktionäre mit Gesetzen, Erlassen, Richtlinien oder Dokumenten der zentralen Führung konfrontieren, hat in den letzten Jahren signifikant zugenommen. Dabei bekunden die Bauern symbolisch ihre Unterstützung für die KP und die Parteiführung, appellieren an die Rechte der „Massen“, d.h. der Bauern, und die Pflichten der lokalen Funktionäre, um auf diese Weise auch Unterstützung bei höheren Parteiebenen zu finden und nicht als „antisozialistische Elemente“ gebrandmarkt zu werden. „Rebellion im Namen des Zaren“ ist dafür eine gute Kurzformel. Auf diese Weise nutzt die Landbevölkerung unterschiedliche Interessen und Einstellungen innerhalb des fragmentierten Parteistaates, um lokal Interessen durchzusetzen. Dieser Widerstand dient letztlich der Sicherung von Rechten, die

die Zentralregierung bereits gewährt hat, deren Realisierung lokal aber häufig verweigert wird.

Solange es einen Widerspruch zwischen verabschiedeten Rechten und der Umsetzung dieser Rechte (z.B. auf der lokalen Ebene) gibt, solange gibt es Raum für solch gerechtfertigten Widerstand. Die staatliche Fragmentierung Chinas hat für die Bevölkerung „Gelegenheiten“ geschaffen, die sie zum Einfordern ihrer Rechte nutzen können, wobei die Protestierenden sich mit ihrem Anliegen zugleich an die Öffentlichkeit wenden (Medien, NGOs etc.) und Verbündete unter der städtischen und ländlichen Bevölkerung wie auch bei Behörden und einflussreichen Funktionären suchen. Auf diese Weise versuchen sie nicht nur die zentrale politische Führung zum Eingreifen und zur Umsetzung offiziell beschlossener Politik zu bewegen und damit zur Implementierung von Politik beizutragen, sie lernen auch durch die entsprechenden Erfahrungen.

Auch wenn sich die bäuerlichen Proteste vorrangig gegen die lokalen Behörden richten, so beeinflussen sie doch das Handeln auf der zentralen Ebene, wie sich z.B. durch die Abschaffung der Agrarsteuern vor einigen Jahren belegen lässt. Dass die bäuerlichen Proteste sich in erster Linie gegen die lokalen Behörden wenden, verdeutlicht zugleich, dass China nicht – wie so häufig in der Geschichte – vor einer neuen Bauernrevolution steht, die Landbevölkerung im Gegenteil sich mit den Argumenten des Zentralstaates gegen lokale Politik wendet. Der Agrarsoziologe Xiao Tangbiao hat dazu angemerkt: „Solange sie [die Bauern, Anm. TH] völliges Vertrauen in die höheren Ebenen der Partei- und Regierungsorganisationen haben, treten sie stets für Kommunikation ein. Solange sie ihr Vertrauen in diese höheren Ebenen noch nicht völlig verloren haben, greifen sie nur gezwungenermaßen zu Aktionen. Erst wenn sie das Vertrauen in alle Ebenen dieser Organisationen verloren haben, werden ihre Handlungen feindselig [d.h. werden sie sich gegen das Regime richten, Anm. TH].“ Xiao zufolge existieren in China die Stufen eins und zwei, nicht aber Stufe drei – eine wichtige Grundlage für das Fortbestehen von Legitimität des politischen Systems.¹¹⁶

Auch im städtischen Raum gewannen Proteste in den letzten Jahren einen neuen Charakter. In den 1980er und 90er Jahren appellierten Arbeiter, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, an den gesellschaftlichen Wert einer „Moralwirtschaft“, die sich um die Interessen und Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung zu kümmern habe. Die kalte Privatisierung von Staatsbetrieben¹¹⁷ durch geschickte Manager, die entweder Staats- in privates Eigentum verwandeln, indem sie die Vermögenswerte eines Unternehmens bei weitem zu niedrig veranschlagen oder veranschlagen lassen, oder private Firmen gründen, in die sie staatliche Vermögenswerte transferieren, führten zunehmend zu Protesten unter Belegschaften. Häufig sind damit Schließungen von Unternehmensteilbereichen, Massenentlassungen und die Unterschlagung von Abfindungen für die Beschäftigten durch Funktionäre verbunden.

Auch unter der Arbeiterschaft wächst das Moment des o.g. „gerechtfertigten Widerstandes“: Da die politische Führung sich nach wie vor verbal gegen eine „Privatisierung“ ausspricht, die sich de facto jedoch seit langem vollzieht, nutzen die Arbeiter das Lippenbekenntnis der Führung zum Sozialismus und wehren sich im Namen politischer Richtlinien gegen die schleichende Unterhöhnung des Staatseigentums, das bei der Arbeiterschaft immer noch als „Volkseigentum“ angesehen wird. Die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bringt die Belegschaften zugleich in eine oppositionelle Haltung zu den privaten Eignern. Deren als ausbeuterisch begriffenes Verhalten bewirkt, dass die Arbeiterschaft sie zunehmend mit „Kapitalisten“ identifiziert. Bei ihren Protesten berufen sich die Arbeiter auf Aussagen von Parteiführern bzw. offizielle Parteidokumente, in denen es heißt, Privatisierung sei abzulehnen und die Rechte der Arbeiter müssten geschützt werden.¹¹⁸

Im urbanen Raum beschränken sich Proteste weitgehend auf einzelne Unternehmen. Dies hängt mit der ambivalenten Situation von Protesten zusammen: Sind sie zu radikal, verlieren sie an öffentlicher Unterstützung und werden staatlicherseits unterdrückt. Protestierende Arbeiter verfolgen daher die Strategie, sich im Rahmen offizieller Protestkanäle zu bewegen (z.B. durch Petitionen) und zugleich Anpassung an das System zu demonstrieren, indem die Protestierenden sich zu loyalen Anhängern dieses Systems erklären. Sollte sich diese Strategie jedoch als wirkungslos erweisen, greifen die Protestierenden zu gewaltsameren Formen des Protestes, wohl wissend, dass eine solche „Beeinträchtigung der Stabilität“ zu Verhandlungen mit dem Zentralstaat führen kann. Ein derartiger „Protest-Opportunismus“ gibt den Betroffenen zumindest eine Stimme mit gewisser Aussicht auf Erfolg.¹¹⁹ Unter Bedingungen eines autoritären Staates müssen soziale Aktivisten konfrontative und systemkritische Taktiken im Interesse der Erreichung ihrer Ziele vermeiden und angepasste Proteststrategien entwickeln.

In den letzten Jahren haben sich die Proteste auf lokaler Ebene radikalisiert. Häufig lösten schon kleinere Zwischenfälle große und gewaltsame Proteste aus. Der Protestforscher Yu Jianrong hat dargelegt, dass solche Proteste sich meist spontan ereignen und nicht organisiert sind, die Beteiligten mit den Ursachen in der Regel nichts zu tun haben und die Proteste sich häufig gewaltsam entladen. Die Gründe dafür seien darin zu suchen, dass benachteiligte Schichten wie Wanderarbeiter und Arbeitslose sich daran beteiligten, der lokale Staat bei den Menschen Vertrauen eingebüßt habe und die traditionellen Instrumente staatlicher Kontrolle nicht mehr wirkten. Das Petitionswesen des Staates, mit Beschwerdeämtern auf allen Verwaltungsebenen, werde nichts bewirken, weil Probleme auf der lokalen Ebene nicht gelöst werden könnten, unterständen diese Ämter doch den jeweiligen Lokalbehörden. Die zentrale Ebene sei mit der Flut an Petitionen überfordert und die Nichtlösung von Problemen führe zu erheblichem Vertrauensverlust in diese Ebene. Zugleich werde dadurch das Rechtssystem geschwächt, weil die Hoffnung genährt würde, Petitionsämter könnten Gerichte ersetzen. Das Ergebnis sei eine Radikalisierung

der Petenten. Yu rät daher dringend zu politischen Reformen, einer Verminderung der KP-Kontrolle über das politische und rechtliche System sowie zur Schaffung unabhängiger Kanäle politischer Partizipation und zur Lösung der Beschwerden der Bürger.¹²⁰ Zwar hat die Parteiführung in den letzten Jahren das Maß an behördlicher Transparenz, Presseberichterstattung und Kontrolle ausgeweitet, aber ihren „Führungs-“ und Kontrollanspruch dabei nicht aufgegeben.

Nationalitätenprobleme in China

Häufig wird übersehen, dass China ein Vielnationalitätenstaat ist. Die Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 und in Xinjiang im Juli 2009 haben verdeutlicht, dass die ethnische Situation keineswegs stabil ist. Der letzten Volkszählung von 2000 zufolge hatten die 55 „nationalen Minderheiten“ mit 105 Millionen Angehörigen einen Anteil von 8,4 Prozent an der Gesamtbevölkerung Chinas (die „Han“, die Bevölkerungsmehrheit, machten 91,6 Prozent aus). Zwar steht China keineswegs vor einem Zerfall nach sowjetischem Muster. Gleichwohl nehmen die Konflikte zwischen den Nationalitäten zu. Im Gegensatz zu den radikalpolitischen Phasen der Mao-Ära (Großer Sprung 1958–1960, Kulturrevolution 1966–1976) findet derzeit aber keine versuchte Zwangsassimilierung der Minderheiten statt, sondern eher das, was man als *autoritär-patriarchalische* Kontrolle bezeichnen könnte.

Im Folgenden soll zunächst der Einfluss von Geschichte und historischen Erfahrungen auf die Nationalitätenbeziehungen analysiert werden. Dabei geht es darum, die Ursachen von Problemen in einen größeren Zusammenhang zu stellen, um sie wirklich verstehen zu können.

Ethnische Konflikte haben historische, politische, ökonomische, kulturelle und soziale Ursachen. Ethnische Konflikte beginnen stets im Denken von Nationalitäten. Im kollektiven Gedächtnis der verschiedenen Nationalitäten manifestiert sich die historische Dimension der Konfliktfelder. Dies bezieht sich auf historische Traumata, wie die Verdrängung, Vernichtung oder Demütigung von Völkern, so z.B. in der neueren Geschichte die blutige Niederschlagung von Aufständen verschiedener Völker gegen die Verdrängungspolitik des Kaiserhofes und die Unterdrückung und Ausbeutung durch Han-Beamte. Die Miao in Guizhou etwa waren im 18. Jahrhundert so verzweifelt, dass sie ihre Siedlungen auflösten, teilweise sogar ihre Frauen und Kinder töteten, um mit aller Kraft und letzter Konsequenz an einem Aufstand teilnehmen zu können, der in einer Niederlage mit 18.000 toten Miao endete. Ihr gesamtes fruchtbares Land wurde an Han verteilt, die Miao mussten sich tief in öde und unfruchtbare Berggebiete zurückziehen. Auch bei der blutigen Niederschlagung muslimischer Aufstände im 19. Jahrhundert haben chinesische Truppen ein

solches Gemetzel angerichtet, dass sich die Zahl der Muslime in China nahezu halbierte. Dazu kommen die Traumata der Mao-Ära: die grausame Niederschlagung von Aufständen verschiedener Ethnien in den 1950er Jahren, die Zerstörung und Schändung der Kulturgüter und religiösen Stätten, der Versuch ökonomischer, gesellschaftlicher und kultureller Gleichschaltung. Allein im Verlauf des Aufstandes von 1959 kamen 87.000 Tibeter ums Leben und 2.690 von 2.700 tibetischen Klöstern wurden in den 1960er Jahren zerstört. Durch die Kulturrevolution hat sich das Beziehungsgefüge zwischen den Nationalitäten grundlegend gewandelt.

Ins kollektive Gedächtnis eingegraben haben sich auch traditionelle Vorstellungen von Hierarchisierung wie, dass die Han schon immer „Kultur“ besessen hätten, deren Besitz sie von den anderen Völkern unterscheidet, wobei das politische Ziel in der „Kultivierung“ dieser Völker bestand. Kultivierung wurde letztlich mit Sinisierung gleich gesetzt. Die indigenen Völker galten als „Barbaren“, die häufig mit Tieren verglichen wurden. Die traditionellen Vorstellungen vertrugen sich mit dem Weltbild, das Stalin in den 1930er Jahren für alle Völker entworfen hatte und dem zufolge auch die ethnischen Minderheiten Chinas den Stufen primitive, sklavenhalterische, feudalistische oder kapitalistische Gesellschaft zugeordnet wurden. Die von der KP formulierte Aufgabe jeder Nationalität bestand darin, den großen Bruder möglichst schnell einzuholen und sich seiner (sozialistischen) Zivilisation anzunähern. Der patriarchalische sozialistische Staat erhielt die Aufgabe, entsprechende Schritte einzuleiten. Er legte fest, was für die „Minderheiten“ nützlich ist und welche Sitten und Bräuche „gesund“ (oder fortschrittlich) und damit „reformierbar“ waren und welche „ungesund“ (oder rückständig) sind und abgeschafft oder reformiert werden mussten.

„Stereotypen“ wie die genannten stehen einer ernsthaften Beschäftigung und Auseinandersetzung der Han über die Nicht-Han-Völker und ihre Kulturen im Wege und beeinflussen bis in die Gegenwart hinein die Vorstellungen der Han von den Nicht-Han, wobei die Letzteren zugleich ein Gefühl latenter Diskriminierung und entwicklungsmaßiger Unterlegenheit entwickelt haben. Werden solche, im kollektiven Gedächtnis eingegrabene Erinnerungen nicht aufgearbeitet, dann sind intraethnische Konflikte vorprogrammiert.

Auf politischem Gebiet bestehen die Kernprobleme im Fehlen genuiner Autonomie. Trotz einer Aufwertung der ethnischen Minoritäten in der Verfassung von 1982, der Verabschiedung eines Autonomiegesetzes im Jahre 1984 und dessen Neufassung von 2001 existiert keine echte Autonomie. Bei der Verfassung und dem Autonomiegesetz handelt es sich um „weiche“ Gesetze, weil es aufgrund fehlender Rechtsinstitutionen (es existieren keine entsprechenden Verfassungs- und Verwaltungsgerichte) und der Überordnung der Partei über das Recht keine rechtlichen und politischen Instrumente zur Durchsetzung dieser Gesetze und ihrer Bestimmungen gibt. Zudem sieht das Autonomiegesetz in wichtigen Fragen wie Einwanderung von Han,

Industrieansiedlung oder Schutz natürlicher Ressourcen keinerlei Mitspracherechte der betroffenen Ethnien vor.

Ökonomisch gesehen zählen die Minoritätengebiete zu den ärmsten und am wenigsten entwickelten Regionen. Zwar hat das ökonomische Defizit auch historische Ursachen und kann von daher nicht der gegenwärtigen Parteiführung angelastet werden. Gleichwohl hat eine an die Bedingungen jener Regionen nicht angepasste Entwicklungspolitik seit den 1950er Jahren die Kontinuität von Rückständigkeit begünstigt, und dies, obwohl ein Großteil dieser Gebiete aufgrund reicher Rohstoffvorkommen ein signifikantes Entwicklungspotential besitzt. Die Mehrheit der Menschen unterhalb der Armutsgrenze lebt in Minderheitengebieten, ein Fünftel der Angehörigen ethnischer Minoritäten gelten als arm. Trotz aller Wachstumsraten auch für die autonomen Gebiete haben sich die Entwicklungsunterschiede zwischen den Siedlungsgebieten ethnischer Minoritäten und den Han-Gebieten im Verlauf der Reformära vergrößert.

Verstärkte Zuwanderungen in Minoritätengebiete (von Händlern, staatlichen Institutionen oder Privatpersonen, die ohne Rücksicht auf die lokale Bevölkerung Wälder abholzen, nach Edelmetallen schürfen oder Kohle abbauen) verstärken die Unzufriedenheit in diesen Regionen, zumal auswärtige Händler, Handwerker und Arbeiter einheimische vom Markt verdrängen. Beschäftigte, die einer ethnischen Minorität angehören, werden oftmals schlechter bezahlt, verrichten minderwertigere Tätigkeiten und besitzen geringere Fortbildungschancen als Han. Die Bevorzugung von Han im Wirtschaftsleben hat nicht nur mit Fähigkeiten oder Vorurteilen zu tun, sondern muss zugleich als Ausdruck eines ethnischen Nepotismus begriffen werden, bei dem die Han aufgrund ihrer Dominanz und der institutionellen Abhängigkeit der Minoritäten ihre Interessen am besten durchsetzen und sich gegenseitig begünstigen können. Modernisierungsprozesse und sozialer Wandel erzeugen ein Gefühl unterschwelliger Bedrohung, weil die damit verbundene Zuwanderung von Han, die Abwanderung von Angehörigen der eigenen Ethnie, die industrielle Erschließung der Minderheitengebiete sowie die Erodierung der eigenen Kultur (Geringschätzung von eigenen Trachten, Bräuchen und Sprachen vor allem unter der Jugend) die Integration und Konsistenz der einzelnen Ethnien schwächt.

Die Nicht-Han-Völker reagieren unterschiedlich auf diese Lage. Bei einigen ethnischen Gruppen wächst das Moment der Ethnizität, d.h. das Selbstbewusstsein eigener ethnischer Identität; bei einem Teil davon schlug Ethnizität in Widerstand um (wie in Tibet oder Xinjiang), verbunden mit dem Entstehen separatistischer Bewegungen. Vor allem bei einigen kleineren Nationalitäten hat sich eine Tendenz zur Resignation und der Anpassung an die Han entwickelt. Zum Teil, wie bei den nordostchinesischen kleinen Jägervölkern (Ewenken, Oroqen, Dahuren, Hezhe) haben der von den Behörden erzwungene Wandel im Wirtschaftsleben (Zwangssesshaftmachung mit erzwungener Umwandlung von Nomaden sowie Jägern und Sammlern

in Ackerbauern) sowie der Kulturschock aufgrund des Verbots schamanistischer und animistischer Rituale und Praktiken diese Völker physisch und psychisch ruiniert. Nicht anders als bei anderen indigenen Völkern weltweit werden diese Gruppen durch Alkoholismus, Selbstmorde und Krankheiten dezimiert.

Der Reformprozess in China hat keineswegs zu einer Angleichung der Kulturen geführt. Der partielle Rückzug des Staates bewirkt vielmehr eine Rückkehr lokaler Kulturen. In Zeiten raschen sozialen Wandels findet eine Rückbesinnung auf die eigenen Traditionen statt, um sich selber als Gruppe zu erhalten. Die Revitalisierung von Religion gilt nicht nur für den Islam und den tibetischen und mongolischen Buddhismus, sondern auch für animistische, animatistische und schamanistische Glaubensvorstellungen und das Anwachsen von Sekten und chiliastischen Heilbewegungen.

Zugleich nehmen kriminelle Aktivitäten in vielen Minderheitengebieten zu. Dies gilt besonders für Eigentums- und Drogendelikte, aber auch für Schwerkriminalität (wie Mord oder Raub). Bandenkriminalität ist fast überall ein signifikantes Problem. Mangelnde Beschäftigungsmöglichkeiten, Armut und Rückständigkeit in vielen Minderheitengebieten sowie mangelnder Zugang zu Bildungsmöglichkeiten zählen zu den Hauptursachen. Die wachsende Diskrepanz bei Einkommen, Lebensstandard und Lebensqualität zwischen den Han-Metropolen und den weithin ländlich geprägten Minderheitenregionen vergrößert sich immer mehr. Die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen in den eigenen Siedlungsgebieten verbindet sich mit dem Verfall traditioneller Werte und einer Erodierung lokaler ethnischer Gemeinschaften. Kriminelles Verhalten scheint für viele Jugendliche überdies die einzige Möglichkeit zu sein, der Hoffnungslosigkeit und Armut durch raschen Gelderwerb zu entkommen. Von daher muss kriminelles Verhalten zugleich als eine Art ethnischen Protestes begriffen werden.

Interessant sind auch Selbstbehauptungs- und Aufwertungsdiskurse ethnischer Minderheiten. Dazu zwei Beispiele: Yi-Wissenschaftler (die Yi in Südwestchina zählen mit über acht Millionen Angehörigen zu den großen Minderheiten Chinas) behaupten u.a., die Yi seien die direkten Nachfahren des Yuanmou-Menschen, bei dessen Fossilien es sich um die ältesten in Asien gefundenen handelt. Der Fund dieser Fossilien im Siedlungsgebiet der Yi belege, dass diese nicht nur die Vorfahren der Han, sondern der gesamten „gelben Rasse“ seien, inklusive der Japaner sowie der indianischen Völker in Amerika. Zudem behaupten Yi-Wissenschaftler, die Schrift der Yi sei ca. 10.000 Jahre alt und damit die älteste Schrift der Welt, von der nicht nur die chinesische Schrift, sondern auch die Schriften in Mesopotamien, Ägypten, Indien und im antiken Mittelmeerraum abstammten. Mit einer derartigen Argumentation, die historisch nicht belegbar ist, fordern Yi-Wissenschaftler das historische Weltbild der Han heraus. Die Yi werden historisch und kulturell aufgewertet, eine signifikante Gegenposition zur han-chinesischen Deutung der Geschich-

te wird geschaffen, der zufolge die Han Geschichts- und Kulturgeber der anderen Völker sind und diesen gesellschaftlich und politisch stets überlegen waren. Denn der Sichtweise jener Wissenschaftler zufolge stammen die Han von den Yi ab und nicht umgekehrt. Mit dem Argument des Alters der Yi-Schrift als eine Form „chinesischer“ Schrift, wird China wiederum vor der „nationalen Schande“ bewahrt, die Schrift später als andere Zivilisationen (Babylonier, Ägypter, Hethiter, Maya) erfunden zu haben. Damit werden über die Geschichte der Yi zugleich auch China und die chinesische Kultur aufgewertet.

Auf diese Weise gewinnt eine neue historische Identität der Yi Gestalt, die weltweit Einmaligkeit beanspruchen kann. Denn nicht das China der Han ist dieser Argumentation zufolge die älteste Kultur der Menschheit, mit ungebrochener Existenz und Kontinuität, sondern die Kultur der Yi. Die Behauptung, über die Jahrtausende hinweg existiert zu haben und zwar in Form einer Kontinuität nationaler Identität, ist Teil eines konstruierten kollektiven Gedächtnisses, einer *erfundenen Tradition*, die Geschichte und geschichtliche Ereignisse subjektiv interpretiert und auf diese Weise die kollektive Identität der Yi zu stärken sucht. Andererseits zeigt die Infragestellung des offiziellen Geschichtsbildes, dass das Selbstbewusstsein einiger Völker Chinas und damit auch deren Selbstbehauptungswille signifikant gewachsen sind. Und dies ist als Teil ethnischer Wiedererweckung innerhalb Chinas zu begreifen.¹²¹

Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass die chinesische Nationalitätenpolitik nach 1949 durchaus konstruktive Ansätze aufweist, die für eine künftige Nationalitätenpolitik fruchtbar gemacht werden könnten. Die Volksrepublik erkannte in den 1950er Jahren offiziell über 50 „nationale Minderheiten“ und damit erstmals deren reale Existenz an und sicherte diese Anerkennung zugleich rechtlich ab. Es wurde ein Recht auf Autonomie formuliert und in Teilbereichen gewährt. Verfassungsrechtlich gelten alle Nationalitäten als gleichberechtigt. Diskriminierung wurde gesetzlich untersagt. Auch Ansätze zur Sonderbehandlung sind erkennbar, wie beim Hochschulzugang (Angehörige ethnischer Minderheiten benötigen bei den Aufnahmeprüfungen eine geringere Punktzahl als Han), bei der Geburtenplanung (zwei Kinder statt eines) oder Verwendung von Sprachen und Schriften. Ferner gibt es schriftlich fixierte sowie prozentual festgelegte Vertretungsrechte für die ethnischen Minoritäten in den Parlamenten aller Ebenen. Zwar sichert dies keine Partizipation im demokratischen Sinne, es weist aber auf ein gewisses Maß an Akzeptanz von Vertretungsrechten für Minderheiten und deren Einbeziehung in Entscheidungsprozesse hin.

Daran anknüpfend könnten die folgenden Maßnahmen zu einer Lösung der oben erwähnten Konfliktursachen beitragen:

- Anerkennung, dass es auch unter sozialistischen Bedingungen keine Interessensidentität von ethnischen Minderheiten und Staat gibt, zumal aus der Annahme einer solchen Identität der Schluss gezogen wird, es gäbe keine Konflikte und

Widersprüche mehr. Die Entwicklungen auf dem Balkan und in der ehemaligen Sowjetunion haben bereits gezeigt, wie fatal eine solche Annahme ist.

- Längerfristig könnte die Schaffung eines föderativen Staates eine Lösungsmöglichkeit bieten. Ein föderalistisches System böte sich nicht nur für Tibet, Taiwan oder für die Provinzen an, sondern auch für zahlreiche andere Siedlungsgebiete von Nicht-Han Völkern.
- Die Schaffung eines föderativen Systems könnte zu einer regional und ethnisch angepassteren Politik führen und damit die Zentralregierung entlasten. Föderative Strukturen tragen zugleich den Unterschieden zwischen den Kulturen und Regionen Rechnung und können deren Akzeptanz erleichtern.
- Dies wiederum würde größere Rechtssicherheit voraussetzen, d.h. die gesetzliche Absicherung kultureller, ökonomischer und sozialer Autonomie. Autonome Rechte wären vor allem auch für die indigenen, kleineren Minoritäten wichtig, um deren Überleben zu sichern. Die autonomen Verwaltungseinheiten sollten zugleich über wichtige Fragen wie Zuwanderungen, Industrieansiedlung, Landnutzung und -vergabe, die Kontrolle über natürliche Ressourcen des Gebietes oder Umwelt- und Ökologieschutz selbständig entscheiden können.
- Ein institutioneller Rahmen für die Durchführung und Durchsetzung von Autonomie ist also erforderlich. Dies verlangt u.a. ein unabhängiges Gerichtswesen: der Mehrheit müssen rechtliche Grenzen gesetzt werden. Auch die Partei dürfte dann nicht außerhalb des Rechtsrahmens stehen und der Autonomie übergeordnet bleiben. Nicht nur Einzelpersonen, sondern auch ethnischen Gemeinschaften sollte das Recht eingeräumt werden, Klage gegen Rechtsverstöße zu führen.
- Geschichte und Kultur der einzelnen Nationalitäten sowie die Geschichte der interethnischen Beziehungen sollten neu bewertet werden und zwar in einem offenen Diskurs von Angehörigen der verschiedenen Nationalitäten. Das Konzept der Hierarchisierung von Kulturen und Gesellschaften sollte aufgegeben und es sollte anerkannt werden, dass alle Kulturen und Nationalitäten politisch, gesellschaftlich und kulturell gleichwertig sind.
- Rechte von Minderheiten, die außerhalb autonomer Verwaltungseinheiten leben, sollten abgesichert werden. Territoriale Autonomie sollte zugleich von personaler begleitet sein. Die Sicherstellung und Durchsetzung der genannten Rechte erfordert eine organisierte und legitimierte Interessensvertretung der einzelnen Nationalitäten, zumal das Recht auf Autonomie nur durch organisierte Gemeinschaften vertreten bzw. ausgeübt werden kann. Dies verlangt zunächst Vereinigungsfreiheit für die Minoritäten, d.h. soziale Gruppenbildung.
- Maßnahmen gegen die wachsende Diskriminierung von Angehörigen ethnischer Minderheiten sollten ergriffen werden. Zwar ist offene Diskriminierung gesetz-

lich untersagt, Diskriminierung herrscht allerdings latent im Alltag und nimmt besorgniserregend zu.

Solche Maßnahmen träfen in China durchaus auf fruchtbaren Boden, zumal ethnische Minderheiten als solche formal anerkannt und gesetzlich respektiert werden und den Gesetzen zufolge die gleichen Rechte wie die ethnische Majorität genießen. Zudem besteht Konsens in der Notwendigkeit von Sonderbehandlung und positiver Diskriminierung. Doch wie realistisch ist überhaupt die Möglichkeit einer Umsetzung des vorgeschlagenen Maßnahmenkatalogs. Es ist eine Binsenwahrheit, dass in autoritären Staatswesen keine demokratische Nationalitätenpolitik möglich ist. Immerhin ist in den letzten Jahren eine Diskussion über umfangreichere Rechte und ein größeres Maß an Partizipation für die ethnischen Minoritäten in Gang gekommen. Die Diskussion konzentrierte sich zunächst auf das Autonomiegesetz sowie dessen Mängel.

Die Parteiführung hat nicht zuletzt aufgrund der internationalen Entwicklung erkannt, welche Brisanz Nationalitätenkonflikte in sich tragen. Neue Denkansätze sind erkennbar, jedoch nicht so weit gediehen, dass der staatliche Diskurs durch einen öffentlichen, inter-ethnischen abgelöst wird. Die Verschärfung der Konflikte wie im Frühjahr 2008 und im Sommer 2009 in Xinjiang in Tibet dürfte die Frage des Konfliktmanagements daher zu einer der zentralen politischen Fragen werden lassen.¹²²

Im Folgenden möchte ich am Fallbeispiel Tibet die Komplexität der Nationalitätenfrage in China vertiefend verdeutlichen, zumal die Hintergründe und Ursachen der Tibetfrage in Europa häufig nicht verstanden werden.

Der rechtliche Status Tibets vor 1950

Ab 1720 besaß Tibet den Status eines mit China assoziierten Gebietes. Damals wandten sich die Tibeter an den chinesischen Kaiser mit der Bitte um militärische Unterstützung gegen eine Invasion der Dsungar-Mongolen. Nach deren erfolgreicher Vertreibung schloss Kaiser Kang Xi einen Vertrag mit dem Dalai Lama, durch den sich Tibet der Schutzmacht China unterstellte. Es erkannte die Oberhoheit Chinas an, die Regierungsgewalt jedoch lag beim Dalai Lama. Tibet befand sich damit im Zustand der Suzeränität, nicht aber der Souveränität. D.h., militärische Sicherheit und Außenpolitik lagen beim Kaiserhof in Peking, der sich im Gegenzug verpflichtete, Tibet jeden erdenkbaren Schutz zu gewähren. Die innere Verwaltung hingegen lag beim Dalai Lama und seinem Hofstaat, wie es der traditionellen Politik des Kaiserhofs entsprach. Danach wurden Siedlungsgebiete nicht-chinesischer Völker nicht direkt durch chinesische Beamte verwaltet. Vielmehr erhielten in Gebieten, in denen Macht und Organisationsstruktur der Stammesgesellschaften noch ungebrochen

waren, einheimische Führer vom Kaiserhof erbliche Titel und Ränge innerhalb der chinesischen Beamtenhierarchie. Die so geschaffenen „Beamten“ übten ihre Befugnisse unter der Aufsicht chinesischer „Schutzherren“ aus. Da in diesen Regionen auch die unteren Beamten aus den Reihen der lokalen Führer stammten, spürten die so in das chinesische Reich integrierten Völker oder Stämme die Oberhoheit des Kaiserhofs nicht direkt. Zu unmittelbaren Eingriffen des Kaiserhofes kam es nur, wenn dessen Oberhoheit in Frage gestellt wurde oder Stämme sich auflehnten. Nicht militärische Eroberung, sondern indirekte Verwaltung war für diese Politik kennzeichnend. Dementsprechend hielten sich die Bevollmächtigten des chinesischen Kaiserhofs in Tibet, die Ambane, während der Qing-Dynastie bei Eingriffen in innere Angelegenheiten Tibets zurück, wobei es zugleich nur eine marginale Militärpräsenz gab. Daraus kann jedoch nicht auf eine Selbständigkeit Tibets geschlossen werden. Tibet hatte sich der Oberhoheit Pekings unterstellt, und die Ambane übten die Kontrolle über die lokale Verwaltung aus.

Das war jedoch kein statischer Zustand bis zur chinesischen Revolution von 1911. Das Vorrücken der Briten auf dem indischen Subkontinent veränderte die Machtverhältnisse in Asien. China wurde selbst Opfer kolonialer Machtpolitik und erlitt eine empfindliche Schwächung, von der auch die Schutzmacht über Tibet berührt wurde. Der Kaiserhof bemühte sich, seine Schwäche durch ein energischeres Vorgehen in Nord- und Ostt Tibet auszugleichen, um dort territoriale Verluste zu verhindern. Tibet sah sich durch die britische Unterwerfung Indiens und das Vorrücken der Kolonialmacht an seinen Grenzen bedroht. Daher schloss es bereits Ende des 18. Jahrhunderts sein Gebiet für Personen aus „westlichen Mächten“. Da Tibet eine „Schutzmacht“ England ablehnte, China jedoch diese Funktion immer weniger ausüben vermochte, bemühte sich Tibet seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts um Äquidistanz, d.h. es pendelte zwischen beiden Seiten, um keine von ihnen zum Eingreifen zu provozieren.¹²³

Als Peking 1908/09 seine Kontrolle über Ostt Tibet zu verstärken und damit das Fundament der bisherigen Beziehungen zu untergraben begann, wandte sich der Dalai Lama an Großbritannien und bat dieses um die Errichtung eines Protektorats. London lehnte dies ab, weil Tibet, wie es in einem britischen Dokument hieß, als „wertloses Stück Territorium“¹²⁴ betrachtet wurde. Die Kosten einer Inbesitznahme wurden als zu hoch veranschlagt; eine Übernahme hätte zudem zu Konflikten mit Russland geführt. Diese beiden Mächte einigten sich bei dem Ringen um die Macht in Zentralasien darauf, Tibet als Pufferzone zwischen ihren Einflussphären zu etablieren, vorzugsweise unter chinesischer Oberhoheit. Nach dem Ende der kaiserlichen Herrschaft in Peking erklärte der Dalai Lama sein Land 1913 für unabhängig. China erkannte diesen Schritt nicht an und gab seinen Anspruch auf Tibet nie auf. Dies gilt für die Guomindang unter Sun Yat-sen, Chi-ang Kai-shek und dessen Nachfolger ebenso wie für die KP. Vor dem Einmarsch der Chinesen 1950 hatte kein Staat Tibet als selbständiges völkerrechtliches Subjekt anerkannt. Verträge zwischen Großbri-

tannien und China bekräftigten auf allerdings widersprüchliche Weise, dass Tibet zwar unabhängig sei, aber chinesischer Oberherrschaft unterstehe.

Unterschiedliche Rechtsauffassungen

Bei Zugrundelegung der Konvention über die Rechte und Pflichten von Staaten des Völkerbunds von 1933 waren für die Anerkennung eines Staates bestimmte Kriterien maßgebend: eine permanente Bevölkerung, ein fest umrissenes Territorium, eine Regierung und die Fähigkeit, Beziehungen zu anderen Staaten aufzunehmen.¹²⁵ Drei dieser Erfordernisse waren im Falle Tibets erfüllt. Durch die selbst gewählte Isolation gab es allerdings keine Beziehungen zu anderen Staaten. Von daher war Tibet vor 1950 auch kein international anerkannter Staat. Die fehlende Anerkennung durch die Staatengemeinschaft, die Zuordnung zu China und der von Peking aufrechterhaltene Anspruch lassen den völkerrechtlichen Status des Landes vor 1950 als nicht eindeutig erscheinen. Zwar hatte Tibet sich für unabhängig erklärt, es zugleich aber versäumt, die Unabhängigkeit international abzusichern. Damit fehlten 1950 drei entscheidende Voraussetzungen für Unabhängigkeit:

1. eine frühere Beteiligung am Leben der internationalen Staatengemeinschaft;
2. die Fortdauer der Schwäche Chinas;
3. eine Schutzmacht, die, nach dem Rückzug Großbritanniens aus Indien im Jahre 1947, die gewaltsame Eingliederung durch China hätte verhindern können.¹²⁶

Die tibetische Regierung hatte 1947/48 vergeblich Missionen in die Hauptstädte der wichtigsten westlichen Staaten gesandt, um eine Anerkennung zu erreichen. Der Widerstand der damals noch von der *Guomindang* (Nationale Volkspartei) gestellten Regierung in Peking ließ deren wichtigsten Verbündeten, die USA, das Ansinnen zurückweisen. Auch nach ihrer Übersiedlung nach Taipeh verhinderte die nicht-kommunistische Führung der Republik China, die noch jahrzehntlang den Sitz im UNO-Sicherheitsrat innehatte, eine Änderung der westlichen Haltung. Auch wollten sich Großbritannien (als Kolonialmacht in Hongkong) und Frankreich (als Kolonialmacht in dem an China grenzenden Indochina) auf keinen Konflikt mit Peking einlassen, weil dieser ihre kolonialen Interessen in Fernost hätte beeinträchtigen können.

Aus chinesischer Sicht erschien die gewaltsame Wiedereingliederung Tibets völlig gerechtfertigt. China ging und geht von einem anderen Nations- und Staatsbegriff aus als die westlichen Länder. Danach sind alle Völker, die bis 1911 auf chinesischem Territorium gelebt haben, Teil des chinesischen Volkes. Der in China verwendete Begriff „Chinesen“ (*Zhongguoren*) schließt alle Bewohner des Landes unabhängig von ihrer Nationalität ein. Die Angehörigen der Mehrheitsnationalität heißen „Han“ und gelten als eine der 56 Nationalitäten des Landes. Anders als in

Westeuropa, wo im 18. und 19. Jahrhundert relativ einheitliche Nationen Nationalstaaten bildeten (Übereinstimmung von Nationalprinzip und Nationsprinzip), wurde in China das Territorialprinzip zum Nationsprinzip erhoben. Bereits Sun Yat-sen, der Gründer der Republik China, schrieb nach der Unabhängigkeitserklärung der Mongolen (die später zur Gründung der Mongolischen Volksrepublik führte), auch die Mongolen seien und blieben Chinesen, auch wenn sie dies eine Zeitlang vergessen hätten.

Von daher stehen sich hier zwei unterschiedliche Rechtskonzepte gegenüber. Nach den Normen des heutigen Völkerrechts war die Ausdehnung der chinesischen Macht auf Tibet eindeutig eine Okkupation. Nach chinesischem Rechtsverständnis dagegen handelte es sich um die Wiederherstellung legitimer Rechte, die China lediglich aufgrund zeitweiliger Schwäche und Zerrissenheit nicht hatte ausüben können. Peking hatte demnach nichts anderes getan, als einem lange missachteten Rechtsprinzip wieder Geltung zu verschaffen. Bei dem chinesischen Vorgehen dürfte auch die militärstrategische Lage Tibets ein wichtiger Gesichtspunkt gewesen sein. Tibet verfügt über eine natürliche Grenze nach Süden. Diese strategische Bedeutung darf, vor allem unter den Bedingungen des Kalten Krieges, nicht gering bewertet werden. Tibet schafft zugleich eine natürliche Grenze und Barriere gegenüber dem Rivalen Indien, mit dem nach wie vor Grenzstreitigkeiten bestehen. Überdies war es als große, menschenleere Region mit signifikantem Rohstoffpotenzial für China interessant.

Die chinesische Tibet-Politik

1951 zwang China der tibetischen Regierung ein „17-Punkte-Abkommen“ auf. Darin erklärte sich Peking seinerseits bereit, nichts am politischen System Tibets zu ändern, Religionsfreiheit sowie lokale Sitten und Bräuche zu respektieren, die Klostergemeinschaften und deren Einnahmen sowie die tibetische Sprache und Schrift zu schützen. Das bezog sich allerdings von vornherein nur auf die tibetische Provinz U-Zang, das heutige Autonome Gebiet Tibet, nicht aber auf die beiden anderen Provinzen des Berglandes, Amdo und Kham, die im 18. und 19. Jahrhundert chinesischen Provinzen zugeschlagen worden waren und heute zu den Provinzen Qinghai, Gansu, Sichuan und Yunnan gehören.

Die Konflikte zwischen Chinesen und Tibetern spitzten sich zunächst in den tibetischen Siedlungsgebieten zu, für die das Abkommen nicht galt. Dort wurden – wie im übrigen China – die politischen Verhältnisse in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre von Grund auf verändert. Die Freiheiten der Religionsausübung wurden erheblich eingeschränkt, Klöster enteignet bzw. geschlossen, deren Mönche einer „Umerziehung durch körperliche Arbeit“ unterworfen. Die sich daraus ergebenden Konflikte, eine zunehmende religiöse Einengung und politische Gängelung sowie das Fehlen

jeder rechtlichen Gewähr für die Einhaltung des „17-Punkte-Abkommens“ führten zum tibetischen Aufstand von 1959, in dessen Verlauf etwa 87.000 Tibeter ihr Leben verloren und 100.000 weitere mit dem Dalai Lama nach Indien flüchteten.

In der Zeit nach 1959 wurden die traditionellen Strukturen Tibets gewaltsam beseitigt. Dies betraf vor allem die tibetische Elite und den Grundpfeiler der tibetischen Kultur, die Klöster. Mit der Zerstörung eines Großteils der Klöster verschwanden praktisch alle Bildungs-, Kultur- und Religionsinstitutionen Tibets. Das lastet die Parteiführung heute der „Kulturrevolution“ und der „Viererbande“ an, wobei es zugleich heißt, auch die Han-Chinesen seien damals Opfer gewesen. Zweifellos war die Gesamtbevölkerung Chinas von der damaligen Brutalität betroffen – allerdings mit einem gravierenden Unterschied: Für Chinesen war die Kulturrevolution ein politischer Konflikt, von dem das eigene Volk (die Han) betroffen war; für die Tibeter dagegen handelte es sich um einen nationalen Konflikt, der von Han-Chinesen ausging und sich gegen ein anderes Volk, die Tibeter, richtete.

Als der damalige Generalsekretär der KPCh, Hu Yaobang, 1980 als erster Parteichef Tibet einen Besuch abstattete, war er erschüttert. Er fand eine bettelarme Region vor, deren Führung mit falschen Erfolgsmeldungen die Parteiführung in Peking jahrzehntelang hinters Licht geführt hatte. Daraufhin veranlasste Hu einen „Tibet-Beschluß“, der weitreichende ökonomische Freiheiten und Sondermaßnahmen vorsah. Von nun an wurde nicht mehr wahllos alles Tibetische unterdrückt, vielmehr schlug sich die Reformpolitik in größeren wirtschaftlichen Freiheiten sowie kultureller und religiöser Liberalisierung nieder. Viele Tibeter hofften damals auf größere Selbstverwaltungsrechte. Aber letztlich änderte sich trotz größerer ökonomischer Freiheiten nur wenig an der politischen Rigidität.

Letztlich hat die Liberalisierung das Entstehen eines ethnischen Eigenbewusstseins unter den Tibetern begünstigt. Doch schon in den 80er Jahren kam es zu wachsenden Spannungen zwischen den Klöstern und der Partei, da die Einkommenszuwächse in Tibet weniger den Konsum stimulierten, sondern überwiegend in Wiederaufbau und Entwicklung der Klöster investiert wurde.¹²⁷ Als Ende der 80er Jahre konservative Kräfte in der Partei dieser Entwicklung gegenzusteuern versuchten und begannen, die Zahl der Mönche und die Einnahmen der Klöster unter Kontrolle zu nehmen, kam es 1989 zu massiven Protesten, wobei die Parteiführung am Ende das Kriegsrecht ausrief. Die Tibetpolitik begann sich neuerlich zu verhärten.

Innerhalb der tibetischen Gesellschaft gab und gibt es keine Übereinstimmung hinsichtlich der künftigen Entwicklung Tibets. Schon in den 80er Jahren kam es zu Kontroversen hinsichtlich der Zukunft Tibets und seiner Kultur, dabei ging es um die Rückkehr zu traditionellen Werten oder die Erneuerung der tibetischen Kultur. Letzteres wurde vor allem von jüngeren Hochschulabsolventen vertreten und gefordert.¹²⁸

Die Parteiführung zog aus der Entwicklung in den 80er Jahren den Schluss, dass Tibet durch den Ausbau des Straßennetzes und den Bau einer Eisenbahn stärker

an den Rest von China angebunden werden müsse, und investierte Milliarden in ein entsprechendes Programm. Letztlich verstärkte sich die Abhängigkeit Tibets von Peking, da Tibet finanziell in jeder Hinsicht nahezu vollkommen auf Zuweisungen der Zentralregierung angewiesen ist. Der Ausbau der Infrastruktur dient zugleich der Erschließung und Vermarktung der tibetischen Bodenschätze.

Von Ethnizität zu Nationalismus

Wenn sich der innerchinesische Nationalitätenkonflikt – abgesehen von Xinjiang – heute in Tibet am schärfsten äußert, so liegt das daran, dass hier ein Volk mit hohem ethnischen Eigenbewusstsein in einem relativ geschlossenen Siedlungsgebiet lebt und sich kulturell wie historisch als eigenständige Nation versteht. Das ethnische Wir-Gefühl (Ethnizität) wurde durch die während der Kulturrevolution versuchte Zwangsassimilierung nicht beseitigt. Doch erst die Politik der Liberalisierung und Außenöffnung ermöglichte es, dass es sich äußern konnte, sich dann angesichts des Ausbleibens der erhofften Veränderungen politisierte und schließlich in ethnischen Nationalismus umschlug.

Die bei den Tibetern über Jahrhunderte hinweg entstandene Einheit von nationaler und religiöser Identität, die den Buddhismus nicht nur Religion, sondern auch Kultur, Zivilisation und Substanz allen Lebens sein lässt, hat seit jeher dazu geführt, dass – anders als in Korea, Japan und Vietnam – der chinesische Einfluss in Tibet eng begrenzt blieb. Die seit den 1980er Jahren zu beobachtende Renaissance des tibetischen Buddhismus ist daher als Ausdruck eines zunehmenden ethnischen Eigen- und Selbstbewusstseins zu werten. Dabei führt die Religion nicht nur zur Rückbesinnung auf die eigene Kultur und kulturelle Identität, sondern dient auch der Verarbeitung des sozialen Wandels.

Die enge Verflechtung von Religion und Nation zeigt sich nicht zuletzt daran, dass Mönche und Nonnen führende Kräfte in der nationalen Bewegung sind. Das liegt zum einen in der traditionell führenden politischen Rolle der Klöster begründet. Zum anderen sind die Mönche und Nonnen aufgrund ihrer geistigen Ungebundenheit und Unbestechlichkeit die natürlichen Bewahrer der tibetischen Kultur. Drittens muss, wer ins Kloster gehen will, zahlreiche bürokratische Hürden überwinden; er führt nicht mehr – so wie früher – ein Leben in sozial gesicherter Umgebung und fasst darum seinen Entschluss in Kenntnis großer bevorstehender Ungewissheit um der tibetischen Kultur und Nation willen. Aufgrund des Zölibats können sich die Mönche und Nonnen viertens bedingungsloser für die tibetische Unabhängigkeit einsetzen und größere Opferbereitschaft an den Tag legen. Die Klöster bieten fünftens geistigen Freiraum, der unter anderem durch das liberale und humanitäre Gedankengut der buddhistischen Lehre bedingt ist. Schließlich hat das Mönchsgelübde den Ein-

satz für die Gemeinschaft – und das bedeutet Einsatz für die Belange Tibets – zum Inhalt. Wer dieses Gelübde treu erfüllt und vielleicht sogar sein Leben dafür opfert, dem ist der Lohn, die Wiedergeburt als menschliches Wesen im nächsten Leben, gewiss. Dies wiederum erscheint wichtig für das Erreichen des geistlichen Endziels, des *Nirwana*. Daher verschmelzen für den Tibeter im Mönchsein religiöse und nationale Ziele.¹²⁹

Zugleich manifestiert sich der nationale Protest in religiösen Ausdrucksformen. Alle Demonstrationen in Lhasa in den letzten Jahrzehnten liefen nach dem gleichen Schema ab: Kleine Gruppen von Mönchen oder Nonnen umrundeten immer wieder den Jokhang-Tempel, das zentrale Heiligtum Tibets, führten die tibetische Flagge mit sich und riefen Unabhängigkeitsparolen. Diese Umrundung des Tempels in der Richtung, in der sich die Erde dreht, ist ein sehr wichtiges Ritual (*Khorra*) im tibetischen Buddhismus. Es gilt als Mittel zur Überwindung von Sünden und zur Sammlung von Verdiensten zwecks besserer Wiedergeburt.¹³⁰ Das Nationale äußert sich auf diese Weise in einer religiös festgelegten Form. Die Aktivität der Mönche und Nonnen findet auch aus anderen als religiösen Gründen Unterstützung. In den Reihen der chinesisch sozialisierten tibetischen Funktionäre nähren die insbesondere auch im Vergleich zum übrigen China prekäre ökonomische Lage Tibets, der ständige Zustrom von Han-Chinesen, ökologische Zerstörung, der enorme Bildungsrückstand sowie der Scheincharakter der gewährten Autonomie Unzufriedenheit.

Die inneren und äußeren Bedingungen für den tibetischen Nationalismus haben sich in den 1990er Jahren verändert.¹³¹ Aus der jüngeren Generation in- und außerhalb der Klöste wurde zu organisierten Formen des Widerstands übergegangen. Diese Generation ist unter chinesischer Herrschaft aufgewachsen, kennt das traditionelle Tibet nicht mehr und orientiert sich nicht unbedingt an Werten wie dem friedlichen Widerstand. Zugleich haben die Öffnung Chinas, die Reformpolitik und die dadurch ermöglichte soziale Mobilität zu einem Nachlassen der Regierungskontrolle über die Regionen geführt. Der Zerfall der Parteistrukturen, vor allem in den ländlichen Regionen, lässt einen Teil der tibetischen Funktionäre nicht mehr so sehr die Interessen des chinesischen Staates, als vielmehr die der Tibeter vertreten. Zudem hat sich im Ausland die Aufmerksamkeit für Tibet verstärkt. Auch unter einem kleinen Teil der chinesischen Intellektuellen scheint das Verständnis für eine größere Autonomie Tibets gewachsen zu sein.¹³² Zudem hat die Wahl eines eigenen, Peking genehmen Panchen Lama 2005 neuerlich zu einer Verschlechterung des Beziehungsgefüges zwischen den tibetischen Klöstern und der Regierung beigetragen.¹³³

Mit der „Verwaltungsmethode zur Reinkarnation eines Lebenden Buddhas im tibetischen Buddhismus“ von 2007 kehrte die chinesische Regierung zu einer Verfahrensweise zurück, die 1793 von dem chinesischen Kaiser Qian Long ins Leben gerufen worden war und bis in die Republik China hinein Geltung besaß. Tibetische

Würdenträger wählen demnach die Kandidaten aus, deren Namen in eine „Goldene Urne“ eingegeben werden. Durch Ziehung eines Namens wird die entsprechende Reinkarnation bestimmt. Die Entscheidung muss dann von der Zentralregierung in Peking genehmigt werden.

Die Verfahrensmodalitäten weisen darauf hin, dass es sich nicht nur um eine religiöse, sondern vielmehr um eine hochpolitische Angelegenheit handelt. Letztlich geht es um die Frage der politischen Autorität und Zuständigkeit über Tibet und den Einfluss der zentralen Behörden Chinas. Lassen sich die Intentionen der Qing-Zeit eher als Regelungs- und Konfliktvermeidungsstrategien in einer Region interpretieren, die als mit China assoziierte Region zu begreifen war, so versucht Peking heute, den Einfluss des Dalai Lama bei der Auffindung von Reinkarnationen zurückzudrängen, um eine befürchtete Sezession Tibets im Vorfeld zu unterbinden. Das Erfordernis staatlicher Legitimierung des Auswahlprozesses und die Beeinflussung der Entscheidung, wer letztlich über die Inthronisierung entscheidet und wo und wie der künftige Würdenträger ausgebildet wird, ist eine Frage politischen Interesses und politischer Macht, zumal die ausgewählten Reinkarnationen einen enormen Einfluss in Tibet und auf die Tibeter ausüben können. Eine chinesische Sozialisierung, so die Hoffnung Pekings, soll dazu beitragen, den Antagonismus zwischen Tibetern und der chinesischen Zentralregierung zu entschärfen. Die größere Rolle staatlicher Verwaltungsebenen und offizieller Religionsorganisationen (buddhistische Vereinigung Chinas), deren Zustimmung auf allen Ebenen einzuholen ist, sollen die staatliche Aufsicht verstärken.¹³⁴

Perspektiven

Historisch gesehen, war ein Konflikt zwischen Han-Chinesen und Tibetern nicht notwendig vorprogrammiert. Auch wenn die Tibeter 1950 nicht Teil Chinas werden wollten: Eine Autonomie, aufgrund deren eine freie innere Entwicklung möglich gewesen wäre, hätte sie mit einer chinesischen Oberhoheit durchaus versöhnen können. Doch die chinesische Politik hat vornehmlich durch die Radikalpolitik der Mao-Ära nicht nur das Vertrauen der Tibeter, sondern auch Kultur, Gesellschaft, Wirtschaft und Umwelt Tibets nachhaltig beeinträchtigt.

Die Zentralregierung reagiert auf den wachsenden Nationalismus mit Unverständnis und partiell mit Gewalt, auf die Teile der tibetischen Jugend mit Gegengewalt antworten. Daher ist mit einem Anwachsen der Gewalt auf beiden Seiten zu rechnen, auch wenn der Dalai Lama zumindest auf die exiltibetische Gemeinde (noch) mildernd einzuwirken vermag.

Eine Lostrennung Tibets ist kaum vorstellbar. Sie wäre auch nur bei einem extremen Umbruch in China und mit äußerer Unterstützung denkbar. Zudem wäre eine

solche Entwicklung ein Gesichtsverlust für jede chinesische Führung. Diese müsste zudem befürchten, dass dadurch weitere Sezessionsbestrebungen ermutigt werden würden. Die Tibet-Frage könnte nicht als gelöst gelten, wenn China lediglich so wie ab 1912 aufgrund innerer Schwäche die Kontrolle über Tibet verlieren würde. Nach erneutem politischem Erstarren würde Peking dann wieder versuchen, Tibet gewaltsam wiedereinzugliedern. Obwohl nach einem grundlegenden innenpolitischen Wandel Chinas eine Unabhängigkeit Tibets nicht völlig auszuschließen ist, erschienen die in den 1980er Jahren vorgetragenen Forderungen des Dalai Lama realistisch zu sein: Umwandlung Tibets in eine Friedenszone, sofortiger Stopp der chinesischen Migration nach Tibet, Respektierung der grundlegenden Menschenrechte und der demokratischen Freiheiten der Tibeter, Wiederherstellung und Schutz von Natur und Umwelt, schließlich ernsthafte Verhandlungen über den künftigen Status Tibets. Ausgehend von der gegenwärtig bestehenden Lage, wäre gemäß den Vorstellungen des Dalai Lama eine Entwicklung zu einem mit China assoziierten Staat denkbar, der sich, abgesehen von der Außen- und Militärpolitik, selbst verwalten würde, wie dies bis 1911 der Fall war.

Die Aussichten, dass die Verhandlungen zwischen der chinesischen Regierung und Vertretern des Dalai Lama künftig erfolgreicher verlaufen, sind derzeit gleich Null. Zwar sind die Verhandlungen, die bereits über Jahre hinweg geführt wurden, noch vor den Olympischen Spielen wieder aufgenommen worden, aber sie standen – nach den Unruhen in Tibet im Frühjahr 2008 – unter einem ungünstigen Stern. Zudem ging die tibetische Seite von falschen Vorstellungen aus, denn sie glaubte, die Voraussetzungen seien infolge internationalen Drucks besser als zuvor. China befindet sich jedoch in einer Position der Stärke und hat insoweit die Unterstützung der Staatengemeinschaft, als diese einhellig Tibet als Teil Chinas begreift. Die Kritik einzelner Länder bezieht sich lediglich auf die Einhaltung der Menschenrechte. Sollte es unter veränderten Bedingungen zu Verhandlungen kommen, dann läge das erste Problem in der Frage, welche Grenzen Tibet hat. Während sich die tibetische Exilregierung auf Großtibet bezieht, umfasst Tibet für Peking nur die heutige „Autonome Region“. Die Vertreter einer tibetischen Unabhängigkeit zielen sogar letztlich auf einen Nationalstaat ab, der historische, ethnische und geographische Grenzen zur Deckung bringen soll. Dieses Großtibet würde mehr als ein Fünftel des gegenwärtigen chinesischen Territoriums umfassen, mit Sonderrechten für Tibeter (0,5 Prozent der Bevölkerung Chinas) ausgestattet, nicht jedoch für die dort lebenden Han-Chinesen. Auf diesem Territorium, von dem über die Hälfte seit 100 bis 200 Jahren nicht mehr den tibetischen Behörden untersteht, übertreffen zudem die Chinesen mit ihren über sieben Millionen Einwohnern die Zahl der Tibeter erheblich.

Es war letztlich problematisch, dass die tibetische Seite an dieser Forderung der Zusammenführung zu einem Großtibet festhielt. Doch auch die Forderung nach „demokratischer Selbstverwaltung“ ist in einem autoritären Staatsgebilde kaum zu realisieren. Zudem ist der chinesischen Regierung suspekt, dass der Dalai Lama zwar

Autonomie innerhalb des chinesischen Staatsverbandes fordert, die tibetische Exilverfassung allerdings ein „freies Tibet“ anstrebt, ein Begriff, der bisher nicht klar definiert wurde. Überdies wäre es ungerecht, ja unklug, den Tibetern allein ein großes Maß an Selbstverwaltungsrechten einzuräumen, nicht jedoch den anderen ethnischen Minoritäten auf dem Territorium Chinas. Dies würde zweifellos zu erheblicher Unzufriedenheit bei den anderen Völkern führen. Von daher reicht die Autonomiefrage weit über die Tibetfrage hinaus. Ein neues Konzept hat die Delegation des Dalai Lama nicht vorgelegt. Entsprechend waren auch keine Verhandlungsfortschritte zu erwarten. Die den Dalai Lama unterstützenden Politiker im Westen haben – meist aus innenpolitischen Gründen – viel Wert auf Publizität beim Empfang des Dalai Lama gelegt, nicht aber auf die Konzipierung einer sachdienlichen Verhandlungsgrundlage.

Zwar hat der Dalai Lama in einem Interview mit dem deutschen Journalisten Franz Alt im Mai 2008 erklärt, dass Tibet völkerrechtlich Teil Chinas sei und die chinesischen Streitkräfte auch künftig in Tibet stationiert sein sollten,¹³⁵ auf der Homepage der tibetischen Exilregierung („Guidelines for Tibet's Future Polity“) ist aber nach wie die Rede davon, dass Tibet Unabhängigkeit anstrebe.¹³⁶

Auch die chinesische Führung blendet bei der Analyse der Lage in Tibet innere Kernursachen aus. Bei den Protesten im Frühjahr 2008 z.B., die von China als „von der Dalai Lama-Clique“ initiiert bezeichnet worden waren, wurden die Schuldigen im Ausland gesucht und erklärt, die übergroße Mehrheit der Tibeter sei mit den Verhältnissen zufrieden. Die Führung hat zweifellos Recht, dass die Proteste vor dem Hintergrund der Olympiade organisiert worden sind und nicht spontan waren. Und sie waren auch nicht friedlich. Sie haben nicht nur Tibeter das Leben gekostet, sondern auch Han-Chinesen und Angehörige der muslimischen Hui-Minderheit. Doch Zuwanderungen in die Minderheitengebiete, kontinuierliche Eingriffe in das religiöse Leben, steigende Arbeitslosigkeit, die oftmals schlechtere Bezahlung von Angehörigen ethnischer Minderheiten, schlechtere Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten und vor allem das geringe Maß an tatsächlicher Autonomie verstärken die Unzufriedenheit in Tibet und anderen Minderheitengebieten Chinas. Die soziale Unzufriedenheit tibetischer Jugendlicher mag ein Grund dafür gewesen sein, weshalb sich zunächst friedliche Proteste von Mönchen durch Beteiligung von Jugendlichen zu Gewaltakten verdichteten. Erstaunlich war, dass sich, im Gegensatz zu den Protesten der 80er und 90er Jahre, 2008 Angehörige aller Schichten und aus allen tibetischen Siedlungsgebiete in China daran beteiligten.

Die Vernachlässigung der o.g. kulturellen und sozio-ökonomischen Komponenten in der chinesischen Minoritätenpolitik bewirken, dass die Konflikte nicht wirklich aufgelöst werden können. Das Unverständnis von den realen Ursachen schlägt sich nicht zuletzt auch in einer Politik nieder, die statt auf Konfliktminderung auf Indoktrinierung setzt. Dies zeigen nicht nur die kontinuierlichen „patriotischen Erziehungs-

kampagnen“. So hat Anfang 2009 der Ständige Ausschuss des Volkskongresses von Tibet auch beschlossen, den 28. März zum jährlich zu begehenden „Tag der Befreiung von Millionen von [tibetischen] Leibeigenen“ auszurufen, zum einen, weil die „Dalai Lama-Clique“ die früheren Verhältnisse wiederherstellen wolle, andererseits, weil die tibetische Jugend nichts über die frühere Zeit wisse.¹³⁷ Letztlich dürfte dies von den Tibetern jedoch eher als Schmach denn als Freudentag begriffen werden.

China fühlt sich in der Position der Stärke und lehnt daher eine weitergehende Autonomie grundsätzlich ab. Eine Unabhängigkeit wäre ohnehin nicht vorstellbar, solange die politische Lage in China relativ stabil bleibt. Zu groß ist die quantitative und militärische Überlegenheit der Chinesen. Ohne eine grundlegende Demokratisierung Chinas dürfte es auch keine Änderung in der Nationalitätenpolitik Pekings geben. Wie vor allem chinesische Intellektuelle im Ausland glauben, könnte es, nach Installierung eines demokratischeren Systems, durchaus eine Chance geben, einen föderativen Staat zu schaffen (was z.B. die von chinesischen Oppositionellen entworfene Charta 2008 vorsieht, dazu unten).

Eine föderalistische Regelung böte sich nicht nur für Tibet oder Taiwan an, sondern auch für zahlreiche andere Regionen, in denen Nicht-Han Völker leben. Sie würde nicht nur den ethnischen Gegebenheiten entsprechen. Auch den räumlichen Bedingungen könnte auf diese Weise Rechnung getragen werden. Die Zentralregierung tut sich auf Grund der Größe und Vielfalt des Landes seit jeher schwer, flexibel und sachadäquat zu handeln. Doch wenn sich die Haltung der Chinesen gegenüber den Nicht-Han-Völkern nicht ändert, wird auch ein föderalistisches System die Probleme nicht lösen. Ein dauerhaftes, stabiles föderalistisches System lässt sich nur auf Grund des Konsenses zwischen allen beteiligten Völkern schaffen.

Auch die internationale Staatengemeinschaft wird von dem Prinzip nicht abgehen, dass Tibet Teil Chinas ist. Auch weiterhin werden die westlichen Länder nur an den Menschenrechtsverletzungen in Tibet Kritik üben. Dafür gibt es zahlreiche Gründe – und zwar nicht nur das Interesse am China-Handel, wie Nichtregierungsorganisationen oft meinen. Für die Staatengemeinschaft ist der territoriale Status quo generell ein schützenswertes Prinzip. Wenn die westlichen Staaten, für die Tibet bislang ein Teil Chinas war, plötzlich für die tibetische Unabhängigkeit votierten, wäre dies ein außenpolitischer Affront gegen China, der auch zu innenpolitischer Verhärtung führen würde. Zugleich würde sich dadurch nichts bewegen. Die Verhärtung würde im Gegenteil den Spielraum der oppositionellen Kräfte in China und in Tibet weiter einengen. Auch würde der gegenwärtige Umgestaltungsprozess in China, der nicht nur ökonomische, sondern auch politische Implikationen hat, geschwächt werden. Erst ein Systemwandel in China jedoch kann neue Perspektiven in der Tibet-Politik eröffnen. Erst danach kommt auch das außenwirtschaftliche Interesse am „chinesischen Markt“ ins Spiel, im Vergleich zu dem Tibet einen weit geringeren ökonomischen „Wert“ für die westlichen Industriestaaten besitzt. Solange sich die gegen-

wärtigen Rahmenbedingungen nicht ändern, kann der Schwerpunkt des westlichen Engagements für Tibet nur darauf liegen, dass die Menschenrechtsfrage gestellt, ein Dialog Pekings mit dem Dalai Lama angeregt und im Interesse der tibetischen Bevölkerung und zur Verbesserung der Lebensbedingungen in Tibet Entwicklungsmaßnahmen eingeleitet werden.

Rein wirtschaftlicher oder auch politischer Wandel?

In Analysen der Entwicklung Chinas wird häufig die Auffassung vertreten, die politische Führung habe lediglich wirtschaftliche, nicht aber politische Reformen eingeleitet. Dies entspricht jedoch nicht den Tatsachen. Zwar steht der ökonomische Umbau von einer Plan- zu einer (staatlich kontrollierten) Marktwirtschaft im Mittelpunkt des Reformprozesses. Dieser war aber stets begleitet von politischen Veränderungen. Einerseits sind in hoch politisierten Gesellschaften wie in der VR China Wirtschaftsreformen und -liberalisierung bereits als Elemente politischen Wandels zu begreifen. Die Ökonomisierung der Politik, wobei nicht mehr – wie in der Mao-Ära – der Klassenkampf, sondern wirtschaftliche Zielsetzungen ins Zentrum politischen Handelns gerückt wurden, die Auflösung der Großkollektive (wie der Volkskommunen), die Ersetzung planwirtschaftlicher durch marktwirtschaftliche Strukturen, ökonomische Privatisierungsprozesse, die Zulassung ausländischer Direktinvestitionen, die Integration in den Weltmarkt oder die Verringerung der Rolle der Parteiideologie sind zweifellos gravierende Prozesse politischer Veränderungen.

Ein solcher politischer Wandel oder auch politische Reformen dürfen nicht mit dem westlichen Begriff der „Demokratisierung“ gleichgesetzt werden. Demokratisierung bezieht sich auf den Prozess der Etablierung demokratischer Institutionen. Politische Reformen und politischer Wandel verändern jedoch ein System, ohne dass ein Systemwandel oder ein Prozess der Demokratisierung stattfinden muss. Vielmehr ist eine Verbesserung von *Governance* beabsichtigt, d.h. eine Effektivierung und Rationalisierung der Tätigkeiten des Staates und der Partei, um das Gesamtsystem transparenter zu gestalten, Korruption zu mindern und den Partizipationsgrad seitens der Bevölkerung zu erhöhen. Das politische System in Form der Parteiherrschaft soll nicht grundsätzlich verändert werden, jedoch seine Strukturen, Mechanismen und Institutionen. Zwar gilt „Demokratie“ sowohl für die Parteiführung als auch für viele Intellektuellen als ein Ziel, das anzustreben ist. Dieses Ziel wird jedoch nur vage definiert.

Gesellschaftlicher Reformdruck

Der Druck zur Durchführung politischer Reformen kommt nicht zuletzt aus der Partei selbst. Eine (chinesische) Befragung von 100 führenden Kadern auf der Provinzebene in den Jahren 2000 bis 2002 nach den notwendigsten Reformen verdeutlichte, dass politische Reformen von mehr als einem Drittel der Befragten als dringendstes Problem angesehen wurden. Eine weitere Befragung führender Kader im Jahre 2002 ergab, dass 79 Prozent der Befragten der Meinung waren, politische Strukturreformen seien der zentrale Faktor für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im laufenden Jahrzehnt.¹³⁸

Doch auch aus der Bevölkerung heraus wächst der Druck zu politischen Reformen. Dies zeigen einerseits offizielle Aussagen, die belegen, dass der Widerstandswille innerhalb der Bevölkerung signifikant gewachsen ist. Umfragen chinesischer Soziologen verdeutlichen andererseits, dass die allgemeine Unzufriedenheit zunimmt und die Menschen neue Wege der Transparenz und Partizipation suchen. So antworteten auf die Frage, welche Maßnahmen die (städtischen und ländlichen) Befragten gegen „Faktoren gesellschaftlicher Instabilität“ (gemeint sind Ereignisse, die Unzufriedenheit hervorrufen) ergreifen würden: 73,9 Prozent im urbanen und 57,4 Prozent im ländlichen Raum würden sich damit an die Medien wenden; 72,5 Prozent (Stadt) bzw. 56,7 Prozent (Land) den Rechtsweg einschlagen.¹³⁹

Interdependenz von wirtschaftlichem, gesellschaftlichem und politischem Wandel

Politische Reformen sind im Grunde nicht zu trennen von dem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel, der ihnen vorausgeht und Veränderungen auch in der politischen Sphäre notwendig werden lässt. Neben dem internen gibt es noch einen externen Aspekt des Wandels, der sich durch die Medien- und marktwirtschaftliche Weltvernetzung (Globalisierung), die Öffnungspolitik, den WTO-Beitritt, das Einfließen ausländischen Kapitals, Auslandsaufenthalte und durch den Tourismus ergibt, aber auch durch den wachsenden wirtschaftlichen und kulturellen Verflechtungsprozess zwischen der Volksrepublik, Taiwan und Hongkong und den damit verbundenen Personenverkehr.

Bis Ende der 1990er Jahre erfolgte der Prozess politischer Reformen im Wesentlichen auf einzelne Felder bezogen (Verwaltung, Recht, Basisdemokratie, Ideologie etc.) und primär als Reaktion auf Veränderungen im sozio-ökonomischen Bereich. Ein wichtiger Faktor ist die Akzeptanz von Reformexperimenten auf den unteren Verwaltungsebenen durch die politische Führung. In Städten, Kreisen und Gemeinden wird heute mit ländlichen und städtischen Wahlen sowie Verwaltungsreformen

experimentiert, nicht selten in Abweichung von zentral beschlossener Politik. Für zentrale Stellen wie Ministerien ist es daher nahezu unmöglich geworden, den Überblick über lokale Reformschritte zu behalten. Dies kann durchaus als Beleg für die oben geschilderte Fragmentierung von Macht begriffen werden.

Der Stand politischer Reformen

Es sind im Wesentlichen sechs Faktoren, die für den Wandel der letzten zwei Jahrzehnte stehen: die Veränderung der Wirtschafts- und Eigentumsstruktur, sozialer Wandel und gesellschaftliche Liberalisierung, größere Rechtssicherheit, Ökonomisierung von Politik, größere Partizipation auf der Basisebene und Schaffung internationalen Vertrauens.

Die Wirtschaftsreformen haben erstens zu einer grundlegenden Veränderung der Wirtschaftsstruktur geführt: weg vom Staatssektor und hin zu privatwirtschaftlichen Unternehmensformen. Der ungarische Ökonom *Janos Kornai* hat einmal erklärt, es gebe keine radikalere Reform für sozialistische Systeme als eine Veränderung der Eigentumsverhältnisse.¹⁴⁰ Realiter sind nahezu alle kleinen und ein Großteil der mittelgroßen Betriebe inzwischen Privatbetriebe. Nur die ganz großen Unternehmen sind überwiegend noch in staatlichem Besitz. Es ist wieder eine Unternehmerschaft entstanden, die selbstbewusst und auf hohem Niveau in der Wirtschaft wirkt. Anders als in der ehemaligen Sowjetunion fand keine Privatisierung „von oben“ statt, bei der die Betriebe an Angehörige der ehemaligen Nomenklatura vergeben wurden, sondern eine Privatisierung „von unten“, d.h. die Förderung betrieblicher Selbständigkeit und Unternehmensgründungen aus der Bevölkerung heraus.¹⁴¹

Der ökonomische Wandel hat zweitens einen raschen Prozess gesellschaftlichen Wandels mit sich gebracht. Der Staat hat sich aus vielen Bereichen zurückgezogen. Die Liberalisierung der Wirtschaft hat auch zu einer gesellschaftlichen Liberalisierung geführt: die Menschen bestimmen zunehmend selbst ihren Lebensweg, die Jugend hat sich in starkem Maße individualisiert, die Werte und Einstellungen der Menschen haben sich verändert.¹⁴² Gesellschaftliche Vereine und Vereinigungen wurden zugelassen und haben sich in großer Zahl überall im Land ausgebreitet. Auch Nichtregierungsorganisationen sind entstanden.

Mit Hilfe eines Rechtssystems versucht der Staat drittens, Rechtssicherheit und rechtliche Grenzen zu ziehen, um Willkür und Rechtsunsicherheit einzugrenzen. „Mit Hilfe der Gesetze das Land verwalten“ heißt die Devise. Zwar unterscheidet sich dies von unserem Begriff des „Rechtsstaats“, zunehmend schlagen aber Bürger schon erfolgreich den Rechtsweg ein, um ihr Recht durchzusetzen.

Viertens hat sich die Politik in dem Sinne ökonomisiert, dass wirtschaftliche Ziele wie die Entwicklung Chinas, die Einbindung in den Weltmarkt und die Hebung des allgemeinen Lebensstandards heute die Politik bestimmen.

Durch die Einführung von allgemeinen Wahlen auf der Dorfebene und inzwischen auch auf der Wohnviertelebene, versucht die politische Führung fünftens, die Selbstverwaltung der Dörfer und die Mitwirkung der Bevölkerung an öffentlichen Angelegenheiten zu stärken. Auch wenn die Wahlverfahren vielerorts noch problematisch sein mögen: Meine eigenen Untersuchungen belegen, dass die Bevölkerung solche Wahlen zunehmend als ihr Recht begreift und der Mitgestaltungsgedanke dadurch gestärkt wird.

Die Bemühungen um die Austragung der Olympischen Spiele 2008 oder um den inzwischen vollzogenen Beitritt zur WTO verdeutlichen sechstens, dass China einerseits akzeptierter Teil der internationalen Gemeinschaft sein, andererseits ein positives Image aufbauen und als zuverlässiger Partner gelten will, der bereit ist, sich an internationale Spielregeln zu halten.

Dilemmata politischer Reformen

Standen in den 80er und frühen 90er Jahren die Debatte über die Grundlinien des Umbaus von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft und die Schaffung marktwirtschaftlicher Strukturen im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen, so haben seit Mitte der 1990er Jahre die Debatten um die sozialen und politischen Folgen des ökonomischen Prozesses zugenommen.

Mit der Einleitung der „Modernisierungspolitik“ zu Beginn der 1980er Jahre war Modernisierung ohne Modernität intendiert, d.h. wirtschaftlich-gesellschaftliche Modernisierung bei gleichzeitiger Beibehaltung der Herrschaft einer Partei mit Alleinvertretungsanspruch und rigider Kontrolle über soziale Selbstorganisation und politische Ideen. Die Dynamik wirtschaftlicher Veränderung hat nicht nur mehr Wohlstand sowie politische und gesellschaftliche Freiheiten für die breite Bevölkerungsmehrheit gebracht, sondern auch gravierende soziale und politische Konsequenzen: traditionelle Formen sozialer Organisation und sozialer Kontrolle begannen sich aufzulösen (Dorf- und *Danwei*-Strukturen¹⁴³), die Ideologie der Partei, die zur Erklärung sozialer Verhältnisse und sozialer Veränderungen nicht mehr taugte, verlor ihre bewusstseinslenkende Rolle. Neue soziale Gruppen und Interessenorganisationen bildeten sich heraus (z.B. Unternehmer und Unternehmerverbände), die auf Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungen drängen. Provinzen, Städte und Landkreise verfolgen partikularistische Interessen gegenüber der Zentrale (z.B. im Hinblick auf Eigenentwicklung, Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur oder Steuerzahlungen). Im Bewusstsein der Menschen wurde Politik zum Instrument von Wirtschaftsinteressen, Denken und Verhalten der Einzelnen individualisierten sich, um nur einige wenige Beispiele zu nennen. Der Modernisierungsprozess stärkte von daher die Gesellschaft und die Individuen gegenüber der Partei bzw. dem Staat.

Eine solche „Dialektik der Moderne“ (Habermas), verbunden mit Gewinnen und Verlusten, hat der Ende 2008 verstorbene US-Politologe Samuel Huntington in seinem Standardwerk „Political Order in Changing Societies“ bereits in den 1970er Jahren analysiert und Konfliktstrukturen benannt, die sich im Verlauf von Modernisierungsprozessen ergeben und zunächst Destabilisierung bewirken. Dazu gehören die Auflösung traditioneller Sozialstrukturen (Familien, Klassen, Clans, Dorfgemeinschaften); die Entstehung einer Schicht von Neureichen, die auf Grund ihrer ökonomischen Stellung auch nach politischer Macht streben; die Zunahme räumlicher Mobilität und rascher Migration vom Land in die Städte; die Ausweitung der Divergenz zwischen arm und reich; die Hebung des Bildungsniveaus und des Zugangs zu Massenmedien, die Erwartungen wecken, die nicht zu befriedigen sind; die Verschärfung regionaler und ethnischer Konflikte über die Allokation von Investitionen und Konsumgütern sowie das wachsende Vermögen zu Gruppenorganisation und folglich zu einer Stärkung von Gruppenansprüchen gegenüber der Regierung, die die Letztere nicht zu erfüllen vermag. Materielle Besserstellung, so *Huntington*, werde von sozialer Frustration begleitet.¹⁴⁴ Genau dies ist in China eingetreten.

Die politische Führung räumt der „Stabilität“ oberste Priorität ein. Dieser Stabilitätsbegriff orientiert sich sehr stark an dem Begriff der (politischen) Systemstabilität, d.h., dass ein System in der Lage ist, im Fall von Störungen zu einem Gleichgewichtszustand zurückzukehren und dass es Effizienz, Legitimität, zivile Ordnung, Beständigkeit u.a. Faktoren sicherzustellen vermag.¹⁴⁵ Legitimität, die Anerkennung und Akzeptanz der Rechtmäßigkeit einer Herrschaft bzw. eines politischen Systems, ist ein zentraler Faktor für Stabilität. Nach den Erfahrungen der politischen Wechselbäder nach 1949 sind die Menschen in China primär an Wohlstand, an sozialer und politischer Sicherheit interessiert und nicht an politischen Experimenten oder radikalem politischem Wandel. Im Bewusstsein der Bevölkerung wächst allerdings das Gefühl sozialer Instabilität, gekennzeichnet durch wachsende Unsicherheit des Arbeitsplatzes, Erodierung des (früher von den *Danweis* bereitgestellten) Netzes sozialer Sicherheit (Gesundheits- und Altersversorgung), Korruption, wachsende Kriminalität und Auflösung traditioneller Gemeinschaften. Die o.g. Auseinanderentwicklung der Einkommensschere zwischen Stadt und Land, zwischen Regionen und verschiedenen Schichten schürt diese Unsicherheit ebenso wie die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09, die verdeutlicht hat, dass auch China vor Wirtschaftskrisen nicht sicher ist. In einer offiziellen Umfrage unter 4.000 Gemeindegadern in der Provinz Sichuan im Jahre 2007 erklärten 41,1 Prozent der Befragten, dass die „Instabilität“ im ländlichen Raum (neben der Finanzknappheit der Gemeinden) das zweitgrößte Problem ihrer Arbeit sei, ein deutliches Zeichen, dass die Verhältnisse im ländlichen Raum keineswegs stabil sind.¹⁴⁶

Die politische Führung stellt die Partei immer wieder als zentralen Garanten von Stabilität dar, zumal deren Netz flächendeckend das gesamte Land überspannt und damit als zentraler Stabilitätsfaktor begriffen werden könnte. Die geforderte Ein-

richtung von Parteizellen in Privatunternehmen und unter Wanderarbeitern soll nicht nur der Herrschafts-, sondern auch der Stabilitätssicherung dienen.

Es ist vor allem die Korruption der Partei- und Verwaltungskader, die an der Legitimation der Partei nagt. Nicht der Machtmissbrauch Einzelner oder von Gruppen kennzeichnet diese Korruption, sie durchzieht vielmehr das gesamte System, so dass sich durchaus von systemischer Korruption sprechen lässt. Dazu kommen die wachsenden Verbindungen von Parteifunktionären mit kriminellen mafiosen Organisationen.¹⁴⁷

Der Anspruch allgemeiner gesellschaftlicher Kontrolle durch die Partei lässt sich nicht mehr so einfach durchsetzen. Zu groß sind die verschiedenen Partikularinteressen geworden. Chinesische Berichte zeigen zugleich, dass die Menschen sich zunehmend kollektiv zu wehren beginnen. Die Zahl der von den Sicherheitsbehörden erfassten Protestakte aus der Bevölkerung heraus nimmt von Jahr zu Jahr signifikant zu, d.h. soziale Spannungen entladen sich immer häufiger in Demonstrationen und Gewalttätigkeiten.

Innerhalb der Partei und unter Intellektuellen hat sich eine Diskussion über die Frage entzündet, wie aus diesen Dilemmata herauszukommen ist. Gleichzeitig reagiert die Parteiführung mit verstärkter Kontrolle der Funktionäre (turnusmäßiger Besuch von Parteischulen, die Ausbildung neuer Dogmen, die für jeden Funktionär ideologisch verpflichtend sind sowie andererseits mit periodischer Verstärkung der Zensur, etwa im Publikations- oder Internetbereich). Sie weiß zugleich aber, dass sich die Probleme der Stabilitäts- und Herrschaftssicherung durch Kontrolle allein nicht lösen lassen. Der Drang nach tief greifenden politischen Reformen wächst, wobei sich in der intellektuellen Diskussion drei funktionale Stränge erkennen lassen: (a) Ausbau der Basisdemokratie (allgemeine Wahlen der administrativen Leitungen auf der Dorf-, Gemeinde- und städtischen Einwohnerkomiteeebene, die sich allmählich auf die oberen Verwaltungsebenen fortpflanzen); (b) Ausbau des Rechtssystems (inklusive von Rechtsorganen), jedoch nicht im Sinne eines „Rechtsstaates“, sondern in Form des *yi fa zhi guo*, d.h. mit Hilfe der Gesetze das Land verwalten; (c) mehr Transparenz und Partizipation (in China auch diskutiert unter dem Stichwort „Zivilgesellschaft“) durch eine freiere Presse, NGO-ähnliche Organisationen, Interessenverbände und Verrechtlichung.

Zweifellos werden diese drei Maßnahmenfelder bereits partiell in die Realität umgesetzt. Das Ziel ist jedoch nicht „Demokratie“ an sich, sondern sind neue, indirekte Formen sozialer Kontrolle und sozialer Konfliktbewältigung an der Basis, eben durch ein größeres Maß an kontrollierter Autonomie. Und genau dies ist auch die zentrale Funktion der sog. „autonomen Basiseinheiten“ (Verwaltungsdörfer, Wohnviertel). Zugleich sind die Parteiorganisationen der jeweiligen Ebenen als Kontrollinstanzen vorgesehen, die einer allzu großen Verselbständigung entgegenwirken sollen. Neue Formen von *Governance* sind intendiert, die die Parteierrschaft nicht grundsätzlich beeinträchtigen sollen.

Die chinesische Diskussion über politische Reformen

Gleichwohl existiert keine einheitliche Meinung über die Frage politischer Reformen. Eine dominante Position vor allem unter Intellektuellen argumentiert, dass es in China gegenwärtig keine grundlegenden Widersprüche zwischen politischer, ökonomischer und intellektueller Elite mehr gebe. Die ökonomische Elite (primär Unternehmer und Manager) sei an ruhiger Unternehmenstätigkeit und an Gewinnen interessiert, nicht aber an Demokratie. Ökonomische Entwicklung und die damit verbundene Entwicklungslegitimität, die negativen Erfahrungen des Zusammenbruchs der Sowjetunion mit seinen Folgen für die innere Entwicklung der Nachfolgestaaten, die „Anti-China-Politik“ der USA und die Inklusion von Intellektuellen in politische Entscheidungen und Diskurse habe auch die Haltung der Intellektuellen gegenüber der Partei verändert. Die Bevölkerung sei vornehmlich unzufrieden mit Korruption, Arbeitslosigkeit und wachsender sozialer Ungleichheit, ohne dass sich jedoch politisches Veränderungspotenzial formiere. Eine Demokratiebewegung sei kaum zu erwarten, da die Intellektuellen eher konservativ seien und parteiorientiert argumentierten. Eine lang anhaltende Wirtschaftsrezession, verbunden mit einer Wirtschafts- und Finanzkrise und Inflation könnten allerdings die politische Stabilität nachhaltig beeinträchtigen. Korruption sei zwar ein Destabilisierungsfaktor, ein allzu entschiedenes Vorgehen gegen Korruption könne allerdings das Elitenbündnis beeinträchtigen, weil viele mittlere und untere Kader dann einkommensmäßig Nachteile zu erwarten hätten. Das gegenwärtige autoritäre System sei weithin akzeptiert, die Bevölkerung interessiere sich in erster Linie für die Lösung der unmittelbaren Tagesprobleme. Demokratie stünde zwar auf der Tagesordnung, sei aber erst in der Zukunft zu realisieren.¹⁴⁸

Derzeit gibt es hinsichtlich der Ziele einer politischen Reform im Wesentlichen sechs Auffassungen:

- a) politische Stabilität durch Demokratisierung, demokratische Rechte und die Einschränkung staatlicher Macht;
- b) Förderung wirtschaftlicher Entwicklung durch politische Reformen (inklusive Verwissenschaftlichung, Demokratisierung, Transparenz und Professionalisierung);
- c) Herrschaft des Rechts als Voraussetzung für Demokratisierung;
- d) Effektivierung des politischen Systems;
- e) Beseitigung von Überzentralisierung;
- f) politische Demokratisierung als Endziel.

Dabei findet eine Unterteilung in Kurz- und Langzeitziele politischer Reformen statt. Die Ersteren müssten Effektivierung staatlichen Handelns und Begrenzung staatlicher Macht zum Ziel haben, wobei grundsätzliches Ziel allerdings die politische

Demokratisierung sei. Andere wiederum sehen in der Marktwirtschaft eine zentrale Voraussetzung für moderne Demokratie. Diese Voraussetzung werde in China gerade geschaffen. Zunächst müsse die Demokratie innerhalb der Partei gefördert werden (durch Wahlen, Kandidatenvielfalt, Kaderverantwortlichkeitssysteme, Schaffung eines demokratischen Bewusstseins u.a.). Erst wenn dies erreicht sei, könne man ein demokratisches System außerhalb der KP aufbauen. Weitere, graduelle politische Reformen sollten die Autorität des Nationalen Volkskongresses (Parlament) stärken, die Unabhängigkeit des Rechts, Pressefreiheit und die Kontrolle durch die Öffentlichkeit.¹⁴⁹ Der Regierungsberater Yu Keping wiederum spricht von „inkrementeller“ Demokratie: Der Reformprozess erweitere kontinuierlich die sozialen und politischen Rechte der Menschen. Auf diese Weise entstehe eine demokratische „Evolution“, die sich durch größere Bürgerbeteiligung, ein wachsendes demokratisches Bewusstsein und die Festigung eines Rechtssystems auszeichne, bis die Stufe der Demokratie erreicht werde.¹⁵⁰

Viele Intellektuelle hoffen zugleich auf Veränderungen durch eine junge Generation, die unbelastet von historischen Traumata unter relativ liberalen Verhältnissen aufgewachsen und ausgesprochen individualistisch, wohlstands- und karriereorientiert ist und von der Partei und ihrer Ideologie nur in geringem Maße sozialisiert wurde.

Parteinahе Intellektuelle denken seit langem über die politische Zukunft Chinas nach. In diesem Zusammenhang ist ein im Jahre 2006 erschienenes Buch mit dem Titel „Demokratie ist eine gute Sache“ ein erwähnenswertes Beispiel. Der Autor, Yu Keping, einer der einflussreichsten Intellektuellen im gegenwärtigen China und Berater der zentralen Führung in Peking, argumentiert hier, dass Demokratie grundsätzlich etwas Positives sei – für das gesamte Land und Volk Chinas. Nur für eigensüchtige und korrupte Funktionäre sei Demokratie an sich etwas Negatives. Unter demokratischen Bedingungen nämlich müssten Funktionäre von den Bürgern gewählt werden und seien auf die Unterstützung der Wählerschaft angewiesen. Ihre Macht würde durch die Bürger begrenzt, sie könnten nicht beliebig schalten und walten, sondern müssten mit den Bürgern verhandeln. Demokratie verlange von daher den aktiven Bürger und Beamte, die deren Interessen vertreten würden. Andererseits sei Demokratie zwar etwas Positives, aber nicht alles an Demokratie sei per se gut. Demokratie könne dazu führen, dass Bürger auf die Straße gehen und protestieren, Versammlungen abhalten und politische Instabilität verursachen. Durch sie könnten Probleme verkompliziert werden, wodurch die politischen und administrativen Kosten erhöht würden. Häufig führten demokratische Verhältnisse zu langatmigen Verhandlungen und Debatten und somit zur Verzögerung von Entscheidungen und Ineffizienz. Jedoch sei unter allen bisherigen politischen Systemen die Demokratie dasjenige mit den geringsten Mängeln und das beste bisher von der Menschheit hervorgebrachte politische System. Demokratie sei nicht nur ein Mittel, Fragen des Lebens der Menschen zu lösen, sondern sei auch ein Ziel menschlicher Entwicklung. Ohne demokratische Rechte sei das menschliche Wesen unvollkommen. Zwar

weise die Demokratie auch Unzulänglichkeiten und Defizite auf, dafür aber seien Politiker verantwortlich. Demokratie erfordere zwar spezielle ökonomische, kulturelle und politische Voraussetzungen, doch letztlich würden sich alle Nationen zur Demokratie hin entwickeln. Dabei beruft sich Yu pflichtgemäß auf die marxistischen Klassiker – ohne Sozialismus keine Demokratie – und auf Parteichef Hu Jintao, der erklärt habe, dass es ohne Demokratie keine Modernisierung geben könne. Allerdings müsse sich eine solche Demokratie an den Spezifika Chinas orientieren.

Neu und außergewöhnlich an Yu Keping's Buch ist die Neubewertung der Rolle von Demokratie, die durch einen einflussreichen politischen Berater Chinas als bislang bestes politisches System charakterisiert wird und als erstrebenswertes Ziel der Menschheit mit universellem Charakter.¹⁵¹ Als dieser Beitrag Ende 2006 in der Zeitschrift der Zentralen Parteihochschule nachgedruckt wurde, kam es im Anschluss zu einer ausgesprochen kontroversen, breit geführten intellektuellen Diskussion in China. In einem Beitrag in der Parteizeitung „Renmin Ribao“ vom Februar 2007 unterstützte die Parteiführung jedoch Yus Position. Auch dies verdeutlicht, dass Zukunftsentwürfe nicht tabu sind, solange die Parteiherrschaft nicht direkt aktiv angegriffen, d.h. „politische Korrektheit“ im Sinne der KP-Führung eingehalten wird.¹⁵²

In einem Anfang 2008 veröffentlichten Bericht riefen Wissenschaftler der Zentralen Parteihochschule zu politischen Reformen auf. Demokratische Änderungen und eine Beschränkung der Macht der KP seien notwendig, um politische Instabilität zu verhindern. Es wurden größere Pressefreiheit und ein Pressegesetz gefordert, eine Einschränkung der Zensur, größere Religionsfreiheit, eine Demokratisierung des Parlaments (Nationaler Volkskongress) u.a. durch Einführung echter Wahlen. Bis 2020 könne dann eine moderne „Zivilgesellschaft“ geschaffen werden, danach eine reife Demokratie. Im Sinne politischer Korrektheit wurde zugleich erklärt, all dies könne nur unter Führung der KP stattfinden.¹⁵³ Ende Dezember 2008 schlugen dann Professoren der Parteischule vor, zuerst in einigen Provinzen auf experimenteller Basis solche politischen Reformen durchzuführen.¹⁵⁴

Auf einer Tagung hochrangiger parteinaher Intellektueller im Dezember 2008 wurde ebenfalls über Fragen der Gewaltenteilung (u.a. die Einrichtung eines Verfassungskontrollorgans) und eine eigenständigere Rolle der Parlamente diskutiert.¹⁵⁵

Die „Charta 2008“, Ende des Jahres 2008 von über 300 oppositionellen chinesischen Intellektuellen unter Federführung des ehemaligen Philosophieprofessors, Schriftstellers und Bürgerrechtlers Liu Xiaobo verfasst (in Anlehnung an die tschechoslowakische „Charta 77“) und von über 6.000 Chinesen unterzeichnet, geht in eine andere Richtung. Sie setzt sich über die von der KP-Führung gesetzte „politische Korrektheit“ (Akzeptanz der Parteiherrschaft hinweg) und fordert ein demokratisches Mehrparteiensystem mit Gewaltenteilung, Föderalismus, unabhängigem Recht, bürgerliche Freiheitsrechte (Organisations-, Rede- und Versammlungsfreiheit).¹⁵⁶ Viele der angesprochenen Punkte der Charta werden seit geraumer Zeit

auch von parteinahen Intellektuellen öffentlich diskutiert. Das Neue daran ist aber der umfassende Charakter des Programms. Einerseits ist die Charta Ausdruck intellektueller Unzufriedenheit mit dem langsamen Fortschritt politischer Reformen. Zweitens liest sie sich insgesamt wie ein Zukunftsprogramm und womöglich ist sie auch als solches gedacht, will möglicherweise nur die Diskussion und den politischen Reformprozess beflügeln, denn Hinweise auf die konkrete Umsetzung des Programms werden nicht gegeben. Genau das aber ist, was Yu Keping in seinem Buch eingefordert hat: Demokratie sei zwar das Beste aller politischen Systeme, es komme aber darauf an, **wie** und **auf welche Weise** man dorthin gelangen könne, was unter den derzeit komplexen und heterogenen Strukturen des Transformationsprozesses mehr als schwierig sei. Entsprechend hat der frühere tschechische Präsident, Mitinitiator der Charta 77 in der Tschechoslowakei und Schriftsteller Vaclav Havel im „Wall Street Journal“ vom 19.12.08 geschrieben, China 2008 sei nicht die Tschechoslowakei von 1977. In vieler Hinsicht sei China heute freier und offener als sein Land vor 30 Jahren. Aber die Reaktion der chinesischen Behörden gegenüber der „Charta 08“ weise viele Parallelen zu der damaligen Regierung seines Landes auf.¹⁵⁷

Kritik kommt auch von einer anderen Bewegung, die zunehmend an Einfluss gewinnt: eine von Intellektuellen inspirierte „Neue Linke“. Sie prangert die neoliberale Politik der Parteiführung an, die sie für die wachsende Ungleichheit, Korruption und Privatisierung verantwortlich macht. Zügellose Marktwirtschaft, Privatisierung von Staatseigentum und Globalisierung seien die Kernübel, die u.a. mit den Lehren Maos bekämpft werden sollen. In China vollziehe sich die Ausplünderung des Landes im Zusammenspiel von Parteilite und Wirtschaftsinteressen. Im Zuge der Wirtschaftskrise erhielt die „Neue Linke“, die den chinesischen Kapitalismus aufs Korn nimmt und zugleich nationalistische Positionen vertritt, größere Aufmerksamkeit und stärkeren Zulauf, vor allem auch unter der akademischen Jugend.¹⁵⁸ Die „Neue Linke“ lehnt den „Liberalismus“ der „Charta 08“ ab und wirft deren Vertreter vor, US-amerikanische Interessen zu vertreten.¹⁵⁹

Gleichwohl sind beide, die Charta 08 und die „Neue Linke“, letztlich Ausdruck der Frustration vieler Intellektuellen, nur von unterschiedlichem Standpunkt aus. Manifestation dieser Frustration ist auch ein Beitrag, den der renommierte (parteinahe) Soziologe Sun Liping von der Qinghua-Universität im Frühjahr 2009 auf seinen Blog gestellt hat und der der Auffassung der „Neuen Linken“ recht nahe kommt: „Die größte Gefahr geht nicht von sozialen Unruhen aus, sondern von sozialem Verfall“. Die Macht der Regierung sei außer Kontrolle geraten, schreibt Sun, niemand könne sie noch zügeln. Interessengruppen agierten skrupellos, die Verbindung von politischer Macht und Kapitalismus sowie die damit verbundene Korruption zerstörten nicht nur den gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern auch das gesamte Gesellschaftsgefüge. Zugleich habe die Gesellschaft ihre Moral verloren.¹⁶⁰ Letztlich macht Sun die zentrale Führung für die seiner Meinung nach einseitigen prioritären Ziele Wirtschaftsentwicklung und Stabilität verantwortlich, denen alles untergeord-

net werde. Der moralische Zusammenhalt der Gesellschaft, Meinungsfreiheit und Gerechtigkeit würden auf dem Altar von Macht plus Kapitalismus geopfert. Und es ist genau diese soziale Frustration, die die Forderungen und Visionen einer Charta 2008 hervorbringt und fördert. Zugleich muss man sich jedoch fragen, was die soziologische Sichtweise Sun für die politische Stabilität und damit die politische Zukunft Chinas letztlich bedeutet. Politische Instabilität und Regimewandel würden wohl drei Voraussetzungen erforderlich machen: a) einen offenen Konflikt unter der politischen Elite über die Zukunft des politischen Gemeinwesens; b) das Aufkommen einer starken und geeinten politischen Opposition und c) eine Koalition der urbanen (intellektuellen, ökonomischen und Teilen der politischen) Elite mit der ländlichen (ökonomischen und politischen) Elite. Bislang finden sich wenige Anzeichen für derartige Entwicklungen, so dass China unter den Voraussetzungen ökonomischen Erfolgs und weiterer institutioneller Anpassung zunächst noch politisch stabil bleiben dürfte. Entwicklungsforscher haben schon vor langer Zeit verdeutlicht, dass Transformations- und Modernisierungsprozesse wie im gegenwärtigen China von sozialen Verwerfungen sowie dem Verfall sozialer Gemeinschaften und Werten begleitet werden, die sich gegen Ende dieser Prozesse auf neuer Grundlage wieder stabilisieren.¹⁶¹

山雨欲来风满楼

*Nähert sich ein Gewitter vom Berg,
pfeift der Wind durch die Burg.*

(Mao Zedong)

II. China in der Welt

China in der internationalen Politik¹⁶²

Außenpolitische Trends

Der Reformprozess hat auch zu einer Neubestimmung der Außenpolitik geführt. Chinas Außenpolitik zeigt sich inzwischen zunehmend konformer mit modernen internationalen Normen, wobei gleichzeitig „traditionelle Wertvorstellungen“ wie die unbedingte Wahrung der nationalen Souveränität, der territorialen Integrität und nationalen Einheit eine bedeutende Rolle zukommt. Acht zentrale Interessen der chinesischen Außenpolitik lassen sich gegenwärtig identifizieren:

- Sicherung eines ruhigen/stabilen Umfeldes für Wirtschaftsentwicklung (Modernisierungsdiplomatie)
- Achtung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität Chinas
- Ökonomisierung der Außenpolitik, d.h. zentrale Rolle der Wirtschaftsinteressen
- Förderung einer multipolaren Weltordnung, d.h. ein ökonomisch und sicherheitspolitisch orientierter Multilateralismus, bei dem nicht eine Großmacht (die USA) und deren Weltbild alleine das Weltgeschehen dominieren, sondern unterschiedliche Weltbilder und Wertesysteme gleichberechtigt nebeneinander existieren können.
- Verbesserung des Ansehen Chinas in der Staatengemeinschaft¹⁶³ und Mitsprache bei allen wichtigen internationalen Angelegenheiten
- nationale Einheit, d.h. insbesondere Wiedervereinigung mit Taiwan und Alleinvertretung Chinas
- Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung (durch Ausbau der eigenen Macht- und Einflussosphäre).

Verändert hat sich in den letzten Jahrzehnten auch der außenpolitische Stil. Das Klassenkampfkonzept als ideologische Basis in den internationalen Beziehungen wurde aufgegeben, nationale Interessen gelten heute als außenpolitischer Orientierungspunkt. Ebenfalls festzustellen ist eine Abnahme an konfrontativer außenpolitischer Rhetorik und eine größere internationale Kooperationsbereitschaft. China hat erkannt, dass die internationale Position auch davon abhängt, Verantwortung zu übernehmen. Insofern hat die Bereitschaft zur Mitwirkung an einer Weltinnenpolitik im Rahmen von UN-Friedensmissionen (*Peace-keeping*-Einsätzen) seit der ersten Beteiligung Chinas (1989) deutlich zugenommen. Bis Ende 2008 wurden

über 11.000 Blauhelm-Soldaten dafür bereitgestellt wie im Kongo, im Libanon, im Sudan oder in Haiti. Die Beteiligung an UN-Friedensmissionen stieg von ca. 50 Personen im Jahre 1998 auf über 2000 Personen im Jahre 2009 und einer Teilnahme an zehn der insgesamt 17 laufenden Friedensmissionen. Die Beteiligung an der Operation in Liberia (UNOMIL) war mit knapp 600 Personen der größte Einzelbeitrag, der bislang von China geleistet wurde.¹⁶⁴ Das Land beteiligt sich bislang nicht mit Kampftruppen, sondern mit ziviler Polizei, Militärbeobachtern, Pionieren und medizinischen Einheiten. Letzteres ist vor allem wichtig, weil sich westliche Länder immer stärker aus der Entsendung von Personal für solche Einsätze zurückzieht. Zurzeit nimmt China unter den fünf ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates den ersten Platz ein. Ferner hat China u.a. das UN-Dokument unterschrieben, das die Verantwortlichkeit der internationalen Staatengemeinschaft für den Schutz der Zivilbevölkerungen vor Gewalttaten vorsieht.

Dieses Verhalten weist auch auf eine Änderung in der Außenpolitik hin. Zwar trifft China für eine Beteiligung Fall-zu-Fall-Entscheidungen und rückt von seiner grundsätzlichen Nicht-Interventions-Politik nicht ab. Es bindet sich zugleich aber stärker an das internationale System, bekräftigt seine Bereitschaft, sich für die UN-Ziele Frieden und Sicherheit einzusetzen, betont dadurch sein Eintreten für multilaterale Politik, stärkt seinen internationalen Einfluss und verbessert sein Image als „verantwortliche Großmacht“. Zudem können Chinas Beziehungen zu Problemregimen wie dem Sudan durchaus konstruktiv für eine Lösung genutzt werden. Im Falle des Sudan hat China das dortige Regime z.B. ermuntert, einem UN-Friedensmissionseinsatz zuzustimmen.¹⁶⁵

Bereits während der asiatischen Finanzkrise 1997 hatte sich China als konstruktiver Partner gezeigt. Auch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/09 hat das Selbstbewusstsein Chinas gestärkt, da deutlich wurde, dass die Lösung dieser Krise und die zukünftige Finanzarchitektur auch die Mitwirkung Chinas verlangen. Der oben erwähnte Vorschlag für eine neue Leitwährung ist dafür ein Beispiel.

Die zunehmende Akzeptanz von und Anpassung an internationale Normen hat auch mit dem chinesischen Wunsch nach internationaler Anerkennung und Reputation zu tun. Dieser Wunsch entspringt nicht nur den Intentionen der politischen Elite, sondern auch der öffentlichen Meinung, die sich den internationalen Status erhofft, der China gebührt. Entsprechend bemüht sich China zu beweisen, dass sein Aufstieg – im Unterschied zum Aufstieg früherer Großmächte wie dem von Deutschland, Japan oder der Sowjetunion – nicht mit Aggressivität, Wettrüsten oder gar Krieg verbunden ist, sondern friedlich erfolgen soll. Entsprechend versucht es, seine Außenpolitik zunehmend an internationale Verhaltensnormen anzupassen,¹⁶⁶ wenn zum Teil auch Zeit verzögert - wie etwa bei UN-Friedensmissionen oder Menschenrechtsfragen. In diesem Sinne hat China nicht nur humanitäre Interventionen Seitens der Vereinten Nationen akzeptiert, sondern prinzipiell auch die Idee der Menschenrechte, um nur

zwei Beispiele zu nennen. Auch wenn es im Inneren noch massive Probleme mit den Menschenrechten gibt, so hat Peking gleichwohl die Sicherung der Menschenrechte in die Verfassung aufgenommen (2004) und fünf der sechs zentralen Menschenrechtskonventionen der UN ratifiziert (die Konvention über Bürgerliche und Politische Rechte wurde unterzeichnet, aber noch nicht ratifiziert). Auf diese Weise hat es auch akzeptiert, dass es sich bei seinem Verhalten im Innern an diesen Standards messen lassen muss und die Einhaltung dieser Standards intern wie extern eingefordert werden kann.

China sucht außerdem intensiv Bündnispartner auf der Grundlage gemeinsamer Wirtschaftsinteressen, vor allem auch in seiner Nachbarregion Südostasien (vgl. die Vorschläge zum nordostasiatischen Freihandelsabkommen, zur Schaffung eines Asiatischen Währungsfonds und einer Organisation Ostasiatischer Zusammenarbeit, die Bemühungen um die Bildung eines gemeinsamen Marktes mit den ASEAN-Staaten bis 2015 sowie den chinesischen Vorschlag zur Einrichtung einer „Ostasiatischen Sicherheitsgemeinschaft“ als Dialogforum). Auf diese Weise bemüht sich China um die Nutzung ökonomischer Synergieeffekte für seine Entwicklung, zugleich aber auch um strategische Partnerschaften mit der ASEAN oder der EU, um in dem kontinuierlichen Konfliktgemenge mit den USA strategische Gegengewichte zu schaffen und seine Isolierung zu verhindern.

In Südostasien hat China sich in den letzten 15 Jahren bemüht, durch kooperatives und konstruktives Verhalten Vertrauen aufzubauen. Bis 1991 waren die Beziehungen zu allen südostasiatischen Staaten normalisiert worden. Seit 1996 führt es den jährlichen ASEAN-China Dialog durch und seit 1997 nimmt es an ASEAN+3 teil, dem Dialog der ASEAN mit China, Japan und Südkorea. Es beteiligt sich zugleich aktiv am Sicherheitsdialog des ASEAN Regional Forum. Im November 2002 unterzeichnete Peking ein Rahmenabkommen für eine breit angelegte Wirtschaftskooperation (inklusive der geplanten Freihandelszone ASEAN-China Free Trade Area). 2003 verpflichtete China sich in einem Dokument mit völkerrechtlichem Status, in Zukunft keine militärische Gewalt im Südchinesischen Meer anzuwenden. All dies trug zur Vertrauensbildung zwischen China und der ASEAN bei.¹⁶⁷ Schließlich war China auch aktiv am „Ersten Ostasien-Gipfel“ im Dezember 2005 beteiligt, bei dem es u.a. um die Zusammenarbeit zwischen der ASEAN, Japan, Südkorea, China, Australien und Indien in den Bereichen Energie, Geflügelgrippe, Terrorismusbekämpfung, maritime Sicherheit, Beseitigung von Handels- und Investitionshemmnissen sowie um Fragen künftiger Gemeinschaftsbildung ging. Zhang Xizhe, Professor für internationale Beziehungen an der Peking Universität erklärte, Aufgabe dieses Gipfels, der künftig regelmäßig stattfinden soll, sei „die Schaffung eines neuen Modells regionaler Integration, die sich von den Mechanismen anderer Regionen unterscheidet“.¹⁶⁸ Mit einem 25-Milliarden-US-\$-Hilfs- und Kreditpaket für die ASEAN-Staaten zur Überwindung der Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf die Region bemühte sich China im April 2009, die Beziehung zur Region zu stärken und den Einfluss der USA abzuschwächen.¹⁶⁹

All dies weist darauf hin, dass China sein Kooperationsverhalten in internationalen, aber auch in regionalen Angelegenheiten verstärkt hat. Zumindest in der Region Ost-/Südostasien lässt sich ein Wandel von der Priorität bilateraler hin zu multi-lateraler Einbindung erkennen. Im September 2005 wies die Parteizeitung *Renmin Ribao* sogar explizit darauf hin, dass Peking das Konzept der „harmonischen Gesellschaft“ auch zur Grundlage seiner internationalen Politik machen möchte, in dem es zur Schaffung einer friedlichen und entwickelten Welt beitragen will.¹⁷⁰ Teil einer „harmonischen Welttheorie“ sollen die Ablehnung hegemonialer Bestrebungen und des Unilateralismus einzelner Staaten (gemeint sind die USA), Respektierung der Souveränität, der territorialen Integrität sowie des politischen Systems der Völker anderer Länder sowie die Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten sein; ferner die Erklärung der Atomwaffen besitzenden Länder, nicht als erste solche Waffen einsetzen zu wollen und die allmähliche Vernichtung solcher Waffen; nicht-nukleare Länder sollten weder Atomwaffen noch biologische oder chemische Waffen erwerben noch herstellen. Auch Schutz des freien Handels, Respektierung der finanziellen Rechte anderer Länder und der Menschenrechte (ohne dass diese zum Anlass genommen werden dürften, sich in die Angelegenheiten anderer Länder einzumischen), aktive Teilnahme an UN-Friedensmissionen und das Eintreten für die Gleichberechtigung unterschiedlicher Kulturen, Religionen und Werte seien Teil dieses Konzeptes.¹⁷¹

China hat damit die Grundprinzipien seiner gegenwärtigen internationalen Handlungsnormen definiert. Während die aktive Beteiligung an Friedensmissionen, die Einbeziehung der Menschenrechte, die Ablehnung des Atomwaffenbesitzes von bislang nicht-nuklearen Ländern oder die Gleichberechtigung der Kulturen und Religionen neueren Datums sind, beharrt es auf der Wahrung der Souveränität, territorialen Integrität und Nichteinmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten: auf Grund historischer Erfahrungen, aber auch, weil die chinesische Führung befürchtet, sie könne selbst einmal Opfer internationaler Intervention werden (etwa im Namen der Menschenrechte oder der Tibetfrage).

Doch mittlerweile schaffen nationalistische Strömungen, von der Parteiführung als „Ideologieersatz“ jahrelang genährt, ein hohes Druckpotenzial, dem sich die politische Führung nur schwer entziehen kann und das geeignet ist, ihren außenpolitischen Handlungsspielraum einzuschränken. Die nationalistischen Positionen richten sich vor allem gegen die US-Außenpolitik, die China am internationalen Aufstieg hindern wolle, und gegen Japans Bemühungen, sein internationales Gewicht zu vergrößern. Doch auch ein Angriff des russischen Militärs im Frühjahr 2009 auf ein chinesisches Containerschiff, das des Schmuggels verdächtigt wurde, führte im chinesischen Internet zu einer vehementen Diskussion über den russischen „Erzfeind“.

Bereits vor einigen Jahren sorgte das chinesische Buch „China kann Nein sagen“,¹⁷² das für eine aggressivere Haltung Chinas in der internationalen Politik votierte und

eine rücksichtslosere Durchsetzung chinesischer Interessen auch gegen den Willen der USA forderte, für Aufsehen. Gleichzeitig wünschten sich die Autoren aber auch ein ausgeprägteres chinesisches Engagement in den internationalen Beziehungen. Gestützt auf ein starkes Nationalgefühl solle sich die VR China stärker in der UNO engagieren, die Bindungen zu Asien enger knüpfen und nach Verbündeten in der ganzen Welt suchen, um der Bedrohung durch die USA ein deutliches Gegengewicht entgegenzusetzen. Hier zeigt sich der interessante Aspekt, dass, parallel zu der amerikanischen Diskussion über eine wachsende Bedrohung durch die VR China, in der chinesischen Debatte die umgekehrte Perzeption festzustellen ist. 2009 erschien mit „China ist nicht froh“ (*Zhongguo bu gaoxing*) ein ähnlich nationalistisches Buch, in dem die Verfasser sich nicht nur gegen das westliche „China Bashing“ und US-amerikanische Dominanz wenden, sondern vor allem auch gegen „Nestbeschmutzer“ in China, die etwa im Namen der Menschenrechte die Geschäfte des Westens betrieben.¹⁷³ Zumindest unter chinesischen Intellektuellen sind solche Positionen gegenwärtig allerdings in der Minderheit und werden als nationalistische Überreaktionen kritisiert. Darüber hinaus ist der Nationalismus weitgehend ein städtisches Phänomen, denn im ländlichen Raum und unter der Landbevölkerung spielt er eine eher geringe Rolle.

In den genannten Schriften und auch von großen Teilen der Bevölkerung wird die US-Chinapolitik indessen als Versuch wahrgenommen, Chinas Aufstieg zu verhindern: das amerikanische Engagement in Zentral- und Ostasien wird als Einkreisung Chinas interpretiert, die amerikanische Unterstützung für Taiwan als Förderung der Unabhängigkeit Taiwans und Untergrabung der nationalen Einheit Chinas angesehen. Die Einmischung in innere Angelegenheiten im Namen der Menschenrechte wird als schikanös und inakzeptabel abgelehnt.

Allerdings sollte man diese nationalistischen Strömungen nicht überbewerten. Die chinesische Führung bemühte sich bislang in nahezu allen Konflikten (Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad, Zwischenfall mit einem US-Aufklärungsflugzeug, anti-japanische Proteste) trotz Proteststimmen aus der Bevölkerung um politische Zurückhaltung und Mäßigung. Ausbrüche chinesischen Nationalismus', so zeigen die Beispiele, sind zumeist eine Reaktion auf externen Druck aus dem Westen.¹⁷⁴

Multiple außenpolitische Akteure

War die außenpolitische Entscheidungsfindung unter Mao stark personalisiert und zentralisiert, ist seit der Ära Deng ab Ende der 70er Jahre ein Bedeutungszuwachs der mit der Regelung der Außenbeziehungen betrauten Institutionen und innerhalb dieser Institutionen eine zunehmende Professionalisierung zu beobachten. Inner-

halb des Institutionengefüges kommt dem Außenministerium zwar eine wichtige Rolle bei der Gestaltung der Außenpolitik zu, sein Handlungsspielraum ist jedoch begrenzt, da das Ministerium faktisch der Kommunistischen Partei und deren Büro für internationale Beziehungen untergeordnet ist.

Allerdings ist es keinesfalls so, dass eine kleine Gruppe politischer Führer allein und unabhängig über Fragen der Außenpolitik entscheidet. Seit Ende der 70er Jahre ist auch eine Pluralisierung innerhalb des außenpolitischen Entscheidungsprozesses und eine Beteiligung unterschiedlicher Akteure zu beobachten - der Politikwissenschaftler Quansheng Zhao prägte für diese Entwicklung den Begriff des *horizontalen* oder *konsultativen Autoritarismus*.¹⁷⁵ D.h., der außenpolitische Entscheidungsprozess beruht zunehmend auf Konkurrenzen bzw. Kompromissen zwischen verschiedenen Akteuren, die zum Teil unterschiedliche Interessen verfolgen. Die Rationalität des außenpolitischen Verhaltens der VR China erschließt sich durch die Intransparenz dieser Aushandlungsprozesse nicht immer deutlich. Zentrale beteiligte Akteure sind:

- die politische Führung, die letztlich die Grundlinien festlegt
- das Außenministerium, das eine eher moderate Politik präferiert und auf Diplomatie setzt
- das Militär, das sich als „Hüterin“ nationaler Interessen sieht, dabei aber „traditionell“ der politischen Linie der KP folgt¹⁷⁶
- die Provinzen, die aus Gründen ausländischer Investitionen (vor allem in den Küstenregionen) eine moderate Außenpolitik bevorzugen
- größere Wirtschaftsunternehmen, für die ökonomische Aspekte im Vordergrund stehen
- die öffentliche Meinung,¹⁷⁷ die via Internet und andere Medien kurzfristig Druck erzeugt und in der sich häufig Unzufriedenheit mit der bzgl. bestimmter nationaler Interessen „zu weichen“ Außenpolitik der Zentralregierung niederschlägt (vgl. z.B. die antijapanische Internetbewegung im April 2005, die sich gegen einen Sitz Japans im Ständigen Sicherheitsrat wandte und binnen weniger Tage über 10 Millionen Unterschriften sammeln konnte).

Unterschiedliche Interpretationsansätze chinesischer Außenpolitik

Zwar hat die chinesische Außenpolitik in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Wandel hin zu einer multilateralen Strategie vollzogen. Es bleibt jedoch abzuwarten, ob die multilaterale Orientierung nicht nur rein taktischer Natur ist. Sie basiert – zumindest auch – auf einem Kosten-Nutzen-Kalkül. Aus der Perspektive des Realismus ist das Primärziel chinesischer Außenpolitik, Großmacht in einer multipolaren

Welt zu werden. Dieses Ziel – so diese Argumentation – sei bedingt durch strukturelle Zwänge des internationalen Systems. Der rasante wirtschaftliche Aufstieg ermögliche es der VR China, dieses Ziel mit Nachdruck zu verfolgen. Demnach könnte Chinas Multilateralismus als Übergangsstrategie auf dem Weg zur angestrebten Großmachtposition interpretiert werden.

Der Hauptstrang liberalistischer Argumentation ist hingegen folgender: Der wirtschaftliche Aufstieg der VR China sei mit ihrer Einbindung in die Weltwirtschaft wechselseitig verknüpft. Die wachsende ökonomische Interdependenz fördere eine friedlich-kooperative Außenpolitik. In derselben Weise wirken sich Ansätze einer zivilgesellschaftlichen Entwicklung auf die chinesische Außenpolitik aus.

Einen aufschlussreichen Ansatz zur Analyse chinesischer Außenpolitik liefert die *Theorie der Handelserwartungen*. Sie besagt, dass ein Land, wenn es positive Erwartungen bezüglich der eigenen ökonomischen Entwicklung habe, eine kooperative Außenpolitik betreiben werde. Im umgekehrten Fall werde es, bei negativen Erwartungen, mit größerer Wahrscheinlichkeit aggressive außenpolitische Strategien verfolgen.¹⁷⁸ Dieser Ansatz verknüpft damit Kernelemente der realistischen Schule der internationalen Beziehungen (wobei Außenpolitik Eigeninteresse als zentrales Handlungsmotiv unterstellt wird) und der liberalen Schule (die auf der Auffassung basiert, dass Interdependenz die dem Internationalen System zugrunde liegende Ordnungsstruktur bilde). Die Außenpolitik gegenüber der VR China sollte demnach so gestaltet werden, dass Chinas Erwartungen bezüglich der eigenen ökonomischen Entwicklung möglichst positiv und die Kosten einer aggressiveren Außenpolitik hoch sind. Dem entspricht die Handlungsmaxime des *constructive engagement* (konstruktive Einbindung), d.h. der wachsenden Integration Chinas in die Weltgemeinschaft sowie die von der EU proklamierte „strategische Partnerschaft“ mit China.

Chinas Haltung zur UNO, zur Reform der Vereinten Nationen und das Engagement internationalen Organisationen

Seit dem Einzug in den Sicherheitsrat 1971 hat China bis Ende der 1990er Jahre eine eher passive Rolle gespielt. Es hat selbst kaum Resolutionen eingebracht, sich nicht wesentlich an der Diskussion über Resolutionen anderer Länder beteiligt und sich bei Abstimmungen eher enthalten, als eindeutig Stellung zu beziehen, solange die eigenen Interessen nicht tangiert wurden. Zwischen 1990 und 1996 kamen 64 Prozent aller Stimmenthaltungen im Sicherheitsrat von China.¹⁷⁹ Erst im Jahre 1997 legte China erstmals seit 1982 wieder ein Veto ein. Insgesamt ist zu beobachten, dass die UNO für China im letzten Jahrzehnt zu einer zunehmend vertrauteren Bühne für die Vertretung der eigenen Interessen geworden ist und sich sein Habitus professionalisiert hat. China bedient sich seiner Möglichkeiten, die aus dem Ständigen Sitz im Sicherheits-

rat resultieren, ungehemmter als früher und nutzt seinen Einfluss besonders dann, wenn es darum geht, die internationale Aufwertung Taiwans zu verhindern. So traf das chinesische Veto 1997 z.B. Guatemala, das sich für die UNO-Mitgliedschaft Taiwans eingesetzt hatte, und das Veto im Jahr 2000 Mazedonien, das wegen eines Kredits über 300 Mio. US-Dollar diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufgenommen hatte.

Ansonsten ist Chinas Haltung in der UNO pragmatischer Natur und nicht zuletzt von dem Interesse an Finanzierungsmöglichkeiten für den Aufbau der eigenen Infrastruktur, des Gesundheits- und Bildungssystems geprägt.

An UN-Friedensmissionseinsätzen und humanitärer Hilfe hatte sich China bis Ende der 1990er Jahre kaum beteiligt.¹⁸⁰ Auch sein Anteil an den Kosten solcher Aktivitäten war gering. Mittlerweile ist hier – wie oben gezeigt wurde – eine Änderung festzustellen. China hat zugleich begonnen, sich stärker in die Diskussionen im Sicherheitsrat einzubringen und sich zunehmend an internationalen Aktivitäten der Vereinten Nationen zu beteiligen.¹⁸¹ Insgesamt scheint eine stärkere Beteiligung in den verschiedenen Bereichen immer dann einzutreten, wenn nach eigener Einschätzung eine erfolgreiche Mitarbeit möglich ist. So hat China z.B. stets Anspruch auf die Einhaltung der 200-Meilengrenze erhoben, ist der UN-Seerechtskonvention jedoch erst im Jahre 1996 beigetreten, als durch die wirtschaftliche Entwicklung, den Stand der militärischen Ausrüstung sowie die Ausbildung eigener Juristen der erforderliche Background gegeben war.

China begreift die UNO heute als Organisation, die sich für *Global Governance* einzusetzen vermag, und die chinesische Führung hat wiederholt betont, dass sie die UN als den entscheidenden Träger von *Global Governance* betrachtet. Der chinesische Außenminister hat dies bereits im Oktober 2004 gegenüber UN-Generalsekretär Annan bekräftigt.¹⁸²

China beteiligt sich darüber hinaus an den Debatten über Waffenkontrolle und Abrüstung und hat die meisten wichtigen entsprechenden Verträge, Konventionen und Vereinbarungen unterzeichnet bzw. ratifiziert. Es hat sich z.B. für UN-Atomwaffeninspektionen im Irak, in Iran und Nordkorea ausgesprochen, ist aber gegen harte Interventionen (militärischer oder wirtschaftlicher Art), besonders gegen ein einseitiges militärisches Vorgehen der USA, wie im Falle Iraks.¹⁸³ Gewaltsame Maßnahmen zur Erzwingung von Frieden werden von Peking abgelehnt, auch wenn China im UN-Sicherheitsrat nicht immer dagegen gestimmt, sondern sich überwiegend der Stimme enthalten hat. China hat sich an zahlreichen internationalen Initiativen beteiligt, z.B. an der *Container Security Initiative* und der *Proliferation Security Initiative* sowie an diversen Maßnahmen z.B. gegen die Verbreitung von Atomwaffen und die Weitergabe sensibler Technologien an Staaten wie Pakistan oder Iran. Peking zeigt sich damit auch in zunehmendem Maße bereit, sich an internationalen Standards zu orientieren. Trotz diesen insgesamt positiven, aber erst seit kurzem zu beobachtenden Entwicklungen bleibt unklar, wie aktiv China sich zukünftig im globalen Kontext

engagieren und welchen Beitrag es zur Lösung von Konflikten zu leisten gewillt und in der Lage ist. Nach Einschätzungen von Diplomaten geht China bei der Möglichkeit, internationale Organisationen zur Interessenvertretung zu nutzen, nach dem Prinzip eines temporären, inhaltlich begrenzten Bündnisses vor. Das Prinzip, die Interessen mehrerer Staaten durch Kompromisse im Interesse aller miteinander zu verbinden, ist Chinas außenpolitischen Akteuren als Idee (noch) fremd.¹⁸⁴

Ferner ist China in den letzten Jahren einer Vielzahl von Internationalen Organisationen (IO) beigetreten. War das Land 1977 nur in 21 internationalen Organisationen vertreten, im Jahre 2000 in 50, so im Jahre 2008 in 68 IOs. In Bezug auf die Mitgliedschaft in solchen Organisationen entwickelt sich Chinas internationales Engagement von daher ausgesprochen positiv. Allerdings sind die finanziellen und personellen Beiträge in diesem Bereich und auch der inhaltliche Input noch verhalten. Insofern muss man die Schlussfolgerung ziehen, dass China derzeit keine proaktive Rolle im internationalen Rahmen zukommt. Die Unterzeichnung einer großen Zahl internationaler Abkommen verdeutlicht aber, dass es sich in kooperativer Weise an *Global Governance* beteiligt bzw. beteiligen möchte.

Bei der Reform der UNO hat China bisher kein großes Engagement gezeigt. Es votiert zwar für eine Reform der UN, aber nur in moderater Form. So soll das Vetorecht der Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates gewahrt werden. China ist auch skeptisch im Hinblick auf eine Erweiterung des Kreises der Ständigen Mitglieder. Allerdings hat es sich wiederholt für eine stärkere Einbeziehung der Entwicklungsländer ausgesprochen.¹⁸⁵ Letzterem solle bei den Reformen Priorität eingeräumt werden.

2005 bekräftigte China (gemeinsam mit Russland) partiell die Bedenken der Entwicklungsländer, dass im Reformvorschlag des (damaligen) Generalsekretärs Annan über die künftige Gestaltung und Mission der UN die Forderungen der Entwicklungsländer, Entwicklung und sozialem Fortschritt größeres Gewicht zu geben, nicht hinreichend berücksichtigt worden sei. Der UN-Vertreter Chinas forderte, die Entscheidung über die Strukturreform solle im Konsens der 191 Mitglieder fallen und nicht in einer geheimen Kampfabstimmung.¹⁸⁶ Dies zeigt, dass China die Gleichheit *aller* Länder betont, ein Aspekt der neben dem Gebot der Nicht-Einmischung in innere Angelegenheiten von Chinas Vertretern seit 1995 in der Generalversammlung stets besonders hervorgehoben wird.¹⁸⁷

Für die Beziehungen zu den Ländern des Südens bedeutet dies, dass China diese Beziehungen differenzierter als früher betrachtet und stärker abhängig von den eigenen Interessen macht. China sieht seinen Platz nicht notwendigerweise an der Seite der Länder des Südens. Die Beziehungen zur sog. Dritten Welt sind vielmehr im Gesamtkonzept der neu definierten nationalen Interessen Chinas zu sehen, und die Art der Beziehung zu einzelnen Staaten ist abhängig von Chinas jeweiligem Eigeninteresse. So werden z.B. starke Länder als potenzielle Bündnispartner (gegen die USA) betrachtet, zu ressourcenreichen Ländern werden die ökonomischen oder

diplomatischen Beziehungen intensiviert, und so ist z.B. die Gewährung von Entwicklungshilfe abhängig von der Position des jeweiligen Landes zu Taiwan.

Ein neues Moment ist, dass China sich zunehmend von einem Nehmer- zu einem Geberland entwickelt. So hat Peking sich im Zuge des Tsunami in Südostasien (2004) z.B. mit einem Hilfspaket von 83 Millionen US-\$ beteiligt. Hier haben die Erwartungen der Nehmerländer, der Anspruch auf regionale Führerschaft sowie die Konkurrenz zur Hilfe Taiwans eine Rolle gespielt. Zugleich verdeutlicht dies aber, dass China sich auch im Hinblick auf humanitäre Hilfe künftig stärker zu engagieren bemüht. Stimmen, China habe durch seine geringe Hilfe im Vergleich zu den Vereinigten Staaten, Japan oder Deutschland außenpolitisch an Gewicht verloren und sei in der Region „ins Abseits manövriert“ worden, sind überzogen,¹⁸⁸ verdeutlichen aber, dass Chinas ökonomische und politische Kapazitäten noch begrenzt sind und das Land daher eher regional als international Gewicht besitzt.

Der Übergang vom Nehmer- zum Geberland wird auch dadurch verdeutlicht, dass China die Unterstützung durch das World Food Programm 2005 hat auslaufen lassen und nunmehr selbst andere Länder unterstützt.

Grundsätzlich kann man davon ausgehen, dass sich China im Rahmen der UN künftig verstärkt an UN-Aktivitäten beteiligen wird, nicht zuletzt, weil es im Interesse der Eindämmung des amerikanischen Unilateralismus an einer Stärkung der Vereinten Nationen interessiert ist. Es wird dabei aber die eigenen nationalen Interessen (z.B. Ein-China-Politik, Ressourcensicherung) stets im Blick behalten, externe Einflüsse mit Misstrauen beobachten und die bestehenden „traditionellen“ außenpolitischen Vorstellungen (Souveränitätsprinzip) nur langsam modifizieren. China verfügt bisher noch nicht über die diplomatischen und ökonomischen Kapazitäten und Erfahrungen, um im globalen Kontext in gleicher Weise wie die europäischen Nationen oder die USA zu handeln. Eine Herausforderung wird es daher sein, Chinas Bewusstsein für die eigene globale Verantwortung und die Sinnhaftigkeit multilateraler Lösungsansätze zu stärken und es in die globale Strukturpolitik einzubinden. Diese Einbindung sollte idealerweise in Problemfeldern gesucht werden, denen China sich zukünftig auch wegen selbstdefinierter Eigeninteressen stellen müssen, also z.B. im Bereich globaler Gesundheitsfragen (Eindämmung von Infektionskrankheiten), Umweltschutz, international geregelter Ressourcenzugang, globaler Finanzkontrolle oder der Bekämpfung der organisierten Kriminalität (Drogenhandel). Das Land agiert insgesamt auf der internationalen Bühne eher vorsichtig, um das für die eigene Entwicklung günstige Umfeld nicht zu stören und wird auch in Zukunft darauf bedacht bleiben, die Entstehung einseitiger Abhängigkeiten zu vermeiden. Die eigenen Kapazitäten, internationale Standards, wenn gewollt, auch wirklich umzusetzen, müssen als begrenzt angesehen werden, weil die Implementationsfähigkeit des Staates als Folge der Dynamik der umfassenden Wirtschaftreformen und damit verbundenen Dezentralisierungstendenzen limitiert sind.

Andererseits belegt das Verhalten z.B. während der WTO-Gespräche in Hongkong im Dezember 2005, dass China sich – anders als z.B. Indien und Brasilien – in internationalen Organisationen nach wie vor eher zurückhaltend verhält. Da die internationalen Handelskonstellationen sich für China recht günstig gestalten, hat es sich im Hinblick auf die Konflikte zwischen Industrie- und Entwicklungsländern während der WTO-Gespräche ganz bewusst zurückgehalten. Peking setzt gegenwärtig noch immer stärker auf bilaterale als auf multilaterale Verhandlungen, ein Faktor, der weitgehend auch für seine Haltung in den Vereinten Nationen gilt. Lediglich regional scheint sich hier eine erste große Änderung abzuzeichnen (z.B. mit dem *East Asia Summit* [Ostasiengipfel] im Dezember 2005). Chinas Engagement bei dem G 20 Gipfel (2009), seine Forderung nach einer neuen Leitwährung und seine Beteiligung an der Aufstockung der IWF-Mittel zur Krisenbekämpfung (mit 40 Milliarden US-\$) haben aber verdeutlicht, dass China sein internationales Engagement künftig auszuweiten gedenkt.

Innerchinesische Diskurse über die internationale Entwicklung

In der innenpolitischen Diskussion finden sich vornehmlich folgende Positionen:

- Oberstes Ziel bleibt die ökonomische Entwicklung
- Innenpolitische Interessen haben Vorrang vor außenpolitischen
- China begreift sich nach wie vor als ein Entwicklungsland
- Seine militärische Stärke ist begrenzt
- Sein internationaler Einfluss ist noch relativ gering.

Die beiden ersten Faktoren weisen darauf hin, dass China sich auf absehbare Zeit noch auf sich selbst konzentrieren wird. Die binnenwirtschaftlichen Entwicklungsdefizite hofft China durch Entwicklungszusammenarbeit schneller bewältigen zu können.

Sicherheitspolitisch fühlt sich China vornehmlich durch die USA bedroht. Das Vorgehen von USA und NATO im Kosovo und vor allem die beiden Golfkriege haben Chinas militärische Rückständigkeit verdeutlicht. Peking wäre vermutlich nicht zu einer effektiven Seeblockade Taiwans in der Lage, weil ihm die entsprechenden Waffentechnologien (z.B. modernste Flugzeugträger) noch fehlen. Dies ist ein wichtiger Grund für die beschleunigte Auf- und Nachrüstung.

Die innerchinesische Diskussion über Fragen der internationalen Politik dreht sich von daher vor allem um die Frage der Rolle der USA in der Weltpolitik und das chinesisch-US-amerikanische Verhältnis. Es sind primär zwei divergierende Positionen, die im Hinblick auf die Zukunft der USA in dieser Diskussion vertreten werden: (a)

Die Ereignisse des 11. September hätten verdeutlicht, dass die Supermacht USA extrem verwundbar sei. Der Irak-Krieg sei Ausdruck des schwindenden Einflusses der USA; (b) Die Ereignisse seit dem 11. September hätten im Gegenteil bestätigt, dass die unipolare Politik der USA sich stabilisiert und der Irak-Krieg das amerikanische Potenzial gestärkt habe. Qian Weirong, ehemaliger Vizedirektor des „Center for World Affairs Studies“, der eine Mittelposition vertritt, argumentiert, die Vereinigten Staaten seien politisch, ökonomisch und militärisch langfristig durchaus in der Lage, den Status einer Supermacht aufrecht zu erhalten. Gleichwohl machten sich Zeichen einer Erodierung bemerkbar auf Grund einer Multipolarisierung, des Aufstiegs der EU und eines möglichen Wiederaufstieg Russlands („relativer Abstieg“). Zudem habe das US-Prestige durch die einseitige Politik global gesehen nachhaltig gelitten. Der Wandel der Bevölkerungszusammensetzung in den USA und deren Einfluss auf die soziale und politische Entwicklung dürfe in seinen Auswirkungen auf die künftige amerikanische Außenpolitik ebenfalls nicht unterschätzt werden. China dürfe seine gegenwärtige Stärke aber nicht überschätzen. Auf Grund der noch schwachen ökonomischen Basis werde sich der Aufstieg Chinas noch eine lange Zeit hinziehen. Die Außenpolitik müsse diesem Schwächegrad derzeit noch angepasst werden.¹⁸⁹

Was die chinesisch-amerikanischen Beziehungen anbelangt, so scheint sich unter Präsident Obama die Politik der Bush-Regierung fortzusetzen, d.h. China als einen „verantwortlichen Partner“ (*responsible stakeholder*) anzusehen, den man in globale Entscheidungsprozesse einbeziehen muss. Anders als frühere US-Präsidenten hatte Obama im Vorfeld seines Amtsantritts die US-Chinapolitik auch nicht als „zu weich“ kritisiert und auch keine generell härtere Haltung gegenüber Peking gefordert. Allerdings hat er bereits kurz nach seinem Amtsantritt Peking zu einer weiteren Aufwertung seiner Währung aufgefordert und ansonsten Strafzölle angedroht. Für die Möglichkeit einer weiteren Verbesserung der Beziehungen zu Peking spricht jedoch, dass Obama sich für einen stärker multilateralen Ansatz in internationalen Angelegenheiten ausspricht und weniger ein einseitiges amerikanisches Vorgehen wie sein Vorgänger betreiben möchte. Überdies hat er sich für eine intensivere Zusammenarbeit mit China etwa in Fragen der Terrorismusbekämpfung oder des Klimawandels ausgesprochen. Zu Beginn ihrer Amtsgeschäfte verfolgte die Obama-Administration eine eher zurückhaltende Chinapolitik, u.a. weil Washington die Unterstützung Chinas bei der Bekämpfung der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise benötigt. So riefen die USA China Anfang 2009 auf, weitere US-Staatsanleihen zu kaufen, weil das riesige Konjunkturprogramm der Obama-Regierung sonst wohl kaum zu finanzieren wäre. Konfliktfelder wie die Erhöhung des Wechselkurses des *Renminbi*, die protektionistische Handelspolitik der USA, die ungleiche Handelsbilanz, die Menschenrechts-, die Tibet- und Taiwanfrage dürften auch unter Obama weiter für periodische Spannungen sorgen.¹⁹⁰

Allerdings wird auch in China über eine amerikanisch-westliche Bedrohung diskutiert. Vertreter dieser Auffassung raten zu einer raschen militärischen Aufrüstung. In den

nächsten zwei Jahrzehnten sei zwar noch nicht mit einem großen Krieg zu rechnen, aber um 2050 sei eine größere globale militärische Auseinandersetzung wahrscheinlich.¹⁹¹ Vom „Neoimperialismus“ der USA und Großbritanniens gehe eine immer größere Gefahr aus, die sich vor allem auch gegen China richte bzw. richten könne.¹⁹²

Der außenpolitische Experte Lanxin Xiang hat einen anderen Weltblick entwickelt: Seiner Auffassung zufolge strebt China ein „eurasisches Modell“, also eine strategische Partnerschaft zwischen China, Russland und der EU als Gegenpol zur unilateralen Weltordnung um die USA an. China strebe nicht nach einer Großmachtstellung, sondern nach einem sicheren „Platz im Schatten“. Europäische Integration und Sozialstaat könnten ein Modell sein für die innenpolitische Transformation und die Stabilisierung Chinas.¹⁹³

Die Entwicklung der letzten Jahre belegt, dass das Selbstbewusstsein Chinas mit zunehmender Wirtschaftskraft wächst und damit das Bedürfnis, auch außenpolitisch eine wichtige Rolle zu spielen. Allerdings könnten innenpolitische Krisen den bereits virulenten Nationalismus stärken und China in eine aggressivere Rolle drängen. Andererseits könnten wirtschaftliche Erfolge und eine damit verbundene weiter zunehmende Pluralisierung bewirken, dass China sich auch international als zuverlässiger Partner erweist, der regional stabilisierend wirken könnte und sich zunehmend in der Weltinnenpolitik engagiert.

Innerchinesische Diskussion über Globalisierung

Was die Frage der Globalisierung anbelangt, so lassen sich in Bezug auf China zwei Tendenzen feststellen: Einerseits die unterschiedliche Anbindung von einzelnen Gesellschaftssegmenten an Globalisierung, andererseits ein intellektueller Diskurs über die Folgen der Globalisierung für China. Sechs Fragefelder werden hier von chinesischen Intellektuellen diskutiert:

- Ist die Globalisierung eine objektive Tatsache oder eine subjektive Fiktion?
- Handelt es sich dabei um eine kapitalistische oder eine sozialistische Globalisierung?
- Gibt es neben der ökonomischen auch eine politische und kulturelle Globalisierung?
- Wirkt sich die Globalisierung auf Entwicklungsländer wie China vorteilhaft oder nachteilig aus?
- Welche Haltung sollte China im Hinblick auf eine Mitwirkung an der Globalisierung einnehmen? Eine aktive oder eine passive Haltung?
- Bedeutet Globalisierung Verwestlichung, Amerikanisierung oder Sinisierung?¹⁹⁴

Diese Fragen finden großes Interesse unter chinesischen Intellektuellen, die sich die Frage stellen, ob Globalisierung eine amerikanische Erfindung zur Unterwerfung der Welt (und Chinas) unter US-Interessen ist oder ob andere Nationen gleichberechtigt an ihrer Gestaltung teilnehmen können. Zahlreiche chinesische Intellektuelle argumentieren, Globalisierung bedeute letztlich „Amerikanisierung“, die Durchsetzung amerikanischer Interessen, Standards und Werte auf globaler Ebene. Entsprechend ist von einer „Globalisierungsfalle“ die Rede.¹⁹⁵

Yu Keping, Berater der Parteiführung, argumentiert moderater. Er unterscheidet vier Globalisierungstrends, die hier etwas ausführlicher dargelegt werden, weil diese Auffassungen sich in der politischen Führung weitgehend durchgesetzt haben:

- a) Globalisierung bedeute einerseits strukturelle und kulturelle Angleichung, andererseits Partikularisierung. Einerseits entwickle sich Marktwirtschaft immer mehr zu einem globalen Phänomen, strebten die Völker der Welt immer mehr nach Demokratie und verliere der politische Despotismus an Boden; andererseits bildeten sich in den einzelnen Ländern unterschiedliche Formen von Marktwirtschaft und Demokratie heraus.
- b) Globalisierung stelle eine Einheit von Integration und Fragmentierung dar. Einerseits komme es zu einer Integration und Homogenisierung internationaler Organisationen (UNO, Weltbank, IMF, WTO), deren Rolle kontinuierlich zunehme; komme es zu einer stärkeren Integrierung zwischen den Ländern, was zu einer Verringerung nationaler Souveränität führe; verstärkten sich regionale Integrationsmuster (EU, ASEAN usw.), internationale Kapital- und Informationsströme. Andererseits nähmen Forderungen nach Selbstverwaltung, nationaler Unabhängigkeit und lokaler Autonomie zu.
- c) Globalisierung erweise sich als Einheit von Zentralisierung und Dezentralisierung. Kapital, Informationen, Macht und Reichtum, besonders im Hinblick auf transnationale Unternehmungen, zeigten also eine zentralisierende Trendrichtung. Andererseits zeige sich ein Trend zur Dezentralisierung der gleichen Faktoren (z.B. Informationen im Internet).
- d) Globalisierung stelle eine Einheit von Internationalisierung und Nationalisierung dar. Sie hebe über internationale Abkommen, Konventionen und Regime nationale Grenzen auf, andererseits versuchten die einzelnen Staaten solche Regelwerke mit ihren nationalen Besonderheiten in Einklang zu bringen.

Globalisierung stelle einen Prozess dar, dem sich kein Land entziehen könne. Zwar sei dieser Prozess von den Industriestaaten ausgegangen, gleichwohl könne kein einzelnes Land, auch die USA nicht, den Prozess der Globalisierung manipulieren. Vielmehr gelinge es den Entwicklungsländern (darunter auch China) zunehmend, darauf Einfluss zu nehmen und ihn mit zu gestalten.¹⁹⁶

Über diese intellektuellen Diskurse hinweg ist die Entscheidung Chinas, der WTO

beizutreten, mit Sicherheit der deutlichste Schritt des Einlassens und der Mitwirkung und Nutzung von ökonomischen Globalisierungsprozessen, zumal die Mitwirkung daran auch die Mit-Steuerung erlaubt.

Global Governance wird im Wesentlichen im Zusammenhang mit der Stärkung der Rolle der UN, der Mitgestaltung internationaler (z.B. innerhalb der WTO) und regionaler Organisationen gesehen. Zwar beginnt sich die Haltung gegenüber transnationalen NGOs allmählich zu ändern (z.B. Transparency International, Greenpeace), aber hier muss zunächst Vertrauen aufgebaut werden. Auf jeden Fall wird die Integration Chinas in das Weltsystem eine der größten Herausforderung der nächsten Jahrzehnte sein. Die erfolgreiche Einbindung verlangt eine Einbindung in internationale Entscheidungen und eine weitere verantwortliche Mitwirkung Chinas an der Lösung internationaler Probleme.

Die chinesische Wirtschaft und ihre Rolle in der Welt

Eine umfassende Darstellung der inneren und äußeren Aspekte der Wirtschaftsentwicklung Chinas würde eine gesonderte Veröffentlichung erfordern. Daher beschränke ich mich im Folgenden auf einige ausgewählte Faktoren: einen kurzen Blick auf ökonomische Trends, eine Darlegung der chinesischen Wirtschaftsinteressen, die Außenwirtschaftsbeziehungen und die chinesische Haltung in einigen Fragen der Weltwirtschaft.

Ökonomische Trends¹⁹⁷

Seit der Einleitung der Reform- und Öffnungspolitik Ende der 1970er Jahre weist China eine beeindruckende wirtschaftliche Entwicklung auf. Das Konzept der weitgehenden internationalen Abschottung der chinesischen Wirtschaft unter Mao wurde abgelöst von einer schrittweisen Integration Chinas in die Weltwirtschaft.

Die ökonomische Entwicklung war in den vergangenen Jahrzehnten von einem anhaltend hohen Wirtschaftswachstum geprägt, das im Durchschnitt mehr als 10 Prozent pro Jahr betrug. Zwar erfolgte dieses Wachstum von einem niedrigen Ausgangspunkt aus, gleichwohl hat China inzwischen in absoluten Zahlen große Erfolge vorzuweisen. Wie oben bereits erwähnt, nahm sein Bruttoinlandsprodukt Ende 2007 weltweit den zweiten Platz ein.¹⁹⁸

Wie der Weltentwicklungsbericht der Weltbank von 2009 verdeutlicht, weist China aber trotz aller Erfolge noch immer Strukturen eines Entwicklungslandes auf: Zwar

hat sich die Zahl der absolut Armen von 835 Millionen 1981 auf ca. 100 Millionen verringert, doch 2005 hatten noch immer 470 Millionen Chinesen ein Einkommen von weniger als 2 US-\$/Tag¹⁹⁹ (laut Weltbank ist das Kriterium für absolute Armut ein Einkommen von weniger als 1 US-\$/Tag). Zweifellos ist die Verringerung der Zahl der Armen seit Anfang der 1980er Jahre ein gewaltiger Erfolg. China selbst berechnet Armut nach eigenen Kriterien. Chinesischen Angaben zufolge sollen 2007 nur noch 14,8 Millionen Menschen in Armut gelebt haben. Das umfasste den Personenkreis mit weniger als 785 Yuan (ca. 80 Euro) Jahreseinkommen. Ende 2008 wurde die Grenze auf 1067 Yuan (107 Euro) angehoben, so dass sich die offizielle Zahl der Armen auf 43,2 Millionen erhöhte.²⁰⁰

China zählt zwar mittlerweile zu den Ländern mit unter-mittlerem Einkommen. Auf der anderen Seite liegt die Kindersterblichkeit bei ca. 24 auf 1000 Lebendgeborene, rund 6,8 Prozent der Kinder unter fünf Jahren gelten als unterernährt und die durchschnittliche Schulbesuchszeit beträgt 6,5 Jahre, ein Durchschnittswert ärmerer Entwicklungsländer. Während die Schulpflicht bis zum 16. Lebensjahr im städtischen Raum als umgesetzt gelten kann, ist ihre Realisierung auf dem Lande bislang nicht gelungen. Zwar liegen offiziellen Angaben zufolge die Schulbesuchsraten bei über 90 Prozent. Nach eigenen Untersuchungen wird diese Ziffer in ärmeren Kreisen, vor allem in Regionen mit erheblichem Anteil ethnischer Minderheiten, aber nicht annähernd erreicht.

Die Rückständigkeit der Wirtschaft im Landesmaßstab, der insgesamt niedrige Lebensstandard, die großen Entwicklungsunterschiede zwischen und innerhalb von Regionen (strukturelle Heterogenität) und das immer noch große Maß an armer Bevölkerung verdeutlichen, dass man China durchaus noch als Entwicklungsland einstufen kann. China selbst hat erklärt, dass es erst im Jahre 2080 den Status eines „entwickelten Landes“ erreichen wird.²⁰¹

Zwar hat in den letzten 25 Jahren die Wirtschaftsentwicklung zu einer Verdoppelung der chinesischen Wirtschaftsleistung geführt, hat sich der Lebensstandard weiter Teile der Bevölkerung beträchtlich erhöht. Doch durch die Konzentration auf die Küstenregionen im Osten als exportgetriebener Industrialisierungsprozess hat China keine gleichmäßige Wirtschaftsentwicklung erlebt, sondern ist als Wirtschaftsraum von extremen regionalen Disparitäten gekennzeichnet. Diese konnten auch durch das 1999 initiierte Regierungsprogramm „Entwicklung des Westens“ nicht entscheidend verringert werden. In Bezug auf die ökonomische Leistungsfähigkeit, die Kaufkraft, die Infrastrukturausstattung, den technologischen Stand, den Zustrom an Direktinvestitionen und die Einbindung in den Welthandel besteht nach wie vor ein starkes Gefälle zwischen den prosperierenden Gebieten im Osten und dem Hinterland. Problematisch daran ist im ökonomischen Sinne, dass die zur Gewährleistung sozialer Stabilität erforderlichen Angleichungsprozesse zwischen den Regionen letztlich Ressourcen binden werden, die zum Aufschließen der bereits

entwickelten Küstenregionen an die global führenden Industrienationen benötigt würden.

Wie sensibel die ökonomischen Zusammenhänge im heutigen China sind, zeigt die Tatsache, dass die Regierung einerseits ein zu hohes Wachstum der Wirtschaft fürchtet, Wirtschaftsexperten jedoch gleichzeitig betonen, hohe Wachstumsraten von über sechs Prozent müssten aufrechterhalten werden, um einen Zusammenbruch des gesamten Systems, insbesondere durch eine sich ausweitende Arbeitslosigkeit und den damit verbundenen sozialen Folgen, zu vermeiden.²⁰²

Die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ab 2008 hat verdeutlicht, dass auch China stärker von globalen Entwicklungen betroffen ist, als bisher angenommen. So steuert der Außenhandel, der besonders in Mitleidenschaft gezogen wurde, über 50 Prozent zu Chinas Wirtschaftsleistung bei. Allein im ersten Halbjahr 2009 gingen die Exporte um mehr als 20 Prozent gegenüber dem Vorjahrszeitraum zurück. Während der Bankensektor auf Grund der noch wenig entwickelten internationalen Verflechtung eher weniger betroffen ist, hat der Zusammenbruch von Zehntausenden von Betrieben dazu geführt, dass bis Februar 2009 mindestens 25 Millionen Wanderarbeiter arbeitslos geworden sein sollen, was die Zentralregierung alarmiert hat. Die steigende Arbeitslosigkeit und das gesunkene Verbrauchervertrauen wirkten sich auch auf den Konsum aus.²⁰³

Gleichwohl sagten der Weltbankpräsident Robert B. Zoellick und Ökonomen voraus, dass China relativ von der Krise profitieren dürfte, trotz des Rückgangs des Wachstums der Binnen- und Außenwirtschaft sowie des Zusammenbruchs von Exportbetrieben.²⁰⁴ Peking hat nicht nur versprochen, sein eigenes Haus in Ordnung zu halten und den Binnenmarkt sowie die Kaufkraft seiner Bevölkerung zu stärken, sondern versucht mit seinem Vorstoß zur Schaffung einer neuen globalen Leitwährung auch einen Beitrag zur institutionellen Neuordnung des globalen Finanzsystems zu leisten. Die chinesische Regierung stellte rund 460 Milliarden Euro für die Krisenbekämpfung zur Verfügung (dafür muss Peking sich nur bis zu drei Prozent des BIP verschulden), auch um die zurückgehenden Exporte auszugleichen. Zugleich wurden die Leitzinsen gesenkt, Kreditgarantien für Kleinbetriebe gegeben, verbilligte Kredite für den Wohnungsbau angeboten, Exporte durch Erhöhung der Umsatzsteuerrückerstattung angekurbelt, im Interesse der Bauern die staatlichen Ankaufspreise für Getreide erhöht und massive Programme zum Aufbau einer Sozialversicherung, zum Ausbau der Infrastruktur und des Bildungswesens beschlossen. Überdies nutzt China die Krise für eine Neustrukturierung seiner Wirtschaft: von der „Werkbank der Welt“ hin zu Hochtechnologie und nachhaltigem Wachstum. Binnenmarkt und -nachfrage sollen angekurbelt werden, was allerdings einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen dürfte. Obwohl Sparguthaben und -quoten international gesehen außergewöhnlich hoch sind, machte der Anteil des privaten Konsums am BIP bislang nur einen geringen Teil aus. Die Förderung des privaten Konsums und damit des Binnenmarktes sind von daher sinnvolle Maßnahmen.²⁰⁵

Seine hohen Devisenreserven (Ende 2008 fast zwei Billionen US-\$), ein Haushaltsüberschuss (2007) und eine öffentliche Verschuldung, die weniger als ein Fünftel des BIP beträgt, erlauben ein solches Programm. Zwar muss berücksichtigt werden, dass ein nicht unerheblicher Teil der Devisenreserven in US-Schatzanleihen angelegt wurde (Ende Januar 2009: 739,6 Milliarden US-\$) und daher keine liquiden Mittel darstellen. Auch kann China diese Anleihen nicht einfach verkaufen, weil sonst der Dollar abstürzen würde. Mittlerweile hat China aber auch ein eigenes Staatsanleihenprogramm aufgelegt (ca. 100 Milliarden €), die Hälfte davon lokale Anleihen.

Der autoritäre Staat war auf Grund einer auf Langfristigkeit angelegten Wirtschaftspolitik nicht nur in der Lage, mit Milliardenbeträgen in dreistelliger Höhe sein Bankwesen und die Staatsbetriebe zu sanieren, sondern erweitert nun auch seine Infrastruktur und stützt die Unternehmen. Solche Schritte sind schon allein deswegen erforderlich, um ein Mindestwachstum von ca. sechs Prozent aufrecht zu erhalten, das erforderliche Minimum, um einen signifikanten Anstieg der Arbeitslosigkeit und damit soziale und politische Destabilisierung zu verhindern.

Andererseits dürften die Wachstumsraten der chinesischen Wirtschaft in den nächsten Jahren ohnehin zurückgehen, weil im Interesse sozialen und regionalen Ausgleichs Umverteilungsmaßnahmen und längerfristige Infrastrukturvorhaben in den Mittelpunkt rücken werden. Niedrigere Wachstumsraten werden die soziale und politische Stabilität letztlich nicht beeinträchtigen, weil China seine wirtschaftliche Binnenstruktur und den heimischen Markt stärken und konsolidieren wird. Davon werden letztlich auch der Weltmarkt und Europa profitieren. Die Erholung Chinas hängt allerdings auch von der globalen Wirtschaftsentwicklung (vor allem der USA) ab.

Insgesamt gesehen könnte die Wirtschafts- und Finanzkrise China ermöglichen, sein Wirtschaftssystem zu stärken und zugleich sich international zu profilieren, nicht nur als erfolgreicher Krisenmanager, sondern auch durch ein größeres Mitspracherecht bei der institutionellen Neugestaltung des internationalen Finanzwesens (bei Weltbank und Internationalem Währungsfonds (IWF)). Entsprechend hatte bereits im März 2009 der Chef der chinesischen Zentralbank Zhou Xiaochuan eine umfassende Reform des internationalen Währungssystems sowie eine Ablösung des Dollar durch eine supranationale Leitwährung (in Form von Sonderziehungsrechten des Internationalen Währungsfonds als Reservewährung²⁰⁶) gefordert.²⁰⁷ Eine UN-Kommission unter Leitung des amerikanischen Nobelpreisträger Joseph E. Stiglitz hat diesen Vorschlag unterstützt, zumal eine Leitwährung stabil sein müsse, was der US-\$ eben nicht sei.²⁰⁸ Im April 2009 forderte der chinesische Ministerpräsident zudem eine stärkere Überwachung des Finanzsystems der führenden Länder. Dieser Vorstoß ist zugleich Ausdruck eines stärkeren Engagements Chinas in internationalen Angelegenheiten. Das Spezifikum dieses Vorstoßes besteht nicht in dem Versuch der Durchsetzung rein chinesischer Interessen, sondern, wie der FAZ-Kor-

respondent Mark Siemons zu Recht schreibt, „dass Peking sich zum Sprecher eines ökonomischen Universalismus macht, der im Finanzwesen von vornherein angelegt war, sich bislang aber immer bloß unter der Dominanz einzelner Staaten und Kulturkreise entfaltete“.²⁰⁹

Durch die Neuberechnung der Kapitaleinlagen wird sich der Einfluss Chinas im IWF zudem erhöhen.

Außenwirtschaftsbeziehungen

Nach 1978 ist China einer Reihe von Institutionen und Übereinkünften zur Regulierung der Weltwirtschaft beigetreten. Seit 1980 ist es Mitglied des IWF (Internationalen Währungsfonds), der Weltbank und der *World Intellectual Property Organization* WIPO. Es folgten der Beitritt zur Internationalen Handelskammer 1995 und die Zulassung zur WTO im Jahre 2001. Dieser Beitritt zur Welthandelsorganisation war ein wichtiger Indikator für den sozio-ökonomischen Wandlungs- sowie den ökonomischen Globalisierungsprozess, und er kann als ein dauerhaftes Bekenntnis zu einem liberalen, offenen Wirtschaftssystem gewertet werden. Er verdeutlicht zugleich, dass China bereit ist, zunächst Wettbewerbsnachteile auf dem Binnenmarkt in Kauf zu nehmen, um langfristig die binnenwirtschaftlichen Strukturen zu verändern. China ist damit nicht nur in die WTO eingebunden, sondern nimmt auch Einfluss auf die institutionelle Gestaltung dieser Organisation.

Der Beitritt Chinas zur WTO ist Ausdruck der Anpassungsfähigkeit an internationale Prozesse und Ausdruck ökonomischer Lernfähigkeit. Allerdings darf dieser Schritt nicht nur ökonomisch interpretiert werden. Denn er:

- stellt ein radikales Liberalisierungsprogramm dar,
- beschleunigt die marktwirtschaftliche Transformation und verändert binnenwirtschaftliche Strukturen,
- fördert die Gleichstellung von Privat- und Staatsunternehmen,
- erhöht den Wettbewerbsdruck auf die Staatsbetriebe und den Agrarsektor,
- stärkt Chinas Attraktivität als Investitionsstandort,
- schafft neue Arbeitsplätze und
- erhöht den Anteil Chinas am globalen Sozialprodukt und Weltexport.

Die außenwirtschaftliche Liberalisierung und marktwirtschaftlichen Anpassungen, nicht zuletzt im Zuge des WTO Beitritts, haben in den vergangenen Jahren den chinesischen Außenhandel beflügelt, der zweistellige Wachstumsraten aufwies. Auch verbesserten sich die Rahmenbedingungen für ausländische Direktinvestitionen stetig. China stieg zur zweitgrößten Exportnation hinter Deutschland auf. Chinas

Hauptexportgüter sind nach OECD-Angaben Computer (14,3 Prozent), Bekleidung (11,9 Prozent) und Telekommunikationsausrüstung (10,3 Prozent).²¹⁰

China besitzt – wie bereits erwähnt – die größten Devisenreserven der Welt. Die Auslandsschulden stiegen bis September 2008 auf 441,95 Milliarden US-\$. Kurzfristige Verbindlichkeiten von weniger als einem Jahr machten 63,4 Prozent davon aus (280 Milliarden),²¹¹ was angesichts der Exporteinnahmen und der Devisenreserven unbedenklich ist.

Die zunehmende Integration in die internationale Arbeitsteilung wird durch Chinas hohe Außenhandelsquote, d.h. das Verhältnis von Importen und Exporten zum BIP, dokumentiert. Eine hohe Außenhandelsquote ist für ein sowohl flächen- als auch bevölkerungsmäßig so großes Land wie China,²¹² das ökonomisch primär auf den Binnenhandel ausgerichtet sein könnte, ungewöhnlich.²¹³ Allerdings setzt sich die Hälfte des chinesischen Außenhandels aus sog. Veredelungsgeschäften zusammen. Diese Form der Integration in die internationalen Wertschöpfungsprozesse trägt durch den Import von Halbfertigprodukten, die in zumeist arbeitsintensiven Prozessen weiterverarbeitet und dann als Endprodukte exportiert werden, zu einer überproportionalen Steigerung der Außenhandelsquote bei, d.h. den hohen Im- bzw. Exportwerten steht ein, relativ gesehen, geringer Beitrag zur Wertschöpfung im Inland gegenüber.

China gilt für exportorientierte Auslandsunternehmen als begehrter Produktionsstandort und auch der zukünftige Binnenmarkt lockt ausländische Investitionen. Diese Investitionen fließen China zu über 60 Prozent von den direkten Nachbarn Hongkong, Taiwan und Japan zu und gehen in den Bereich der verarbeitenden Industrien. Hochwertige Zwischenprodukte und Komponenten z.B. aus den Branchen Maschinenbau, Elektronik und Transportausrüstung werden zur Veredelung nach China geliefert und finden ihren Absatzmarkt in der EU und den USA. Diese Auslagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse auf das Festland hat zu einer regionalen Arbeitsteilung geführt, die China wegen der niedrigen Kosten für Arbeitskräfte zu einer „Werkbank Asiens“²¹⁴ macht. Insgesamt wird die chinesische Volkswirtschaft aufgrund ihrer strukturellen und institutionellen Merkmale in der Weltwirtschaft derzeit vornehmlich als ein „Beschaffungsmarkt“ und weniger als ein „Absatzmarkt“ klassifiziert, auch wenn die in westlichen Medien geschürten Phantasien vom Zugang zu dem zahlenmäßig gigantischen chinesischen Markt hier Anderes suggerieren mögen.²¹⁵

Die Integration Chinas in die globalen Strategien ausländischer Unternehmen hat zu einem Zustrom von ausländischem Kapital geführt. Die ausländischen Direktinvestitionen lagen seit Mitte der 90er Jahre bei jährlich 40 Milliarden US-\$ und überschritten im Jahre 2003 erstmals die Grenze von 50 Milliarden US-\$. 2007 lagen sie bei fast 75 Milliarden US-\$, Ende 2008 bei 92,4 Milliarden US-\$. Allerdings führte die Weltwirtschaftskrise Ende 2008 und Anfang 2009 zu einem deutlichen Rückgang. Dabei kommt der Löwenanteil von chinesischstämmigen Anlegern und Unternehmen. Allerdings wird nach Berechnungen chinesischer Ökonomen gleich-

zeitig privates Kapital in einer Höhe von ca. 25 Milliarden US-\$ jährlich ins Ausland transferiert. Hinzuzurechnen sind noch „Erträge“ aus Korruption, die von den Nutznießern ins Ausland gelenkt werden. Für den gesamten Zeitraum seit Einleitung der Wirtschaftsreformen wird so ein Betrag von 300 Milliarden US-\$ errechnet. Wesentlicher Grund für diese Kapitalflucht ist die bestehende Rechtsunsicherheit. Zwar scheint ein Teil der Gelder als Neuinvestitionen wieder nach China zu fließen. Und inzwischen wurden auch Aufsichtsorgane zur Bekämpfung der Kapitalflucht eingesetzt. Überdies versucht die staatliche Devisenverwaltung in Peking seit einiger Zeit, chinesische Auslandsinvestitionen zu unterstützen. Kapitalabflüsse in die Karibik, nach Hongkong und in die Immobilienmärkte Australiens und Kanadas können jedoch als indirektes Indiz für den mangelnden Erfolg dieser offiziellen Maßnahmen interpretiert werden. Handelt es sich bei den genannten Zielorten doch seit Jahren um bevorzugte alternative Ziele für Geldanlagen vermögender Chinesen.²¹⁶

Die chinesische Regierung erhofft sich von dem Engagement ausländischer Unternehmen in China auch den Transfer von Technologien, was die Wettbewerbsfähigkeit Chinas am Weltmarkt insgesamt steigern würde. Untersuchungen z.B. zu Patentdaten belegen, dass die Niederlassungen ausländischer Firmen allerdings nur in geringem Maße Innovationen für den Weltmarkt hervorbringen, sich vielmehr primär auf die Erschließung des chinesischen Marktes konzentrieren, u.a. auch deshalb, weil die geistigen Eigentumsrechte in China noch unbefriedigend geschützt sind. Langfristig wird erwartet, dass sich die staatliche Förderung im Bildungssektor und die Rückkehr gut ausgebildeter chinesischer Wissenschaftler positiv auf die Innovationskapazität Chinas auswirken werden.²¹⁷

Chinesische Unternehmen aus dem Privat- und Staatssektor drängen inzwischen zunehmend mit Investitionen und Firmenübernahmen auf den Weltmarkt (u.a. IBM, das texanische Ölunternehmen Unocal oder 2009 Rio Tinto, womit der Staatskonzern Chinalco maßgeblichen Einfluss auf den britisch-australischen Rohstoffkonzern nehmen wollte), so dass China auch in diesem Bereich zum *Global Player* wird. Solche Übernahmen dienen u.a. der Sicherung der Rohstoff- und Energieversorgung, dem Erwerb von Markennamen oder von Know-how.

Von wachsender ökonomischer und politischer Bedeutung sind Chinas Investitionen in den ASEAN-Staaten, die die offiziellen Angaben von 2 Milliarden US-\$ pro Jahr weit überschreiten dürften.²¹⁸ Chinesische Investitionen erfolgen nicht nur aus wirtschaftlichen Erwägungen, sondern zielen auch darauf ab, die vorherrschende Wahrnehmung Chinas als Bedrohung für die südostasiatischen Staaten zu verändern. Pikant sind hierbei aber zwei Tatsachen: Zum einen liegen bislang nur wenige Erkenntnisse über die (lokale) Arbeitsweise chinesischer Unternehmen vor. Unklar ist, inwieweit diese Unternehmen zum Export bzw. der Verbreitung/Aufrechterhaltung schlechter Arbeitsbedingungen beitragen und inwieweit sie sich offen und bereit zeigen werden, internationale Arbeitsschutzstandards und Arbeitsrechte umzuset-

zen. In China selbst sind die Arbeitsbedingungen als teilweise katastrophal zu bezeichnen. Ca. 140.000 Menschen verlieren jährlich bei Arbeitsunfällen ihr Leben.²¹⁹

Aus Hongkong ist bekannt, dass gerade der Umgang und die Kritik an Tochtergesellschaften von Staatsbetrieben sich als problematisch erweisen kann, weil die internen Angelegenheiten dieser Unternehmen einem Staatsgeheimnis gleichkommen können.²²⁰ Es ist also nicht auszuschließen, dass die Kritik an schlechten Arbeitsbedingungen und die Verpflichtung auf internationale Arbeitsstandards zumindest von den Ablegern chinesischer Staatsbetriebe z.B. als „Einmischung in innere Angelegenheiten“ zurückgewiesen würde. Zum anderen fließen chinesische Investitionen und Wirtschaftshilfen weitgehend unbemerkt auch in international wegen Menschenrechtsverletzungen „geächtete“ Regime wie Burma (Myanmar), wo sie u.a. für die Modernisierung des Militärs verwendet werden.²²¹

Allerdings hat das rasche Wachstum Chinas auch Auswirkungen auf andere Entwicklungsländer. Auf Rohstoffe exportierende Länder hat das chinesische Wirtschaftswachstum positive Effekte, denn sie profitieren davon. So erlebt Lateinamerika auf Grund der steigenden Rohstoffnachfrage Chinas und anderer Wachstumsländer gegenwärtigen einen bislang unvergleichbaren Exportboom. Exporteure von Fertigwaren hingegen sehen sich der Konkurrenz chinesischer Massenprodukte ausgesetzt, vor allem seit dem WTO-Beitritt Chinas. Chinesische Produkte expandieren nicht nur auf den Märkten der Industrie-, sondern auch auf denen der Entwicklungsländer. Zudem bewirkt der Sog ausländischer Investitionen nach China hinein, dass andere Entwicklungsländer zum Teil das Nachsehen haben. Allerdings investiert China – wie oben gezeigt – zunehmend auch im Ausland, zur Zeit vorrangig in Öl und Bodenschätze in Entwicklungsländern. Zwar waren diese Investitionen zwischen 2000 und 2003 mit einem durchschnittlichen jährlichen Umfang von ca. drei Milliarden US-\$ noch vergleichsweise gering. Sie verstärken sich allerdings in zunehmendem Maße.²²²

Aus Sicht der chinesischen Führung ist Chinas Wirtschaftsordnung bereits heute als Marktwirtschaft zu klassifizieren, weil dem Privatsektor eine erhebliche ökonomische Bedeutung zukommt, und die Preise für die meisten Produkte und Dienstleistungen inzwischen am Markt gebildet werden. Viele Handelspartner bemängeln hingegen den nach wie vor starken Einfluss des Staates auf die Wirtschaft, insbesondere in der Industriepolitik und der Preisbildung bei Rohstoffen und Exportprodukten. Sie kritisieren unbefriedigende gesetzliche Regelungen z.B. zum Schutz geistigen Eigentums und Verzerrungen im Finanzbereich.²²³

Haltung in Fragen der Weltwirtschaft

Peking betont, die Vereinten Nationen müssten eine stärkere Rolle im Hinblick auf die Entwicklung spielen, um den Nord-Süd-Gegensatz abzubauen. Dieser Gegen-

satz stelle eine Hauptquelle für Konflikte in der heutigen Welt dar und untergrabe regionale Stabilitäten.²²⁴ Ein faires multilaterales Handelssystem müsse geschaffen und das internationale Finanzsystem umstrukturiert werden.²²⁵

Noch relativ gering ist das Interesse an einem Mitwirken bei den G-8-Staaten. China, das die Treffen der sieben führenden Industrienationen (G 8) als Beobachter begleiten und, von der Größe her, einen Platz in diesem Kreis einnehmen könnte, zeigt bislang geringes Interesse an einer Erweiterung des Kreises bzw. einer Ausweitung Chinas mit Kanada, dessen Wirtschaftskraft es inzwischen übertrifft. China weiß zwar, dass es auf Dauer eingebunden werden muss. Zunächst will das Land allerdings seinen Status als Entwicklungsland wahren und seine Entwicklungsdefizite ausgleichen.

Interessant ist, dass China die Funktion der „Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit“ in Richtung Wirtschaftsentwicklung ausbauen möchte. Die Förderung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes und der Aufbau einer umfassenden Regionalorganisation soll – auch als Gegengewicht zum Einfluss der USA in Zentralasien – im Verlauf der nächsten zwei Jahrzehnte im Mittelpunkt der Arbeit dieser Organisation stehen.²²⁶ Ein entsprechendes Engagement im Hinblick auf eine Wirtschaftskooperation in Ost- und Südostasien wurde oben bereits erwähnt.

Wachsende Konflikte mit der EU und den USA gibt es im Hinblick auf die zunehmende Überschwemmung der Märkte mit chinesischen Produkten. So haben die USA Einfuhrquoten eingeführt und auch die EU drohte mit protektionistischen Maßnahmen. Im Gegenzug drohte China mit der Aufhebung von Exportzöllen für Textilien. Das chinesische Ministerium für Außenhandel erklärte demgegenüber, die Leitlinien der EU zur Anwendung von Schutzmaßnahmen stellten einen Verstoß gegen die Grundsätze der WTO dar. Gegenwärtig besitzt China einen Anteil von ca. 20 Prozent am weltweiten Textilmarkt. 2005 wurde von europäischen Experten prognostiziert, dass dieser Anteil bis 2010 auf 60 Prozent steigen werde.²²⁷ Allerdings hat auch der Internationale Währungsfonds vor dem Wiederaufflammen des Protektionismus in Europa und den USA gewarnt und protektionistische Maßnahmen als Vernachlässigung des Strukturwandels in beiden Regionen angeprangert. Dahinter dürfte aber eher die Frage des wachsenden Einflusses Chinas und der Neuordnung der Weltwirtschaft stehen.

Interessenlage der VR China: Energie- und Rohstoffsicherung

Die Energie- bzw. allgemeiner ausgedrückt die Ressourcenproblematik ist für China von vitaler Bedeutung, weil sie einen essentiellen Bestandteil für die weitere ökonomische Entwicklung darstellt. Dieser ökonomische Fortschritt wiederum wird für ein Mindestmaß an sozialer und politischer Stabilität benötigt, mit dem sich das politische

System zu legitimieren und damit letztlich sein Überleben zu garantieren versucht. Die Sicherstellung der Rohstoffinteressen Chinas hat aber auch außenpolitische Dimensionen. Im Frühjahr 2005 setzte die chinesische Regierung eine staatliche Energieagentur ein, die direkt dem Premierminister verantwortlich ist. Gemäß den Vorgaben soll die Agentur die Energieabhängigkeit Chinas vom Ausland reduzieren und die Importe von derzeit zwölf Prozent des Gesamtverbrauches auf fünf Prozent drosseln. Verglichen mit Staaten wie den USA (40 Prozent) und Japan (80 Prozent) wäre der Importanteil am Gesamtenergieverbrauch in China damit deutlich geringer.²²⁸

Mit Blick auf Außenwirtschaft und -politik können hier drei Aspekte festgehalten werden:

Zum ersten wird der Rohstoffbedarf Chinas in zunehmendem Maße zu einer Konkurrenz für die Nachbarstaaten und ist Hintergrund für die Territorial-Auseinandersetzungen mit den Anrainerstaaten der Inseln im Südchinesischen Meer, wo Ölvorkommen vermutet werden; gleiches gilt für den Streit zwischen Japan und China um die Erdgasvorkommen im Ostchinesischen Meer. China tritt international auch als Konkurrent für die USA auf, scheint aber bestrebt, zweitrangige Rohstoffmärkte zu erschließen, in denen die USA nicht vertreten sind und eine direkte Konkurrenz somit nicht gegeben ist. In den vergangenen 20 Jahren hat sich China insbesondere um gute Beziehungen zu den Industriestaaten bemüht, in der Hoffnung auf Technologietransfer und Investitionen. Auch wenn diese Inputs weiterhin benötigt werden, richtet sich Chinas Interesse inzwischen verstärkt auf die ressourcenreichen Länder des Südens, um den eigenen Rohstoffbedarf zu sichern. So hat China z.B. im Jahr 2000 das China-Afrika Kooperationsforum (CACF) ins Leben gerufen, um Handels- und Investitionstätigkeiten mit 44 afrikanischen Staaten zu fördern. Seitdem hat China nicht nur investiert, sondern auch Schulden in Höhe von 1 Mrd. US-\$ erlassen. 2004 investierte China aufgrund von Staatsbesuchen 1,4 Milliarden US-\$ in Lateinamerika und ist damit treibende Kraft hinter den Exportzuwachsen der lateinamerikanischen Länder.

Neben dem Erwerb von Rohstoffen stellt der Transport eine nicht zu unterschätzende und bisher weitgehend ungelöste Herausforderung dar. Da China beispielsweise keine grenzüberschreitenden Öl-Pipelines besitzt – ein Projekt mit dem russischen Öl-Konzern Yukos scheiterte im Jahre 2003 –, ist es im Wesentlichen auf (sichere) Seewege angewiesen. So ist Peking z.B. am Ausbau eines Hafens in Pakistan (Gwadar) beteiligt, verhandelt mit Bangladesh über maritime Einrichtungen und baut militärische Stützpunkte im Südchinesischen Meer aus. Die Umrüstung der chinesischen Marine von einer Küstensicherungs- zu einer Hochseeflotte wird gegenwärtig realisiert. Auch die Beteiligung an der Piratenbekämpfung vor der somalischen Küste ist in diesen Zusammenhang einzubetten.

Zum zweiten wird das amerikanische Engagement im Irak, in Afghanistan und Usbekistan nicht nur als eine im traditionellen Sinne sicherheitspolitisch relevante Ein-

kreisung Chinas gedeutet, sondern auch als Versuch verstanden, die zentralasiatischen Erdölvorkommen für die USA zu erschließen. Der Zugang zu Ressourcen wird damit inzwischen als sicherheitspolitischer Faktor interpretiert.

Zum dritten werden politische Entscheidungen z.B. innerhalb der UNO tangiert. So lehnte China im September 2004 im UN-Sicherheitsrat eine Verurteilung des Sudan wegen des Völkermordes in Darfur ab, weil der Sudan als potenzieller Erdöllieferant Chinas eingeplant ist (Importe aus dem Sudan decken gegenwärtig sechs Prozent des chinesischen Ölbedarfs).²²⁹ Der chinesische Sicherheitsexperte Shen Dingli wird in diesem Zusammenhang mit den Worten zitiert: „Weil wir auf Ölimporte angewiesen sind, müssen wir freundschaftliche Beziehungen zu allen ölproduzierenden Ländern pflegen.“²³⁰

Gleichwohl muss der große Bedarf an Rohstoffen die Beziehungen zu anderen Großimporteuren (USA) nicht ausschließlich belasten. Vielmehr bestehen in der Sicherstellung des Rohstoffzugangs ja potenzielle gemeinsame Interessen. Die Garantie eines Zugriffs auf konstante Rohölmengen zu geringen Preisschwankungen oder die Sicherung von Schifffahrtsrouten und Öl-Plattformen sind komplexe und teure Unterfangen, die sich in Kooperation effektiv lösen ließen.²³¹

Chinas Engagement in Afrika wird in Europa und den USA vielfach als Bedrohungsfaktor interpretiert. Hier muss jedoch differenziert werden. Im folgenden werden nicht die gängigen pro und contra Argumente wiederholt, es wird vielmehr auf darüber hinausgehende Interpretationsmöglichkeiten hingewiesen:

Das chinesische Engagement auf dem afrikanischen Kontinent ist nicht **nur** Ergebnis der Suche nach Energie und Rohstoffen, auch wenn dies ein zentraler Ausgangspunkt des Afrikaengagements gewesen ist. Bis vor wenigen Jahren hat China mehr als die Hälfte seines Erdölbedarfs (56 Prozent) aus dem Nahen und Mittleren Osten bezogen. Die Abhängigkeit von diesen Ölquellen könnte in den nächsten Jahren noch weiter zunehmen, wobei die USA im Falle eines Konfliktes mit China den Transport von Öl über die Seewege mit ihrer Marine ohne weiteres verhindern könnten (jedenfalls solange China nicht selbst über geeignete Marinestrukturen verfügt). Von daher ist China in den letzten Jahren auf der Suche nach alternativen bzw. neuen Importquellen. Dies gestaltete sich für den *Newcomer* auf dem Weltmarkt zunächst durchaus als schwierig. So verhinderte u.a. Japan den Abschluss eines Vertrages der *China National Petroleum Corporation* über den Bau einer Pipeline von Sibirien nach Nordostchina mit dem russischen Yukos-Konzern durch ein höheres Angebot. Das Bemühen, sich in ein Ölvorhaben in Kasachstan einzukaufen, scheiterte wiederum auf Grund des Widerstandes westlicher Ölkonzerne.

Afrika, das in der westlichen Entwicklungszusammenarbeit in den letzten Jahren eher etwas in den Hintergrund getreten ist, bot sich hier als Partner an. Dabei konnte China nicht nur auf eigene Erfahrungen mit den westlichen Kolonialmächten und seinen Anspruch, selbst ein Entwicklungsland zu sein, verweisen. Es verfolgte auch

ein höchst erfolgreiches und unabhängiges Entwicklungsmodell, das in Afrika große Sympathie genießt, zumal es weitgehend ohne ausländischen politischen Einfluss und ohne Verschuldung verlief. Autoritäre Staaten sehen sich bestätigt, dass erfolgreiche Wirtschaftsentwicklung auf der Basis eines autoritären politischen Systems möglich ist. In China wird zwar gesehen, dass autoritäre afrikanische Staaten sich zwar an dem „chinesischen Modell“ von Entwicklung orientieren möchten. Allerdings erklären chinesische Wissenschaftler explizite, dass dieses Modell keinen Vorbildcharakter für andere Staaten besitze und auch die chinesische Regierung den chinesischen Weg nicht als internationales Vorbild ansehe. Vielmehr müsse die Arbeit Chinas in Afrika explizit „verbessert“ werden.²³²

Auch die außenpolitischen „Fünf Prinzipien der Friedlichen Koexistenz“²³³ mit den Pfeilern Akzeptanz der Souveränität anderer Staaten und Nichteinmischung in innere Angelegenheiten stießen nicht nur bei autoritären afrikanischen Regierungen auf fruchtbaren Boden. „Viele afrikanische Politiker und Intellektuelle“, schreibt der renommierte Journalist Mohamed Guèye aus dem Senegal, „sehen die Zusammenarbeit mit China als Partnerschaft, bei der beide Seiten gewinnen. Die Chinesen machen Mut; statt zu reden, handeln sie. Hilfe von der Volksrepublik scheint leichter zugänglich als von Europa oder den USA. Es ist mittlerweile ein gewohntes Bild, chinesische Ingenieure und schwarze Arbeiter entlang Afrikas Straßen oder Eisenbahnlinien gemeinsam schuften zu sehen. Derweil knüpfen westliche Partner ihre Hilfe oft an kaum erfüllbare Bedingungen“.²³⁴ Kein Wunder, dass 48 von 53 Mitgliedern der Afrikanischen Union an dem Chinesisch-Afrikanischen Gipfel im November 2006 in Peking teilnahmen. „China“, schreibt Guèye, „verkörpert den Erfolg, den afrikanische Führer anstreben.“ Auf dem Gipfel sagte Staatspräsident Hu Jintao zu, die Hilfe für Afrika werde bis 2009 verdoppelt. Chinesische Produkte sind billig und gut und tragen zur Hebung des Lebensstandards in Afrika bei. China ist mittlerweile nach den USA größtes Exportland des Kontinents. Voraussichtlich 2010 wird China die USA vom ersten Platz verdrängt haben.

China erwirbt nicht nur Rohstoffe, sondern errichtet auch Kliniken und hilft bei der Entwicklung von Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung oder Tourismus. Auch von den angepassten Technologien und Produktstrukturen der erfolgreichen kleinen ländlichen Betriebe in China kann Afrika lernen. James W. Adams, Vizepräsident der Weltbank, erklärte im Dezember 2006: „China hat Afrika zwei ganz unterschiedliche Dinge gebracht. Zum einen kommt es mit der Perspektive, dass es bis vor kurzem selbst noch ein Entwicklungsland war. Dieser Blickwinkel unterscheidet sich grundsätzlich von anderen, traditionellen Herangehensweisen an Afrika. Zum anderen kommt China mit der starken Botschaft, dass es den afrikanischen Ländern keine Anweisungen zu geben versucht. Afrika ist wahrscheinlich der am Stärksten über-beratene Kontinent auf der Welt.“²³⁵ Während Afrika im Westen häufig als „verlorener Kontinent“ bezeichnet wird, der langfristig am Tropf der Industrieländer hängen werde, fühlen afrikanische Staaten sich von China als gleichberechtigte

Wirtschaftspartner akzeptiert. Zugleich sehen sie ihre Verhandlungskraft gegenüber dem Westen durch die Beziehungen zu China gestärkt, denn erstmals gibt es eine Alternative zur westlichen Entwicklungshilfe.²³⁶

Viele afrikanische Länder konnten ihre Exporte nach China beträchtlich steigern. Auch chinesische Investitionen in Afrika haben erheblich zugenommen (Ende 2008 ca. 80 Mrd. US-\$), nicht nur im Rohstoffsektor, was auch dem Wirtschaftswachstum förderlich ist und zum Abbau von Armut beiträgt. So haben Chinesen durchaus auch den Grundstein für eine moderne Textilindustrie in Afrika gelegt. 31 Staaten wurden die Schulden erlassen, und im Jahre 2005 hat Peking die Einfuhrzölle für 190 Güter aus 29 Ländern mit niedrigem Einkommen aufgehoben. Durch die Nachfrage auf dem chinesischen Binnenmarkt wurde einerseits die heimische Produktion in Afrika stimuliert, andererseits stiegen dadurch die Weltmarktpreise für Rohstoffe, zum Nutzen der entsprechenden Länder. Experten schätzen, dass das chinesische Engagement auf dem Kontinent für ca. 1,5 bis zwei Prozent des afrikanischen Wachstums verantwortlich ist und indisch-chinesische Rohstoffkäufe für knapp sechs Prozent in den Jahren 2006-2008. Im Zuge der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise brachen allerdings die Rohstoffpreise ein, zumal die Rohstoffexporte nicht mit einer Diversifizierung der Wirtschaft verbunden waren.²³⁷ Die in Harvard ausgebildete namhafte Ökonomin Dambisa Moyo aus Sambia hat Afrika empfohlen, weitgehend auf den Handel mit China zu setzen, das seine Märkte nicht – wie Nordamerika oder Europa – gegen afrikanische Agrarprodukte abschotte, sondern Lebensmittel aus Afrika benötige. Der Handel mit China sei vielversprechender als „fair Trade mit Europa“. Und: „Das chinesische Modell hat in Afrika innerhalb von fünf bis zehn Jahren mehr Arbeitsplätze und Infrastruktur geschaffen als der Westen in 60 Jahren“. Für die Probleme in Afrika hingegen müssten die Afrikaner selbst ihre Regierungen zur Rechenschaft ziehen, nicht die Europäer (oder Chinesen).²³⁸

In den Ländern mit dem geringsten Industrialisierungsgrad konkurrieren chinesische nicht mit einheimischen, sondern mit anderen Importwaren. Allerdings muss hier differenziert werden: Während Länder, deren Produkte mit chinesischen auf dem afrikanischen und dem Weltmarkt konkurrieren, eher negativ tangiert sind, profitieren diejenigen Länder, deren Wirtschaften das chinesische Angebot komplettieren. Nachteilig wirkt sich die chinesische Afrikapolitik auch auf den zivilgesellschaftlichen Bereich oder die Arbeit der Gewerkschaften aus.²³⁹ Ob allerdings Chinas Energiepolitik in Afrika einzelne Staaten destabilisiert oder stabilisiert, wird sich erst noch herausstellen. Druck auf autokratische Staaten ist nicht immer ein probates Mittel für einen Politikwandel, sondern kann Konflikte auch verschärfen.

Das chinesische Engagement ruft vor allem in westlichen Staaten große Bedenken hervor, die vor neuer Abhängigkeit, Ausbeutung, Zerstörung traditionellen Handwerks oder Stärkung autokratischer Regime aus reinen Rohstoffinteressen warnen. Die innen- und außenpolitische Entwicklung Chinas seit Ende der 1970er Jahre hat

indessen gezeigt, dass China ein lernender Staat ist, der aus vergangenen Fehlern seine Lehren zieht. Von daher besteht die große Hoffnung, dass China sich allmählich auch entwicklungspolitischen Fragestellungen öffnet. Chinesische Entwicklungsfachleute haben jüngst zugegeben, dass das Land in entwicklungspolitischer Hinsicht unerfahren ist. Sie zeigten zugleich aber Interesse an deutschem Know-how über Planung, Durchführung und Begleitung von Entwicklungsprojekten, das sie von der Internationalen Weiterbildung und Entwicklung GmbH (InWent) erwerben wollten. Dass China lernt, wird auch durch den Fall Sudan deutlich, wo China von seiner Politik der „Nichteinmischung“ abgerückt ist. So forderte der chinesische Parteichef Hu Jintao den sudanesischen Präsidenten auf, mehr mit den UN für eine Lösung des Darfur-Konfliktes zusammenzuarbeiten. Sondergesandte wurden nach Khartum geschickt, um bei einer Lösung zu helfen.

Vielen im Westen gefällt das chinesische Engagement in Afrika nicht, weil es strategische Interessen unterläuft und eine Konkurrenzsituation (China-„Westen“) schafft. In Afrika könnte sich dies gleichwohl befruchtend auswirken. So könnte dadurch in Europa und Nordamerika ein Umdenken in der Afrikapolitik angestoßen werden, mit neuen Schwerpunktsetzungen (etwa im Hinblick auf den Zugang zu neuen Märkten und Förderung eines Mittelstandes). Dies könnte auch den Einfluss etwa der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds vermindern, die ihre Programme den Staaten oft mit schmerzhaften Folgen oktroyieren. Möglicherweise ist es gerade dieser Konkurrenzsituation zu verdanken, dass z.B. der G8-Gipfel im Juli 2005 einvernehmlich beschlossen hat, die Konsolidierung Afrikas zu verstärken, auch wenn fraglich ist, ob die kontinuierliche Aufstockung massiver externer Finanzhilfen tatsächlich ein geeignetes Instrument für Armutsabbau und Entwicklung darstellt.

Statt über das chinesische Afrikaengagement zu lamentieren, wäre es sinnvoller, einen gemeinsamen europäisch-chinesisch-afrikanischen Dialog ins Leben zu rufen, primär im Interesse Afrikas, aber auch um zu verhindern, dass sich dieser Kontinent noch weiter von Europa entfremdet.²⁴⁰

无为而治

Alles regelt sich von selbst.

*(Ohne Eingreifen des Herrschers –
daoistischer Leitspruch)*

III. Zusammenfassung und Ausblick

Die innenpolitische Situation in China lässt sich thesenhaft wie folgt zusammenfassen:

- Das Wachstum Chinas und der rasche Umbau von einer Plan- zu einer Marktwirtschaft haben auch eine große Zahl sozialer Probleme mit sich gebracht. Teilweise handelt es sich dabei um Transformationsprobleme, zu deren Reduzierung es neuer Institutionen bedarf, teilweise um systemische Probleme (z.B. Korruption), deren Eindämmung eine grundsätzliche Veränderung der politischen Strukturen voraussetzt. Gleichwohl besitzt China einen starken Staat mit Staats- und Steuerungskapazität, der mit Erfolg an einem neuen Institutionengefüge arbeitet. Dieser Umbau dient drei Aspekten: der Fortsetzung der positiven ökonomischen Entwicklung und des internationalen Aufstiegs Chinas sowie dem Erhalt der KP-Herrschaft.
- Es ist daher davon auszugehen, dass, unter der Voraussetzung eines weiteren erfolgreichen Wirtschaftsprozesses, das politische und soziale Gemeinwesen weitgehend stabil bleiben wird.
- Wichtig ist, dass Untersuchungen chinesischer und westlicher Wissenschaftler (darunter auch meine eigenen) belegen, dass weite Teile der Bevölkerung nach wie vor Vertrauen in den Zentralstaat haben, in die lokalen Regierungen indes erheblich weniger oder gar kein Vertrauen setzen. Von daher besitzt die zentrale politische Führung (und damit das politische System) gegenwärtig noch immer Legitimität.
- Dies könnte sich allerdings ändern, wenn der Zentralstaat seine Steuerungskapazität einbüßen sollte, etwa im Falle einer weiteren großen ökonomischen Krise bei gleichzeitig fehlenden Ressourcen zu deren Bewältigung. Dann könnte die Unzufriedenheit mit Kaderwillkür und Korruption, die vor allem auf den unteren Ebenen weit verbreitet ist, in offene Revolten umschlagen. Von daher ist die politische Stabilität in China letztlich relativ.
- Der ökonomische und soziale Umbauprozess sowie der politische Strukturwandel belegen andererseits, dass der Parteistaat Lernkapazität besitzt, d.h. in der Lage ist, aus Fehlern und Misserfolgen Schlussfolgerungen zu ziehen und politische Korrekturen vorzunehmen. Allerdings bedarf es im Interesse der ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Stabilität nachhaltiger Strukturreformen sowie die größere Partizipation der Bevölkerung, Transparenz und Kontrolle der Verwaltungen, die Stärkung des öffentlichen Raums, die aber auch dringende Reformen im Finanzsektor beinhalten. Diese Aufgabe dürfte eine der größten Herausforderungen der kommenden Zeit werden.

Der Word-Text entspricht bei mir dieser Version.

- Solange die Handelserwartungen Chinas sich weiter positiv entwickeln und die Wirtschaft nicht stagniert, lässt sich der Umbau im Inneren fortsetzen. Die erfolgreiche Einbindung in die Weltwirtschaft und die Unterstützung des Transformationsprozesses in China selbst sind zwei wesentliche Voraussetzungen dafür, dass China sich weiter zu einem verlässlichen und kooperativen Partner in der Welt entwickeln wird.
- Die Lösung ökologischer Probleme und der Umgang mit der demographischen Entwicklung wird in den kommenden Jahrzehnten eine besondere Herausforderung für Politik und Gesellschaft sein.

Politische Reformen und Diskurse über politische Reformen vollziehen sich im gegenwärtigen China unter ganz spezifischen Gegebenheiten. Der wirtschaftliche und gesellschaftliche Liberalisierungs- und Pluralisierungsprozess hat trotz aller Erfolge zu einer Vielzahl von Problemen geführt. Obgleich der Modernisierungs- und Umbauprozess relativ stabil verläuft, sind die sozialen und ökonomischen Faktoren, die Instabilität begünstigen, die unter der Oberfläche brodeln, gewaltig. Allerdings ist diese Instabilität nicht Folge des Scheiterns der Reformpolitik, sondern Ergebnis des Erfolgs dieser Politik. Die gegenwärtige Parteiführung ist sich im Fortgang und der Kontinuität von weiteren Reformen, auch im politischen Bereich, einig. Dissenz gibt es eher im Hinblick auf die Tiefe und das Tempo politischer Reformen. Der Stabilitätsgedanke bildet den Hintergrund für die Zögerlichkeit, ein systemisches Reformpaket zu schnüren. Politische Reformen, die, wie in der ehemaligen Sowjetunion und Osteuropa, von ökonomischem Niedergang und sozialen Unruhen, schließlich von dem Zusammenbruch des politischen Systems begleitet sein könnten, finden keinerlei Unterstützung. Hier dient die ehemalige Sowjetunion als warnendes Beispiel. Die Führung befürchtet, dass unter Bedingungen zunehmender Fragmentierung (zwischen Reichen und Armen, Regionen, Schichten) aus politischen Reformen rasch ein Steppenbrand entstehen könne.

Überdies müssen die Schwierigkeiten berücksichtigt werden, denen sich Reformen im politischen Bereich gegenübersehen: (a) politische Reformen sind ein besonders sensibler Bereich, weil sie eine Neudefinierung der Funktion von Partei und Staat beinhalten; grundlegende politische Reformen könnten rasch zu einer grundsätzlichen Hinterfragung der Rolle der Partei sowie des politischen Systems führen; (b) innerhalb der politischen Elite gibt es keinen Konsens hinsichtlich des Tiefgangs solcher Reformen, so dass einseitige Beschlüsse zu Machtkämpfen führen würden; (c) politische Reformen haben Konsequenzen für die Funktionäre auf allen Ebenen, etwa was Macht, Einkommen, Karrieren und Seilschaften angeht. Der Verlust an Unterstützung durch Teile der regionalen bzw. lokalen politischen Eliten könnte Folgen für die Steuerungsfähigkeit der Partei und ihre Legitimität unter den Mitgliedern haben, vor allem, wenn deren Interessen massiv beschnitten würden.

Der Word-Text entspricht bei mir dieser Version.

Stabile Demokratie erfordert Voraussetzungen

China ist keineswegs eine politisch wandlungsresistente Diktatur mit einem im Innern und Äußeren rücksichtslos agierenden Staat, wie im Westen häufig behauptet wird. Vielmehr beginnt sich vor allem die städtische Gesellschaft graduell in eine Richtung zu bewegen, in der der Grad an Mitgestaltung, rechtlicher Sicherheit und individueller Autonomie (jedenfalls solange ein Individuum oder eine Gruppe nicht gegen das herrschende System aktiv wird) zunimmt. Nicht zuletzt auf Grund der Problemfülle ist eine Prognose, wohin sich China in den kommenden Jahrzehnten entwickeln wird, schwierig. Dies hängt in erster Linie von der inneren Entwicklung ab. Solange sich die Wirtschaft weiter erfolgreich entwickelt, rechtliche Sicherheit und Regelwerke ausgebaut werden und der Lebensstandard der Mehrheit der Bevölkerung wächst, der Grad an Partizipation zunimmt und gesellschaftliche und politische Stabilität gewährleistet werden können, kann sich China zu einem zuverlässigen und berechenbaren Partner auch in der internationalen Politik entwickeln. Sollte dies scheitern, dann wären die Folgen für China, seine Bewohner und nicht zuletzt für die gesamte Welt dramatisch.

Die im Westen häufig erhobene Forderung, China möge sich so rasch wie möglich demokratisieren, vernachlässigt, dass eine stabile Demokratie sich nicht einfach „einführen“ lässt, sondern Grundlagen benötigt, um sich stabil entwickeln zu können. In Europa war Demokratie Ergebnis einer langen politischen und sozialen Entwicklung. Abgesehen von ökonomischen Aspekten, wobei es heißt, ab einem pro Kopf Einkommen von 5.000 bis 6.000 US-\$ erhöhten sich die Überlebenschancen für Demokratien, weisen Demokratieforscher zu Recht darauf hin, dass in armen Ländern Demokratien generell fragil sind. In autoritären Systemen wiederum wirken sich – anders als in Demokratien – der Wechsel politischer Führungen, politische Opposition, Streiks oder Demonstrationen nachteilig auf wirtschaftliche Entwicklung aus.²⁴¹ Jedoch reicht es nicht, allein auf ökonomische Voraussetzungen zu setzen. Es bedarf darüber hinaus verschiedener institutioneller Grundlagen wie z.B.:

- Grundstrukturen einer Zivilgesellschaft, d.h. u.a. größere Freiheiten für die Medien, für Nichtregierungsorganisationen und die Herausbildung bürgerlicher Werte und Einstellungen.
- Ein unabhängiges Rechtssystem, das den Einzelnen und Gruppen vor staatlicher Willkür schützt und dem Staat rechtliche Zügel anlegt.
- Für ganz wichtig halte ich die Herausbildung von „zivilisatorischer Kompetenz“, d.h. die Herausbildung von Bürgern, die Bürgersinn entwickeln und deren Denken und Handeln sich stärker auf die Gesellschaft richtet. Bislang orientieren sich die Menschen noch immer vorrangig an primären Bezugsgruppen, wie Familie, Clan, Dorf- und Arbeitsgemeinschaften. Ein Bericht des chinesischen Staats-

rates von 2007 hat verdeutlicht, dass nur rund 1,8 Prozent der Bevölkerung ehrenamtlich im Sinne gesellschaftlichen Engagements tätig waren (Deutschland: ca. 45 Prozent). Gesellschaftliches Engagement und Bürgersinn sind aber wichtige Elemente von Demokratie. Teil der zivilisatorischen Kompetenz ist aber auch, dass Staat und Individuen lernen, andere Meinungen zu akzeptieren, mit Andersdenkenden zivil umzugehen und Konflikte friedlich zu lösen.

Dazu bedarf es gesellschaftlicher Gruppen, die sich für einen Demokratisierungsprozess engagieren. Unter den neuen Mittelklassen (geschätzte 80 bis 100 Millionen Menschen) ist bislang kein organisierter Dissens erkennbar, die privaten Unternehmer verhalten sich weitgehend systemkonform. Lokale Proteste von Arbeitern und Bauern richten sich primär gegen soziale Ungerechtigkeiten oder Korruption, auch hier ist keine organisierte Bewegung erkennbar. Selbst unter Wanderarbeitern gibt es, trotz der Krise, kaum Proteste.

Untersuchungen von Politikwissenschaftlern verdeutlichen zudem, dass demokratische Vorstellungen im Denken der chinesischen Bevölkerung noch einen relativ geringen Raum einnehmen. So hat der an der Universität Pittsburgh lehrende Professor Wenfang Tang durch Meinungsumfragen in der VR China herausgefunden, dass als Kriterien zur Beurteilung von gutem Regierungshandeln benannt wurden (1999): Wirtschaftswachstum (48 Prozent), Effizienz (35 Prozent), saubere Regierung (34 Prozent), Herrschaft des Rechts (21 Prozent), politische Transparenz (15 Prozent), demokratische Wahlen (11 Prozent), individuelle Freiheit (7 Prozent).²⁴²

Ein Zusammenbruch des politischen Systems würde von daher – vor allem auch unter den schwierigen Bedingungen des Transformationsprozesses, widerstreitender Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen und Regionen sowie fehlender Voraussetzungen – wohl kaum zu einem geordneten Übergang in ein stabiles demokratisches System führen. Vielmehr ist zu befürchten, dass politische Wirren, innere Machtkämpfe, riesige Flüchtlingsbewegungen und eine lang anhaltende ökonomische Krise – mit gravierenden und nachhaltigen Folgen nicht nur für die chinesische Bevölkerung, sondern auch für ganz Asien sowie die Weltwirtschaft die Folge wären. Wer glaubt, die Beseitigung der Parteiherrschaft führe automatisch in ein demokratisches und blühendes China, hat von den immensen Problemen, vor denen dieses Land und seine Menschen stehen, im Grunde nichts verstanden.

祛除依赖“明君”、“清官”的臣民意识，张扬权利为本、参与为责的公民意识，实践自由，躬行民主，尊奉法治，才是中国的根本出路。零八宪章

Hinweg mit der Untertanen-Mentalität, sich auf „Ehrbare [Machthaber]“ und „saubere Beamte“ zu verlassen, jetzt ist die Zeit des Bürgerbewusstseins, das Rechte als Wesen der Sache und Teilnahme als seine Verantwortung begreift, das Freiheit verwirklicht, Demokratie als ureigenes Anliegen versteht und die Herrschaft des Rechts respektiert. Allein hier liegt der Ausweg für China.

**Charta 08
(Im Dezember 2008 veröffentlichter
Aufruf für Freiheit und Demokratie
von 303 Chinesen)**

Jörg-M. Rudolph

**Charakteristika
der chinesischen Autokratie**

1. Partei und Staat: China – Beute eines Geheimbundes

Auf den ersten Blick gleicht der chinesische Staatsaufbau dem demokratischer Länder, zum Beispiel dem deutschen: Es gibt eine Verfassung (Grundgesetz), einen Vorsitzenden des Staates (Bundespräsident), ein Oberstes Volksgericht (Bundesgerichtshof), einen Generalstaatsanwalt (Bundesanwalt), eine Zentralregierung (Bundesregierung), einen Ministerpräsidenten (Bundeskanzler), Minister, eine Regierungspartei, Regierungen der Provinzen (Bundesländer), Gouverneure der Provinzen (Ministerpräsidenten) und zahllose Gesetze und Vorschriften, die Befugnisse der Ämter sowie den Prozess ihrer personellen Besetzung festlegen.

Auch die Verwaltungseinheiten haben eine ungefähre Entsprechung in Deutschland: China gliedert sich in 22 Provinzen (Bundesländer, die offizielle chinesische Zählung weist allerdings 23 aus, weil man Taiwan als „chinesische Provinz“ betrachtet, eine Ansicht, die die Mehrheit der 23 Millionen Taiwaner allerdings nicht teilt, sie sehen sich als eigenständigen Staat), vier Regierungsunmittelbare Städte (Stadtstaaten) und fünf Autonome Regionen – Gebiete, die mehrheitlich von nicht-chinesischen Ethnien bewohnt sind wie zum Beispiel Tibeter, Mongolen, Uiguren (ein muslimisches Turkvolk) und andere. Diese administrativen Einheiten gliedern sich dann weiter in Bezirke, Kreise, Städte und zuletzt Dörfer.

Ein zweiter Blick offenbart freilich Abweichungen vom deutschen System, zum Beispiel in bezug auf die Regierung. Während das Kabinett in Deutschland die Versammlung aller Minister unter Vorsitz des Bundeskanzlers ist, sind die chinesischen Ministerien nur Abteilungen einer ihnen übergeordneten Einheit namens 国务院 *Staatsrat* oder: 中央政府 *Zentralregierung*. Dieses Gremium besteht im inneren Zirkel aus dem Ministerpräsidenten (Premier, Regierungschef) und fünf Staatsräten, die jeweils für mehrere dem Staatsrat als Abteilungen untergeordnete Ministerien (derzeit 27) zuständig sind. Die personelle Besetzung all dieser Ämter schlägt der Ministerpräsident dem Nationalen Volkskongress vor, der dem ebenso zustimmen muss wie der Besetzung des Ministerpräsidentenamtes, die der Vorsitzende der Volksrepublik vorschlägt.

Den **Ministerien** wiederum unterstehen insgesamt ca. 50 Verwaltungseinheiten. Über sie hat die Zentralregierung Zugriff auf alle Aspekte der Verwaltung des Landes, von der Getreideerzeugung über das Kulturwesen bis hin zu Energieerzeugung, Devisenverwaltung, Wirtschaftsplanung, Wissenschafts- und Technikentwicklung, Geburtenplanung, auf die Finanzen, Statistik, Wettervorhersage etc. Zu diesen Abteilungen gehört auch eine staatliche Nachrichtenagentur (新华社 *Neues China*), die bei der Medienberichterstattung das Maß der Dinge ist. Komplementär zu dieser Agentur sind ebenfalls den Ministerien unterstehende Büros zur Kontrolle

(Zensur) sämtlicher Druck- und elektronischer Medien sowie der Filmwirtschaft. Mit letzteren unterliegen in China auch Bereiche der Regierungskontrolle, die in einem demokratischen Staat – im Rahmen der Gesetzgebung – eigenständig sind wie zum Beispiel die Filmwirtschaft, der Rundfunk, das Fernsehen und die Presse. Das System dieser Ämter wiederholt sich über die Provinz-/Stadtebene nach unten, in einigen Fällen fast bis an die Graswurzeln der Gesellschaft.

Aus dieser Organisationsform plus der Möglichkeit der Zentralebene, ihren Willen ggf. auch ohne Mitwirkung der Zwischenebenen direkt bis nach ganz unten zur Geltung zu bringen (zum Beispiel Inhaber führender Positionen abzusetzen oder auszutauschen), ergibt sich die Charakterisierung des Staates als **Zentralstaat**.

Entscheidend bei der personellen Besetzung der Präsidenten-, Ministerpräsidenten- und Ministerposten ist auf den ersten Blick der Volkskongress (das Parlament) der jeweiligen Ebene (national, Provinz etc.). Er wählt alle fünf Jahre, mit Beginn einer neuen Legislatur, den Staatspräsidenten, den Premier, die Minister und die Leiter der Verwaltungseinheiten des Staatsrates. Die Bestellung der wählenden Abgeordneten liegt jedoch im Dunkeln. Wie kommen sie ins Parlament? Zwar gibt es gesetzliche Regelungen, wonach dies durch Wahlen erfolge, doch ist der Weg zur Konstituierung kompliziert und vor allem: undurchsichtig.

Fest steht, dass dies nicht in allgemeinen, landesweiten Wahlen geschieht, sondern nur indirekt durch die untergeordneten Volkskongresse der Provinzen und regierungsunmittelbaren Städte (sowie der Legislativen Hongkongs und Macaos). Von diesen „Wahlen“ ist – im Gegensatz zu Wahlen hierzulande – öffentlich kaum etwas bemerkbar. Weder gibt es Plakatierungen zueinander in Opposition stehender politischer Parteien noch Versammlungen oder Kundgebungen, Flugblätter, TV-Werbesendungen oder ähnliches. Nur in sehr wenigen Einzelfällen gab es in letzter Zeit vereinzelte Straßenauftritte von Kandidaten für lokale Volkskongresse.

Damit sind wir beim entscheidenden Charakteristikum dieses Systems angelangt: Es erscheint auf den ersten Blick dem demokratischer Staaten zu entsprechen, ist aber tatsächlich **undurchsichtig und nicht demokratisch**. Wer genauer hinsieht, wird alsbald feststellen, dass die Auswahl sämtlicher Machttträger – Volkskongress-Abgeordnete, Staatspräsident, oberster Richter, Ministerpräsident, Staatsräte, Minister etc. bis zu den Bürgermeistern der Städte und den Leitern der Ämter – ausschließlich auf dem Wege einer Ernennung durch die regierende Partei erfolgt und die Zustimmung der Volkskongresse bloßes Beiwerk ist. Diese Partei ist die Kommunistische Partei Chinas (KPCh). Freilich entscheiden nicht alle ihre 72 Millionen Mitglieder über die Auswahl der Machttträger, sondern nur ihre oberste Führung.

Die Kommunistische Partei Chinas

Die Organisationsprinzipien dieser Partei gehen auf Lenin zurück, der sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts in seiner Schrift *Was tun?* ausarbeitete und später in der russischen/sowjetischen KP umsetzte. Er ließ sich dabei von der Überlegung leiten, dass nur eine straffe, quasi militärische Organisation in der Lage sei, die Macht in einem bestehenden Staat zu ergreifen. Nicht durch Wahlen, sondern durch einen gut vorbereiteten Umsturz. Daraus ergaben sich vor allem vier organisatorische Muss-Bedingungen für die KP, die auch heute noch für die chinesische Partei gelten:

1. Mitglieder sind vor der Aufnahme sorgfältig daraufhin zu prüfen, dass sie ihr gesamtes Leben in den Dienst der Partei stellen. Parteimitglieder sind deshalb stets aktiv, das Institut der Passiven Mitgliedschaft wie es demokratische Parteien kennen, gibt es in der KP nicht. Jedes Mitglied ist ein Kader oder **Berufsrevolutionär**, der sich mit Haut und Haaren „der Sache der Partei“ verschreibt.
2. Der Parteaufbau ist zentralistisch und hierarchisch, die untere Ebene schuldet der oberen Gehorsam und dies über alle Ebenen. Der Parteispitze untersteht der Gesamtverband. Oben gefasste Beschlüsse sind unten auszuführen – selbst von jenen, die ihnen möglicherweise bei der Beschlussfassung nicht zugestimmt hatten. Lenin nannte diesen Grundsatz Demokratischen Zentralismus, ein deutlicheres Wort wäre: **Befehl und Gehorsam**.
3. Um dem Feind (den Vertretern der zu stürzenden politischen Macht bzw. nach der Machtergreifung den Feinden des Regimes) die Möglichkeit der Gegenwehr zu nehmen, ist die Geheimhaltung des „Parteilebens“, der Lage-Analysen, Aktivitäten-Planungen, des Lebens der Parteifunktionäre etc. oberstes Gebot. Die Organisation ist also einem **Geheimbund** vergleichbar, die Öffentlichkeit erfährt und weiß nur, was die Parteiführung ihr mitteilt, nicht aber, was intern im einzelnen in ihr vorgeht. Die Fraktionsbildung ist verboten.
4. Unterorganisationen der Partei sind überall dort zu bilden und haben im Sinne der Parteibeschlüsse aktiv zu sein, wo mehrere Mitglieder arbeiten, in Unternehmen, Ämtern, Schulen, Universitäten etc. Parteiangehörige sind also **omnipräsent** und als „Kader“ handelnd.

Alle diese Prinzipien erkennt das chinesische Parteimitglied bei seiner Aufnahme in die Organisation an. Die erfolgt, nach einer „Probezeit“, in einer quasi religiösen Zeremonie, in der die Kandidaten sich mit erhobener Faust vor der Parteifahne aufstellen und folgenden Schwur sprechen:

Ich bin entschlossen, der Kommunistischen Partei Chinas beizutreten, ... die Mitgliedspflichten zu erfüllen, die Beschlüsse auszuführen, die Parteidisziplin einzuhalten, die Parteigeheimnisse zu hüten, der Partei treu zu sein, aktiv für sie

zu wirken, bis an mein Ende für den Kommunismus zu kämpfen, jederzeit bereit zu sein, alles für die Partei ... zu opfern und sie niemals zu verraten¹.

So unterstellt sich jedes einzelne Parteimitglied dieser Organisation mit seinem gesamten Leben, vergleichbar einem Mönch, der in einen Orden eintritt. Der Unterschied besteht darin, dass KP-Mitglieder nicht abgesondert in einem Kloster leben, sondern überall in der Gesellschaft – in Betrieben, Schulen und Hochschulen, Ämtern, Verwaltungen etc. Dort sind sie in sogenannten Parteikomitees oder Zellen organisiert und aktiv.

Selbstverständlich beschreibt der Schwur lediglich den Soll-Zustand. Keineswegs halten sich alle Mitglieder und jederzeit daran. Allerdings drohen bei Verstößen gegen die Parteidisziplin Sanktionen, schlimmstenfalls der Parteiausschluß. Letzteres hat im chinesischen Partei-Staat, wo solche Dinge Eingang in die Personalakte finden, natürlich drastische (negative) Auswirkungen auf das weitere Leben des so gemaßregelten. Aus diesem Grunde kann man davon ausgehen, dass alle Mitglieder das ausführen, was Ihre Oberen von ihnen verlangen – jedenfalls solange sich die Führung tatsächlich um die Umsetzung ihrer Beschlüsse kümmert.

An der Spitze der Partei-Hierarchie steht der Ständige Ausschuss des Politbüros des Zentralkomitees, der zur Zeit aus neun Personen besteht. Die nächste Hierarchieebene ist das Politbüro mit momentan 25 Mitgliedern (die neun Mitglieder des Ständigen Ausschusses sind darin enthalten). Beide Gremien gehen aus einer Wahl durch das Zentralkomitee (ZK) hervor. Dieses wiederum wählt der alle fünf Jahre stattfindende Parteitag, der als höchstes Gremium der Partei gilt.

Der 17. Parteitag (Oktober 2007) wählte insgesamt 371 Mitglieder in das Zentralkomitee, von denen 204 als Vollmitglieder fungieren, die anderen 167 sind sogenannte Kandidaten, die an den Zusammenkünften des ZK teilnehmen, aber kein Stimmrecht besitzen. Diese Struktur der zentralen Führungsebene wiederholt sich in etwa auf den ihr unterstehenden regionalen Hierarchieebenen (Provinz- etc. Parteikomitee).

Ganz unten in der Hierarchie, als Schnittstelle zur Bevölkerung, schließen die Partezellen die Organisation ab und verzahnen sie mit dem Rest der Bevölkerung, den Nicht-Parteimitgliedern. Zellen bestehen überall, wo es mindestens drei Parteimitglieder gibt, in Firmen, Ämtern, Schulen, Universitäten, Kindergärten ... und natürlich auch in ausländisch investierten Unternehmen. Die Zahl der Partezellen beträgt etwa 3,6 Millionen. Sie garantieren, dass große Teile der Bevölkerung dem Handeln und der Aufsicht „der Partei“ ständig und sogar ganz persönlich ausgesetzt sind, denn zumindest die Leiter der Zellen sind auch die Leiter der Einheiten, in denen sie wirken.

Formal das höchste Parteigremium ist der Parteitag. Er tritt gewöhnlich aber nur alle fünf Jahre zusammen – zuletzt im Oktober 2007 zum 17. Mal in der Geschichte der

KP Chinas. Seine 2.235 Delegierten, die Parteieinheiten auf geheime Art und Weise auswählen und als Delegierte zum nationalen Parteitag entsenden, wählen stets das Zentralkomitee und die sogenannte Disziplinkontrollkommission (s.u.). Das ZK wiederum wählt auf seiner an den Parteitag unmittelbar anschließenden ersten „Tagung“ aus seinen Reihen die Mitglieder des Politbüros (derzeit 25), die Mitglieder des Ständigen Ausschusses des Politbüros (derzeit neun) sowie den Generalsekretär des ZK (= Parteichef) und die „Militärkommission“ der Partei, der die Armee untersteht. Die chinesischen bewaffneten Kräfte unterstehen also der Partei, die Armee ist eine Partei-Armee.

Im doch recht langen Fünfjahreszeitraum ohne Parteitag fungiert das Zentralkomitee als höchstes Parteigremium. Da aber auch das ZK in der Regel nur einmal im Jahr zusammentritt, ist das 25-köpfige Politbüro das höchste Machtgremium in der Zwischenzeit. Da dieses jedoch ebenfalls nicht ständig zusammen ist, fällt in der „Tagesarbeit“ die oberste Macht auf den aus nur neun Personen bestehenden Ständigen Ausschuss, der damit das **ultimate Machtorgan** der chinesischen Partei ist. Sein Leiter ist der Generalsekretär, der (seit 1992) in Personalunion auch Staatspräsident ist und – vielleicht am wichtigsten – auch Chef der Militärkommission der Partei und damit Oberbefehlshaber der Armee.²

Die Mitglieder des Ständigen Ausschusses haben die oberste Zuständigkeit für alle Bereiche des chinesischen Staates unter sich aufgeteilt. So ist zum Beispiel ein Mitglied auch Regierungschef (Ministerpräsident) und als solcher für die „Vorschläge“ zur Besetzung der Zentralregierung zuständig, die der Volkskongress billigt. Ein anderes Mitglied für die Wirtschaft, ein drittes für den ideologischen Bereich inklusive der Medienkontrolle, ein viertes für Polizei und Gerichte. Ein fünftes Mitglied leitet als Sekretär die sogenannte Zentrale Disziplin-Kontrollkommission, das Gremium zur Überwachung der in zentraler Funktion tätigen Parteimitglieder. Es verwaltet zum Beispiel deren Personalakten. Die Disziplinkontrollkommission verfügt über einen umfangreichen Mitarbeiterstab, der sogar staatsanwaltliche und polizeiliche Befugnisse hat, also gegen Parteimitglieder ermitteln, sie sogar festnehmen und verhören kann und dies auch ausgiebig tut.

Der **Geheimbund**-Charakter der KP Chinas spränge schon einem Betrachter ins Auge, der sich nur darum bemühte herauszufinden, wo und wann zum Beispiel der Ständige Ausschuss zusammentritt; oder was dort auf der Tagesordnung steht/stand, was seine Mitglieder beschlossen haben, wer dafür, wer dagegen war und Ähnliches. Selbst für das in der Hierarchie folgende Politbüro sind solche Dinge nicht zu ermitteln, jedenfalls nicht aus legal erhältlichen Quellen. Einzig, dass das Zentralkomitee einmal im Jahr, im Herbst, zusammentritt, ist bekannt. Wie es auf der Tagung selbst aber unter den immerhin über 300 Mitgliedern zugeht, wer was sagte, wie die Abstimmungen verliefen und was die Öffentlichkeit eventuell interessierende Fragen mehr wären, unterliegt der Geheimhaltung, wer es der Öffentlichkeit

mitteilte, verriet „Staatsgeheimnisse“ und machte sich strafbar. Sehr sogar.

Staat und Partei sind über das Personal des Herrschaftssystems unentwirrbar miteinander verbunden, aber im Konfliktfall entscheidet stets der Parteistrang, weshalb man beider Zuständigkeit vielleicht am besten so definiert: Mit den Staatsorganen verwaltet „die Partei“ ihren Besitz, die Volksrepublik China, die Parteiorgane entscheiden, wie das geschieht. Die offizielle Website des sogenannten Informationsbüros des Staatsrates der VR China macht daraus nicht einmal auf ihrer deutschen Seite ein Hehl. Dort heißt es unter der Überschrift *Die Verfassung klipp und klar*:

Die wichtigsten Verfassungsbestimmungen für Chinas politisches System

A. Die Hauptprinzipien der chinesischen Politik

(1) Die Kommunistische Partei Chinas ist die einzige Regierungspartei Chinas.

Die Volksrepublik China wurde von der KP Chinas gegründet.

Die KP Chinas war, ist und wird die Führerin des chinesischen Volkes sein.³

Diese autoritative Quelle wiederholt andernorts („II. Chinas Regierungspartei“) ohne Wenn und Aber gleich im ersten Satz die Aussage: *Die Kommunistische Partei Chinas ist die einzige Regierungspartei Chinas* und führt weiter aus:

Die Kommunistische Partei Chinas [rief] ... nach einem bewaffneten Kampf [...] 1949 die Volksrepublik China ins Leben. ... Die Kommunistische Partei Chinas besitzt auf allen Ebenen der Regierung und in allen Bereichen der Gesellschaft offizielle (d.h. durch innerparteiliche Wahl entstandene) Organisationen oder inoffizielle (d.h. durch übergeordnete Parteiorganisationen ernannte) Organisationen.⁴

Mit anderen Worten: Die Herrschaft der Partei gründet auf „bewaffneten Kampf“ und ihrem „Besitz“ von „Organisationen“ „auf allen Ebenen der Regierung und in allen Bereichen der Gesellschaft“, die entweder durch „Wahl“ (innerhalb irgendwelcher Parteiorganisationen) zustande kommen oder auch ganz einfach per „Ernennung“ (durch irgendwelche Parteiorganisationen). Am Ende definiert dieser vom Staatsrat autorisierte Text noch en détail, wie „die KP“ den Staat „führt“:

Die Führung des Staates durch die Kommunistische Partei Chinas

Damit ist hauptsächlich die politische, ideologische und organisatorische Führung gemeint. Sie zeigt sich in:

- *Organisierung und Leitung der gesetzgebenden und -vollstreckenden Tätigkeit des Staates;*
- *Stärkung der Führung der Armee des Volkes;*
- *Leitung und Verwaltung der Kaderarbeit;*
- *Organisierung und Mobilisierung der Gesellschaft;*
- *Beachtung der ideologischen und politischen Arbeit.*

Hier ist also nicht weniger festgeschrieben als der Besitzanspruch einer militanten Organisation auf den gesamten Staat, die Armee, das „Volk“, die Beamtschaft, ja

die „Gesellschaft“ schlechthin – sogar in bezug auf ihr „Denken“, die sogenannte Ideologie.

Die Ideologie der chinesischen Partei

Den Charakter der Partei beschreibt ihre Website wie folgt:

- Die KP Chinas ist die Speerspitze der Arbeiterklasse,
- die Speerspitze des chinesischen Volkes und der chinesischen Nation,
- der führende Kern der Sache des Sozialismus mit chinesischen Charakteristika,
- sie vertritt die Entwicklungserfordernisse der fortschrittlichen Produktivkräfte,
- die vorwärtsstrebende Richtung der fortschrittlichen Kultur,
- die grundlegenden Interessen der Mehrheit des chinesischen Volkes.

Außerdem sei es das höchste Ziel der Partei, den Kommunismus zu verwirklichen.⁵

Die Ideologie der Partei stellt die Website folgendermaßen dar:

*Die Partei besitzt als handlungsweisenden Kompass den Marxismus-Leninismus, die Mao Zedong-Ideen, die Theorie des Deng Xiaoping sowie das wichtige Denken der „Drei Vertretungen“.*⁶

Man kann diese vier für Außenstehende meist unverständlichen „Theorien“ in etwa so erläutern:

- **Marxismus-Leninismus** = Wirtschaft in Staateigentum, Diktatur des Proletariats (= Diktatur der KP).
- **Mao Zedong-Ideen** = 1. Regieren mit sogenannten Massenkampagnen, also der Einbindung möglichst großer Teile der Bevölkerung in Aktivitäten der Partei; 2. die Partei kommandiert die Armee; 3. Fortsetzung der revolutionären Umgestaltung der Gesellschaft auch im Sozialismus, Ablehnung des „Primats“ der Wirtschaft, d.h. der Auffassung, der Kommunismus werde durch den „wirtschaftlichen Aufbau“ erreicht, das „korrekte Bewusstsein/Denken“ sei zweitrangig.
- **Deng Xiaoping-Theorie** = Die Wirtschaftsentwicklung ist das oberste Ziel, geeignete Mittel dazu sind alle, die das Wachstum beschleunigen (dafür steht der berühmte Satz des 邓小平 Dèng Xiǎopíng: Egal, ob die Katze schwarz oder weiß ist, solange sie Mäuse fängt, ist es eine gute Katze⁷); um dieses Ziel zu erreichen, ist kein politischer Plan nötig, vielmehr könne man alles mal ausprobieren (邓小平 Dèng: Die Steine tastend den Fluss überqueren⁸); Bereicherung einzelner ist ausdrücklich erlaubt (Reich werden ist ehrenhaft und: Einige können zuerst reich werden⁹).

Das Denken der „Drei Vertretungen“ = Neueste „Theorie“, stammt vom Vorgänger des derzeitigen Parteichefs. Sie besagt: Die KP ist eine Partei aller Chinesen, selbst Privatunternehmer (Kapitalisten) können Mitglied der KP werden; die Partei tritt immer für alles Fortschrittliche ein [was das ist, definiert sie selbst].

Diese „Theorien“ stehen hier in chronologischer Folge. Soweit sie eine chinesische Quelle haben, gilt, dass sie auf einen ehemaligen Parteichef zurückgehen: zuerst 毛泽东 Máo Zédōng (im folgenden: Mao Tse-tung), dann 邓小平 Dèng (der freilich nie Parteichef war), zuletzt 江泽民 Jiāng Zémín (Parteichef von 1989 bis 2002). Seit seiner Amtsübernahme 2002 hat auch der gegenwärtige Parteichef 胡锦涛 Hú Jǐntāo der Liste eine eigene „Theorie“ hinzugefügt, nämlich die der sogenannten harmonischen Gesellschaft und wissenschaftlichen Entwicklung.¹⁰

Bei näherem Betrachten fällt allerdings auf, dass beinahe jede dieser „Theorien“ nicht mit der vorhergehenden vereinbar ist. Einen Marxisten-Leninisten zum Beispiel müsste erstaunen, dass die chinesische KP nicht nur Privat-Unternehmer als Mitglieder aufnimmt, sondern auch noch propagiert, dass reich werden ruhmvoll sei, ja es nicht einmal etwas ausmache, wenn einige zuerst reich würden. Ein Marxist würde eine Gesellschaft auch stets als Klassengesellschaft begreifen, wo eine Klasse, die Bourgeoisie oder Kapitalistenklasse, eine andere, das Proletariat oder die Arbeiterklasse, unterdrückt, um sie ökonomisch auszubeuten. Ein Marxist könnte niemals verstehen, wieso die chinesische KP ausgerechnet Bourgeois als Mitglieder aufnehmen möchte, oder dass sie seit Jahren nicht mehr von „Klassen“ in China spricht, sondern nur von gesellschaftlichen Schichten. Ein Marxist könnte schließlich nicht begreifen, dass es in China, dem Land mit einem der tiefsten Abgründe zwischen Arm und Reich, nicht nur keinen Klassenkampf geben soll, sondern im Gegenteil sogar eine harmonische Gesellschaft errichtet werde, wie die neueste „Theorie“ dekretiert.

Der entscheidende Bruch zwischen den „Theorien“ war die Aufgabe des maoistischen Primats der Politik: Revolution ist das Wichtigste, die Klassen in der Gesellschaft und ihre gegensätzlichen Interessen bestehen auch im Sozialismus weiter, die Funktionäre der KP können zu neuen Ausbeutern und Unterdrückern werden. Dies ersetzte 邓小平 Dèng Xiǎopíng nach seiner de facto Machtergreifung Ende der 70er Jahre durch seine „Katze und Maus-Theorie“, die er durch die Ausschaltung all jener absicherte, die an Maos Maximen festhalten wollten. Seither gilt der „wirtschaftliche Aufbau“ als das alles Entscheidende, wobei es schon bald gleichgültig war, „wie“ der sich vollzog. Gut war alles, was die jährliche Wachstumsrate der Wirtschaftsleistung antrieb, besser war, was das Bruttoinlandsprodukt noch mehr steigerte.

Nach etwa zwanzig Jahren Praxis auf Basis dieser Maxime (mehr dazu in Kapitel 5 und 6) sanktionierte der 16. Parteitag der KP 2002 einen zweiten tiefen, den Charakter der chinesischen Partei grundlegend ändernden Ideologie-Bruch: die „Theorie“ der „drei Vertretungen“. Ausländische Beobachter haben sie vielfach nicht ernst ge-

nommen, ja, belächelt, als eine Spinnerei ihres Initiators 江泽民 Jiāng Zémín, der sich damit eitel in den „Annalen der Partei“ neben Mao und 鄧 Dèng verewigen wolle.

Tatsächlich aber ging es dabei um wesentlich mehr. Während sich 鄧 Dèng mit seiner „Theorie“ noch verbal an Marx und den Kommunismus insofern angelehnt hatte, als er auf die „arbeitenden Klassen“ rekurrierte und postulierte, ohne hochentwickelte Produktivkräfte (Industrie, Landwirtschaft, Wissenschaft und Technik) könne jene ausbeutungsfreie Gesellschaft des Kommunismus gar nicht erreicht werden, da diese ja einen Überfluss materieller Güter voraussetze, machen die „drei Vertretungen“ aus der „Partei der Arbeiterklasse“, die allein dies garantieren könne, eine Partei des ganzen Volkes, also aller Chinesen. Die KP steht seitdem für das „Gute“ schlechthin, in ihren eigenen Worten: jeglichen „Fortschritt“. Sie vertritt keine Sonderinteressen „fortschrittlicher“ sozialer Schichten mehr, sondern die einer allchinesischen „Volksgemeinschaft“. Die kennt keine Klassen und keine Parteien mehr und duldet schon gar keine Opposition gegen den „Fortschritt“. Diese „Volksgemeinschaft“ kennt nur noch „Chinesen“ mit gleichgelagerten Interessen („China groß und stark machen“) und schafft dem Nationalismus in seiner konfuzianisch-chinesischen Variante des überheblichen Chauvinismus freie Bahn, wie man heute allenthalben beobachten kann. So kam er zurück, der *Ugly Chinaman*, wie der Historiker 柏楊 Bó Yǎng sein erfolgreiches Buch betitelte¹¹, und mit ihm die traditionelle Staatsideologie, des Konfuzianismus¹², der seine despotische Herrschaft damit legitimierte, die „edle Macht der edlen Menschen“ zu sein – heute eben der „fortschrittlichen“ KP-Funktionäre. Die in der Folge der „drei Vertretungen“ mächtig aufstrebende Renaissance des Konfuzianismus in der Volksrepublik war die logische Konsequenz dieser „Theorie“.

Offensichtlich passen die Ingredienzen des gegenwärtigen ideologischen Gebräus der chinesischen Partei nicht zusammen, widerspricht eine „Theorie“ der anderen. Dass dies noch lange so bleibt, ist ausgeschlossen, mehr und mehr drängt sich der alte Staatskonfuzianismus im schein-modernen Gewand nach vorne (mehr dazu in Kapitel 2). Nur eins gilt für den aktuellen Ideologie-Flickenteppich: „Die Partei“ legitimiert ihre Herrschaft damit, Gutes für „das Volk“ oder besser: „für China“ zu tun.

Partei und Staat

Im Rahmen dieser Rechtfertigung ihrer Alleinherrschaft erscheint es vollkommen legitim, dass die Parteiführung sämtliche Einrichtungen des Staates – Legislative, Exekutive, Judikative, ja auch die Medien aller Art – zur freien Verfügung hat, um dieses vorgebliche Ziel – „das Wohl Chinas“ – zu verwirklichen. So unterstehen alle staatlichen Institutionen dem Willen der jeweiligen Parteileitungen und stehen die-

se über dem Gesetz. Im Falle eines Falles kann „Peking“ (Ständiger Ausschuss ...) sogar Entscheidungen lokaler Art erzwingen und tut dies auch, zum Beispiel in Form des Austausch von Provinzgouverneuren. Die neun Personen des Ständigen Ausschusses sind es letztlich auch, die tatsächlich die zentralen und Provinz-Minister auswählen und dem Nationalen bzw. Provinz-Volkskongress zur „Wahl“ vorschlagen. Sie können diese Leute jederzeit ab- oder umsetzen und sind niemandem Rechenschaft schuldig. Über Anweisungen ihrer Zensurbehörden vermögen sie jederzeit dafür zu sorgen, dass keine Medien solches Handeln hinterfragen, über ihre Polizeigewalt verhindern sie gegebenenfalls, dass „die Straße“ sich einmischt etc.

Was also auf den ersten Blick aussieht wie ein demokratisches System der Gewaltenteilung, ist in Wirklichkeit eine hoch zentralisierte Diktatur erstaunlich weniger Personen.

Aber deren Macht dirigiert nicht nur die Einrichtungen des Staates. Auch die Wirtschaft Chinas ist grundsätzlich dem Willen der zentralen oder lokalen Parteiführung ausgeliefert. Durch die personelle Besetzung der Zentral- und Staatsbankleitungen sowie der Vorstände der großen Staatsbetriebe (die jeweiligen Chefs sind in jedem Fall Mitglieder der KP, Parteitagsdelegierte, ja oft sogar Mitglied des Zentralkomitees) üben sie Kontrolle auch über den heute sehr umfangreichen und wichtigen Privatsektor der Wirtschaft aus: Die Vergabe (oder Nicht-Vergabe) von Krediten oder Aufträgen, die Kontrollen (Behinderungen) durch lokale Ämter, und letztlich auch die Parteizellen und Partei-Gewerkschaften innerhalb der Betriebe stellen Wohlerhalten der Privaten ebenso sicher wie den wirtschaftlichen Nutzen der Funktionäre.

Ganz unten in dieser Machtpyramide findet sich „das Volk“, die 老百姓 *alten* *hundert Namen* (die keiner kennen muss), wie es traditionell genannt wird (und sich lethargisch selber nennt), das keinerlei Möglichkeit hat, unabhängig, organisiert und frei Einfluss auf das Tun und Lassen dieses Herrschaftsapparats zu nehmen oder auch nur davon zu wissen. Was „das Volk“ in dieser „Volksgemeinschaft“ einzig tun kann (und soll): „seiner Führung“ vertrauen und natürlich stets fleißig arbeiten.

Das politische System ist das eines nach eigenen Regeln herrschenden und sich gegebenenfalls über diese Regeln (Gesetze) stellenden Geheimbundes, der sich als „ehrenwerte Gesellschaft des Fortschritts“ und Vertreter einer chinesischen Volksgemeinschaft legitimiert und daraus seine Befugnisse ableitet:

- Ganz China, mit allem, was dort lebt, mit seinem Grund und Boden und seinen natürlichen, wirtschaftlichen und finanziellen Ressourcen ist die Beute des Ständigen Ausschusses,
- die Provinz ist die Beute des Provinz-Parteisekretärs,
- die Stadt ist die Beute des Stadt-Parteisekretärs,
- der Kreis ..., das Dorf ...
- Der staatseigene Betrieb, die Bank, das E-Werk ... gehören dem Parteisekretär als Beute.

Es gibt keinen Haushaltsausschuss oder Rechnungshof, die diesen Namen verdienen, keine öffentliche Opposition, keine unabhängigen Gerichte, keine freien Medien oder frei ihren Themen nachgehende, investigative Journalisten.

Das System ist instabil

Die oben dargestellte Funktionsweise der chinesischen Parteidiktatur ist freilich idealtypisch. Nur unter einer Voraussetzung gilt, dass sich die obersten Parteimachthaber landesweit durchsetzen können: nur dann, wenn sie die Ausführung ihrer Anordnungen kontrollieren, bis sie vollständig umgesetzt sind. Es liegt auf der Hand, dass dies allein aus Zeitgründen in der Regel unmöglich ist. Ein Beschluss des Ständigen Ausschusses des Politbüros ist vielleicht rasch gefasst, doch dann wandert seine Umsetzung durch die Hierarchie der zahllosen Arbeitsebenen hinunter bis zu dem Ort, wo etwas geschehen soll, aber womöglich ganz andere Interessen bestehen. Und das ist der Normalfall im Lande: Oben wird schön geredet (was ausländische Beobachter nicht selten tief beeindruckt), aber unten passiert ... nichts.

Am besten umsetzen können ihre Interessen stets diejenigen, die vor Ort sind und die Dinge direkt beeinflussen. Diese subalternen Funktionäre wissen dabei, dass sie von oben kaum zu kontrollieren sind (und von unten nicht kontrolliert werden) und fühlen sich deshalb in ihren Handlungen frei und sicher. So sind die Möglichkeiten eines Funktionärs sehr groß, in seinem Beute-Bereich, das zu tun (oder zu unterlassen), was seinen Interessen am besten dient. Die hochzentralisierte Diktatur führt deshalb zu großflächigem Chaos, wo jeder macht, was er will, keiner, was er soll und alle mitmachen. Und das vogelfreie „Volk“? Es nutzt in diesem Chaos der Willkür ebenfalls jede Chance, sein eigenes Über- und Besserleben zu sichern.

Genau dies war immer der Zustand im chinesischen Zentralstaat, wo früher Mandarine und heute KP-Funktionäre nach unten freie Hand hatten bzw. haben, weil ihre Unterlinge und sowieso „das Volk“ ohne Bürgerrechte waren und sind. Die einzige Möglichkeit, eigene Interessen durchzusetzen, bestand und besteht im Alltag darin, sich dem Druck von oben zu entziehen, weshalb subalterne Beamte früher sagten: Der Himmel ist hoch und der Kaiser weit. Heute sagen sie: Der Himmel ist hoch und Peking ist weit.

Der Druck von unten nimmt aber seit 1976 zu – langsam zwar, eben chinesisch, aber inzwischen deutlich, bisweilen gar öffentlich spürbar (siehe Kapitel 8). Die Machthaber weichen punktuell zurück, haben das Private völlig freigegeben und überlassen mittlerweile auch zivilgesellschaftlichen Keimen hier und da größeren Freiraum, um sich das Große und Ganze zu bewahren. Dieser Prozess, wenn er fort dauert (wovon der Verfasser ausgeht) muss eines Tages die Parteispitze erreichen, den Ständi-

gen Ausschuss des Politbüros. Sollte es dort dann zu Meinungsverschiedenheiten darüber kommen, wie damit umzugehen ist, womöglich gar zur Spaltung des Gremiums, dann würde dies den zentralistisch organisierten Partei- und Staatsapparat vollständig lähmen, denn die Unterlinge wüßten nicht mehr, auf wen sie hören oder setzen sollten. Wer hat die oberste Macht inne? werden sie sich fragen. Wem soll ich folgen? Mit wessen Schicksal dort oben soll ich mein eigenes hier unten verbinden?

Hier also zeigt sich das auf den ersten Blick stabile System als leicht anfällig und letztlich schwach. Es steht und fällt mit der Einheit der obersten Machthaber, die sich deshalb in allen Fragen, die sie entscheiden, abstimmen, d.h. auf ihre jeweiligen Interessen Rücksicht nehmen müssen. Hier liegt die Ursache für ihre ewige, auto-suggestive Mantra von Stabilität und Einheit. Sie wissen seit dem Frühjahr 1989, als ihre Einheit über der Frage zerbrochen war, ob man die Freiheitsbewegung auf den Pekinger Straßen zusammenschießen sollte, dass ihre Einheit die Vorbedingung ihrer Herrschaft ist. Damals war das oberste Gremium nämlich gespalten, der Parteichef selbst und ein anderer im Ständigen Ausschuss wollten nicht auf die Demonstranten schießen lassen. Hätte es damals nicht in der Person des Vorsitzenden der Militärkommission des ZK der Staatspartei, 邓小平 Dèng Xiǎopíng, eine noch höhere Autorität gegeben, die diese Spaltung (durch den Befehl zu schießen und den abgefallenen Parteichef unter Missachtung sämtlicher Satzungsbestimmungen zu verhaften) überwinden konnte, wäre das Regime damals zusammengebrochen.

Heute gibt es eine solche Über-Autorität nicht mehr, eine Spaltung ganz oben muss zur existentiellen Krise der zentralisierten und intransparenten Willkürherrschaft des Geheimbundes führen. Die „Einheit“ der neun obersten Machthaber ist deshalb nicht nur für sie ganz persönlich überlebenswichtig, sondern für das gesamte Regime.

2. Staat und Gesellschaft: Chinesische 酱缸文化 Mustopfkultur gegen europäische Aufklärung

Das materielle Leben der Menschheit fußt heute durchweg auf Erkenntnissen und daraus resultierenden Produkten, die der europäische Kulturkreis hervorbrachte. Die wissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Voraussetzungen, die die industrielle Revolution des 18. und 19. Jahrhunderts bewirkten und im 20. in geradezu entfesselter Weise weiter antrieben, nahmen allesamt in Europa

ihren Ausgangspunkt. Heute prägen sie grundsätzlich die gesamte materielle Menschenwelt: von der Elektrizität, über die Motorisierung, die Architektur und das Bauwesen, die Pharmazeutika, Düngemittel, Medizin-, Bio- und Gentechnik bis hin zu den modernen Medien, den Kommunikationsmitteln, Satelliten und der elektronischen Datenverarbeitung, Stichwort Internet. Auch die bildende Kunst und Dramatik sowie deren zeitgenössische Derivate Film und Popmusik, Design und Moden entstammen dem europäischen Kulturkreis.

Es lässt sich für die vergangenen hundert Jahre sogar statistisch einfach und schlüssig nachweisen, aus welchen Ländern die Grundlagen dieses materiellen Fortschritts kamen. Ein Blick auf die Liste der Nobelpreis-Gewinner (Chemie, Physik, Medizin seit 1901 und Wirtschaft seit 1969) genügt: Nur fünf der (bis 2008) 476 Preisträger stammen nicht aus Ländern der europäischen Kultur (Indien, Ägypten, Pakistan, China). Doch auch diese Preisträger erzielten ihre bahnbrechenden Forschungsergebnisse in einem europäisch geprägten Land oder Umfeld: Indien und Pakistan gehörten zum britischen Einflusbereich, die ägyptischen und chinesischen Laureaten forschten in den USA, letztere hatten sogar die amerikanische Staatsbürgerschaft angenommen.

Allein Japan ist mit seinen elf Auszeichnungen eine nicht-europäische Gesellschaft in dieser Hitparade des Fortschritts. Aber nur auf den ersten Blick, denn zum einen hatte Japan sich ab 1868 (Meiji-Restauration) Europa zum Vorbild seiner umfassenden gesellschaftlichen Modernisierung genommen und seine chinesischen Traditionen zu bloßer Folklore reduziert. Und zweitens errangen japanische Entdeckungen ihren Nobelpreisstatus erst (abgesehen vom Physikpreis 1949) ab 1965, als die amerikanische Besatzungsmacht die bestimmenden Strukturen der japanischen Gesellschaft völlig europäisiert hatte.

Der kausale Zusammenhang zwischen europäischer Kultur und der Entwicklung von Wissenschaft liegt also auf der Hand. Dass auf dieser Basis die Staaten der Nobelpreisträger auch die ökonomisch entscheidenden Kräfte der Welt geworden sind, zeigt ihr heutiger Anteil an der jährlichen Weltwirtschaftsleistung, der 2007 bei knapp 70 Prozent lag¹³. Zieht man den Bevölkerungsanteil der Nobelpreis-Länder mit in die Betrachtung ein, so lässt sich folgende Aussage treffen: 16 Prozent der Menschheit gewinnen 100 Prozent der Top-Auszeichnungen in Wissenschaft und Forschung und erzeugen 70 Prozent der Weltwirtschaftsleistung! Allesamt sind dies Staaten, deren Gesellschaften dem europäischen Kulturraum entstammen oder von diesem inzwischen entscheidend geprägt sind wie Japan.

Der Zusammenhang zwischen materiellem Erfolg und „Europäischem“ liegt auf der Hand. Erst recht, wenn man einen vergleichenden Blick auf China wirft, wo heute, wie in den vergangenen Jahrhunderten auch, ein wesentlich größerer Anteil der Weltbevölkerung lebt als in allen Nobelpreis-Staaten zusammen, nämlich rund 20 Prozent, von wo aber kein einziger dieser Nobelpreisträger und kein einziges jener

Produkte kommt, die das Leben der Menschheit bestimmen. Ja, in bezug auf China lässt sich sogar behaupten, dass selbst die Gesamt-Erfindung Wissenschaft-Ingenieurswesen-industrielle Fertigung von außen dort hineinkam – und zwar aus der europäischen Welt. Ihre Übernahme begann erst vor etwa 140 Jahren gegen hartnäckigen Widerstand der Elite. Die erste Universität im Lande, die 京师大学堂, wörtlich: Pekinger große Ausbildungsstätte für gelehrtes Personal, entstand 1898, achthundert Jahre nach Europa (Oxford 1167, Cambridge 1209).

Erst nach dem verlorenen Krieg gegen Japan 1895 begann die Industrialisierung des Landes. Auch die wollte die Elite nicht, musste sie aber zulassen, da es eine Friedensbedingung der Japaner im Vertrag von Shimonoseki war, reiner Zwang. Der Unterzeichner dieser Kapitulation des „großen China“ vor dem „kleinen Japan“, Gouverneur 李鸿章 Lǐ Hóngzhāng, gilt bis heute als 汉奸 Landesverräter!

Die so beginnende Industrialisierung stand bis in die 40er Jahre des 20. Jahrhunderts weitgehend unter ausländischer Vorherrschaft und blieb wegen dieser inneren Ablehnung auf wenige Regionen Chinas begrenzt. Als Sektor der Volkswirtschaft spielte die „moderne Industrie“ – abgesehen von den berühmten Öl-Lampen, Streichhölzern und Zigaretten – nur eine äußerst geringe Rolle im Leben der Bevölkerung: Geographisch konzentrierte sie sich allein auf das Gebiet um die Ausländerstadt Shanghai und später den japanisch besetzten Nordosten, die damals so genannte Mandschurei (die heutigen Provinzen 辽宁 Liáoníng, 吉林 Jílín und 黑龙江 Hēilóngjiāng). Gesamtwirtschaftlich fiel sie kaum ins Gewicht, machte um 1918 einen Anteil von geschätzten 2,7 Prozent am Bruttoinlandsprodukt aus. Bis 1933 war er auf lediglich 7,4 Prozent gestiegen.¹⁴ Nach über sechzig Jahren Volksrepublik ist das heute freilich anders, die Industrie trägt über 50 Prozent bei (mehr dazu in Kapitel 5).

Unbedeutend für die chinesische Wirtschaft sind bis heute eigenständige Wissenschaft und Forschung: Entwicklungen, soweit sie in alleiniger chinesischer Regie stattfinden, also ohne „europäische“ Anleitung („Kooperation“ ist die offizielle Bezeichnung), fußen auf dem Kopieren oder Abwandeln von Vorlagen aus den Staaten der Nobelpreisträger. Aus China gibt es bis heute kein einziges neuartiges Produkt, das man als Welt-Bestseller bezeichnen könnte. Bereiche, wo „China“ oft als Hersteller-Weltmeister figuriert, von Vitamin C über Apfelsaftkonzentrat bis zu Autos und Computern, sind solche, wo allein ausländische Investitionen und intensiver *Know-how*-Transfer bis hin zur Ausbildung der Arbeiter und des Verwaltungspersonals die Fertigung im Land erst möglich gemacht haben.

Und doch geht seit einigen Jahren in den aufgeklärten und freien Zivilgesellschaften ein Gespenst um, das mindestens so groß erscheint wie das Land, dessen Namen es teilt: „China“. Wenn aber Angst schon bei einem Zustand aufkommt, da sein Bevölkerungsfünftel nicht einmal ein Fünfzehntel zur Weltproduktion beiträgt, wie wird dieses Gespenst dann erst daher kommen, wenn ein Chinese soviel Öl oder Strom verbraucht wie ein Deutscher? Oder gar die derzeit etwa 50mal so große deutsche

Pro-Kopf-Produktivität erreicht? Immerhin schaffen die 39 Millionen arbeitenden Deutschen sechs Prozent des Welt-Bruttoinlandsprodukts – nur leicht weniger als die 750 Millionen arbeitenden Chinesen. Wären die so produktiv wie die Deutschen, so betrüge ihre Wertschöpfung weit über 100.000 Milliarden Dollar. Das wäre fast doppelt soviel wie das der gesamten Welt 2007. Was wird dann mit Rohstoffen und Umwelt sein?

Nach Angaben der Pekinger Akademie für Sozialwissenschaften verbraucht die chinesische Wirtschaft zur Erzeugung eines Dollars Wert derzeit viermal soviel Energie wie die amerikanische und sogar siebenmal soviel wie die japanische. Wenn wir den CO₂-Ausstoß als *Input*-Maß nehmen, dann sieht die Rechnung so aus, dass „die Chinesen“ für ihren Anteil von 6,4 Prozent am Welt-Bruttoinlandsprodukt glatte 19 Prozent des CO₂-Ausstoßes benötigen. Verbrauchten Chinesen pro Kopf und Jahr soviel Öl wie ein Deutscher, nämlich 1,24 Tonnen, so flössen 41 Prozent der Welt-Ölproduktion von 2007 (3.910 Mio. Tonnen¹⁵) allein in dieses Land. Im Falle, dass Chinesen lieber amerikanische Standards anstreben (3,1 Tonnen pro Kopf und Jahr), wofür vieles spricht, wären es gar 104 Prozent, also mehr Öl, als die ganze Welt 2007 verbrauchte.

Nun, bis zu diesem Weltuntergang ist vielleicht noch etwas Zeit, und wer weiß, was alles noch passiert, das die Entwicklung der Dinge in eine ganz andere Richtung lenkt, als solche linearen Fortschreibungen befürchten lassen. Die hier zu erörternde Frage ist die nach dem Charakter der heutigen chinesischen Gesellschaft, die sich zwar seit wenigen Jahrzehnten der gewaltigen materiellen Ressourcen Europas im Rahmen ihrer in Kapitel 1 dargelegten Bedingungen bedient, die aber gleichzeitig tief geprägt bleibt von ihrer jahrhundertelangen Egomane und kulturellen Hybris, die sie den Austausch mit anderen Gesellschaften ablehnen, ja bekämpfen ließ. Diese Gesellschaft, besser: ihre Elite, gleicht heute jenem unreifen Zauberlehrling Goethes, der aber nicht wie in der Ballade nur seinen Lehrmeister, sondern den ganzen „Rest der Welt“ vor schwerwiegende Probleme stellen wird, sollte er sich weiter weigern, auch den zivilisatorischen Rest des europäischen Denkens zu übernehmen.

Eine schein-moderne Gesellschaft

Nur der allererste und oberflächlichste Blick auf das städtische Leben macht die heutige chinesische Gesellschaft jenen der Nobelpreisträger vergleichbar. Zwar gibt es äußerlich fast alles, was wir mit Modernität verbinden: Stahl-Betonbauten, Schulen, Universitäten, Labors, Industrien, Banken, Börsen, öffentliche Verwaltung, Parlamente, Verkehr, Medien, Kommunikationsmittel und sämtliche Moden und Konsumgüter ..., doch bei genauerem Hinsehen offenbart sich rasch, dass es hinter diesem äußeren Schein sehr viel anders zugeht als hierzulande, dass auch das heu-

tige „China“ mit den Lieferanten seiner Kopiervorlagen, den Industriestaaten, nicht viel mehr gemein hat als die Gültigkeit der Naturgesetze.

Was die chinesische Gesellschaft vor allem anderen von den Gesellschaften der Nobelpreisträger unterscheidet, ist das Fehlen dessen, was Immanuel Kant (1724 bis 1804) als das Wesen der Aufklärung bezeichnete, nämlich: **Den Mut zu eigenständigem Denken zu haben.**

Das war der Kerninhalt jener einschneidenden intellektuellen Bewegung im Europa des 18. Jahrhunderts, die zur Befreiung des Denkens dort führte und in der Folge dessen Wissenschaft, Forschung, Industrialisierung, Demokratie und heutiger Zivilgesellschaft zum Durchbruch verhalf, kurz, all dem, was wir als Moderne ansehen.

Diesen „Mut des eigenständigen Denkens“ gegenüber der damals absolutistischen Macht aufzubringen und ihn als Wesensmerkmal freier Zivilgesellschaften durchzusetzen, war ein komplizierter und langer Prozess in Europa, keineswegs frei von blutigen, ja barbarischen Rückfällen, wie nicht zuletzt Deutsche, die viel zu beidem beigetragen haben, wissen können. Rückschläge in der Zukunft sind ebenfalls nicht ausgeschlossen. Die Aufklärung war auch keineswegs voraussetzungslos: Ohne Renaissance, ohne Magna Charta, ohne Volkstribunen im römischen Senat, ohne die Demokratie der griechischen Volksversammlungen und ohne, letztlich, die Themen der griechischen Philosophen und Dramatiker um 500 v.Chr., hätte es auch in Europa keine Aufklärung gegeben. Es gab die Aufklärung und ihre industriellen und gesellschaftlichen Folgen wegen dieser speziellen, sozusagen antiken Voraussetzungen, zu denen selbstverständlich auch die Offenheit gehörte, von den Ägyptern, den Phöniziern und vielen anderen „zu lernen“, auch **nur hier.**

In China gab es das alles nicht und fand folglich auch keine „Aufklärung“ statt. Dort gibt es deshalb bis heute keine offene Zivilgesellschaft mündiger Bürger, die ihre sozialen Konflikte frei austragen, ohne dass gleich der Staat darüber zu Bruch geht. Dies liegt zum einen daran, dass in China historisch alle Voraussetzungen für eine solche Bewegung fehlten. Zum zweiten liegt es daran, dass die chinesische Elite bis Ende des 19. Jahrhunderts unfähig blieb, jenseits des recht grimmigen Äußeren europäischer Macht, das Wesen dieser Gesellschaften zu erkennen und deshalb borniert jeglichen Kontakt mit ihnen strikt abzulehnen. Sie wollte lieber – wie schon die Jahrhunderte zuvor – in ihrem nach außen hermetisch verschlossenen Mustopf des Chinesischen weiter nur im eigenen Saft gären.

Der Begriff „Mustopf“ ist eine etwas freie Übersetzung des Begriffs 醬缸文化 jiàng gāng-Kultur, den der chinesische Autor und Historiker 柏楊 Bó Yáng (1920 bis 2008) zur Charakterisierung des Chinesischen schlechthin verwendete.¹⁶ Er meinte damit das 缸 gōng *irdene Gefäß*, in dem Chinesen Gemüse in 醬 jiàng *Sojasoße* einlegen und, hermetisch verschlossen, zu einer Art Kimchi vergären lassen.

Worum handelt es sich bei dieser Mustopf-Kultur, die bis heute, unter nur dünner europäisch-moderner Oberfläche das **wahre Wesen der chinesischen Gesellschaft** ausmacht? Das Stichwort dazu heißt im Ausland: Konfuzianismus. Dieser gilt als chinesische „Philosophie“. Aber wer wegen dieser Bezeichnung an das denkt, was die griechischen Ur-Philosophen der europäischen Elite mit auf den intellektuellen Weg gaben, der hat schon den ersten Fehler begangen: Chinesen haben keine Philosophie im europäischen Sinn, als „Liebe zum Denken“, als Bemühen um „Wissen und Erkenntnis“ (Aristoteles) hervorgebracht. Der „Konfuzianismus“ ist nicht der ständige Versuch, materielle Welt und menschliche Existenz, Ursache und Wirkung zu begreifen, sondern bloß eine Ansammlung von Lehrsätzen, die darauf zielt, Menschen gemäß einer vorgefassten Doktrin zu sogenannten 君子 jūn zǐ = „Edlen“ zu erziehen, zu moralischen „Heiligen“, die durch ihr „Vorbild“ 仁义道德 rén yì dào dé – Humanität, Gerechtigkeit und Tugend in die Elite und über sie in die Unterschichten zu tragen und so letztlich ein „harmonisches“ Staatswesen zu schaffen¹⁷.

In China heißt dies nicht „Konfuzianismus“, sondern 儒学 rú xué – Lehre der Gelehrten. Sie war als Staatsideologie die Herrschafts-Legitimation des Kaisers und seiner Beamten, der Mandarine, und bestimmte unberührt von „Dynastiewechseln“ ja selbst Fremdherrschaften die geistige Welt der Elite in den letzten etwa 2000 Jahren. Diese „Lehre der „Gelehrten“ ist das vor sich hin gärende Mus, von dem 柏楊 Bó Yáng spricht. Der „Bottich“ aber, in dem es ebensolange und abgekapselt von äußeren Einflüssen vor sich hin vergor, war der chinesische Zentralstaat, ein Gebilde, das seit seiner Geburt um 221 v.Chr. (so das gängige Datum) bis heute – wie der liebe Gott – keine andere Macht neben sich duldet – auch keine geistige.

Der Staats-Konfuzianismus besteht aus zweierlei: Zum einen der Lehre, dass der Staat, ein guter, harmonischer ist, wenn die Mitglieder seiner Elite sich zu 君子 jūn zǐ, Edlen, zu sittlich-moralisch einwandfreien Menschen, ausgebildet haben. Dann nämlich funktioniere er so:

君子之德风, 小人之德草, 草上之风必偃

Die Tugend des Herrschers ist die des Windes, die Tugend des Volkes ist die des Grases, wenn der Wind weht, beugt sich das Gras.

Was aber definierte den 君子 jūn zǐ – Edlen? Die Antwort gab der zweite Inhalt der „Lehre der Gelehrten“: Ein „Edler“ ist, wer die 礼 lǐ = Riten beherrscht. „Ist bei uns ja auch so ähnlich,“ könnte man denken: Den Gebildeten erkennt man als erstes an seinen Manieren und Umgangsformen.

Leider waren diese „edlen Riten“ der chinesischen Elite etwas, das sie nicht nur ihr ganzes offizielles Mandarin-Leben in Atem hielt, sondern das wortwörtlich und strengstens (als ihr „Gesicht“ nach außen – ein wichtiger Punkt bis heute!) jede einzelne ihrer Handlungen bestimmen musste, wenn sie als Edle ihr materielles Auskommen als Beamte des Staates finden wollten. Niedergelegt waren diese detail-

reichen Vorschriften in einem äußerst umfangreichen Schrifttum, das Generation um Generation von Mandarin-„Gelehrten“ erzeugte. Mit europäischer Philosophie, mit Streben nach Erkenntnis hatte das nichts, mit kleinkarierter Despotie hingegen hatte es alles zu tun.

Nur den 老百姓 *alten hundert Namen*, dem Volk, dem Pöbel gegenüber waren diese „Edlen“ Riten-frei. Das trafen sie nicht einmal, um sich akklamieren zu lassen, und wenn doch bei „Inspektionen“ im Land, dann ließen sie ihren Sänften Schilder mit der Aufschrift vorangetragen: 回避! 肃静! huí bì! sù jìng! – Weicht zurück und: Feierliche Ruhe! Den Rest besorgten die Knüppel ihrer Leibwachen, wobei niemand, auch nicht im „Pöbel“, auf die Idee kam, dass dies ein recht unedles Verhalten sein könnte. Als Pöbel galten in diesem System der „Edlen“ vor allem Kaufleute und findige Unternehmer, die im Riten-System des Zentralstaates deshalb keine Chance hatten, sich auch nur als gesellschaftlich einflussnehmende, geschweige denn herrschende Schicht herauszubilden, wie es derweil im dezentralen Europa geschah.

Jahrhundertlang beherrschte dieses absurde Regularium das Denken der Elite und blockierte damit jegliche geistige Entwicklung der Gesellschaft. Die versank in der Folge im „Mus“ des zentralstaatlichen „Gärbottichs“ und lernte nur, wie man unter den Bedingungen dieser geistig enthaupteten Gesellschaft überlebte. Das aber lernte sie perfekt, man nennt es heute „chinesischen Pragmatismus“.

Äußere Einflüsse anderer Kulturen hielten diese Machthaber fern von ihrer Gesellschaft. Wer nämlich ihre Rituale nicht beherrschte war vorneherein ein „Barbar“, der es nicht einmal verdiente, erobert zu werden, woraus sich die chinesische Einrichtung des Tributsystems ergab: Die Barbaren der Welt huldigten der höchsten menschlichen Kulturstufe, dem chinesischen Riten-System, was in der Rückkopplung dessen Illusion von seiner Einzigartigkeit zur Hybris werden ließ: Nicht einmal einen es von anderen Kulturen abgrenzenden Namen brauchte die Elite für ihr Reich der Edlen, sie nannte es einfach 天下 tiān xià – alles unter dem Himmel – außerhalb war nur das Nichts. So blieb die chinesische „Mus“-Gesellschaft frei von äußeren Einflüssen und Herausforderungen, die allein sie hätten ändern und entwickeln können. Jedenfalls solange, bis die so ganz anders sozialisierten Europäer, vor allem die ruppigen Kaufleute, im 19. Jahrhundert diesen Mustopf öffneten: mit den materiellen Mitteln, die ihnen der europäische Weg des Denkens beschert hatte, und die den chinesischen grenzenlos überlegen waren.

Was sie da – zum Beispiel aus London kommend – im Reich des 天子 *Himmelssohnes* und seiner 君子 *Edlen* vorfanden war zum Herzerbarmen und alles andere als „edel“: Ein in jeder Beziehung – wirtschaftlich, politisch, kulturell, geistig, gesellschaftlich ... – völlig heruntergekommener, trostloser Staat: ohne Industrien, ohne Maschinen, ohne Wissenschaft, ohne Universitäten, ohne Parks, öffentlichen Verkehr und Kanalisation, ohne Zeitschriften und ohne gesellschaftliche Debatten. Allerdings dafür umso mehr gesegnet mit einer hochmütigen, arroganten, ja der 天

下 tiān xià – alles unter dem Himmel ist China-Illusion verfallenen Elite, nämlich jenen Leuten, die nach tausend Jahren Mustopf tatsächlich auch selbst von ihrem Edel-Sein überzeugt waren.

Aber selbstverständlich waren sie gerade das genausowenig wie die adligen Höflinge in Europa. Selbstverständlich bereicherten sie sich mit allen Mitteln, wenn es möglich war, tatsächlich war dies eine der ersten europäischen Wahrnehmungen beim Kontakt mit den Mandarinen: deren grenzenlose Korruption. Selbstverständlich intrigierten die „Edlen“ um der besseren Posten willen gegeneinander bis in höchste Kreise. Der Kaiserhof selbst war eine Schlangengrube, in der nicht nur Prinzen, Thronanwärter und deren Harems-Mütter, die Konkubinen, um die Fleischtöpfe der Macht konkurrierten, sondern sogar fast ein Drittel der Kaiser ganz ordinären Mord-Komploten zum Opfer fiel – 65 von insgesamt 209, haben Chinesen inzwischen selbst ausgerechnet.¹⁸ Das, und nicht das „Edel-Sein“ war die Realität innerhalb der Elite.

Ihr Verhalten zu den Unterschichten war selbstverständlich nicht weniger unedel. Es war sogar so grausam, dass chinesische Kritiker dieses Systems, die erstmals – **erstmal!** – um 1920 öffentlich auftraten, es mit dem Begriff „Menschenfresser-Gesellschaft“ charakterisierten¹⁹ und ihr Reform-Programm konsequenterweise in dem Aufruf zusammenfassten: 打倒孔家店 *Nieder mit dem Laden des Konfuzius!* Diese Kritiker waren im übrigen Leute, die nur durch ihre Studien in Europa und Amerika auf die Idee gekommen waren, sich überhaupt erst einmal mit der Frage zu beschäftigen, woran es liegen könnte, dass „ihr China“ so rückständig war, dass Begriffe wie „Chemie“, „Physik“, „Maschine“ und zahllose andere Schlüsselwörter moderner Zivilisation, die „Europa“ seit Jahrhunderten kannte, erst vor kurzem in die Schriftzeichen-Welt Eingang fanden. Natürlich lag das daran, dass kein Bedarf für sie bestanden hatte. Warum nicht? Weil es diese Dinge in China nicht gab.

Während unten Wirtschaft und Gesellschaft verkamen, lebten die Träger und Nutznießer der allem Neuen feindlichen Staatsideologie jedoch in dem festen Glauben, der sittlich-moralische Höhepunkt der Menschheit zu sein. In Europa, von dem der Kaiser bis Mitte des 19. Jahrhunderts nicht einmal wußte, wo es zu finden war, sahen sie nur Barbarei.

So fest gefressen hatte sich diese Lebenslüge in ihren Hirnen, dass sie nicht einmal an der allseitigen europäischen Überlegenheit zerschellte, der sie sich ab Mitte des 19. Jahrhunderts gegenübersehen. Nur materiell gaben sie sich ihr schließlich 1860 geschlagen: nicht einmal 20.000 britisch-französische Truppen genügten, die Machthaber in Peking den Wünschen der europäischen Mächte und ihrer Kaufleute gefügig zu machen: die beiden „Opiumkrieg“ genannten Expeditionen hatten für die Europäer indessen weniger das Rauschgift zum Thema (eher schon für die edlen Mandarine, die den Handel damit in ihrem himmlischen Reich organisierten und gut daran verdienten), als vielmehr die Öffnung des vermeintlichen chinesischen Riesensmarktes für

ihre aufstrebenden Industrien. „Kriege“ waren dafür nicht nötig, ein paar Scharmützel genügten, um den weltfremden chinesischen Trümmerhaufen vollends einstürzen zu lassen. Moralisch und ethisch hielten sich die Rauschgift an „ihr“ Volk verkaufenden Mandarin-Edlen gleichwohl weiterhin für etwas Besseres und propagierten, als es nicht mehr anders ging die Aufrechterhaltung ihres Regimes unter der Parole: 师夷长技以制夷 – die besonderen Fertigkeiten der Barbaren erlernen, um sie damit in Schach zu halten²⁰. Mit anderen Worten: Lasst uns das gemeine Materielle von den Europäern lernen, um sie mit ihren eigenen Waffen aus unserer hoch-moralisch-ethischen chinesischen Welt alsbald wieder hinausjagen, damit wir so weitermachen können wie bisher, denn dies ist für uns die beste aller Welten.

Bei dieser bewussten Abwehr der Moderne kam der chinesischen Elite ein Umstand zu Hilfe, der andernorts auf der Welt, wohin Europa expandierte, nicht griff: China kam nicht unter die Herrschaft einer einzigen europäischen Macht (wie Indien). Stattdessen waren dort alle Wettbewerber präsent, inclusive der Vereinigten Staaten. Jeder kämpfte gegen jeden um Einfluss in der Welt der Schriftzeichen und so hielten sich alle gegenseitig in Schach, eifersüchtig achtete jeder darauf, dass der Konkurrent das indigene System nicht zugunsten des eigenen auflöste. Die chinesische Elite nutzte diesen Umstand, 以夷治夷 *die einen Barbaren mit Hilfe der anderen Barbaren zu beherrschen* und verlängerte damit den Fortbestand ihres *ancien régime* mitsamt dessen außerirdischer Ideologie.

Die in ihrer Lebenslüge gefangene chinesische Elite verschloss sich damit nachhaltig dem Denken der europäischen Aufklärung, und es dauerte noch Jahrzehnte, bis diese Front ein wenig zu bröckeln begann, als wenige Individuen **um 1915** herum (das ist nicht einmal hundert Jahre her!) begannen, diese Lebenslüge und Hybris zu erkennen und explizit zu kritisieren. Sie forderten damals die völlige „Verwestlichung“ Chinas, inclusive der Abschaffung dessen, was sie als Kern seiner verstockten Kultur erkannten: die Schriftzeichen.

Das Bleigewicht des Staatskonfuzianismus war jedoch nicht mittels einer kurzen Aktion weniger aufgeklärter Intellektueller abzuschütteln. Auch in Europa selbst war es ja ein langer Weg zur freiheitlichen Zivilgesellschaft, einer mit größten Rückschlägen und inneren Widersprüchen bis in die Gegenwart und wohl auch noch lange in die Zukunft. Die chinesische Gesellschaft aber hat ihn bis heute nicht geschafft, sie ist immer noch eine im Stadium der Vormoderne verharrende, allerdings eine, der man nicht sofort ansieht, dass ihre vielhundertjährigen, unaufgearbeiteten Lebenslügen sie immer noch prägen und dazu antreiben, dem Rest der Welt andauernd ihr großes Gesicht der „Edlen“ zu zeigen und sich sittlich allen anderen Gesellschaften überlegen zu fühlen.

Ein Satz des sogenannten Reformers 邓小平 Dèng Xiǎopíng bringt diese arrogante Sicht auf den Punkt: Wenn man das Fenster öffnet, kommen auch die Fliegen herein.²¹ Das „Fenster“ war dabei das des chinesischen Hauses. Die „Fliegen“, das

waren die „Ausländer“, die mitsamt ihrem Kapital in dieses Haus kommen sollten, um es zu „modernisieren“. Mit diesem Bild verteidigte 邓小平 Dèng zu Beginn seine neuartige „Öffnungspolitik“ gegen innerparteiliche Kritiker. Und er kam deshalb damit durch, weil er damit an die traditionelle, chinesisch-arrogante Geisteshaltung gegenüber der europäischen Zivilgesellschaft anknüpfte. „Mit den Fliegen werden WIR schon fertig“, war die Botschaft, die die Kritiker sofort verstanden: Wir schlagen sie mit ihren eigenen Waffen, wenn wir die erst einmal haben. Es war das gleiche Programm wie das der 洋务运动 Yáng Wù-Bewegung ab 1861f, die eine bloß materielle „Modernisierung“ anstrebte.

Deshalb öffnete die Pekinger Macht dem „westlichen“ Kapital die Tore ihres Hauses. Weit und immer weiter gingen sie in den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts auf, bis der Beitritt zur Welthandelsorganisation Ende 2001 den Öffnungsprozess krönte. Unter denen, die nun ins Land kamen waren nicht wenige Vertreter der Zivilgesellschaften. Sie brachten enorme Kapitalmengen herein und nicht bezifferbares Know-how jeder Art, das auf dem Boden des Europäischen herangewachsen war. Sozusagen das Tafelsilber einer langen und einmaligen Kultur. Kapital von heute schätzungsweise 1.400 Milliarden Dollar und unendliches Know-how sorgten in Kombination mit dem, was die Evolutionsforschung als entscheidende Ursache für die menschliche Entwicklung ausgemacht und kulturelles Lernen genannt hat, für die rasche Entwicklung auch der einheimischen Unternehmen. Dieses kulturelle Lernen ist dabei nichts originär Chinesisches, das beherrschen alle Menschen. Es besteht aus Abschauen und Nachmachen, was andere erfunden haben. Es beschleunigt technische Entwicklungen enorm und ermöglicht sogar Riesen-Sprünge: Selbst ein Cro-Magnon-Mensch, aus seiner Zeit vor 35.000 Jahren ins Heute versetzt, würde damit im Handumdrehen den Umgang mit einem Computer oder Mobiltelefon erlernen. Nach entsprechender Ausbildung auch deren Fertigung. Erst recht aber die vom Staatskonfuzianismus konditionierten Chinesen, die überdies gedrillt sind auf:

- bedingungsloses Lernen,
- bedingungsloses Unterordnen und
- Gehorchen sowie
- die Gewißheit, einer überlegenen Kultur anzugehören, die das der europäischen jetzt endlich beweisen will.

Aus bedingungslosem Lernen, Sich-unterordnen und Gehorchen erwächst die in Europa seltene Fähigkeit, alles was man gesagt bekommt, leider manchmal auch den größten Unsinn, sehr gewissenhaft auszuführen. Aus der Selbst-Gewißheit, einer überlegenen geistigen Kultur anzugehören, die das der „bloß materiellen“ europäischen Welt aber erst noch beweisen muss, erwächst die feste, von der aufstiegsbesessenen Elite zentral steuerbare chinesische Volksgemeinschaft, die die Partei vor einigen Jahren zu ihrem Programm machte (vgl. Kapitel 1 „China – Beute eines Geheimbundes“).

Kapital und Know-how aus den Industrieländern, das größte Entwicklunghilfeprogramm aller Zeiten, plus Abgucken und Nachmachen mit den genannten chinesischen Charakterika sorgten dafür, dass die chinesische Wirtschaft im internationalen Ländervergleich dort steht, wo sie heute angekommen ist: drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt und viertstärkste Handelsnation (mehr dazu in Kapitel 5).

Aus Sicht der chinesischen Elite waren (und sind) es „Fliegen“, die seit einigen Jahren leider in ihren edles Staatsgebäude hineinkommen, weil sie dessen Fenster geöffnet hat. Ihre zahllosen Versuche, dieses Ungeziefer auszurotten, sind jedoch fehlgeschlagen oder steckengeblieben – so jedenfalls meinen nicht wenige „westliche“ Beobachter. Sie glauben, die sich wandelnden Konsumgewohnheiten der städtischen Chinesen und damit zusammenhängende bizarre Verrücktheiten ständen für eine „Verwestlichung“. Manch einer sieht im heutigen China gar schon die „Zivilgesellschaft“ heranwachsen.

Leider ist hier bestenfalls der Wunsch Vater des Gedankens. Auch in der Geschichte des chinesischen Mustopfes geschah es ja, dass bisweilen neue Dinge, manchmal mächtig wie eine Flut, von außen in sie hineinströmten, zum Beispiel in Form von Fremdherrschaften. Oder durch Vertreter anderer Kulturkreise, die ab etwa 1600 immer öfter mal anklopfen und teilweise sogar hineingelassen wurden: Christen, Juden, Moslems, Europäer, Perser, Araber usw. Aber sowenig sich das Wasser einer Talsperre rot einfärbt, nur weil jemand einen Eimer rote Farbe hineingeschüttet hat, sowenig hatten (und haben) solche Fremd-Einträge einen verändernden Effekt auf das Meer des Chinesischen. Jedenfalls solange, wie dessen Elite den Mut zum selbständigen Denken und den freien, öffentlichen Diskurs ablehnt oder jene unterdrückt, die ihn aufbringen.

Zwar erinnert die heutige Erscheinungsform der städtischen Gesellschaft mit so rein gar nichts an ihren Zustand vor 15 oder gar 20 Jahren: Überall dort, wo sich ausländische Investitionen konzentrieren, wo ein Eimer Farbe in die Talsperre geschüttet wurde, sieht es (auf den ersten Blick) modern aus. Bei sehr viel ausländischem Kapital wie zum Beispiel in Peking, Shanghai oder Kanton im Süden sogar sehr modern. Aber genau so, wie das Wasser der Talsperre den roten Farbleck langsam auflöst, wirkt das Chinesische auf solche Fremd-Einträge. Zuerst sehen sie noch aus wie im „Westen“. Bald aber sind die [europäischen] Säulen gestohlen und Balken ausgetauscht, wie das Sprichwort sagt²², ist der Inhalt chinesisch und nur noch das Äußere, dem Namen nach europäisch-aufgeklärt. Die Dinge heißen dann „Börse“ oder „Medien“, „Nichtregierungsorganisation“, „Regierung“ oder „Stadtverwaltung“ etc., aber niemals ist dort drin, was wir wegen der Namensgleichheit und aufgrund unserer täglich erfahrbaren Lebenswirklichkeit zu Hause damit verbinden. Eigentlich müsste man all diese chinesischen Dinge stets in Gänsefüßchen setzen, wie weiland die „DDR“, um eine, im Wirtschaftsleben häufig ziemlich kostspielige Fehl-Wahrnehmung zu vermeiden.

Wie wenig sich verändert, zeigen die innersten Bereiche dieser Gesellschaft, wo nicht einmal ein Eimer „westliche“ Farbe hinkommt: die Verwaltung, die Herrschafts-

strukturen, die Machtausübung. Unten liegt man auf den Knien vor den Oberen, und die herrschen im Jahre 2009 immer noch so, wie es im vormodernen Staat des europäischen Absolutismus der Große Kurfürst von Brandenburg (1620–1688) in diese unsterblichen Worte gefasst hatte:

Es ist dem Untertanen untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.

Oder kürzer, mit dem französischen Sonnenkönig: *L'état c'est moi*. „Der Staat gehört mir“, sagt aber heute nicht mehr ein chinesischer Kaiser, sondern die oberste Parteiführung, die neunköpfig und fern jeglicher Öffentlichkeit in einem sogenannten Ständigen Ausschuss des Politbüros sitzt (mehr dazu in Kapitel 1). Und beschließt: zum Beispiel den Bau eines Drei-Schluchten-Damms für 20 Milliarden Dollar; oder Olympische Spiele für 50 Milliarden, deren Eröffnungsfeier der ganzen Welt das unschuldige Gesicht der Edlen zeigte und die deshalb um die 150 Millionen Dollar kosten durfte²³. Aber sie beschließen auch einen Militär-Haushalt, der heute schon der zweitgrößte der Welt ist (mehr dazu in Kapitel 9). Jeder große und kleine Obere „unternimmt“ in diesem intransparenten Machtgebilde der neuen „Edlen“ – mit viel Geld zur Hand, aber fern jeglicher Öffentlichkeit – was er will, kaum einer, was er soll und: Alle machen mit. Auch die Untertanen, die weder Kontrolle, ja noch nicht einmal ein „Recht zu wissen“ haben, was vorgeht. Schon gar keines, ihre Interessen öffentlich und organisiert zu vertreten, so sie das möchten.

Die da à la Louis Quatorze den ganzen Staat incl. der 2.000 Milliarden Dollar Devisenreserven zur Beute haben, sind die leitenden Mitglieder einer politischen Organisation, die Kommunistische Partei Chinas heißt. Letztlich ist sie auch eine europäische Erfindung, ein 1921 von der Kommunistischen Internationale in China ausgekippter Eimer rote Farbe, der aber längst indigene Charakteristika angenommen hat und zu einer traditionellen Geheimgesellschaft sinisiert worden ist, deren Mitglieder sich vor nichts und niemandem rechtfertigen oder gar verantworten müssen – außer vor ihresgleichen, insbesondere jenen innerparteilichen Konkurrenten um die Macht, die auf ihre Fehlritte warten, um selbst an die größeren Töpfe und zum größeren Gesicht zu kommen. Es sind diese Anführer des Geheimbundes, die heute – fern jeglicher Öffentlichkeit – nicht mehr nur In China, hinter der Mauer, wie Wolf Biemann einst sang, sondern zunehmend weltweit agieren.

Eine gefährliche Mischung

Das ist der Stand der Dinge heute: Die westlichen Zivilgesellschaften haben gigantische Kapitalmengen und unbezifferbares Know-how nach China übertragen und damit die jahrhundertlang vom rückständigen, isolierten Mandarin-Regime gedeckelte chinesische Produktivität entfesselt. Nicht transferiert aber haben sie ihr Ge-

sellschaftssystem, das allein die zerstörerischen Potentiale in Schach halten kann, weshalb jetzt eine vormoderne, sich selbst als Inkarnation von Kultur, Moral und Ethik betrachtende chinesische Elite die materiellen Mittel der Moderne unkontrolliert zur Verfügung hat. Die kopiert und potenziert sie jetzt schrankenlos mit dem Ziel, zur Nummer 1 bei allem in der Welt zu werden. Die Zivilgesellschaft aber, mit ihren *checks and balances* der Gewaltenteilung und unabhängigen, frei agierenden Interessengruppen sowie mit politischen Rechten ausgestatteten Individuen, lehnt diese vormoderne Elite explizit ab:

Wir müssen ... eine feste Abwehrlinie aufbauen gegen störendes und falsches westliches Denken à la Zwei- und Mehr-Parteien-, Zwei-Kammer-System oder Gewaltenteilung.²⁴

Die nicht weniger vormodernen Untertanen solcherart „Führer“ akzeptieren dies. Willig reihen sie sich auf der Grundlage „chinesischer Werte“ in die von den Edlen dirigierte und geformte große Volksgemeinschaft ein und marschieren dorthin, wo die sie haben möchten. Jedenfalls dann, wenn es der Elite gelingt, das Ausland, genauer: „den Westen“, als 反华势力 „antichinesische Kraft“ des Bösen aufzubauen. Ausgerechnet jene also, die das Regime in den vergangenen zwanzig, dreißig Jahren mit ihrem beispiellosen Kapital- und Know-how-Transfer groß gemacht haben! Wie der Zaubermeister stehen die jetzt da, unfähig, die von ihrem Lehrling entfesselten Kräfte einzufangen. Der Meister, der allein das könnte, müsste ein chinesischer sein, die chinesische Zivilgesellschaft. Doch ist die noch lange nicht in Sicht.

So geht der ressourcen- und die eigenen Menschen verschlingende Raubkapitalismus *à la chinois* ungehindert weiter, brauchen seine Profiteure Absatzmärkte für ihre Billigprodukte – vom Apfelsaftkonzentrat bis zu PKWs, vor allem aber Rohstoff-Bezugsmärkte, Energielieferanten und sehr, sehr viel Umwelt, wenn sie die eingeschlagene Entwicklung aufrechterhalten wollen. Es liegt auf der Hand, dass sie die Verfolgung dieser Interessen mit jenen in Konflikt bringt, die diese Ressourcen bislang alleine für sich nutzen konnten. Die Reibungen werden dabei umso größer werden, als je endlicher Rohstoff-Ressourcen und Umwelt sich erweisen. Und die zeigen sich bereits heute als sehr endlich, wenn man nur einmal chinesische Pro-Kopf-Verbräuche auf europäischem Niveau annimmt oder gar auf amerikanischem Niveau.

Niemand sollte aber Zweifel daran haben, dass Chinesen genau dies – und noch etwas mehr – anstreben, denn alles andere müsste diese „Hochkultur“, die schon seit Jahrhunderten keine mehr ist, als würdelos und unedel empfinden. Der hier heraufziehende, von den chinesischen Machthabern angeheizte Kampf der Kulturen müsste freilich niemanden im „Westen“ kümmern, wäre die vormoderne chinesische Welt nur kleiner als sie ist. Dann bestände sicher die Chance für die Zivilgesellschaften, sich diesen vormodernen Fremdkörper anzuverwandeln, ihn auf den europäischen Entwicklungsweg zu bringen, wie sie das (damals, zeitbedingt,

auf sehr unzivilisierte Weise) mit allen anderen indigenen Kulturen ja getan haben – auch der aus dem Chinesischen hergekommenen japanischen Kultur.

Dies ist jedoch im Falle Chinas solange nicht möglich, wie dessen Elite sich, ihre Mustopf-Kultur und ihren Staat der ehrenwerten Familie für etwas ganz Besonderes in der Menschen-Gesellschaft halten, Vertreter der Zivilgesellschaften hingegen als „Fliegen“ ansehen und ihre Untertanen mit Zentralstaat und Volksgemeinschafts-ideologie nach Belieben für ihre Ziele einzusetzen vermögen. Änderungen hier können nur von innen kommen, durch Chinesen selbst. Einige wenige haben ja auch damit begonnen (vgl. Kapitel 8). Politik und Wirtschaft der Zivilgesellschaften sollten sie im eigenen Interesse dabei unterstützen, so wie die Bundeskanzlerin Angela Merkel es begonnen hat, als sie einige von ihnen beim Pekingbesuch 2007 zum Gespräch traf.

3. Welche Rechte haben Chinesen? Der Weg aus der chinesischen Autokratie ist noch lang – sehr lang

Bis zum Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts gab es in China niemals etwas der europäischen Rechtsentwicklung Vergleichbares, etwas, das Individuen – und seien sie nur Angehörige einer Klasse, Schicht oder auch Hautfarbe – persönliche Rechte gegenüber der Staatsmacht einräumte. Es gab nie Volksversammlungen wie im Sparta des 7. und in der attischen Demokratie des 5./4. Jahrhunderts vor Christus (des Demos), keinen Senat wie im republikanischen Rom etwa zur gleichen Zeit (mit vom Plebs gewähltem Volkstribun und dessen Vetorecht), keine Magna Charta wie 1215 in England (Rechte des Adels gegenüber dem König), nichts der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung von 1776 Vergleichbares (Regierungen leiten ihre gerechte Gewalt von der Einwilligung der Regierten her), oder der französischen Revolution und ihrer Erklärung der Menschenrechte 1789 (Der Ursprung jeder Souveränität liegt ihrem Wesen nach beim Volke). Nicht einmal heute, im 21. Jahrhundert, findet sich in der Verfassung der Volksrepublik China ein sich aus dieser europäischen Entwicklung ergebender Schlüsselsatz wie dieser kategorische Recht-Imperativ des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“

In China, wenn man den Staat unter diesem, ihm von Europäern gegebenen Namen in die Vergangenheit verlängern darf, gab es all dies nicht, soweit man weiß, gab es nicht einmal individuelle Überlegungen darüber, ob ein Individuum gegenüber der Staatsmacht Rechte besitzen sollte. Dementsprechend besitzt auch die heutige

Bezeichnung 权益 quányì = Rechte (aber auch: Interessen), keine „chinesische“ Ethymologie, sondern kam erst im späten 19. Jahrhundert nach China – über den Umweg Europa – Japan (das sich modernisierte und daher solche europäischen Begriffe aufnahm und in Schriftzeichen übersetzte).

Was es traditionell dort gab, war das 法 fǎ, das Gesetz. Aber das verlieh niemals irgendjemand anderem als dem obersten Herrscher, dem 天子 *Sohn des Himmels*, Rechte. Es war nur der Sammelbegriff der Machthaber für all ihre Vorschriften (eine andere Übertragung von 法 fǎ), die „das Volk“ bei strengster Bestrafung einzuhalten hatte. Die Denkschule, die dieses Konzept nach herkömmlicher Auffassung ab etwa Mitte des 3. Jahrhunderts v.Chr. kodifizierte, waren die 法家 fǎjiā, die sogenannten Legalisten, eine Art Denkschule, die in einem funktionierenden Wechselspiel von Vorschrift und Gehorsam ein probates Herrschaftsmittel des Himmelssohnes über seine Untertanen sahen. So ging das 法 fǎ als Grundkonzept chinesischer Herrschaft um 221 v.Chr. in den ersten Zentralstaat ein und blieb in der Folge Grundsatz aller Dynastien gemäß dem „legalistischen“ Leitsatz: 民弱国强, 国强民弱 „Der Staat ist nur stark, wenn das Volk schwach ist“. Das nach außen von den Mandarinen hochgehaltene, „konfuzianische“ 仁义道德 rén yì dào dé – Humanität, Gerechtigkeit und Tugend, war nur der schöne Schein, die Lebenslüge der chinesischen Staatsmacht, hinter dem sich die Despotie des „schwachen Volkes“ annahm. So war es logisch und konsequent, dass die kaiserliche Verwaltungseinheit, die für diese Art „Gesetzesherrschaft“ zuständig war, nicht einmal das 法 fǎ-Zeichen im Namen trug, sondern 刑部 xíng bù hieß – Ministerium für Bestrafungen, wobei die rechte Komponente des Zeichens 刑 xíng, 冫, ein „Messer“ symbolisiert und damit die Art der Strafen verdeutlicht, die bis zur Umbenennung des Ministeriums 1906 (!) in der Regel galten.²⁵

Es war das Jahr 1912, das Jahr des Abdankens der letzten Dynastie, als Chinesen erstmals auf dem Papier einer Provisorischen Verfassung Freiheitsrechte im europäischen Sinne zugesprochen bekamen. Es waren insgesamt 13 kurze Bestimmungen im 2. Kapitel dieser Verfassung, das die Überschrift 人民 *Volk* trug. Sie lauteten:

*Alle sind gleich, es gibt keine rassistischen Klassen und keine religiösen Unterscheidungen; niemand darf ohne gesetzliche Grundlage eingesperrt, festgesetzt, verhört oder bestraft werden; ohne gesetzliche Grundlage darf nicht in Wohnungen eingedrungen und dürfen diese nicht durchsucht werden; Recht auf Eigentum und wirtschaftliche Betätigung; Freiheit der Rede, des Schreibens, der Presse, Versammlung und Organisation; Freiheit des Briefgeheimnisses; Freiheit der Niederlassung und des Umzugs; Freiheit der Religion; Recht dem Parlament Petitionen einzureichen ...*²⁶

Aus der chinesischen Gesellschaft kamen diese Formulierungen jedoch nicht. Sie entstammten vielmehr den theoretischen Überlegungen einiger Intellektueller wie des bis heute als „Vater der Republik“ bekannten Sun Yat-sen, die sie aus ihren

Beobachtungen europäischer Gesellschaftsordnungen gewonnen, gutgeheißen und auf chinesische Verhältnisse angepaßt (kopiert) hatten. Der Sturz der Mandschu-(Fremd-)Dynastie und diese „Verfassung“ mit Rechten waren jedoch nicht das Resultat einer Volkserhebung von Chinesen, die solche Rechte einforderten, sondern dem Zusammenspiel einer (eigentlich unbedeutenden) Militärrevolte in Zentralchina mit der völligen Unfähigkeit des überkommenen chinesischen Staatssystems geschuldet. So gab es für diese „Rechte“ in der Bevölkerung überhaupt kein Bewusstsein und blieb die „Provisorische Verfassung“ in der Praxis ohne Belang. Die „Republik China“ und mit ihr die chinesische Gesellschaft versanken alsbald in einem flächendeckenden Warlord-, Bürgerkriegs- und Besetzungschaos, das im Grunde erst 1949 mit dem Sieg der Kommunistischen Partei endete. Erst sie schuf eine staatliche Ordnung in China, die diesen Namen insofern verdiente, als die neue zentrale Staatsmacht tatsächlich „alles im Griff“ hatte – so schrecklich und mörderisch sich diese Ordnung auch für Hunderttausende „Großgrundbesitzer“, „Reaktionäre“, „Spione“ und „Konterrevolutionäre“ darstellte.

Rechte der Chinesen in der Volksrepublik China

Am 20. September 1954 verabschiedete der Nationale Volkskongress der Volksrepublik China, das von der neuen Macht eingerichtete „Parlament“, die Verfassung des neuen chinesischen Staates. Darin heißt es eingangs zwar, „alle Macht“ gehe „vom Volke aus“, doch besteht kein Zweifel daran, dass sie von dort direkt in die Führungsorgane der Kommunistischen Partei ging, wo wenige Personen, für die der Name Mao Tse-tung steht, damit tun und lassen konnten, was sie wollten.

Das Institut der Verfassung als Grundgesetz staatlicher Ordnung sowie auch ihr Inhalt fußen auf Errungenschaften, die nur in der europäischen Entwicklungsvariante menschlicher Gesellschaften entstanden sind. Ihre Übernahme nach China steht deshalb für den Willen der neuen Machthaber, mit den indigenen Traditionen der chinesischen Gesellschaft zu brechen, sie zu europäisieren, ja sogar, die Ideen der Aufklärung in diesem Land einzuführen, wenn auch mit (starken) „chinesischen Charakteristika“. Unmißverständlich heißt es im Kapitel III, Paragraph 87:

Die Bürger der Volksrepublik China haben das Recht auf die Freiheit der Rede, der Presse, der Versammlung, des Zusammenschlusses, der Prozession und Demonstration²⁷.

Weitere Paragraphen garantieren auch das Recht der freien „wissenschaftlichen Forschungsarbeit, des literarischen und künstlerischen Schaffens und anderer kultureller Betätigung“ usw.

1975 verabschiedete der Nationale Volkskongress eine neue Verfassung. Sie sollte die politischen Ergebnisse der (noch für gut befundenen) Kulturrevolution kodifizieren

und die Grundlage des „revolutionären“ Staates sein. Auch sie garantierte in Kapitel III, Artikel 28, die oben genannten Rechte der „Bürger“, zusätzlich sogar ausdrücklich das des „Streiks“²⁸. Dieses „revolutionäre“ Grundgesetz änderte das „Parlament“ 1982, nachdem neue Parteimachthaber die Emporkömmlinge der Kulturrevolution (nach Maos Tod 1976) gestürzt hatten. Die „Rechte der Bürger“ blieben darin jedoch unverändert, allein das „Streikrecht“ entfiel jetzt im Artikel 35.²⁹ Dies ist, trotz weiterer Änderungen an der Verfassung seither, der Stand der Dinge bis heute.

Auf dem Papier besteht also keinerlei Zweifel: Es gibt „Bürger“ in China, und die haben das Recht auf freie Rede, eine freie Presse, Versammlung, des Zusammenschlusses und der Demonstration. Allerdings war es nie in der Geschichte dieses Staates schwer zu erkennen, dass kein einziges dieser „Rechte“ mehr Wert war als das Papier, auf dem es stand und steht. Erst recht heute nicht, wo einerseits wirklich jeder „Bürger“ per privater Website, als *blog* oder über kommentierende Einträge auf den Seiten anderer Anbieter zumindest seine Meinung zu all und jedem theoretisch nicht nur der chinesischen, sondern sogar der ganzen Welt-Öffentlichkeit kundtun könnte, aber andererseits die Staatsmacht gar kein Hehl daraus macht, dass sie unliebsame Meinungen ganz einfach löscht und diejenigen, die sie geäußert hatten, bisweilen auch verhaftet und für viele Jahre hinter Gitter bringt. Das kann heute jeder Chinese wissen, denn im Unterschied zu noch vor einigen Jahren, geschehen diese Verfassungsverstöße in großer Öffentlichkeit.

Ohne die Möglichkeit, ihre Verfassungsrechte praktisch wahrzunehmen, gibt es freilich keine „Bürger“ in China, sondern – wie eh und je – nur Untertanen, und ohne Bürger mit tatsächlich wahrnehmbaren Rechten gegenüber der Staatsgewalt gibt es keine Demokratie und keine Freiheit, woraus folgt, dass es auch keine Zivilgesellschaft gibt. Was aber gibt es dann? Gemeinhin gilt für solche Staaten die Bezeichnung Diktatur, und je nachdem, wie „scharf“ und brutal die Diktatoren ihren Willen gegenüber den Untertanen durchsetzen, kann man dieses Substantiv durch andere ersetzen wie „Polizeistaat“, was einige Chinesen für treffend halten wie zum Beispiel der auch in Deutschland während der Kasseler *documenta* 2007 bekanntgewordene 艾未未 Ài Wèiwèi³⁰. Wer den „Polizeistaat“ für besonders hochgerüstet hält, sagt „high-tech-Polizeistaat“, weil man weiß, auch das ist kein Geheimnis mehr in China, dass er personell und materiell in der Lage ist, jederzeit alles abzuhören, zu überwachen, gesammelte Informationen informationstechnisch zu verknüpfen und zusammenzuführen und Aktivitäten so im Falle eines Falles schon zu unterbinden, kaum dass sie gedacht, geschweige denn in Angriff genommen worden sind. Dass die heutigen Machthaber Chinas dies als Idealzustand anstreben, hat die kanadische Journalistin Naomi Klein in einer Vor-Ort-Untersuchung in Südchina im Frühjahr 2008 nachgewiesen.³¹ Andere wiederum schauen auf die Arbeitslager, die willkürlichen Verhaftungen, die Todesstrafen für Delikte wie Korruption, die hierzulande nur einige Jahre Gefängnis bringen würden, sehen, dass in etlichen Fällen allein der Wille „der Parteiführung“ dahinter

steht und bezeichnen China deshalb als „Parteidiktatur“ oder, abgeleitet aus dem Namen der Partei als „kommunistische Diktatur“.

Schließlich gibt es auch Gesellschaftswissenschaftler im „Westen“, die das chinesische Herrschaftssystem als „autoritär“ bezeichnen³², was nicht gar so schlecht klingt. Hintergrund dafür ist die offensichtliche Tatsache, dass die chinesische Gesellschaft in den letzten dreißig, vor allem aber den letzten zehn Jahren so enorme Veränderungen durchlaufen hat, dass sie äußerlich, in normalen Zeiten und zumindest in den großen Städten, in fast keiner Hinsicht mehr der Phase davor zu gleichen scheint, die bestimmt war von totalitärer Kontrolle des öffentlichen wie auch des privaten Lebens, von „revolutionären“ Massenaufmärschen und radikaler, gesellschaftsverändernder Rhetorik mit weltweitem Anspruch.

Die heutige chinesische Gesellschaft sieht an der Oberfläche tatsächlich nicht aus wie die „klassische“ kommunistische Diktatur, nirgends so trostlos wie die DDR bei ihrem Untergang. Wer die heutige materielle Situation mit jener von 1989 vergleicht, der kann nur grundstürzende Veränderungen wahrnehmen: Plan- und Staatswirtschaft sind scheinbar beseitigt, heute steuern Privatunternehmen mehr als die Hälfte zum Bruttoinlandsprodukt bei. Ihre Zahl beläuft sich inzwischen auf fast 30 Millionen, und einige größere mit internationalen Aktivitäten, sogar Investitionen und einem gewissen Bekanntheitsgrad im Ausland gibt es auch schon: 联想 Lenovo, 华为 Huáwèi, 海尔 Hǎi'ěr und andere. Der Markt mit all seinen Begleit- und Folgeerscheinungen scheint das Wirtschaftsleben zu bestimmen: grellbunte Werbung allenthalben, Preisschlachten, Übernahmen, immer neue Produkte mit modernem Design ... Der Lebensstil der städtischen Chinesen scheint bisweilen gar „westlicher“ als im „Westen“: mobil-telephonierende, top-modisch gekleidete Menschen auf den Straßen und in den Diskos, Bars und durchgestylten bis irren Restaurants, McDonald's und andere *fast-food*-Ketten bestimmen das Stadtbild, flotte Radiosendungen mit lockeren Moderatoren-Sprüchen und Techno-Musik, TV-Shows à la „China sucht den Superstar“ und was an *lifestyle* mehr ist. Nicht zu vergessen die mit internationalen Automarken (neueste Modelle) ge- und überfüllten Straßen, das flächendeckende Abreißen alter Gebäude und ihre Ersetzung durch Stahl-Glas-Hochhäuser teils bizarrer Architektur (wie zum Beispiel die Zentrale des *Central Chinese Television* im Osten Pekings), Hotels, *shopping malls*, Bürozentren ... und die grenzenlose Hektik, die alles überdeckt. Kapitalismus pur: Geld, Geld, Geld! Und Mao als Kunst-Ikone à la Andy Warhol.

Vor allem die älteren Beobachter aus dem „Westen“ kommen aus dem Staunen nicht mehr heraus. Diese heute 50-, 60-Jährigen sind ja mit dem Bild monotonblaue (oder -grüne) Armeeuniformen, Ballonmützen und Stoffschuhe tragender, von „der Partei“ in Massenarbeits- („Großer Sprung nach vorn“, Volkskommunen), Massenkriegs- (Koreakrieg) und Massendemonstrationseinsätzen (Kulturrevolution) mobilisierbarer, gesichtsloser „Ameisen“ aufgewachsen, mit Bildern von Stra-

ßen fast ohne Autos, dafür mit vielen Fahrradfahrern und auf ihren Eselskarren daherkommenden Bauern in zerlumpter Kleidung. Nicht zu vergessen das bizarre „Geistes“-leben des Mao-Kults, das diese Beobachter-Generation gewohnt war, mit China zu verbinden. Und da sie es (altersbedingt) ist, die unsere Gesellschaft bis heute prägt – als Politiker, Lehrer, Manager der Wirtschaft oder Journalist –, prägte sie auch die allgemeine China-Wahrnehmung zum Beispiel in Deutschland. Diese Generation der 50- bis 70-Jährigen hat in den letzten Jahren ihr Staunen über die Veränderungen in China breitflächig, anhaltend und mit dem Standard-Ausruf: Wer hätte gedacht, dass so etwas in China einmal möglich sein würde! als geradezu wundersam in der Öffentlichkeit verankert.

Die junge Generation der heute 20-, 30-Jährigen hingegen, für die das Land jetzt schon eine Bedeutung hat, ist hingegen mit dessen heutigem Erscheinungsbild aufgewachsen. Für sie ist es nichts Besonderes, dass in China Hochhäuser stehen, man dort Hamburger essen und Coca Cola dazu trinken kann, oder dass es dort ein Porsche-*outlet* gibt und nicht wenige Leute, die sich einen Cayenne leisten. Das gibt es doch in fast jedem Land, was soll daran so Besonderes sein? Oder gar positiv erwähnenswert? Wer mit solchen 20-, 30-Jährigen spricht, die in China leben oder lebten, oder ihre Internet-*blogs* liest, die sie in Peking oder Shanghai schreiben und dort auch ins Netz stellen, der bemerkt sofort, dass sie ganz andere China-Themen erstaunen. Und zwar sehr wichtige, die den Alten seit Jahren entgehen, weil sie immer nur an Mao und seine „Blauen Ameisen“ denken müssen, die sie beide gar nicht mehr finden können.

Was der jungen Generation hier auffällt, zum Beispiel fanatisierte „Anti-Japan-Demonstranten“ oder das willkürliche Aussperren vom Internet-Zugang (bzw. die penetrante Kontrolle des Netzes), die Arroganz der Macht, das Katzbuckeln, ja sogar: Niederknien der Untertanen selbst vor kleinen „Machthabern“, die schrankenlose Verschwendung von Natur- und anderen Ressourcen, das geradezu besessene Kopieren nicht nur von Produkten, sondern auch der absonderlichsten „westlichen“ Lebensweisen usw. usf., hat mit dem tatsächlich vorherrschenden anachronistischen Entwicklungsstand der chinesischen Gesellschaft und den Traditionen ihrer Elite 君子-Edlen zu tun, die mit ihrem überkommenen und noch längst nicht überwundenen vormodernen Wesen das „bornierte Volk“ angeblich kultivieren müssen, tatsächlich jedoch nur für die eigenen Interesse ausnutzen.

Immer noch eine vormoderne Gesellschaft

Der Grundgedanke der europäischen Aufklärung ist in dieser Gesellschaft zwar nicht mehr unbekannt, aber seine Verbreitung und vor allem seine Akzeptanz sind doch arg beschränkt. Erste Anstrengungen, die rückständige chinesische Zivilisation durch

europäisches Denken der Aufklärung zu ersetzen, unternahmen chinesische Elite-Angehörige erst ab etwa 1915, explizit ein paar Jahre später in der *新文化运动 Bewegung einer Neuen Kultur* um 1919/20. Das Reich der großen Reinheit, wie sich die letzte, 1911/12 gestürzte Dynastie selbst nannte, und seine Vorgänger verwandelten sich für die radikalsten unter ihnen in eine „Kloake“, für die anderen zumindest in einen schweren Sanierungsfall-China, der nicht mit Eigenmitteln, sondern nur mit Hilfe von außen, nämlich den **gesellschaftlichen Errungenschaften** Europas, zivilisiert werden konnte. Fast 200 Jahre nach dem Okzident waren damit wenigstens Teile der chinesischen Intelligenzija bereit, das Denken zu wagen, bei der Erkenntnis angelangt, dass es eine Aufklärung brauchte, eine *启蒙运动 qǐ méng yùn dòng*, wie es übersetzt wurde: Bewegung zur Erhebung aus der Ignoranz! Ignoranz (anstatt Dunkelheit wie in Europa) – mit Blick auf die chinesische Geschichte eine treffende Bezeichnung.

Die Vertreter dieser Sicht – wie der in Leipzig studierte Rektor der Peking Universität (1928 Präsident der Akademie der Wissenschaften), *蔡元培 Cài Yuánpéi* (1868 bis 1940), der Philosoph *胡适 Hú Shì* (1891 bis 1962) und andere waren die ersten Chinesen, die eine Aufklärungsbewegung nach europäischem Vorbild in Gang bringen wollten. Sie forderten Vorfahrt für *德先生 Herren Demokratie* und *赛先生 Herren Wissenschaft* und als Voraussetzung dafür die mehr oder weniger komplette Beseitigung der chinesischen Traditionen. Sie hatten erkannt und sprachen als erste laut und öffentlich aus, dass es eben dieses Chinesische war, das seit Jahrhunderten eine Entwicklung zur Moderne verhindert hatte.

Ins Herz dieser Kultur zielte deshalb schon ihre erste zentrale Forderung nach Verwendung der Umgangssprache in Büchern und den aufkommenden Zeitungen – bis 1915 war der kaum verständliche Mandarin-Stil, das sogenannte Klassische Chinesisch, die Schriftsprache der „Gelehrten“ gewesen. Nur der innere Kreis der Macht aber konnte diese bis zum Unverständlichen reduzierten Textgerippe lesen, die – mündlich vorgetragen – überhaupt niemand mehr verstehen konnte – ganz abgesehen von den bizarren Inhalten.

Einige, darunter der berühmte Schriftsteller *鲁迅 Lǔ Xùn* (traditionell: Lu Hsün, 1891 bis 1936), gingen noch einen Schritt weiter und forderten gleich die Abschaffung der archaischen, nur mit größtem Aufwand erlernbaren Schriftzeichen zugunsten der einfachen Buchstabenschrift Europas. Sie sahen in diesem Schriftzeichensystem die Ursache schlechthin für alle chinesische Rückständigkeit. *鲁迅 Lǔ Xùn* sagte: *汉字不灭, 中国必亡* – Wenn wir die Schriftzeichen nicht ausrotten, wird China auf jeden Fall untergehen; sie seien eine *愚民政策的利器 Waffe der Volksverdummungspolitik*. Sein ebenfalls (später auch als führendes KP-Mitglied) sehr berühmter Schriftsteller-Zeitgenosse *瞿秋白 Qú Qiūbái* (1899 bis 1935) sagte es noch wesentlich drastischer und plastischer: *汉字真正是世界上最龌龊最恶劣最混蛋的中世纪的茅坑* – Die Schriftzeichen sind tatsächlich die schmutzigste, schlimmste und elendigste Mittelalter-Latrine der Welt.

Ein Erfolg war der Neuen Kulturbewegung nicht beschieden, aber sie öffnete wenigstens die Tür ein wenig, so dass auch in den folgenden Jahren weiter Neues aus dem Westen einsickern konnte. Sie war ein erster Schritt, scheiterte aber an den chaotischen politischen wie generell vormodernen Verhältnissen. Die Protagonisten der Bewegung gingen schließlich teils ins Ausland wie 胡适 Hú Shì, kämpften einen radikalen, aber im ausländischen Shanghai isolierten Kampf wie der Schriftsteller 鲁迅 Lǚ Xùn (Lu Hsün) oder kehrten schließlich – enttäuscht von Europa und Amerika – doch wieder zur chinesischen als der besten aller Welten zurück, wie 梁启超 Liáng Qǐchāo (1873 bis 1929).

Bei den folgenden Machthabern von Tschiang Kai-schek über (eingeschränkt) Mao Tse-tung bis zu den heutigen um 胡锦涛 Hú Jǐntǎo blieb als Rest dieses Zivilisierungsversuches nur das schon wieder sehr traditionell-chinesische Konzept einer Erziehungsdiktatur übrig: Die Elite habe die Erkenntnis und müsse sie den unwisenden (und deshalb besser rechtlos gehaltenen) Volksmassen anerkennen; wenn es sein muss, auch mal mit Zwang (Militärregime als „Übergang“). Sun Yat-sen hatte diese Diktatur der selbsternannten Wissenden (abgeleitet aus der „konfuzianischen“ Staatsideologie, nicht von Platon!) schon in seinen programmatischen Vorstellungen für eine Republik China befürwortet, wo er den Euphemismus der 良政府 *guten Regierung* dafür benutzte, was uns übersetzt meist als „Vormundschaftsregierung“ entgegentritt.

Und letztlich ist das 2009 immer noch der Stand der Dinge in China, jedenfalls soweit es die Machthaber betrifft, die auch nach sechzig Jahren Volksrepublik die Diktatur, ihre Diktatur, verteidigen und ihre Untertanen periodisch in Kampagnen zum Schlangestehen (statt Drängeln) erziehen wollen oder ihnen das Ausspucken auf Straßen und Plätzen verbieten. Wer genau hinsieht, kann leicht erkennen, wie sie ihre Legitimität auch daraus zu ziehen suchen, dass **sie** den 群众 *Massen* die Zivilisation beibringen müssten, dass **sie** „Ordnung“ und „Entwicklung“ in China garantierten und deshalb als Machthaber unverzichtbar seien. Warum? Das „Volk“ sei eben noch nicht soweit. Die dafür herangezogene Begründung heißt auf Chinesisch 人民的素质低 *niedrige Qualität des Volkes*.

Keime persönlicher Rechte

Das wirtschaftliche Feld, das 邓小平 Dèng Xiǎopíng in Form einer Teil-Entstaatlichung den Chinesen 1992ff zur gänzlich freien Verfügung überließ (siehe Kapitel 5), stürmten als erstes die Parteifunktionäre aller Ebenen – gedeckt durch sein Diktum: Reich werden ist ehrenhaft, und es macht auch nichts, wenn einige zuerst reich werden. Sie nutzten ihre unbegrenzte politische Macht, um sich und ihren Familien finanzielle Vorteile zu verschaffen. Im Verlaufe weniger Jahre lösten ihre Aktivitäten

das partei-monopolistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in eines von Funktions-Interessengruppen auf, deren Jagd nach dem Geld immer neue Felder einer kommerziellen Betätigung eröffnete. So entstanden Märkte für all und jedes im Land und es fielen nach und nach alle ideologischen Beschränkungen und Tabus, die ihrem Als-Erster-Reich-Werden im Wege standen. Inzwischen sind Interessengruppen aus ihnen geworden, deren Ansprüche auch gesellschaftsverändernd wirken.

Parallel zu diesem inneren Prozess erfolgte die berühmte „Öffnung Chinas nach außen“, worauf die Wirtschaftseliten der Industriestaaten seit über hundert Jahren gewartet hatten: den „größten Markt der Welt“ zu betreten. Ausländisches Kapital und Know-how jeder Art strömten deshalb in stets zunehmenden Milliarden-Dollar-Beträgen ins Land, wo sie in immer neuen „geöffneten“ Branchen das Tempo der Entwicklung vorgaben. Auch diese Zehntausenden von ausländischen Investoren hatten (und haben) Interessen in China, deren Durchsetzung sich verändernd auf das Wesen der chinesischen Gesellschaft auswirkte. Diese Investoren aus den industrialisierten Zivilgesellschaften erwarteten für ihre Betätigung nämlich ähnlich solide Rechte wie sie sie bei sich zu Hause in Anspruch nehmen. Andernfalls kommen sie nicht oder nur sehr zögernd. 1979, am Beginn ihrer *China-Stampede* war davon noch so gut wie nichts vorhanden, und man muss sich rückblickend wundern, warum damals überhaupt Investoren nach „Rotchina“ kamen, wenn man nicht wüßte, dass es zunächst fast ausschließlich Hongkonger Unternehmer waren, die eher den (britischen) Rechtsverhältnissen (und der freien Presse) ihrer Stadt entfliehen wollten. Sie fanden im China des Geheimbundes KP auch genau die Bedingungen, die sie suchten, und gehören bis heute (neben den Taiwaner Investoren) zu den gnadenlosesten Auspressern der entrechteten chinesischen Arbeitskraft bzw. sie sind die ersten, die das Land verlassen, wenn ihr Erwerbsbetrieb von Rechten anderer gestutzt zu werden droht, wie durch das *劳动合同法 Arbeitsvertragsgesetz* von 2008. Die Rechts-Abteilungen westlicher Firmen hingegen erwarteten etwas mehr als nur frühkapitalistische Freiheit von Recht und Gesetz. Die auszunutzen wäre unter zivilgesellschaftlichen Bedingungen zu Hause auch sehr riskant: Solche Praktiken könnten dort als Enthüllungen „in die Medien“ gelangen und den Ruf auf diesen wichtigen Märkten ruinieren. So hielten sich diese Firmen zunächst interessiert beobachtend zurück. Schafft erst einmal Gesetze, lautete ihre Mantra während der allfälligen China-Reisen des Managements, dann kommen wir auch.

Um sie also zu gewinnen und von ihrem Know-how zu profitieren, begann die Staatspartei, das Rechtsvakuum ihres Herrschaftsgebietes mit der verlangten Gesetzgebung zu füllen – jedenfalls auf dem Papier. Bis heute hat der Nationale Volkskongress Hunderte von Gesetzen und Regelungen im wirtschaftlichen Bereich verabschiedet. Das einstige Vakuum ist mittlerweile wohl gefüllt, es gelten heute in China im großen und ganzen ähnliche Bestimmungen wie in den zivilgesellschaftlichen Staaten. Und diese haben die Beziehungen der Marktteilnehmer untereinander – zwischen Firmen oder zwischen Firma und Konsument – weitgehend verrechtlicht.

Unzufriedene Chinesen haben heute durchaus die Möglichkeit, sich ihr vermeintliches oder tatsächliches Recht gegenüber einem säumigen Lieferanten, einem nicht zahlenden Abnehmer oder einem kopierenden Konkurrenten vor Gericht zu suchen und durchaus auch durchzusetzen.

Im Unterschied zum politischen Bereich also, wo Rechte weiterhin nur auf dem Papier stehen, sobald die Macht ins Spiel kommt, ist die Situation im ökonomischen Bereich damit wesentlich „westlicher“. Hier ist Recht selbst im Partei-Willkür-Staat China tatsächlich durchsetzbar – Ausnahmen, die vorkommen, bestätigen eher diese Regel als sie zu widerlegen. Der Grund für diesen Stand der Dinge ist jedoch nicht allein der, damit ausländische Investoren zu „beruhigen“, sie zu locken und zum Bleiben zu bewegen und so den wichtigen Kapital- und Know-how-Import am Laufen zu halten, sondern genauso, dass die wirtschaftlich tätigen Parteifunktionäre selbst ein Interesse daran haben, sich unter Umständen mit Hilfe dieses Rechts unfairer Konkurrenten zu entledigen (was, wie im „Westen“, nicht bedeutet, dass man selbst fairer wäre). Zwar kann eine solche Interessengruppe (im Unterschied zu ausländischen Investoren) im Einzelfall immer versuchen, mit Geld oder geldwerten Vorteilen oder gar über die „Partei“ auf die Richter zuzugreifen, um sich durchzusetzen. Aber sie alle zusammen haben doch ein allgemeines materielles Interesse an einem gleichen Spielfeld – *level playing field* im heutigen *business*-Kauderwelsch – für ihre Aktivitäten. Es wäre sonst wie im Fußball: Hätte eine Mannschaft mehr „Rechte“ als die andere, herrschte blanke Willkür, und es würden auch keine zahlenden Zuschauer mehr kommen, kurz, der Markt wäre ruiniert. Deshalb haben von der Wirtschaftsgesetzgebung verliehene Rechte selbst im Ein-Partei-China die Chance, zum Zuge zu kommen.

Dieser Umstand aber verschaffte auch der (politisch weiter entrechteten) Bevölkerung neue Möglichkeiten sich zu behaupten, denn sie kommt hier nicht gleich mit der Staatsmacht in Konflikt (und zieht den Kürzeren), wenn sie aus dieser Gesetzgebung Rechte für sich in Anspruch nimmt. Chinesische Verbraucher haben das längst erkannt und nutzen hier, erstmals in ihrem Leben, Rechte mit Aussicht auf Erfolg. Sie verklagen zum Beispiel Unternehmen auf Produkthaftung, wenn sie meinen, die hätten ihnen schlechte Ware verkauft, einen Vertrag (Garantiebestimmungen etc.) nicht eingehalten oder sie sonst schlechter behandelt als andere.

In einem Staat jedoch, dessen Elite ihre schrankenlose Macht umfassend dazu benutzt, ihre ökonomischen Interessen (reich werden) zu verfolgen, kann die Verrechtlichung ökonomischer Beziehungen nicht auf Dauer aus der politischen Sphäre verbannt bleiben. Wer einen Staatsbetrieb verklagt, der legt sich mit dem dort bestimmenden Parteisekretär an und steht sogleich der politischen Macht gegenüber. Tatsächlich kam es bald zu Konflikten auf Feldern, wo sich Wirtschaft und Politik überlappen, und sich das Einfordern von vorderhand ökonomischen Rechten plötzlich als politische Aktion erweist. Hauptforderungen der Freiheitsbewegung von 1989 waren Beseitigung der Korruption und Transparenz der Macht.

Die Flächensanierungen und Neubauprojekte in den Städten oder Infrastruktur-Vorhaben auf dem Lande sind solche Felder. Hier kungelt in der Regel eine Allianz zwischen Immobilien-Haien und Parteifunktionären in den Stadt- und Gemeindeverwaltungen: Der Immobilienhai beschafft mit Hilfe seiner „Beziehungen“ zu Parteifunktionären Grund und Boden sowie Kredite bei einer Staatsbank, bezahlt mit einem Teil die Dienste seines Funktionärsfreundes und schickt sodann die Abriss-Kolonnen in das Wohngebiet, das einer *shopping mall* weichen soll. Wenn sich die dortigen Bewohner gegen ihre Entmietung wehren, schickt der lokale politische Partner gegebenenfalls die Polizei, die den allfälligen Widerstand beseitigt. Halb Shanghai und Peking sind auf diese Weise modernisiert, 85.000 km² landwirtschaftlicher Nutzfläche zwischen 1996 und 2007³³ Bauern weggenommen und zubetoniert worden.

Rechtlich nun haben Bewohner abzureißender Häuser oder Bauern, die ihr Pachtland hergeben müssen, Anspruch auf Entschädigung, doch häufig teilen die Betreiber und ihre politischen Hintermänner und -frauen dieses Geld (oder Teile davon) lieber unter sich auf: Wehren sich die zu Exmittierenden bzw. Land- und Lebensunterhalt-Enteigneten, betreiben sie Öffentlichkeitsarbeit, gehen sie vor Gericht oder organisieren sich gar, so finden sie sich im Handumdrehen im Konflikt mit der Staatsmacht. Das ist nun seit Jahren flächendeckend und wegen der Natur dieser Konflikte auch in größter Öffentlichkeit im ganzen Land so. Der Fall des bis ins Ausland bekannten „Nagelhauses“ in der Stadt 重庆 Chóngqìng 2007 steht dafür ebenso wie die Demonstrationen in Shanghai gegen die Verlängerung der Transrapid-Strecke durch ihr (Eigentums)Wohnviertel oder der Widerstand von Bewohnern der Stadt 厦门 Xiàmén gegen den Bau einer riesigen Chemiefabrik in ihrer Nachbarschaft.

Solche Fälle, wo sich große wirtschaftliche Interessen mit korrupter Lokalpolitik mischen, sind schon seit Jahren nicht mehr selten und ihre Zahl (wie auch der Umfang nach Beteiligten, der in den Provinzen bisweilen in die Zehntausende gehen und Straßenschlachten mit der Polizei bedeuten kann) steigt weiter. Auch qualitativ ist hier eine Entwicklung zu beobachten: Während das „Nagelhaus“ letztlich nur die lokalen Behörden betraf, geriet im Falle der Chemiefabrik in der Stadt 厦门 Xiàmén wie auch bei der Transrapid-Verlängerung in Shanghai schon die Pekinger Zentralmacht in die Auseinandersetzung hinein. Im ersten Fall, weil sie für die Genehmigung der Großinvestition zuständig gewesen war, im zweiten, weil es die allerobers- te Staatsführung gewesen war, die den Transrapidbau in Shanghai betrieb.

Von wirtschaftlichen zu politischen Rechten

In der Regel weicht die Macht bislang zurück, wenn Sturheit und Schießen nur zu noch größeren „Problemen“ führen würden, was stets dann der Fall ist, wenn es den Protestierern gelingt, ihrer Sache Öffentlichkeit, am besten internationale

Öffentlichkeit zu verschaffen. Sie ist das letztlich letale Gift für ein Regime, in dem Mitglieder eines politischen Geheimbundes ihre Macht nur noch dazu nutzen, sich (und ihren Familienangehörigen) wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen. Nicht wenige Chinesen haben das inzwischen begriffen und tragen ihre Anliegen mit den Mitteln, die sie haben, gezielt nach Außen, während die Macht, andererseits, diese Möglichkeit einzuschränken sucht, indem sie einen personell und technisch schrankenlos wuchernden Zensur- und Kontrollapparat errichtet, dessen Umfang und elektronische Modernität Erich Mielke und seine Stasi, gäbe es sie noch, wie Stümper aussehen lassen würden.

Die quantitative Zunahme der Wahrnehmung eigener Interessen beginnt heute, vor unseren Augen, in politische Qualität umzuschlagen, weil Unfähigkeit und Unwille der Profiteure des Geheimbundsystems Gesundheit und sogar Leben zahlloser Chinesen gefährden. Der Fall des mit der Chemikalie Melamin verseuchten Milchpulvers vom Sommer 2008 steht dafür. Aber nicht als Lebensmittelskandal, denn die gibt es überall, auch in zivilisierten Gesellschaften (siehe Gammelfleisch in Deutschland). Hinter dem Melamin-Milchpulver standen jedoch nicht nur die Herstellerfirma 三鹿 Sān Lù oder deren Milchlieferanten, sondern Partei-Behörden, lokale wie zentrale. Erstere hatten den Produzenten noch lange gedeckt, nachdem die gesundheits-schädigende Wirkung ihnen schon bekannt geworden war. Sie hatten eine Berichterstattung investigativ recherchierender Journalisten blockiert. Und die Zentrale in Peking hatte dabei mitgetan, indem sie verhinderte, dass während der Olympischen Spiele „etwas herauskam“, das ihr riesengroßes Olympia-Gesicht mit einem Schlag beseitigt hätte. Währenddessen starben Kleinkinder an Nierenversagen, und Hunderttausende wanden sich unter den Schmerzen der Nierensteine, die das Melamin in ihren kleinen Körpern verursacht hatte.

Das hat auch unter „konfuzianischen“ Bedingungen wo der 君子 Edel-Herrscher sich vor seinen Untertanen nur durch sein makellostes Vorbild legitimiert, das Zeug zum perfekten gesellschaftlichen Sturm. Erst recht, wenn die wehrlosesten Untertanen dieser „Edlen“ – Kinder und Babys – Opfer ihrer Geheimbundherrschaft sind. Wenn deren Eltern, die sowieso gezwungen werden, nur ein einziges Kind zu haben, ihren Zorn in die Öffentlichkeit trügen und Anwälte, Presse sowie Nichtregierungsorganisationen publizistisch das Dunkel von Kollaboration und Begünstigung zwischen Wirtschaft und politischer Macht ausleuchteten, wie das eben in Zivilgesellschaften sofort der Fall wäre, dann hülfe auch kein polizeilicher, nicht einmal ein militärischer Gewalteinsatz, um diese Geister wieder einzufangen. Im Gegenteil, der Sturz des Regimes wäre die sichere und ziemlich unmittelbare Folge. So blieben im Melamin-Milch-Skandal nur diese Wege: erstens, Geld auf das Problem zu werfen, sprich die Betroffenen kostenlos und bestens zu versorgen (und dies über das Geheimbund-eigene Publikationsmonopol großformatig als Fürsorge der „Partei“, des „Staates“ in die Öffentlichkeit zu transportieren – was sofort geschah) sowie zweitens Entschädigungen zu zahlen (was teilweise ebenfalls geschah), drittens Sündenböcke prä-

sentieren und hart zu bestrafen (Todesstrafe für die 三鹿 Sān Lù-Chefin) und hinter diesem Rauchvorhang die Öffentlichkeit auszuschalten und jede Form organisierter Interessenwahrnehmung zu ersticken. All das geschah im Winter 2008/2009: Die Eltern erhielten Zusagen auf Entschädigung und jene unter ihnen, die damit nicht zufrieden waren, alles aufgeklärt sehen und mit Anwälten in die Öffentlichkeit gehen wollten, ließ das „Amt für öffentliche Sicherheit“ für eine Weile und unspektakulär aus dem Verkehr ziehen: 监视居住 jiān shì jū zhù heißt die gesetzliche Wunderwaffe: *überwachtes Wohnen*. Monatelang kann jemand damit – auch an einem unbekanntem Ort und ohne Anwaltskontakt – festgehalten werden, wenn zum Beispiel die Polizei unterstellt, er/sie gefährde die Gesellschaft. Genau dies widerfuhr Eltern von Melamin-Nierensteinkindern.³⁴

Nach den gleichen Grundsätzen handelte „die Partei“ auch im Falle des großen Erdbebens in der Provinz 四川 Sìchūān (Frühjahr 2008), wo sich rasch herausstellte, dass Tausende Kinder nur deshalb unter den Trümmern ihrer Schulen sterben mussten, weil diese Gebäude – aus welchen Gründen auch immer, Chinesen vermuteten natürlich sofort: Korruption – nicht so stabil gebaut waren wie jene der Partei- und Staatsfunktionäre am gleichen Ort. Beginnende Elternproteste erstickten die Behörden im Keim, der Anwalt 黄琦 Huáng Qí, der sie vertreten wollte, verschwand.³⁵

Keime einer Zivilgesellschaft

Von Anfang an rein politisch motiviert und deshalb von ganz neuer Qualität war etwa zur gleichen Zeit wie das „Nagelhaus“ in der Stadt 重庆 Chóngqìng (Frühjahr 2007) ein anderer Fall von Ich-will-mein-Recht!, der freilich gerade aufgrund seiner rein politischen Natur keine vergleichbare öffentliche Resonanz in China erhalten durfte. Bezeichnenderweise steht das Publikationswesen im Zentrum, der Kern jeglicher Zivilgesellschaft, das freie Wort.

Der 79-jährige ehemalige Journalist der Staatsagentur Neues China, 戴煌 Dài Huáng, wollte eine Neuauflage seiner bereits Jahre vorher erschienenen und gut verkauften Erinnerungen an Ereignisse herausbringen, die 1956/57 Tausenden von Parteikritikern (sog. Hundert-Blumen-Bewegung) jahrelange Verbannung als „Rechte“ (= bürgerliche, anti-revolutionäre) in den chinesischen Einöden gebracht hatten. Auch 戴煌 Dài Huáng. Seine Erinnerungen trugen den Titel 九死一生——我的“右派”历程 – *Neun Tode und ein Leben – Meine Erlebnisse als „Rechter“*. Anlass für die vom Verfasser gewünschte Neuauflage war der 50. Jahrestag der Anti-Rechtsbewegung, sicher auch ein guter Markt für solche Titel.

Obwohl in den vergangenen Jahren nicht nur diese Erinnerungen, sondern auch sehr viele andere zu dem Thema in zahllosen Buchtiteln und Presseartikeln erschienen waren, hatte die Parteiführung diesmal jedoch angeordnet, dass zum symbolmäch-

tigen 50. Jahrestag (2007) nichts erscheinen dürfe – keine Gedenkartikel in den Zeitungen und eben auch keine Bücher. Der Vollzug solcher Verbote, die die im verborgenen arbeitende 中共中央宣传部 *Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KP* erlässt, obliegt einem Büro des Staatsrats (= Zentralregierung), dem 新闻出版总署 *Staatlichen Hauptamt für Presse und Verlagswesen*. Diese Behörde war es, die dem Autor 戴煌 *Dài Huáng* folglich das Verbot der Neuauflage seines Buches mitteilte.

Damit allerdings verstieß sie eindeutig gegen die Verfassung der Volksrepublik China, deren Artikel 35 jedem Chinesen uneingeschränkt das Recht der freien Rede und Veröffentlichung einräumt. Ungeachtet dessen aber sind geplante Veröffentlichungen mit der Ausgabe des Verbotes normalerweise erledigt und niemand spricht mehr darüber. Diesmal jedoch passierte etwas bis dahin nicht Dagewesenes: Autor 戴煌 *Dài Huáng* stellte diesen Verfassungsbruch nicht nur mehr oder weniger stillschweigend für sich selbst fest und resignierte, sondern er ging zu einer Anwaltskanzlei. Und verklagte mit deren Hilfe das Staatliche Hauptamt für Presse und Verlagswesen, eine Schlüssel-Behörde des Regimes, auf Einhaltung seines verfassungsmäßigen Publikationsrechtes. Er verlangte nicht weniger als die Aufhebung des Publikationsverbotes für sein Buch.

Der Fortgang des Falles ist gut geeignet, den Stand der politischen Dinge im heutigen China aufzuzeigen, wie er sich aus den oben geschilderten ökonomischen Umwälzungen ergeben hat. Was passiert also, wenn sich ein Untertan plötzlich als Bürger aufführt? Wenn jemand seine papiernen Verfassungsrechte ernst nimmt? Sie genauso einfordert wie eine Gewährleistung für ein gekauftes Produkt oder eine ausreichende Entschädigung für die Aufgabe des Hauses?

Dies passiert: 戴煌 *Dài Huáng* fand (mit Mühe) ein Anwaltsbüro, das sich bereit erklärte, seinen delikaten Fall zu übernehmen. Der Anwalt konnte die Klageschrift auch beim zuständigen Gericht einreichen. Für dessen Handhabung eines Falles gilt sogar ein Regelung, derzufolge das Gericht innerhalb einer Frist von sieben Tagen zu entscheiden hat, ob es ihn zur Verhandlung zulässt (Grundlage ist ein vorhandenes 中华人民共和国行政诉讼法 *Verwaltungs-klagerecht der Volksrepublik China* sowie eine entsprechende Entscheidung des Obersten Gerichtshofes). Indes: Nachdem das Gericht diesen gesetzlichen Termin mehrfach und ohne sich zu rechtfertigen hatte verstreichen lassen, kam es schließlich im März 2008 mit einer spitzfindigen juristischen Ablehnung der Klage heraus. Jetzt war der Fall erledigt.

Das heißt: Es ist in China heute nicht möglich, seine Verfassungsrechte nach Artikel 35 gegen die verfassungswidrige Entscheidung unbekannter Funktionäre einer Abteilung der herrschenden Partei durchzusetzen. Die Verfassungsrechte stehen also weiterhin bloß auf dem Papier. **Aber:** Möglich ist es heute, dass Autor und Anwalt dies einer Hongkonger Zeitschrift berichten und – von der befragt – als rechtswidrige Verletzung der Rechte eines Bürgers durch das Staatliche Hauptamt für Presse

und Verlagswesen sowie als Verweigerung des Klagerechtes kritisieren. Und außerdem rhetorisch fragen, was das eigentlich für ein Staat sei, in dem so verfahren werde. Autor 戴煌 Dài Huáng mag überdies, was er auch ankündigte, in Berufung gehen, wenn es sein muss bis zum höchsten Gericht in Peking, wie er sagte .

Dieser Fall des alten Reporters zeichnet sich vor vielen ähnlichen anderen, in denen verbotene Autoren heute durchaus „Offene Protestbriefe“ schreiben, Zensurvorgänge en détail im Internet veröffentlichen etc. dadurch aus, dass der alte Mann seine verfassungsmäßigen Rechte gerichtlich einklagen wollte. Aber nicht gegen eine Firma, die ihm schlechte Ware verkauft hatte, oder ein Bauunternehmen, das ihm eine zu geringe Entschädigung für sein zum Abriss stehendes Haus zahlen wollte. Auch nicht gegen das nur scheinbar verantwortliche Hauptamt für Presse und Verlagswesen. Sondern letztlich gegen eine Kern-Institution des Regimes, nämlich die hinter den Handlungen des Hauptamtes stehende, fern jeglicher Öffentlichkeit in der Anonymität und im Zusammenwirken mit den Paten der höchsten Parteiführung kungelnde Propagandaabteilung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas. Hier, das zeigt der Fall, hört das Recht heute auf. Hier herrscht ausschließlich der Wille der Macht, legitimiert durch den Anspruch allein zu wissen, was gut für die Gesellschaft sei. Hier herrscht, mit anderen Worten, das alte China im sogenannten Neuen China, hier herrscht die alte/neue Autokratie.

Nicht möglich ist es bis heute, dass sich irgendeine Zeitung oder ein anderes öffentliches Medium für die Realisierung eines eindeutig auf dem Papier festgeschriebenen, aber von einer obskuren Geheimbund-Behörde verweigerten Grundrechts engagiert, indem es über den Fall berichtet oder ihn kommentiert. Nicht möglich ist es darüber hinaus, dass dann jemand dieses sein Grundrecht durch eigene öffentliche Aktivitäten durchzusetzen sucht. Zum Beispiel, indem er sich mit einem Schild und Megaphon vor den Eingang jenes Pekinger Gebäudekomplexes westlich vom Kaiserpalast stellt, in dem sich die Büros der Parteimachthaber befinden, vermutlich auch das der 中共中央宣传部 *Propagandaabteilung des Zentralkomitees der KPCh*. Möglich ist nur, dass ein achtzigjähriger Greis (戴煌 Dài Huáng) der Partei-Macht gegenübertritt, damit zwar scheitert, aber wenigstens nicht verhaftet wird.

Der Fall ist heute nur die Spitze einer sich seit Jahren verstärkenden Entwicklung, ein Keim von Zivilgesellschaft, der in einem freien Klima schnell zu einem die chinesische Landschaft verändernden Wald heranwachsen könnte. In einem unfreien Klima braucht er länger. Vermutlich sehr viel länger, auch wenn sich heute eine wachsende, aber insgesamt noch sehr geringe Zahl von Chinesen über ihren Untertanenstatus empört und sich auf teils sehr kreative Weise über ihre absurde Situation äußert, wo ihnen Gesetze Rechte garantieren, die gar nicht gelten, wenn sie sie nutzen wollen. Es ist kein Zufall, dass die ersten, aktivsten und mutigsten (wenn man die Folgen bedenkt), die das bemerkten, Rechtsanwälte waren (und sind) wie jener, der den Fall des 戴煌 Dài Huáng übernommen hatte.

Solche gibt es inzwischen vergleichsweise viele, jedenfalls für chinesische Verhältnisse: ca. zwanzig – lächerlich wenige also. Hinzukommen noch ein paar Dutzend andere Akademiker, Schriftsteller und (entlassene) Redakteure, die es wagen, das Recht auf ein freies Wort einzufordern. Und dann sind da noch die anonymen *blogger*, ein paar Hundert vielleicht, die diese Verhältnisse im vergleichsweise „freien“ Internet mit Texten und satirischen Bild-Collagen (chinesisch: 恶稿 – è gǎo = böses Skript) angreifen. Aber selbst diese wenigen Bürger sind schon genug, um die Machthaber seit einigen Jahren befürchten zu lassen, dass es noch wesentlich mehr Chinesen gibt, die ihren Untertanenstatus inzwischen bewusst als unwürdig wahrnehmen, und lieber Rechte gegenüber den Herrschenden haben möchten, anstatt auf deren Sittlichkeit, Weisheit und Edelmut zu vertrauen. Sie würden sich wohl auch hervorwagen, wenn die Aktivisten freie Hand bekämen und in aller Öffentlichkeit agieren dürften.

Und noch etwas geschieht immer öfter: Die Machthaber setzen zwar ihren Willen weiterhin gegen solche individuellen Herolde der Zivilgesellschaft durch, aber einige der Besiegten geben trotzdem nicht mehr resignierend auf. Sie suchen mit den Kommunikationsmitteln, die sie heute haben, die Öffentlichkeit. Gefeuerte Redakteure publizieren, wie in selbst erlebten Fällen von Zensur und Korruption die bislang anonyme Partei-/Staatsmaschine ihren Willen exekutiert, nennen Namen und Institutionen, beginnen, die Mechanismen der Unterdrückung und Willkür zu analysieren und wenden sich rein politischen Themen zu. Im Februar 2009 trat der Shanghaier Finanzanwalt 严义明 Yán Yí míng an die Öffentlichkeit und verlangte vom Finanzministerium in Peking, ihm Details des sogenannten Konjunkturpaketes über 400 Milliarden Dollar zu nennen³⁶. So suchen Einzelne ein wenig Licht ins tiefschwarze Dunkel der Autokratie zu bringen. Je mehr ihnen das gelingt, desto weniger kann die bleiben, wie sie ist, denn Öffentlichkeits(ab)scheu ist ihr Wesen.

Der Obrigkeit ist diese Entwicklung bei ihren Untertanen nicht entgangen, wie ja ihre zahlreichen, teils brutalen, Lebensläufe zerstörenden, aber erst recht die Myriaden kleinkariert, alltäglicher Gegenmaßnahmen zeigen: entlassene/eingesperrte Journalisten, ruinierte, bisweilen auch eingesperrte Anwälte, ganz oder zeitweilig geschlossene Zeitungen, verbotene Bücher, demütigende Filter für das Internet und die SMS der Mobiltelefonie, dramatischer Ausbau der Geheimpolizei und Top-Modernisierung ihrer Überwachungsinstrumente, Hausarrest selbst für aufmüpfige 80-, 90-jährige Greise (mit Rund-um-die-Uhr-Kontrolle durch Zivilpolizisten) und was der Folgen mehr sind für die heutigen Vertreter einer Aufklärung in China.

Sie wirken. Und das Milieu der Elite hält schon deswegen weitgehend zusammen, weil jeder dort weiß, wie gut das System der Staatspartei den eigenen Wirtschaftsinteressen dient. Nur einzelne Individuen scheren derzeit aus. Einige, weil sie vielleicht bei der Verteilung der Privilegien zu kurz kamen (die würden für Geld wohl zurückkommen), andere, weil sie als Intellektuelle gar keine ökonomischen Ziele

haben. Diese wollen sich nicht länger von irgendwelchen Partei-Apparatschiks verbiegen, finden es entwürdigend, vor diesen Leuten zu katzbuckeln, sind überdies vom Regime durch Berufs- und Publikationsverbote so sehr an die Wand gedrängt worden, dass sie nichts mehr zu verlieren haben und wollen nun, wie der einstige tschechische „Dissident“ und spätere Präsident Vaclav Hável es einmal formulierte, nicht länger „in der Lüge leben“. Idealisten? Vielleicht. Aber gerade deshalb nicht ungefährlich, wie das Beispiel Hável ja auch zeigt.

Seit Anfang 2009 lässt sich die Zahl dieser Intellektuellen sogar einigermaßen beziffern: etwa 8.000 dürften es sein, mit einem „harten Kern“ von 303 Personen. Diese waren es, die im Herbst 2008 den Text einer *Charta 08* diskutierten, verfassten und zum 60. Jahrestag der Verkündung der Menschenrechtscharta durch die Vereinten Nationen mit ihren Unterschriften veröffentlichten³⁷. Trotz erheblichen Drucks der Staatssicherheit auf die Unterzeichner – Verschleppung des als Kopf der Aktion angesehenen 刘晓波 Liú Xiǎobō und Vorladung zahlreicher anderer zum „Tee trinken“, wie die „Organe“ es höhnisch nannten, fanden sich bis Anfang Februar 2009 Tausende weitere Chinesen zur Unterschrift bereit und dokumentierten so, dass man sich nicht mehr so einfach wie in der Vergangenheit mundtot machen lässt.

Die Bedeutung der *Charta 08* liegt vor allem darin, dass sie zwar ein kurzes, aber doch umfassendes politisches Programm darstellt, wie es in China seit 1949 noch nie eines gegeben hatte. Es zielt auf einen verfassungsgemäßen Staat von der Verwirklichung politischer Individualrechte bis zu freien Wahlen, aber auch auf Bürgerrechte gegenüber den Verwaltungen, ja sogar auf Rechte für die heute bloß administrativen Einheiten des Zentralstaates, die Provinzen. Mit der Forderung, aus China einen Bundesstaat zu machen, zielt die *Charta 08* direkt ins Herz des gegenwärtigen, ja des chinesischen Despotensystems seit 2000 Jahren: eben den Zentralstaat. Kein Wunder, dass es gerade dieser Punkt war, der, wie kolportiert wurde, die allerobersten Machthaber zum Handeln bewegte, sprich den Kopf der Charta, 刘晓波 Liú Xiǎobō, zu verschleppen (und monatelang an unbekanntem Ort zu isolieren) sowie die anderen Unterzeichner beim „Teetrinken“ zu bedrohen und selbstverständlich jegliche öffentliche Debatte dieses Programms mit den Mitteln der Zensur zu unterbinden.

Die Leitung der Staatspartei nimmt diesen Gegenentwurf zu ihrer Autokratie so ernst, dass sie ihm – ohne direkten Bezug, aber deutlich erkennbar – Anfang Januar 2009 in Form längerer Ausführungen in ihrem „theoretischen“ Magazin, namentlich gezeichnet durch ihre hierarchische Nummer vier, eine Abfuhr erteilte.³⁸ Dies zeigt ihre Nervosität und Unsicherheit. Wegen einer Handvoll Intellektueller, die im Ausland sicher bekannter sind als in China? Nein, nicht deshalb, sondern weil die Machthaber genau wissen, dass unter den heute gegebenen Verhältnissen ein oppositionelles Programm für sehr viele Chinesen eine attraktive Plattform sein kann, von der aus sie ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen in organisierter Form verfolgen können.

Bei diesen „Massen“ herrscht seit Jahren in steigendem Umfang Unzufriedenheit mit der autokratischen Macht, die sie ökonomisch auspreßt und die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen zum eigenen Vorteil zulässt. Hier geht es um materielle Interessen – häufig um das blanke Überleben: Ihr oder wir. Seit einigen Jahren schon kommt es deshalb zu 群众性事件 *Zwischenfällen mit Massencharakter*, wie der Euphemismus der dies sorgfältig beobachtenden Partei-Soziologen³⁹ den häufig gewaltsamen Widerstand bezeichnet, den bisweilen Zehntausende von Demonstranten den Willkürmaßnahmen ihrer lokalen Obrigkeit entgegensetzen, weil sie nichts mehr zu verlieren haben: gegen illegale oder nicht (ausreichend) kompensierte Land-Konfiskation, blanke Ausbeutung, Veruntreuung öffentlicher Finanzen, Vergiftung der Umwelt ... Ja es kam auch schon zu Aktionen gegen gefälschte Wahlergebnisse (in Dörfern und auf unterster städtischer Ebene gibt es eine Art „Wahlen“).

Perspektive: Eine organisierte Opposition erkämpft sich Rechte

Eine Gefahr für das Regime sind aber diese Interesse-geleiteten, jedoch unorganisierten „Zwischenfälle mit Massencharakter“ nicht, wie viele Zehntausend es auch sein mögen. Eine Geldzuweisung an die Unzufriedenen löst solche Probleme nicht nur meist umgehend, sondern bewirkt bei den Empfängern ewige Dankbarkeit gegenüber „der Partei“. Eine Gefahr sind auch nicht die Einzelaktionen mutiger Anwälte, Journalisten oder ehemaliger Parteikader, die sich im hohen und höchsten Alter eines Besseren besonnen haben. Eine Gefahr für das Regime wäre erst die Verbindung all dessen in der Weise, dass sich unzufriedene Angehörige der Elite mit den „Massen“ zusammentun, ihre intellektuellen Fähigkeiten dafür einsetzen, deren Interessen eine Organisation und programmatisch-politische Zielrichtung zu geben (wie es erstmals seit 1949 die *Charta 08* anstrebt), und dies alles in breiter Öffentlichkeit, in direkter Opposition zur Autokratie, abzuhandeln, wie es in Zivilgesellschaften der Fall ist. Daraus würden als erstes unabhängige Bauernverbände entstehen, unabhängige Gewerkschaften, unabhängige Nicht-Regierungsorganisationen und schließlich: unabhängige Oppositionsparteien, kurz: Bürgerrechte.

Die Organisation von Interessen durch unzufriedene Mitglieder der Elite ist der nächste und unvermeidbare Schritt in einer Gesellschaft, die bereits oben und unten Interessengruppen kennt, die sich im gegebenen Regime konfrontativ gegenüberstehen – oben bestens organisiert und ausgestattet, unten aber noch nicht. Dort kamen informelle Allianzen erst vor einigen Jahren zustande. Zum Beispiel 2004 in der Provinz 福建 Fújiàn (Ostchina) wo einzelne Anwälte enteigneten Bauern bei Unterschriftensammlungen halfen, die auf eine (papier-rechtlich mögliche) Absetzung von korrupten (lokalen) Volkskongress-Abgeordneten oder Bürgermeistern zielten, die die Bauern tyrannisierten. Wie üblich, schlug die Polizei gnadenlos zu und

zog zuerst einmal die Anwälte aus dem Verkehr. Ähnliches ereignete sich aber auch bereits in Städten, zum Beispiel in Shanghai, wo der Anwalt 郑恩宠 Zhèng Ēnchǒng Hunderten vor der Exmittierung stehenden Familien gegen den stadtbekanntem verurteilten Gangster-Baulöwen 周正义 Zhōu Zhèngyì half, der im Zusammenspiel mit Beamten der Stadtverwaltung (bis hin zum damaligen Shanghaier Parteichef 陈良宇 Chén Liángyǔ) ihre Wohnungen abreißen ließ: 郑恩宠 Zhèng Ēnchǒng kam dafür 2003 für vier Jahre ins Gefängnis – wegen „Verrats von Staatsgeheimnissen“, der Standardvorwurf des Geheimbundes in solchen Fällen.

Der Druck auf die Willkürherrschaft nimmt also nicht nur quantitativ zu, sondern ersichtlich auch qualitativ: Man fordert Rechte (siehe *Charta 08*). Der naive Glaube an die Legitimität „der Partei“ als Problemlöser nimmt dagegen ab, weil technische Mittel es erlauben, eine begrenzte Öffentlichkeit herzustellen und dort der Erkenntnis den Boden zu bereiten, dass es ja gerade diese Machthaber sind, die mit ihrem Geheimbund-System das Problem ausmachen. Selbst chinesische Bauern haben ihre Zwischenfälle mit Massencharakter bereits per Mobiltelefon gefilmt und ins Internet gebracht, ebenso betrogene Studenten, die für eine versprochene Ausbildung zahlten, sie aber nicht erhielten und deswegen Randalen machten. Enthüllungen über einzelne Praktiken der Elite wie zum Beispiel vor Korruption triefende Reisekostenabrechnungen zirkulieren im Internet (aber noch nicht in den Zeitungen oder im Fernsehen) bis hin zu langen Listen von wirtschaftlich „sehr erfolgreichen“ Kindern hoher und höchster Funktionäre (inklusive des Parteichefs 胡锦涛 Hú Jǐntāo und des Premierministers 温家宝 Wēn Jiābǎo).

Dies alles gibt es bereits, und es entwickelt sich erkennbar. Es ist deshalb nicht schwer vorzusehen, dass diese Interessenwahrnehmung weitergehen, sich immer neuen Themen zuwenden, professioneller und in diesem Sinne auch politischer werden wird. Es ist daher heute gar nicht mehr die Frage, **ob** die Forderung nach eigenen, unabhängigen Interessenvertretungen in China aufkommen, sondern nur noch, **wann** das geschehen wird. Das freilich dürfte länger dauern und sich komplizierter gestalten, als mancher im „Westen“ so glaubt, denn in der vormodernen chinesischen Gesellschaft werden in diesem Prozess auch Kräfte ans Licht treten, vor denen einem aufgeklärten Menschen nur grausen kann. Auch die tatsächliche Macht der Staatspartei, ihre Fähigkeit, sich solcher Kräfte zu bedienen, und die Wirksamkeit ihrer demagogischen Fähigkeiten in der von ihr chinesisch-vormodern gehaltenen Gesellschaft sollte niemand unterschätzen. Die chinesischen Bürgerrechtler haben zahlreiche und formidable Feinde. Der größte ist die allgemeine Ignoranz mit chinesischen Charakteristika. Es wird deshalb noch sehr lange dauern, bis es Bürgerrechte in dem Land gibt.

持剑经商, 崛起大国的
制胜之道 宋晓军
等, 中国不高兴

*Mit dem Schwert in der Faust
die Handelsgeschäfte betreiben,
das ist der siegreiche Weg des
aufsteigenden Landes.*

*Song Xiaojun u.a.,
China ist unglücklich
(chinesischer Super-Bestseller
2009)*

4. Soziale Konflikte: Die Systemfrage ist schnell gestellt, das macht sie heikel

Unter sozialen Konflikten versteht der Verfasser im folgenden Auseinandersetzungen zwischen Personengruppen, die ihre materiellen Interessen zu wahren oder durchzusetzen suchen einerseits und anderen Gruppen oder gar der Staatsmacht, die dem aufgrund eigener Interessen entgegenstehen, oder erstere aus anderen Gründen eine Durchsetzung ihrer Anliegen nicht erlauben wollen.

Aus solchen Konstellationen resultierende Konflikte gab und gibt es in jeder Gesellschaft, weshalb hier keine grundsätzlichen Unterschiede bestehen zwischen offenen und freien Zivilgesellschaften und intransparenten, unfreien Autokratien wie der chinesischen. In beiden finden soziale Konflikte Tag für Tag statt.

Unterschiede ergeben sich allein aus den Fragen, was wir darüber erfahren, das heißt, ob die Kontrahenten sie öffentlich austragen, sowie daraus, **auf welche Weise** die Interessen-Kontrahenten ihren „Kampf ums Dasein“ miteinander austragen: Können sie das unter sich ausmachen wie die Tarifparteien in Zivilgesellschaften? Akzeptieren sie eine Konfliktentscheidung durch Gerichte, weil sie die als unabhängige, neutrale Instanz annehmen? Und was ist, wenn die Staatsmacht selbst als Interessenträger ins Spiel kommt? Verfügt sie über genügend Legitimität, so dass sie in einem Konflikt nachgeben, ihn vielleicht sogar verlieren und dennoch als legitimierter Rahmensetzer der Gesellschaft weiterbestehen kann? In Zivilgesellschaften ist das der Fall. In China aber liegen die Dinge anders.

In China sind der Staat und seine Machtinstrumente – Ämter, Polizei und Gerichte – nicht breit legitimiert, weil sie nicht gewählt, nicht unabhängig, nicht kritisierbar oder gerichtlich belangbar, kurz: dem Volkswillen entzogen sind. Schlimmer noch: Der chinesische Staat ist nur eine scheinbar öffentliche, tatsächlich aber Privat- und Gruppeninteressen dienende, undurchschaubare Einrichtung, die einer einzigen, ebenso undurchschaubaren Partei, besser: deren Mitgliedern, gehört, die sie entsprechend ihrer Positionen zur Durchsetzung eigener Vorteile benutzen (siehe Kapitel 1 und 2).

Die „Partei“ legitimiert diesen Zustand heute damit, dass sie „die Interessen des ganzen chinesischen Volkes“ vertrete und dafür die ungeteilte Kontrolle aller staatlichen und nicht-staatlichen Einrichtungen im Lande benötige – von der Armee über das „Parlament“, die Ämter, die Gewerkschaften und Nicht-Regierungsorganisationen bis zu den Medien – alle. Der chinesische „Parteistaat des ganzen Volkes“ macht sich so verantwortlich für alles, was im Lande geschieht, dafür, dass es eine große Ernte gibt und die Lebensmittelpreise niedrig sind, dass es allen besser

geht, die Einkommen, Börsenkurse und die Exporte steigen, das Schulwesen und die Krankenbehandlung, ja selbst das Fernsehprogramm „gut“ ist. Freilich macht er sich damit auch verantwortlich für gegenteilige Entwicklungen: wachsende Einkommensunterschiede, unbezahlbare Wohnungspreise, Lohnunterschlagungen, unangekündigte Fabrikschließungen, fallende Börsenkurse ... Wenn diese Dinge dann zu Unzufriedenheit führen oder gar soziale Konflikte hervorrufen, dann steht dieser all-verantwortliche „Parteistaat des ganzen Volkes“ nicht nur stets als Kontrahent da, sondern auch ohne Legitimität, da er ja die „Interessen des ganzen Volkes“ offensichtlich nicht wahrnimmt.

In einer solchen Situation können selbst banale Alltagskonflikte sehr schnell diese von ihm selbst behauptete, aber nicht eingelöste *raison d'être* der Staatsmacht in Frage stellen, zu de-legitimierenden und bei entsprechenden Ausmaßen, nämlich wenn die Zentrale des Zentralstaates selbst Kontrahent ist, sogar zu systemgefährdenden Auseinandersetzungen mutieren. Genau dies ist die von der herrschenden Partei selbst geschaffene Lage im heutigen chinesischen Staat, der deshalb ein Pulverfaß ist.

Im gegebenen System bieten sich der Macht nur wenige Handlungsmöglichkeiten, um soziale Konflikte nicht zum Feuer an der Lunte dieses Fasses werden zu lassen: Sie kann, erstens die ihr System bedrohende Konfliktpartei erbarmungslos niederschlagen, was als 杀鸡吓猴 „das Hühnchen schlachten, um die Affen zu erschrecken“ allseits gut bekannt ist. Dieses Verfahren birgt allerdings viele Risiken, die umso größer sind, je öffentlicher einerseits das „Schlachten des Hühnchens“ erfolgt und als je ungerechter die Bevölkerung dies andererseits ansieht. Das größte, ja letale Risiko für das Regime, wäre eine darüber entstehende Spaltung in der obersten Parteiführung, wie es sie im Frühjahr 1989 in der Frage gegeben hatte, ob man die Freiheitsbewegung der Hunderttausenden auf Pekings Straßen zusammenschießen oder ob man sie auf andere Weise einfangen sollte. Ihr Auslöser war auch ein Konflikt Volk – Parteistaat gewesen: Das Volk machte den Parteistaat für Inflation und Korruption verantwortlich und stellte dadurch seine Legitimation als „Retter des Volkes“ in Frage. Unter dem Druck der Massendemonstrationen war der Parteichef 赵紫阳 Zhào Zǐyáng gegen das Schießen gewesen, und wenn nicht der „informelle aller-oberste Führer“ 邓小平 Dèng Xiǎopíng entschieden hätte, ihn zu verhaften und die Soldateska auf die unbewaffneten und friedlichen Demonstranten loszulassen, hätte sich die ganze Partei von oben bis unten gespalten und wäre untergegangen wie die KPdSU. Die Option des „Hühnchen-Schlachtens“ kann sich also im Handumdrehen als systemgefährdend erweisen und deshalb nur das allerletzte Mittel in andernfalls auswegloser Lage sein. Voraussetzung für sein Funktionieren bliebe freilich die Einheit der Parteiführung. Es ist keine Marotte, dass die Machthaber gerade sie als den „größten Schatz“ für den Erhalt ihrer Herrschaft bewerten.

Die Macht kann, zweitens, Geld auf die Probleme schmeißen, die zu sozialen Konflikten eskalieren, also die den Konflikt auslösende Partei im konkreten Fall kaufen, sie mit „Entschädigungen“ ruhigstellen und darauf hoffen, dass sie Ruhe gibt und Gras über die Sache wächst. Die Aussichten, damit erfolgreich zu sein, sind gut, nicht nur chinesische Untertanen sind dankbar, wenn ihre Obrigkeit sich ihrer Probleme mit Geldzuwendungen annimmt. Das Ausschalten der Öffentlichkeit ist dabei jedoch unabdingbar, denn ein Bekanntwerden der Details in der Allgemeinheit würde unweigerlich Nachahmer auf den Plan bringen, die unter Berufung auf solche Präzedenzfälle die Legitimität des Parteistaates erneut herausforderten. Geschähe dies in großem Umfang, ginge auch Peking bald das Geld aus und in der Folge die Legitimität als „fürsorgliche Autokratie“ verloren. Ihr bliebe dann nur Plan A, der Griff zur nackten und offenen Gewalt gegen das Volk, mit Aussicht auf erst Parteispaltung, dann -lähmung und schließlich Machtverlust und Chaos, jedenfalls heute ziemlich unsicherem Ausgang.

Soziale Konfliktfelder: 食衣住行 **Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mobilität**

Die traditionelle chinesische Macht legitimierte sich mit der Staatsideologie des „Konfuzianismus“ als Herrschaft der 君子 jūn zǐ, der Edlen, die als 天子 *Söhne des Himmels* diesen den Menschen gewogen hielten und so für das sorgten, was als essentielle Aufgabe der Herrscher und gesellschaftliches Ideal galt: die Harmonie „unter dem Himmel“. Die herrschte immer dann, wenn das „Volk“ 食衣住行 Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mobilität hatte. Dann unterwarf es sich dieser fürsorglichen Macht (und nährte sie), die Gesellschaft war harmonisch. Andererseits begehrte es gegen sie auf, wenn ihr Verhalten den „Himmel“ dazu bewegte, die irdischen Dinge in Unordnung zu bringen, Hungersnöte ausbrachen und die Despotie ihren Mantel der Fürsorge verlor. Solche Dinge bewiesen, dass die dem Volk unsichtbare Elite doch nicht so edel war, wie sie behauptete (und selbst glaubte) und vernichteten ihre Legitimität. Dann organisierte sich das „Volk“ in okkulten Geheimgesellschaften, aus denen bald Armeen hervorgingen, die Aufstände gegen die aktuelle Macht unternahmen und diese entweder stürzten oder so schwächten, dass Nomadentämme einmarschieren und die Macht „über alles unter dem Himmel“ in die Hand nehmen konnten. Zunächst gab es dann wieder 食衣住行 *Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mobilität*, doch mit der Zeit kehrte in dem geschlossenen System des chinesischen 醬缸文化 jiàng gāng *Mustopfes* (siehe Kapitel 2) der alte Schlendrian zurück, und der Zyklus begann von vorn. Einen Ausweg aus diesem Teufelskreis, wo die neue Autokratie stets die alte reproduzierte, fanden Chinesen, im Gegensatz zu den dem Neuen stets aufgeschlossenen Griechen, Römern und Europäern, nie.

Die heutige chinesische Autokratie unterscheidet sich von ihren geschichtlichen Vorgängern nur in der vor etwa 90 Jahren mit Hilfe der Kommunistischen Internationale in Moskau aus Europa kopierten Form der apparativen Machtausübung als Parteierrschaft, nicht aber in puncto Herrschaftslegitimation. Sie beruft sich immer noch auf den Status von 君子 *Edlen*, auch wenn sich die heutigen Mandarine (= Funktionäre) nicht als solche bezeichnen, sondern platt (und immer noch weitgehend unwidersprochen) behaupten, zumindest ab 1979 mit „Reform & Öffnung“ (siehe Kapitel 5) das beste System „für China“ errichtet zu haben und – so die vorerst neueste Rechtfertigung – „wissenschaftlich“ zu handeln, weshalb nur ihre Alleinherrschaft Chaos, Zerfall und materiellen Niedergang im Lande verhindere. Der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses (die offizielle Nr. 2 in der Machthierarchie und selbstverständlich Mitglied der obersten Parteiebene), der Funktionär 吴邦国 *Wú Bāngguó*, bringt in einem Artikel vom 16.4.2008 diese Mantra so auf den Punkt:

*[Wir] müssen ... ohne jedes Schwanken an der Führung der Partei festhalten. ... Unser Land ist dermaßen groß, hat 1,3 Milliarden Einwohner und 56 Nationalitäten, es muss seine Wirtschaft entwickeln; die Politik muss stabil sein, die Kultur blühend, die Gesellschaft harmonisch, die Ethnien müssen vereint sein, das Volk will ein gutes Leben. Wenn da kein starker führender Kern vorhanden ist, kann es all das nicht geben. Die Führung der Partei darf nur gestärkt, nicht geschwächt werden. In dieser Frage äußerte sich der Genosse 邓小平 *Dèng Xiǎopíng* sehr klar und sehr vollständig. Er sagte: „Ohne Führung durch die Kommunistische Partei wird ein Land so groß wie China unbedingt zerfallen und kann nichts erreicht werden.“ Und: „Dass die Kommunistische Partei China den Aufbau der sozialistischen Modernisierung Chinas führt, ist ein Grundsatz, an dem nicht gerüttelt werden kann; wenn das nämlich geschieht, wird China zurückfallen ins Chaos und in die Zersplitterung, so dass eine Modernisierung nicht verwirklicht werden kann.“ ... Zivilisatorische Erfolge der menschlichen Gesellschaften wollen wir aktiv auswerten, einschließlich der nützlichen Ergebnisse [anderer] politischer Systeme. Aber in keinem Fall werden wir das westliche Zeugs kopieren, in keinem Fall werden wir etwas machen, wo mehrere Parteien abwechselnd regieren, auch keine Gewaltenteilung und kein Zwei-Kammersystem [= Bundesstaat].⁴⁰*

Warum nur die Funktionäre der KP „blühende Kultur“, Wohlergehen, Harmonie und was der schönen Dinge mehr sind, garantieren können, nicht aber andere, hält der Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses gar nicht mehr für begründenswert. Vielleicht ist es ihm auch peinlich, dies genauso öffentlich auszusprechen wie die zitierten selbstgefälligen Behauptungen. Das chinesische Stichwort hier lautet 人民素质 – Qualität des Volkes. Die nämlich sei noch nicht hoch genug, weshalb es, einmal aus der Parteikontrolle entlassen, Chaos produziere.

Die von ihrer eigenen „Qualität“ hingegen fest überzeugten Machthaber lassen diese – jedenfalls im Prinzip, wo nicht, finden sie „Schuldige“ im Ausland – daran messen, ob sie fähig sind, den Bedarf ihrer Untertanen an 食衣住行 *Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mobilität* sicherzustellen. Gelingt das nicht, kommt es zu sozialen Konflikten entlang dieser vier Themen. Und die können deshalb rasch zur Systemfrage führen, weil die Legitimitäts-Konstruktion der Machthaber nur das Alles oder Nichts ihrer Autokratie anbietet und ausdrücklich keine Möglichkeit, mit der „das Volk“ Versager auch einmal durch andere Leute ersetzen könnte, die in seinen Hunderte-Millionen-Reihen gewiß reichlich vorhanden sein dürften.

Damit trägt jeder soziale Konflikt in China den Keim eines Umsturzes in sich. Ob er ausschlägt hängt allein von seiner Behandlung durch die Herrschenden ab, und wie systemgefährdend er ist, hängt davon ab, wo er zum Ausbruch kommt: Konflikte mit der administrativen Hierarchie ganz unten bedrohen nämlich zunächst nur die subalternen Funktionäre. Sie, wie ihre Mandarin-Vorgänger, können immer fallen, ohne das Große und Ganze zu gefährden. Perfekt dialektisch kann ihr Sturz sogar denen ganz oben ein großes Gesicht machen, wenn sie unten für Ordnung sorgen, indem sie dort „Funktionärs-Hühnchen schlachten“. Große Konflikte, in den Städten oder gar landesweite aber gefährden die Zentrale des Zentralstaates und damit das Herz des Regimes. Die Zentrale ist von systemischer Bedeutung und deshalb sakrosankt. Sie muss unbedingt „sauber“ bleiben, was sie nicht selten dadurch erreicht, dass sie die Unterlinge ihres Systems opfert, um soziale Konflikte zu entschärfen. Es heißt dann beim „Volk“ (sowie bei ausländischen Beobachtern bzw. politisch und wirtschaftlich an China Interessierten), die „Führung“ wolle ja das Beste, aber leider könne sie sich in den Provinzen und weiter drunter nicht durchsetzen. Wobei aber gerade das die Aufgabe der Zentrale eines autokratischen Zentralstaates ist, dem im übrigen Kontrolle in anderer Hinsicht flächendeckend und sehr effektiv bis nach ganz unten gelingt: bei der Aufspürung und Eliminierung politischer Opposition. Warum kann „die Zentrale“ da nicht auch Korruption und Unfähigkeit verhindern?

Soziale Konflikte in China

Zentrale Stelle für die Be- und Auswertung sozialer Konflikte im Lande ist die Pekinger Akademie für Sozialwissenschaften (Chinese Academy for Social Sciences, abgekürzt: CASS), die freilich, wie alle chinesischen Dinge, mit der gleichnamigen zivilgesellschaftlichen Einrichtung nicht mehr gemein hat als den Namen. Während eine echte Akademie, wie schon die erste von Platon um 387 v.Chr. gegründete Urform, unabhängig von Interessen, also frei, öffentlich und durchaus auch kontrovers zur sie finanzierenden Regierung, die „objektive Erkenntnis der Gerechtigkeit und des Guten“ (Platon) als Anspruch hat, ist die CASS alles andere als

unabhängig. Sie arbeitet vielmehr als „Institution des Staatsrates“⁴¹ direkt den Interessen des KP-Staates zu. *Think tank* nennt man das heute.

In dieser Funktion befassen sich zahlreiche Beamte der CASS auch mit der Frage der „sozialen Konflikte“ im Lande und legen seit einigen Jahren Forschungsergebnisse zu allen möglichen Themen in Form sogenannter 蓝皮书 *Blaubücher* der Öffentlichkeit vor. 中国社会形势分析与预测 – *Die chinesische Gesellschaft, Analysen und Prognosen* heißt die hier relevante Reihe, deren aktuellste Publikation im Dezember 2008 erschien und das Jahr 2009 im Titel trägt. Laut Vorblatt haben an der Erstellung der 25 Kapitel (auf 360 Textseiten) nicht weniger als 54 Sozialwissenschaftler der CASS teilgenommen.

Fast kann man sagen, dass der Bericht thematisch teils wörtlich gemäß der o.g. uralten und doch aktuellen Legitimitäts-Devisen von 食衣住行 *Nahrung, Kleidung, Wohnung, Mobilität* gegliedert ist: Wirtschaftswachstum, Getreideproduktion, Lebensunterhalt, Wohnen, Einkommen. Auch der „Himmel“ fehlt nicht, er figuriert unter dem Titel 2008 年环境保护形势 – *Die Umweltlage 2008*.

Für die Zwecke dieses Kapitels ist der erste Blaubuch-Beitrag interessant, dessen Thema „Entschieden Anstrengungen unternehmen: Die gesellschaftliche Entwicklung Chinas steht vor neuen Herausforderungen“⁴² freilich umzuformulieren wäre in: „... Die Parteiherrschaft steht vor neuen Herausforderungen ...“, denn sie ist es ja, die, wie oben gezeigt, die „gesellschaftliche Entwicklung Chinas“ bestimmt. Im zweiten Abschnitt gehen die Verfasser auf die „wichtigen Widersprüche und Herausforderungen“ ein, denen sie 2008 gegenüberstand. Nämlich diesen:

1. Auswirkungen der **internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise** sowie steigender Arbeits- und Rohstoffkosten. Davon sei auch China bereits 2008 betroffen gewesen. Weil die ausländische Nachfrage nachgelassen habe, seien im ersten Halbjahr 67.000 Mittel- und Kleinbetriebe bankrott gegangen. Dies werde sich verstärken und „soziale Auswirkungen“ haben.
2. Probleme der ungleichen **Einkommensverteilung**. Diese seien „dringend“ zu lösen. Der Anteil der Bevölkerung am Nationaleinkommen sei seit 1996 dramatisch gesunken. Teilte es sich damals zwischen Staat, Unternehmen und Bevölkerung im Verhältnis von 18 : 16 : 66 auf, so lag die Aufteilung 2002 bei 21 : 15 : 65 und 2006 schon bei 21 : 22 : 57 [Wobei zu bedenken ist, dass sich der Anteil der „Bevölkerung“ inzwischen auf viele Millionen Köpfe mehr als 1996 verteilt!]. Überdies weite sich der Abstand der städtischen Einkommen weiter aus. Die oberen 20 Prozent der Einkommen lägen 2008 um das 18,7fache über denen der unteren 20 Prozent.
3. Die Rückkehr der [arbeitslosen] **Bauernarbeiter** in ihre Dörfer. Dies sei ein „hervorstechendes“ Problem. Die Beschäftigung von **Hochschulabsolventen** sei „noch schwieriger“ geworden. Die Arbeitslosenrate in den Städten liege bei

9,6 Prozent, während die darin gar nicht erfassten Bauernarbeiter zu Millionen aufs Land zurückkehrten. Die Zahl der Hochschulabsolventen 2008 betrage 5,6 Millionen; nur 70 Prozent davon hätten eine Anstellung bekommen, 1,5 Millionen blieben arbeitslos.

4. Die Zahl der **Arbeitskonflikte**. Sie steige rapide. Um bis zu 50 Prozent habe in einigen Gebieten die Zahl der Schieds- und Gerichtsverfahren zugenommen. Die meisten, bis zu 80 Prozent in manchen Regionen, beträfen Lohnzahlungen, Arbeitsunfälle, Sozialversicherungen und Entschädigungen. Die Schiedsstellen und Gerichte kämen mit der Bearbeitung nicht mehr nach, der Anteil erledigter Fälle nehme stark ab. Neue Formen der Konflikte seien aufgetreten, die Zahl der *群体性的争议* *Massendispute* habe heftig zugenommen [also Demonstrationen und Streiks]. Ebenso die Komplexität der Fälle, was Entscheidungen zusätzlich erschwere.
5. Die **Arbeitssicherheit**. Sie sei weiterhin ein „grimmiges“, die **Lebensmittelsicherheit** ein „hervorstechendes“ Problem. Die Anzahl der Arbeitsunfälle wie der Todesopfer sei zwar um 20 bzw. 15 Prozent gefallen, doch die der großen Unglücke mit mehr als zehn Toten [die also in die öffentliche Wahrnehmung gelangen] sei weiter gestiegen, nämlich um zehn auf 63 mit 1.034 Toten. Das „Volk“ achte mehr auf die Qualität der Lebensmittel und Arzneien, „kommt es hier eines Tages zu Problemen, so beeinflusst dies sehr leicht die gesamte Lage“ [also die Legitimität der Parteiherrschaft]. Hier sei 2008 ein „ernster Zustand“ erreicht worden, insbesondere durch den Melamin-Gift-Milchskandal, der „enorme Auswirkungen“ gehabt habe. Fast 50.000 Kleinkinder seien in Krankenhäuser gekommen, drei seien gestorben [Anfang 2009 räumte die Regierung ein, dass es nicht weniger als 300.000 geschädigte Kleinkinder gibt!]. Überdies habe der Skandal gezeigt, dass Lokalregierungen „um der eigenen Vorteile willen ihre Pflichten nicht wahrnahmen“, die „Sicherheit des Lebens der Bevölkerung missachteten“ und [auf zentraler Ebene] das „gesamte System der Lebensmittelüberwachung löchrig“ sei.
6. **Soziale Interessenkonflikte**. Sie nähmen zu, neuartige „Massen-Zwischenfälle“ erforderten Aufmerksamkeit. Zu deren Auslösern zählten Boden-Konfiskationen [Lokalfunktionäre nehmen Bauern ihre Wirtschaftsflächen und damit Lebensgrundlage weg], Exmittierungen [wegen Gebäudeabbrissen in den Städten], Umwandlungen von Unternehmen, Umweltverschmutzungen und Arbeitskonflikte. Die Zahl der Petitionen [Untertanen, die behaupten, wegen lokalbehördlicher Maßnahmen ihre Lebensbasis verloren zu haben und als letzten Ausweg höheren Orts um „Gerechtigkeit“ bitten] habe 2008 weiter zugenommen. Im ersten Quartal seien 140.000 Leute mit ihren Anliegen zu den „Zivilministerien“ [= Innenministerien] im Land gekommen. Im zweiten Quartal seien es schon 314.000, im dritten 900.000 gewesen (im gesamten Vorjahr 2007 aber nur

810.000). 2005 sei die Zahl der „Zwischenfälle mit Massencharakter“ zurückgegangen, doch seit 2006 steige sie wieder, habe landesweit 60.000 betragen, 2007 dann 80.000. Hier gebe es „keinen Anlass zu Optimismus“, wie die Tatsache zeige, dass es 2008 innerhalb nur eines einzigen Monats zu vier sehr großen [= gewaltsamen] „Zwischenfällen“ gekommen sei, nämlich am 28.6. in 瓮安 Wèng'ān, Provinz 贵州 Guìzhōu, am 3.7. in 府谷 Fǔgǔ, Provinz 陕西 Shǎnxī, am 16.7. in 惠州 Huìzhōu, Provinz 广东 Guǎngdōng und am 19.7. in 孟连 Mènglián, Provinz 云南 Yúnnán. Neu sei an diesen Gewaltausbrüchen gewesen, dass sie ohne konkreten Anlass geschahen, aus „Zufall“, dass sie sich rasend schnell verbreiteten, die Mehrheit der Teilnehmer gar keinen Bezug zum auslösenden Ereignis hatte, sondern nur ihrem [aus anderen Gründen] aufgetauten Zorn freien Lauf ließ.

Das also sind – im Klartext – die sozialen Konflikte, in denen sich die chinesische Parteimacht heute überall im Lande legitimieren muss:

- Tausende geschlossene Fabriken, bei denen die dort Beschäftigten nicht selten erst bei Arbeitsbeginn am Tor einen Zettel mit der Nachricht vorfinden, dass der Eigentümer (oder sein Vertreter, meist aus Hongkong oder Taiwan) das Unternehmen mangels Aufträgen (aus dem Ausland) geschlossen habe. Er selbst ist dann schon über alle Berge, Löhne, häufig seit Monaten ausstehend, bleiben unbezahlt, Kredite unbedient. Dies sind freilich die Fälle, wo die lokalen oder Provinz-Parteibehörden ihre großen Gesichter als Volksfürsorger zeigen und Geld auf das Problem werfen: Sie sind zwar nicht „schuld“ am jeweiligen Desaster, übernehmen aber großzügig (und ohne „bürokratische Kontrolle“ irgendwelcher unabhängigen Gremien) die Zahlung der ausstehenden Löhne. Das Geld beantragen sie in Peking⁴³. Zahlen die Funktionäre es aus, ist der Konflikt entschärft und stehen sie gut da; teilen sie es lieber unter sich auf, sind sie plötzlich verantwortlich, verlieren ihre Legitimität und werden zum Ziel von „Massen-Zwischenfällen“, die dann direkt auf die Legitimität der politischen Macht zielen.
- Der erheblich gesunkene Anteil der Bevölkerung am Nationaleinkommen bedeutet nichts anderes, als dass Parteistaat und (Staats)betriebe sich große Teile der produzierten Werte aneignen, statt sie in Form besserer Löhne oder sozialer Leistungen auszuzahlen. Freilich trifft das nicht alle Einkommensbezieher: Die systemrelevanten Beamten alimentiert der Staat seit Jahren vergleichsweise großzügig, weshalb sein Anteil an der Einkommensverteilung auch steigt. Arbeiter in Industrie- und Dienstleistungsbetrieben sowie natürlich die Bauern sind die Opfer dieser Auspressung. Kommt Transparenz in diese Zustände, dürften erhebliche soziale, ja sogar politische Konflikte die Folge sein.
- Die 农民工 *Bauernarbeiter* (hierzulande „Wanderarbeiter“ genannt) finden seit Herbst 2007 zunehmend weniger Arbeit in den für ausländische Märkte produzierenden Firmen bzw. auf den städtischen, von der Immobilienblase erzeugten

Baustellen und kehren arbeitslos in ihre Dörfer zurück, wo sie ihren Lebensunterhalt freilich auch nicht verdienen können. Anfang 2009 sollen es 20 Millionen gewesen sein. Wenn sie auf dem Land blieben, wäre es noch gut. Kehreten sie aber auf gut Glück in die Städte zurück, versammelten sich tagtäglich nichts-tuend/arbeitsuchend an den Straßenrändern und ... träfen sie dort womöglich auf die ...

- ... arbeitslosen Hochschulabgänger: 1,5 Millionen nach Angaben der „Akademie“. Was wäre, wenn beide Gruppen sich zusammentäten? Die Bauernarbeiter die Fäuste stellten und die Hochschul学生 den agitatorischen und vor allem organisierenden Geist? Die Bauern haben in China oft alleine rebelliert. Dynastien stürzten sie aber unter Führung frustrierter Beamter. Bauern in Kooperation mit abgefallenen Mitgliedern der Elite brachten schließlich auch die heutige Staatspartei 1949 an die Macht. Ihre Funktionäre müssten um die Gefährlichkeit einer solchen Gemeinschaft für ihr Regime auch heute noch wissen.
- Lebensmittelsicherheit hätte das Zeug zu einem perfekten Sturm für das Regime. Aber nicht, weil die löchrig ist, Gammelfleisch-Skandale gibt es auch in Deutschland allenthalben, ohne dass sie die politische Stabilität gefährden, sondern weil die größten Katastrophen im Unterschied zu Deutschland aus der Kolaboration von skrupellosem Firmen-Management und vertuschenden Partei-Behörden entspringen. Bei Vorhandensein von Internet-Aktivisten und marktorientierten Pressezeugnissen, die mit der Enthüllung solcher Skandale ihre Auflage hochtreiben möchten, bleiben diese Dinge heute nicht mehr unbedingt geheim. Wenn die Opfer dann, wie im Melamin-Milchskandal im Herbst 2008 kleine Kinder sind, von denen man ohnehin nur eins haben darf, sich erweist, dass die Vertuschung wegen „der Ausländer“ (Olympische Spiele in Peking) stattfand und Zehntausende von Kleinkindern, Babys sich unter Nierenstein-Schmerzen krümmen, dann verliert die „fürsorgliche Staatsmacht“ jegliches Gesicht. Die Frage ihrer Legitimität ist direkt gestellt. Die erste derart dramatische Lage war im Frühjahr 2004 entstanden, als die wahre, monatelang von den Behörden vertuschte Lage in Sachen Sars-Epidemie nur durch den Mut eines Einzelnen herauskam und ihr am Ende 700 Menschen (nicht nur in China) zum Opfer fielen. Seither heißt die Antwort: Aktion – Funktionäre opfern, umgehende und plakativ-drastische Bestrafung der Manager, kostenlose Behandlung der Opfer, Entschädigung der Eltern und so schnell wie möglich: den Mantel des Schweigens darüberdecken. Nach einer kurzen Phase erzwungener Öffentlichkeit ließen die Behörden Anfang 2009 Eltern von Melamin-vergifteten Kindern in Hausarrest nehmen, weil sie im Rahmen eines Pressegesprächs weitere Aufklärung (und auch eine höhere Entschädigung) verlangen wollten, die investigative Nachverfolgung des Skandals und die Berichterstattung unterbanden sie. Der Erfolg solcher Praktiken ist seit Sars von Skandal zu Skandal vorübergehender, die Systemfrage stellt sich in solchen Konflikten für immer mehr Menschen immer deutlicher.

- Die am Ende im CASS-Bericht genannten „Groß-Zwischenfälle“ lassen erkennen, wie niedrig im von der Autokratie fabrizierten System die allgemeine Schwelle zur Gewaltanwendung in China heute ist, wenn es gegen die bereits delegitimierte Staatsmacht geht. Vermutlich stimmt die Darstellung der CASS-Forscher, dass bei all den genannten „Groß-Zwischenfällen“ der Auslöser nämlich gar kein „sozialer Konflikt“ zwischen Bevölkerung und Staatsmacht war⁴⁴, sondern es um tragische Individualfälle ging, die im Prinzip in jeder Gesellschaft passieren, die die chinesischen Untertanen aber via Gerücht oder als quasi Pawlow'scher Reflex spontan der lokalen Parteimacht anlasteten, woraufhin sie zu Tausenden auf die Straßen liefen und ihrem Hass in der Zerstörung von Polizeiautos, Partei- und Behördenräumen etc. freien Lauf ließen. Der zornige chinesische Untertan geht ganz automatisch davon aus, dass die Macht stets ihre Verantwortung vertuschen will. Auf so unsicherem Grund wackelt die politische Ordnung heute im 1,3-Milliarden-Staat China dahin.

Ein Pulverfass

Dass es jederzeit und an jedem Ort in China zu sozialen Konflikten kommen kann, ist den machthabenden Parteileuten klar, sie müssen nur in die ihnen reichlich zur Verfügung stehenden „internen“ Informationsblätter, Berichte und sicher auch CASS-Analysen schauen, um zu wissen, dass Tag für Tag auf den Straßen und Plätzen vieler Orte ihres Herrschaftsbereichs soziales Pulver explodiert. Ebenfalls ist ihnen klar, dass solche „Zwischenfälle“ im Handumdrehen die Systemfrage stellen können, die ihnen ab einer gewissen Größe der „Zwischenfälle“ nur die Alternative ließe zu fliehen oder erneut schießende Truppeneinheiten gegen die Bevölkerung einzusetzen. Auf vielen Wegen suchen sie deshalb ihre Position zu sichern:

- Erstens und unter dem Haupt-Gesichtspunkt des Machterhalts am naheliegendsten: schrankenloser Auf- und Ausbau des Überwachungsstaates durch Einsatz unbegrenzter personeller und neuester technischer/elektronischer Ressourcen. Der angestrebte Ideal-Zustand ist einer, wo „ungesetzliches Handeln“ schon deshalb nicht möglich ist, weil die Überwacher bereits vorab wissen, was wer plant und die Ausführung unterbinden, bevor sie beginnt. Dies ergänzen Anstrengungen, die Öffentlichkeit nichts von diesen „Zwischenfällen“ erfahren zu lassen mittels Berichtsverböten für Fernseh- und Druckmedien sowie Filter für und Löschungen von Internet-Beiträgen, Überwachung der Telephon- und SMS-Kommunikation individueller Aktivisten. Dazu gehört auch das Unterbinden der Bildung unabhängiger Organisationen und des Zusammengehens von Intellekt und Faust. Selbst das Dutzend individueller Anwälte, die sich in diesem oder jenem sozialen Konflikt (Umwelt, Arbeitsbedingungen, Geburtenregelung etc.) auf Seiten der Unterschicht engagieren, erfährt hier die kompromißlose Härte

der Parteistaatsmacht. Zu diesem Konzept gehört seit einigen Jahren, dass all diese Maßnahmen keineswegs mehr im Geheimen ablaufen, sondern Zensur und Überwachung in allergrößter Offenheit stattfinden. Alle Chinesen sollen das wissen. Und ihr Verhalten von vornherein danach ausrichten.

- Zweitens: Entschärfung sozialer Konflikte durch Herausnahme des Ihr-oder-Wir-Aspektes, der die Legitimationsfrage stellt. Dies geschah mit Antritt der heutigen Führung 2002, die bereits kurz darauf dekretierte, dass die sogenannten Zwischenfälle mit Massencharakter, also durchaus auch gewaltsames Aufbegehren Tausender, ja Zehntausender kein „Widerspruch zum Feind“ sei, sondern zur Kategorie der „Widersprüche im Volk“ gehöre. Diese Unterscheidung geht auf Mao Tse-tung (毛泽东 Máo Zédōng) zurück, der sie Mitte der 50er Jahre in die Partei-Ideologie eingeführt hatte, um eine differenzierte Reaktion der Parteimacht zu ermöglichen. Im ersteren Fall – „Widerspruch im Volk“ – lässt sich demnach eine friedliche Lösung finden, die Anliegen sind berechtigt, die „Partei“ räumt „Fehler“ ein, die sie zurücknimmt (was auch noch für ihre Herrschaft spricht). Im zweiten Fall jedoch – „Widerspruch zum Feind“ – bleibt nur eine gewaltsame Lösung. Auf der anderen Seite steht der „Klassenfeind“, es geht um das Überleben der Parteimacht, weshalb nur schonungslose Unterdrückung angezeigt ist: schießen, verhaften, einsperren, hinrichten. „Zwischenfälle mit Massencharakter“ gehörten bis etwa 2002 zu dieser Kategorie, die Freiheitsbewegung von 1989 zum Beispiel ließ die Elite deshalb – bis heute übrigens ohne jedes schlechte Gewissen – zusammenschießen, ihre verhafteten Anführer unter demütigendsten Umständen als „Abschaum der Gesellschaft“ öffentlich vorführen und dann für Jahrzehnte wegsperren. Die neue Definition des Volks- bzw. Feind-Widerspruchs ermöglicht den obersten Machthabern jetzt ein Zurückweichen überall dort, wo sie es für opportun hält. Das Ganze hat jedoch nichts mit einem Zivilisierungsprozess der Macht zu tun, sondern ist Resultat des allseitigen Drucks von unten. Die Definitionshoheit in puncto „Widerspruch“ bleibt allein bei den Parteibehörden, die sich für ihre Kategorisierung auch gar nicht rechtfertigen müssen.
- Drittens: Geld einsetzen. Wo immer es geht – bei den „Widersprüchen im Volk“ – werfen Parteigremien Geld in Form von Entschädigungen oder Subventionen auf sozialen Sprengstoff. Die 70.000 Taxifahrer in Peking zum Beispiel, erhalten seit 2008 monatlich 1.000 Yuan (ca. 100 Euro) bar auf die Hand. Das verhinderte bislang Streiks, die in mancher Provinzhauptstadt durchaus die Qualität von gewaltsamen „Zwischenfällen mit Massencharakter“ erreichten, bevor sie ebenfalls mit Geldzahlungen der Behörden pazifiziert werden konnten. In der Hauptstadt darf es soweit gar nicht erst kommen. Deshalb zahlt sie jährlich 1.000 Yuan x 70.000 Taxifahrer x 12 Monate = 840.000.000 Yuan oder ca. 84 Millionen Euro. Wer das beschlossen hat? Woher das Geld kommt? Warum diese es erhalten, jene aber nicht? Alles unklar, intransparent, kein Gegenstand öffentlicher Überprüfung oder gar Kritik. Aber die Pekinger Taxifahrer sind ruhiggestellt.

- Viertens: Äußere Feinde aufbauen (sogenannte anti-chinesische Kräfte), die „China“ nicht „hochkommen lassen wollen“, und, wie es der als Nachfolger der jetzigen Nr. 1 vorgesehene Funktionär 习近平 Xí Jìnpíng im Februar 2009 vor „Auslandschinesen“ in Mexiko formulierte, „vollgefressen sind, nichts zu tun haben und wild gestikulierend auf uns zeigen“.⁴⁵ Gegen diese „Kräfte“, die mittlerweile allenthalben als „der Westen“ figurieren, bringen sie eine „chinesische Volksgemeinschaft“ in Stellung, die hinter ihrer „Parteiführung“ „für die Nation“ zusammensteht und für dieses „höhere Ziel“ gerne auf Freiheit und Zivilgesellschaft verzichtet. Basis dieser Volksgemeinschaft ist die unbewältigte Tradition der chinesischen Gesellschaft, das andauernde Unvermögen, ihr Scheitern gegenüber Europa aus dem xenophoben Charakter ihrer bizarren 酱缸文化 Mustopf-Kultur zu erklären, sondern sich lieber als unschuldig Opfer ausgerechnet jener zu sehen, die man gleichzeitig in (fast) jeder Hinsicht kopiert und als solche Kopie auch noch zu übertreffen sucht.

Keine dieser gegenwärtig in Anschlag gebrachten Maßnahmen aber beseitigt den im gegebenen System allen sozialen Konflikten innewohnenden „Widerspruch zum Feind“, die Tatsache, dass ein Geheimbund sich den chinesischen Staat zur Beute gemacht hat und seine außerhalb, ja über dem Gesetz stehende politische Macht zur eigenen Bereicherung nutzt. Da dies auf Kosten der Bevölkerung geschieht, ist jeder gesellschaftliche Konflikt einer mit dieser Macht und steckt in jedem von ihnen der Keim ihrer De-Legitimierung, macht jeden von ihnen je nach Umfang und Öffentlichkeit zu einer kleinen oder größeren Herausforderung des Regimes. Ob es daran zerbricht ist nicht sicher, denn wie sagte doch der traditionell sozialisierte, aber in Amerika und Europa zu den Ideen der Aufklärung vorgestoßene 林语堂 Lín Yǔtáng in seinem 1936 erschienenen, den Ausländern die chinesische Gesellschaft erklärenden Buch 吾国与吾民 *Mein Land und mein Volk*:

Unser Volk hat sich mehr Gewaltherrschaft, Anarchie und Mißwirtschaft gefallen lassen, als es im Westen je möglich wäre; offenbar hat man sich bei uns gedacht, auch das gehöre mit zu den Naturgesetzen. In manchen Bezirken von Sichuan hat man die Leute dreißig Jahre im voraus besteuert, und ihr einziger Protest bestand darin, dass sie in ihren vier Wänden ein paar halblaute Verwünschungen vor sich hinbrummten. Die christliche Geduld wirkt neben der chinesischen geradezu kapriziös, und man kann getrost sagen, dass unsere Geduld etwas ebenso Einzigartiges ist wie unser blaues Porzellan Unsere Duldsamkeit gegen Gewalt und Erpressung erinnert an die Friedfertigkeit, mit der kleine Fischlein einem großen Fischungeheuer ins Maul schwimmen. Nicht ausgeschlossen, dass nur unsere Fähigkeit zum Erdulden ein wenig kleiner werden müsste, um auch unsere tatsächlichen Leiden zum Schwinden zu bringen.⁴⁶

5. Die chinesische Wirtschaft und ihre Rolle in der Welt: Kapitalismus mit chinesischen Charakteristika

Im Dezember 2008 feierten Staatspartei und Parteistaat 30 Jahre „Reform und Öffnung“, wie das programmatische Schlagwort ebensolange heißt, das die großen Veränderungen in allen materiellen und einigen geistigen Bereichen des chinesischen Lebens zusammenfasst⁴⁷. Bezugsdatum dieses wirkmächtigen Jubiläums ist eine Tagung des Zentralkomitees der KP, die vom 18. bis zum 22. Dezember 1978 in Peking zusammengetreten war. Sie beschloss, in erstmaliger Abwendung vom unter Mao Tse-tung geltenden „Primat der Politik“, den „Schwerpunkt der gesamten Parteiarbeit auf die sozialistische Modernisierung zu verlegen“⁴⁸, wie es im Kommuniké der Tagung hieß. In fünf Punkten trafen die ZK-Mitglieder entsprechende Entscheidungen. Vier davon galten allerdings nur der Partei selbst und dienten dem Zweck, sie von Ansichten und Personen zu säubern, die dem neuen Ziel – Wirtschaft über alles – ablehnend gegenüberstanden. Es ging um die vollständige Entfernung der in der Kulturrevolution aufgestiegenen Emporkömmlinge aus ihren Partei- und Staatsämtern.

Nur einer der fünf Punkte betraf das Thema Wirtschaft. Er legte fest, dass das Management der Wirtschaft zu „modernisieren“ und die „wirtschaftliche Kooperation mit allen Ländern der Welt aktiv ... zu entwickeln“ sei. Das war alles, und im Vergleich zur Zeit davor auch nur insofern etwas Neues, als dies in Zusammenarbeit mit „allen Ländern der Welt“ erfolgen sollte und nicht mehr unter der bis dato geltenden Prämisse des 自力更生 *auf die eigenen Kräfte vertrauen*. Während dies eher allgemein-unverbindlich war, erwies sich der „Beschluss des Zentralkomitees über einige Fragen zur Stärkung der Entwicklung der Landwirtschaft (Entwurf)“⁴⁹, den die Tagung zur Verteilung an die unteren Ebenen freigab, als konkret und verändernd, wobei der „Beschluss“ nur eine Entwicklung aufgriff, die auf dem Land tatsächlich bereits begonnen hatte – ohne „Führung der Partei“⁵⁰. Mit ihrem Beschluss beschleunigte die Staatspartei diesen Prozess jedoch und machte ihn flächendeckend: Bauern erhielten Landstücke verpachtet, durften dort anbauen, was sie für richtig hielten und einen Teil ihres Ertrages auf „freien Märkten“ verkaufen, die Städte und Gemeinden ihnen umgehend überall öffneten. Die Volkskommunen lösten sich auf, das Nahrungsmittelangebot stieg gewaltig, die materielle Lage der Bauern verbesserte sich in großer Geschwindigkeit. Einige Jahre später übertrug die Parteiführung dieses System der „Eigenverantwortung für Produktion und Gewinn“ nach und nach in die staatlichen Industriebetriebe, wo es ähnlich schnell zu sichtbaren Folgen führte: großes Warenangebot im Konsumbereich, mehr Geld für die Manager (Parteisekretäre) der Staatsbetriebe.

Die ebenfalls von jenem „ZK-Plenum“ 1979 verkündete „wirtschaftliche Kooperation mit allen Ländern der Welt“ entwickelte sich über einige kleine „Wirtschaftssonderzonen“ an der Küste, wo ausländische Investoren Fabriken bauen, chinesische Arbeitskräfte einstellen und die produzierten Waren exportieren konnten, hin zur Freigabe (fast) des gesamten Landes für ausländische Investoren (fast) jeden Gewerbes. Die Folgen dieses Prozesses fassen Beobachter seit über zehn Jahren in Worte wie „atemberaubende Veränderungen Chinas“, „Wirtschaftsboom ohnegleichen“ etc. Und sie tun dies zurecht, wie ein Blick in die zum „Jahrestag“ gesammelt veröffentlichten Vergleichsstatistiken 1978 bis 2008 zeigt: Steigerung des Bruttoinlandsproduktes um das 30-fache, der ausländische Besucher um das 75-fache usw. usf.⁵¹

Wer solchen chinesischen Statistiken misstraut, der mag sie sich auf der Website der Weltbank beschaffen oder solche zum Welthandel bei der Welthandelsorganisation (WTO). Sie alle zeigen China unter den ersten drei Staaten in der Rangliste der Länder nach ihrer Wirtschaftskraft. Mit der absoluten Größe seines Bruttoinlandsprodukts, also aller Werte (in Dollar umgerechnet), die die Bewohner im Laufe eines Jahres schaffen, steht das Land heute – nach den Vereinigten Staaten und Japan, vor Deutschland – an dritter Position. Sein Außenhandel, die Summe der Importe und Exporte, machte es 2008 ebenfalls zur Nummer drei weltweit, nach den Vereinigten Staaten und Deutschland. Eine Betrachtung nur der Exporte zeigt, dass China bei der Ausfuhr 2007 an die zweite Position nach Deutschland rückte und nicht mehr weit davon entfernt ist, „Exportweltmeister“ zu werden.

Seit 2006 ist es zweitgrößter Handelspartner der Europäischen Union (nach den USA), mit Blick nur auf die EU-Importe war es sogar der größte Lieferant. Im Vergleich zum Jahr eins der chinesischen Wirtschaftsreformen (1978) stieg das Handelsvolumen mit der EU um das 60-Fache, eine Größe, die praktisch für alle Handelspartner gilt.

Wohin man auch blickt in der chinesischen Produktionsstatistik, überall das gleiche Bild dramatischer Wachstumsraten, in der Regel im zweistelligen Bereich. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) steigt seit Jahren um etwa zehn Prozent im Jahr, der Außenhandel sogar um 20 Prozent, bisweilen noch mehr. Das Durchschnittseinkommen der Städter stieg seit 1978 um das 39-Fache von 615 Yuan auf 25.000 Yuan, das der ländlichen Bevölkerung um das 37-Fache von 152 Yuan auf 5.800 Yuan. Nach Angaben der Weltbank entkamen inzwischen rund 200 Millionen Chinesen dem Zustand absoluter Armut, wo das Einkommen nur bei einem einzigen Dollar pro Tag liegt. Ein Blick auf chinesische Städte wie Shanghai, Peking, Kanton, aber auch solche der zweiten Reihe, offenbart eine enorme Dynamik der baulichen Veränderungen und des Straßenbildes. Bei Beobachtern, die ihre China-Sozialisation in den 60er, 70er aber auch 80er Jahren erfuhren, löst sie nicht enden wollendes Staunen aus: „Wer hätte das noch vor zehn Jahren gedacht!“, war lange Zeit ihr Standardkommentar.

So schier unglaublich erscheinen die Entwicklungen, dass die langjährige Bewunderung ab etwa 2004 einer gewissen China-Furcht weicht, seit nämlich deutlich geworden ist, dass die drittgrößte Wirtschaft der Erde einen sogar überproportional großen und wachsenden Bedarf an *Input*, konkret: Rohstoffen hat. Das Land tritt hier inzwischen als Beschaffungskonkurrent der Industriestaaten auf, was sich seit etwa 2003/04 deutlich auf die Preisentwicklung so essentieller Materialien wie Kupfer, Eisenerz oder Rohöl auswirkt. Sogar in einigen hochkomplexen Fertigproduktbereichen wie zum Beispiel dem Maschinenbau nehmen deutsche Anbieter chinesische Firmen inzwischen als Konkurrenz wahr, zumindest schon einmal auf Drittwelt-Märkten. Erst recht dürfte dies ab 2009 der Fall sein, dem Jahr, da Deutschlands Maschinenbau (nach Umsatz) nur noch an zweiter Welt-Stelle rangiert: „China“ ist erster.

Ursachen des chinesischen Aufstiegs

Wer nach den Ursachen dieser so plötzlichen Entwicklung forscht, kommt schnell zu der Erkenntnis, dass es allein am sprichwörtlichen Fleiß der Chinesen nicht gelegen haben kann. Der war immer groß und ließ sie in vielen Staaten Südostasiens schon vor Jahrzehnten zur reichen Oberschicht aufsteigen. Wenn es aber zur gleichen Zeit in der Heimat nur schleppend voranging, dann rücken zunächst die dortigen Rahmenbedingungen in den Blick: War vielleicht der „Sozialismus“ für das Ausbleiben von Boom und Reichtum verantwortlich? Das „Mao-System“ die Ursache für Rückständigkeit und allgemeine Armut? Ganz so einfach ist die Antwort nicht, denn in den 50er, 60er und 70er Jahren, der Zeit vor „Reform und Öffnung“, hat es im KP-Staat sehr bedeutsame wirtschaftliche Entwicklungen gegeben.

Der Blick in die Geschichte hat bereits gezeigt, dass das bis 1911 herrschende traditionale System die Entwicklung von Wissenschaft, Ingenieurstechnik und Industrie nachhaltig verhinderte (siehe Kapitel 2). Nach dessen Sturz floß dieses europäische Wissen zwar ungehinderter ins Land und begannen auch Chinesen, Industrien aufzubauen (und einige auch reich, sehr reich, zu werden), aber die folgenden Bürgerkriegs- und Kriegsjahre verhinderten bis 1949 eine flächendeckende Entwicklung. Zu diesem Zeitpunkt lag der Beitrag der Industrie zum gesamten Wertschöpfungsprozess des Landes immer noch erst bei nur etwa acht Prozent, jener der Landwirtschaft aber bei 60 Prozent.⁵²

Der Sieg der Kommunisten brachte 1949 Leute dauerhaft an die Macht, die die Industrialisierung quasi in ihrem Glaubensbekenntnis hatten, und die schufen dem nun Rahmenbedingungen, die einer ungehinderten, landesweiten Industrialisierung des Bauernlandes wichtige Voraussetzungen verschafften. Ein Blick auf die relevante Entwicklung zeigt, dass hier – im Vergleich zur Zeit vor 1949 – in den ersten dreißig

Jahren Volksrepublik China große Fortschritte stattfanden: 1978 lag der Anteil der Industrie am Bruttoinlandsprodukt gleichauf mit dem der Landwirtschaft (heute übertrifft er ihn mit über 50 Prozent um das Dreifache). Allerdings blieb diese Entwicklung auswärtigen Beobachtern weitgehend verborgen, und als diese ab Anfang der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts China näher betrachten konnten, fiel ihnen zumeist nur das im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten erbärmliche Lebensniveau der Chinesen auf und der antiquierte Zustand der Maschinen in den Industriebetrieben.

Für das Verständnis der heutigen Situation aber ist es wichtig zu sehen, dass die KP-Herrschaft das Land bis zum Ende der 70er Jahre grundlegend industrialisiert hatte. Isoliert von jeglicher Kooperation mit dem Westen (und seit dem Ende der 50er Jahre wegen der ideologischen Feindschaft zum Sowjetblock auch vom Osten), hatten die Machthaber ein autarkes Wirtschaftssystem geschaffen, das zwar eher schlecht als recht, aber dennoch grundlegend industrialisiert war. Es stellte Waschmittel ebenso her wie Autos und Eisenbahnen, es baute Kraftwerke und Maschinen ... Im Vergleich mit der weitgehend industriefreien bäuerlichen Subsistenzwirtschaft vor 1949 war China bis 1978 grundlegend umgekrempelt worden. Die bis dahin herrschende totale Planwirtschaft, die dies bewirkt hatte, verhinderte allerdings eine deutlich wahrnehmbare Dynamik und fungierte so gesehen als Deckel, der die vielen Keime, die in den fruchtbaren chinesischen Boden eingebracht worden waren, daran hinderte herauszuschießen. Es verhinderte auch die freie Entfaltung der Initiative der Chinesen, die im Grunde ihres Herzens nur ans Geldverdienen denken und die deshalb als wohl einziges Volk der Welt den 财神爷 *Gott des Reichtums* ganz offen anbeten. Bis zum Beginn der achtziger Jahre jedoch war ihnen dies nicht möglich – die mit politischer Macht durchgesetzte und aufrechterhaltene totale Staatlichkeit jeglicher ökonomischer Aktivität verhinderte es.

Die zügige Beseitigung dieses Deckels in den 80er Jahren, im Gefolge der erwähnten „Plenartagung“, die Genehmigung, neue Formen des Wirtschaftens auszuprobieren – zuerst durch die Auflösung der Kommunen in der Landwirtschaft, dann die rasche Verselbständigung der Industriebetriebe –, ließ nun Regen und Sonnenstrahlen auf den vorbereiteten Boden durch, und im Handumdrehen schossen die Sprößlinge aus den eingebrachten Keimen in die Höhe. Ab jetzt durften auch die Chinesen in der Heimat das tun, was ihre Landsleute im Ausland schon so lange als Fähigkeit unter Beweis gestellt hatten: produktiv sein und das verdiente Geld selbst einstreichen, um damit mehr Geld zu verdienen. Ab etwa 1992 stellte die weiter herrschende KP dies de facto (weniger offiziell) unter das Motto: Reich werden ist ehrenhaft (ergänzt um die Aussage, es mache auch nichts, wenn einige zuerst reich würden) und entließ die Wirtschaft und Bevölkerung aus dem Zwangskorsett eines zentralen Planes.

Das in der Praxis wenig geltende Recht, das überdies im Zweifelsfall stets der politischen Macht und den mit ihr verfolgten Interessen jedes einzelnen Funktionärs zu

weichen hat, ermöglichte es allen unter ihnen, die reich werden wollten, ungehindert nach vorne zu stürmen und es „als erste“ zu werden. Sie rissen ganze Stadtviertel ab und bebauten sie neu, sie enteigneten Bauernland und führten es einer ihnen gewinnbringenden Verwendung zu, sie betrieben Fabriken, die keinerlei Rücksicht nehmen mussten, weder auf Interessen der dort arbeitenden noch solche der im Umfeld lebenden Menschen. Seit etwa zehn, 15 Jahren herrscht so in China, was ausländische Beobachter bisweilen als Manchester-Kapitalismus beschreiben – hemmungsloser Raubbau an menschlichen und natürlichen Ressourcen. Aber das machte tatsächlich einige sehr reich und etliche andere zumindest reicher als zuvor.

Trotzdem hätte das allein nicht zum heutigen internationalen Stand der chinesischen Wirtschaftskraft geführt. Es musste noch ein entscheidendes Element von außen hinzukommen, der Dünger sozusagen, der den Ertrag tatsächlich explodieren ließ: Kapital und Know-how aus den entwickelten Industrieländern. Der Terminus dafür heißt: ausländische Direktinvestitionen oder englisch: *foreign direct investment*. Unter dem Stichwort der „Plenartagung“: Zusammenarbeit mit „allen Ländern der Welt“ warben zuerst die zentralen Machthaber in Peking, bald aber auch die der Provinzen, Städte, Kreise parallel zur inneren Auflösung der zentralen Planwirtschaft um ausländische Investoren. Zunächst reagierten darauf in den 80er Jahren die Hongkonger Unternehmer. Zug um Zug verlegten sie ihre Produktionsstätten über die Grenze ins nahe Südchina – schon Anfang der 90er Jahre war Hongkong praktisch industriefrei. Es folgten Investoren aus Taiwan, und seit der Mitte der 90er Jahre die mit Milliarden hantierenden Großindustrien aus den Vereinigten Staaten, aus Europa, Japan und Südkorea.

Kumuliert investierten alle zusammen bis Ende 2008 etwa 870 Milliarden US-Dollar in China, Kapital, das sich nach offiziellen Angaben in ca. 280.000 Fabriken verwandelte. Diese Unternehmen mit ausländischer Kapitalbeteiligung (bzw. ganz in ausländischem Besitz) sind es, die heute 60 Prozent der Waren produzieren, die aus China exportiert werden (und sie tragen fast ebensoviel zu den Warenimporten bei in Form von Vorprodukten oder Investitionsgütern, die sie einführen). Es ist dieser Hintergrund, der China die heute viel verwendete Bezeichnung Werkstatt der Welt einbrachte: mit ausländischem Kapital und Know-how, nach ausländischem Design und unter ausländischer Qualitätskontrolle in nach ausländischen Kriterien organisierten Fabriken gefertigte Güter gelangen mit ausländischem Werbe- und Vertriebswissen auf ausländische Märkte – vor allem nach Europa (größter Markt) und in die USA, wo sie bei Wal Mart, in Tchibo-Filialen, bei Aldi und Lidl oder in den großen Kaufhäusern ins Angebot gelangen. Der China-Manager der größten Handelskette der Welt, der amerikanischen Wal Mart, sagte 2005 einmal, wenn Wal Mart ein Land wäre, so wäre es der fünftgrößte Handelspartner Chinas!

Zusammen mit dieser gewaltigen Kapitalsumme, die vollständig einer produktiven Verwendung zugeflossen ist, gelangte ein weiterer, wichtiger Produktiv-Faktor aus

dem industriellen Ausland nach China: Know-how jeder Art. Technisches Wissen ebenso wie betriebswirtschaftliches von der Kostenrechnung bis zum internationalen Vertrieb. Und die Mitarbeiter von jenen am Band über den Produktionsleiter bis zum Buchhalter und Manager erhalten eine an westlichen Normen orientierte Ausbildung, damit das Produkt ihrer Tätigkeit westlichen Ansprüchen genügt. All dieses Wissen war vorher in China nicht vorhanden, weil es im Rahmen der zentralen Planwirtschaft und ohne Exporte auf die anspruchsvollen ausländischen Märkte auch gar nicht nötig gewesen war. Zunächst sammelte es sich in den Betrieben der Ausländer (bzw. jenen mit ausländischer Beteiligung), aber schnell schwappte es in die indigene Wirtschaft – der Lernwille von Chinesen ist ja legendär. Zusätzlich sorgten die zentralen und lokalen Behörden nach Kräften dafür, dass Produkt-Blaupausen im ganzen Land dorthin gelangten, wo Bedarf bestand. Was dieser Prozess in den nationalen Industrien bewirkte, lässt sich gut am Beispiel der Autoindustrie zeigen.

Im manchen Bereichen, sogenannten Schlüsselbranchen wie eben der PKW-Fertigung, sind ausländische Investoren gesetzlich gezwungen, mit einheimischen Unternehmen zu kooperieren. Sie könnten (und würden sicherlich auch) lieber 100-prozentige Tochterfirmen gründen, um alles in der eigenen Hand zu halten, aber, wenn sie „auf den chinesischen Markt“ wollen, dürfen sie das nur in Form von Gemeinschaftsunternehmen, sogenannten *joint ventures*. Der ausländische Anteil darf hier nicht über 50 Prozent liegen.

Der erste ausländische PKW-Investor, der unter diesen Bedingungen nach China kam, war 1981 die US-Firma Chrysler, die seither mit der Beijing Automotive Industry Corporation (BAIC) in Peking ihren Jeep herstellt. 1986 begann Volkswagen mit dem Aufbau eines Gemeinschaftsunternehmens in Shanghai, Partner dort war (und ist) die Shanghai Automotive Industry Corporation (SAIC). Ende der 90er Jahre hatten praktisch alle größeren PKW-Hersteller der Welt solche Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern im Lande gegründet. Die Zahl der produzierten PKW stieg von etwa 250.000 im Jahre 1978 (aus chinesischer Allein-Fertigung) auf ca. fünf Millionen 2008, womit China heute der drittgrößte PKW-Produzent der Welt ist.

Interessanter als dies aber ist der Blick auf die Entwicklung der chinesischen Partner der ausländischen Investoren in dieser Zeit. Zunächst mag es erstaunen, dass es überhaupt PKW-Hersteller in diesem Land gab. Aber das war ein Resultat der KP-Industrialisierung nach 1949. Schon in den 50er Jahren stellte eine Fabrik in der nordchinesischen Stadt 长春 Chángchūn Autos her, es folgte eine in Shanghai (der spätere Partner von Volkswagen). In den 90er Jahren berichtete man sich in ausländischen PKW-Kreisen, dass es in ganz China über hundert Hersteller gebe, die eine staatliche Lizenz zur PKW-Fertigung besäßen, also Autos produzieren durften, wenn sie das wollten.

Wer sich freilich die chinesischen Gefährte der 80er Jahre ansah, konnte unschwer erkennen, dass sie den ausländischen Modellen in jeder Hinsicht unterlegen waren

– technisch, qualitäts- und designmäßig. **Aber**, und das ist entscheidend, in diesen Fabriken arbeiteten Ingenieure, die ein Grundverständnis davon besaßen, wie man ein Auto in einer Fabrik baut.

Und mit diesen Ingenieuren arbeiteten nun die ausländischen Investoren in den Gemeinschaftsunternehmen zusammen. Sie bildeten sie aus, damit die gemeinsam hergestellten Modelle (die der Ausländer) ihren Erwartungen entsprachen. Sie gewährten ihnen einen umfassenden Einblick in die Praxis der europäischen, japanischen, amerikanischen etc. Autoindustrie, alle Blaupausen der immer größer werdenden Anzahl von Modellen lagen offen vor den chinesischen Partnern aus, die sich hier fleißig bedienten.

Nachdem dies ein paar Jahre so gegangen war, tauchten Ende der 90er Jahre plötzlich PKW-Modelle auf den Straßen auf, die kein VW-, Toyota- oder GM-Logo trugen. Es waren chinesische Eigenfertigungen, hergestellt in einer bis dahin völlig unbekanntem Fabrik, ansässig überdies in der Armenprovinz 安徽 Ānhuī. Der (programmatische) Name des Herstellers: 奇瑞 *großartiges, gutes Omen*, was man als „Chery“ übertrug. Bald berichtete damals das *Handelsblatt*, eine Untersuchung des Chery-Modells habe gezeigt, dass es weitgehend auf der kopierten Technik des Jetta beruhe, den Volkswagen gemeinsam mit einem zweiten Partner in Nordchina herstellte. Offenbar hatte dieser sein Wissen an die Provinzfirma Chery weitergereicht. Tatsächlich geht alles, was Ausländer nach China hineinbringen, diesen Weg und hilft ehrgeizigen kleinen, zunächst belächelten, bald aber als sehr störend empfundenen Konkurrenten auf die Sprünge. Chery ist heute, nur zehn Jahre nach seiner Gründung, der größte chinesische PKW-Exporteur.

Nur wenige Jahre nach dem ersten Auftauchen des Chery sah sich Volkswagen in Shanghai mit der Nachricht konfrontiert, dass sein dortiger „Partner“ plane, selbst ein Automodell herauszubringen – in Eigenproduktion, also ohne VW. Diesen Wagen gibt es seit Ende 2006.

Nicht nur Volkswagen war und ist mit dieser Entwicklung konfrontiert. Auch die chinesischen „Partner“ anderer ausländischer Investoren steuern heute auf die Produktion eigener Modelle hin. Auf der Automesse-Shanghai im Frühjahr 2007 zeigte bereits eine ganze Reihe einheimischer Hersteller, die bislang nur mit ausländischen „Partnern“ produzierten, eigene, ohne die Ausländer produzierte neue Modelle in allen Klassen. Trotz mancher Design-Ähnlichkeiten mit ihren ausländischen Vorbildern (Vorlagen), beweist dieser Trend, dass es heute eine chinesische Autoindustrie im Wortsinne bereits gibt und dass diese Hersteller mit aller Kraft daran arbeiten, sich von ihren ausländischen Geburtshelfern unabhängig zu machen. Gleichzeitig tritt immer wieder ein rein chinesisches Unternehmen irgendwo in der Provinz mit eigenen PKW-Modellen auf. Die Position dieser chinesischen PKW auf dem Gesamtmarkt ist heute, nach nur wenigen Jahren dieser Entwicklung, bereits sehr hoch. In einer Liste der zehn Top-Verkäufer des ersten

Halbjahres 2007 sind bereits zwei von ihnen vertreten, ihr Anteil an der gesamten Verkaufsmenge lag bei etwa 17 Prozent.

Diese Entwicklung entspricht auch ganz den Absichten des Staates, der sie freigiebig über seine Banken finanziert und über Richtlinien für die chinesische Autoindustrie zu steuern sucht, wie die im Mai 2004 vom Staatsrat (= Zentralregierung) erlassene 中华人民共和国国家发展和改革委员会令 8 号 – *Anordnung Nr. 8 der Nationalen Entwicklungs- und Planungskommission der VR China*. Man beachte den Titel: **Anordnung!** Darin weist diese oberste Regierungsbehörde für die Wirtschaft die Autohersteller an, eine allseitige Erhöhung der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Autoindustrie zu verwirklichen. Noch vor dem Jahr 2010, heißt es weiter, soll „unser Land“ zu einem bedeutenden Auto-Produzenten gemacht werden ... und im großen Stil in den internationalen Markt eindringen. Dies führt die Anordnung auf den folgenden Seiten im Detail aus.

Das Beispiel der Autoindustrie zeigt so gut, wie die ausländischen Investoren das bis zu ihrer Ankunft nur latent produktive Potential gezündet haben. Das Resultat entspricht in etwa dem der Tat des Zauberlehrlings im bekannten Gedicht Goethes: Die freigesetzten chinesischen Geister sind inzwischen nicht mehr einzufangen.

Die Anordnung zeigt aber noch eine andere, nicht minder wichtige Seite der Entwicklung: die Rolle des Staates. Nur äußerlich nämlich ist die chinesische Ökonomie eine Marktwirtschaft. Nur insofern es heftige Konkurrenz auf allen Produktmärkten gibt mit allem, was dazugehört: Werbung, Preisschlachten usw. Tatsächlich aber handelt es sich bei dem System eher um ein dem absolutistischen Merkantilismus des europäischen 17. Jahrhunderts vergleichbares, staatlich gesteuertes oder zumindest immer wieder beeinflusstes. Dies geschieht vielleicht noch am wenigsten mit Anordnungen. Gravierender ist zum Beispiel die Versorgung chinesischer Staatsfirmen mit Krediten seitens der staatlichen Banken. Da erhalten dann selbst Firmen, die seit Jahren ihre alten Schulden nicht zurückzahlen, trotzdem frisches Kapital, weil ihr Parteichef mit jenem der Bank gut zusammenarbeitet. Oder auf Anweisung der Provinz-Parteiführung, die eine bestimmte Industriepolitik verfolgt.

Die hier am Beispiel der Autoindustrie beschriebene Erfahrung lässt sich auf alle Branchen der chinesischen Wirtschaft übertragen. Immer wieder haben ausländische Investoren mit ihren den einheimischen überlegenen Produkten Neuerungen und alle dazugehörigen Blaupausen ins Land gebracht, nur um sich nach einer Weile mit zunehmender, bei Bedarf freigiebig staatlich subventionierter einheimischer Konkurrenz konfrontiert zu sehen.

Ein anderes Beispiel war die Mobiltelefonie. Diesen Markt beherrschten bis zum Ende des vergangenen Jahrhunderts allein ausländische Hersteller wie Motorola, Nokia etc. Ab etwa 1998 begannen chinesische Firmen sich auf dieses lukrative Geschäft zu werfen. Resultat: Heute nähert sich ihr Marktanteil den 50 Prozent.

Trotz der enormen, eingangs beschriebenen Fortschritte beim Lebensstandard und trotz des drittgrößten Bruttoinlandsprodukts der Welt, bleibt es jedoch auch eine Tatsache, dass Chinesen im Vergleich zu Bewohnern der entwickelten Industriestaaten noch immer sehr arm sind. Jedenfalls statistisch. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen liegt heute bei nur ca. 1.400 Euro (Deutschland: ca. 30.000 Euro). Das sind lediglich 120 Euro im Monat. In der pro-Kopf reichsten chinesischen Stadt 深圳 Shēnzhèn (an der Grenze zu Hongkong gelegen) stehen den Bewohnern für ihren freien Konsum, also nach Abzug aller nötigen Ausgaben wie Miete etc., lediglich 150 Euro im Monat zur Verfügung! Wenn Beobachter heute vielfach von einer chinesischen „Mittelklasse“ sprechen, die sich auf ca. 60 Millionen Menschen belaufen soll, so darf diese Bezeichnung keinesfalls zu der Annahme führen, es handele sich dabei um eine der gleichnamigen deutschen vergleichbare Gesellschaftsschicht. In China gehören nämlich per Definition bereits Menschen dazu, die umgerechnet mehr als 350 Euro im Monat verdienen. Das entspricht etwas dem „Hartz IV“-Niveau hierzulande.

Auch wenn der allgemein sehr niedrige Lebensstandard natürlich nicht ausschließt, dass es in China heute Dollar-Millionäre oder gar -Milliardäre gibt, so bleibt es doch für viele noch kommende Jahre eine Tatsache, dass sich auf einem so beschränkten Markt niemals alle die Waren absetzen lassen, von denen die Investoren ursprünglich geträumt hatten, als sie ihr Kapital und Know-how ins Land brachten. Sie haben deshalb um die Jahrtausendwende die Konsequenzen gezogen und einen Paradigmenwechsel herbeigeführt: Heute investieren sie in China nicht mehr, weil sie ihre Produkte auf den dortigen Markt bringen wollen, sondern vor allem, um sie zu exportieren und zu Hause abzusetzen, in der EU, den USA, Japan ... Sie wollen die entrechtete und folglich billige, aber meist auch sehr willige chinesische Arbeitskraft zum Kostensparen nutzen.

Diese massenhafte Entwicklung – eifrig gefördert von Zentral- und Lokalregierungen – hat den Warenexport zur Hauptstütze des chinesischen Wirtschaftswachstums gemacht (mit entsprechend negativen Folgen dann, wenn Amerikaner und Europäer diese Waren nicht mehr kaufen). Außerdem ist die Pekinger Zentralbank auf diese Weise in den Besitz der größten Devisenreserven der Welt gelangt – Ende 2008 waren es ca. 2.000 Milliarden Dollar. Die Quelle dieses riesigen, seit dem Jahr 2000 in großen Schüben gewachsenen Geldberges sind zum einen die dutzende Milliarden Dollar, die Jahr für Jahr als ausländische Direktinvestitionen ins Land kommen, zum anderen die Dollar- und Euro-Einnahmen der Exporteure. All dies tauschen sie in China in Lokalwährung, um dort überhaupt arbeiten zu können. Da die chinesische Währung nicht frei konvertierbar ist, steht allein die Zentralbank als Käufer bereit, und so sammelte sich bei ihr die größte Devisenreserve, die je ein Staat besaß. Aber der chinesische Staat ist ein ganz besonderer – der Staat einer Partei, die als Geheimbund agiert.

Grundstürzende Konsequenzen für die Welt

So weit also steht zumindest ein Resultat der 30 Jahre Reform und Öffnung bereits fest: „China“ ist heute ein quantitativ bedeutender Teil der Weltwirtschaft. Und die wenigen Leute, die dort ungehindert von zivilgesellschaftlichen „Störungen“ nach Belieben bestimmen (siehe Kapitel 1), haben damit begonnen auf dieser Grundlage – erstmals in der Geschichte dieses Landes, weit jenseits ihrer Staatsgrenzen – eigene Interessen zu verfolgen.

Unter welchen Bedingungen sie das tun können, hängt einerseits von der Gesellschaft ab, die sie beherrschen und andererseits davon, wie sehr diejenigen, die bereits „da“ sind, dies ihnen ermöglichen. Letztere sind die großen Industriestaaten der Welt, etwa der Kreis der in der OECD zusammenarbeitenden Länder: Nordamerika, Westeuropa, Japan und Australien, die die chinesische Elite beharrlich als einen Block, „den Westen“, wahrnimmt (obwohl der in großen Teilen östlich von China verortet und alles andere als ein zentralgesteuerter Block ist). Dieser „Westen“ – oder jedenfalls Teile davon – geht seinen ökonomischen und politischen Interessen schon viel länger im globalen Maßstab nach, seit etwa 400 Jahren nämlich, und ist deshalb praktisch überall bereits etabliert. Das bedeutet, dass „er“ sich, wenn ein so großer neuer Mitspieler auftaucht, wie „China“ einer ist, entweder einschränken oder die chinesische „Fress“-Konkurrenz abwehren müsste. Jedenfalls dann, wenn die Ressourcen der Erde endlich sind, wovon der Verfasser ausgeht.

Tatsächlich hat dieser Verdrängungskampf bereits begonnen, die „westliche“ Freude über die „Öffnung des größten Marktes der Welt“, der (vermeintlich) so leer sei, dass man dort unendliche Mengen von allem verkaufen (und entsprechend produzieren und verdienen) könne, ist heute verflogen. Stattdessen wird das „aufsteigende China“ inzwischen als ein wenig schon wirtschaftlich, deutlicher aber als Bedrohung des ganzen Planeten und der Menschheit schlechthin wahrgenommen (Klimaerwärmung): Wenn jeder Chinese, so kann man in der Tat sagen, Strom verbraucht wie ein Deutscher, pro Kopf ebenso viel CO₂ produzierte, dann müsste allerdings selbst Leuten, die die Klimaerwärmung für noch nicht ausgemacht oder gar für eine angenehme Entwicklung halten, Angst und Bange werden: In diesen Fällen nämlich stiege allein über der Volksrepublik China soviel CO₂ auf wie heute über dem gesamten Planeten (siehe dazu Kapitel 6).

Im ökonomischen Bereich der Warenkonkurrenz ist es noch nicht so weit. Hier gelten echte *Made-in-China*-Produkte, also nicht jene *Made-by-Chinese*-Dinge, die die verlängerten Werkbänke ausländischer Investoren dort Richtung Industriestaaten verlassen, meist noch als qualitativer Ramsch (oder schlechte Kopien), die keine Gefahr für die eigenen Qualitätsprodukte sind. Die bislang gescheiterten Versuche chinesischer PKW-Hersteller, entwickelte Märkte zu beliefern, stehen dafür. Da

reichte bislang ein ADAC-*crash*-Test, um die beim deutschen Importeur bereits zum Verkauf stehenden 200 Limousinen der chinesischen Firma Brilliance (übrigens „Partner“ von BMW) umgehend wieder auszuführen – nach Nahost oder Afrika. Freilich erinnern sich noch viele hierzulande an die japanischen und zwanzig Jahre später koreanischen Autos, die anfänglich ähnliche Bewertungen erhielten, aber heute mindestens genauso anerkannt sind wie jene deutscher, französischer etc. Hersteller. Es gibt deshalb keinen Grund anzunehmen, dass chinesische PKW auf Dauer in den Industriestaaten keine Abnehmer finden werden. In einigen wenigen Bereichen ist das Anbietern wie 联想 Lenovo (PCs, Notebooks) oder 华为 Huáwéi (Telekommunikation) mit ihren Produkten ja auch bereits gelungen.

Handfeste Konkurrenz, Hauen und Stechen, sollte man vielleicht besser sagen, spielt sich jedoch seit einigen Jahren auf dem Sektor der Rohstoffe ab: Eisenerz, Kupfer, Zinn, Zink, alles, was die industrielle Fertigung benötigt, sowie natürlich die völlig unverzichtbaren Energieträger und Mobilitätsgaranten Öl, Gas und Uran fragen chinesische Abnehmer in solchen Mengen nach, dass das Land heute einer der größten (bei Öl) oder jedenfalls ein sehr großer Aufkäufer ist. Nicht zu vergessen der Nahrungsmittelbereich. Hier sind die chinesischen Reserven weitgehend ausgereizt, die Getreideproduktion stieg in den 30 Jahren von Reform und Öffnung nur um das 0,6-Fache. Eine weitere Steigerung des Konsums von Fleisch (heute: das Siebenfache von 1978, aber noch längst nicht auf deutschem Pro-Kopf-Niveau) und anderen tierischen Produkten wie Milch, werden Chinesen auch ohne Naturkatastrophen oder Klimawandel-bedingte Vernichtung landwirtschaftlicher Flächen schon bald als Groß-Nachfrager auf die Getreide-Beschaffungsmärkte der Welt treiben. Begonnen haben sie auch bereits damit, landwirtschaftliche Flächen in anderen Ländern zu kaufen oder zu pachten, wo sozusagen „eigene Bauern“ für daheim produzieren.

All diese grundlegenden Waren haben eins gemeinsam: Sie lassen sich gar nicht oder nur schwer vermehren. Rohstoffe wie Öl und Kupfer sind schlichtweg endlich: einmal abgepumpt oder ausgegraben wollen sie partout nicht nachwachsen. Am Beispiel Kupfer ließe sich diese gar nicht so hypothetische Rechnung aufmachen: In Industriestaaten beläuft sich die pro-Kopf in Anwendung befindliche Menge, so haben Geologen der Yale Universität in einer Studie ausgerechnet, auf ca. 170 Kilogramm.⁵³ Für China taxieren sie die gegenwärtige Menge auf nur 30 Kilogramm. Wollten also nur die ca. 500 Millionen chinesischen Städter auf „westliches“ Niveau kommen, müssten dafür noch $140 \text{ kg} \times 500 \text{ Millionen} = 70 \text{ Millionen Tonnen}$ Kupfer bei ihnen „in Gebrauch“ kommen. Die derzeitige Welt-Jahresproduktion beläuft sich auf 15 Millionen Tonnen, die Reserven auf 480 Millionen Tonnen. Es liegt auf der Hand, dass eine chinesische Nachfrage hier drastisch ins Gewicht fallen müsste: Der Spätkommer würde ein Siebtel der Weltreserven beanspruchen! Die jetzt veranschlagten 31 Jahre bis zum Ende der Kupferzeit⁵⁴ würden sich drastisch verkürzen. Eine ähnliche Horror-Rechnung ließe sich für die meisten Rohstoffe aufmachen, am

schlimmsten für das Top-Produkt in diesem Bereich, das Öl. Verbrauchten es Chinesen pro Kopf wie die Deutschen, würde die Hälfte der Welt-Ölproduktion des Jahres 2007 nach dort fließen. Entschieden sie sich für einen Konsum auf amerikanischem Niveau, was wahrscheinlicher ist, wären es gar 105 Prozent – mehr also, als weltweit überhaupt gefördert wird.

Spätestens dies macht deutlich, dass es in puncto Rohstoffe nicht irgendwann, sondern schon bald eng werden wird oder sogar schon geworden ist, und alle diejenigen, die sich ihren Lebensstandard auf Industriestaaten-Niveau erhalten möchten, erst recht aber diejenigen, die ihn anstreben, besser heute schon Vorsorge treffen, sich, mit anderen Worten, Rohstoffquellen sichern sollten. Chinesen, jedenfalls diejenigen, die in ihrem Staat das Sagen haben, wissen das. Und sie handeln danach, indem sie überall, wo es geht, Lieferverträge abschließen, sich an Bergbauunternehmen beteiligen, Öl- und Gasfirmen (selbst in den USA) zu kaufen suchen oder gleich die Rohstoffquellen selbst. In Afrika (Angola) bauen chinesische Staatsfirmen mit Staatsgeld (Devisenreserven!), eigenen Arbeitern und komplett mitgebrachtem Maschinenpark Straßen und Eisenbahnlinien, auf denen das Eisenerz etc. zum Abtransport nach China in die Häfen gelangt.

Die „westliche“ Konkurrenz, die all diese Dinge bislang alleine für sich nutzte (und gut damit lebte), verfolgt diese Aktivitäten mit zunehmendem Unbehagen und hat auch den ideologischen Kulturkampf bereits ein wenig aufgenommen: Dies sei eine unmoralische Kooperation mit menschenverachtenden Diktaturen (Somalia, Zimbabwe ...). „Bigott!“ kontert die chinesische Seite, das macht ihr doch seit Jahrzehnten selbst. Da sie damit recht hat, wird man sich hierzulande etwas Neues einfallen lassen. Die „Argumente“ schaukeln sich hoch, und irgendwann könnte es „zwischenstaatlich“ auch mal ernst werden, zum Beispiel dann, wenn eines dieser Regime seinen mit China geschlossenen Liefervertrag bricht – weil eine „westliche“ Regierung nachgeholfen hat ... Was wird Peking dann tun?

Die Trümpfe in diesem Spiel sind derzeit auch schlecht verteilt. Hier sticht, wer die meisten Dollars in die Hand nehmen kann, und das ist zweifellos der chinesische Partei-Zentralstaat. Nur wenige Leute dort können, fern jeder Öffentlichkeit, von Opposition gar nicht zu reden, nach Gutdünken über 2.000 Milliarden US-Dollar Devisenreserven verfügen. Kein Unternehmen aus den zivilgesellschaftlichen Industriestaaten, nicht einmal deren Regierungen, können da mithalten. Um Peking unter Druck zu setzen, bliebe allein das zweifelhafte Werkzeug des Handelsprotektionismus („wir importieren nichts mehr aus China“), das schon deshalb kaum funktionieren wird, da es ja im wesentlichen die „eigenen Firmen“ sind, die diese Produkte dort von den billigen, willigen und jungen chinesischen „Mitarbeitern“ herstellen lassen. Man schneidet sich ins eigenen Fleisch. Oder Washington ruiniert den Dollar, so dass sich die jetzt in amerikanischen Staatsanleihen und Aktien angelegten viele hundert Milliarden chinesischen Devisenreserven in wertloses Papier verwandeln:

kein Geld? Dann auch keine Rohstoffe! Ein solches Dollar-Harakiri beträfe freilich nicht nur „die Chinesen“ und ist deshalb auch keine gute Option (jedenfalls keine bewusste; was die in den USA ausgelöste und mit unvorstellbaren neuen Schulden „bekämpfte“ Finanzkrise aus dieser Währung macht, steht auf einem anderen Blatt.)

Bleibt eigentlich nur ein Ausweg: freiwillig verzichten, den Lebensstandard im „Westen“ zugunsten „der Chinesen“ senken, damit es „für alle“ reicht (von Afrika und Indien sprechen wir derzeit nicht).

Aber wer glaubt schon daran?

6. Umwelt und Umweltpolitik: Im gegebenen System ist weder die chinesische noch die globale Umwelt zu retten

Die neolithische Revolution vor etwa 12.000 Jahren war vielleicht nicht nur eine grundlegende Umwälzung der menschlichen Existenz, sondern weit darüber hinaus der Anfang vom Ende des Globus, wie er sich bis dahin entwickelt hatte. Die Spezies Mensch gab ihr im Einklang mit der Natur stehendes Jäger- und Sammlerdasein zugunsten der Seßhaftigkeit auf, was vermutlich im Gebiet des heutigen Anatolien begann (und sich nach Ansicht mancher Forscher im heutigen China sowie in Südamerika unabhängig wiederholt haben könnte). Fortan ernährte sich die Menschheit aus der Landwirtschaft und begriff sich der einzelne immer weniger als Teil der Natur, sondern als ein eher außerhalb der Natur stehender, als jemand, der ihr sein Leben abtrotzen, sie wie ein wildes Tier für seine Zwecke bezähmen mußte, sie eher als Feind betrachtete, in jedem Fall aber als unbegrenzt ausbeutbare Quelle der Dinge, die das Leben angenehmer machen. Um 1500 v.Chr., als die ersten Geschichten der Bibel entstanden, formulierte irgendjemand dies so:

Seid fruchtbar und mehrt euch und füllt die Erde und macht sie euch untertan und herrscht über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über alles Getier, das auf Erden kriecht. (Moses 1.28)

Und „beutet die Wälder und Bodenschätze aus ...“, könnte man ergänzen, „auf dass es euch wohl gehe und ihr lange lebet auf Erden ...“

Über die andere menschliche Errungenschaft, das soziale Lernen (= kopieren, was andere erfanden und es dann weiterentwickeln) verbreitete sich diese Lebens- und Sichtweise schnell und so dynamisch, dass bereits wenige Jahrhunderte später die Wälder Europas und auch jene der Landstriche, die Ausländer ab dem 17. Jahrhun-

dert „China“ nannten, waldfrei waren, was wiederum dazu geführt haben könnte, dass anthropogene CO₂-Einträge (im Verein mit Rückkoppelungen) das Klima schon vor drei-, viertausend Jahren zu verändern begannen.⁵⁵

In Europa schuf sich der Geist, sich außerhalb der und gegen die Natur zu stellen beginnend mit den griechischen Denkern um 700 v.Chr. freie Bahn im wahrsten Wortsinne (Freiheit ist eine europäische Erfindung) und gipfelte schließlich in Wissenschaft, Ingenieurstechnik und Industrien, einem Fortschritt, dem weder die Natur noch andere menschliche Kulturen widerstehen konnten. Alle? Nein, „China“ widerstand, die schiere Zahl seiner Menschen, die sich in ihrem geistigen Mustopf eingeschlossen hatten (siehe Kapitel 2), verhinderte (im Verein mit einigen anderen Faktoren) die Auslöschung dieser bizarren Schriftzeichenkultur. Europas geistige und materielle Errungenschaften begannen dort erst vor kaum hundert Jahren in wenigen Köpfen zu wirken. Japaner, die ihr chinesisches System nach nur kurzem Widerstand 1868 verwarfen und unter ihrem Meiji-Kaiser bedingungslos den europäischen Entwicklungsweg kopierten, waren es, die ihre einstigen Kultur-Vorbilder nach dem Sieg im Krieg von 1894/95 zwangen, die Ansiedlung von Industrien zuzulassen. Nun erst kam auch in China die Industrialisierung voran, aufgrund historischer Widrigkeiten zunächst langsam, aber ab 1949 schneller und ab den 80er, 90er Jahren als Ausbeutungskapitalismus à la Manchester mit Hilfe gigantischer Kapital- und Know-how-Transfers der Industriestaaten rasend.

Die menschliche Fähigkeit des sozialen Lernens ermöglicht es der chinesischen Elite seither, ihre Besessenheit von den „großen Sprüngen nach vorne“, an die vermeintliche „Spitze der Menschheit“, auszuleben. Und weil die chinesische Gesellschaft zivilisatorisch noch weitgehend im Stadium des europäischen Absolutismus verortet ist, kann ihre Elite, wie die europäische vor etwa 300 Jahren, den Prozess der „ursprünglichen Akkumulation des Kapitals“ kompromisslos und flächendeckend vorantreiben. Weil industrielle und politische Interessengruppen der entwickelten Industriestaaten dieser chinesischen Elite aber gigantische Kapital- und Know-how-Mengen in die unkontrollierten Hände gaben, kann diese die Ausbeutung der Natur und der Bevölkerung in einem Stil und Ausmaß voranzutreiben, wie es die „Erfinder“ dieser Lebensweise, die Europäer, seinerzeit nicht konnten (und heute, wegen der Zivilgesellschaft, nicht mehr können). Die chinesische „Modernisierung“ der letzten zwanzig Jahre ist nichts anderes als eine Kopie des europäischen Vorbildes des 18. und 19. Jahrhunderts. Als solche kommt sie freilich 300 Jahre zu spät und steht deshalb nicht an der Spitze zivilisatorischer Entwicklung (wie einst Europa), sondern weit hinten.

Die europäisierte Welt aber findet sich deshalb, kurz und pointiert gesagt, nun vor dieser Situation: Eine sehr kleine, aber 20 Prozent der Menschheit und die drittgrößte Staatsfläche nach eigenem Gutdünken kontrollierende, zivilisatorisch vormoderne Elite schickt sich an, mit den ihr von ihren Erfindern übertragenen materiellen

Mitteln der Moderne die Zaubermeister ein-, ja überholen zu wollen. Mit anderen Worten: Aus „China“ kommt nichts Neues, sondern nur die von 1,3 Milliarden Menschen **zum Exzess betriebene Kopie** jenes selbstmörderischen Umgangs mit der Natur, wie ihn Europäer im vorzivilgesellschaftlichen Status (aber durchaus auch heute noch, Stichwort: Abwrackprämie für PKW) betrieben und betreiben. Das muss und das wird Folgen haben.

Weltuntergang wg. China?

Wer sich heute anschickte, ein Weltuntergangsszenario zu verfassen, müsste nur den Pro-Kopf-Lebensstandard der OECD-Staaten (*Organisation for Economic Co-operation and Development* = die 30 entwickeltesten Industrieländer der Erde, also der „westlichen“ Länder), auf China übertragen. Mit Daten für Deutschland⁵⁶ als Grundlage würde dies bedeuten, dass auf einen (statistischen) Chinesen nicht wie 2007 nur etwa 2.500 Dollar Bruttoinlandsprodukt (entspricht etwa dem Einkommen) entfallen, sondern 40.000 Dollar, also das 16-fache. Lebte also ein statistischer Chinese wie ein statistischer Deutscher, so müsste die chinesische Volkswirtschaft 16mal so groß sein wie sie heute ist, 16mal soviel (von allem) erzeugen wie sie das heute tut und dementsprechend auch 16mal soviel Rohstoffe und Energie verbrauchen wie das heute der Fall ist. Und natürlich beliefen sich die Ausscheidungen ihrer Wirtschaftsprozesse, feste, flüssige und gasförmige Abfälle, ebenfalls auf das 16-fache der deutschen Mengen. Das chinesische Bruttoinlandsprodukt (BIP), der Wert aller produzierten Waren und Dienstleistungen eines Jahres, beliefe sich dann nicht mehr auf 3.280, sondern auf 52.480 Milliarden Dollar, was laut Weltbank knapp dem BIP der gesamten Welt im Jahre 2007 entspräche.

16mal soviele Produkte wie Deutschland ergäbe am Beispiel PKW in etwa folgende Zahlen: Statt ca. 41 Millionen PKW wie 2007 in Deutschland⁵⁷ führen in China dann 656 Millionen herum (heutiger Weltbestand: ca. 700 Millionen) und jährlich kämen etwa 48 Millionen neue Autos hinzu. Entsprechend müssten die Verbrauchs- bzw. Produktionsmengen für alles steigen, was zu ihrer Herstellung nötig ist: Stahl, Gummi, Kunststoff, Lack ..., Produktionsmittel (Maschinen, Anlagen) und natürlich die Energie, um sie anzutreiben. Nicht zu vergessen die Straßen, um die Autos aufzunehmen und das Benzin, sie ingangzusetzen. Alles wäre etwa 16mal soviel wie in Deutschland. Auch die Abgasmengen natürlich.

Sollten Chinesen auf heutigem deutschen Pro-Kopf-Niveau leben, so verbrauchten sie sechsmal mehr Strom als sie es tatsächlich tun.⁵⁸ In diesem Fall müsste die Stromerzeugung im Land versechsfacht werden, was zur einer Erhöhung der Weltstromproduktion um ca. 40 Prozent führte. Verbrauchten Chinesen Öl wie Deutsche, so entfielen nicht wie heute pro Jahr etwa 0,28 Tonnen Öl auf jeden

Bewohner, sondern 1,24 Tonnen wie auf jeden Deutschen. In diesem Fall läge der gesamte Ölverbrauch der Chinesen nicht wie 2007 bei 368 Millionen Tonnen, sondern bei 1.617 Millionen Tonnen. Und dies entspräche 40 Prozent des Welt-Ölverbrauchs von 2007.

Lebten Chinesen wie Deutsche, so würden auch nicht wie derzeit jährlich etwa 30 Millionen zu touristischen Reisen ins Ausland aufbrechen, sondern vermutlich wesentlich mehr als 100 Millionen (eine Zahl, von der die Welttourismusorganisation für 2020 tatsächlich ausgeht). Um diese Passagiermenge zu bewältigen müssten dann (bei zwei Flügen täglich) 247 Airbus 380 bereitstehen. Schön für Airbus, aber was wäre mit der Atmosphäre?

Allerdings gälten diese Rechnungen nur unter der Voraussetzung, dass Industrie und Stromerzeugung in China mit dem gleichen Effizienzgrad arbeiten, wie sie das in Deutschland nach 200 Jahren Entwicklung von Wissenschaft und Technik sowie Industrialisierung tun. **Nicht zu vergessen:** den segensreichen Einfluss der freien Zivilgesellschaft, die hierzulande allein dafür gesorgt hat (und sorgt), dass der Umweltverbrauch „der Wirtschaft“ sich in gewissen Grenzen hält. Dies alles ist in einem Land, das erst 1896 seine erste Universität eröffnete, natürlich längst nicht der Fall. Das allerwichtigste vor allem fehlt: die Zivilgesellschaft. Und deshalb ergeben Berechnungen der chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften zum Verhältnis von Energieeinsatz pro Einheit Bruttoinlandsprodukt erschreckende Zahlen. Daraus ergibt sich nämlich für das Jahr 2005, dass Chinesen zur Erzeugung eines Dollars ihres BIP 5,72mal soviel Energie aufwenden wie Deutsche (und sogar 7,15mal soviel wie Japaner, die in dieser Hinsicht Sparweltmeister sind).⁵⁹

Wenn man diesen Grundtatbestand auf alle Einzelbereiche der Produktion und des Konsums überträgt, kann das Ergebnis nur lauten, dass wir es in China, einem der Pro-Kopf ärmsten Länder der Welt, heute mit einer der größten Verschwendungswirtschaften der Welt zu tun haben. Sollte sich an diesem Zustand nichts ändern, würden Chinesen auf „deutschem Niveau“ nicht, wie oben gerechnet, 1,35t Öl pro Kopf verbrauchen, sondern 5,72mal soviel: 7,7 Tonnen, womit ihr Jahres-Gesamtkonsum sich auf über 10.000 Millionen Tonnen Öl beläuft – das Dreifache des heutigen Weltverbrauchs, was folglich nicht möglich sein wird, aber dennoch die Richtung zeigt, in die der chinesische Zug die Welt zieht.

Mit Blick auf das Klima der Erde ließe sich abschließend auch eine ebensolche Korrelation zwischen CO₂-Erzeugung und Wirtschaftsleistung anstellen: Demnach entlassen die Deutschen drei Prozent des weltweiten, menschengemachten CO₂-Eintrags in die Erdatmosphäre und erwirtschaften damit einen Anteil von knapp sechs Prozent am Welt-Bruttoinlandsprodukt. Der chinesische Anteil am Welt- CO₂-Eintrag beträgt dagegen fast 19 Prozent. Aber damit erzeugen die Chinesen nur einen Anteil von 5,5 Prozent am Welt-BIP. Mit sechsmal soviel CO₂ erwirtschaften sie also nicht einmal soviel Werte wie die Deutschen. Legt man den deutschen Wert zugrunde

und nimmt an, eine Chinesin lebte wie ein Deutscher, so würde in jenem Land 16mal soviel CO₂ erzeugt wie heute in Deutschland. Auch das wäre wesentlich mehr, als die ganze Welt derzeit in die Luft bläst und sollte genügen, selbst jene zu erschrecken, die nicht von einem menschengemachten Klimawandel überzeugt sind.

Die Lage der chinesischen Umwelt heute

Auch ohne solche extremen, aber keineswegs unbegründeten Zukunftsszenarien ist freilich schon die aktuelle Umweltsituation Chinas beängstigend. Im August 2008 stellten der langjährige Peking-Bürochef der *New York Times*, Joseph Kahn, und sein Kollege Jim Yardley eine lange Reihe von Fakten unter der Überschrift „China braust voran, Verschmutzung erreicht tödliche Extreme“ zusammen, deren jedes einzelne verheerend ist⁶⁰:

- die Umweltverschmutzung macht **Krebs** zur Top-Todesursache,
- ca. 400.000 Chinesen sterben nach einer Weltbankstudie vom Frühjahr 2007 vorzeitig wegen der schlechten **Luft**,
- hinzukommen ca. 350.000 vorzeitige Tode wegen schlechten **Wassers** (die chinesische Umweltbehörde, die an dem Weltbankbericht mitgearbeitet hatte, verlangte die Löschung dieser Daten im veröffentlichten Bericht, weil dies zu „sozialen Unruhen“ führen könnte),
- nur ein Prozent der städtischen Bevölkerung (560 Millionen) atmet **Luft**, die nach EU-Standards „sauber“ ist,
- Industriestädte (auch die Hauptstadt Peking) sind so **versmogt**, dass die Bewohner die Sonne nur selten sehen,
- etwa 500 Millionen Chinesen haben keinen Zugang zu gesundheitlich unbedenklichem **Trinkwasser**,
- hohe **Kindersterblichkeit** und **Missbildungsraten** auf Grund von Umweltverschmutzung,
- die Nationale Kommission für Bevölkerung und Geburtenplanung gab im November 2007 bekannt, dass die Zahl der **Missbildungen** bei Neugeborenen seit 2001 um 40 Prozent gestiegen sei (2001: 105 behinderte Kinder auf 10.000 Geburten, 2006: 146),
- rote Fluten an der Küste – **Algenblüten**, die über Quadratkilometer das Meeresleben ersticken,
- Schwefeldioxyd und Stickoxyde verursachen **sauren Regen** auch noch in Südkorea und Japan,

- China wird spätestens 2010 (die Internationale Energieagentur meint: ist bereits heute) der weltgrößte Emittent von **Treibhausgasen** sein,
- fehlendes Wasser verwandelt Ackerland in **Wüsten** oder Vorstufen dazu,
- die vor einigen Jahren von der Regierung aufgestellte Ziele in bezug auf **Energie-Effizienz, Luft- und Wasserqualität** sind weit verfehlt worden, es gebe Zeichen, dass sie auch gar nicht mehr gälten,
- die Einbeziehung von Kosten der Umweltzerstörung in die Berechnung des BIP (**Grünes Bruttoinlandsprodukt**) sei im Frühjahr 2007 aufgegeben worden, nachdem sich das Wirtschaftswachstum in einigen Provinzen deshalb (rechnerisch) auf Null zubewegte, das von der Umweltbehörde verfolgte Projekt sei nur noch ein Thema für Gelehrten-Elfenbeintürme,
- im Jahr 2006 verbrannten Stromerzeuger 2,7 Milliarden Tonnen **Steinkohle-Äquivalent**, drei Viertel der Menge, die vor einigen Jahren erst für 2020 prognostiziert worden war, die damit vermutlich bereits 2010 erreicht wird, Hauptursache ist die Schwer-, insbesondere die Stahlindustrie; hier lag Chinas Anteil an der Weltproduktion 1996 bei 13 Prozent, zehn Jahre später bei 35 Prozent,
- zur Herstellung einer Tonne Stahl verbrauchen chinesische Hersteller 20 Prozent mehr **Energie** als amerikanische,
- die Hälfte der (**energie-intensiven**) Weltproduktion von Zement und Flachglas sowie ein Drittel des Aluminiums findet heute in China statt,
- die Aluminium-Industrie verbraucht soviel **Energie** wie der gesamte Dienstleistungssektor Chinas (Hotels, Restaurants, Banken, Kaufhäuser ...),
- zur Produktion einer Tonne Zement verbrauchen chinesische Hersteller 45 Prozent mehr **Energie**, für eine Tonne Ethylen (Plastik-Grundstoff) 70 Prozent mehr als solche in OECD-Ländern,
- seit 2006 ist China der zweitgrößte Produzent von **PKW und Lastwagen** – nach den Vereinigten Staaten, vor Japan,
- seit Jahren stellt die chinesische Bauindustrie jährlich ca. 700 Millionen Quadratmeter **Wohn- und Geschäftsflächen** fertig, mehr als die Flächen aller Einkaufszentren in den USA zusammen (ein Drittel der vorhandenen Wohn- und Geschäftsflächen in Deutschland), der **Energieeinsatz** für deren Heizung bzw. Klimatisierung liegt doppelt so hoch wie in OECD-Ländern,
- die zur **Stromerzeugung** verbrannte Kohlemenge ist größer als die der USA, Europas und Japans zusammengenommen, 2007 stieg sie um 18 Prozent gegenüber 2006,
- 2005 installierten **Stromerzeuger** neue Kapazitäten in Höhe von 66 Gigawatt, die jährliche Stromproduktion Großbritanniens, 2006 kamen weitere 102 Giga-

- watt hinzu, die Jahres-Stromproduktion Frankreichs,
- die **P10-Feinstaubmenge** in der Pekinger Luft liegt bei 141 Mikrogramm pro Kubikmeter (EU-Richtwert: 40, US-Richtwert: 50),
 - **Feinstaub** von geringerer Größe (PM 2,5, autoverkehrsbedingt) und Ozonwerte werden bis heute nicht erhoben,
 - China ist der weltgrößte Emittent von **Schwefeldioxyd** (laut Umweltbehörde waren es 2006 fast 26 Millionen Tonnen),
 - in Nordchina (wo die Hälfte der Bevölkerung lebt) entsteht derzeit die größte **Wüstenregion** der Welt,
 - pro Kopf steht Chinesen nur ein Fünftel der amerikanischen **Wassermenge** zu Verfügung,
 - **Wasserentnahme** für Landwirtschaft und Industrie aus dem 黄河 Gelben Fluss ist so umfangreich, dass der Unterlauf de facto ausgetrocknet ist,
 - der **Wasserverbrauch** seitens der Industrie (pro Einheit Produktionswert) liegt um das Vier- bis Zehnfache über dem der OECD-Länder,
 - ein 60-Milliarden-Dollar-Projekt (in Arbeit) soll **Wasser** aus Seen des Südens über fast 2.000 Kilometer lange Kanäle in den Norden (Gelber Fluss, Peking, Tianjin) transportieren,
 - ein Drittel der **Fluss-Wassermenge** und große Teile der **Binnensee-Gewässer** entsprechen nicht einmal der Qualitätskategorie fünf (V, völlig unbrauchbar),
 - bei **Verkehrsunfällen** starben 2006 etwa 100.000 Menschen,
 - in unsicheren **Bergwerken** starben 2006 ca. 7.000 Arbeiter ...

Alle diese Schreckenszahlen, die die Autoren der *New York Times* öffentlich erhältlichen chinesischen Quellen entnommen haben, beschreiben den aktuellen Zustand eines Landes, dessen Pro-Kopfeinkommen nur ein Zwanzigstel des deutschen beträgt. Sollte das zweistellige Wachstum der Wirtschaft auch nur halbwegs so weitergehen wie in den vergangenen Jahren, so müssten große Verwerfungen die unausweichliche Folge sein – nicht nur in China, denn Wind und Wasser zumindest kennen keine Grenzen, wehen und fließen wie es ihre Natur erfordert.

Die Grund-Voraussetzung für erfolgreichen Umweltschutz fehlt

Die Frage ist, wie die großflächige Zerstörung der chinesischen Umwelt aufgehalten oder gar rückgängig gemacht werden könnte, die in den obigen Fakten noch längst nicht umfassend beschrieben ist (es fehlen heute noch gänzlich Erhebungen zum Beispiel zur Bodenverschmutzung, ein entsprechendes Großprojekt ist erst kürzlich

angelaufen, freilich, wie stets bei solchen Dingen, mit „chinesischen Charakteristika“, d.h. mit wenig Öffentlichkeit).

Immerhin liegt eine Grundvoraussetzung zum Aufhalten dieser Entwicklungen heute vor: Die Lage ist so schlimm, dass sie nicht mehr zu verheimlichen ist. Die obigen Zahlen und Daten stammen letztlich aus chinesischen Erhebungen, und wenn sie auch nicht unbedingt alle Tagesthema der Presse und Teil eines wirklich öffentlichen Diskurses sind, so gibt es dort wenigstens eine gewisse Berichterstattung über die schlimmsten „Zwischenfälle“. Wesentlich mehr Daten und Fakten finden sich in Fach- und akademischen Publikation, die für Interessierte frei erhältlich sind (auch im chinesischen Internet). Nicht zuletzt die Umweltbehörde SEPA (*State Environment Protection Administration*), die im Frühjahr 2008 zum Ministerium für Umweltschutz (*Ministry of Environmental Protection*) aufstieg, zeichnet sich überdies durch eine recht aggressive Berichterstattung und punktuelle Vorgehensweise bei Verstößen gegen weithin (auf dem Papier) vorhandene Umweltschutz-Bestimmungen aus. Vor allem ihr Vize-Leiter, Herr 潘岳 Pān Yuè, tritt seit Jahren mit Äußerungen hervor, die sogar die offiziellen Parteiziele in puncto Wirtschaftswachstum als „Katastrophe“ bezeichneten wie auch das offizielle Ziel der Parteiführung, die Wirtschaftsleistung, gemessen an der von 2002, bis 2020 zu vervierfachen (auf dann ca. 8.000 Milliarden Dollar, was, wie es derzeit aussieht, erreicht werden dürfte). 潘岳 Pān Yuè ist beliebter Interviewpartner ausländischer Korrespondenten in Peking, weil er auch ihnen gegenüber kein Blatt vor den Mund nimmt⁶¹.

Freilich muss man wissen, dass Herr 潘 Pān sich seine unorthodoxen Äußerungen nicht deshalb erlauben kann, weil er als Vizeminister für den Umweltschutz zuständig ist, sondern zuvörderst, weil er einmal Schwiegersohn eines ehemaligen Top-Militär- und Parteifunktionärs war.⁶² Er jedenfalls ändert am nicht nur für den Verursacher China, sondern auch international sich auswirkenden, katastrophalen Stand der Umweltdinge genauso wenig wie die zahllosen gesetzlichen und amtlichen Vorschriften, die „Parlamente“ aller Hierarchieebenen, das Umweltschutzministerium oder sonstige Ämter erlassen haben. Das Ministerium selbst ist ein gutes Beispiel für deren Vergeblichkeit im chinesischen Gesellschaftssystem: Es muss zum Beispiel den Bau von Kraftwerken genehmigen und wird dies vermutlich von der Einhaltung seiner zahlreichen Umweltstandards abhängig machen. Leider aber gibt es noch eine andere Behörde, die Nationale Reform- und Entwicklungskommission (die ehemalige Staatsplanungskommission, die die abgeschafften Fünfjahrpläne konzipierte). Diese aber stellt den Kraftwerksbetreibern weiterhin die Gewerbelizenz aus. Und hat sie das einmal getan, kann auch das Umweltschutzministerium sie nicht mehr widerrufen. Ansonsten kümmern sich lokale Regierungen nicht den Deut um die Bescheide des völlig machtlosen Ministeriums und bauen auch ohne Genehmigungen Kraftwerke – jedes fünfte soll illegal sein.⁶³

Es verhält sich beim Thema Umweltschutz in China ähnlich wie beim Thema „Raub-

kopieren“: Die rechtliche Seite entspricht auf dem Papier im Großen und Ganzen der Situation in zivilgesellschaftlichen Staaten, ist zum großen Teil ja auch von dort kopiert worden. Eine ganz andere Frage ist die der Anwendung. In einem intransparenten, zentralisierten Staatswesen, wo nur eine einzige, als Geheimbund organisierte Instanz (siehe Kapitel 1) „legitimiert“ ist, Entscheidungen nicht nur zu treffen, sondern eben auch durchzusetzen, geschieht nichts, was den Interessen der machthabenden Mitglieder dieser Organisation widerspricht. Und da diese ihre Extraeinkünfte nicht aus dem Umweltschutzbereich beziehen, sondern dem Gegenteil davon, sie eine Einmischung zivilgesellschaftlicher Organisationen ebenfalls als ihre Kreise störend ansehen, und sie schließlich im Zweifelsfalle über jeglichem Recht stehen, haben sie nicht nur andere Interessen, sondern überdies auch alle Möglichkeiten, diese zur Geltung zu bringen.

Der entscheidende Mangel der chinesischen Umweltverwaltung, dessen Fortbestehen eine Änderung der heutigen Situation sehr unwahrscheinlich macht, ist der generelle Mangel des politischen Systems insgesamt: Ausschaltung unabhängiger, zivilgesellschaftlicher Kontrolle und damit einhergehende Vorherrschaft von Willkür und Korruption der parteieigenen Staatsgewalt. Sobald die ihre Interessen bedroht sieht, sorgt sie für den Ausschluß der Öffentlichkeit, verhindert die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen oder Aktivitäten, die gerade im Bereich des Umweltschutzes von entscheidender Bedeutung sind – keineswegs nur in China, sondern in jedem Staatswesen. Was die Pekinger oder lokalen absolutistischen Machthaber nicht in der Öffentlichkeit sehen wollen, gelangt auch nicht dorthin, wie ihre Zensuraktion am oben erwähnten Weltbankbericht zur Umweltsituation in China⁶⁴ zeigt: viele hunderttausend Tote wegen der vergifteten Luft? Das stimmt zwar, die Zahl haben unsere Mitarbeiter sogar mit errechnet, aber veröffentlicht werden soll es nicht. Es könnte zu „sozialer Instabilität“ führen – zu Unruhen, hieß laut *New York Times* (s.o.) die von Weltbank-Mitarbeitern gegebene Begründung.⁶⁵

Was die Zensoren in China stets verhindern (wollen), ist der öffentliche Diskurs. Eine breite Diskussion würde bei den Interessierten rasch das Verlangen nach Daten und Fakten aufkommen, sie mit Sicherheit auch fragen lassen, was eigentlich die Kriterien für Luft- und Wasserstandards sind, wie die erhoben werden und dergleichen mehr. Weil niemand in China den Ämtern traut, wären Forderungen nach unabhängigen Analysen das nächste. Als bald würden sich Organisationen bilden, die mit eigenen Aktionen den Problemen nachspürten. Das ausgesprochen staatstreue Greenpeace-Büro in Peking würde – wie in Deutschland zum Beispiel – Gemüse- und Obstproben aus Supermärkten holen und auf ihren Schadstoffgehalt analysieren lassen. Die Aktivisten würden sicher auch bald zu spektakulären Besetzungen und ähnlichen Mitteln greifen, um die Öffentlichkeit auf Umweltvergifter und Gefahren aufmerksam zu machen, sie gäben eigene, unabhängige Magazine heraus, wären Interview-Partner von Presse, Funk und Fernsehen etc. Doch all dies geschieht nicht in China.

Stattdessen bestimmen auch im Bereich Umweltschutz (bzw. -zerstörung) Parteifunktionäre allein, was in ihrem jeweiligen Machtbereich sein soll. Dabei orientieren sie sich zuerst an ihren Interessen. Einer Kontrolle unterliegen sie (allenfalls) von oben, aber keinesfalls von unten, schon gar nicht seitens zivilgesellschaftlicher Gruppen.

Kommt es in Einzelfällen, was bei völlig untragbaren Umständen durchaus geschieht, doch zu Aktionen individueller sogenannter Umwelt-Aktivist*innen, so zeigt die Nomenklatura rasch die Zähne: Im Frühjahr 2007, zum Beispiel, ließen die lokalen Behörden in der ostchinesischen Küstenprovinz 浙江 Zhèjiāng einen solchen Umweltschützer namens 吴立红 Wú Lìhóng verhaften. Der hatte seit Jahren gegen die ungehemmte Abwasser-Entsorgung in den größten See Ostchinas, den 太湖 Tàihú, agitiert und die Verursacher mit seinen bescheidenen Möglichkeiten an den Pranger gestellt. Ja, er war dafür sogar einmal als „Umwelt-Aktivist des Jahres“ ausgezeichnet worden! Just aber als der riesige 太湖 Tàihú im Frühjahr 2007 tatsächlich umkippte (Blualgenblüte) und deshalb sogar die Trinkwasserversorgung der Millionenstadt 无锡 Wúxī kollabierte, ließen die Behörden ihn verhaften. Begründung: Er habe die verschmutzenden Industriebetriebe „erpresst“. Im November verurteilte ihn ein williger Richter zu drei Jahren Gefängnis.

In der festbetonierten Parteidiktatur verwandelt sich jedes Problem, das „die unten“ aufbringen, sofort in eine generelle Machtfrage (siehe Kapitel 4), die die Nomenklatura entsprechend beantwortet. Wohl können die parteikontrollierten Medien – Presse, Fernsehen ... – heute „Missstände“ enthüllen, ja sogar anprangern und tun dies auch nicht selten, aber die Lösung des Problems soll dann stets „von oben“ kommen, ausgerechnet von denen, die das Problem sind. Nicht einmal unabhängige Überprüfungen, ob angekündigte Rettungsmaßnahmen tatsächlich stattfanden, sind erwünscht und deshalb gefährlich für alle, die sie dennoch unternehmen.

In bezug auf die Umweltzerstörung ist Besserung im gegebenen autokratischen System ausschließlich per Anordnung von oben möglich, wovon die Machthaber nach außen reichlich Gebrauch machen, denn es verschafft ihnen Legitimität. Deshalb sind die chinesischen Medien heute voll von solchen Befehlen der Zentral- oder Lokalregierung, dies oder jenes zu unterlassen, Fabriken wegen deren „Umweltverschmutzung“ zu schließen bzw. „Plänen“ den Ausstoß von Quecksilber, Schwefeldioxyd und ähnlichen Schadstoffen sowie generell den Energieaufwand pro Einheit BIP bis dann und dann um soundsoviel Prozent zu reduzieren. Das steht freilich alles nur auf dem Papier, denn solche Ukasse von oben dienen nur dem „großen Gesicht“ dortselbst. Sie kollidieren weiter unten stets mit finanziellen (Privat-) Interessen vor Ort, weshalb ihre Ausführung auch nur dann stattfände, wenn „die oben“ dies quasi persönlich verfolgten. Tun sie das nicht, was außer bei der Mediensensur oder der Unterdrückung organisierter Opposition die Regel ist, bleiben die Dekrete völlig unbeachtet oder werden, wie im Falle von 26 Baustopps, die die Umweltbehör-

de SEPA 2005 gegen krass umweltzerstörende Kraftwerksprojekte verhängt hatte, nach kurzer Zeit einfach zurückgenommen. Selbstverständlich, ohne dass an den inkriminierten Projekten etwas geändert worden wäre. Was einzig bleibt von solchen „Aktivitäten“ ist der Eindruck (auch im Ausland), dass „die in Peking“ die „Probleme“ schon sähen und auch überaus offen seien, kurz, das Gute wollten, aber „die Verantwortungslosigkeit unten“ eine Umsetzung leider verhindere.

So arbeiten die Machthaber aller Ebenen tatsächlich nur an ihrem Gesicht als „edle Herrscher“, das sie durch periodische „Erfolgsmeldungen“ in Sachen Wüstenzurückdrängung, Aufforstung oder angeblich erreichte Schadstoffreduktionen weiter aufpolierten lassen. Solange es in dem Land aber nicht möglich ist, dass unabhängige Interessen-Organisationen, Medien, Wissenschaftler oder einfach nur Individuen wie 吴立红 Wú Lìhóng oder jene (wenigen) Anwälte, die sich der Opfer größerer Umweltkatastrophen anzunehmen suchen, dies staatlicherseits ungehindert und mit den publizistischen Mitteln ihrer Wahl tun können, solange wird es keine Wende geben im Prozess der Umweltvernichtung in China. Dies sind schlicht und einfach die Erfahrungen der Zivilgesellschaften: Das Gute kommt eben nicht von oben. Weil es dort ebensowenig Edle gibt wie unten.

Dass diese Erkenntnis irgendwann unter so vielen Chinesen Platz greift, dass sie sich eine zivilgesellschaftliche Staatsform schaffen, steht für den Verfasser fest. Vielleicht sogar über eine Umweltkatastrophe. Die Frage ist allein, wie lange das noch dauern wird. Vermutlich ähnlich lang (und von barbarischen Rückschlägen begleitet) wie in den OECD-Staaten, dem „Westen“. Das wären dann seit der Aufklärung etwa 300 Jahre, minus der 100 seit dem Sturz des traditionellen chinesischen Systems, bleiben noch 200. Aber selbst wenn die Natur der Menschheit noch so lange gibt, bleibt die Frage, ob sie das OECD-Wirtschafts- und Lebenssystem aushalten kann, wenn ihm noch einmal 1,3 Milliarden Chinesen beitreten. Vermutlich nicht.

7. Ethnien in China: Das Kolonialreich der 君子 Edlen

Lexikalische Darstellungen zur chinesischen Geschichte zeigen die Staatsgebiete der Dynastien in der Regel auch in ihrer territorialen Ausdehnung, häufig, wie die bei *Wikipedia* einsehbare⁶⁶, eingepasst in die heutigen Grenzen der Volksrepublik China. Leicht kann der Betrachter hier erkennen, dass bis zur 宋 Sòng-Zeit (960 bis 1279) kaum mehr als das heutige Zentral-Ost-China Staatsgebiet war – etwa ein Drittel des heutigen Territoriums.⁶⁷

Eine erhebliche Vergrößerung brachte erst die Fremdherrschaft der Mongolen

(1279 bis 1368). In der nachfolgenden chinesischen 明 Míng-Zeit (1368 bis 1644) schrumpfte das Reich im wesentlichen wieder auf seinen Kernbestand zusammen, um dann in der letzten Dynastie, der 267jährigen Mandschu-Fremdherrschaft (清 Qīng, 1644 bis 1911), nicht nur erneut zu expandieren, sondern dabei sogar weit über die heutigen Grenzen hinauszugreifen. Ein Grund dafür war, dass der Mandschu-Herrscher Abahai (chinesisch: 皇太极 Huáng Tàì Jí, Regierungszeit: 1626 bis 1643) bei der militärischen Eroberung des 明 Míng-Reiches sein eigenes Ursprungsterritorium im Nordosten, jenseits der Großen Mauer, nord- und nordöstlich von Korea gelegen, quasi als Erbmasse mit einbrachte. Später kamen riesige, nördlich des Amur-Flusses gelegene Gebiete inklusive der Insel Sachalin ebenfalls zum Mandschu-Reich hinzu. Ab dem Ende des 17. Jahrhunderts vergrößerten erst Kaiser 康熙 Kāng Xī (regierte 1661 bis 1722) und noch mehr sein Nachfolger 乾隆 Qián Lóng (Regierungszeit: 1736 bis 1796) das Staatsgebiet durch die militärische Einverleibung der heutigen Mongolei, des heutigen Sinkiang-Gebietes (新疆维吾尔自治区 – Autonomes Uigurisches Gebiet 新疆 Xīnjiāng [= neues Territorium]) und die Souveränität über das Reich der Tibeter (das seinerzeit etwa doppelt so groß war wie das heutige 西藏自治区 – Autonome Gebiet Tibet, das erst in den 60er Jahren des 20. Jahrhunderts infolge einer herrschaftspolitisch motivierten Gebietsreform seine derzeitigen Provinzgrenzen erhielt). Vor allem diese in den 十全武功 *Zehn Großen Militärischen Erfolge* des 乾隆 Qián Lóng-Kaisers gelungenen Eroberungen machten aus dem mandschu-chinesischen Reich nicht nur das größte China, das es je gab, sondern auch einen multi-ethnischen Kolonialstaat. Freilich nicht einen mit überseeischen Gebieten wie zum Beispiel Großbritannien, sondern einen wie das zaristische Rußland als zusammenhängende Landmasse, der überdies noch sogenannte Tributstaaten anhängen wie Korea, Vietnam, Siam (Thailand) und Burma.

Doch auch vor dieser mit der russisch-zaristischen vergleichbaren Landnahme im 17. und 18. Jahrhundert hatten chinesische Herrscher ihr Territorium vergrößern können. Eine erste militärische Westausdehnung in das heutige Sinkiang unternahmen im 1. Jahrhundert Herrscher der 东汉 Dōng Hàn (25 bis 220), als sie sich 73 bis 91 in mehreren Feldzügen (unter dem Feldherren 班超 Bān Chāo, 32 bis 102) die Königreiche im Tarimbecken einverleibten. Die Gebiete gingen später, nach dem Zerfall dieser Zentralherrschaft, wieder verloren. 明 Míng-Herrscher dehnten ihr Gebiet dann im 15. und 16. Jahrhundert weiter nach Süd-Westen aus, eroberten den Norden Vietnams und die heutigen Provinzen 云南 Yúnnán und 贵州 Guìzhōu.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts, als die traditionelle chinesische Autokratie wegen ihrer eigenen Entwicklungsunfähigkeit zusammenbrach und einer Republik China Platz machte, war dieser Staat nicht bloß ein multi-ethnisches Gemeinwesen, sondern ein veritables Kolonialreich. Dass Tibeter, Mongolen und die Turk-Bevölkerung im Westen (Ost-Turkestan) die Gelegenheit des Zusammenbruchs des Zentralstaates umgehend nutzten, um sich unabhängig zu machen, ist vielleicht der beste Beleg für diese Sicht – ergänzt durch die sich nun erst zum Allgemeingut der chinesi-

schen Elite entwickelnde Selbst-Wahrnehmung, etwas anderes zu sein, nämlich 汉人 Chinesen.

汉 Hàn – die Wir-Gruppe der Chinesen

Die Volksrepublik China bezeichnet sich selbst heute als „a unitary multinational state“.⁶⁸ Gemeint ist damit ein Staat, dem viele Ethnien angehören. Über die sagt der nächste Satz des *Nationality Law*: „persons belonging to any of the nationalities in China shall have Chinese nationality“. Haben diese Personen damit „zwei Nationalitäten“? Natürlich nicht (das ist – nächste Bestimmung des Gesetzes – „verboten“). Den wirklichen Sinn des Satzes erschließt besser der chinesische Text der Passage: ... 各民族的人都具有中国国籍, der so zu übersetzen ist: Alle Angehörigen der Nationalitäten besitzen die chinesische Staatsbürgerschaft. Das ist zwar eine klare juristische Definition, derzufolge Tibeter, Uiguren, Mongolen und die anderen in den Grenzen der Volksrepublik lebenden Ethnien chinesische Staatsangehörige sind. Aber „Chinesen“ sind sie damit natürlich nicht. Als „Chinesen“ gelten nämlich nur Angehörige der sogenannten 汉族 Hàn-Nationalität.

Aber was ist ein 汉 Hàn? Auch „Chinesen“ stellen diese Frage nicht selten, und wer den Antwortversuchen folgt, gerät rasch in ein Labyrinth von Mythen, wie die 汉 Hàn seien „Abkömmlinge des Gelben Kaisers“ oder einer „5000 Jahre vor unserer Zeit“ am Gelben Fluss lebenden, 华夏 Huá Xià genannten „Nationalität“. Solche an deutsche Rasse- und Blut-Mythen des 19. Jahrhunderts erinnernden biologistischen „Definitionen“ ergänzen andere mehr kultureller Art, wie das seit den 90er Jahren gerne benutzte Wort von den 汉 Hàn (Chinesen) als 龙的传人 – Jünger des Drachen. Die zugrundeliegende Analogie hier lautet: heiliger Drache – Kaiser – Hochkultur – Edler, kurz: Wir sind was Besseres als andere.

Alle diese Mythen haben sich in den letzten Jahren außerordentlich dynamisch entwickelt und inzwischen – aktiv unterstützt von den 汉 Hàn-Machthabern – weite Verbreitung in der (chinesischen) Bevölkerung gefunden. Sie sind wichtiger ideologischer Teil des erst um 1900 begonnenen, noch lange nicht abgeschlossenen Nationenbildungsprozesses der Chinesen (vgl. Kapitel „China in der internationalen Politik“) und im übrigen ganz neu, keineswegs eine „uralte chinesische Tradition“. Sie spielen die gleiche ideologische Rolle, die „Armin der Cherusker“ oder „Siegfried und die Nibelungen“ vor weit über hundert Jahren für die Nationalstaatsbildung der Deutschen einmal hatten.

Der Status einer 汉 Hàn-Ethnie tritt erstmals zu Beginn des 18. Jahrhunderts auf, als der damalige Mandschu-Kaiserhof eine rigide Klassifikation seiner Beamten, der Elite, entlang ihrer „Blutlinien“ vornahm, um zwischen sich selbst und als potentiell illoyal verdächtigen Chinesen, Mongolen und Tibetern zu unterscheiden, Menschen

zweiter Klasse, die ihrem 大清国 *Reich der großen Reinheit* angehörten. Für das gemeine Volk hatte diese Maßnahme lange Zeit keine Bedeutung. Erst die Konfrontation der 天下 *Alles-unter-dem-Himmel-Welt* mit dem europäischen Nationalstaat machte der Pekingener Elite langsam klar, dass ihr Machtbereich nur ein Mitspieler unter vielen auf dem Globus war (und keineswegs der kulturell entwickeltste, wie ihre Lebenslüge lautete). Die Unwilligkeit der traditionellen Elite, dies anzuerkennen, verzögerte zuerst die nötige Umstellung und spaltete sie gegen Ende des 19. Jahrhunderts in eine große Gruppe von Bewahrern des *ancien régime* und einige wenige „Reformer“. Die Führer der 1898 begonnen, aber nach hundert Tagen gescheiterten Reformbewegung waren die ersten, die das von ihnen jetzt als „China“ wahrgenommene Staatsgebiet als etwas sahen, was die europäischen Mächte von sich selbst behaupteten: eine Nation.

Die hatte es in der traditionellen 天下 *Alles-unter-dem-Himmel-Vorstellungswelt* der Chinesen bis dahin nicht gegeben, weshalb auch das Wort „Nation“ in ihrem Sprachschatz gar nicht vorkam. Erst um 1900 herum hielt es als Import Einzug in die chinesische Sprache: 民族 *mín zú* – Nation (民族 *mín zú* steht jedoch heute auch für Ethnie.) Zusammengesetzt war es aus den Begriffen 民 *mín*, was in der Schriftsprache der Elite alle Menschen bezeichnete, die als Nicht-Beamte nur gemeines Volk waren, und der Silbe 族 *zú*, die als Wort Familienangehörige, Blutsverwandte bezeichnet. Mit dieser Wort-Silbe hatten die japanischen Erfinder der Schriftzeichen-Kombination die zeitgenössische biologistische Auslegung der „Nation“ als Blutsgemeinschaft übernommen.

Damit besaß die von den Europäern auf den Weg der Nationalstaatsbildung gestoßene 汉 *Hàn*-Elite erstmals die Möglichkeit, sich selbst in europäischer Weise, d.h. national, abzugrenzen, den überkommenen Status als „Himmelssöhne“ zugunsten einer 中华民族 *chinesischen Nationalität*⁶⁹ aufzugeben. Zu dieser Zeit herrschten aber nicht sie, sondern immer noch die 满族 *Mandschu-Nationalität* über das Gebiet, das nur im Ausland den Namen „China“ trug. Erst deren Wahrnehmung als Fremdherrschaft schuf das Bewusstsein einer 汉族 *Hàn-Nationalität*, die heute als chinesische gilt.

Der früheste „chinesische Nationalist“, 鄒容 *Zōu Róng* (1885 bis 1905), der die Mandschu-Herrschaft in seinem Aufruf zum Widerstand (革命军 *Die revolutionäre Armee*) „als grausame Schande des großen chinesischen Landes“ bezeichnete und sie zugunsten einer Herrschaft von „Chinesen“ stürzen wollte, verwendete aber noch nicht das Wort 民族 *Ethnie* oder *Nationalität*. Er schmähte die als Fremde erkannten Herrscher noch schlicht als 五百万有奇被毛戴角之满洲种 *Rasse der fünf Millionen pelzigen, gehörnten Mandschus*. Für Chinesen (oder eine solche Nationalität) hatte er noch keinen Begriff. Er bezeichnete sie als 黄炎子孙 – Söhne und Enkel des Gelben Kaisers, mythische Herrschergestalten, die in der Staatsideologie des „Konfuzianismus“ als vorbildliche „weise Herrscher“ eine wichtige Rolle spielten.

Der Sturz der Mandschu-Herrschaft und die Gründung der Republik China am 1. Januar 1912 brachten dann, nach 267 Jahren, Angehörige der 汉 Hà an die Macht, die sich in der mittlerweile vom europäischen Nationalstaatskonzept geprägten Welt als „chinesische Nation“ wahrnahmen (und nicht mehr als nationloses 天下 *Alles unter dem Himmel*). Dabei fiel ihrem im Ausland ausgebildeten ideologischen Kopf und Führer Sun Yat-sen auf, dass **innerhalb** des Staatsgebietes, dem er 1912 kurzzeitig als Präsident vorstand, offenbar auch Menschen nicht-chinesischen „Blutes“ lebten. Sun machte neben Chinesen, die er als 汉 Hà bezeichnete, vier weitere Ethnien im Lande aus: Mandschus, Mongolen, 回 Huí (Muslime) und Tibeter, die ja bereits Teil des 大清国 *Reiches der großen Reinheit* gewesen waren. (Seiner Aufmerksamkeit entgingen weitere Ethnien im Südwesten der Republik China, den heutigen Provinzen 云南 Yúnnán und 广西 Guǎngxī, die im 15. und 16. Jahrhundert, während der 明 Míng-Herrschaft (1368 bis 1644), ins Himmlische Reich geholt worden waren.)

Alle diese Ethnien waren den 汉 Hà zwar zahlenmäßig weit unterlegen, eine Minderheit, aber die von ihnen bewohnten Territorien, vor allem die der Mandschus (Nordosten), Mongolen (Norden), 回 Huí-Muslime (Westen) sowie Tibeter (Südwesten), umfassten (damals) mehr als die Hälfte des gesamten Staatsgebietes der Republik China. Ihre Aussonderung verbot sich deshalb von selbst – welche politische Macht verzichtet schon auf die Hälfte ihres Staatsgebietes? Und so vereinnahmte sie die neue Regierung in ihre Republik China, dokumentierte aber ihre Existenz mit der ersten Nationalfahne, die fünf farbige Horizontalstreifen zeigte: rot (Chinesen), gelb (Mandschus), blau (Mongolen), weiß (Moslems) und schwarz (Tibeter) – die restlichen Ethnien blieben unberücksichtigt.

Die Unabhängigkeitserklärungen der Mongolei (1911) und Tibets (1913) im Gefolge des zerbrochenen Mandschu-Zentralstaates erkannte die Republik-Regierung nicht an, die Revolte von 1912, die Ost-Turkestan (das heutige 新疆 Xīnjiāng, auch: Sinkiang) von China abzuspalten suchte, konnte sie niederschlagen. So war die Fünf-Streifen-Fahne keine Freundlichkeit, sondern ein Anspruch und ein Signal an die Ethnien, dass sie mit den 汉 Hà (Chinesen) in einem Staat zusammenzubleiben hatten.⁷⁰

Damit war für die nun erstmalig auf dem europäischen Nationalstaatskonzept beruhende politische Organisation Chinas eine Vorgabe gemacht, die niemand in der jetzt herrschenden Elite in Frage stellte. Wohl aber die an die Macht strebende Kommunistische Partei Chinas! Die Tatsache, dass deren Gründung 1921 mit der entscheidenden Hilfe der Kommunistischen Internationale in Moskau bzw. der sowjetischen KP erfolgt war, machte das Thema der „Nationalitäten in China“ bei ihr sogar zu einem programmatischen, sehr bewusst wahrgenommenen. Denn „Nationalitätenfragen“ spielten in der KPdSU wie der Kommunistischen Internationale eine enorm wichtige Rolle in der Strategie zum Sturz der bestehenden Herrschaft.

Lenin hatte den „Nationalitäten“ im Kampf um die Macht in Russland immer wieder das „Recht auf Loslösung“ zuerkannt, also das Recht, den russischen Staat zu verlassen, um diese Ethnien als Verbündete für sein Ziel des Sturzes der Autokratie zu gewinnen. Der bald zum Gottvater aller Kommunistischen Parteien avancierende Stalin war 1917 bis 1923 „Volkskommissar für Nationalitätenfragen“ der Sowjetunion gewesen (die sich ja als „Multi-Nationalitätenstaat“ bezeichnete, von einem „Recht auf Loslösung“ freilich nicht mehr wissen wollte) und steuerte in den 20er Jahren aufgrund dieser seiner ethnologischen „Expertise“ die Aktivitäten der chinesischen KP direkt.

Schon in der Resolution des zweiten Parteitages der KPCh (1922) tauchten deshalb die von Sun Yat-sen identifizierten Ethnien in prominenter Stellung auf. „China“ figurierte im Zusammenhang mit ihnen interessanterweise aber immer nur als 中国本部 *eigentliches China*, also das Land der 汉 Hà = Chinesen. Die „anderen“ aber als 异种民族 *Fremd-Ethnien* bzw. sogar 边疆人民 *Grenzvölker*. Ganz im Sinne Lenins, der beim Kampf um die Macht in Rußland die Nationalitäten gegen die Zarenherrschaft in Stellung zu bringen suchte und ihnen zur Belohnung sogar ein „Recht auf Lostrennung“ im neuen Staat zusprach, heißt es in dieser Resolution der KPCh ebenfalls, dass diesen „Grenzvölkern“ ein eigener Staat und im Verhältnis zum „eigentlichen China“ das Recht auf 自决权 *Selbstbestimmung* gebühre. Am Ende ruft die Resolution des 2. Parteitages auf:

Befördert die Bildung von drei selbstbestimmten 邦 Staaten, nämlich Mongolei, Tibet und 回疆 = Gebiet der Muslime [das heutige Sinkiang^{70a}], dann verbindet alles zu einer 中华联邦共和国 Republik der Vereinigten Staaten von China, erst das ist eine wirklich demokratische Vereinigung [Chinas].

Diese für den ewigen Zentralstaat China zutiefst revolutionäre Perspektive einer Bundesrepublik verschwand freilich bald und ganz profaner Gründe wegen aus den Augen der KP-Führung: Die musste nämlich ab 1927 zunehmend um ihr eigenes Überleben kämpfen und hatte deshalb bis in die zweite Hälfte der 40er Jahre ganz andere Sorgen, als die, sich um „Grenzvölker“ oder sonstige Nicht-汉 Hà-Ethnien in einem vor ihr noch gar nicht beherrschten Staat Gedanken zu machen.⁷¹ Der Beschluss freilich blieb bestehen – jedenfalls bis zum 5. Oktober 1949. An diesem Tag dekretierte die „Zentrale“ (= Zentralkomitee der KP Chinas) in einer „Weisung“, dass fortan das 自决权 *Selbstbestimmungsrecht* für die ethnischen Minderheiten „nicht mehr hervorgehoben“ werden solle⁷². Damit war jetzt also Schluss, frei mit Schiller könnte man also sagen: „Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen!“

„Multi-Nationalitätenstaat“ China

In dem Maße, wie in der zweiten Hälfte der 40er Jahre die Aussichten stiegen, die Herrschaft über das gesamte Territorium der Republik China zu übernehmen, ersetzte dann etwas anderes als „Republik der Vereinigten Staaten von China“ die Parteiprogrammatik: die 民族 *Nationalitäten*, womit jetzt freilich nur Ethnien gemeint waren, die in den Grenzen des neu zu errichtenden Staates zu leben hatten und dieserhalb gar nicht mehr zu befragen waren: Sie gehörten ganz selbstverständlich zum „Neuen China“ dazu. 1949 organisierte die KP ihre Macht denn auch ganz traditionell und urchinesisch als Zentralstaat. Nur seine Überschrift war anders: Eine „Neue Demokratie“ sollte er sein, „geführt von der Arbeiterklasse“ (= der KP Chinas) auf Basis einer „Allianz“ unter anderem „aller Nationalitäten“.

Diese zunächst nicht weiter definierten „Nationalitäten“ seien alle gleichberechtigt, hieß es im (Verfassungs-Vorläufer) „Gründungsprogramm der Volksrepublik China“, und sie kämpften (nach außen) gegen den „Imperialismus“ und (im Innern) gegen die dortigen „Staats-/Volks-“, kurz: Klassenfeinde. Die „Spaltung der Einheit der Nationalitäten“, d.h. die Abtrennung vom Zentralstaat, war ab jetzt „verboten“⁷³. Dies führte die erste Verfassung der VR China 1954 im Artikel 3 so aus:

Die Volksrepublik China ist ein einheitlicher Nationalitätenstaat. Alle Nationalitäten sind gleichberechtigt. Verboten sind Benachteiligung und Unterdrückung irgendeiner Nationalität; verboten sind Handlungen, welche die unverbrüchliche Einheit der Nationalitäten untergraben. Alle Nationalitäten haben die Freiheit, ihre eigene Sprache und Schrift zu benutzen und zu entwickeln, und die Freiheit, ihre Sitten und Gebräuche zu bewahren oder zu reformieren. In allen Gebieten, in denen nationale Minderheiten leben, wird Gebietsautonomie eingerichtet. Die national autonomen Gebiete sind untrennbare Bestandteile der Volksrepublik China.

Die Präambel dieser Verfassung erläuterte:

Alle Nationalitäten unseres Landes sind in einer großen Familie freier und gleichberechtigter Völker vereinigt. ... Beim Aufbau von Wirtschaft und Kultur wird der Staat die Bedürfnisse aller Nationalitäten und in Fragen der sozialistischen Umgestaltung die Besonderheiten ihrer Entwicklung in vollem Maße berücksichtigen.

„Der Staat“ war freilich einer der 汉 *Hàn*, der Chinesen. Ein Recht auf Lostrennung von deren Gemeinwesen aber wegen dieser Fürsorge und grundsätzlich deshalb ganz und gar unnötig, weil mit der Machtübernahme durch die KP „das System der nationalen Unterdrückung [der Ethnien] beseitigt“ sei, wie der die Verfassung erläuternde Vorsitzende des Nationalen Volkskongresses, 刘少奇 *Liú Shàoqí*, damals treuherzig ausführte.

Mit dieser Behauptung wie insgesamt mit dem Artikel 3 der Verfassung trat für die „Randvölker“ jetzt ein ganz neuer Aspekt in den Vordergrund: Die Zentralmacht

legitimierte ihre Herrschaft über sie und ihre Territorien damit, ihr „Befreier“ und „Fortschrittsbringer“ zu sein. Sie waren damit eine Art Missionsgebiet geworden und konnten nicht mehr damit rechnen, in Ruhe gelassen zu werden. Ihre Eliten, soweit in organisierter Form überhaupt vorhanden, unternahmen zunächst auch keine ernsthaften Versuche ihrer „Befreiung“ und dem „Fortschritt“ entgegenzutreten, die ihnen die chinesische KP in Aussicht stellte. Verständlich angesichts der rasch und ungerufen in die Grenzgebiete einmarschierenden „Volksbefreiungsarmee“ und dem darauf beruhenden Selbstbewusstsein der mitgekommenen Parteifunktionäre: „Die politische Macht kommt aus den Läufen der Gewehre“ (Mao). So unterschrieb die stärkste dieser Eliten, die tibetische, die seit Jahrhunderten einen eigenen Staat beherrschte, im Mai 1951 die „Vereinbarung der Zentralen Volksregierung mit der Lokalen Regierung Tibets“ über „Maßnahmen zur friedlichen Befreiung Tibets“.

Schon im Titel erkannte sie damit ihre „Befreiung“ durch Chinesen an und freute sich im ersten Satz des Textes über ihre „Rückkehr in die große Familie des Mutterlandes, die Volksrepublik China“⁷⁴. Rückkehr? Hatte das Gebiet bis dahin nicht zum „Mutterland“ gehört? Ja und Nein, denn jahrzehntelang war Tibet seit 1911 de facto ein unabhängiger Klerikal-Staat, die chinesische Zentralmacht zu schwach gewesen, ihre Ansprüche auf das Gebiet durchzusetzen.

Die heute geltende Verfassung (von 1982) führt in ihrem Artikel 4 Ähnliches aus wie die von 1954, spricht von legitimen Rechten und Interessen der nationalen Minderheiten, die der Staat schütze und entwickle. Da ist die Rede von Beziehungen der Gleichberechtigung, Einheit und des gegenseitigen Beistandes unter allen Nationalitäten Chinas, dass Diskriminierung und Unterdrückung jeglicher Nationalität sowie jede Handlung, die die Einheit der Nationalitäten untergrabe oder ihre Spaltung betreibe, verboten sei. „Der Staat verhilft ... den von den nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten zur beschleunigten Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur.“

Dieser letzte Satz bringt eine leichte Trübung in die ansonsten perfekte Idylle: „Der Staat“, kein Leviathan, sondern treusorgendes Familienoberhaupt, „verhilft ... zur Entwicklung“? Dieser „Staat“ scheint sich als etwas Besseres zu sehen als die „nationalen Minderheiten“ es sind. Oder zumindest als etwas Entwickelteres, Zivilisierteres.

Sinisierung? Assimilierung?

Als Subjekt figuriert in all diesen Festlegungen der Verfassung „der Staat“, also die Zentralregierung oder genauer: die Leitung des Geheimbundes KP Chinas (vgl. Kapitel 1). Sie „schützt“, „erhält“, „entwickelt“ und verhilft „den von nationalen Minderheiten“ bewohnten Gebieten „zur beschleunigten Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur“, kurz: sie bringt irgendwelchen „Fortschritt“ als Verbesserung des Lebens

der „Unterentwickelten“. Die „Nationalitäten“ sind im Verfassungstext nur einmal handelndes Subjekt: es stehe ihnen frei, ihre eigene Sprache und Schrift anzuwenden und zu entwickeln sowie ihre Sitten und Gebräuche beizubehalten oder zu reformieren.

In diesem Rahmen nun verschafft die Zentralregierung den Bedürfnissen der „nationalen Minderheiten“ dadurch Entfaltungsräume, dass sie ihnen eigene Verwaltungseinheiten gewährt. Während Chinesen (汉 Hà) in 省 *Provinzen*, 市 *Städten*, 县 *Kreisen* und 乡 (ländlichen) *Gemeinden* leben, heißen die größten Verwaltungseinheiten der „Minderheiten“ 自治区 – Selbstverwaltungs- oder Autonome Gebiete, ein Namenszusatz der jeweiligen Ethnie präzisiert, wer gemeint ist, also zum Beispiel 新疆维吾尔自治区 *Selbstverwaltungsgebiet Sinkiang (X nji ng) der uigurischen Nationalität*. Unterhalb dieser obersten Ebene gibt es heute selbstverwaltete 州 *Bezirke*, Kreise und sogar 民族乡 *Ethnische Gemeinden* stets dort, wo eine „Minderheit“ in „geschlossener Gemeinschaft“ lebt, also auch in 汉 Hà-Gebieten. Insgesamt bestehen derzeit 155 solche „autonomen“ Verwaltungseinheiten⁷⁵. Die obersten, großen, die den Provinzen der 汉 Hà (Chinesen) ranggleich sind, entstanden im Laufe der 50er und 60er Jahre des vergangenen Jahrhunderts: die Innere Mongolei (gegründet 1947⁷⁶), Sinkiang (1955), 广西 Guǎngxī und 宁夏 Níngxià (1958) und zuletzt – einhergehend mit einer radikalen Verkleinerung des Gebietes – Tibet (1965).

Die chinesische Regierung zählt heute insgesamt 56 Ethnien im Land, deren zahlenmäßig größte mit ca. 1,14 Milliarden oder rund 90 Prozent der Gesamtbevölkerung die der 汉 Hà ist, der Chinesen. Für die anderen 55 mit insgesamt ca. 106,4 Millionen Angehörigen⁷⁷ ist angesichts ihrer zahlenmäßigen Unterlegenheit die Bezeichnung 少数民族 – Nationale Minderheit weithin im Gebrauch und erinnert sie ständig an ihre Rolle im Staat. Als Zeichen der Anerkennung ihres Seins ist die ethnische Zugehörigkeit jedes chinesischen Staatsangehörigen auch in dessen Ausweis vermerkt, was das Ausweisgesetz der VR China von 2003 festlegt: unter der Namenszeile, rechts neben dem Geschlechtsvermerk, steht zum Beispiel der Eintrag: 民族: 汉 – Ethnie: Hà oder eben „Tibeter“, „Uigure“ etc.

Zuständig für die staatlichen Angelegenheiten der Nicht-汉 Hà-Ethnien ist die dem Staatsrat (der Zentralregierung) direkt unterstehende 国家民族事务委员会 *Staatliche Kommission für Ethnische Angelegenheiten* (die freilich wie alle Staatsorgane der obersten Parteiführung untersteht, dem Ständigen Ausschuss des Politbüros des Zentralkomitees der KP Chinas). Die selbstverständlich von KP-Mitgliedern geleitete Kommission unterhält Abteilungen „für politische Richtlinien und gesetzliche Verordnungen, für Wirtschaftsentwicklung, für Kultur und Propaganda, für Bildung, für internationale Beziehungen, für Planung und Finanzen sowie die Personalabteilung“.⁷⁸ Auf ihrer Website lassen sich einige statistische Daten zur Stellung der nicht-chinesischen Ethnien in der „großen Familie des Mutterlandes“ finden. Eine tabellarische Aufstellung der 155 „autonomen“ Verwaltungsgebiete aller Ebenen⁷⁹ weist

für Ende 2003 insgesamt 187,9 Millionen Einwohner darin aus. Von diesen waren aber nur 89,5 Millionen Nicht-汉 Hà, also 47,6 Prozent, woraus folgt, dass – unter dem Strich – auch in den „autonomen“ Einheiten heute Chinesen die Bevölkerungsmehrheit bilden.

In den fünf großen ethnischen 自治区 – Selbstverwaltungsgebieten stellte sich die Ethnien-Zugehörigkeit für 2003 demnach wie folgt dar:

	Einwohner	Anteil d. indigenen Ethnie	Indigene Bevölkerung, ges.
Innere Mongolei	23.796.100	21,25 %	5.056.671
广西 Guǎngxī	48.570.000	38,17 %	18.539.169
Tibet	2.592.100	95,93 %	2.486.602
宁夏 Níngxià	5.801.900	35,52 %	2.060.835
Sinkiang	19.339.500	60,31 %	11.663.652
Gesamt	100.099.600	39,77 %	39.806.929

Quelle (chinesisch): Website der Staatlichen Kommission für Ethnische Angelegenheiten, www.seac.gov.cn/gjmw/zwgk/2005-02-28/1177034000717203.htm

Außer in Tibet und Sinkiang (Uiguren) sind die indigenen Ethnien also auch in diesen, den Provinzen gleichgestellten Verwaltungseinheiten in der Minderheit. Die Innere Mongolei, 广西 Guǎngxī und 宁夏 Níngxià sind heute deutlich überwiegend von 汉 Hà, Chinesen, bewohnt. Mongolen stellen auf „ihrem“ Gebiet mit nur 21 Prozent den geringsten Anteil an der Bevölkerung, in den anderen beiden Gebieten reichen die dortigen 壮 Zhuàng- und 回 Huí-Ethnien nicht an die 40-Prozentgrenze. Anders in Sinkiang und ganz anders in Tibet, wo Chinesen nur 40 bzw. sogar nur vier Prozent ausmachen. Allerdings hat ihr Anteil seit 1949 deutlich zugenommen, in Sinkiang zum Beispiel von 1949 mit nur fünf Prozent Chinesen (Uiguren 75 Prozent) auf 31,9 Prozent Chinesen im Jahr 1964 und auf 40,6 Prozent bis 2000. Die großen Städte in Sinkiang und Tibet (Urumtschi und Lhasa) sind freilich überwiegend von Chinesen bevölkert. In Sinkiang kommen riesige Landflächen hinzu, die sogenannten 兵团 *Armeegruppen* oder Staatsfarmen, die fast ausschließlich von etwa zwei Millionen eingewanderten Chinesen bewohnt sind. Diese „chinesischen“ Sondergebiete gelten in Peking administrativ als „Provinzen“ und dienen dem In-Schach-Halten der indigenen Uiguren.⁸⁰

Trotz einer (offiziell) so deutlichen (Sinkiang) bzw. eindeutigen (Tibet) Minderheit der 汉族 Hà-Nationalität (Chinesen), behaupten nun die tibetische Exilregierung und der für eine Unabhängigkeit Sinkiangs eintretende Weltkongress der Uiguren, aber auch neutrale Organisation wie die Gesellschaft zum Schutz bedrohter Völker, in diesen Gebieten finde eine „Sinisierung“ statt, d.h. eine Verdrängung der indi-

genen Wir-Gruppe durch zuziehende Chinesen. Laut Angaben der Schweizerisch-tibetischen Freundschaftsgesellschaft zum Beispiel betrage der chinesische Bevölkerungsanteil in der tibetischen Hauptstadt Lhasa inzwischen 58 Prozent.⁸¹ Dem stehen chinesische Angaben entgegen, die unter Berufung auf die fünfte Volkszählung von 2000 besagen, der 汉 Hân-Anteil dort betrage nur rund sechs Prozent. In einer kürzlichen Rede an der Universität von Maryland nannte Herr 谢锋 Xiè Fēng, Vertreter des chinesischen Botschafters (Minsterrang) in den Vereinigten Staaten, ebenfalls diese Zahl und führte mit Blick auf die Verwaltungsbesetzung aus, etwa 80 Prozent aller Posten würden von Tibetern gehalten, die wichtigsten Führungsämter in Parlament und Regierung, bei Staatsanwaltschaft und Gerichten hätten Tibeter inne. Dann fasst er zusammen: „Die sogenannte 汉化 Sinisierung Tibets ist eine komplette politische Lüge.“⁸²

Wem kann man da glauben? Den Lobbygruppen (incl. der tibetischen Exilregierung), die gar keine Möglichkeit haben, in dem fraglichen Gebiet irgendwelche Recherchen anzustellen? Oder der chinesischen Staatspartei respektive ihrer Regierung, die jegliche unabhängige Nachforschungen dort verbietet (wie zum Beispiel die Bücher des Autors 王力雄 Wáng Lìxióng, der wegen seiner Recherchen in Sinkiang sogar ins Gefängnis kam) und in ihrem Machtbereich alles unterbindet, was etwas anderes über Tibet (oder Sinkiang) behauptet als sie selbst?

Vielleicht einer nicht-interessengeleiteten Stimme wie die der tibetisch-chinesischen Schriftstellerin Tsering Woese, die zu Tibet forscht, zahlreiche Verbindungen nach dort unterhält, in China lebt und dort bis 2003 bisweilen publizieren durfte (seither aber nicht mehr), die, kurz, unabhängig ist. Am 1. August 2006 sprach sie mit dem Exiltibeter Namlo Yak in Dharamsala, dem Sitz der tibetischen Exilregierung. Die sehr umfangreiche Fassung des Interviews erschien auf der (im Ausland stationierten, in China gesperrten) Website des 獨立中文筆會 *Unabhängigen Chinesischen PEN*, der einzigen halbwegs organisierten Opposition in China.⁸³

In ihrer Antwort auf die Frage nach einer Überfremdung durch chinesische Einwanderer, bezieht sich Frau Woese auf ein Gespräch, das sie in Lhasa mit einem Funktionär der Lokalregierung hatte. Der sagte ihr, dass im Rahmen der chinaweiten Reform der 戶籍 *Wohnort-Registrierung der Haushalte* alle in Lhasa ansässigen Chinesen zu festen Einwohnern gemacht würden. Mit Blick auf das Verhältnis Chinesen – Tibeter in der Hauptstadt Lhasa erwähnt der Funktionär die umlaufende Formel eines 八一 8 zu 1, womit gemeint sei, auf einen Tibeter kämen acht Chinesen. Ohne Wenn und Aber formulierte der Funktionär das Ziel chinesischer Politik in Tibet so: 现在就是要把西藏变成内蒙和新疆 – Jetzt geht es darum, aus Tibet eine Innere Mongolei bzw. ein Sinkiang zu machen, Gebiete mithin, die er für sinisiert hält. Frau Woese fasst die Lage so zusammen:

Wir leben hier, sind aber nicht die Herren dieses Landstücks. Und ich will noch etwas hinzufügen: Egal, worum es geht, das Autonome Gebiet, den Autonomen

Kreis – die sogenannte Autonomie gibt es nur dem Namen nach, mit der Realität hat das nichts zu tun. Wenn man eine vollkommene Veränderung des Charakters Tibets nicht möchte, wo nur noch ein leerer Name [Tibet] übrigbleibt, dann gibt es nur eine einzige Möglichkeit, nämlich eine tatsächliche und hochgradige Autonomie zu verwirklichen.⁸⁴

Wer sagt die Wahrheit? Vize-Botschafter 谢锋 Xiè Fēng? Oder Frau Woese? Das ist leider ohne Forschungs-, Publikations- und Debattierfreiheit nicht zu entscheiden. Da Herr 谢锋 Xiè Fēng jedoch gerade der Seite angehört, die jegliche unabhängige Untersuchung verhindert, steht seine Behauptung für den Verfasser eher im Verdacht, interessengeleitete Propaganda zu sein.

In jedem Fall aber besteht kein Zweifel daran, dass die Politik der Zentralregierung in Peking darauf abzielt, die Verhältnisse in den „Autonomen Gebieten“ chinesisch zu gestalten. 邓小平 Dèng Xiǎopíng selbst, der absolute Machthaber über China in den 80er und 90er Jahren, begründete das 1987 in einem Gespräch mit dem damaligen US-Präsidenten Charter, als er diesem mit Blick auf Tibet und Sinkiang ohne Umschweife sagte:

Zum Beispiel Tibet: Die Zentralregierung hat beschlossen, dass eine jede der anderen Provinzen und Städte Verantwortung übernimmt und Tibet hilft, seine Aufbauprojekte zu erledigen, und dies auch als langfristige Aufgabe zu tun. Tibet hat sehr große Entwicklungsreserven. Chinas Ressourcen verteilen sich zum großen Teil auf Gebiete der Minderheiten-Nationalitäten wie Tibet und Sinkiang. Wenn diese Gebiete entwickelt werden könnten, dann wären die Aussichten sehr gut. Tibet ist ein Gebiet mit sehr spärlicher Bevölkerung, aber riesigem Territorium. Sich bei seinem Aufbau nur auf die zwei Millionen tibetischen Landsleute zu verlassen, genügt nicht. Wer die Nationalitäten- und die Tibetpolitik Chinas danach beurteilt, wieviele 汉人 Chinesen es in Tibet gibt, der wird zu falschen Schlüssen kommen.⁸⁵

Zum Beispiel dem einer Überfremdung bzw. „Sinisierung“. Einen „richtigen“ Schluß mit Blick auf die chinesische Politik könne nur ziehen, wer auf die „Entwicklung“ schaue, die eben, da es nicht genug Einheimische gebe, von 汉人 Chinesen dorthin gebracht werden müsse. Ohne deren Hilfe, so das Argument, würden diese Gesellschaften nicht oder nur sehr langsam vorankommen.

Was mit dieser „Entwicklung“ genau gemeint ist, lässt sich unschwer der Flut von „Tibet-Dokumentationen“ entnehmen, die Peking seit Jahrzehnten, aber seit dem 50. Jahrestag des tibetischen Aufstandes gegen die chinesische Herrschaft 1959 in bislang unerreichter Quantität auf den Markt der Tibet-Meinungen bringt:⁸⁶ Wirtschaftswachstum, Straßenbau, Touristen, steigender Lebensstandard, längeres Leben usw. Und bei all dem viel Bildung und eine blühende tibetische Kultur – ethnische Fest- und Feiertage, Tempel-Festivals, Volksliteratur, Musik etc. Nicht nur Tibetern bringe „China“ diesen Fortschritt – allen anderen Nationalitäten werde er

ebenfalls zuteil.

Seit Beginn der 90er Jahre veröffentlicht das „Informationsamt“ der chinesischen Regierung zu vielen Fragen ihrer Politik sogenannte *White Papers*, die vor allem dem Ausland die Ziele und Erfolge ihrer Innen-, Außen-, Umwelt- und sonstigen Politik darlegen. Derzeit umfasst die Liste sechzig Titel.⁸⁷ Zwei davon betreffen das Thema dieses Kapitels: *National Minorities Policy and Its Practice in China* (1999) und *Regional Autonomy for Ethnic Minorities in China* (2005).

Es versteht sich, dass beide Darstellungen nur Gutes berichten, zu allererst, dass in den selbstverwalteten Gebieten eine wirkliche Selbstverwaltung bestehe. Als Beweis gibt es Zahlen, zum Beispiel, dass dort bis 2003 insgesamt 133 Selbstverwaltungs-Regelungen sowie 384 „separate Regelungen“ erlassen worden seien. Außerdem seien 68 Änderungen an Gesetzen der Zentralregierung vorgenommen worden, namentlich genannt sind das Ehe-, Erbschafts-, Wahl-, Land- und Grasland-Gesetz. Weiterhin sei der Gebrauch der eigenen Sprache möglich, üblich, ja teils vorgeschrieben. Auch 28 geschriebene Sprachen fänden Verwendung in Gerichten, Schulen, der Politik etc. Der religiöse Glaube sei frei, was zum Beispiel die 1.700 buddhistischen Stätten in Tibet bewiesen, wo 46.000 Mönche praktizierten; in muslimischen Gebieten gebe es 23.788 Moscheen (in Sinkiang) und noch einmal 3.500 (in 宁夏 Níngxià) etc. In allen Gebieten würden die Volksbräuche der jeweiligen ethnischen Gruppen bewahrt, sie feierten ihre Festtage, hätten ihre besonderen Speisen, Hochzeits- und Begräbnisbräuche. Freilich würden sie auch „ermutigt, neue, wissenschaftliche, zivilisierte und gesunde Gebräuche“ im Tagesleben wie bei Hochzeiten und Begräbnissen anzunehmen.

Mit Blick auf die Bildung habe die Zentralregierung ebenfalls große Anstrengungen unternommen. So gebe es heute zahllose ethnische Universitäten und Institute (zwölf), Lehrer ausbildende Hochschulen (59), Berufsbildende Schulen (158), Mittel- (3.536) und Grundschulen (20.906).

Zu den seitens der Zentralregierung hervorgehobenen Rechten der ethnischen Minderheiten gehören ihre Privilegierung gegenüber den Chinesen durch die Möglichkeit eines gebührenfreien Studiums sowie ihre Ausnehmung von der Geburtenbeschränkung (sogenannte Ein-Kind-Familie). Das *White Paper* von 1999 stellt dazu fest, dass die Geburtenpolitik hier „nachsichtiger sei als die gegenüber den 汉 Hàn“. Zwei oder drei Kinder seien vielfach „erlaubt“, in bestimmten Regionen auch mehr, tibetische Bauern und Hirten könnten sogar so viele Kinder haben, wie sie wollten.

Assimilierung oder Katastrophe

Vor diesem mit gewaltigen Statistiken ausgeschmückten Hintergrund von Entwicklungshilfe, Fördern und Bewahren, ja: Privilegierung des Indigenen in sämtlichen „Minderheiten“-Gebieten, sind die 汉人 Chinesen, die das alles so altruistisch auf

sich nehmen, immer wieder empört, wenn sie sehen, dass ihre guten Taten geradezu spurlos an der öffentlichen Wahrnehmung in Europa und Amerika vorbeigehen.⁸⁸ Ist das nur Ignoranz? Oder schon Böswilligkeit? Gar eine Verschwörung gegen das „aufsteigende China“?, fragen sich (und uns) nicht wenige.

Vielleicht nichts von alledem, sondern nur erfahrungsbedingte, in den „Stahlgewittern“ des Ersten Weltkrieges geschmiedete Abgeklärtheit. Europäische Eliten haben in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ihre imperialistische Expansion über den Globus, aber im Falle Amerikas auch „zu Hause“, explizit damit gerechtfertigt – und die Unterstützung „ihrer“ Völker dafür bekommen –, dass den „Eingeborenen“ in aller Welt (und zu Hause) „die Zivilisation“ gebracht werden müsse. Dafür hatten sie sehr gute Argumente in Form ihrer Wirtschaftskraft, ihrer Technik, ihrer Gesellschaftsorganisation und was dergleichen mehr war, das ihrem Vorgehen nicht nur materielle Schlag-, sondern eben auch ideologische Überzeugungskraft beistellte, die die eigene „Ethnie“ fest zusammenschweißte. Am besten fasste wohl Rudyard Kipling (1865 bis 1936) dieses Sendungsbewusstsein der „Weißen“ in seinem Gedicht *The White Man's Burden* zusammen: Schaut, ihr Eingeborenen, was wir alles an Kosten und Mühen auf uns nehmen, Beschimpfungen und Hohn der von uns Umhегten und Zivilisierten nehmen wir geduldig hin für Euren Fortschritt. Selbst Euren borniertesten Vorwurf ertragen wir im Interesse dieser unserer Herzensangelegenheit: Why brought he us from bondage, / Our loved Egyptian night? – in der schönen deutschen Fassung klagen diese „Eingeborenen“ so: „Was naht ihr uns die Fesseln? / Woll'n Sklaven sein, nicht frei!“

Im oben herangezogenen Weißbuch des Staatsrates (= Zentralregierung), „Regionale Autonomie der ethnischen Minoritäten in China“ (2005), steht ein verräterischer Satz solch Kipling'scher Qualität: Während „China“ alles tue, damit die nicht-chinesischen Ethnien ihre Sitten und Gebräuche pflegen könnten, würden sie doch auch „ermutigt, neue, wissenschaftliche, zivilisierte und gesunde Gebräuche“ anzunehmen.⁸⁹ Und wer „ermutigt“ hier? Es sind die 汉人 *Chinesen*, die ihnen „zivilisierte Gebräuche“ bringen. Mit anderen Worten: Sie sind eben rückständig mit ihren „Himmelsbegräbnissen“ und vielen anderen Riten, primitiv, unzivilisiert,⁹⁰ so sehr im übrigen, dass man die Ethnien noch nicht einmal bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Peking selbst auftreten lassen mochte – diese Rolle übernahmen verkleidete, aber eben zivilisierte Chinesen.⁹¹

Und deshalb ist es – heute, als drittstärkste Wirtschaftsmacht der Welt, als „Raumfahrernation“ usw. – „Chinas“ Sendung, Aufgabe und Last als zivilisierte Hochkultur, diesen Eingeborenen (im eigenen Staat) beim Fortschreiten in die Moderne zu helfen. Auch die Verfassung hält es als Staatsprogramm fest: „Der Staat verhilft ... den von den nationalen Minderheiten bewohnten Gebieten zur beschleunigten Entwicklung ihrer Wirtschaft und Kultur.“ Das ist freilich schon deshalb höchst problematisch, weil das „Chinesische“ selbst noch lange nicht in der Moderne angekommen

ist, bei der freien Zivilgesellschaft (siehe Kapitel 2).

Auf der Ebene dieserart „Fortschritt“ sind die nach Tibet oder in die anderen Gebiete der ethnischen Minderheiten hineinkommenden (oder -geschickten) 汉人 *Chinesen* also die Guten, die alle Lasten schultern. Die chinesische Elite agiert hier in der Rolle, die sie sich in den letzten Jahrhunderten immer angemaßt hatte: als 君子 *Edle*. Genau diese ihre nie hinterfragte Selbstsicht ist die Ursache dafür, dass sie unfähig ist zu begreifen, was die Minoritäten (zum Beispiel die tibetischen oder uigurischen Eliten) eigentlich wollen, wenn sie dagegen aufbegehren und ihrem blanken Haß auf alles Chinesische freien Lauf lassen, wie Tibeter im März 2008, Uiguren im Juli 2009 und eigentlich immer irgendwie und irgendwo im Lande.

Mit ihrem Selbstbild und Sendungsbewusstsein des uneigennütigen Bringers von „Zivilisation“ legitimieren die Eliten der 汉人 *Chinesen* vor sich selber all ihr Tun in Sinkiang, Tibet etc. Und dies schweißst sie nach innen (wie nach außen) zur „Volksgemeinschaft“ zusammen, die sich umso fester um ihre „Ober-Edlen“ schart, auf je mehr Ablehnung sie trifft. Nie stand alles Chinesische so fest zusammen wie im Frühjahr/Sommer 2008 und wieder im Sommer 2009 angesichts des Tibeter- bzw. Uiguren-Aufbegehrens. In sehr dialektischer Weise produziert gerade Widerstand der Nationalitäten für die Zentralstaatsmacht Legitimierung und Stabilität ihrer Autokratie, die eine der 汉人 *Chinesen* ist. Der Autor 王力雄 *Wáng Lìxióng* stellt deshalb in seinem Sinkiang-Buch fest:

民族问题在很大程度上决定政治改革能否成功, 甚至决定政治改革能否开始。专制权力总是把国家分裂的危险作为拒绝政治改革的理由。这理由可以迷惑很多中国人。

Das Nationalitäten-Problem bestimmt in hohem Ausmaß darüber, ob es [in China] zu erfolgreichen politischen Reformen kommt, ja sogar darüber, ob es überhaupt zu politischen Reformen kommt. Die autokratische Macht begründet gerade mit der Gefahr einer Aufspaltung des Landes ihre Ablehnung politischer Reformen. Diese Begründung führt sehr viele Chinesen in die Irre.²⁷

Nämlich sich gegen die Ethnien und auf die Seite jener Autokratie zu stellen, die ihnen selbst die Ausübung von elementaren Freiheitsrechten verweigert.

In dem oben erwähnten Gespräch der Schriftstellerin Tsering Woesser findet sich eine hochinteressante Einstreuung, die Licht auf das imperiale Sendungsbewusstsein der Chinesen wirft. Sie stellt dort fest, dass Tibet unter allen chinesischen Städten, Provinzen, Autonomen Gebieten das einzige Gebiet sei, in dem es keine korrupten Beamten zu geben scheine und fragt ironisch, ob dies womöglich daran liege, dass Tibet das wahrhaft 净土 *reine Land* im buddhistischen Sinne sei. Seit Jahren vergehe doch in China kein Tag, wo nicht hohe Funktionäre wegen Korruption verhaftet²⁸ würden – warum aber kämen aus Tibet keine solchen Nachrichten? Als Auch-Chinesin, aufgewachsen und sozialisiert mit und in den Lebenslügen der

Eliten dieser Kultur, kann sie den wahren Grund nicht erkennen, weil sie die nötige Außensicht nicht einzunehmen vermag: Natürlich gibt es unter den chinesischen Funktionären in Tibet (oder in Sinkiang etc.) genauso viel Korruption wie andernorts im großen Land. Nur darf es hier, vor den zu zivilisierenden „Eingeborenen“ noch weniger herauskommen, darf die Lebenslügen-Fassade, das Gesicht der „Edlen“, noch weniger zusammenstürzen als in den Gebieten der 汉人 *Chinesen* (wo freilich auch Parteigliederungen entscheiden, ob solche Dinge an die „Öffentlichkeit“ gelangen oder nicht). Der chinesische Gouverneur von Tibet, Sinkiang etc. korrupt? Das ginge sofort an die Substanz, da tritt das Christian Morgenstern-Diktum in Kraft: Was nicht sein darf, kann auch nicht sein.

Auf dieser ideologischen Basis, die Europäer im 19. Jahrhundert erfanden, Chinesen wenig später kopierten, aber bislang, mangels freier Gesellschaft nicht verarbeitet haben, setzt die heutige chinesische Elite ihre zivilisatorischen Pläne für die „Eingeborenen“ im eigenen Staat ohne jeglichen Selbstzweifel um. Woher sollten die auch kommen, da sie doch keine kritische Öffentlichkeit in ihrem Herrschaftsbereich zulässt, also irgendwie berücksichtigen müsste? Im Europa und Amerika des 19. Jahrhunderts gab es die bereits, weshalb dort solche Arroganz zumindest heute vollkommen diskreditiert ist.

Hier nun liegt das Grundproblem für die Ethnien-Eliten (aber auch die interessierte internationale Öffentlichkeit), das den Ausgang im „Multi-Nationalitätenstaat“ China bestimmt: Widerstand der Ethnien gegen die 汉人 *Chinesen* kann unter diesen Bedingungen nur dazu führen, dass deren Elite ihre Macht festigt, als Prätor der „nationalen Interessen“ alle Unterstützung seitens ihrer Volksgemeinschaft erfährt. Bei den sprachlos gehaltenen, machtlosen Ethnien-Eliten, insbesondere jener, die über eine gewissen Organisation verfügen wie Tibeter und Uiguren kann diese Zwickmühle der Ohnmacht nur weiteren maßlosen Hass erzeugen, den sie Tag für Tag in sich hineinfressen, bis er sich – siehe Lhasa 2008 oder Urumtschi 2009 – in blanker Gewalt, ja Mordlust gegen Chinesen entlädt.

Unter politisch unveränderten Bedingungen bleiben nur zwei Möglichkeiten zur Beendigung dieses Teufelskreises:

Entweder gelingt es den 汉人 *Chinesen*, diese Ethnien so zu assimilieren, dass sie keine eigene Elite hervorbringen und dann auch kein nennenswerter Widerstand aufkommt und sich organisiert. Oder sie werden es, im Falle einer Schwächung der Zentralmacht in Peking, mit diesem Hass zu tun bekommen. Darüber würde dann, angesichts der kritischen Größe vieler Ethnien und ihrer Territorien, der Zentralstaat zerbrechen. Wer das für eine Katastrophe hält, sollte für die Assimilierung eintreten und das Beibehalten der Ethnien in Form von 55 Trachtengruppen – dargestellt von 汉人 *Chinesen*, wie bei der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele 2008 bereits vorgeführt.

8. Gibt es politischen Wandel? Modernisierung ohne Aufklärung

Die redaktionelle Fragestellung, ob es „politischen Wandel“ in China gebe, erfordert zunächst einige definitorische Präzisierungen sowie die Offenlegung der Kriterien, mit deren Hilfe der Verfasser dieses Thema ausmessen und die Frage beantworten möchte.

Unter „Politik“ versteht er mit Max Weber (1864 bis 1920) das „Streben nach Macht“ und unter „Macht“ ebenfalls mit diesem „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen“. Weber ergänzt: „Gleichviel worauf diese Chance beruht“, womit er meint, dass die Durchsetzung des „eigenen Willens“ auf unterschiedliche Weise erfolgen kann. Zum Beispiel in gegenseitigem Einvernehmen. Der andere ist einverstanden mit dem Willen des einen und kommt ihm freiwillig nach. Gründe für ein solches freiwilliges Unterwerfen kann es viele geben,

Am anderen Ende des Chancen-Spektrums findet sich die einer gewaltbewehrten Durchsetzung des Willens, in China bis heute gut bekannt durch die Maxime Mao Tse-tungs: 枪杆子里面出政权 *Die politische Macht kommt aus den Läufen der Gewehre*. Zwischen diesen beiden Extremen liegt eine breite „Chancen“-Palette mannigfaltiger Abstufungen sowohl bei den Trägern des politischen (Macht-)Willens, als auch bei den ihm Unterworfenen.

In einem Staatswesen sind die machthabenden Willensdurchsetzer stets nur eine kleine Minderheit, diejenigen, die ihnen gehorchen sollen, die übergroße Mehrheit. Mit Blick auf die Volksrepublik China dürfte der personelle Umfang des Inneren Kreises der Staatsmacht zwischen den neun Männern des Ständigen Ausschusses des Politbüros und den 371 Mitgliedern des Zentralkomitees liegen (wer daran glaubt, dass der Parteitag der Staatspartei ihr „höchstes Gremium“ sei, mag von den 2.235 Delegierten als Innerem Kreis ausgehen). Diese wenigen Personen herrschen über eine Bevölkerung von ca. 1,3 Milliarden – wahrhaftig eine Mehrheit! Allerdings stehen sich „Innerer Kreis“ und Bevölkerung nicht direkt gegenüber, zwischen ihnen agiert eine nach Millionen zählende Kohorte von Helfern der obersten Macht, Beamte oder Funktionäre. Freilich stellt sich auch für diese stets die Frage, ob sie sich dem obersten Willen der Zentralmacht fügen will oder nicht.

Es war Étienne de La Boétie (1530 bis 1563), der Mitte des 16. Jahrhunderts in seinem Werk *Von der freiwilligen Knechtschaft* erstmals der Frage nachging, wie es denn komme, dass es stets einer kleinen Minderheit im Staat gelinge, über eine große Mehrheit zu herrschen, genauer: sich deren Ressourcen a) zum Zwecke des

eigenen Wohllehens und b) zur Ausübung von Herrschaft anzueignen. Das Ergebnis seiner Analyse kleidet er in die rhetorische Frage: „Wie kommt [der Herrscher] zur Macht über euch, wenn nicht durch euch selbst? Wie würde er wagen, euch zu verfolgen, wenn ihr nicht einverstanden wärt?“ In einem Satz: Die Macht fußt auf einer „freiwilligen Knechtschaft“ der Mehrheit. Wichtige Vertreter der Aufklärung setzten hier an und suchten nach Systemen, die Staatsmacht der Minderheit zugunsten der Mehrheit einzugrenzen, der eine durch die Teilung der Macht in drei Gewalten (!), damit diese sich zum Nutzen des Individuums gegenseitig in Schach hielten (Montesquieu, 1689 bis 1755), der andere durch einen (fiktiven) „Gesellschaftsvertrag“, der jedem Individuum Rechte gegenüber der Macht einräumte (Rousseau, 1712 bis 1778). In England hatte derweil John Locke (1632 bis 1704) einen entscheidenden Schritt getan, indem er den Begriff der „Legitimität“ auf den Inhaber einer Staatsmacht anwandte – die Regierung. Diese sei nur dann rechtmäßig (legitim), wenn sie die Zustimmung der ihr Unterworfenen, der „Regierten“, besitze.

Diese Forderung speiste sich aus der ökonomischen Entwicklung in Europa, die Bourgeois, Besitzer der aufkommenden, rasch wachsenden und sie reicher machenden Industrien, forderten mit solcher Argumentation vom politisch herrschenden Adel ihre Anerkennung und das Recht auf Mitbestimmung, letztlich: Allein-Bestimmung im Staate. Eine Legitimität der Macht aufgrund eines „Gottesgnadentums“ lehnte dieses Bürgertum ab. Die Aufklärung entzog diesem Hirngespinnst des Adels nach und nach seine Grundlage: den Glauben an Übernatürliches.

Max Weber machte die Legitimität in seinem Werk *Wirtschaft und Gesellschaft* 1922 zu einem zentralen Begriff bei der Analyse der Staatsmacht, die beides ja zusammenhält. Er definierte drei Prototypen der Herrschaft:

- die traditionale Herrschaft (diese Leute waren schon immer oben),
- die charismatische Herrschaft (begnadeter Führer erringt die Macht durch Unterstützung vieler, die an ihn glauben) und
- legale Herrschaft (eine als für alle gleich geltende, deshalb allgemein akzeptierte Gesetzgebung und Verwaltung regeln das Leben im Gemeinwesen).

Im gesellschaftlichen Alltag tritt keine dieser heute als Maßstab für die Beurteilung eines Staatswesens (und seines Wandels) akzeptierten Prototypen in reiner Form auf, sie vermischen sich vielmehr. Gleichwohl bieten sie das einzig geeignete Instrumentarium, die Meßlatte, um „politischen Wandel“ zu erkennen und zu beurteilen. Auch in China.

Viel politischer Wandel seit 1949

Dies gesagt, besteht für den Verfasser gar kein Zweifel daran, dass es „Wandel“

auch in China gibt. Sogar erheblichen: Vor nicht einmal hundert Jahren zerbrach das traditional legitimierte System des „Alles unter dem Himmel“ – ein grundstürzender Wandel. Aber auch mit Blick auf das Heute der Volksrepublik China lässt sich Wandel allenthalben feststellen: Eine Google-Suche mit China + Wandel bringt derzeit fast eine Million Treffer – nur im deutschsprachigen Netz!

Das ist auch kein Wunder, man muss ja nur einmal oberflächlich das Heute mit den 50er Jahren vergleichen. Selbst die 90er Jahre des vergangenen Jahrhunderts unterscheiden sich deutlich vom gegenwärtigen Zustand: Sehen die am 4. Juni 1989 niederkartätschten Freiheitsdemonstranten in den Dokumentationen, die anlässlich dieses Jahrestages regelmäßig auf unsere Bildschirme kommen (bzw. dauerhaft im Internet verfügbar sind), nicht bereits aus, als stammten sie aus einer anderen Welt? Und dabei geht es keineswegs nur um Kleidungsmoden und Frisuren oder Veränderungen materieller Lebensstandards, PKWs statt Eselskarren und Fahrräder auf den Straßen usw. Auch mit Blick auf die nicht so unmittelbar ins Auge fallende Art, wie die Machthaber ihren Willen (Politik) gegenüber der Bevölkerung durchsetzen, hat es in den sechs Jahrzehnten seit 1949 große Veränderungen gegeben. Und sie halten an.

Mit der Messlatte „Legitimität politischer Herrschaft in China“ (bzw. ihres Wandels) lässt sich die Entwicklung der jetzt 60jährigen Staatsmacht aus Sicht des Verfassers grob in dieser Chronik unterbringen: Die Jahre von 1949 bis etwa 1976, die folgenden bis 1989 und schließlich die ins Heute (und die weitere Zukunft) übergehenden 90er Jahre des 20. Jahrhunderts.

1949 bis 1976

Die Gründung der Volksrepublik am 1. Oktober 1949 war nicht allein das Werk der Kommunistischen Parteiführung. Sie war zwar die im Bürgerkrieg ab Ende 1945 siegreiche und insofern treibende, letztlich entscheidende Kraft, aber sie legte doch Wert darauf, dass auch solche Kräfte der chinesischen Elite sie unterstützten, die ihr eigentliches politisches Programm nicht teilten. Ohne sie wäre die Macht nicht zu erringen gewesen. Um diese Kräfte zu gewinnen, hatte die KP-Führung schon Anfang 1940 unter der Bezeichnung „Neue Demokratie“ für die Zeit nach einem noch in der Ferne liegenden Sieg über die japanischen Besatzer ein Staatswesen vorgeschlagen, das mit „kommunistisch“ nichts zu tun hatte.⁹⁴ Mit diesem Kontrastprogramm zur bestehenden Ordnung gewann die KP jene Kräfte in der chinesischen Elite für sich, die mit dem Kurs der herrschenden Kuomintang Tschiang Kai-scheks nicht einverstanden waren und eine geordnete, nicht-korrumperte „nationale Einheit Chinas“ haben wollten.

Organisatorischer Rahmen für diese „Einheitsfront“ hätte die sogenannte Politische Konsultativkonferenz werden können, ein kurz vor der japanischen Kapitulation

1945 von Tschiang Kai-schek (auf amerikanischen Druck) geschaffenes Gremium, dem damals auch die KP angehörte (sowie andere chinesische Parteien plus namhafte Persönlichkeiten). Der bewaffnete Machtkampf der KP gegen die Republik China verhinderte jedoch zunächst eine Arbeitsaufnahme (Tschiang Kai-schek löste die „Konferenz“ im November 1946 auf). Als aber 1949 der Sieg feststand, nahm die KP-Führung die alte Idee wieder auf, begann nach der Eroberung Pekings mit Vorarbeiten zu ihrer Neugründung und berief im September 1949 eine nunmehr „Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes“ benannte Tagung von einigen hundert Vertretern der seinerzeitigen Elite ein (parteilose und in elf sogenannten demokratischen Parteien organisierte). In „Vertretung“ eines noch nicht vorhandenen Parlaments beschloss die Tagung Grundlagen der Volksrepublik China: eine vorläufige Verfassung, ein „Gesetz über die Organisation der Zentralregierung“, machte Peking zur Hauptstadt Chinas und beschloss Fahne, Wappen und Hymne des neuen Staates.

Alles schien auf bestem Weg zu einer legalen Herrschaft, war es doch ein „Gesetz“⁹⁵, das die Organisation der Zentralregierung festlegte. An deren Spitze stand ein 中央人民政府委员 *Komitee der Zentralregierung* aus 56 Mitgliedern (von denen 28 nicht der KP angehörten). Ebenfalls die Hälfte des sechsköpfigen Präsidiums der Zentralregierung (Vorsitzender: Mao Tse-tung) gehörte nicht der KP an. Die heute 国务院 *Staatsrat* und damals (bis 1954) 政务院 *Staatsverwaltungsrat* genannte Exekutive bestand aus 34 Mitgliedern/Ministern, von denen fünfzehn keine Kommunisten waren⁹⁶. Auf den ersten Blick schien sich die neue Macht damit auf den Weg einer legalen Herrschaft zu begeben, zumal ja auch die Vorarbeiten für die Schaffung eines Parlaments (Nationaler Volkskongress) und vor allem an einer Verfassung begannen (beides 1954 abgeschlossen).

Leider fehlte jedoch etwas sehr Entscheidendes: Wahlen! Sie waren kein Thema der Tagung, und auch anschließend forderte niemand im „Neuen China“, dass die von der „Konsultativkonferenz“ als vorläufig beschlossenen Dinge von der Bevölkerung in allgemeinen und freien Wahlen zu bestätigen und dabei auch eine demokratisch legitimierte Legislative, ein Parlament, zu wählen wäre. Das kam freilich trotzdem: Der Nationale Volkskongress, dessen knapp über tausend Abgeordnete 1954 erstmals zusammentraten. Aber der war nicht aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen, die Mitglieder keineswegs vom Volk dorthin abgeordnet, sondern lediglich durch die Spitze des KP-Parteiapparates ausgewählt worden. Das Neue an der „Neuen Demokratie“ bestand also darin, dass es keine allgemeinen Wahlen gab. Dementsprechend war dieses Staatswesen nur auf den ersten und oberflächlichsten Blick legal. Was stattdessen wirklich vorging, war die Inbesitznahme von zwei der drei Gewalten allein und ausschließlich durch die Mitglieder der Kommunistischen Partei in der Zentralregierung oder besser in der obersten Parteiführung, im Politbüro bzw. in dessen Ständigem Ausschuss. Die waren es auch, die im April 1950 das **erste Gesetz der Volksrepublik China** beschlossen, das Heiratsge-

setz.

Die Kommunistische Partei Chinas war also Legislative und Exekutive in einem, der neue Staat damit definitiv eine Parteidiktatur. Allerdings bedeutet dies keineswegs, dass deren Führung oder ihr Staatspersonal auf den unteren Hierarchieebenen ihre Macht, die Chance, ihren Willen auch gegen Widerstand durchzusetzen, mit Gewalt ausüben mussten. Im Gegenteil: Fast die komplette zeitgenössische Elite Chinas hatte sich ihr zur Verfügung gestellt, und wie die dramatischen Maßnahmen zur Willensdurchsetzung in den ersten Jahren „Volksrepublik“ zeigten, taten auch die größeren Teile der Bevölkerung aktiv dabei mit. Die neue Macht war deshalb legitimiert. Freilich nicht als legale Herrschaft (im Sinne Max Webers), sondern als charismatische: Das „Volk“ glaubte, dass diese Macht in seinem Interesse handeln würde. Es gab insbesondere einen Führer, an den die Bevölkerung, die „Massen“ im Parteijargon, glaubte, dem sie deshalb folgte, egal, wohin er zeigte: Mao Tse-tung. Er personifizierte die oberste Macht, mit der sich alle Hoffnungen auf ein besseres Leben, auf die Verwirklichung der eigenen materiellen Interessen verbanden. Das Volk beteiligte sich deshalb unter Anleitung der omnipräsenten Parteifunktionäre aktiv, ja begeistert daran, den Großgrundbesitzern im Rahmen der „Bewegung (!) zur Bodenreform“ ihr Land wegzunehmen und es unter „den Bauern“ aufzuteilen⁹⁷. Es unterstützte danach aktiv die „Bewegung (!) zur Unterdrückung der Konterrevolutionäre“, deren Ziel es war, die Rest-Elite des *ancien régime* aus ihren gesellschaftlichen Machtpositionen zu entfernen, ja sie offenbar zu Hunderttausenden sogar physisch zu liquidieren. Das Volk unterstützte personell wie materiell (durch Verzicht und Spenden) den Einmarsch chinesischer Truppen in Nordkorea, an der Seite des Aggressors Kim Il-sung, der im Juni 1950 einen Krieg zur Eroberung ganz Koreas vom Zaun gebrochen hatte. Das Volk akzeptierte anschließend auch die Ursünde der Machthaber, das Parlament, den Nationalen Volkskongress, 1954 ohne allgemeine Wahlen einzuberufen und beschließen zu lassen, was immer die KP-Führung ihm vorgegeben hatte.

Es folgte Mitte der 50er Jahre die Stornierung der Bodenreform durch die Bauern selbst, indem sie ihre privaten Landstücke in die Kollektivierung einbrachten. Die städtischen Angestellten und Arbeiter waren es, die zur gleichen Zeit – aktiv und ganz praktisch – den verbliebenen Privatunternehmen ein Ende bereiteten, indem sie deren Verstaatlichung nicht nur hinnahmen, sondern die Enteignung der Besitzer in aufgeheizten, brutalen Betriebsversammlungen aktiv umsetzten, wo sie diese „Kapitalisten“ und „Ausbeuter“ zur Schau stellten, stigmatisierten und dann fortshickten. Hunderte Millionen Chinesen machten den Höhepunkt dieser Entwicklung erst möglich, als sie begeistert in die „Volkskommunen“ einzogen und ihren metallenen Besitz in die „Hochöfen“ des *Großen Sprungs* warfen. Ganz im Einklang mit seiner „Führung“ glaubte das Volk, auf diesem Weg seine materiellen Interessen verwirklichen zu können.

Deshalb war es auch keine Frage, dass alle „Feinde“ auf dem Weg dorthin zu besei-

tigen waren, als diese sich 1956 zeigten. Die Parteiführung um Mao hatte damals in Reaktion auf die erste Ostblock-Krise, den Aufstand in Ungarn, Meinungsfreiheit zugelassen, damit die Unzufriedenen, die es als Minderheit in der intellektuellen Elite weiterhin gab, „Dampf ablassen“ konnten und nicht wegen Ausweglosigkeit zu ebensolchen Aktionen Zuflucht nahmen wie die Ungarn es gerade getan hatten. Die Überraschung war nicht gering, als die sich bis dahin völlig (charismatisch) legitimiert sehende Parteiführung schon nach wenigen Wochen freier Meinungsäußerung feststellen musste, dass es gerade in dieser Schicht starke Tendenzen gab, die eine legale Legitimierung der Macht anstrebten: Öffentlichkeit, Freiheit, Wahlen. Aber sie musste ihren Gegenschlag keineswegs mit Hilfe einer Geheimpolizei und von Erschießungskommandos ausführen. Es grnügte eine ideologische Kampagne, um eine erneute Bewegung zu erzeugen, die diese „Rechten“, wie ihre griffige Stigmatisierung lautete, zum Schweigen brachte. Auf unzähligen „Massenversammlungen“ in Ämtern, Schulen, Universitäten, Betrieben ... gingen die eigenen Kollegen auf die „Rechten-“, „Halb-Rechten-“ und „anti-sozialistischen Elemente“ los „kritisierten“ sie, demütigten sie und verbannten sie anschließend für Jahrzehnte aufs Land, zur „Umerziehung durch Arbeit“. Der intensiv über zeitgeschichtliche Themen forschende und schreibende Shanghaier Bestseller-Autor 叶永烈 Yè Yǒngliè beziffert die Zahl der so ruinierten intellektuellen Existenzen des „Neuen China“ auf ca. eine Million Menschen⁹⁸, diverse Parteidokumente beziffern sie auf meist um die 500.000. In jedem Fall kam es hier zur Ausschaltung der unabhängig denkenden chinesischen Elite für Jahrzehnte. Sie war Opfer einer Diktatur, ja einer Despotie geworden, aber die war legitimiert durch das Charisma der Kommunistischen Partei Chinas. Die übergroße Mehrheit der Chinesen unterstützte diese Maßnahmen, ja führte sie sogar begeistert aus.

Etwa um diese Zeit, 1958, begriff das auch der oberste Führer dieser Herrschaft, Mao Tse-tung, und formulierte seine ihm durch das Charisma verliehene Macht und seine damit verbundenen Möglichkeiten in dem berühmten Satz:

中国六亿人口的显著特点是一穷二白, 这看起来是坏事, 其实是好事。穷则思变, 要干, 要革命。一张白纸, 没有负担, 好写最新最美的文字, 好画最新最美的图画。

Eine hervortretende Eigenheit der 600 Millionen Chinesen ist die: erstens arm und zweitens weiß. Auf den ersten Blick erscheint das als etwas Schlechtes. Tatsächlich aber ist es etwas Gutes. Arm bedeutet, dass man etwas ändern, revolutionieren will. Und ein Blatt weißes Papier ist unbelastet. Darauf kann man die neuesten und schönsten Schriftzeichen, die neuesten und schönsten Bilder malen.

Und das tat der Große Vorsitzende. Höhepunkt seines Schreibens und Malens auf dem weißen Blatt Papier „chinesisches Volk“ war die 1966 von ihm initiierte Kulturrevolution.

Eine ganz neuartige Gesellschaft sollte die nicht nur den Chinesen, sondern (ganz im Einklang mit dem traditionellen 天下 *Alles unter dem Himmel* – Anspruch der chinesischen Elite) auch gleich der ganzen Menschheit bringen: China als „Zentrum der Weltrevolution“. Die Organisation der Staatsmacht sollte sich an der Pariser Kommune von 1871 orientieren und als Rätemacht konstituieren, alles Private verschwinden, alles Materielle dem „richtigen Bewusstsein“ untergeordnet werden: nicht mehr das Sein das Bewußtsein, sondern umgekehrt, das „sozialistische Bewusstsein“ das Sein der Gesellschaft bestimmen. Für diese neue Welt aus „Wille und Vorstellung“ musste die Kulturrevolution aber zuerst die steckengebliebene 新文化运动 *Neue Kulturbewegung* von 1920 vollenden, die entwicklungsfeindliche chinesische Tradition im Hau-Ruck-Verfahren auslöschen und so *tabula rasa* für das „Neue“ machen. Mao kam aus dieser Tradition. Er glaubte an seine Vision, schrieb sie „in den schönsten Schriftzeichen“ auf das weiße Blatt Papier „seines Volkes“. Und das Volk glaubte auch daran – jedenfalls die Jugend. Begeistert erhob sie sich und fegte die KP-Apparatschiks aller Ebenen, bis in die höchste Hierarchie hinein, aus ihren Sinekuren heraus, so dass in den Jahren 1966 bis 1968 die gesamte Kommunistische Parteiorganisation zerschlagen am Boden lag.

Die Kulturrevolution bis etwa 1968/69 markierte den Höhepunkt der charismatischen Herrschaft in China, selbst die blassen Kopien legaler Herrschaft, die der Nationale und die lokalen Volkskongresse (Parlamente) sowieso nur waren, zählten nichts mehr in dieser Zeit – sie traten gar nicht erst zusammen. Ein einzelner Mensch, ein Führer, Mao Tse-tung, war stattdessen für die Bevölkerung zum Gott geworden, sein Wort legitimierte alles, genügte, um Millionen in diese oder jene Richtung laufen zu lassen, diese oder jene Handlung vorzunehmen und alles ohne jegliche moralische Bedenken. 毛主席的指示, 理解的要执行, 不理解的也要执行 – Die Weisungen des Vorsitzenden Mao müssen wir ausführen, ob wir sie verstehen oder nicht, sagten sie und fanden das ganz in Ordnung.

Mehr Macht als Mao in dieser Phase hat wohl nie zuvor ein einzelner Mensch je besessen. Aber die Untertanen erkannten sie an, sie hatten sich entschlossen, sich in die „freiwillige Knechtschaft“ zu begeben. Selbst Mao war das wohl unheimlich. Oder er war Realist genug, um zu wissen, dass ein solcher Zustand nie von Dauer ist, jedenfalls suchte er die entfesselten Massen nach einem Jahr wilder Freiheit ab Sommer 1967 wieder einzufangen. Zuerst ließ er die radikalsten Führer der Bewegung in der „Gruppe für die Kulturrevolution“ aus dem Verkehr ziehen⁹⁹ und dann die Aktivitäten der Rote Garde Organisationen begrenzen. Im Dezember 1968 erfolgte ihre Auflösung, Mao rief die Jugendlichen auf, ihren Kampf für die „neue Gesellschaft“ auf dem Land fortzusetzen, in die Einöden Chinas aufzubrechen und sich dort ausgerechnet von der rückständigsten Schicht der rückständigen chinesischen Gesellschaft, den Bauern, „umerziehen“ zu lassen. Sie folgten – ein letztes Mal begeistert – nur um wenige Monate später festzustellen, dass sie in einer schier ausweglosen Sackgasse gelandet waren, während Mao mit Hilfe der Armee den

Neuaufbau der Partei als Herrschaftsinstrument begann.

Dabei jedoch spaltete sich die oberste Machtetage, sein „engster Kampfgefährte und designierter Nachfolger“, der Armeeführer 林彪 Lín Biāo, suchte Mao als Despoten, der das Land ruiniere, zu diskreditieren und ihn im Sommer 1971 gar durch einen bewaffneten Putsch zu entmachten. Mao siegte zwar in diesem Machtkampf, doch seine charismatische Legitimität bekam erste Risse: Wie hatte er sich so in seinem „engsten Kampfgefährten“ täuschen können? War er vielleicht doch nicht unfehlbar? Sollte man ihm eher nicht glauben? Vielleicht den eigenen Kopf benutzen?

Beim Zurückdrängen des überbordenden Einflusses der Armee musste Mao zudem bald feststellen, dass es mit den Fähigkeiten der „neuen in der Kulturrevolution gestählten Kader“ nicht weit her war, ihr Niveau weit unter dem der alten, gerade entmachteten Apparatschiks lag. Ab 1972/73 holte er deshalb die als „Machthaber auf dem kapitalistischen Weg“ gestürzten in rasch steigender Zahl zurück auf ihre alten Posten. Zwischen diesen und den in der obersten Etage der Macht verbliebenen Profiteuren der Kulturrevolution um Maos Frau bildete sich ein Gleichgewicht der Macht, das bis zu Maos Tod im September 1976 durch dessen von beiden Fraktionen anerkannte, mittlerweile wohl eher traditionale Legitimität erhalten blieb. Niemand im Inneren Kreis der Macht wagte es, sich seinem Willen zu widersetzen, obwohl er an keinerlei Beschlussfassungen mehr persönlich teilnahm, sondern bloß noch im Bademantel, in seinem Schlafzimmer und am Pool liegend, die Geschichten der alten Dynastien studierte, insbesondere den 资治通鉴 *Durchgehenden Spiegel zur Hilfe beim Regieren*¹⁰⁰. Selbst in seinen letzten Lebensmonaten zwischen Frühjahr und September 1976 gehorchten sie willig dem Greis, als er sich – alters- und krankheitsbedingt –, körperlich verfallen, nicht einmal mehr verständlich machen konnte und ein Meldegänger wie sein adoptierter Neffe 毛远新 Máo Yuǎnxīn, der gar keine Funktion in der Parteiführung innehatte, als Überbringer seiner „Weisungen“ fungierte.

1976 bis 1989

Innerhalb der chinesischen Gesellschaft hatte das schnöde Ende der Ideale, des Kampfes für ein besseres Leben und eine bessere Gesellschaft, zur Desillusionierung geführt und, wie sich im Frühjahr 1976, ein halbes Jahr vor Maos Tod herausstellte, auch zu einer De-Legitimierung des Großen Vorsitzenden bei den Untertanen: Sein Charisma verging, was blieb war allenfalls die traditionale Legitimität des siegreichen Kriegsstrategen und Staatsgründers, dessen, der immer „an der Spitze stand“ – und die Volksrepublik mit dem Besitz der Atombombe auch in den Kreis der Weltmächte geführt hatte. Mao selbst hatte im übrigen 1971/72 durch die Einladung des amerikanischen Präsidenten Richard Nixon nach China, die hermetische Abschließung seines Machtbereichs beendet, hier und da öffneten sich auch für die Bevölkerung kleine Fenster zur Außenwelt, städtische Chinesen erhielten erstmals

die Möglichkeit, ihr Leben mit dem anderer Völker zu vergleichen, sich selbst zu verorten. Was sie da sahen, war niederschmetternd, erst recht für Leute wie sie, die sich stets an der Spitze des menschlichen Fortschritts gewöhnt hatten: Trist und arm war ihr materielles und trostlos ihr geistig-kulturelles Leben.

Die einzige Möglichkeit, diesen Zustand zu beenden lag in der Parteinahme für eine der beiden im permanenten Machtkampf verkeilten Fraktionen an der Spitze der Machtpyramide: für die „rehabilitierten“ Alt-Apparatschicks unter 邓小平 Dèng Xiǎopíng oder für die Profiteure der Kulturrevolution um Maos Ehefrau 江青 Jiāng Qīng. Die Wahl war mittlerweile einfach geworden: 邓 Dèng propagierte die Modernisierung durch Entwicklung der Wirtschaft – egal wie, während die anderen nur Ideologie anboten – leeres Gerede, wie sich mittlerweile zur Genüge und für alle herausgestellt hatte.

Im Frühjahr 1976, fünf Monate vor dem Ableben des siechen Mao, meldete sich die Bevölkerung zunächst in der zentralchinesischen Stadt 南京 Nánjīng, kurz darauf aber vor allem in der Hauptstadt Peking durch offene Parteinahme zu Wort: Sie versammelte sich auf Straßen und zentralen Plätzen und schmähte jene obersten „Führer“, die über die Kulturrevolution in ihre Spitzenpositionen gelangt waren. In den Tagen bis zum 4. April, dem traditionellen Totengedenktag, versammelten sich in Peking immer mehr meist junge Menschen aus den Universitäten und Hochschulen auf **dem** nationalen Polit-Platz Chinas, der riesigen Paradedfläche vor dem 天安门 Tiān'ānmén. Am Sonntag, dem 4. April 1976 waren es eine Million! Erstmals in der Geschichte der Volksrepublik meldete sich „das Volk“ selbst zu Wort, folgte nicht einem zentralen oder sonstigen Aufruf. Spontan, durch Weitersagen organisierten intellektuelle Aktivistinnen ihren unübersehbaren Anspruch, die Richtung der Politik zu entscheiden.

Äußerlich gedachten sie des Todes von Premierminister 周恩来 Zhōu Ēnlái, der im Januar 1976 gestorben und aus ihrer Sicht provokativ-unwürdig bestattet worden war. Der Mann galt ihnen als volksnah, pragmatisch, am wirtschaftlichen Aufbau interessiert, weltoffen, er stand, kurz, für alles, was sie sich wünschten. Er galt zudem als Protektor des 邓小平 Dèng Xiǎopíng, der nun, nach dem Tod des 周恩来 Zhōu Ēnlái, alleiniger Anführer der „Wirtschaftsfraktion“ war und auf den die Demonstranten deshalb alle ihre Hoffnungen auf ein besseres Leben setzten.

Im Dunkel hinter den großen Fenstern der Volkskongresshalle am westlichen Rand des 天安门 Tiān'ānmén-Platzes verborgen standen die Prätorianer der Kulturrevolution und beobachteten mit Grausen, wie sich da unten scheinbar aus dem Nichts, ohne vorhergehende öffentliche Debatten, Aufrufe etc. eine veritable Volksbewegung zusammenfand und ihre Ansprüche, verklausuliert, aber deutlich genug, vorbrachte. Sie holten zum Gegenschlag aus, ließen die Forderungen und Gedenkkränze des nachts abräumen, woraufhin sich am 5. April erneut Zehntausende, nun sehr zornige Demonstranten versammelten und die zu ihrer Kontrolle eingerichtete Wache belagerten. Polizeiautos gingen dort in Flammen auf, auch das Gebäude

selbst brannte. Am Vormittag des nächsten Tages knüppelten Polizei und „Milizen“ die „konterrevolutionären“ Demonstranten zusammen, verhafteten etliche und verjagten die anderen. Lautsprecher verkündeten das Verbot, den Platz zu betreten. Die erste Freiheitsbewegung in der Volksrepublik China endete mit einer Niederlage. Auch ihr Idol 邓小平 Dèng Xiǎopíng verlor. Ein (vom Boten dem Politbüro überbrachtes) Diktum Maos, wonach der „Zwischenfall“ seinen „Charakter geändert“ habe, aus Trauer ein „konterrevolutionäres“ Ereignis geworden sei, genügte, ihn als vermeintlichen (oder wirklichen) Hintermann aus seinen Machtpositionen zu entfernen. Allerdings ordnete Mao an, dass ihm das Schlimmste erspart blieb: Er durfte seine Parteimitgliedschaft behalten, man wolle sehen, „wie er sich weiter verhält“. Damit bewahrte sich 邓 Dèng die Chance, aus dem Hintergrund heraus die Fäden für eine Rückkehr zu ordnen und bei passender Gelegenheit zu ziehen. Die Niederlage im Zusammenhang mit der Volkserhebung des 5. April 1976 musste ihn in den Augen der Bevölkerung dazu legitimieren, sobald seine Feinde im Inneren Kreis der Macht entfernt worden waren. Das geschah schneller als gedacht.

Nur wenige Monate später starb Mao. Mit ihm verschwand der bis dahin einzig legitimierte Machthaber, und es stellte sich sofort die Frage, wer dieses Vakuum ausfüllen würde. Die Alt-Kader fühlten sich befreit und holten zum Gegenschlag gegen die Kriegsgewinnler der Kulturrevolution aus. Allerdings nur heimlich. Statt wie Mao zu Beginn seiner Kulturrevolution, die „Massen zu mobilisieren“, eine öffentliche Debatte über den Kurs zu beginnen, was sie hätten tun können (die Unterstützung der Bevölkerung hätten sie sicher bekommen), entschieden sie sich für einen heimlich vorbereiteten Putsch aus dem Hinterhalt. Keine publizistische Kampagne, keine Namen und keine Themen, keine Artikel in der Parteipresse, keine Aufrufe, kurz: keinerlei Öffentlichkeit. Wie in der klassischen orientalischen Despotie planten sie in den Wohnzimmern ihrer in den Pekinger Westbergen verborgenen Villen und ließen die „Bannerträger der Kulturrevolution“ um Maos Frau schließlich am 6. Oktober 1976, nur einen Monat nach Maos Tod, in einer im wahrsten Sinne des abgedroschenen Wortes Nacht-und-Nebel-Aktion verhaften, als sie, geladen zu einer fingierten abendlichen Politbüro-Sitzung, in der Volkskongresshalle eintrafen.

Wie sich in den folgenden Wochen und Monaten zeigte, war der Putsch legitimiert, die Bevölkerung unterstützte die Maßnahme ebenso wie die erneute Rückkehr des entmachteten 邓小平 Dèng Xiǎopíng im Frühjahr 1977. Aber erst im November des Jahres, eineinhalb Jahre nach der Volkserhebung, erfolgte die offizielle Rehabilitierung der Volksbewegung des 5. April 1976: Aus dem bislang „konterrevolutionären“ Zwischenfall wurde eine gerechte Erhebung zur Unterstützung des 邓小平 Dèng Xiǎopíng. Oder besser: der von ihm favorisierten Methoden der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung Chinas. Die publizierten von nun ab die Zeitungen und Magazine des Landes unter der Rubrik 实事求是 – die Wahrheit in den Tatsachen suchen. Nicht Ideologie, sondern allein wirtschaftliche Resultate bestimmten über Erfolg oder Scheitern der Politik, so lautete das Mantra des 邓小平 Dèng Xiǎopíng,

das nach und nach den Kurs im Lande bestimmte.

Wohl bei allen Chinesen fand dieses „Programm“ vor dem Hintergrund ihrer erbärmlichen materiellen Existenz volle Zustimmung: Weiße Katze? Schwarze Katze? Egal, Hauptsache, sie fängt Mäuse, Hauptsache die „Vier Modernisierungen“ (Landwirtschaft, Industrie, Wissenschaft und Technik und, ja auch: Militär) finden endlich statt und es geht uns materiell besser. Einigen der im Frühjahr 1976 aufgewachten freilich war dies nicht genug. Als im Herbst 1978 eine in der Kulturrevolution eingestellte, gerade wieder erschienene Zeitung indiziert wurde, ausgerechnet, weil sie die 天安门 Tiān'ānmén-Demonstrationen vom Frühjahr 1976 detailliert dokumentierte, traten sie erneut mutig hervor und schufen Öffentlichkeit. Unweit des geographischen Zentrums chinesischer Macht, des 中南海 Zhōngnánhǎi-Bezirks westlich des Kaiserpalastes, begannen sie, an einer bald als „Mauer der Demokratie“ weithin bekannten Stelle, sich öffentlich mit der Politik der Parteiführung auseinanderzusetzen. Die jungen Leute waren in der Kulturrevolution, als alles „Politik“ (= Streben nach Macht) war, sozialisiert worden, sie dachten hochpolitisch – und vermissten im bloß ökonomisch begründeten „Weiße-Katze-schwarze-Katze-Programm“ des 邓小平 Dèng Xiǎopíng etwas für sie inzwischen sehr Entscheidendes: Freiheit und Demokratie! Sie nannten das die „Fünfte Modernisierung“. Der bekannteste Vertreter dieser ersten, unabhängig denkenden chinesischen **Bürger**, Chinas erster echter Oppositioneller, war der ehemalige Rotgardist 魏京生 Wèi Jīngshēng. 邓 Dèng ließ ihn nach einigen Monaten sich immer intensiver und weiter verbreitenden Forderungen nach Demokratie und Freiheit verhaften und unter einem Vorwand zu 15 Jahren Gefängnis verurteilen.

Die „Mauer der Demokratie“ fiel ebenfalls seinem Verbot zum Opfer, doch ihre Ideen lebten weiter, setzten sich in einer rasch wachsenden Zahl intellektueller Köpfe fest und nahmen Form an. Einen dafür außerordentlich günstigen Nährboden schufen die Machthaber selbst, indem sie in den achtziger Jahren offensiv dazu übergingen, ihr „Weiße-Katze-schwarze-Katze-Programm“ durch Hereinlassen ausländischen Kapitals und Know-how in möglichst kurzer Zeit zu verwirklichen. Die 1980 verkündete Vervierfachung des Bruttoinlandsprodukts bis zum Jahr 2000 war ja aus eigenen Kräften nicht zu schaffen, dazu mussten die immer noch weitgehend verschlossenen Landestore den Kapitalisten und Imperialisten des „Westens“ geöffnet werden.

Genau dies geschah nun. Aber wie 邓 Dèng gesagt hatte, kamen durch die geöffneten Fenster leider auch „Schmeißfliegen“ herein, erst Moden, bald aber auch „Ideen“ und Ansichten aus Gesellschaften, die das politische und kulturelle Leben der Bevölkerung anders geregelt hatten als die chinesischen Machthaber, wo es Rechte für selbstbewusste Bürger gab, freie Presse und freie Meinungsäußerung und wo die Macht durch freie Wahlen legitimiert war. Das sahen in den achtziger Jahren wachsende Teile der chinesischen Elite oder besser ihres an den Universitäten in Ausbildung befindlichen Nachwuchses als erstrebenswert an, und sie began-

nen nun, nach legaler Herrschaft zu rufen.

Wieder machten sie dabei einen Schritt nach vorne, indem sie ihre Hoffnungen auf einen solchen Systemwechsel nicht mehr auf die Parteimachthaber setzten, sondern sich die Erkenntnis des damals bekanntesten Wortführers dieser Bewegung, Professor 方励之 Fāng Lìzhī, zu eigen machten, der ihnen aus seiner Universität in der Hauptstadt der Armenprovinz 安徽 Ānhuī zurief:

民主不是自上而下给予的, 而是从下到上争取的

Die Demokratie wird nicht von oben nach unten gewährt, sondern von unten nach oben erkämpft.

Zehntausende von Studenten demonstrierten 1986 in diesem Sinne auf zahlreichen Universitätscampi, aber erstmals auch auf den Straßen chinesischer Städte, für Freiheit und Demokratie, in Shanghai waren es im Dezember 1986 und erneut im Januar 1987 sogar 60.000. Bis in die höchste Parteihierarchie fand ihr Anliegen anscheinend – was immer die Interessen dabei waren – eine gewisse Unterstützung: Der Parteichef 胡耀邦 Hú Yàobāng stürzte über die ihm nachgesagte Sympathie für eine derartige „bürgerliche Liberalisierung“.

Erneut war es 邓小平 Dèng Xiǎopíng, der im Februar 1987 dessen Absetzung bewirkte sowie die Unterdrückung dieser bis dahin intensivsten und umfangreichsten Forderungen nach Rechten und politischem Wandel in die Wege leitete. Er hatte in der Folge nichts anderes mehr zu bieten als die sogenannten „Vier grundlegenden Prinzipien“, die nur eins besagten: die Diktatur der Parteifunktionäre muss erhalten bleiben. Damit verwirkte er – nicht bei seinen Genossen, aber bei zahllosen Intellektuellen jener Zeit – seine bis dahin bestehende Legitimität, die sie ihm während des Jubelumzugs zum 25-jährigen Bestehen der Volksrepublik China 1984 mit dem selbstgemachten und für chinesische Verhältnisse äußerst ungewöhnlich-vertraulichen Transparent 小平您好 – Hallo, Xiǎopíng geschenkt hatten. Auch die Partei, die diesen Kurs mitrug, erfuhr nun eine rapide De-Legitimierung, ihr Kredit aus den ersten Jahren des „Weiße-Katze-schwarze-Katze-Programms“ der Wirtschaftsreformen schmolz dahin, zumal sich mittlerweile für viele zeigte, dass es zwar ihre materiellen Lebensverhältnisse verbessert hatte, aber nun über die sich endemisch verbreitende Funktionärskorruption vor allem jenen zugute kam, die sich ihrer uneingeschränkten politischen Machtpositionen bedienen konnten, um „zuerst reich zu werden“.

Schon im April 1989 waren die mit der illegitimen Parteidiktatur Unzufriedenen wieder da. Der Tod des zwei Jahre zuvor wegen Sympathie für ihr erstes Aufbegehren dagegen abgesetzten 胡耀邦 Hú Yàobāng brachte sie, wie die Demonstranten 1976, wieder auf den 天安门 Tiān'ānmén-Platz. Wie jene damals den verstorbenen Premier 周恩来 Zhōu Ēnlái als Symbolfigur ihres Verlangens nach Wandel geehrt hatten, so taten es nun zunächst Studenten der großen Pekinger Hochschulen,

denen sich aber bald Zehntausende aus anderen Milieus und Schichten anschlossen: Journalisten der Parteipresse forderten Pressefreiheit, Beamte Rechenschaft, Arbeiter höhere Löhne und alle zusammen Transparenz und Öffentlichkeit, eine saubere Regierung, ein Ende der Korruption, kurz: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit.

Im Hintergrund der Massendemonstrationen konnten die Pekinger Machthaber an den Entwicklungen in der Sowjetunion und den osteuropäischen Ländern sehen, wohin ihr Nachgeben führen würde: zu ihrem politischen Ende. Gewißheit wurde diese Ahnung, als es in der Top-Parteiführung wegen des Drucks der Straße zu einer Spaltung kam, indem sich ausgerechnet auch noch der Parteichef dafür aussprach, einen friedlichen Ausgleich mit den Demonstranten zu finden, statt sie zu erschließen. Vermutlich wollte 赵紫阳 Zhào Zǐyáng die Massenbewegung für sich nutzen, um ungeliebte Genossen in der Führungsspitze loszuwerden – inclusive des im Hintergrund (ohne Parteiamt) die Fäden ziehenden größten Anhängers der Parteidiktatur 邓小平 Dèng Xiǎopíng. Die so Bedrohten handelten deshalb umgehend, ersetzten 赵 Zhào in einem Coup, ohne Mitwirkung der dafür vorgesehenen Parteigremien oder irgendwelche Rücksicht auf die Satzung der Partei, durch den willkürlich ausgewählten, kaum bekannten Shanghaier Parteichef 江泽民 Jiāng Zémín. 赵紫阳 Zhào Zǐyáng kam in Hausarrest und ist für das Regime bis heute eine Unperson, die weder in Text noch im Bild erscheint. Die immer noch Freiheit, Demokratie und Rechenschaft der Machthaber fordernden Demonstranten ließ 邓 Dèng im Morgenrauen des 4. Juni 1989 von der Partei-Armee zusammenschießen. Anschließend rollte für Wochen und Monate eine Polizei-Razzia nach der anderen über die Unruheherde im Lande, begleitet von der demütigenden Zurschaustellung der verhafteten „Konterrevolutionäre“ bzw. des „Abschaums der Gesellschaft“.

Im Vergleich zu den Jahren vor diesem Ereignis war damit der drastischste Wandel in der chinesischen Politik eingetreten, der denkbar ist: Erstmals seit 1949 gab es im Sommer 1989 niemanden an der Macht, der auch nur einen Funken Legitimität gehabt hätte. Der Fortbestand des Regimes beruhte auf nichts weiter als der „Chance“ nackter Gewaltanwendung gegenüber der eigenen Bevölkerung und der Gesetzlosigkeit im Inneren der herrschenden Organisation, die ihre eigenen Regeln (die Parteisatzung) über den Haufen geworfen hatte. Ohne diese Maßnahmen wäre das Regime in der gleichen Weise zerfallen wie jene im Sowjetblock zur gleichen Zeit. Die chinesische Gesellschaft schien in einem Großen Sprung rückwärts wieder in den 20er Jahren angekommen zu sein, in der Zeit der *warlords*: Die politische Macht kam allein aus den Läufen der Gewehre.

1989 bis heute

Freilich kann dies kein Zustand von Dauer sein, pure Gewalt verschafft keine Legitimität, allenfalls etwas Zeit, eine solche wieder aufzubauen. Tatsächlich legalisierte

eine Tagung des Zentralkomitees im Juni – nachdem die Fakten geschaffen waren – den innerparteilichen Putsch nachträglich und stellte die Einheit des Inneren Zirkels so wieder her. Nach außen, gegenüber der Bevölkerung, suchte sich die Macht dadurch zu rechtfertigen, dass sie durch das Zusammenschießen unbewaffneter junger Leute und den anschließenden gnadenlosen Terror gegen alles Oppositionelle „das Chaos“, ja letztlich den Untergang „Chinas“ verhindert habe. Angesichts der offensichtlichen Aussichtslosigkeit, irgendetwas gegen den überdeutlichen Willen zur Macht der KP zu unternehmen, begann dieses „Argument“ im Laufe der Zeit zu wirken und den neuen Herren des Landes sogar wieder Legitimität zu verschaffen. So viel sogar, dass sich heute keiner von ihnen scheut, darauf zu verweisen, dass das „entschlossene Vorgehen gegen die Unruhen“ den wirtschaftlichen Erfolg in den 90er Jahren erst möglich gemacht habe. (Natürlich ist diese Verhöhnung der Gedeimigten nur im Rahmen des fortbestehenden Redeverbots in Sachen „4. Juni“ möglich, wo niemand einer solchen Verhöhnung und Demütigung öffentlich entgegentritt.)

Mit Hilfe der Bajonette, die dafür sorgten, dass jeglicher öffentlicher Diskurs unterblieb und allein die mit allen propagandistischen Mitteln über die Bevölkerung ausgegossene Sicht der Machthaber galt, erzeugte das Regime in der Folge einen Schein legaler Herrschaft und rettet sich über eine Phase tatsächlicher Illegitimität hinweg, bevor es in den 90er Jahren einen weiteren politischen Wandel durchmachte und eine neue Legitimierung fand, die sich bis heute als eine Mischung aus traditionaler und legaler Macht darstellt.

Auf dem Boden der resignativen Einsicht der Unterworfenen und Verhöhnerten, vorerst nichts ändern zu können, aber doch weiterleben zu müssen, verschaffte das Verhalten der Eliten des „westlichen Auslands“ den Pekinger Machthabern die Möglichkeit, ihre fortdauernde Herrschaft zu rechtfertigen. In den Demokratien nämlich gab es auf den Schießbefehl zwei Reaktionen: eine der Empörung, die die Ausgrenzung „Chinas“ aus den „Reihen der zivilisierten Staaten“ forderte und eine ganze Zeitlang als *vox populi* erheblichen Einfluss auf das Verhalten der politischen Elite nahm (jedenfalls was deren öffentlich wahrnehmbares Agieren anlangte). Diese Strömung erzeugte in China eine heftige Selbstbehauptungsreaktion, zuerst bei den Machthabern, die dadurch ihr edles Gesicht verloren, doch bald auch bei anderen in der Elite, denen es bei „Kritik von außen“ nicht anders ging. Offensiv und zunehmend aggressiv verbaten sie sich jegliche „Einmischung“ in die Angelegenheiten der „chinesischen Familie“. Der „Westen“, in den 80er Jahren ein Vorbild für politische Reformsehnsüchte großer Teile der chinesischen Elite, wandelte sich zu einem Gegner „Chinas“, dem durch völkisches Zusammenstehen, durch eine „chinesische Volksgemeinschaft“, gegenüberzutreten war. Auf diesem Boden entwickelte sich zunächst in intellektuellen Kreisen der Elite, was man hierzulande als „chinesischen Nationalismus“ bezeichnet. Die überaus erfolgreiche Buchveröffentlichung 中国可以说不 China kann Nein sagen im Jahre 1996 gab diesem Trotz aus Beleidigtsein

einen furiosen Auftakt: Das Werk verkaufte sich sechs Millionen mal.

Die Machthaber erkannten ihre Chance, griffen diese Stimmung auf und kultivierten sie zu einer neuen Parteiideologie, die sie 2002 in der Satzung und 2004 sogar in der Verfassung ihres Staates verankerten. Seither figuriert die KP nicht mehr als ein Interessenverband der Arbeiterklasse, was eine Kommunistische Partei *per se* ist, sondern als „Partei des ganzen Volkes“, die behauptet, die Interessen aller Klassen und Schichten der Gesellschaft zu vertreten. Aber gegen wen eigentlich, wenn nicht gegen „das Ausland“? Gegen „chinafeindliche Kräfte“ oder solche, die „die Gefühle des chinesischen Volkes verletzen“? Die Macht in China legitimiert sich also heute nationalistisch, als Pate der „chinesischen Blutsgemeinschaft“. Die kräftige Förderung alles „Völkischen“ in Form der Wiederbelebung des staatskonfuzianistischen Kramladens, den die Aufklärer von 1919/20 noch zerschlagen sehen wollten, ist da nur die vollkommen logische Konsequenz und überrollt die Gesellschaft seither in zunehmender Intensität. Die Macht sucht sich traditional zu legitimieren – ein phänomenaler politischer Wandel, wenn man bedenkt, dass sie 1949 damit angetreten war ein „Neues China“ zu schaffen, nicht etwa das „Alte“ zu verbessern.

Parallel zu dieser Entwicklung wirkte, schon bald nachdem das Gewehrfeuer 1989 in Peking verhallt war, die andere Reaktion des „Westens“, die der Wirtschaftslobbyisten. Die waren von Anfang an für vorsichtiges Verhalten gegenüber „China“ eingetreten: Man dürfe den Gesprächsfaden nicht abreißen lassen, das verschlimmere die Situation der Verfolgten und der Bevölkerung insgesamt nur, gerade jetzt seien die „Kontakte“ aufrechtzuerhalten, „China“ dürfe nicht zum Paria werden usw. Es war diesen Pragmatikern des Geschäfts klar, dass gerade derjenige, der **jetzt** nach Peking fuhr, der **jetzt** Premier 李鵬 Lǐ Péng seine Hand reichte und allein dadurch Verständnis zeigte, mit Belohnungen in puncto Geschäft und Markteintritt seitens der Eigentümer des Staates (und seiner Wirtschaft) rechnen konnte. Die nahmen dieses Angebot deshalb gerne an und beantworteten es, indem sie umgehend die Tore ihres Machtbereichs weiter und weiter öffneten und alle hereinwinkten, die als Investoren kommen wollten. Im Handumdrehen machte „Entsetzen über das Massaker“ der „China-Euphorie“ Platz, die nun mit rasender Geschwindigkeit in den industriellen und über sie auch politischen Kreisen Europas, Amerikas, Japans etc. um sich griff. Direktinvestitionen von Hunderten Milliarden Dollar flossen in den 90er Jahren ins Land, dazu unbezifferbares, freigiebig dazugelegtes Know-how betriebswirtschaftlicher, ingenieurstechnischer, ja sogar, über unzählige Hochschul- und Forschungs„kooperationen“, neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse. Resultat war die (äußerlich) vollständige Verwandlung des chinesischen Erscheinungsbildes, was in dialektischer Rückwirkung das Engagement „westlicher“ Wirtschaft und Politik noch mehr anfeuerte: Welcher deutsche Spitzenmanager kehrte damals nicht mit dem bizarren Wunsch aus China zurück, die hiesige Verwaltung/Politik möge sich doch in puncto „Rahmenbedingungen“ von der dortigen Flexibilität eine Scheibe abschneiden? Resultat war das, was man heute keineswegs zu Unrecht als „chine-

sisches Wirtschaftswunder“ bezeichnet.

Unter den Bedingungen des gesellschaftlich-politischen Lebens – nicht-öffentlich und unfrei – bewirkte diese Melange aus „Volksgemeinschaft“ gegen „China-feindliche Kräfte“ und ökonomischer Dynamik (dank dieser Kräfte), dass die gleichen Machthaber, die 1989 ihr de-legitimiertes Regime nur durch das Zusammenschießen von Jugendlichen retteten, (bzw. dies heute loben), schon wenige Jahre später für nicht unbeträchtliche Teile ihrer Untertanen als glorreiche Architekten eines nie dagewesenen, unerhörten, großartigen chinesischen Wirtschaftswunders dastehen und ihre Herrschaft damit legitimeren können.

Perspektiven

Mit Blick auf künftigen politischen Wandel hat das einströmende ausländische Kapital aber noch einen weiteren Effekt auf die chinesische Gesellschaft gehabt. Ohne an eine gewisse Rechtssicherheit für ihre Unternehmungen in China zu glauben, hätten seine Manager es nämlich nicht oder nicht in dem Maße nach China gebracht, wie das der Fall war. Wenn seine Machthaber diese Entwicklungshilfe haben wollten, mussten sie ihr dieses juristische Umfeld schaffen. Diese Forderung nach Rechtsstaatlichkeit im Ökonomischen verstärkte die Entwicklung, dass ab 1992 große Teile der staateigenen Wirtschaft in tatsächliches oder faktisches Privateigentum der Funktionäre überführt worden und die chinesische Wirtschaft damit in eine Vielzahl unabhängig voneinander (und in Konkurrenz zueinander) stehender Einheiten aufgelöst worden war. Die Interessen ihrer tatsächlichen oder faktischen Besitzer erforderten – wie die der Zehntausenden ausländischen Investoren – ebenfalls Rechtssicherheit oder, wie es in diesen Kreisen heißt: ein *level playing field*. Das schuf die chinesische „Legislative“ in den 90er Jahren mit Hochdruck. Im ökonomischen Bereich der Gesellschaft besteht deshalb heute eine weitgehend tragfähige Rechtssicherheit, die die Teilnehmer des wirtschaftlichen Verkehrs, also letztlich auch alle Chinesen, tatsächlich nutzen können. Und das tun sie: Wer schlechte Ware geliefert bekommt, klagt vor Gericht. Wer seinen Vertrag verletzt sieht, klagt vor Gericht, und im großen und ganzen können sie alle darauf vertrauen, dass recht bekommt, wer es hat.

Mit anderen Worten: Das ökonomische Leben im Lande steht heute weitgehend auf einer legal-legitimierten Basis. Und die strahlt mehr und mehr auch in den staatlichen Bereich des Lebens, wo der einzelne „Rechte“ immer noch nur auf dem Papier besitzt. Warum kann ich einen geschäftlichen Vertragspartner verklagen, wenn er seine Zusagen nicht einhält, die Staatsmacht aber nicht? Diese Frage liegt so nahe, dass zunehmend mehr Chinesen sie stellen. Die Antwort sieht dann aber so aus, dass „der Staat“ – die „Partei des ganzen Volkes“ oder besser: ihre Funktionäre –

eben Sonderrechte haben, ja über dem Gesetz stehen. Auf Kosten der Bevölkerung, deren Interessen sie vorgeblich vertreten. Es liegt auf der Hand, dass dies nicht hinnehmbar ist – für keinen Menschen auf der Welt, weshalb sich seit einigen Jahren eine zunehmende Zahl von Chinesen auch nicht mit dieser Willkür abfinden möchte, sondern Rechte für sich verlangt, letztlich die Errichtung einer legal-legitimierten Herrschaft.

Der politische Wandel in diese Richtung steht seit einigen Jahren in China an. Die Zahl der Individuen nimmt zu, die ihr Recht in konkreten Fällen gegenüber der lokalen Staatsmacht einfordern: aus ihren Wohnungen/Häusern Vertriebene, jene, die keine Transrapidstrecke oder kein Chemiewerk in unmittelbarer Nähe haben wollen usw. Einen großen Schritt weiter ging der Shanghaier Finanzanwalt 严义明 Yán Yímíng, der Anfang 2009 von der Zentralregierung Auskunft über die konkrete Mittelverwendung des „Konjunkturpaketes“ verlangte, das in Höhe von umgerechnet 400 Milliarden Euro die chinesische Wirtschaft über die Krise bringen sollte. Wenn man bedenkt, dass dieses „Paket“ von nur wenigen Leuten ohne jegliche öffentliche Debatte beschlossen wurde, wie es bei Finanzdingen im Beuteland der Funktionäre üblich ist, zielte er damit auf das Herz des Regimes. 严义明 Yán Yímíng ist keineswegs der einzige Chinese, der „das Recht zu wissen“ einfordert. Der erste – und aus Sicht des Verfassers – bedeutendste, der das tat, war der Arzt Dr. 蒋彦永 Jiǎng Yànyǒng, der im Frühjahr 2003 sogar die Zentralregierung wegen ihrer Vertuschung der Sars-Epidemie öffentlich der Lüge überführt hatte, womit er solche Zustimmung seitens des Volkes erhielt, dass chinesische Druckmedien ihn eine Weile als „Volkshelden“ feiern konnten.

„Unten“ in der Gesellschaft hat sich so bereits ein großes Verlangen nach legaler Herrschaft aufgestaut. Aber oben ist (verständlicherweise) die Bereitschaft gering, dem nachzukommen, denn die bedeutete ja, die eigene, ebenso angenehme wie vorteilhafte, unbeschränkte Handlungsfreiheit einzuschränken. Zugeständnisse erfolgen deshalb nur sehr zögerlich, was der Umstand erleichtert, dass die „unten“ kaum Mittel in der Hand haben, einen ausreichend großen Druck aufzubauen: keine Presse, keine unabhängige Organisation, keine öffentliche Meinungsfreiheit ... Chinesen sind immer noch Untertanen und als solche Freiwild für die Schikanen der Mächtigen, die über dem Gesetz stehen. Aus diesem Grund gestaltet sich der jetzt anstehende politische Wandel so zäh und für die Mutigsten, die ihn einfordern, wie 刘晓波 Liú Xiǎobō und die anderen Verfasser der *Charta 08*, die mit ihren Forderungen nach Bürgerrechten, nach Gewaltenteilung, allgemeinen Wahlen und einer bundesstaatlichen Organisation des Staates die Axt an die Wurzeln der Willkürherrschaft legen, persönlich außerordentlich schmerzhaft und demütigend.

Es wird deshalb noch sehr, sehr lange dauern, bis der politische Wandel substantiell ist und nicht nur kosmetisch, Freiheit im Staate herrscht und nicht nur im Privaten. Vitale Interessen der Elite stehen dem entgegen, weshalb ein Versinken der chinesischen Gesellschaft in erneuter illegitimer oder gar charismatischer Herrschaft von Blut-und-Boden-Chauvinisten keineswegs ausgeschlossen ist.

9. China in der internationalen Politik: Nichts bleibt, wie es war und noch immer ist

Nicht nur Wissenschaft, Technik und industrielle Revolution hat die Menschheit jener Kultur zu verdanken, die sich seit nunmehr ca. 2.500 Jahren in der Europa genannten Region entwickelten. Hinzu kam am Ende des 18. Jahrhunderts ein erst ideologisches, dann aber sehr reales, vom Bürgertum, seinen Trägern, mit viel Gewalt über den ganzen Erdball getragenes Konzept, dem sich heute de facto die gesamte Menschheit unterworfen hat: der **Nationalstaat**. Erst auf dieser Grundlage gibt es überhaupt eine „internationale Politik“. Ihre Träger und Akteure sind die Nationalstaaten, deren Zahl derzeit bei 193 liegt, denen aber noch acht weitere Staaten hinzuzufügen sind, die zwar selbst diesen Status beanspruchen, ihn auch aufrechterhalten, indem sie ihr Hoheitsgebiet selbst kontrollieren, deren Existenz jedoch nicht alle anderen anerkennen¹⁰¹.

Den Nationalstaat zeichnet gegenüber seinen feudalen Vorgängern aus, dass er ein fest abgegrenztes Territorium ist. Den Machthabenden ist es nicht, wie Königen und Fürsten, die ihre Staaten mit allem, was darauf und darin war als Privateigentum besaßen und behandelten, gestattet, damit nach Belieben zu verfahren, es ganz oder in Teilen, zum Beispiel als Mitgift einer Tochter, einem anderen König zu überlassen oder sich durch kluges Heiraten zu vergrößern. Oder, wie chinesische Kaiser es noch im 19. Jahrhundert taten, Teile davon an fremde Mächte abzutreten (wie Hongkong an Großbritannien, die Provinz 山东 Shōndōng an Deutschland, riesige Gebiete im Nordosten an Russland usw.

Der entprivatisierte Nationalstaat hat zur wichtigsten Voraussetzung gewisse Gemeinsamkeiten seiner Bewohner, wie schon das Wort „Nation“ nahelegt, das sich aus *natio* = Geburt, Herkunft ableitet. Die Leute leben seit Generationen in gegenseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit dort zusammen, teilen eine gemeinsame Sprache und Schrift, Sitten und Gebräuche, Mythen und Märchen, kurz, was man als Kultur bezeichnet. Es gibt also – bei allem, was sie trennt, wirtschaftliche Verhältnisse, hierarchische Rangstellung, Bildung ... – starke Gemeinsamkeiten, die es den Bewohnern erlauben, miteinander auf vertrauter Ebene zu verkehren und so die Verhältnisse in ihrem Nationalstaat zu gestalten und zu entwickeln. Dieser, lange vor der tatsächlichen Bildung des Nationalstaates wirkende Prozess der Vereinheitlichung bringt es auch mit sich, dass ethnische Gruppen assimiliert werden, als Kultur letztlich verschwinden und nur noch als Trachtengruppen existieren.

Was die Nation so positiv beschreibt, ihre kulturelle Einheitlichkeit in fixierter territorialer Abgrenzung, hat wie alles auch eine andere Seite. Sie bedingt nämlich, dass sie die Gruppe, die sie charakterisiert, zugleich von außerhalb lebenden Gruppen

unterscheidet, nämlich den Bewohnern anderer Nationen. Die leben auf ihrem Gebiet zwar grundsätzlich gleich, indem sie miteinander kommunizieren, wirtschaften, sich bilden, ihre Widersprüche austragen und sich amüsieren. Aber sie tun dies auf andere Art und deshalb auch **mit unterschiedlichen Resultaten**. Treffen zwei „Nationen“ aufeinander, was im kleinteiligen Europa quasi Tagesgeschehen war (und ist), so ergibt sich automatisch die Möglichkeit des Vergleichs, der zum Ergebnis haben mag, dass die eine der anderen überlegen ist, zum Beispiel reicher und mächtiger, was sich leicht und objektiv messen lässt. Oder dass ihre „Kultur“ reichhaltiger ist, auf einem „höheren Niveau“ steht, was sich nicht so leicht messen lässt, aber dennoch (selbst als Vorurteil) zur allgemeinen Wahrnehmung gerinnen kann. Im (nur auf den ersten Blick) harmloseren Fall führt dies bei den Bewohnern der einen Nation zu Überlegenheitsgefühlen, die sie als „Stolz“ empfinden und „Patriotismus“ nennen.

Bereits 1775 – vor der Zeit der Nationalstaaten – gab es solche „Wir-Gefühle“. Der englische Lexikograph, Gelehrte und Schriftsteller Samuel Johnson (1709 bis 1784) befasste sich damit und kam in puncto Patriotismus zu einem für das Thema dieses Kapitels wichtigen Schluß: Er sei, definierte er, „die letzte Zuflucht des [politischen] Strauchdiebs“, was der amerikanische Journalist Ambrose Bierce (1842 bis 1914) später in sein Definitions-Wörterbuch des Teufels aufnahm, aber dabei entscheidend präzierte:

Patriotismus: Entflammbarer Müll, der für die Fackel des Ehrgeizlings bereitliegt, welcher seinen Namen ins rechte Licht rücken will. In Dr. Johnsons berühmtem Wörterbuch wird Patriotismus als die letzte Zuflucht eines Schurken definiert. Mit aller gebührenden Hochachtung ... bitte ich vorschlagen zu dürfen, dass es die erste ist.

Wenn „Patriotismus“ das harmlosere Gefühl ist, das aus im Nationalstaat zusammenlebenden, sich gleichwohl vielfältig voneinander unterscheidenden Bewohnern eine scheinbare „Volksgemeinschaft“ machen kann, dann ist der „Nationalismus“ die heftigere Variante des gleichen Gefühls, und der Chauvinismus wäre dann die von der „Fackel des Ehrgeizlings“ entflammte, der Rassismus die aggressivste. Wer sollte das besser wissen als die Europäer, die all dies mit ihrem Nationalstaat hervorbrachten und auslebten – gegeneinander und, mit reinstem Gewissen, ja missionarisch, in den zivilisatorisch zurückgebliebenen Teilen der Erde. Die Dialektik dieser Entwicklung führte aber auch dazu, dass die Übernahme des Nationenbegriffs durch die Kolonien-Eliten diesen das ideologische Rüstzeug verschaffte, sich die europäischen Fremdherrschaften letztlich wieder vom Hals zu schaffen.

Seither ist die nationalstaatliche Organisation der Menschheit universelles Faktum, weil (fast) alle Teile sich ihre Existenzberechtigung gegenseitig zusprechen. Aber wenn die „Nation“ vielleicht auch kein Müll ist, so ist sie doch eine Gedankenkonstruktion, die aus leicht erregbaren Gefühlen besteht, die, einmal aufgeputscht,

ihre Mitglieder in aggressive Arroganz, ja fanatische Raserei versetzen kann. Wie Johnson und Bierce sehr richtig feststellen, ist dazu freilich „jemand“ nötig, der die (gedankliche) Fackel hineinwirft. Aber es ist, zweitens, auch „jemand“ nötig, der sich davon entflammen lässt. Und es sind, drittens, gesellschaftliche Umstände nötig, die es verhindern, dass eine Mehrheit in der Bevölkerung vorhanden ist, die das böse Spiel durchschaut und das Zündeln unterbindet.

Nicht der Nationalstaat handelt, sondern seine Machthaber

Damit das gedankliche Konstrukt „Nation“ zu einem handelnden Akteur werden kann, muss sie freilich mehr sein als gewachsene Sprach- und Kulturgemeinschaft einer größeren Zahl von Menschen, ansässig auf einem fest umrissenen Territorium. Sie muss sich bemerkbar machen – sprechend und handelnd. Sie tut dies als Staat, der *per definitionem* die Charakteristika der Nation beinhaltet (deshalb auch Nationalstaat heißen mag), aber sich durch ein entscheidendes weiteres Merkmal vor der Nation auszeichnet: organisierte Macht.

Der Staat erst gliedert eine Nation von oben nach unten, plaziert Personengruppen an seiner Spitze, die „Macht haben“ und mit ihrer Hilfe für den ganzen Nationalstaat sprechen können. Diese Macht kann auf vielem beruhen, auch auf Zwang, aber letztlich und auf Dauer beruht sie darauf, dass der Befehlsempfänger sie akzeptiert, es in Ordnung findet, den Anweisungen der Macht Folge zu leisten – und sei es in freiwilliger Knechtschaft. In diesem Fall ist die Macht legitimiert. Auf beiden Seiten aber, Befehlsgeber und -empfänger, findet sich kein abstraktes Gedankenkonstrukt wie eine Nation mehr, sondern dort handeln Personen. Macht ist an Menschen gebunden.

Das Wesen des Nationalstaates als organisierte Macht über ein sich als Nation begreifendes Volk bedingt dabei, dass die Macht ausübenden Menschen, denen die Mitglieder (normalerweise) gehorchen, nur aus ihren Reihen hervorgehen können, also gleicher Nationalität sein müssen. Dies ist die erste und grundlegende Legitimation ihrer Herrschaft. Die Mitglieder der „Nation“ werden keine Macht akzeptieren die „fremd“ ist, sondern sich besetzt fühlen und die Besatzermacht abschütteln wollen. Erste Bedingung dafür, dass Menschen in einem Nationalstaat anderen Menschen erlauben, Macht über sich selbst auszuüben, ist daher, dass diese Macht aus der Nation stammt und sie nach außen, gegenüber den anderen, aufrechterhält. Der so konstituierte Nationalstaat ist heute die Basis für die internationale Politik, ihre jeweiligen nationalen Machthaber sind ihre Akteure, die den Gang der Dinge mit- oder gegeneinander bestimmen.

Auch wenn für diese nationalstaatlich-parzellierte Existenz der Menschheit derzeit der Begriff „Staatengemeinschaft“ gebräuchlich ist, genügt schon ein oberfläch-

licher Blick, um zu erkennen, dass damit nicht ein Zustand von „Friede, Freude, Eierkuchen“ gemeint sein kann. Widersprüche zwischen den Teilen dieser „Gemeinschaft“ gibt es allenthalben und von klein bis groß über praktisch jede denkbare Frage. Nicht selten tragen Mitglieder der „Staatengemeinschaft“ sie mit Gewalt aus, indem sie Krieg gegeneinander führen. Wer genauer hinschaut wird sogar feststellen, dass es mehr Widersprüche als Gemeinschaft gibt, und die Diplomatie, mit denen die Staaten ihren Verkehr in Gesprächsform regeln, Tag für Tag gerade damit beschäftigt ist, diese Gegensätze per Geben und Nehmen, im Kompromiß zu lösen und dadurch ihr gewaltsames Austragen zu vermeiden. Selbst unter Staaten, die sich in Bündnissen wie NATO oder Europäische Union zusammengetan haben, gibt es Widersprüche, die ständig zu bereinigen sind. Die „Staatengemeinschaft“ ist deshalb nur eine gedankliche Vorstellung, tatsächlich ist sie eine Fiktion.

Quelle dieser Widersprüche (oder der Gemeinsamkeiten) sind immer Interessen, definiert als Aufmerksamkeit einer Person an einer anderen oder an einer Sache – der eine wünscht ein bestimmtes Verhalten des anderen oder sucht von diesem etwas zu bekommen, was der aber vielleicht nicht hergeben will. Interessen entstehen letztlich (auch wenn es nicht immer so scheinen mag) aus materiellen Bedürfnissen, ja Ansprüchen, und diese wiederum diktiert der Lebenswille (oder der Wille, besser als bisher zu leben), den die Evolution sozusagen als *conditio sine qua non* auch dem Homo sapiens aufzwingt. Man kann sie deshalb im wesentlichen der Ökonomie zuordnen, die diese Mittel produziert und verteilt und von wirtschaftlichen Interessen sprechen. Aber auch der Begriff „Interesse“ verschleiert noch, worum es tatsächlich geht: um den eigenen materiellen Vorteil, um das eigene bessere Leben! Die internationale Politik ergibt sich also aus dem Handeln von fast 200 Nationalstaaten, die ihren jeweils eigenen Vorteil zu realisieren suchen.

Auch dies lässt sich weiter präzisieren, denn der Nationalstaat ist ja nur ein juristisches Subjekt. Der Nationalstaat ist kein Lebewesen und kann deshalb auch keine Vorteile suchen. Wenn er dennoch als ein solcher Interessenträger in Erscheinung tritt, was ja der Fall ist, dann stets über Personen, die als seine Repräsentanten handeln und behaupten, dies oder jenes in „amerikanischem“, „deutschem“ etc. Interesse durchsetzen zu wollen. Diese Personen sind die Machthaber des Staates, jene, deren erste Aufgabe es ist, die Nation mit allem, was dazu gehört – Territorium, Sprache, Kultur – zu bewahren und reicher zu machen.

Bloßes Wollen freilich reicht dafür nicht. Die Machthaber müssen auch über die nötigen Mittel verfügen, um ihr Wollen in erfolgreiches Handeln gegenüber den anderen Nationalstaaten (bzw. deren Machthabern) umzusetzen, „internationale Politik“ zu machen. Die Mächtigkeit ihrer Mittel speist sich dabei aus zwei Quellen: zum einen aus den materiellen Ressourcen, die der Macht zur Verfügung stehen (= der Reichtum des Staates, die Größe seiner Ökonomie) und zum anderen aus dem Grad ihrer Zugriffsmöglichkeit darauf. Letzteres ist entscheidend, denn was nützt einer Regie-

nung der größte Reichtum in der Gesellschaft, wenn sie nicht darauf zugreifen kann? Dieser Zugriff wiederum hängt davon ab, inwieweit andere Kräfte im Staat, letztlich „das Volk“, dies erlauben. In freien, demokratischen Zivilgesellschaften, in denen „die Wirtschaft“ in der Hand vieler eigenständig darüber verfügender Interessengruppen liegt, hat eine Regierung dabei weniger Zugriff auf diese Ressourcen als dort, wo „die Wirtschaft“ den Machthabern direkt gehört, sie sich also nicht mit potentiell divergierenden Interessengruppen herumschlagen müssen, die den Zugriff nicht erlauben wollen. Dies ist heute in China der Fall, wo der Gesamtstaat die Beute der obersten Führung einer Organisation namens Kommunistische Partei ist. Entwicklungsgeschichtlich steht dieses System auf der Stufe des europäischen Feudalismus, 17. Jahrhundert, wo die Macht sagte: *l'état c'est moi* (siehe Kapitel 2) oder, wie der Große Kurfürst:

Es ist dem Untertanen untersagt, den Maßstab seiner beschränkten Einsicht an die Handlungen der Obrigkeit anzulegen.

Nach außen ist „China“ schon etwas weiter, aber nicht viel. Vielleicht dort, wo Deutschland am Ende des 19. Jahrhunderts stand, **am Beginn der Nationenbildung**. Bis vor nicht einmal hundert Jahren (1911) beherrschten nämlich gar keine Chinesen das Land, sondern ein kleines, ehemaliges Reitervolk von jenseits der Mauer. Chinesen lebten als Menschen zweiter oder dritter Klasse in diesem Staat, der Zopf und die rasierte Stirn markierten ihre Unterwerfung unter die fremden Mandschu-Herrenreiter. Entsprechend hieß das Land auch nur bei Ausländern „China“, die Machthaber selbst sahen es als „Alles unter dem Himmel“, als „die Welt“ oder einen „Universalstaat“, wie der erste moderne Sinologe, Otto Franke, analysierte. Für den Außen-Gebrauch hieß der Staat: 大清国 – Reich der Großen Klarheit. Ein Nationalstaat war das nicht.

Erst um 1900 herum traten einzelne Chinesen öffentlich wahrnehmbar dagegen auf. Als ideologische Waffe kopierten sie, was ihnen als erstes ins Auge fiel und probat erschien: den zeitgenössischen europäischen Nationalismus/Chauvinismus/Rassismus mit all seiner Häßlichkeit, und riefen wie der (bis heute berühmteste und immer noch geehrte!) 鄒容 Zōu Róng (1885 bis 1905) in seiner Schrift 革命军 *Die revolutionäre Armee* zum Kampf gegen die „Rasse der fünf Millionen pelzigen, gehörnten Mandschus“ auf, zu einer „Revolution“, die „China seinen Platz als mächtige Nation der Erde einnehmen“ lässt, ja es „in der neuen Welt des zwanzigsten Jahrhunderts“ zu einem „berühmten Land“, gar dem 地球上主人翁 *Herren des Globus* machen sollte.¹⁰²

Erst 1911 brach die nicht-nationalstaatliche chinesische Welt zusammen. Aber nur äußerlich, der folgende „Nationalstaat China“ war nur ein Etikettenschwindel. Jahrzehntelang konkurrierten viele Mächte im Inneren darum, die „Nation“ nach außen zu vertreten, so dass es folglich keiner so recht gelang. Die Regierung der „Republik China“ in Peking blieb völlig machtlos, kontrollierte nicht einmal das Staatsgebiet,

das bis 1927 Beute von *warlords* war, ab 1927 Schlachtfeld zweier politischer Parteien, die als de facto *warlords* jede ihre eigene Armee unterhielten und je eigene „Staatsgebiete“ kontrollierten. Spätestens zwischen 1937 und 1945 war diese „Republik China“ fast gänzlich zerstört (japanische Besetzung), und anschließend bekriegten sich die beiden chinesischen Parteien erneut.

So gesehen beginnt die Herausbildung eines chinesischen Nationalstaates als Interessenträger und Akteur in der internationalen Politik eigentlich erst 1949. Und wenn man seine diplomatische Anerkennung als solchen durch Westeuropa und die Vereinigten Staaten zugrundelegte, sogar erst ab den frühen siebziger Jahren. Seit vier Jahrzehnten! Kein Wunder, wenn sich seine Mitglieder gedanklich heute etwa auf dem Stand der Deutschen befinden, damals, vierzig Jahre nach Gründung ihres Reiches 1871. Also immer noch 1911, immer noch 鄒容 Zōu Róng, immer noch viel Blut und Boden Mystizismus, die die „Nation“ zusammenhalten müssen.¹⁰³

Das politische System auf dem Stand des Louis XIV, die Reife als Nation auf dem Stand Deutschlands 1911 (hybrisch), ein Bewusstseinsstand der Elite auf dem Niveau der Frühaufklärung (als absolutistische Herrscher europäische Freigeister verfolgen ließen). Das ist die eine Seite, mit der „China“ heute internationale Politik betreibt. Auf der anderen Seite dieses vormodernen Zustandes aber steht im Jahre 2009, nach zwanzig Jahren aktivster Entwicklungspolitik der modernen Industriestaaten (siehe Kapitel 5), die unbegrenzte Verfügungsgewalt der zentralstaatlich herrschenden Autokratie über die drittgrößte BIP- und Handelsmacht der Erde, über Milliarden Dollars und Euros und die sonstigen Mittel der Macht, bis hin zu Langstreckenraketen mit Atomsprengköpfen, die Wissenschaft, Technik und Wirtschaft Europas und Amerikas ihr an die Hand gegeben oder die sie einfach kopiert hat. Dies sind Rahmen (modern) und Inhalt (vormodern) des chinesischen Akteurs in der internationalen Politik – eine explosive Mischung.

Chinesische Außenpolitik

Mit der Außenpolitik gestaltet ein Staat (in Wirklichkeit dessen Machthaber) seine Beziehungen zu einem anderen. Dies geschieht in der Form von Verträgen oder gemeinsamen Erklärungen und umfasst in der Regel konkrete Gebiete, wie ihre Sicherheit voreinander (oder gemeinsam vor Dritten), ihren wirtschaftlichen, kulturellen und anderen Verkehr. Stets sucht dabei jede Seite ihre je eigenen Vorteile, die sie wahren oder ausweiten will. Der französische Präsident Charles de Gaulle (1890 bis 1970) fasste dies einmal in den oft zitierten Satz: Zwischen Staaten gibt es keine Freundschaft, sondern nur Interessen. Damit suchte er den Verkehr von Staaten auf eine sachlich faßbare Grundlage zu stellen: Interessen als etwas Rationales, Freundschaft als etwas Emotionales, Interessen als etwas Berechenbares, Freundschaft als letzt-

lich Unkalkulierbares. Aber sind „Interessen“ rational und folglich kalkulierbar?

Einige sicherlich. So kann man generell jeder Staatsmacht, auch der chinesischen, als „Interesse“ den Wunsch unterstellen, sich selbst zu erhalten, was mit Blick auf andere Staaten erfordert, das eigene Territorium, Quelle und Basis der Macht, für sich zu bewahren. Aber da hört die Sicherheit der Rationalität schon auf. Was betrachtet „China“ als sein Territorium? Jahrzehntlang hatten die Machthaber etliche Nachbarn mit der Behauptung gegen sich aufgebracht, der Verlauf der gemeinsamen Grenze sei noch nicht festgelegt. Zahlreiche von der Mandschu-Herrschaft abgeschlossene und unterschriebene Grenzverträge mit Nachbarstaaten negierten sie und beanspruchten insbesondere von Indien und der Sowjetunion/Russland riesige Territorien, die Karten dieser Staaten als deren Gebiete auswiesen. Peking begründete seine Ansprüche mit der Behauptung, diese Territorien seien China im 19. Jahrhundert durch sogenannte ungleiche Verträge abgenommen worden: militärischer Druck Russlands etc. habe die damalige kaiserliche Regierung „gezwungen“, sie abzutreten und entsprechende Verträge zu unterschreiben. Die Unterschriften gälten deshalb nicht, es müssten neue, gleichberechtigte Verhandlungen stattfinden. Diese Haltung führte nicht nur zu dauernden Spannungen, sondern auch zu Kriegen bzw. militärischen Konflikten Chinas – mit Indien (1962), der Sowjetunion (1969) und Vietnam (1974–1976).

Damit konnte das Regime bis in die neunziger Jahre aber gut leben. Diese militärischen Konfrontationen waren ihm sogar nützlich, denn nichts fördert die Legitimität der Macht zu Hause so sehr wie ein äußerer Feind, dessen „ungerechtfertigte Ansprüche“ die Untertanen stets fest an die Seite ihrer Herrscher bringen. Dabei ist es gänzlich unerheblich, ob es diesen „Feind“ tatsächlich gibt, es genügt der Glaube, die Emotion, der Untertanen daran, um sie in die Bereitschaft zu versetzen, den Wünschen ihrer Herrscher nachzukommen. Tatsächlich ist deren Macht umso gesicherter, je gefährdeter „das Volk“ die Nation sieht.

Hier steht der Macht also ein wirksames, immer funktionierendes Werkzeug zur Verfügung, das sie nutzen kann, um sich zu erhalten. Es ist so wirkmächtig, dass es selbst dann diesen Zweck erfüllt, wenn ihre Untergebenen die Macht nicht mehr akzeptieren, zum Beispiel wegen ihrer Unfähigkeit, ihnen ein geordnetes Leben im Inneren zu gewähren. Soziale Konflikte, die (siehe Kapitel 4), ihre Legitimität in Frage stellen, ja gefährden, können die Inhaber der Macht mit einer „Gefahr von Außen“ leicht entschärfen.

Der chinesische Generalleutnant (Polit-Kommissar der Luftwaffe bis 2007) 刘亚州 Liú Yàzhōu, Verfasser zahlreicher militärstrategischer und geopolitischer Abhandlungen in ungewöhnlich direkter und deutlicher Sprache¹⁰⁴, benannte in seinem Aufsatz „Überzeugung und Ethik“¹⁰⁵ einmal die Gründe für den Einmarsch der chinesischen Armee in Vietnam im Februar 1979. Es habe dafür zwei Motive gegeben, schreibt er, erstens habe der Initiator des Angriffs, 邓小平 Dèng Xiǎopíng, damit sei-

ne noch nicht ganz gefestigte Position in der Partei stärken wollen. Zweitens habe er in den USA, die er nur wenige Wochen vor dem Krieg, anlässlich der Aufnahme diplomatischer Beziehungen am 1. Januar 1979 besucht hatte, eine pro-chinesische Stimmung erzeugen wollen. Für diese beiden „Ziele“ also ließ die chinesische Macht Tausende, wenn nicht Zehntausende ihrer Soldaten sterben oder verstümmeln – Ethik mit chinesischen Charakteristika. Freilich erklärte sie „ihrem Volk“ die Gründe des Angriffs nicht so. Dem gegenüber hieß es, die vietnamesische Armee überfalle pausenlos Chinesen im Grenzgebiet, gefährde die „territoriale Integrität Chinas“ weshalb ein 自卫还击 *Gegenschlag zur Selbstverteidigung* nötig sei. Das patriotische Volk funktionierte wie erwartet, brannte lichterloh, von Protesten ist nichts bekannt, und feiert bis heute in Form zahlloser Websites die Aggression als Heldenstück. Alle Kriege, die die Volksrepublik China bisher führte, besingen Bücher, Abhandlungen, Video-„Dokumentationen“ und Tausende von Websites als solche 自卫还击 *Gegenschläge zur Selbstverteidigung*. Sie alle haben die Legitimität der Macht gestärkt.

Tatsächlich ist im gegenwärtigen Frühstadium der chinesischen Nationalstaatsbildung die Aufrechterhaltung von Bedrohungsgefühlen bei den Untertanen das wirksamste Legitimitäts- und Herrschaftsmittel der Machthaber. Sie halten es deshalb seit 1949 im propagandistischen Dauereinsatz – praktisch vom Kindergarten an. Einen gewaltigen und äußerst leicht entflammaren Müllhaufen „patriotischer Überzeugungen“ haben sie so bis heute aufgetürmt, in den sie jederzeit eine Fackel werfen können. Sein Brennmaterial ist die (bei Chinesen zur Gewissheit geronnenen) Unterstellung, die Industriestaaten – heute: der „Westen“, um niemanden dort direkt herauszufordern – hätten „China“ im 19. und 20. Jahrhundert unterdrückt, schikaniert, gar ausgebeutet und wollten es heute „nicht aufsteigen“, sprich Großmacht werden lassen. Es ist in diesem Klima nichts leichter, als Chinesen bei Bedarf massenhaft und hysterisch gegen „den Westen“ oder bisweilen auch „die USA“ oder „Japan“ auf die Straßen zu bringen. Die absolute Feindschaft, ja Xenophobie, die einem bei solchen Gelegenheiten entgegenschlägt, ist frappierend, der Verfasser hat sie persönlich 1999 erlebt, als die chinesische Botschaft in Belgrad während des Kosovokrieges von NATO-Raketen zerstört worden war. Sie war 2005 wieder virulent, während der anti-japanischen Massendemonstrationen in zahlreichen Städten und erneut 2008, beim sogenannten Boykott der französischen Kaufhauskette Carrefour wegen deren angeblicher Unterstützung des Dalai Lamas.

„China“ ist immer Opfer gewesen, nie Täter, und jede internationale Konstellation, ja schon Gerüchte oder unbewiesene Behauptungen, die einen Gegensatz zum „Ausland“ beinhalten oder behaupten, bringen dieses Thema nach vorne und bieten den Machthabern die Möglichkeit, ihr Regime als Retter der chinesischen Nation zu legitimieren. Aber nicht nur Geschichtslügen und Propaganda wirken hier. Die setzen Machthaber in vielen Staaten so ein. Was diese Technik im Falle Chinas wesentlich wirkmächtiger werden lässt, ist die dies alles unterlegende, eine Aufklä-

rungsbewegung bis heute verhindernde, älteste und gepflegteste Überzeugung der chinesischen Elite seit Jahrhunderten: ihre Lebenslüge, einer großen, ja der feinsten Kultur der Menschheit anzugehören, der Kultur der Edlen (vergleiche Kapitel 2). Auf dieser ideologischen Basis steht der zivilgesellschaftlichen Welt heute eine leicht mobilisierbare, de facto 1,3 Milliarden Menschen umfassende chinesische Volksgemeinschaft gegenüber, wie man sie sich geschlossener gar nicht vorstellen kann.

Im Rahmen des gegebenen chinesischen Regimes, das dem Individuum der Macht gegenüber keine Rechte einräumt und jeden freien öffentlichen Diskurs historischer¹⁰⁶ und politischer Themen unterbindet, steht den Machthabern damit ein mächtiges Werkzeug zur Verfügung, die „Interessen“ dieser Volksgemeinschaft gegenüber einer konstant als feindlich gesehenen Außenwelt zu vertreten. Was immer sie hier tut, stärkt ihre Legitimität. Der Verfasser geht davon aus, dass sie mit solcher „Außenpolitik“ selbst den Zusammenbruch ihrer anderen Legitimitätssäule, der Freigabe des Privaten, unbeschadet überstehen wird. Auf der Grundlage einer so verfassten, in Unmündigkeit gehaltenen Untertanenschaft nimmt „China“, besser: die chinesische Elite, heute ihre „Interessen“ auf dem Globus wahr.

Wie international durchsetzungsfähig die Machthaber dabei sind, bestimmen ansonsten die Ressourcen, letztlich die finanziellen Mittel, die die ökonomische Entwicklung ihnen zur Verfügung stellt sowie ihre Zugriffsmöglichkeit darauf. All dies führt selbstverständlich aber erst dann zum Ziel – einen Vorteil zu erlangen – wenn die Mitbewerber in dieser internationalen Konkurrenz der Mächte geringere Ressourcen zur Verfügung haben (oder es mit ihnen keinen Interessenkonflikt gibt, weil man sich geografisch nicht in die Quere kommt).

Es lässt sich sehr gut verfolgen, wie sich die Machthaber im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung ihres Landes immer weiter hinausbegaben in die internationale Politik. Mit dem Einzug der chinesischen Vertreter in den Weltsicherheitsrat 1971 gehörten sie zwar in den Kreis der nationalstaatlich organisierten Großmächte, aber eher theoretisch, denn ökonomisch spielte China damals keine Rolle. Im Rahmen der NATO-Warschauer Pakt-Konfrontation war es dem „Westen“ aber ein lieber Verbündeter¹⁰⁷, erfreute sich dort großer Wertschätzung und war in Sachen Menschenrechte und Hinrichtungen keinerlei Kritik ausgesetzt. Diese Sympathie zum Feind des Feindes legte in den 70er und 80er Jahren eine solide Grundlage für die ökonomische Hinwendung der „westlichen“ Machthaber (= Politiker) nach China sowie in deren Gefolge der Industriemanager, die dort den größten Markt der Welt zu finden hofften, und die dann mit ihren gewaltigen Investitionen und Know-how-Transfers seit den 90er Jahren das „chinesische Wirtschaftswunder“ bewirkten, das den Machthabern bis heute rund 2000 Milliarden US-Dollar Devisenreserven an die Hand gab (siehe Kapitel 5).

Die griffen jedoch lange nicht in die internationale Politik ein, blieben vorsichtig, was ihre internationale Exposition betraf. Ein Wort des zwischen 1981 und seinem Tod

1997 wie ein chinesischer Kaiser das Land beherrschenden 邓小平 Dèng Xiǎopíng stand dafür: 韬光养晦 – seine Fähigkeiten verbergen und auf den richtigen Moment warten.¹⁰⁸ Die Formulierung verrät gut, in welchen Denk-Figuren auch die heutige Elite dieses Landes noch verharret. Sie stammt nicht von 邓 Dèng, sondern ist ein Sprichwort, das zurückgeht auf einen der zahllosen Geschichtsmysmen der chinesischen Elite, die allesamt aus den *Geschichtlichen Aufzeichnungen* des 司马迁 Sīmǎ Qiān (ca. 163 bis 85 v.Chr.) stammen. Er beschreibt, wie ein „König“ namens 勾踐 Gōu Jiàn (Regierungszeit angeblich: 496 bis 465 v.Chr.) aus seiner Niederlage im Kampf mit einem anderen Staat durch langjähriges In-Kauf-Nehmen von Demütigung, das Verbergen seiner Revanche-Gelüste und ein heimliches Aufrüsten diesen schließlich doch besiegte. 卧薪尝胆 – auf Brennholz schlafen und bittere Galle kosten besagt eine andere Variante dieser „Strategie“: „Sich die Demütigungen der eigenen Nation immer wieder bewusst machen“, übersetzt *Das Neue Chinesisch-Deutsche Wörterbuch*, worum es geht.

510.000 Treffer zeigt eine Internet-Suche nach 韬光养晦 – seine Fähigkeiten verbergen und auf den richtigen Moment warten derzeit an – es ist eine wohlbekannt List, die 邓小平 Dèng Xiǎopíng seinen Genossen hier verordnete, sie war jahrhundertlang Standard-Lehrmaterial seiner Vorgänger in den Kaiserhäusern.

Nie die Führung bei irgendetwas übernehmen, meinte 邓 Dèng damit, nicht den Kopf herausstrecken. Man solle in internationalen Angelegenheiten nicht in vorderster Reihe mitspielen – solange man zu schwach sei. Es gehe zunächst um wirtschaftliche Stärke und Aufrüstung, wozu „China“ das Wohlwollen der Feinde – der Industriestaaten – und eine friedliche Umgebung brauche. Deshalb solle man sich nicht in globalen Konflikten engagieren. „China“ könne so etwas noch nicht durchstehen, weshalb man es besser anderen überlasse – nämlich den USA (die sich damit nur schwächen, während man selbst im Dunklen, bittere Galle trinkend und an die vergangenen Demütigungen denkend, heranwächst). Die „klammheimliche Freude“ über die Folgen des amerikanischen Einmarsches in Irak kann man sich da leicht vorstellen. Was für eine „Strategie“ in der internationalen Politik des 21. Jahrhunderts!

Chinas politische Rolle in der heutigen Welt

Mit dem Tod des 邓小平 Dèng Xiǎopíng 1997 und dem Antritt der Ohne-邓 Dèng-Machtelite in den Personen 江泽民 Jiāng Zémín und 2002 Parteichef 胡锦涛 Hú Jǐntāo, die eine eigene Legitimierung suchten, begann diese Phase langsam auszu- laufen: Heute spricht man offen (und sehr selbstbewusst) vom 中国崛起 *China, das aufsteigt*. Man beginnt sich als Weltmacht zu sehen und wird sich auch so verhalten, wenn die materiellen Voraussetzungen vorliegen.

Der Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation Ende 2001 signalisierte das Auslaufen des alten Slogans. Ab da sah sich die Elite wirtschaftlich als dazugehörig. Zunehmend weniger ihre Fähigkeiten verbergend geht sie seither dem nach, was „China“ bislang noch nie gehabt hatte: Interessen in fernen Weltgegenden. Wie bei ihren Wirtschaftsreformen, die keinem Plan folgten, sondern nur dem 邓 Dèng-Diktum des „Die Steine ertastend den Fluss überqueren“, folgt sie auch dabei keiner globalen Blaupause, sondern geht den Weg des Ausprobierens und geringsten Widerstands. Nur das Ziel steht fest: ein reicher Industriestaat werden und natürlich ganz vorne in der Welt mitspielen. Wenn freilich das vormoderne Denken bis dahin immer noch so bestimmend ist wie heute, wäre auch die 鄒容 Zōu Róng-Vision von 1900 nicht auszuschließen: 地球上主人翁 *Herren des Globus* werden, die Aufklärung und Zivilgesellschaft durch „chinesische Kultur“ ersetzen. Die 20-Millionen-Dollar-Investition für mittlerweile bald 200 sogenannte Konfuzius-Institute in aller Welt ist nur ein kleiner Vorgeschmack darauf. Der Aufbau eines mächtigen international wirkenden Medien-Netztes für viele Milliarden Dollar, wie Anfang 2009 verkündet, schon ein etwas schärferer.

Beschaffungs- und Absatzmärkte sind derzeit aber wichtiger, und die sucht sich „China“ gemäß dem Motto „nur schnell muss es gehen“ zunächst dort, wo niemand oder kaum jemand von der mächtigen Konkurrenz ist: in Zentral- und Südostasien, in Mittelost (Iran, Irak), in Afrika und Teilen Südamerikas. Die Elite kann dabei unbegrenzt und ungestört von Gewaltenteilung, bundesstaatlicher Zersplitterung oder gegenläufigen zivilgesellschaftlichen Interessen zuhause als zentrale Staatsmacht auf alle Ressourcen zugreifen – nicht einmal von Medienkritik oder -enthüllungen muss sie sich ablenken lassen. Sie akquiriert ihren großen Staatsunternehmen Projekte aller Art, schafft die billige und willige Arbeitskraft ihrer Untertanen in Zehntausender-Kontingenten ins Ausland und setzt fern jeder Öffentlichkeit und Transparenz ihre Diplomatie und Verfügungsgewalt über die Devisenkasse ein, um die nötigen Bedingungen und Beziehungen zu schaffen. Deren 2000 Milliarden Dollar stehen für die Akquisition lebenswichtiger Rohstoffe zur Verfügung (wozu auch das Schmieren sie kontrollierender afrikanischer Despoten gehört). Da bietet dann (2005) die Ölfirma China National Offshore Oil Company 20 Milliarden Dollar bar auf die Hand für den US-Konzern Unocal oder die China Aluminium Co. (2009) für eine 18-Prozent-Beteiligung am australischen Bergbau-Riesen Rio Tinto 19,3 Milliarden usw. Flankierend dazu schlägt der Zentralbankchef im März 2009 vor, den US-Dollar als Welt-Leitwährung abzulösen und seine Rolle einem Rohstoff-Korb zu übertragen.¹⁰⁹ Und wenn in den USA Senatoren (Unocal-Kauf) oder in Australien die Regierung (Rio Tinto-Beteiligung) dagegen auftritt, zeigt sich Peking beleidigt, belebt im Volk den traditionellen Opferkomplex und treibt die Nicht-Wissenden patriotisch fest an die Seite der Macht.

Da, wo es ganz besonders wichtig ist, z.B. bei Oel- und Gasressourcen, initiierte „China“ sogar erstmals ein Staatenbündnis und gewann 1996 Rußland, Kasachs-

tan, Kirgistan und Tadschikistan für eine zunächst *Shanghai Five* genannte Organisation, die heute, erweitert um Usbekistan und weitere Länder mit „Beobachter“- , „Dialogpartner“ oder „Interessenten“-Status als Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit bereits 16 Staaten umfasst, in denen ein Viertel der Weltbevölkerung lebt. Es ist, was viele gar nicht wissen, die weltweit größte Regionalorganisation. Alle ihre Mitglieder sind unfreie, intransparente und vormoderne Gesellschaften, einige als Despotien organisiert. Ihre Ziele liegen auch keineswegs allein in der Sicherung nachbarschaftlicher Öl- und Gasgeschäfte, sondern seit dem Anti-Terrorkrieg der NATO-Staaten in Afghanistan mindestens ebenso darin, sich die Präsenz westlicher Zivilisation von den eigenen Grenzen fern zu halten.

All dies ist 2009 erst der Beginn chinesischer Beteiligung an internationaler Politik. Erkennbar ist aber bereits auch die unvermeidliche Absicherung in Form eines gewaltigen Aufrüstungs- und Modernisierungsprogramms der Armee (und einer Militarisierung der chinesischen Volksgemeinschaft, die ihresgleichen sucht), das darauf zielt, nah (Eroberung Taiwans, Absicherung der territorialen Ansprüche auf das gesamte Südchinesische Meer bis quasi auf die Strände Malaysias und der Philippinen) und fern der Landesgrenzen operativ tätig werden zu können. Zum Beispiel zur Absicherung von ozeanischen Transportwegen oder zur Sicherung materieller Interessen in weit von der chinesischen Küste entfernten Regionen.

Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) belegte China 2007 mit seinem Militäretat (58,3 Milliarden Dollar) den weltweit dritten Rang nach den USA (547 Milliarden Dollar) und Großbritannien (59,7 Milliarden Dollar). Tatsächlich aber belegt es den zweiten Rang, denn der offizielle Etat verschleierte absichtlich die tatsächlichen Ausgaben, die eher bei 122 Milliarden Dollar liegen sollen¹¹⁰. In der asiatischen Region ist der chinesische Militäretat damit doppelt so groß wie der des nächst folgenden, Japans. Betrachtet man auf Basis der Militäretat-Datenbank des SIPRI die Entwicklung dieser chinesischen Ausgaben als Anteil der Etats seiner Nachbarn, so lässt sich nicht nur erkennen, dass, sondern auch wann die Pekinger Machthaber begannen, das Schwert langsam aus der Scheide herauszuziehen und der Welt zu zeigen: seit 1998 wächst dieser Anteil in großen Sprüngen: 1997 betrug der (offizielle) chinesische Militäretat noch 38,6 Prozent des japanischen, doch 1998 waren es 44,5 Prozent, dann 49,7 Prozent, 54,3, bis der Anteil 2006 bei 113,3 Prozent lag. In bezug auf Indien begann diese Entwicklung um 2000, als er von 134,5 Prozent in großen Sprüngen auf 206,8 Prozent im Jahre 2006 kletterte. Dass sich die Militärführung im März 2009 ganz offen dazu bekannte, worüber Beobachter seit Jahren spekulierten, nämlich Flugzeugträger bauen zu wollen¹¹¹, ist da nur die konsequente Fortsetzung dieser Entwicklung.

Fazit

All diese Anstrengungen der chinesischen Elite sind aus Sicht des Verfassers nicht Resultat einer finsternen Verschwörung zur Übernahme der „Weltherrschaft“, sondern ergeben sich zwangsläufig aus dem Gebräu von ungebrochener chinesischer Tradition plus der in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts von ihr im Inland eingeschlagenen Zielsetzung: 致富光荣 – Reich werden ist ehrenhaft! Nur im Rückgriff auf die in den heimischen Grenzen vorhandenen Ressourcen ist Letzteres aber nicht machbar und so ist „China“ heute auf die Kaufkraft und die Vorräte der Welt angewiesen sowie auf einen störungsfreien Zugriff darauf. Letzteres freilich wird nicht mehr lange möglich sein, da die Ressourcen a) bereits von anderen genutzt werden und sie b) endlich sind. Ihre heutigen Hauptnutzer sind die dreißig OECD-Staaten (der „Westen“), die nur 15 Prozent der Weltbevölkerung stellen, aber 70 Prozent der Weltwerte erzeugen.¹¹² Sie auf den ihnen „gerechterweise“ zustehenden Anteil von 15 Prozent herunterzubringen, ist Ziel chinesischen Eingreifens in die internationale Politik.

Da es dort aber nicht nach „gerecht“ oder „ungerecht“ zugeht, sondern Interesse, genauer: Vorteilssuche bestimmend ist, geht die internationale Politik mit dem Hinzutreten eines so großen, vormodernen und soviel zu spät kommenden Mitbewerbers wie es „China“ ist, sehr unruhigen Zeiten entgegen. Wenn es der chinesischen Elite überdies gelingen sollte, eine zivilgesellschaftliche Aufweichung ihres Herrschaftsbereichs zu verhindern und ihre 1,3-Milliarden Volksgemeinschaft von Edlen und Opfern weiterhin gegen „den Westen“ zu führen, wird dies sogar schlimme Auswirkungen auf die in den Zivilgesellschaften erreichten Freiheiten haben.¹¹³

10. Abschließende Betrachtung: Es braut sich einiges zusammen für die europäische Welt

In der „Volksrepublik China“ haben wir es zuallererst mit den führenden Funktionären einer bis in die Graswurzeln der Gesellschaft wohlorganisierten, als zentralisierter Geheimbund konzipierten Partei zu tun, die sich in ihrer jeweiligen Hierarchieebene den Staatsapparat mit allen Verwaltungseinheiten und Machtorganen, die bedeutenden Wirtschaftsunternehmen sowie sämtliche natürliche Ressourcen des Landes zur Beute gemacht haben.

Die Machthaber dieser intransparenten Organisation bedienen sich einer, nur von sehr dünnem europäischen Zivilisationsfirnis verdeckten, tatsächlich aber bis ins

Mark vormodernen Gesellschaft, die sich nicht in freier, aufgeklärter Weise mit ihrer Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auseinandersetzt, sondern sich, basierend auf den in Jahrhunderten kultivierten Lebenslügen vergangener Mandarin-Eliten, als eine ganz besondere Volksgemeinschaft begreift. Statt Bürgerrechten pflegt sie lieber die ihr eingeschliffenen Tugenden des Untertanen: Gehorsam und geduldiges Ertragen, schlaue Überlebensstrategien, um der uneingeschränkten Macht zu entkommen. Ausnahmen, die sich seit einigen Jahren hier und da zeigen, bestätigen diesen Allgemeinzustand der chinesischen Gesellschaft.

Seit historisch kurzer Zeit erst dringen seit 2500 Jahren gewachsene europäische Rechtsauffassungen und Zivilisation in einem zähen Prozess in diese autistische Gesellschaft ein, deren heutige Elite wie ihre Vorgänger aufgeklärtes Denken und Handeln als Gefährdung ihrer absolutistischen Macht ansieht und ablehnt. Die vollzogene Akzeptanz der Wirtschaftsweise Europas erzwang jedoch die Auflösung des ökonomischen Staats-/Parteimonopols und die Gewährung von gleichen Rechten für alle im ökonomischen Bereich. Eine Übertragung in die politische Sphäre liegt nahe, hat hier und da, aber nur unten in der Gesellschaft, auch begonnen. Eine Verrechtlichung der Staatsmacht zerstörte der Elite jedoch die Hauptquelle ihrer Bereicherung: die gesetzlose Nutzung der Macht. Sie beteiligt sich deshalb nicht am Kampf um Bürgerrechte und stützt die Herrschaft des Geheimbundes.

Die Etablierung europäischer ökonomischer Verhältnisse unter den politischen Bedingungen gesetzloser Macht führt zu harten sozialen Interessenkonflikten, die die legitimatorischen Lebenslügen der Elite, inclusive ihrer Quintessenz, der „Volksgemeinschaft“, im Binnenverhältnis der Klassen in Frage stellen und zur punktuellen Delegitimierung der herrschenden Macht führen. Trotz seiner imposanten zentralisierten Organisation ist das Regime deshalb höchst zerbrechlich. Für die Annahme, dass sein Zusammenbruch quasi automatisch die Zivilgesellschaft nach China brächte, bietet das vormoderne Wesen dieser bislang ausschließlich unfreien Gesellschaft aber keinen Anlass.

Das „chinesische Wirtschaftswunder“ ist das Ergebnis eines historisch in diesem Umfang nie dagewesenen Entwicklungshilfeprogramms der Industriestaaten. In der Verfolgung ganz anderer Interessen haben deren Eliten Hunderte Milliarden Dollar Kapital, nicht bezifferbares Know-how und neuste wissenschaftliche Erkenntnisse in die vormoderne chinesische Gesellschaft übertragen, tatsächlich aber der sie beherrschenden Geheimbund-Autokratie in die Hand gegeben. Was vorübergehend den Interessen dieser Zaubermeister gedient haben mag, hatte jedoch zur irreversiblen Folge, dass die vormoderne chinesische Gesellschaft und ihre Elite jetzt als entfesselte Zauberlehrlinge mit den materiellen Mitteln der Moderne über den Rest der Welt kommen und Ansprüche geltend machen, die nur durch Umwidmung der globalen Ressourcen-Ausbeutung zu befriedigen sind. Dabei gilt aber: Was „China“ erhält, können andere nicht mehr für sich nutzen.

Heute hantiert die vormoderne und sehr ehrgeizige, sehr naive, aber vor allem: unfreie chinesische Gesellschaft mit den industriellen Groß-Werkzeugen der Moderne, die ihnen die Eliten der europäisch entwickelten Welt zur freien Verfügung überlassen haben, ohne dabei deren zivilgesellschaftliche Zählung in China sicherzustellen. Die Folgen sind Zerstörung, ja Vernichtung natürlicher Ressourcen in einem der Größe des Landes und dem Ehrgeiz seiner Bewohner entsprechenden Umfang. Und deshalb mit globalen Auswirkungen: direkten, durch den heute bereits größten anthropogenen CO₂-Eintrag in die Atmosphäre (gleichwohl noch viele Tonnen entfernt von den Pro-Kopfwerten der Industriestaaten!) sowie den von Wind und Wasser bewirkten Export von Giften aller Art. Und indirekten, nämlich den Versuchen, im Lande verlorengegangene Ressourcen durch Zugriff auf Ersatz in anderen Weltgegenden zu kompensieren. Dies betrifft derzeit Rohstoffe sowie landwirtschaftliche Güter, ja sogar landwirtschaftliche Nutzflächen.

Aus Blut-, Boden- und Geschichtsmythen nach europäischen Vorbildern des 19. Jahrhunderts konstruiert die chinesische Elite eine Selbst-Wahrnehmung (auch ihrer Untertanen), die mit zivilisatorischem Überlegenheits- und daraus folgendem Sendungsbewusstsein den ideologischen Impetus ihrer „Ethnien-Politik“ bildet, die das Binnen-Kolonialreich zusammenhalten soll. Diese Hybris schließt die Volksgemeinschaft nach innen hinter ihren „Führern“ und sogar ihrer Autokratie zusammen und legitimiert deren ungehinderten Zugriff auf die Ressourcen der riesigen, aber von zahlenmäßig kleinen, ethnisch fremden Gruppen bewohnten Gebiete. Diese verdoppeln überdies die Fläche des chinesischen Staatsterritoriums und erlauben der machthabenden Elite, in der internationalen Politik einen Großmacht-Status einzunehmen. Aber dieser überdimensionierte multi-ethnische Staat ist so auch sehr zerbrechlich, zumindest solange sich Uiguren, Tibeter und andere nicht „zivilisieren“ lassen wollen. Ihre strengste Überwachung und Kontrolle durch die chinesische Volksgemeinschaft, letztlich ihre Assimilierung, sind deshalb die unvermeidliche Folge.

Mit dem Sturz der traditionellen Autokratie 1911 setzte erstmals nach 2000 Jahren politischer Wandel in China ein. Nach jahrzehntelangen Wirren, die aber auch nie dagewesene Freiheiten erlaubten, konstruierten die neuen Machthaber 1949 einen äußerlich nach europäischem Vorbild gestalteten Staat, bewahrten aber mit dem Zentralstaat die autokratische Tradition. Schnell wich die scheinlegale Herrschaft einer charismatischen der Mao- und Deng-Jahre bis zu deren dramatischer De-Legitimierung im Juni 1989. Danach gewährten die Machthaber ihren mit Waffengewalt unterworfenen Untertanen komplette Freiheit im Privaten und schufen – nicht aus Einsicht, sondern getrieben von der Entstaatlichung der Wirtschaft und den Minimal-Ansprüchen zivilgesellschaftlicher Investoren – weitgehende Gesetzlichkeit im Wirtschaftlichen. Die am 4. Juni 1989 gebrochenen Untertanen „lohnerten“ ihnen dies durch Stillhalten, nicht aber durch Legitimierung. Dies zeigen seit kurzem einige Chinesen mit Zivilcourage – die ersten chinesischen Bürger! –, die damit an

das Aufbegehren ihrer Vorgänger 1956/57, 1976, 1979 und 1989 anknüpfen und eine verfassungsgemäße Herrschaft sowie zivilgesellschaftliche Freiheiten fordern. Sie allein sind die Triebkraft neuen politischen Wandels, aber sie können nur im engen Freiraum des Privaten wirken und stehen deshalb als sehr Schwache den gegenläufigen, mächtigen Interessen der herrschenden Minderheit des gesetzlosen Geheimbundes, den Monopolisten aller Staatsgewalt, gegenüber.

Deren Blicke enden seit kurzem nicht mehr an den Grenzen ihres überkommenen Landreiches. Wirtschaftliche Interessen führen sie hinaus in die Welt. Sie mit militärischen Mitteln abzusichern ist die logische Konsequenz, die Vorbereitung (Aufrüstung) läuft, die Umsetzung steht bevor. Dass die chinesische Autokratie nun über die Welt kommt, ergibt sich aber nicht allein aus ihren wirtschaftlichen Interessen. Die entscheidende Triebkraft ist vielmehr die nie zerstörte traditionale Alles unter dem Himmel-Hybris chinesischer Edlen-Eliten. Im Verbund mit dem Bewusstsein ökonomischer Macht und Größe geben die Pekinger Autokraten diesem Sendungsbewusstsein nach und konfrontieren die modernen Zivilgesellschaften des europäischen Kulturkreises mit dem Anspruch, den Zumutungen ihrer vormodernen Gesellschaft nachzukommen.

Aus all dem ergibt sich, in einem Satz, dass der Zauberlehrling „China“ die Sphären seines Lehrmeisters „Europa“ gehörig durcheinanderbringen wird. Jedenfalls dann, wenn der sich nicht entschließen sollte, dem kapitalistischen Jüngling auch noch die letzte Lektion europäischer Zivilisierung abzuverlangen: die Umgestaltung seiner Autokratie zu einer freien und transparenten Zivilgesellschaft.

Anmerkungen

Thomas Heberer:

Die Modernisierung Chinas: Analyse eines komplexen Prozesses

- 1 Christoph Hein, Die Chinesen sind an allem schuld, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 15.6.2008.
- 2 uk.reuters.com/article/oilRpt/idUKPEK30303020070403 (aufgerufen am 5.5.2009).
- 3 Wenn ich in meiner Darstellung von eigener Feldforschung spreche, so beziehe ich mich auf mehrwöchige oder mehrmonatige Forschungsaufenthalte im ländlichen oder städtischen Raum in Zusammenarbeit mit chinesischen Wissenschaftlern und Instituten, mit denen langfristige Forschungsk Kooperationen bestehen. In verschiedenen Regionen Chinas wurden seit den 1980er Jahren mittels Tiefeninterviews und teilweise Fragebögen unterschiedliche Themen untersucht und unterschiedliche Gesellschaftsgruppen befragt (Landbevölkerung, ethnische Minderheiten, private Gewerbetreibende, Privatunternehmer, Intellektuelle, Bewohner städtischer Nachbarschaftsviertel, ländliche Funktionäre usw.). Dies erlaubte Einblicke in das soziale und politische Leben verschiedener gesellschaftlicher Gruppen und Schichten in verschiedenen Regionen Chinas.
- 4 Lucian W. Pye, China: Erratic State, Frustrated Society, in: Foreign Affairs, Fall 1990.
- 5 Carsten Herrmann-Pillath, An Evolutionary approach to endogenous political constraints on transition in China, in: Thomas Heberer/Gunter Schubert (Hg.), Regime Legitimacy in Contemporary China. Institutional Change and Stability, London, New York 2008, S. 150.
- 6 Sie besagen, dass die KPCh die modernen Produktivkräfte, die moderne Kultur Chinas und die große Mehrheit des chinesischen Volkes vertritt.
- 7 Vgl. Mark Siemons, Die tausend Augen der Avantgarde, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.1.2009.
- 8 Vgl. u.a. das Interview mit Ai in der Süddeutschen Zeitung, 8.4.2009.
- 9 Zitiert in Chester C. Tan, Chinese Political Thought in the Twentieth Century, Garden City 1971, S. 25.
- 10 Vgl. Suisheng Zhao, Introduction: China's Democratization Reconsidered, in: derselbe (Hg.), China and Democracy: Reconsidering the Prospects for a Democratic China, London 2005, S. 5.
- 11 Vgl. dazu Shiping Hua/Roger T. Ames (Hg.), Chinese Political Culture, 1989–2000, Armonk, London 2001.
- 12 Vgl. z.B. Bruce Gilley, Legitimacy and Institutional Change. The Case of China, in: Comparative Political Studies, 3/2008, S. 259–284; Bruce Gilley/Heike Holbig, The Debate on Party Legitimacy in China: A Mixed Quantitative/Qualitative Analysis, in: Journal of Contemporary China, März 2009, S. 339–358; Gunter Schubert, One-Party Rule and the Question of Legitimacy in Contemporary China: preliminary thoughts on setting up a new research agenda, in: Journal of Contemporary China, February 2008, S. 191–204.

- 13 Vgl. z.B. den Bericht in Asia Times vom 5.5.2009: www.atimes.com/atimes/China/KE06Ad02.html (aufgerufen am 10.5.2009).
- 14 Der Begriff *governance* bezeichnet im Gegensatz zu *government* (Regierung), dass Steuerung und Regelung der Gesellschaft nicht nur vom Staat alleine ausgehen, sondern auch von der Privatwirtschaft und vom sog. „Dritten Sektor“ (Vereine, Verbände, Interessensorganisationen).
- 15 Zu diesem Themenkomplex: Thomas Heberer, Das politische System der VR China im Prozess des Wandels, in: T. Heberer/Claudia Derichs (Hg.), Einführung in die politischen Systeme Ostasiens. VR China, Hongkong, Japan, Nordkorea, Südkorea, Taiwan, Wiesbaden 2008, S. 21–178.
- 16 Vgl. Chen Jiaying, Jixin gongcou hejie qu (Mit ganzem Herzen und gemeinsam eine harmonische Musik spielen), in: Renmin Ribao (Volkszeitung, Zentralorgan der KPCh), 8.3.2005.
- 17 Richard Baum/Alexei Shevchenko, The „State of the State“, in: Merle Goldman/Roderick MacFarquhar (Hg.), The Paradox of China's Post-Mao Reforms, Cambridge/Mass., London 1999, S. 344ff.
- 18 Zhao Shukai, Obligatory Interactions in the Affairs of Township Governments, in: Chinese Sociology and Anthropology, 2/2006, S. 25.
- 19 Vgl. Thomas A. Metzger, The Western Concept of the Civil Society in the Context of Chinese History, Hoover Essays 21, Hoover Institution, Stanford 1998.
- 20 Vgl. z.B. S. N. Eisenstadt, Public Spheres and Civil Society in Selected Pre-Modern Societies: Some Comparative Observations, in: Comparative Sociology, 5 (2006) 1, S. 1-31; Mark N. Jensen, Concepts and Conceptions of Civil Society, in: Journal of Civil Society, 2 (2006), 1, S. 39–56.
- 21 Einen Überblick gibt: Qiusa Ma, Non-Governmental Organizations in Contemporary China. Paving the Way to Civil Society?, Abingdon, New York 2006, S. 16ff.
- 22 Piotr Sztompka, Civilizational Incompetence: The Trap of Post-Communist Societies, in: Zeitschrift für Soziologie, 2 (1993), S. 88f.
- 23 Vgl. dazu: Thomas Heberer, Unternehmer als strategische Gruppen: zur sozialen und politischen Funktion von Unternehmern in China und Vietnam, Hamburg 2001.
- 24 Dazu: Jie Chen/Bruce Dickson, Allies of the State: Democratic Support and Regime Support among China's Private Entrepreneurs, in: The China Quarterly, December 2008, S. 780–804; siehe auch David S.G. Goodman (Hg.), The New Rich in China: Future rulers, present lives, London, New York 2008; vgl. auch Thomas Heberer, Unternehmer als strategische Gruppen: zur sozialen und politischen Funktion von Unternehmern in China und Vietnam, Hamburg 2001; und derselbe, Private Entrepreneurs in China and Vietnam. Social and political Functioning of Strategic Groups, Leiden, Boston 2003.
- 25 Thomas Heberer, Institutional change and legitimacy via urban elections? People's awareness of elections and participation in urban neighbourhoods, in: T. Heberer/Gunter Schubert (Hg.), Regime Legitimacy in Contemporary China: Institutional Change and Stability, London, New York 2008, S. 79–106.
- 26 Die Disziplinierungskommission eines Landkreises in der Provinz Shandong sprach z.B. davon, dass nahezu die Hälfte der Wirtschaftskriminalitäts- und Korruptionsfälle in diesem Landkreis von Dorfkadern begangen würden. Vgl. Renmin Ribao, 23.9.2008.
- 27 Vgl. z.B. David Zweig/Chung Siu Fung, Elections, Democratic Values, and Economic Development in Rural China, in: Journal of Contemporary China, Februar 2007, S. 25–45;

- Gunter Schubert/Thomas Heberer, Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China, Bd. 2: der ländliche Raum, Wiesbaden 2009.
- 28 Lang Youxing problematisiert dies in seinem Aufsatz *Crafting Village Democracy in China: The Roles, Networking, and Strategies of Provincial Elites*, in: *Journal of Chinese Political Science*, 2/2006, S. 61–80.
- 29 Cai, Yongshun, *China's Moderate Middle Class. The Case of the Homeowners' Resistance*, in: *Asian Survey* 5/2005, S. 777–799.
- 30 Eigenes Interview, Shenzhen, 2.3.2004.
- 31 Eigenes Interview, Shenzhen, 23.2.2004.
- 32 Obwohl auf Grund der Staatsnähe vieler „NGOs“ in China die Anwendung des Begriffs problematisch ist, verwenden wir den Begriff hier, weil er (in der Regel in der englischen Form) auch im chinesischen Alltagsgebrauch verwendet wird.
- 33 ZahlenfürEnde2008:lijie-ok.blog.163.com/blog/static/9782709920091921516911/# (aufgerufen am 1.04.2009).
- 34 So z.B. die Zeitung *Nanfang Zhoumo* (Wochenende im Süden), 12.3.2009.
- 35 Vgl. z.B. Peng Xiaowei/Wang Ximing, *Die Rolle von NGOs bei der Regulierung und Steuerung öffentlicher Krisen* (übersetzt von Nora Sausmikat), *EU-China Civil Society Forum*, Hintergrundinformationen 3/2009, eu-china.net/web/cms/front_content.php?idart=1078 (aufgerufen am 20.4.2009).
- 36 Die Politikwissenschaftler Yu Jianxing, Jiang Hua und Zhou Jun haben sich in einem Buch ausführlich damit beschäftigt. Leider liegt dieser Band nur in Chinesisch vor: *Zai canyu zhong chengzhang de Zhongguo gongmin shehui. Jiyou Zhejiang Wenzhou shanghui de yanjiu* (Die chinesische Zivilgesellschaft wächst durch Partizipation heran. Studie zu den Handelskammern in Wenzhou/Zhejiang), Hangzhou 2008.
- 37 www.chinadevelopmentbrief.com/mode/157 (aufgerufen am 2.6.2006).
- 38 Phillip Stalley/Dongning Yang, *An Emerging Environmental Movement in China*, in: *The China Quarterly*, 186 (2006), June, S. 335.
- 39 Siehe z.B. Elizabeth Economy, *The River Runs Black: The Environmental Challenge to China's Future*, Ithaca, New York 2006, S. 131ff.
- 40 Peter Ho, *Greening without Conflict? Environmentalism, NGOs and Civil Society in China*, in: *Development & Change*, 32 (2001), S. 893–921.
- 41 Vgl. z. B. Robert P. Weller, *Alternative Civilities. Democracy and Culture in China and Taiwan*, Boulder 2001, S. 138ff.
- 42 Li Fan, *Zhongguo jiceng minzhu fazhan baogao 2004* (Bericht über Chinas Basisdemokratie 2004), Peking 2005, S. 229ff.
- 43 Yu Keping, *Quanli zhengzhi yu gongyi zhengzhi* (Politik der Rechte und Politik öffentlicher Güter), Peking 2003, S. 170.
- 44 Vgl. dazu Thomas Heberer, *Discourses, Intellectuals, Collective Behaviour and Political Change. Theoretical Aspects of Discourses*, in: Claudia Derichs/Thomas Heberer (Hg.), *The Power of Ideas. Intellectual Input and Political Change in East and Southeast Asia*, Copenhagen 2006, S. 26ff; Claudia Derichs/Thomas Heberer/Nora Sausmikat, *Why Ideas Matter: Ideen und Diskurse in der Politik Chinas, Japans und Malaysias*, Hamburg 2004, S. 38ff.
- 45 Vgl. z.B. Guobin Yang, *The Internet and Civil Society in China: a Preliminary Assess-*

- ment, in: *Journal of Contemporary China*, 12 (2003), S. 453-475; Shanthi Kalathil, *The Internet and Civil Society in China and Southeast Asia*, in: Junhua Zhang/Martin Woesler (Hg.), *China's Digital Dream. The Impact of the Internet on Chinese Society*, 2. Aufl., Bochum 2003, S. 31-46.
- 46 Zhongguo hulian wangluo xinxi zhongxin (Chinesisches Internetinformationszentrum), *Di 23ci Zhongguo hulian wangluo fazhan zhuangkuang tongji baogao 2009* (23. statistischer Bericht über die Entwicklung des chinesischen Internets 2009): www.cnnic.net.cn/html/Dir/2009/01/12/5447.htm (aufgerufen am 1.4.2009).
 - 47 Vgl. z.B. verschiedene Beiträge in Randy Kluver (Hg.), *Civic Discourse, Civil Society and Chinese Communities*, Stamford 1999 und Michael S. Chase/James C. Mulvenon, *You've Got Dissent! Chinese Dissident Use of the Internet and Beijing's Counter-Strategies*, Santa Monica 2002.
 - 48 Vgl. Diana Saco, *Cybering Democracy: Public Space and the Internet*, Minneapolis 2002.
 - 49 Guobin Yang, *Mingling Politics with Play. The Virtual Chinese Public Sphere*, in: *IIAS Newsletter* 33 (2002), S. 7.
 - 50 Martin Woesler, *Das Internet und die Menschenrechte in China*, in: Hauke Brunkhorst/Matthias Kettner (Hg.), *Globalisierung und Demokratie*, Frankfurt/M. 2000, S. 311.
 - 51 Unter anderem hat auch die Frankfurter Allgemeine Zeitung darüber berichtet, 24.3.2009.
 - 52 Vgl. u.a. Caroline M. Cooper, *'This is Our Way In': The Civil Society of Environmental NGOs in South-West China*, in: *Government and Opposition* 1 (2006), S. 123ff.; Qiang Wu, *Whither New Social Organizations in Urban China? The Structural Politics of Social Organizations in Urban China, post 1989*, Duisburg 2008 (Dissertation), abrufbar unter: duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DerivateServlet/Derivate-20027/Dissertation_Wu.pdf.
 - 53 Wu, ebd.
 - 54 Wie das funktioniert, erläutert der Blogger Wen Yunchao: www.tudou.com/programs/view/rs4E_bUBTmY (aufgerufen am 23.1.2009).
 - 55 Jens Damm, *Internet and the Fragmented Political Community*, in: *IIAS Newsletter* 33 (2003), S. 10.
 - 56 Vgl. u.a. Ashley Esarey/Xiao Qiang, *Political Expression in the Chinese Blogosphere: Below the Radar*, in: *Asian Survey* 5/2008, S. 752-772.
 - 57 blackeyequeen.blog.sohu.com/108438431.html (aufgerufen am 23.1.2009).
 - 58 zt.blog.sohu.com/s2009/mingbojuhui (aufgerufen am 23.1.2009).
 - 59 Vgl. dazu Thomas Heberer/Gunter Schubert, *Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China*, Bd. 1: der urbane Raum, Wiesbaden 2008 und Bd. 2: der ländliche Raum, Wiesbaden 2009.
 - 60 Vgl. Amitai Etzioni, *Die Entdeckung des Gemeinwesens. Ansprüche, Verantwortlichkeiten und das Programm des Kommunitarismus*, Stuttgart 1995; ders., *Die Verantwortungsgesellschaft. Individualismus und Moral in der heutigen Demokratie*, Berlin 1999.
 - 61 Walter Reese-Schäfer, *Die politische Rezeption des kommunitaristischen Denkens in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)*, (1996), S. 3.
 - 62 Mehr dazu: Thomas Heberer, *Soziale Sicherung und Sozialhilfe: Schritte zur „Harmo-*

- nisierung“ der Gesellschaft im gegenwärtigen China, in: *China Heute*, 4–5 (2005), S. 152–160.
- 63 Joel Migdal, *Strong Societies and Weak States. State-Society Relations and State Capabilities in the Third World*, Princeton 1988.
- 64 World Bank (Hg.), *World Development Report 1997*, Oxford et al. 1997.
- 65 Stephan von Bandemer/J. Hilbert, Vom expandierenden zum aktivierenden Staat, in: S. v. Bandemer et al. (Hg.), *Handbuch zur Verwaltungsreform*, Opladen 1999, S. 29.
- 66 Zu diesem Thema vgl. auch Thomas Heberer, *China: Creating Civil-Society Structures Top-down?*, in: Bruno Jobert/Beate Kohler-Koch (Hg.), *Changing Images of Civil Society. From Protest to Governance*, London und New York (Routledge) 2008, S. 87–104; Thomas Heberer/Nora Sausmikat, *China und die Zivilgesellschaft*, in: Joachim Betz/Wolfgang Hein (Hg.), *Neues Jahrbuch Dritte Welt 2005. Zivilgesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 208–239 und Christian Göbel/Thomas Heberer (Hg.), *Task Force: Zivilgesellschaftliche Entwicklungen in China. Duisburger Arbeitspapiere Ostasienwissenschaften*, 64 (2005), auch im Internet abrufbar unter www.uni-duisburg.de/Institute/OAWISS/neu/downloads/pdf/gruen/paper64.pdf (aufgerufen am 17.6.2009).
- 67 Rong Sun, *Gaijin chengshi guanli, tuidong shequ fazhan* (Die urbane Verwaltung reformieren, die Entwicklung von Nachbarschaftsvierteln vorantreiben), in: *Renmin Ribao*, 2.3.2005.
- 68 Vgl. Alan Dupont, *East Asia Imperilled, Transnational Challenges to Security*, Cambridge et al. 2001, S. 52f.
- 69 Vgl. *Die ZEIT*, 43/2005.
- 70 Vgl. zu diesem Abschnitt: Thomas Heberer/Anja Senz, *Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungsziele*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2006 (Discussion Paper 3/2006).
- 71 Carlos Wing-Hung Lo/Shan-Shan Chung, *China's Green Challenges in the Twenty-first Century*, in: Joseph Cheng (Hg.), *China's Challenges in the Twenty-first Century*, Hong Kong 2003, S. 726f.
- 72 Vgl. Thomas Heberer/Anja Senz, *Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungspotenziale*. Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2006 (Discussion Paper 3/2006), S. 16/17.
- 73 *The World Bank and State Environment Protection Agency, Cost of Pollution in China: Economic Estimates of Physical Damages*, Washington, D.C. 2007, S. 151; Internetversion: siteresources.worldbank.org/INTEAPREGTOPENVIRONMENT/Resources/China_Cost_of_Pollution.pdf (aufgerufen am 2.4.2009).
- 74 Vgl. u.a. Thomas Heberer/Anja Senz, *Chinas Umweltpolitik zwischen Implementationsproblemen und internationaler Kritik*, in: *Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht*, 4/2008, S. 567-589; Neil T. Carter/Arthur P.J. Mol (Hg.), *Environmental Governance in China*, London, New York 2007; Thomas Heberer/Anja Senz, *Regionalexpertise – Destabilisierungs- und Konfliktpotenzial prognostizierter Umweltveränderungen in China bis 2020/2050*, in: *Hauptgutachten 2007: Welt im Wandel – Sicherheitsrisiko Klimawandel*, Berlin 2007 (Internetversion: www.wbgu.de/wbgu_jg2007_ex06.pdf); Elizabeth Economy, *The River Runs Black: The Environmental Challenge to China's Future*, Ithaca, New York 2006 (aufgerufen am 17.6.2009).

- 75 Vgl. ausführlich: Stefanie Bechert, Die VR China in internationalen Umweltregimen, Münster 1995, S. 22ff.
- 76 Vgl. Toby Lincoln, Sustainable Development and Corporate Social Responsibility in China, in: China Brief, Vol. 4, No. 21, 2004, S. 7f.
- 77 Shihui Yan, Jianshe ziyuan jieyue he huanjing youhaoxing shehui (Eine energiesparende und umweltfreundliche Gesellschaft schaffen), in: Ru Xin et al. (Hg.), Shehui lanpishu 2006 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch der chinesischen Gesellschaft 2006: Analysen und Prognosen der sozialen Lage Chinas), Peking 2005, S. 184; China aktuell, 3/2006, S. 129.
- 78 Li Peilin/Li Wei, 2008 nian Zhongguo minsheng wenti diaocha baogao (Untersuchungsbericht über Fragen des Volkswohls in China im Jahre 2008), in: Ru Xin/Lu Xueyi/Li Peilin (Hg.), Shehui lanpishu. 2009 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blaubuch Gesellschaft. Analyse und Prognose von Chinas sozialer Lage im Jahre 2009), Peking 2009, S. 25.
- 79 Wang Xinling, Huanjing gongyi susong, shei zuo yuangao? (Öffentliche Umweltklagen, wer möchte als Kläger auftreten?), in: Zhongguo Baodao (China Report), 3/2009, S. 90.
- 80 Ebenda, S. 90/91.
- 81 Vgl. Z.B. Shangfang yu sifa duli (Petitionswesen und unabhängiges Recht) auf dem Blog des Juraprofessors He Weifang (blog.sina.com.cn/s/blog_488663200100dhzl.html, aufgerufen am 13.5.2009), der u.a. die Charta 08 unterzeichnet hat und deshalb an eine Provinzuniversität im fernen Westen Chinas versetzt wurde. Das entsprechende Interview findet sich auch im Internet auf der deutschen Seite der „Beijing Rundschau“: www.bjreview.cn/g-br/2005-46/2005.46-fm-1.htm (aufgerufen 13.5.2009).
- 82 Vgl. Eva Pils, China's Troubled Legal Profession, in: Far Eastern Economic Review, July/August 2008, S. 52ff.
- 83 Als Einführung: Robert Heuser, Einführung in die chinesische Rechtskultur, Hamburg 1999; Randall P. Peerenboom, China's long march toward rule of law, Cambridge et al. 2002; Neil J. Diamond/St Stanley B. Lubman/Kevin O'Brien (Hg.), Engaging the Law in China. State, Society and Possibilities for Justice, Stanford 2005.
- 84 Heinrich v. Treitschke, Politik. Vorlesungen, gehalten an der Universität zu Berlin, Hg. M. Cornelius, Bd. 2, Leipzig 1898, S. 569.
- 85 Tu Tu, Bi zao baofu geng kepa de shi jubao shichen dahai (Noch schrecklicher wie Racheakte sind Anzeigen, die im Sande verlaufen), in: Zhongguo Qingnian Bao (Chinesische Jugendzeitung), 18.3.2009.
- 86 news.chinanewsman.com/2009/0414/4144.html (aufgerufen am 20.4.2009).
- 87 Chen Guidi/Wu Chuntao, Zhongguo nongmin diaocha, Peking 2004; deutsch: Zur Lage der chinesischen Bauern, Frankfurt/M. 2006.
- 88 Vgl. Han, Wenxiu, The Evolution of Income Distribution Disparities in China since the Reform and Opening-Up, in: OECD (Hg.), Income Disparities in China. An OECD Perspective, Paris 2004, S. 20f.
- 89 Das Blaubuch für die chinesische Gesellschaft konstatiert für 2002 einen GINI-Koeffizienten von 0,45, vgl. Li, Peilin, Zhongguo jingji shehui fazhan de wenti he yueshi (Probleme und Trends der ökonomischen und sozialen Entwicklung Chinas), in: Ru Xin et al. (Hg.), Shehui lanpishu 2004 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce (Blau-

- buch der chinesischen Gesellschaft 2004: Analysen und Prognosen der sozialen Lage Chinas), Beijing 2004, S. 74; obgleich dieser Wert sehr wahrscheinlich nach oben korrigiert werden muss. Der Sozialwissenschaftler Zhou Jianming (Direktor des Zentrums für Internationale Strategische Studien an der Shanghaier Akademie für Sozialwissenschaften) sprach bereits 2004 in einem vom Ost-West-Kolleg der Bundeszentrale für Politische Bildung und der Konrad Adenauer-Stiftung organisierten Tagung „Aus der Geschichte Lernen“ (am 3.7.04 in Brühl) von einem GINI-Koeffizienten von 0,53 für den städtischen Raum. Was den Stadt-Land Vergleich anbelange, so müsse dieser Koeffizient noch wesentlich höher veranschlagt werden.
- 90 Vgl. Margot Schüller, Chinas Landwirtschaft, Neue Entwicklungstrends nach dem WTO-Beitritt, in: China aktuell, 33. Jg., 4/2004, S. 519.
 - 91 Vgl. Renmin Ribao, 10.4.2009.
 - 92 Vgl. Margot Schüller, Chinas Landwirtschaft, Neue Entwicklungstrends nach dem WTO-Beitritt, in: China aktuell, 33. Jg., 4/2004, S. 520.
 - 93 /CountryData/GetShowData.asp?sCtry=CHN,China) (aufgerufen am 7.1.2009).
 - 94 Renmin Ribao, 15.1.2009.
 - 95 Vgl. Guanyu 2008 nian jianqing nongmin fudan gongzuo de yijian (Erklärung zur Arbeit zur Verringerung der Belastung der Bauern im Jahre 2008), Hg. Landwirtschaftsministerium u.a. zentrale Behörden, im Internet: www.china.com.cn/policy/txt/2008-07/07/content_15963661.htm (aufgerufen am 19.3.2009).
 - 96 Interview mit dem Leiter des Petitionsamtes der Stadt Suining (Provinz Sichuan) am 19.9.2008.
 - 97 Vgl. verschiedene Internetbriefe an die Parteizeitung, Renmin Ribao, 13.4.2009.
 - 98 Ebenda.
 - 99 Vgl. Minxin Pei, When Reform Becomes Revolution: Regime Transition in China and the Soviet Union, 1979–1990, Cambridge/Mass. 1991, S. 149.
 - 100 Vgl. Xiangzhen Luntan (Ländliches Forum), 11-22/2003, S. 4ff.
 - 101 Siehe Zhongguo Jingji Shibao (Chinas Wirtschaftszeit), 29.12.08 www.cet.com.cn/20081229/h3.htm (aufgerufen am 2.1.2009).
 - 102 Vgl. Stefan Friedrich, China-Euphorie ohne Grenzen?, in: Die politische Meinung, 50. Jg., Nr. 423 (Feb. 2005), S. 8.
 - 103 Beijing Qingnian Bao (Pekinger Jugendzeitung), 18.2.2009.
 - 104 He Jing, Shiye baoxian: yao chengzhong geng yao falì (Arbeitslosenversicherung: Sie muss tragend sein und zudem Entwicklungspotenzial besitzen), in: Zhongguo Baodao (China Report), 3/2009, S. 50/51.
 - 105 Ou Chengzhong, Jiangdi shebao jiaofei wei shishi „laodong hetongfa“ chuangzao kuansong huanjing (Die Kosten für soziale Sicherung reduzieren, eine flexible Umwelt für die Realisierung des „Arbeitsvertragsgesetzes“ schaffen), in: Zhongguo Baodao, 3/2009, S. 72.
 - 106 Liu Mengyu, Cong zhanlüe kan chengxiang yibao (Die städtische und ländliche Gesundheitsversicherung von strategischer Warte aus betrachten), in: Zhongguo Baodao, 3/2009, S. 49.
 - 107 Li Xiujiang, Yigai: yixiang fuza de minsheng gaige (Reform des Gesundheitswesens: eine schwierige Reform im Sinne des Volkswohls), in: Xiaokang (Kleiner Wohlstand),

- 1.3.2009, S. 56.
- 108 Liu Mengyu, Yibao: chengxiang nanxia yipanqi (Gesundheitsversicherung: Schwierigkeit, die städtische und ländliche Gesundheitsversicherung miteinander in Einklang zu bringen), in: Zhongguo Baodao, 3/2009, S. 49.
- 109 chinadigitaltimes.net/2009/02/a-tradition-a-dragon-dance-and-then-a-riot/# (aufgerufen am 5.5. 2009).
- 110 The Economist 31.12.06 (www.economist.com/displaystory.cfm?story_id=4462719 (aufgerufen am 31.12.2008)).
- 111 Bezlova Antoaneta (2006), China grapples with a labor dragon, in: Asia Times Online, www.atimes.com/atimes/China_Business/HD27Cb06.html (aufgerufen am 4.1.2009); www.clb.org.hk/en/node/100349 (aufgerufen am 12.1.2009).
- 112 Vgl. Alvin Y. So, Peasant Conflict and the Local Predatory state in the Chinese Countryside, in: The Journal of Peasant Studies, 3 und 4/2007, S. 560-581.
- 113 Chen Guidi/Wu Chuntao, Zhongguo nongmin diaocha (Untersuchungsbericht über Chinas Bauern), Peking 2004; deutsch: Zur Lage der chinesischen Bauern, Frankfurt/M. 2006.
- 114 Jianrong Yu, Social Conflict in Rural China Today: Observations and Analysis on Farmers' Struggles to Safeguard Their Rights, in: Social Sciences in China, Autumn 2005, S. 125-136.
- 115 Vgl. dazu auch Kevin O'Brien, Rightful Resistance, in: World Politics, 49 (October) 1996, S. 31-55; Kevin O'Brien/Lianjiang Li, Rightful Resistance in Rural China, Cambridge et al. 2006.
- 116 Xiao Tangbiao, Ershiyunian lai dalu nongcun de zhengzhi wending zhuangkuang (Mehr als 20 Jahre politische Stabilität im ländlichen Raum auf dem Festland), www.snzg.cn/article/show.php?itemid-2912/page-1.html (aufgerufen am 18.2.2009).
- 117 Kalte Privatisierung steht hier für einen schleichenden Privatisierungsprozess, bei dem der Staat keine geeigneten Maßnahmen dagegen ergreift.
- 118 Feng Chen, Privatization and Its Discontents in Chinese Factories, in: The China Quarterly, March 2006, S. 42-60.
- 119 Vgl. dazu: Xi Chen, Between Defiance and Obedience. Protest Opportunism in China, in: Elizabeth J. Perry/Merle Goldman (Hg.), Grassroots Political Reform in Contemporary China, Cambridge/Mass., London 2007, S. 253ff.
- 120 www.wyzxsx.com/Article/Class4/200711/26855.html und www.chinaelections.org/NewsInfo.asp?NewsID=2206 (beide aufgerufen am 3.1.2009).
- 121 Dies ist ausführlich dokumentiert in: Thomas Heberer, Doing Business in Rural China. Liangshan's New Ethnic Entrepreneurs, Seattle, London 2007, S. 186ff.
- 122 Zur Nationalitätenproblematik vgl. u.a.: Dru Gladney, Dislocating China: Reflections on Muslims, Minorities, and Other Subaltern Subjects, Chicago 2004; Thomas Heberer, Doing Business in Rural China: Liangshan's New Ethnic Entrepreneurs, Seattle 2007; Robyn R. Iredale/Naran Bilik/Guo Fei (Hg.), China's Minorities on the Move: Selected Case Studies. Armonk, London 2003; Colin Mackerras, China's Ethnic Minorities and Globalisation, London, New York 2003; Morris Rossabi (Hg.), Governing China's Multiethnic Frontiers. Seattle 2004; Thomas Heberer, in: Gunter Schubert, China – Konturen einer Übergangsgesellschaft auf dem Weg in das 21. Jahrhundert, Hamburg 2001, S. 81-134.

- 123 Hierzu: Darwa Norbu, *Imperialism and Inner Asia 1775-1907. How British India and Imperial China Redefined the Status of Tibet*, in: K. Warikoo/D. Norbu, *Ethnicity and Politics in Central Asia*, New Delhi 1992, S. 22–30.
- 124 Darwa Norbu, *Imperialism and Inner Asia 1775-1907. How British India and Imperial China Redefined the Status of Tibet*, in: K. Warikoo/D. Norbu, *Ethnicity and Politics in Central Asia*, New Delhi 1992, S. 34.
- 125 Asbjorn Eide, *In Search of Constructive Alternatives to Secession*, in: Christian Tomuschat (Hg.), *Modern Law of Self-Determination*, Dordrecht 1993, S. 139f.
- 126 Darwa Norbu, *Imperialism and Inner Asia 1775-1907. How British India and Imperial China Redefined the Status of Tibet*, in: K. Warikoo/D. Norbu, *Ethnicity and Politics in Central Asia*, New Delhi 1992, S. 54.
- 127 Vgl. Tsering Shakya, *Drache im Schneeland. Tibets Kampf um kulturelle Autonomie und die chinesische Politik*, in: *Lettre*, Frühjahr 2009, S. 48/49.
- 128 Ebenda.
- 129 Hierzu Ronald D. Schwartz, *Circle of Protest. Political Ritual in the Tibetan Uprising*, London 1994, S. 71 und 120.
- 130 Ebenda, S. 26 und 218.
- 131 Vgl. dazu auch Barry Sautman (Hg.), *Contemporary Tibet*, Armonk, London 2006.
- 132 Vgl. dazu u.a. Changqing Cao (Hg.), *Tibet through dissident Chinese eyes*, Armonk, London 1998 sowie die im nächsten Abschnitt angesprochene Charta 08. Vgl. Auch den Offenen Brief von 30 Wissenschaftlern, Journalisten und Schriftstellern zur Lage in Tibet vom 22. März 2008: www.igfm-muenchen.de/tibet/diir/2008/OffenerBrief30chintel.html (aufgerufen am 21.1.2009), der von 300 chinesischen Intellektuellen unterzeichnet, in dem das Vorgehen der Regierung kritisiert und zum Dialog aufgerufen wurde. Ein interessantes und höchst kritisches Buch eines chinesischen Intellektuellen auch über Xinjiang: Wang Lixiong, *Wode Xiyu, ni de Dongtu* (Meine Westregion, euer Ostturkestan), Taipei 2007.
- 133 Vgl. Tsering Shakya, *Drache im Schneeland. Tibets Kampf um kulturelle Autonomie und die chinesische Politik*, in: *Lettre*, Frühjahr 2009, S. 51/52.
- 134 Thomas Heberer, *Peking erlässt die „Verwaltungsmethode zur Reinkarnation eines Lebenden Buddhas im tibetischen Buddhismus“*, in: *Zeitschrift für Chinesisches Recht*, 1/2008, S. 1–10.
- 135 www.sonnenseite.com/index.php?pageID=20&article:oid=a10121&template=article_detail.html (aufgerufen am 12.1.2009).
- 136 Vgl. z.B. www.tibet.com/future.html (aufgerufen am 12.1.2009).
- 137 Vgl. *Renmin Ribao*, 21.1.2009 sowie news.xinhuanet.com/newscenter/2009-01/19/content_10682727.htm (aufgerufen am 20.1.2009).
- 138 Qing Lianbing, *Zhongguo dangzheng lindao ganbu dui 2002–2003 nian shehui xingshi de jiben kanfa* (Prinzipielle Einstellungen führender Partei- und Staatskader Chinas hinsichtlich der sozialen Situation in den Jahren 2002-2003), in: Ru Xin/Lu Xueyi/Li Peilin (Hg.), *Shehui lanpi shu 2003 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce* (Blaubuch der Gesellschaft 2003: Analyse und Prognose der Lage der chinesischen Gesellschaft), Peking 2003, S. 136.
- 139 Ding Yuanzhu/Zhou Yongping, *Zhongguo jumin shehui xingtai genzong fenxi* (Eine Analyse, in welcher Weise Chinas Bewohner die gesellschaftliche Lage verfolgen), in: Ru

- Xin/Lu Xueyi/Dan Tianlun (Hg.), *Shehui lanpi shu 2000 nian: Zhongguo shehui xingshi fenxi yu yuce* (Blaubuch der Gesellschaft 2000: Analyse und Prognose der Lage der chinesischen Gesellschaft), Peking 2002, S. 20.
- 140 Janos Kornai, *The Socialist System: The Political Economy of Communism*, Princeton 1992, S. 433.
- 141 Thomas Heberer, *Unternehmer als Strategische Gruppen. Zur sozialen und politischen Funktion von Unternehmern in China und Vietnam*, Hamburg 2001; Thomas Heberer, *Private Entrepreneurs in China and Vietnam, Social and Political Functioning of Strategic Groups*, Leiden, Boston 2003.
- 142 Das interessante chinesische Buch „Wen Lian Yue“ (Frage Wen Yue, Peking 2007), in dem junge Chinesen in der Hoffnung auf psychologische Beratung in Alltagsfragen Fragen an Lian Yue stellen, vermittelt einen guten Überblick über Individualisierungsthemen und Wertewandel im gegenwärtigen China.
- 143 *Danwei* bezeichnet die traditionellen Staatsbetriebe, die nicht nur für Beschäftigung, sondern für alle sozialen und politischen Angelegenheiten ihrer Mitglieder zuständig sind.
- 144 Samuel P. Huntington, *Political Order in Changing Societies*, New Haven, London 1996 (2nd edition), S. 49f.
- 145 Deng Weizhi/Xu Juezai/Shen Yonglin, *Biange shehui zhong de zhengzhi wending* (Politische Stabilität von Gesellschaften im Wandel), Shanghai 1998.
- 146 Renmin Ribao, 9.2.2009, S. 10.
- 147 Huang Renzong, *Zhongguo de zhengzhi tizhi gaige guan* (Über die Reform der politischen Strukturen Chinas), in: Zhanlüe Yu Guanli (Strategie und Management), 2/2002, S. 72.
- 148 Kang Xiaoguang, *Weilai 3-5 nian Zhongguo dalu zhengzhi wendingxing fenxi* (Analyse der politischen Stabilität auf dem chinesischen Festland), in: Zhanlüe Yu Guanli, 3/2000, S. 1-15.
- 149 Huang Weiping, *Quanqiu hua yu Zhongguo zhengzhi tizhi gaige* (Globalisierung und Reform des politischen Systems Chinas), in: ders. (Hg.), *Dangdai Zhongguo zhengzhi yanjiu baogao* (Forschungsbericht über die gegenwärtige chinesische Politik), I, Peking 2002, S. 21-30.
- 150 Yu Keping, *Zengliang minzhu yu shanzhi* (Inkrementale Demokratie and Good Governance), Peking 2003; ders., *Toward an Incremental Democracy and Governance: Chinese Theories and Assessment Criteria*, Project Discussion Paper No. 3/2000, Institut für Ostasienwissenschaften, Universität Duisburg (orange Reihe); ders., *Globalization and Changes in China's Governance*, Leiden, Boston 2008, S. 251ff.
- 151 In einem 2009 erschienenen Buch hat Yu seine ursprüngliche Position in diesem Sinne noch erweitert, vgl. Yan Jian (Hg.), *Rang minzhu zaofu Zhongguo*. Yu Keping fangtan lun (Durch Demokratie China bereichern. Im Gespräch mit Yu Keping), Peking 2009, S. 33.
- 152 Keping Yu, *Minzhu shi ge hao dongxi* (Demokratie ist eine gute Sache), Hg. Yan Jian, Peking 2006.
- 153 *Zhongguo zhengzhi gaige lantu* (Plan für eine politische Reform Chinas), Peking 2008.
- 154 news.sina.com.cn/c/2008-12-18/143116874480.shtml (aufgerufen am 23.1.2009).
- 155 „Renmin daibiao dahui zhidu yu Zhongguo minzhu zhengzhi“ xueshu yantaohui lunwenji (Gesammelte Beiträge der akademischen Tagung „System der Volkskongresse

- und demokratische Politik Chinas“), Peking 2008.
- 156 Eine Übersetzung von Jörg Rudolph in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.12.2008.
- 157 online.wsj.com/article/SB122964944665820499.html?mod=googlenews_wsj (aufgerufen am 4.1.2009).
- 158 Siehe dazu u.a. Ariana Eunjung Cha, For China's New Left, Old Values, in: Washington Post, 19.4.2009, www.washingtonpost.com/wp-dyn/content/article/2009/04/18/AR2009041801939.html [aufgerufen am 13.5.2009].
- 159 Vgl. z.B. Li He, China's New Left and Its Impact on Political Liberalization, www.eai.nus.edu.sg/BB401.pdf (aufgerufen am 12.5.2009); Xu Youyu, Dangdai Zhongguo shehui sixiang de fenhua he duili (Spaltung und Gegensatz der sozialen Ideologien im gegenwärtigen China), blog.sina.com.cn/s/blog_475942ab01000b7s.html (aufgerufen am 12.5.2009).
- 160 news.163.com/09/0228/09/537R7NFN00012Q9L.html (aufgerufen am 5.5.2009).
- 161 Vgl. z.B. das Standardwerk von Samuel P. Huntington: Political order in changing societies, 2. Auflage, New Haven und London 1996.
- 162 Dieser Abschnitt stammt im Wesentlichen aus: Thomas Heberer/Anja Senz, Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungsziele, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2006 (Discussion Paper 3/2006), S. 38–50.
- 163 Vgl. dazu: Hongying Wang, National Image Building and Chinese Foreign Policy, in: China: An International Journal, 1.1 (March 2003), S. 46–72.
- 164 Vgl. Gill Bates, Rising Star: China's New Security Diplomacy, internet-Version, (www.tfpd.org/pdf/Gill.Chinapaper.Apr2005.pdf) (aufgerufen am 2.1.2009).
- 165 International Crisis Group (ed.), China's growing role in UN-Peacekeeping, in: Asia Report No. 166 (17.4.2009), www.crisisgroup.org/home/index.cfm?id=6062 (aufgerufen 1.5.2009).
- 166 Siehe dazu: Yong Deng, China's Struggle for Status. The Realignment of International Relations, Cambridge u.a. 2008.
- 167 Vgl. Hanns G. Hilpert/Kay Möller/Gudrun Wacker/Gerhard Will, China 2020. Perspektiven für das internationale Auftreten der Volksrepublik, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005, S. 31ff.; Hanns G. Hilpert/Gerhard Will, China und Südostasien. Auf dem Weg zu regionaler Partnerschaft, Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2005; David Shambaugh, China Engages Asia. Reshaping the Regional Order, in: International Security, 29 (Winter 2004-2005), 3, S. 64–99; Christopher Hughes, Nationalism and Multilateralism in Chinese Foreign Policy: Implications for Southeast Asia, in: The Pacific Review, Vol. 18, No. 1 (2005), S. 119–135.
- 168 China Daily, 16.12.2005, Internetversion: www.chinadaily.com.cn/english/doc/2005-12/16/content_503995.htm (aufgerufen am 20.1.2009).
- 169 Vgl. www.atimes.com/atimes/Southeast_Asia/KD30Ae01.html (aufgerufen am 3.5.2009).
- 170 Vgl. Renmin Ribao, 25.9.2005.
- 171 Liu Liping/Zhang Yimeng, Harmonious World and Neo-idealism, in: Contemporary International Relations, 2/2009, S. 86/87.
- 172 Vgl. Song Qiang/Zhang Zangzang/Qiao Bian, Zhongguo keyi shuo bu (China kann nein

- sagen), Peking 1996 sowie Qiang Song et al.: Zhongguo haishi neng shuo bu (China kann Nein sagen ... kann immer noch nein sagen), Peking 1996.
- 173 Song Xiaojun u.a., Zhongguo bu gaoxing, Nanjing 2009.
- 174 Vgl. Yongnian Zheng, Nationalism, Globalism and China's International Relations, in: Weixin Hu (Hg.), China's International Relations in the 21st Century, Dynamics of Paradigm, Shifts, Boston 2000, S. 93–116.
- 175 Vgl. Quansheng Zhao, Interpreting Chinese Foreign Policy, Hong Kong 1996, S. 80f.
- 176 Das Militär hat die 1990er Jahre genutzt für den Ausbau der Marine-, Luftwaffen-, und Raketenkapazität, wobei die finanziellen und technologischen Ressourcen aber nicht ausreichten, um binnen kurzem den Stand anderer Länder zu erreichen; staatliche Gelder flossen in die Wirtschaftsentwicklung, so dass eine Steigerung des Militäretats in diesem Zeitraum nur im Bereich des Inflationsausgleiches stattfand. Allerdings besetzte das Militär sein Budget in den 1990er Jahren durch die Produktion vornehmlich ziviler Konsumgüter auf. Ab 1999/2000 wurde diese Tätigkeit von der politischen Führung auf die Produktion von Rüstungsgütern u.a. für den Export eingeschränkt. Die Ausgaben für das Militär steigen seit Beginn des neuen Jahrtausends massiv an, was auch von der Führung eingeräumt und mit der Notwendigkeit zum Ankauf von technologischen Waffensystemen primär aus Verteidigungsgründen begründet wird. Der Etat beträgt offiziell etwa 1,5 Prozent des BSP, aber große Teile der Ausgaben sind in anderen Haushaltsposten versteckt, so dass der tatsächliche Betrag auf das Fünffache geschätzt wird. China ist die am wenigsten transparente Nuklearmacht, die die Mehrheit ihrer Atombombentests in den 1990er Jahren durchführte. Chinesische Waffenexporte (die Proliferation von Nuklear- und Raketentechnik) verfolgen neben wirtschaftlichen auch sicherheitspolitische Zielsetzungen; diese betreffen z.B. den Aufbau von Bündnissen (Pakistan) und die Sicherung des Zugangs zu Energieressourcen (vgl. hierzu z.B. Gustav Kempf, Chinas Außenpolitik, Wege einer widerwilligen Weltmacht, München, Wien 2002, S. 175ff.).
- 177 Vgl. ausführlich hierzu: Joseph Fewsmith/Stanley Rosen, The Domestic Context of Chinese Foreign Policy: Does "Public Opinion" Matter?, in: David Lampton (Hg.), The Making of Chinese Foreign and Security Policy in the Era of Reform, 1978–2000, Stanford 2001, S. 151–187.
- 178 Vgl. Rex Li, Security Challenge of an Ascendant China. Great Power Emergence and International Stability, in: Suisheng Zhao (Hg.), Chinese Foreign Policy. Pragmatism and Strategic Behavior, Armonk, London 2004, S. 35ff.
- 179 Alastair I. Johnston, China and International Organizations, in: World Economy and Politics, 8/2001, S. 51.
- 180 1992 beteiligte China sich erstmals an einem UN-Einsatz (Kambodscha).
- 181 Vgl. Yongsheng Tang, China and UN Peace-keeping, in: World Economy and Politics, 9/2002, S. 40.
- 182 Renmin Ribao, 12.10.2004.
- 183 Vgl. Shulong Chu, China's Role in the United Nations. Paper presented at the International Conference „Reforms and Institutional Change in China“, Evangelische Akademie Loccum, 26.2.2005.
- 184 Vgl. Gustav Kempf, Chinas Außenpolitik, Wege einer widerwilligen Weltmacht, München, Wien 2002, S. 131ff.

- 185 Vgl. z.B. China Daily, 29.1.2005 und Renmin Ribao, 2.4.2005.
- 186 Vgl. dazu Frankfurter Allgemeine Zeitung, 08.04.2005.
- 187 Vgl. z.B. Beijing Rundschau, 45/1995, S. 26.
- 188 Näheres zum Thema: Karsten Giese, Der Tsunami in Südostasien – Chinas außenpolitische Kapazität auf dem Prüfstand, in: China aktuell, 1/2005, S. 5ff.
- 189 Vgl. Ruhe qiadang de pinggu Meiguo de shili diwei (Wie die Position der Stärke der USA richtig bewerten), in: Heping yu Fazhan (Frieden und Entwicklung), 4/2004, S. 5-9.
- 190 Vgl. dazu etwa Liu Xuecheng, Aobama zhengfu wajiao zhengce zhanwang (Erwartungen in die Außenpolitik Obamas), in: Guoji Wenti Yanjiu (Studien zu internationalen Fragen), 1/2009, S. 8.; Lin Gang, Taiwan wenti zhong de Meiguo yinsu (US-Faktoren in der Taiwan-Frage), in: Guoji Wenti Yanjiu, 1/2009, S. 31ff.; Tao Wenzhao, Trends of Obamas Foreign Policy, in: China International Studies, January/February 2009, S. 91-104.
- 191 Vgl. Jin Xin/Xu Xiaoping, Zhongguo wenti baogao (Bericht über die Probleme Chinas), Peking 2004, S. 180ff.
- 192 Ibid. S. 204ff.; 210ff.
- 193 Vgl. Lanxin Xiang, China's Eurasian Experiment, in: Survival, 2/2004, S. 109-122.
- 194 Vgl. Yu Keping (Hg.), Jieshulun - Quanqiu hua: Zhongguo xuezhe de zhenglun (Schlussfolgerung – Globalisierung: Differenzen chinesischer Wissenschaftler), in: derselbe (Hg.), Xifanghua haishi Zhongguohua? (Globalisierung: Verwestlichung oder Sinisierung?), Peking 2002, S. 297ff.
- 195 Vgl. z.B. Wu Yifeng, Quanqiu hua de xingzhi he libi (Vor- und Nachteile des Wesens von Globalisierung), in: Yu Keping (Hg.), Quanqiu hua: Xifanghua haishi Zhongguohua? (Globalisierung: Verwestlichung oder Sinisierung?), Peking 2002, S. 160ff.; Liu Shengxiang, Quanqiu hua de xingzhi he libi (Vor- und Nachteile des Wesens von Globalisierung), in: Yu Keping (Hg.), Quanqiu hua: Xifanghua haishi Zhongguohua? (Globalisierung: Verwestlichung oder Sinisierung?), Peking 2002, S. 201ff. u.a. Beiträge in jenem Band.
- 196 Vgl. Yu Keping, Daolun – Quanqiu hua: Meiguohua he Xifanghua, haishi Zhongguohua? (Einführung – Globalisierung: Amerikanisierung und Verwestlichung oder Sinisierung?), in: derselbe (Hg.), Quanqiu hua: Xifanghua haishi Zhongguohua? (Globalisierung: Verwestlichung oder Sinisierung?), Peking 2002, S. 1-27; ähnlich: Yu Keping, Globalization and Changes in China's Governance, Leiden, Boston 2008, S.21ff.; 63ff.; entsprechend auch Jin Xin/Xu Xiaoping, Zhongguo wenti baogao (Bericht über die Probleme Chinas), Peking 2004, S. 242ff.: aus ökonomischen Eigeninteressen könne sich China nicht aus dem Globalisierungsprozess ausschalten, sondern müsse diesen mitgestalten.
- 197 Dieser Abschnitt teilweise aus: Thomas Heberer/Anja Senz, Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungsziele, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2006 (Discussion Paper 3/2006), S. 2ff.
- 198 Vgl. Renmin Ribao, 25.2.2005.
- 199 www.asianews.it/index.php?l=en&art=13899 (aufgerufen am 26.1.2009).
- 200 Siehe Renmin Ribao, 31.12.2008.
- 201 Renmin Ribao, 22.2.2005.

- 202 Vgl. o.V.: Out of puff. A Survey of China, in: *The Economist*, 15.06.2002.
- 203 Ein kritischer Bericht von Staphany Wong aus Hongkong geht allerdings davon aus, dass massive Betriebsschließungen auf Grund hoher Lohnkosten und der Verlagerung von Unternehmen bereits vor der Krise eingesetzt haben. Auch vermutet sie, dass eine wesentlich höhere Zahl von Wanderarbeitern von Arbeitslosigkeit betroffen sind, vgl. www.labournet.de/internationales/cn/wong1.pdf
- 204 web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/EASTASIAPACIFICEXT/0,,contentMDK:22011204~menuPK:208951~pagePK:2865106~piPK:2865128~theSitePK:226301,00.html (aufgerufen am 15.1.2009); Markus Taube, Retter der Welt und Krisengewinner? China und die globale Finanz- und Wirtschaftskrise, in: *ChinaContact 12/2008*, www.china-contact.cc/index.php/chc/chc_akt/8537 (aufgerufen am 29.12.2009). Bestimmte Exportbranchen wie die Textil-, Spielzeug- und Computerherstellung wurden besonders betroffen, ebenso Regionen, die stärker Export orientiert sind (z.B. das Perlfussdelta) gegenüber Binnenmarkt orientierten Regionen.
- 205 Korruption im Zusammenhang mit der Verwendung dieser Mittel stellt indessen ein großes Problem dar.
- 206 Dabei handelt es sich um eine künstliche Recheneinheit, die durch einen Währungskorb aus Dollar, Euro, Pfund und Yen definiert wird und den IWF-Mitgliedsländern die Beschaffung von Devisen erleichtern soll.
- 207 Zhou Xiaochuan, Chuangzaoxing de gaige he wanshan xianxing guoji huobi tixi (Schöpferische Reformierung und Perfektionierung des gegenwärtigen internationalen Währungssystems), content.caixun.com/NE/01/8g/NE018grr.shtm (aufgerufen am 26.3.2009). Zu den Details vgl. auch *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.3.2009.
- 208 www.newsweek.com/id/191496 (aufgerufen am 1.4.2009).
- 209 Mark Siemons, Unser Marsch in die chinesische Welt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 1.4.2009.
- 210 Vgl. OECD (Hg.), *Income Disparities in China*, Paris 2004.
- 211 www.chinadaily.com.cn/bizchina/2008-12/27/content_7346655.htm (aufgerufen am 2.1.2009).
- 212 Die chinesische Landfläche umfasst nach OECD Angaben 9,597 Mio km², auf landwirtschaftlich genutzte Gebiete entfallen 1,3 Mio km² und 2,633 Mio km² auf Waldgebiete. Vgl. OECD (Hg.), *Income Disparities in China*, Paris 2004.
- 213 Vgl. Markus Taube, Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft: Triebkräfte und Widerstände auf dem Weg zum *Global Player*, in: Margot Schüller, *Strukturwandel in den deutsch-chinesischen Beziehungen – Analysen und Praxisberichte*, Hamburg 2003, S. 32ff.
- 214 Margot Schüller, *Wirtschaftsmacht China*, in: *Die politische Meinung*, 50. Jg., Nr. 423 (Feb. 2005), S. 46.
- 215 Vgl. Markus Taube, Chinas Rückkehr in die Weltgemeinschaft: Triebkräfte und Widerstände auf dem Weg zum *Global Player*, in: Margot Schüller, *Strukturwandel in den deutsch-chinesischen Beziehungen – Analysen und Praxisberichte*, Hamburg 2003, S. 32f.
- 216 Vgl. *Aus China rinnt viel Fluchtkapital*, in: *Neue Züricher Zeitung*, 20.4.2005, S. 14.
- 217 Margot Schüller/Melanie Albrecht, *Chinas Innovationskapazität auf dem Prüfstand*, in: *China aktuell*, 34. Jg., 2/2005, S. 29f.
- 218 Vgl. Stephen Frost, *Chinese outward direct investment in Southeast Asia: How big are*

- the flows and what does it mean for the region? in: *The Pacific Review*, Vol. 17, No. 3, (2004), S. 323ff.
- 219 Der Kopf des Drachen, in: *Der Spiegel*, 25.10.2004.
- 220 Vgl. Anja D. Senz, *Korruption in Hongkong, Eine Analyse zum Zusammenhang von Souveränitätswechsel und Korruptionentwicklung*, Hamburg 2003.
- 221 Der Kopf des Drachen, in: *Der Spiegel*, 25.10.2004.
- 222 Zu dieser Problematik vgl. Rhys Jenkins, *Chinas Gewicht*, in: *E+Z* (Internet, www.inwent.org/E+Z/content/archiv-ger/10-2005/schwer_art5) (aufgerufen am 25.1.2009). Vgl. zu diesem Abschnitt: Thomas Heberer/Anja Senz, *Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungsziele*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2006 (Discussion Paper 3/2006), S. 11–14.
- 223 Vgl. Margot Schüller, *Wirtschaftsmacht China*, in: *Die politische Meinung*, 50. Jg., Nr. 423 (Feb. 2005), S. 41f.
- 224 *Renmin Ribao* 26.09.2003.
- 225 *Renmin Ribao* 29.09.2004.
- 226 Vgl. *China aktuell*, 9/2004, S. 963f.
- 227 *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 8.4.2005.
- 228 David Zweig/Jianhai Bi, *China's Global Hunt for Energy*, in: *Foreign Affairs*, Vol. 84 No. 5 (2005), S. 37f.
- 229 Vgl. *China aktuell*, Oktober 2004, S. 1081f.
- 230 Zitiert nach: Kerstin Lohse, *Geht dem Drachen die Puste aus?*, in: *Die politische Meinung*, 50. Jg., Nr. 423 (Feb. 2005), S. 53.
- 231 Dieser Abschnitt teilweise aus Thomas Heberer/Anja Senz, *Die Rolle Chinas in der internationalen Politik. Innen- und außenpolitische Entwicklungen und Handlungsziele*, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Bonn 2006 (Discussion Paper 3/2006), S. 8–11.
- 232 Vgl. z.B. Tao Wenzhao, *Zhongguo moshi de Feizhou xiaoying* (Einfluss des chinesischen Modells auf Afrika), in: *Guoji Wenti Yanjiu* (Studien zu internationalen Fragen), 1/2009, S. 37–41.
- 233 Die „Fünf Prinzipien“ lauten: gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität; gegenseitiger Nichtangriff; gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten; Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen; friedliche Koexistenz.
- 234 Zitiert in: *Entwicklung + Zusammenarbeit* 12/2006, S. 483.
- 235 Zitiert in: english.peopledaily.com.cn/200612/19/eng20061219_333950.html (aufgerufen am 12.1.2009).
- 236 Vgl. z.B. Joseph Y.S. Cheng/Huangao Shi, *China's African Policy in the Post-Cold War Era*, in: *Journal of Contemporary Asia*, 1/2009, S. 87–115.
- 237 Vgl. dazu u.a. Claudia Bröll/Thomas Scheen, *Der afrikanische Traum ist zu Ende*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 26.3.2009.
- 238 Vgl. das Interview in *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 12.4.2009.
- 239 Zu den Chancen und Risiken des chinesischen Engagements in Afrika vgl. auch Raphael Kaplinski/Dorothy McCormick/Mike Morris, *The Impact of China on Sub-Saharan*

- an Africa, Working Paper 291, Institute of Development Studies, University of Sussex, Brighton 2007.
- 240 Vgl. dazu Thomas Heberer/Anja Senz, Neokoloniale Ausbeutung? Chinas Interessen in Afrika, in: eins. Entwicklungspolitik, Information Nord-Süd, 6-7/2007, S. 43-45.
- 241 Adam Przeworski/Michael E. Alvarez/José A. Cheibub/Fernando Limongi, Democracy and Development. Political Institutions and Well-Being in the World, 1950-1990, Cambridge 2000.
- 242 Wenfang Tang, Public Opinion and Political Change in China, Stanford 2005, S. 70f. Eigene Untersuchungen kommen zu ähnlichen Ergebnissen, vgl. z.B. Thomas Heberer/Gunter Schubert, Politische Partizipation und Regimelegitimität in der VR China, Bd. 1: Der urbane Raum und Bd. 2: Der ländliche Raum, Wiesbaden 2008 bzw. 2009.

Jörg-M. Rudolph: Charakteristika der chinesischen Autokratie

- 1 Der Text des Partei-Eintrittsschwurs findet sich im chinesischen Teil der KPCh-Website, hier: cpc.people.com.cn/GB/64162/index.html. Zugriff am 4.6.2009.
- 2 Seit 1982 gibt es auch eine Militärkommission des Staates, deren Vorsitzenden der Nationale Volkskongress wählt. Seit April 1990 ist dieser Vorsitzende jedoch identisch mit jenem der Partei-Militärkommission, dem Parteichef.
- 3 Die Website: www.China.org.cn betreibt das China Internet Information Center, die zitierte Passage dort unter: beijing2008.german.china.org.cn/de-zhengzhi/1.htm. Zugriff am 27.1.2009.
- 4 Ebenda, german.china.org.cn/de-zhengzhi/2.htm. Zugriff am 27.1.2009.
- 5 Aus dem Chinesischen auf der Website der staatlichen Nachrichtenagentur hier: news.xinhuanet.com/newscenter/2007-10/25/content_6944081.htm. Zugriff am 27.1.2009. Eine offizielle deutsche Version mit leicht geänderter Übersetzung bietet die Website des chinesischen Auslandssender China Radio International an, hier: german.cri.cn/chinaabc/chapter2/chapter20401.htm. Zugriff am 27.1.2009.
- 6 Aus dem Chinesischen auf der Website der staatlichen Nachrichtenagentur hier: news.xinhuanet.com/newscenter/2007-10/25/content_6944081.htm. Zugriff am 27.1.2009.
- 7 Chinesisch: 不管黑猫白猫, 只要会抓老鼠就是好猫.
- 8 Chinesisch: 摸着石头过河.
- 9 Chinesisch: 致富光荣 und: 一部分人可以先富起来.
- 10 Chinesisch: 和谐社会 und 科学发展.
- 11 柏楊 Bo Yang, *The Ugly Chinaman and the Crisis of Chinese Culture*, übersetzt von Don J. Cohn, St. Leonards, Australien, 1992. Chinesisch: 柏楊, 醜陋的中國人 2008紀念版, 遠流出版事業股份有限公司, Hong Kong (Gedenkausgabe zum Tod des 柏楊 Bo Yang), 2008.
- 12 Diesen Begriff gibt es im Chinesischen nicht, es ist eine Bezeichnung des Auslands. Chinesisch heißt es 儒学 – Lehre der Gelehrsamkeit und seine Träger sind die 儒家 – die Vertreter der Gelehrsamkeit. Mit letzterem ist auch nicht „Wissenschaft“ im europäischen Sinne gemeint, sondern das Wissen um die überkommenen sozialen

- Riten und deren peinlich genaue Einhaltung, die den 君子 – Edlen ausmachen und seine Herrschaft legitimieren.
- 13 Eigene Berechnungen nach: Website der Weltbank, Rubrik *Key Development Data & Statistics*, hier: web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/DATASTATISTICS/0,,contentMDK:20535285~menuPK:1390200~pagePK:64133150~piPK:64133175~theSitePK:239419,00.html. Zugriff am 4.6.2009.
 - 14 Nach: Dwight H. Perkins (Herausgeber), *China's Modern Economy in Historical Perspective*, Stanford University Press, Stanford, 1975, S. 117.
 - 15 Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe, *Rohstoffsituation 2007*, Stuttgart, S. 44.
 - 16 Bo Yang, *The Ugly Chinaman and the Crisis of Chinese Culture*, (übersetzt von Don J. Cohn und Jing Qing), Allen & Unwin, St. Leonards (Australien), 1991.
 - 17 Hervorragend dargestellt ist dies bei Geldsetzer, Lutz, Hong, Han-ding, *Grundlagen der chinesischen Philosophie*, Stuttgart, 1. Kapitel, „Die Idee des Philosophierens in China“.
 - 18 Eine entsprechende Betrachtung, die sich damit, aber auch mit der seltsam kurzen Lebensdauer der Kaiser befasst – nur fünf wurden 80 Jahre alt! – gibt diese Zahl (Chinesisch): ks.cn.yahoo.com/question/1590002216486.html. Zugriff am 4.6.2009.
 - 19 吃人的礼教 – der menschenfressende ethische Code des Konfuzianismus, so bezeichnete es der berühmteste chinesische Schriftsteller des 20. Jahrhunderts, 鲁迅 Lǚ Xùn (1891 bis 1936).
 - 20 Diese Formulierung stammt von 魏源 Wèi Yuán (1794 bis 1857), dem ersten Mandarin, der ahnte, was die Ankunft der Europäer an Chinas Küsten wirklich bedeutete. Er verfasste mit dem 海国图志 *Illustrierte Abhandlung über die Länder am Meer [Europa]* um 1847 den ersten Versuch, seinen weltfremden Mandarin-Kollegen sowie dem Kaiser die „Barbaren“ und ihre Sitten zu erklären sowie eine Idee zu vermitteln, wo sie überhaupt herkamen.
 - 21 Chinesisch: 打开窗户, 苍蝇可能会飞进来.
 - 22 Chinesisch: 偷梁换柱.
 - 23 Der zuständige Regisseur 张艺谋 Zhāng Yìmóu sagte auf seiner Pressekonferenz am 9.8.2008, es sei nicht teurer als die Eröffnung der Asienspiele in Doha gewesen. Die Rechnung dort betrug 180 Millionen Dollar. Vgl.: news.xinhuanet.com/english/2008-08/09/content_9108164.htm. Zugriff am 4.6.2009.
 - 24 Chinesisch: 要 ... 筑牢抵御西方两党制、多党制、两院制和三权鼎立等各种错误思想干扰的防线. So die Nummer vier der chinesischen Machthaber, der Vorsitzende der sog. Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, 贾庆林 Jiǎ Qīnglín, in einem Beitrag für das KP-Parteimagazin 求是 *Suche nach der Wahrheit* (!) vom 18.1.2009, chinesischer Text hier: theory.people.com.cn/GB/49169/49171/8687469.html, eine englische Meldung (Reuters) dazu hier: www.iht.com/articles/reuters/2009/01/18/asia/OUKWD-UK-CHINA-DEMOCRACY.php. Zugriff am 4.6.2009. Dies wiederholte im März 2009 explizit auch die Nummer 2 des Regimes, der Vorsitzende des „Parlaments“ (Nationaler Volkskongress), 吴邦国 Wú Bāngguó.
 - 25 Bei sonst gleichem Inhalt hieß die Einheit nun 法部 fǎ bù = Ministerium für Gesetze = „Justizministerium“ – ein gutes Beispiel für die Untauglichkeit der Übertragung westlicher Begriffe auf chinesische Verhältnisse.

- 26 Der chinesische Text der 中华民国临时约法 *Provisorischen Verfassung der Republik China* von 1912 hier: zhidao.baidu.com/question/8333527.html, Zugriff am 4.6.2009, hier unter der verräterischen Überschrift: 所谓“中华民国”临时约法全文 – Provisorische Verfassung der sogenannten „Republik China“. Die Website gehört dem Wikipedia-Clon 百度知道 – Baidu Wissen und untersteht behördlicher Aufsicht.
- 27 Zitiert nach *Die Verfassung der Volksrepublik China*, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1954, S. 117.
- 28 Text der Verfassung in: *Dokumente der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der Volksrepublik China*, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Peking 1975, S. 29.
- 29 *Die Verfassung der Volksrepublik China*, Verlag für Fremdsprachige Literatur, Beijing 1983, S. 35. Dieser Text gilt auch heute, die neueste Version mit seither bis 2004 vorgenommen Änderungen in englischer Sprache auf der Website der Parteizeitung *People's Daily*: english.peopledaily.com.cn/constitution/constitution.html. Zugriff am 4.6.2009.
- 30 „It's a police state“, sagt er ohne Wenn und Aber im Interview mit der ehemaligen CNN-Korrespondentin in China, Rebecca MacKinnon. Das gesamte Gespräch mit vielen Einsichten zum Thema „Was halten Chinesen eigentlich von ihrem Staat?“ auf ihrer Website hier: rconversation.blogs.com/rconversation/2009/01/conversation-with-ai-weiwei.html. Zugriff am 4.6.2009.
- 31 Naomi Klein, „China's All-Seeing Eye – With the help of U.S. defense contractors, China is building the prototype for a high-tech police state. It is ready for export“, *Rollingstone*, 29.5.2008, hier: www.rollingstone.com/politics/story/20797485/chinas_allseeing_eye/print. Zugriff am 4.6.2009.
- 32 Siehe zum Beispiel: Sebastian Heilmann, „Charakteristika des politischen Systems“ [Chinas], *Informationen zur politischen Bildung*, Heft 289, auf der Website der Bundeszentrale für politische Bildung: www.bpb.de/publikationen/T8KUJ9,4,0,Charakteristika_des_politischen_Systems.html. Zugriff am 4.6.2009.
- 33 Das sind 6,5 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche Chinas! Diese Flächenzahl, größer als die Bayerns, nennt 陈锡文 Chen Xiwen, Leiter des „Büros der zentralen Führungsgruppe für die Arbeit auf dem Land“, in seinem Beitrag 平衡地劝 „Die Bodenmacht ausbalancieren“ für die Jahresausgabe des angesehenen Wirtschaftsmagazins 财经 *Caijing*, siehe: 财经 2009 预测与战略 *Forecasts and Strategies*, S. 128. Quelle ist das 国土资源部 Ministerium für Boden und Ressourcen Chinas.
- 34 Siehe zum Beispiel den Bericht „Der Preis des Schweigens“ in: *Süddeutsche Zeitung* vom 2.1.2009, im Internet hier: www.sueddeutsche.de/panorama/507/453201/text. Zugriff am 4.6.2009.
- 35 Siehe: Jake Hooker, „Voice Seeking Answers for Parents About a School Collapse Is Silenced“, *The New York Times*, 11.7.2008, im Internet hier: www.nytimes.com/2008/07/11/world/asia/11china.html?_r=1. Oder: „Drohende Folter“, amnesty international Deutschland, hier: www.amnesty.de/urgent-action/ua-172-2008/drohende-folter?print=1. Zugriff am 4.6.2009.
- 36 Siehe Johnny Erling, „China ruft nach mehr Transparenz, Anwälte fordern Offenlegung der Konjunkturprogramme, um Missbrauch zu vermeiden“ in: *Die Welt* vom 13.2.2009, im Internet hier: www.welt.de/welt_print/article3197100/China-ruft-nach-mehr-Transparenz.html. Zugriff am 4.6.2009.
- 37 Die deutsche Übersetzung (durch den Verfasser) der 零八宪章 *Charta 08* in: *Frank-*

furter *Allgemeine Zeitung* vom 22.12.2008.

- 38 Siehe dazu: Johnny Erling, „Die Kommunisten werden nervös“, in: *Merkur* vom 29.1.2009, im Internet hier: www.merkur.de/2009_05_Die_Kommunisten_w.32345.0.html?&no_cache=1. Zugriff am 4.6.2009.
- 39 Die sitzen im Riesengebäude der 中国社会科学院 Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften an der Pekinger 建国门内大街5号 Jiàn guó mén nèi Straße 5, wo sie ihre Blaubücher-Jahresreihen verfassen, in deren Serie 中国社会形势分析与预测 – *Society of China Analysis and Forecast* sie ihre Erkenntnisse zu den Zwischenfällen mit Massencharakter zu Papier bringen. Diese Bücher sind öffentlich erhältlich und von gewissem Nutzen. Der Verfasser geht freilich davon aus, dass die Akademie für die oberen Ebenen der Macht wesentlich genauere Untersuchungen anfertigt, die sie der Öffentlichkeit aber leider nicht vorlegt.
- 40 Der chinesische Text des Artikels im Internet auf der KP-Seite [cpc.people.com: theory.people.com.cn/GB/49169/49171/7127323.html](http://cpc.people.com:theory.people.com.cn/GB/49169/49171/7127323.html). Zugriff am 4.6.2009.
- 41 Siehe „China: Fakten und Zahlen“ auf der offiziellen Website des „Informationsbüros des Staatsrates der VR China“, China.org, hier: german.china.org.cn/china/archive/2007figures/2008-01/17/content_9547490.htm.
- 42 李培林 陈光金, 力挽狂澜: 中国社会发展迎接新挑战 – Li Peilin, Chen Guangjin, „Entschieden Anstrengungen unternehmen: Die gesellschaftliche Entwicklung Chinas steht vor neuen Herausforderungen“, in 2009 年中国社会形势分析与预测 *Die chinesische Gesellschaft im Jahr 2009, Analysen und Prognosen*, Peking 2008, S. 1–14.
- 43 Ein intensiver Beobachter des chinesischen Finanzwesens und der damit einhergehenden Personalbewegungen ist Victor Shih, Assistenz-Professor an der Northwestern University (Illinois). In seinem Blog *Elite Chinese Politics and Political Economy* (hier: chinesepolitics.blogspot.com/) meldet er sich regelmäßig mit Analysen und Beobachtungen. Am 9.1.2009 befasste er sich unter dem Eintrag „Will job losses lead to social unrest?“ mit der Frage, was es kosten könnte, würde die Regierung alle von ihm auf 50 Millionen prognostizierten Arbeitslosen mit umgerechnet 100 Dollar im Monat unterstützen: Es wären 60 Milliarden Dollar im Jahr – kein großes Problem für Peking, so Victor Shih, jedenfalls für ein bis drei Jahre.
- 44 Die offizielle *China Daily* berichtet über 瓮安 Wèng'ān, hier: www.chinadaily.com.cn/china/2008-07/04/content_6820501.htm, Zugriff am 4.6.2009, 府谷 Fǔgǔ hier: www.china.org.cn/china/national/2008-07/08/content_15970380.htm, Zugriff am 4.6.2009, 惠州 Huìzhōu, hier: www.chinadaily.com.cn/china/2008-07/18/content_6859964.htm, Zugriff am 4.6.2009, 孟连 Mènglián, hier: www.chinadaily.com.cn/china/2008-07/21/content_6861821.htm und
- 45 有些吃饱了没事干的外国人, 对我们的事情指手画脚, so die Meldung der Partei-eigenen Nachrichtenagentur *Neues China* am 13.2009, im Internet hier: news.xinhuanet.com/politics/2009-02/13/content_10812218.htm, Zugriff am 4.6.2009.
- 46 Lin Yutang, *Mein Land und mein Volk*, Stuttgart, Berlin 1936, S. 70f. Wer wissen möchte, wie die chinesische Gesellschaft, Macht und Ohnmacht, auch heute noch funktionieren, der sollte zu diesem Buch greifen. Die deutsche Fassung ist für wenig Geld über das Internet-Antiquariat www.zvab.com noch reichlich beziehbar.
- 47 Chinesisch: 改革开放 – gǎi gé kāi fàng.
- 48 Der chinesische Text des Kommuniqués 中国共产党第十一届中央委员会第三次全体会议公报 auf der Website der staatlichen Nachrichtenagentur, hier: news.xinhuanet.com.

- com/ziliao/2005-02/05/content_2550304.htm, Zugriff am 4.6.2009.
- 49 Chinesisch: 中共中央关于加快农业发展若干问题的决定 (草) .
- 50 Die heutige propagandistische Darstellung der Tagung als Blaupause eines großen Reformprogramms zur wirtschaftlichen Umgestaltung Chinas, ist falsch, eine Legende, die belegen soll, dass „die Partei“ Pläne für das Wohl Chinas aufstelle. Der ehemalige hohe Funktionär 鲍彤 Bào Tóng sprach im Dezember 2008 in sechs Folgen mit dem Sender *Radio Free Asia* darüber und stellte klipp und klar fest: 三中全会没有讨论过改革 – „Die dritte Plenartagung hat gar nicht über Reformen diskutiert“ (das Gespräch findet sich auf der Website des Senders, diese Passage hier: www.rfa.org/mandarin/zhuanlan/zhongguolaihong/baotong2-12232008094630.html. Zugriff am 4.6.2009. Zwar sei es um die Entwicklung der Wirtschaft gegangen, doch habe es überhaupt keinen Plan dafür gegeben. Dass die Tagung dennoch eine wichtige Rolle in dieser Hinsicht spielte, habe daran gelegen, dass die Delegierten in einem Anfall von Mut die ursprünglichen, nicht auf irgendwelche „Reformen“ zielenden Beschlussabsichten des 邓小平 Dèng Xiǎopíng und des damaligen Parteichefs 华国峰 Huà Guófēng beiseiteschoben und die beiden sich dieser Strömung nolens volens anschlossen. Was es einzig gab, war die Devise 摸着石头过河 „die Steine ertastend den Fluss überqueren“, also alles mal ausprobieren, das gerade Gegenteil eines Planes. Ebenso verhielt es sich mit der Landverpachtung an die Bauern, also der Abwendung von den Volkskommunen. Dies hatten lokale Funktionäre unter dem Stichwort 包产到户 „die Verantwortung für die Produktion den [Bauern]haushalten überlassen“ in Provinzen den Bauern bereits gestattet. Das ZK-Plenum nahm dies nur auf und legalisierte es, wodurch diese Maßnahme in kürzester Zeit das System der Volkskommunen, also die völlig Enteignung des Landes, zugunsten eines Land-Pachtsystems beseitigte. Das freilich hatte dramatische Folgen auf dem Land.
- 51 Siehe: 数读: 中国30年 – Zahlen zum Nachlesen: 30 Jahre China, 社会科学文献出版社 Social Science Academic Press (China), Peking 2008.
- 52 Nach: Angus Maddison, *Chinese Economic Performance in the Long Run*, OECD Development Centre, 2007.
- 53 Vgl.: R. B. Gordon, M. Bertram, and T. E. Graedel: *Metal Stocks and Sustainability*, 31.1.2006, www.mindfully.org/Sustainability/2006/Metal-Stocks-Gordon31jan06.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 54 Vgl.: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Wirtschaftsteil, vom 24.12.2007.
- 55 So die These des Klimaforschers William F. Ruddiman in seinem Buch *Plows, Plagues & Petroleum – How Humans Took Control of Climate*, Princeton und Oxford, 2005 bzw. die kontroverse, aber intensive Debatte dieser Thesen, zum Beispiel im *New Scientist*-Magazin, im Internet hier: www.newscientist.com/article/dn4464. Zugang am 4.6.2009.
- 56 Quelle: Weltbank, *Key Development Data & Statistics* auf der Website der Weltbank, hier: web.worldbank.org .
- 57 Laut Verband der deutschen Automobilindustrie, VDA, Website, hier: www.vda.de/de/zahlen/jahreszahlen/kfz_bestand. Zugang am 4.6.2009.
- 58 Hierbei ist freilich zu bedenken, dass fast 75 Prozent der chinesischen Strommenge in die Industrie geht, Haushalte sind daran nur zu 12 Prozent beteiligt. In Deutschland gehen dagegen nur 47 Prozent in die Industrie und 27 Prozent in die Haushalte (nach: *China Energy Databook*, The Regents of the University of California, through Lawrence Berkeley

- National Laboratory, 2008, im Internet hier: china.lbl.gov/databook). Mit anderen Worten: Bei einer Betrachtung nur des Haushalts-Pro-Kopf-Verbrauchs dürften die Deutschen noch wesentlich mehr als die sechsfache Menge eines Chinesen konsumieren.
- 59 中国产业地图 2006–2007 – *The Industrial Map of China 2006–2007*, Akademie für Sozialwissenschaften, Peking 2006.
- 60 Joseph Kahn, Jim Yardley „As China Roars, Pollution Reaches Deadly Extremes“, *The New York Times*, 25.8.2007, im Internet hier: www.nytimes.com/2007/08/26/world/asia/26china.html. Zugang am 4.6.2009.
- 61 Zum Beispiel im Gespräch mit dem *Spiegel*-China-Korrespondenten Andreas Lorenz in *Spiegel Online*, „The Chinese Miracle Will End Soon“, 3.7.2005, im Internet hier: www.spiegel.de/international/spiegel/0,1518,345694,00.html.
- 62 刘华清 Liú Huàqīng (1916–), in seinem höchsten Parteiamt 1987 Vize-Vorsitzender der Militärkommission des KP-Zentralkomitees.
- 63 So analysiert Xu Yi-chong, „China’s Struggle for Power“, in: The Griffith-Lowy Institute Project on the Future of China, August 2008, S. 8 (im Internet als pdf-Datei hier: www.lowyinstitute.org/Program_EastAsia.asp).
- 64 „Cost of Pollution in China: Economic Estimates of Physical Damages“, als pdf-Datei erhältlich auf der Website der Weltbank, hier: web.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/COUNTRIES/EASTASIAPACIFICEXT/EXTEAPREGTOPENVIRONMENT/0,,contentMDK:21252897~pagePK:34004173~piPK:34003707~theSitePK:502886,00.html. Zugang am 4.6.2009.
- 65 An dieser Aktion beteiligte Mitarbeiter der damaligen Umweltbehörde begründen ihr Verhalten mit der „Unwissenschaftlichkeit“ der behaupteten Zahl von Todesfällen infolge schlechter Luft, so ein Beitrag zu der Kontroverse, vgl.: 经合组织报告称中国环境保护政策执行效率偏低 – OECD-Bericht besagt, die Effektivität der Maßnahmen chinesischer Umweltpolitik ist niedrig, 23.7.2007 auf 科学网 – Science Net, eine Website der 中国科学院 Chinese Academy of Sciences, der 中国工程院 Chinese Academy of Engineering und der 国家自然科学基金委员会 National Natural Science Foundation of China, hier: www.sciencenet.cn/html/shownews.aspx?id=185163. Zugang am 4.6.2009.
- 66 Siehe hier: de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_Chinas. Zugang am 4.6.2009.
- 67 Die Grenzziehungen dieser Dynastien lassen sich freilich nicht mit zeitgenössischen Karten belegen. Eine erste Gesamtstaatskarte (jedoch ohne Außengrenzen) stammt aus dem 12. Jahrhundert, die sogenannte *Nine Region Administrative Map* der 宋 Sòng-Zeit, die 1960 bei Ausgrabungen in der Provinz 四川 Sìchūān gefunden wurde, siehe: *China in Ancient and Modern Maps*, Sotheby’s Publications, London 1998, S. 47.
- 68 So das 中华人民共和国国籍法 – Nationality Law of the People’s Republic of China von 1980, Paragraph 2. Die englische Fassung zum Beispiel auf der Website der chinesischen Botschaft in Kanada, hier: www.chinaembassycanada.org/eng/Isfw/Relevant%20Chinese%20Laws%20and%20Regulations/t37738.htm.
- 69 Freilich nur in der Übersetzung, für 汉 Hà (Chinesen) hat dieser Begriff eine sehr viel umfassendere Bedeutung, die hier nicht zu diskutieren ist.
- 70 Das Fünf-Streifen-Tuch blieb bis 1928 die offizielle Fahne Chinas, danach ersetzte sie die Tschiang Kai-schek-Regierung durch die Parteifahne der herrschenden Partei 国民党 Kuomintang.

- 70a Die Verwendung von 回疆 *Gebiet der Muslime* als Bezeichnung des heutigen 新疆 = Neues Territorium = Sinkiang ist eine hochinteressante und mit Blick auf heute sogar entlarvende Namensgebung. Bewusst verzichtete die KP Chinas hier also auf den von den Mandschus erfundenen Namen „Neues Territorium“, der dessen Herkunft aus einer Eroberung deutlich dokumentiert. Die Turk-stämmigen Bewohner des Gebietes bevorzugen demgegenüber die Bezeichnung „Ost-Turkestan“, schon deshalb, weil 疆 „Sinkiang“ für sie eben kein „Neues Territorium“ ist, da sie seit Generationen dort leben.
- 71 Freilich will es die Parteilegende heute, dass der Lange Marsch, der 1934 anfangs in Südchina auch durch „Minderheitengebiete“ führte, das „Bewusstsein“ und den „Respekt“ für deren Kultur geprägt habe.
- 72 Siehe: 中共中央关于少数民族“自决权”问题给二野前委的指示 Weisung des Zentralkomitees der KP Chinas an die Zweite Feldarmee [der KP Chinas] zur Frage der „Selbstbestimmung“ der Nationalen Minderheiten, in: 建国以来重要文献选编 *Auswahl wichtiger Dokumente seit Gründung des Staates [VR China]*, herausgegeben vom Institut des ZK der KPCh für Dokumente, Peking 1992, Band 1, S. 24. Auch im Internet, Nachrichtenagentur *Neues China*, hier: news.xinhuanet.com/ziliao/2004-12/15/content_2336929.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 73 So hieß es im Gemeinsamen Programm der Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes vom 29.9.1949. Eine englische Fassung auf der Website *Modern History Sourcebook*, hier: www.fordham.edu/halsall/mod/1949-ccp-program.html.
- 74 Ein englischer Text der auch *17-Punkte-Abkommen* genannten Vereinbarung auf der Website des Staatsrates der VR China china.org.cn, hier: www.china.org.cn/english/zhuanti/tibet%20facts/163877.htm.
- 75 Dies alles regelt das 中华人民共和国民族区域自治法 – Gesetz der VR China über die Selbstverwaltung der Gebiete ethnischer Minderheiten von 1984. Der Text, chinesisch, auf der Website der Staatliche Kommission für Ethnische Angelegenheiten, hier: www.seac.gov.cn/gjmw/zcfg/2004-07-10/1168742761857990.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 76 Das Gebiet war damals als eines der ersten im beginnenden Krieg gegen die Regierung (Tschiang Kai-shek) von den KP-Truppen erobert worden.
- 77 Diese Zahlen nach Angaben der staatlichen Nachrichtenagentur 新华 *Neues China*, 少数民族概况 – Tatsachen über die Nationalen Minderheiten, im Internet (chinesisch) hier: news.xinhuanet.com/ziliao/2003-01/18/content_695284.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 78 Siehe deutsche Website des „Informationsbüros“ des Staatsrates, [China.org.cn](http://china.org.cn), im Internet hier: german.china.org.cn/german/85307.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 79 Website der Staatliche Kommission für Ethnische Angelegenheiten, Tabelle (chinesisch) hier: www.seac.gov.cn/gjmw/zwgk/2005-02-28/1177034000717203.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 80 Diesen Charakter der 兵团 *Armeegruppen* arbeitet der Chinese 王力雄 Wáng Lìxióng in seinem (in China verbotenen) Buch 我的西域, 你的东土 *Mein Westgebiet, Dein Ost-Turkestan*, Taipei 2007, S. 16–18 und in mehreren anderen Kapiteln deutlich heraus.
- 81 So die Website dieser Gruppe unter der Überschrift „Massenumsiedlung und Siniisierung“, hier: tibetfocus.com/tibet/geschichte/massenumsiedlung-und-sinisierung/ (ohne Datum). Zugang am 4.6.2009. Ähnliche Vorwürfe erhebt auch die Gesellschaft für bedrohte Völker in zahlreichen Beiträgen auf ihrer Website mit Blick auf die Uiguren

- in Sinkiang sowie Tibet, vom in München ansässigen Weltkongress der Uiguren gar nicht zu reden.
- 82 Ein Bericht der Staatsagentur *Neues China* mit Auszügen der Ansprache im Internet hier: news.xinhuanet.com/english/2009-04/12/content_11171126.htm. Zugang am 4.6.2009. Der volle Text (chinesisch) auf der Website der chinesischen Botschaft in den Vereinigten Staaten, hier: www.china-embassy.org/chn/xw/t556813.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 83 Siehe: 獨立中文筆會 *Independent Chinese Pen Center*, 诊断西藏现况——著名作家唯色女士访谈录 – Analyse der gegenwärtigen Situation in Tibet, Aufzeichnung eines Interviews mit der bekannten Autorin Woesser, hier: www.chinesepen.org/Article/sxxy/200608/Article_20060801203139.shtml. Zugang am 4.6.2009. Eine gekürzte englische Fassung des Gesprächs („Diagnosing the Current Situation in Tibet“), hier: www.tibetwrites.org/?Diagnosing-the-Current-Situation .
- 84 我们生活在自己的土地上,却不是这块土地的主人。“我还要补充一句,无论自治区还是自治州、自治县,现如今所谓的自治名不副实;若要西藏不致于变得面目全非,空留西藏这个虚名,惟有实现真正意义上的高度自治。
- 85 Zitiert nach 中央领导集体对西藏的关怀 – Wie sich das Kollektiv der zentralen Führung um Tibet sorgt, auf der Website der Regierung des Autonomen Gebietes Tibet www.xizang.gov.cn, hier: www.xizang.gov.cn/getCommonContent.do?contentId=348266 .
- 86 Konzentriert alles auf der Website des China Tibet Information Center: eng.tibet.cn/. Hier wird über automatische Suche aus offiziellen chinesischen Quellen alles zusammengetragen, was „Tibet“, „tibetisch“ im Text hat. Am 12.4.2009 zum Beispiel auch die Meldung, ein „tibetischer Mastiff“-Kampfhund habe seine Kette zerrissen und Leute angegriffen – in der Stadt 南昌 Nánchōng freilich, Provinz 江西 Jiāngxī, 2400 Kilometer von Lhasa entfernt. Solche völlig danebenliegenden, aber dennoch nicht von einer Redaktion entfernten Meldungen auf dieser Website zeigen, worum es sich dabei handelt: automatisierte Sammlung von Propaganda-Müll, den nicht einmal eine lebendige Redaktion zu bearbeiten braucht.
- 87 Alle *White Papers* auf der Seite des Informationsamtes des Staatsrates china.com.cn, hier: english.gov.cn/official/2005-08/17/content_24165.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 88 Geradezu klassisch bringt dies ein Beitrag der Staatsagentur *Neues China* zum Ausdruck: Changes some people don't want to see in Tibet, 12.4.2009, auf der Website Tibet.CN, hier: eng.tibet.cn/09index/xwtt/200904/t20090412_469523.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 89 Regional Autonomy for Ethnic Minorities in China (2005), Abschnitt II, Absatz (5), siehe Website des Informationsbüros des Staatrates, hier: english.gov.cn/official/2005-07/28/content_18127.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 90 Wer diese chinesische Sicht der „Minderheiten“ nicht glaubt, der sehe sich die zahllosen Photosammlungen im chinesischen Internet an, beginnend mit der Website der Staatsagentur *Neues China* (hier: news.xinhuanet.com/ziliao/2003-01/21/content_700050.htm) bis zu denen von privaten Liebhabern des Exotischen oder Hobbyphotographen, zum Beispiel hier: news.qq.com/a/20060115/000262.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 91 Das war ein Thema für wohl die gesamte internationale Presse – im „Westen“, zum Beispiel Spiegel Online, hier: www.spiegel.de/panorama/0,1518,572393,00.html. Im chinesischen Netz machten sich freilich zahlreiche Blogger darüber lustig. Immerhin.

- 92 王力雄 Wáng Lìxióng, 我的西域, 你的东土 *Mein Westgebiet, Dein Ost-Turkestan*, Taipei 2007, S. 14.
- 93 „Verhaftet“ ist das falsche Wort für diesen Vorgang, denn nicht Polizisten mit richterlichem Haftbefehl nehmen die Verdächtigen fest, sondern eine Partei-Einheit der KP, die sogenannte Disziplinkontrollkommission. Der Vorgang heißt offiziell 双规 – zwei Bestimmungen und bedeutet de facto Hausarrest mit Verhören. Erst wenn die Vorwürfe substantiiert sind, übergibt diese Parteieinheit den Fall an Staatsanwalt und Gericht. Der Begriff 双规 shuāng guī geht auf eine partei-interne Bestimmung zurück, die das Verfahren regelt.
- 94 Siehe dazu: Mao Tse-tung, „Über die Neue Demokratie“ (Januar 1940), in: *Mao Tse-tung, Ausgewählte Werke*, Band III, S. 395–450.
- 95 中华人民共和国中央人民政府组织法 – Organisationsgesetz für die Zentralregierung der Volksrepublik China.
- 96 Angaben nach 唐明远 Táng Míngyuǎn, 顺应历史选择 - 共建合作丰碑 – In Übereinstimmung mit der Wahl der Geschichte, „Ein gemeinsam errichtetes Monument der Kooperation“, in: 四川省社会主义学院学报 2008 年第 2 期 – Akademisches Journal der Akademie für Sozialismus der Provinz Sichuan, Nr. 2/2008, im Internet hier: www.sss.net.cn/ReadNews.asp?NewsID=17987&BigClassID=37&SmallClassID=39&SpecialID=0&belong=sy. Zugang am 4.6.2009.
- 97 Basis dafür war auch hier ein Gesetz der Zentralregierung, das Gesetz der VR China zur Bodenreform vom 30. Juni 1950.
- 98 叶永烈 Yè Yǒngliè, 反右派始末 – *Anfang und Ende der Anti-Rechtselemente* [Bewegung]. Das Buch wurde gleich nach seinem Erscheinen Anfang 1996 in China verboten, wie der Autor selbst berichtete. Anschließend stieg es zum (illegalen) Bestseller auf, 1997 brachte es zum Beispiel der 青海人民出版社 Volksverlag [der Provinz] Qīnghǎi heraus.
- 99 Die ideologischen Anheizer 王力 Wáng Lì, 关锋 Guān Fēng und 戚本禹 Qī Běnyǔ.
- 100 Das Werk des Mandarins 司马光 Sīmǎ Guāng (1019–1086), das fortan zur Ausbildung der Thronwärter und Kaiser diente. Es ist eine Geschichtschronologie der Machtkämpfe bei Hofe seit dem Beginn unserer Zeitrechnung.
- 101 Der bedeutendste dieser nicht anerkannten Staaten ist derzeit Taiwan (offiziell: Republik China), dessen Territorium die chinesischen Machthaber für sich beanspruchen.
- 102 Soweit dem Verfasser bekannt, gibt es keine deutsche Version der 革命军 *Revolutionären Armee*. Eine englische Übersetzung im Internet hier (Website der Indiana University of Pensilvania): www.chss.iup.edu/baumler/zourong.html. Der chinesische Text im Internet, u.a. hier: cn.xs8.cn/xdwx/gmj/index.htm. Zugang am 4.6.2009.
- 103 Mehr dazu in: Frank Dikötter, *The Construction of Racial Identities in China and Japan*, Honolulu, 1997, insbesondere Dikötter, „Racial Discourse in China: Continuities and Permutations“ (S. 12–33) und 周佳榮 Kai-wing Chow, „Imagining Boundaries of Blood: 章炳麟 Zhang Binglin and the Invention of the Han ‚Race‘ in Modern China“ (S. 34–52).
- 104 Ein langes Interview mit dem General in englischer Sprache brachte die *Eurasian Review of Geopolitics* 1/2005: „Interview with Lieutenant General Liu Yazhou of the Air Force of the People’s Liberation Army“, im Internet hier: www.scribd.com/doc/12631815/Heartland-12005-China-America-the-Great-Game. Zugang am 4.6.2009. Seine Ausführungen geben einen guten Einblick nicht nur in sein Denken, sondern das der chinesischen Mächtigsten insgesamt.

- 105 刘亚洲: 信念与道德. Als Redetext auf der Website der Nanjing University of Science and Technology mit Datum 4.3.2009 im Internet hier: jgdw.njust.edu.cn/tianxia/HTML/11.html.
- 106 Ein Versuch, diesen Zustand zu durchbrechen, war der Aufsatz des Historikers 袁伟时 Yuán Wěishí von der Kantoner Sun-Yat-sen-Universität, der sich Ende 2005 unter dem Titel 现代化与历史教科书 – Die Modernisierung und die Geschichtsschulbücher mit der China-ist-immer-Opfer-Auffassung kritisch auseinandersetzte und sie zurückwies. Die Zeitung, die das veröffentlicht hatte, ließ die Parteiführung deshalb schließen, ihren Chefredakteur musste sie entlassen. Beim späteren Wiedererscheinen des Blattes veröffentlichte es eine lange Zurückweisung der Analyse des 袁伟时 Yuán Wěishí, womit die Diskussion beendet war: „China“ ist weiterhin unschuldig Opfer böser Mächte des „Westens“. Darüber berichtete zum Beispiel auch Johnny Erling, China-Korrespondent der *Welt*: „Chinas Orthodoxe blasen zum Angriff“ im Internet hier: www.welt.de/print-welt/article198338/Chinas_Orthodoxe_blasen_zum_Angriff.html. Zugang am 4.6.2009.
- 107 Wie weit dieses De-facto-Bündnis reichte, lässt sich bestens in den Protokollen der Gespräche nachlesen, die dessen Hauptbetreiber, der US-Sicherheitsberater und Außenminister Henry Kissinger, in den 70er Jahren in Peking führte. Sie sind eine Offenbarung, weshalb Kissinger die Niederschriften nur auf einen Gerichtsbeschluss hin herausgab. Siehe: *The Kissinger Transcripts: The Top-Secret Talks With Beijing and Moscow*, herausgegeben von William Burr, New York 1999.
- 108 Wörtlich: Nur die Schwertscheide ans Licht bringen und sich im Dunklen stärken.
- 109 Vgl.: bf., „Chinas Plan für ein neues Welt-Währungssystem“, *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28.3.2009 (Wirtschaft). Zu diesem Vorschlag trieb ihn freilich vor allem die Angst, die amerikanische Schuldenmacherei und die anlaufende Notenpresse könnten den Dollarkurs ruinieren und die ca. 700 Milliarden Dollar, die „China“ in amerikanischen Staatspapieren angelegt hat, in virtuellen Rauch aufgehen lassen.
- 110 So für 2008 das Center for Arms Control and Non-Proliferation, eine unabhängige Organisation, im Internet hier: www.armscontrolcenter.org/policy/securityspending/articles/fy09_dod_request_global. Zugang am 4.6.2009.
- 111 Dies meldete die zum Parteiblatt Volkszeitung gehörende Website 环球网 huanqiu.com am 23.3.2009 unter der Überschrift: 我国防部长:中国不能永远没有航母 – Verteidigungsminister: China wird nicht auf ewig keinen Flugzeugträger haben. Im Internet (chinesisch) hier: mil.huanqiu.com/china/2009-03/411767.html .
- 112 Zahlen nach Statistiken der Weltbank, *Key Development Data & Statistics*, im Internet hier: web.worldbank.org .
- 113 Siehe dazu: Nikolas Busse, *Entmachtung des Westens*, Berlin 2009, insbesondere die Kapitel „Die Revision globaler Werte“ (S. 214–232) und „Neue Spielregeln“ (S. 232–247), aber auch sonst.

Zu den Autoren

Dr. Thomas Heberer (*1947) ist Universitätsprofessor für Politik Ostasiens an den Instituten für Politikwissenschaft und für Ostasienwissenschaften an der Universität Duisburg-Essen. Er beschäftigt sich schwerpunktmäßig mit dem politischen, sozialen und institutionellen Wandel Chinas. Er ist u.a. Mitglied des Advisory Board des Europe-China Academic Networks der Europäischen Kommission, Mitglied des Herausgeberkreises bzw. des Beirats verschiedener internationaler Fachzeitschriften (u.a. European Journal of East Asian Studies, Journal of China in Comparative Perspective, China aktuell, Internationales Asienforum) sowie Mitglied des Vorstandes der Asienstiftung. Seit 1981 führt er jährlich zwei bis drei Monate Feldforschung zu verschiedenen Themen und in verschiedenen Regionen Chinas durch. Habilitation im Fach Politikwissenschaft 1989 (Universität Bremen). Von 1977 bis 1981 war er als Lektor und Übersetzer am Verlag für Fremdsprachige Literatur in Peking tätig. 1977 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Bremen. Von 1967 bis 1973 Studium der Fächer Politologie, Sinologie und Ethnologie in Frankfurt/Main, Göttingen und Heidelberg.

Dr. Jörg-M. Rudolph (*1951), seit 2002 Dozent für Geschichte, Landeskunde und aktuelle Entwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft Chinas am FB 2 der FH Ludwigshafen; Geschäftsführer des Ostasieninstituts der FH für Wirtschaft Ludwigshafen; 2002 bis 2007 Herausgeber des China-Dienstes Sju Tsai – Die Welt der Chinesen (www.xiucai.oai.de). Von 1997 bis 2002 Delegierter der Deutschen Wirtschaft in Peking, Gründungspräsident der Deutschen Handelskammer in China. 1992 bis 1997 Deutschland-Direktor des Hong Kong Trade Development Council in Frankfurt. 1988 bis 1992 Projektmanager für Auslandsmessen bei der Messegesellschaft Berlin, davor China-Manager im Vorstandsbüro der Krone AG Berlin. 1982 bis 1986 Doktorand und Lehrbeauftragter am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin, Promotion 1986 mit der Arbeit „Die Taiwan-Politik der KP Chinas“ (1921 bis 1982), 1980 bis 1982 als Übersetzer und Lektor im Verlag für Fremdsprachige Literatur Peking, 1974 bis 1979 Studium der Sinologie am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin.

Vorwort der Herausgeberinnen und Herausgeber der Reihe